This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Fürst u. Fürstin Bismarck

Robert v. Keudell

STANFORD
UNIVERSITY
LIBRARIES

Fürst und Fürstin Bismarck

Fürſt und Fürſtin Bismarck

Erinnerungen

aus den Jahren 1846 bis 1872

von

Robert von Keudell

Berlin & Stuttgart
Verlag von W. Spemann
1901

32170

Ueberſetzungsrecht vorbehalten

Eine franzöſiſche Ueberſetzung erſcheint gleichzeitig in der Société d'Editions Littéraires et Artistiques, • • Librairie Paul Ollendorff in Paris • •

DD218
K4

Druck der Hoffmannſchen Buchdruckerei in Stuttgart.

Vorwort

Fürſt Bismarck ſteht der heutigen Welt als bejahrter Reichskanzler vor Augen. Die Zeugen ſeines Wirkens, welche ihm als Abgeordneten, Geſandten und jugendlichem Miniſter nahe ſtanden, ſind nach und nach faſt alle verſtummt, ohne Berichte über ihn zu hinterlaſſen. An mich trat daher die Aufgabe heran, zu erzählen, was ich damals in ſeinem Hauſe und in ſeinem Dienſte erlebt habe. Mannigfache Aufzeichnungen kamen dabei dem Gedächtnis zu Hilfe. Daß ich meiner Darſtellung einzelne Abſchnitte der bekannten politiſchen Reden eingefügt habe, mag dem Beſtreben verziehen werden, der minder kundigen Jugend die Eigenart des gewaltigen Mannes möglichſt nahe zu bringen.

Die kürzlich erfolgte Veröffentlichung der Briefe des Fürſten an ſeine Braut und Gattin erleichtert mir den Entſchluß, auch mit meinen Erinnerungen an die Fürſtin hervorzutreten und einen Teil des Schatzes herauszugeben, den ich in ihren ſchriftlichen Mitteilungen beſitze. Die Briefe der edlen Frau geben Aufſchlüſſe über manche weniger bekannte Erlebniſſe ihres Gemahls und werden viele Seelen zu herzlicher Verehrung anregen.

Charlottenburg,
den 20. September 1901.

Robert von Keudell

Inhalt

Seite

I. Aus Berlin und Pommern. 1846 bis 1853 . 1

II. Frankfurt. November 1853 bis Januar 1859 41

III. Aeußerungen über Muſik. 1853 bis 1871 . . 61

IV. Petersburg. 1859 bis 1862 69

V. Berlin. September 1862 bis November 1863 . 95

VI. Zuſammengehen mit Oeſterreich. Däniſcher Krieg. November 1863 bis Juli 1864 134

VII. Allmähliche Lockerung des öſterreichiſchen Bündniſſes. Gaſteiner Vertrag. Auguſt 1864 bis Auguſt 1865 167

VIII. Merſeburg. Lauenburg. Biarrits. Ende des öſterreichiſchen, Abſchluß des italieniſchen Bündniſſes. Antrag auf deutſches Parlament. Mobilmachungen. September 1865 bis Juni 1866 . 223

IX. Ende des Deutſchen Bundes. Krieg und Frieden. Juni bis September 1866 273

Seite

X. Putbus. Gründung des Norddeutſchen Bundes. Luxemburger Frage. Reform des Zollvereins. Varzin. Eröffnung des Bundesrats. Herbſtſitzung des Reichstags. September 1866 bis Oktober 1867 313

XI. Parlamentariſche Schwierigkeiten mit allen Parteien. Wiederholte Krankheitsanfälle. Stellungnahme zur ſpaniſchen Königswahlfrage. Franzöſiſche Kriegserklärung. Oktober 1867 bis Juli 1870 381

XII. In Frankreich. Deutſches Kaiſertum. Frieden. Reichstag. Varzin, Gaſtein und Salzburg. Schluß. Auguſt 1870 bis Oktober 1872 . . 445

I.

Aus Berlin und Pommern. 1846 bis 1853.

Im August 1846 sah ich zum erstenmal Herrn von Bismarck-Schönhausen.

Fräulein von Puttkamer-Reinfeld, welche sich im folgenden Jahre mit ihm vermählte, hatte bei kurzem Aufenthalt in Berlin mich schriftlich eingeladen, ihr und einigen Freunden im Saale des damals berühmten Klavierbauers Kisting um 5 Uhr nachmittags etwas vorzuspielen.

An der Fensterwand standen ein Sofa und einige Stühle, quer davor der Flügel, so nahe, daß ich während des Spielens die Zuhörer genau sehen konnte.

Rechts neben mir, am ersten Fenster, saß Fräulein von Puttkamer, auf dem Sofa Herr von Blanckenburg, der später als ein Führer der Konservativen im Landtage hervortreten sollte. Er begrüßte mich als alten Bekannten, da wir früher einmal in der Schweiz zusammengetroffen waren. Neben ihm auf dem Sofa saß seine junge, auffallend schöne

Frau und neben dieser am zweiten Fenster auf einem Sessel, in hellem Tageslichte, Herr von Bismarck, welcher gewöhnlich die Unterhaltung führte. Seine weiche Sprechstimme in Baritonlage war meinem Ohre wohlthuend. Kurz geschorene blonde Haare und ein kurzer Vollbart umrahmten das freundliche Gesicht; unter buschigen Brauen sehr hervortretende, hellstrahlende Augen. Er sah jugendlich aus, hatte aber das Wesen eines vollkommen gereiften Mannes.

Nach einleitenden Stücken spielte ich auf Verlangen von Fräulein von Puttkamer etwas von Beethoven. Bismarck erwähnte, daß er als Student lange mit einem Kurländer, Grafen Alexander Keyserling, zusammengewohnt und von diesem oft Beethovensche Musik gehört habe, welche ihm besonders zusage. Darauf spielte ich eine lange Sonate (F moll) und sah bei deren leidenschaftlich erregtem letztem Stück eine Thräne in Bismarcks Auge glänzen.

Eine besondere Erinnerung mochte ihn bewegen; denn niemals habe ich später wahrgenommen, daß Musik so stark auf ihn wirkte.

Als Minister hat er einmal nach demselben Stücke gesagt: „Das ist wie das Ringen und Schluchzen eines ganzen Menschenlebens"; damals aber sagte er nichts. Ich spielte noch ein ruhiges Stück und setzte mich dann zu den andern.

Zufällig sprach man von dem unerbittlichen deutschen Ehrgefühl. Bismarck erzählte von einem hochbegabten Göttinger Studenten, der abends beim Wein wettete, er würde auf seiner edlen Rappstute in einem Bach bis an das sich drehende Mühlrad galoppieren und über das Rad hinunterspringen.

„Vergebens bemühten wir uns am folgenden Tage, ihm die Ausführung dieſer unſinnigen Wette auszureden. Er glaubte ſeine Ehre verpfändet. Viele Freunde waren an der Mühle verſammelt. Das ſchöne Pferd kam im Mühlbach ruhig galoppierend an das ſchäumende Rad heran. Ohne zu ſtutzen trug es den Reiter auf das Rad und in die Tiefe; aber beide ſtanden nicht wieder auf.“

Nach einer kleinen Pauſe nahm Frau von Blanckenburg mit anmutiger Freundlichkeit das Wort, um mir von heiteren muſikaliſchen Erlebniſſen der letzten Tage zu erzählen. Die Anweſenden hatten zuſammen mit mehreren ſangeskundigen Damen und Herren der Familien von Mittelſtädt und Wangemann ſoeben eine mehrtägige Reiſe durch den Harz gemacht und auf manchen ſchönen Punkten waren vierſtimmige Lieder geſungen worden.

Als man aufbrach, um im Gaſthaus das Abendeſſen zu nehmen, fragte mich Herr von Bismarck: „Werden Sie ſich uns jetzt anſchließen?“ Ich war leider verhindert.

Fräulein von Puttkamer-Reinfeld hatte ich ein Jahr früher in Pommern kennen gelernt. Sie war befreundet mit Anna von Blumenthal-Quackenburg, deren Mutter, eine Schweſter meiner Mutter, als Witwe in dem pommerſchen Städtchen Stolp lebte. Ich hatte einige Jahre in Berlin ſtudiert und war dann beim dortigen Stadtgericht eingetreten. Auf einer Ferienreiſe aus meiner oſtpreußiſchen Heimat nach Berlin zurückkehrend, beſuchte ich meine Tante und fand in deren Hauſe Fräulein Johanna von Puttkamer, eine junge Dame, welche von Verwandten und Freundinnen ſozuſagen vergöttert wurde.

Als einziges Kind gottesfürchtiger Eltern hatte sie eine sehr sorgfältige Erziehung erhalten. Sie stand im dreizehnten Lebensjahre, als einmal im Reinfelder Wohnhause Feuer ausbrach. Da bewies sie mehr Geistesgegenwart, als alle andern Hausbewohner, und rettete mit eigener Hand die wertvollsten Gegenstände. Das wurde in der ganzen Umgegend bekannt. Heranwachsend gewann sie die Herzen durch anmutige Bescheidenheit bei tapferem Freimut.

Ihre Gesichtszüge waren nicht regelmäßig schön, aber durch sprechende blaue Augen eigentümlich belebt und von tiefschwarzem Haar umschattet.

Für Musik hatte sie eine besondere Begabung. Ohne guten Unterricht genossen zu haben, spielte sie viele Klavierstücke auswendig und namentlich volkstümliche Melodien mit natürlichem Ausdruck.

Ungewöhnlich war ihre musikalische Empfänglichkeit. Triviales wie Schwülstiges schroff abweisend, wurde sie von warm empfundener Musik lebhaft ergriffen und nie ermüdet. Da es in ihrer ländlichen Abgeschiedenheit an neuen Musikstücken fehlte, übernahm ich gern, aus einer Berliner Bibliothek regelmäßig ihren Bedarf zu beschaffen.

Bald darauf kam sie einmal mit ihrer Mutter nach Berlin und besuchte meine Mutter, bei der ich wohnte. Dann führte ich die Damen zu Kisting und ließ sie dessen besten Flügel hören. Im folgenden Sommer machte Fräulein von Puttkamer mich in der erwähnten Weise mit ihren Freunden bekannt. Meine regelmäßigen Sendungen von Musikheften dauerten fort, bis sie im Juli 1847 das Elternhaus verließ. Im Januar hatte sie sich verlobt.

Zwanzig Jahre später sprach Bismarck einmal über den Eindruck, den seine Erscheinung auf die Damen der Nachbarschaft von Reinfeld gemacht hätte, denen er plötzlich als „Johannas Verlobter" vorgestellt wurde.

„Die vielen Cousinen," sagte er, „nahmen es sehr übel, daß sie vorher gar nichts von der Sache erfahren hatten und fixierten ihre Meinung bald übereinstimmend dahin: ‚Ja, haben möchten wir ihn nicht, aber er ist ja sehr vornehm'. Nun ist doch ein pommerscher Gutsbesitzer nicht vornehmer wie der andere; aber man hatte gehört, daß ich öfters am Hofe gewesen war, und das gab mir in dem abgelegenen Ländchen ein Relief."

Diese Worte ergänzten eine Nachricht, die ich bald nach der Verlobung erhalten hatte.

Die Cousinen und Freundinnen der Braut waren in ernster Sorge wegen ihrer bevorstehenden Verbindung mit einem Manne, der seit Jahren in Pommern der „tolle Bismarck" genannt wurde. Man hatte gehört, „seine Verhältnisse wären sehr verwickelt, und er wohl nicht ganz der Mann, sie in Ordnung zu bringen, viel unterwegs und viel mit andern Dingen als mit seiner Wirtschaft beschäftigt." Aber man fand einen Trost darin, daß seine Persönlichkeit den Eindruck ungewöhnlich vornehmer Gesinnung machte.

* * *

Bald nach dieser Verlobung erschien das königliche Patent, durch welches die Stände der einzelnen Provinzen Preußens zu einem „Vereinigten Landtage" einberufen wurden.

König Friedrich Wilhelm III. hatte in verschiedenen

Kundgebungen (1815, 1820, 1823) in Aussicht gestellt, die Machtfülle der Krone durch Reichsstände einzuschränken, namentlich (1820) für Fälle von neuen Belastungen der Staatsfinanzen. Es kam jedoch unter seiner Regierung nur zu gesetzlicher Einrichtung von Kreis- nnd Provinzialständen.

Die französische Julirevolution, sowie deren Nachwirkungen in Polen, Belgien und einigen deutschen Staaten, verstärkten die in Berlin obwaltenden Bedenken gegen Gewährung einer reichsständischen Verfassung.

Nach der Thronbesteigung Königs Friedrich Wilhelm IV. regten sich lebhafter in weiten Kreisen des Volkes die lange zurückgehaltenen politischen Wünsche. Aber während die Landtage der Provinzen Preußen, Posen und Rheinland bei jeder Gelegenheit um Gewährung der verheißenen Reichsstände petitionierten, warnten eindringlich davor die Landtage von Brandenburg und Pommern.

Der König verharrte einige Jahre in ablehnender Haltung. Da trat das Bedürfnis hervor, zum Zwecke der Eisenbahnverbindung Ostpreußens mit Berlin eine Staatsanleihe aufzunehmen oder wenigstens eine staatliche Zinsgarantie zu gewähren. Beides erwies sich unausführbar ohne die in dem Gesetze vom 17. Januar 1820 vorgesehene reichsständische Genehmigung. Diese Schwierigkeit gedachte man durch einmalige Vereinigung der Landtage aller Provinzen in Berlin zu beseitigen.

Bismarck war nur als Stellvertreter eines Abgeordneten der sächsischen Ritterschaft gewählt und hoffte das Frühjahr nicht in Berlin, sondern großenteils in Reinfeld zu verleben. Es sollte aber anders kommen. Der Abgeordnete war be-

hindert, der Stellvertreter mußte im April dessen Sitz im Vereinigten Landtage einnehmen und fand am 17. Mai Anlaß mitzusprechen.

Seine Erlebnisse bei diesem ersten Auftreten erzählte Bismarck mehrere Jahre später in folgender Weise:

„Der Landtag hatte eine Gesetzesvorlage über Rentenbanken aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Der Abgeordnete von Saucken kam zwei Tage später darauf zurück und sagte, die Gesetzgebung komme nicht vorwärts, weil im Volke das volle Vertrauen zu der Staatsregierung fehle, welche durch Einberufung des Vereinigten Landtages die alte Verheißung von Reichsständen nicht erfüllt habe. Man solle nur an 1813 denken; damals habe das Volk sich einmütig erhoben aus Dankbarkeit für die liberale Gesetzgebung von 1807.

„Ich sagte darauf: Ich und viele andere hätten nicht aus politischen sondern aus wirtschaftlichen Gründen gegen das Rentenbankgesetz gestimmt. Ich müsse auch dem widersprechen, daß die Volkserhebung von 1813 anderen Beweggründen zuzuschreiben wäre, als dem Zorn über die Schmach, daß Fremde in unserem Lande geboten; es heiße der Nationalehre einen schlechten Dienst erweisen, wenn man annehme, daß die Mißhandlungen, die die Preußen jahrelang durch fremde Gewalthaber erlitten, nicht hingereicht hätten, ihr Blut in Wallung zu bringen und ihren Haß zu entflammen.

„Ich wurde mehrfach durch lautes Murren unterbrochen. Zwei Redner gaben Saucken recht und sagten, ich dürfe gar nicht mitreden, weil ich 1813 noch nicht gelebt hätte.

„Als ich wieder die Tribüne bestieg, wurde ich von Pfuirufen begrüßt. Ich kehrte der Versammlung den Rücken,

zog die Spenersche Zeitung aus der Rocktasche und las ruhig bis der Lärm aufhörte.

„Dann sagte ich trocken: Ich kann allerdings nicht in Abrede stellen, im Jahre 1813 noch nicht gelebt zu haben. Ich habe immer aufrichtig bedauert, daß mir nicht vergönnt gewesen ist, an der damaligen Bewegung teilzunehmen; mein Bedauern ist aber vermindert worden durch die heute erhaltene nicht sehr dankenswerte Belehrung.

„Als ich die Tribüne verließ, erneutes Toben.

„Bald nachher äußerte zu mir beim Essen ein älterer Verwandter: ‚Du hattest ja ganz recht; aber so etwas sagt man doch nicht'. Ich erwiderte: wenn du meiner Meinung warst, hättest du mir beistehen sollen. Nur dein eisernes Kreuz hindert mich, dir einen verletzenden Vorwurf zu machen.

Bismarck fügte hinzu:

„Mut auf dem Schlachtfelde ist bei uns Gemeingut; aber Sie werden nicht selten finden, daß es ganz achtbaren Leuten an Civilcourage fehlt.

„Dieses erste Erlebnis auf parlamentarischem Boden steigerte meine natürliche Kampflust wie meinen Haß gegen die landläufigen hohlen Phrasen."

Die vorstehende, nach einer im Sommer 1864 gehörten Erzählung geschriebene, Darstellung der Vorgänge vom 17. Mai 1847 stimmt mit dem stenographischen Sitzungsbericht im wesentlichen überein; die kurze Erwähnung derselben in den fast dreißig Jahre später diktierten „Gedanken und Erinnerungen" (I, S. 18) lautet etwas abweichend.

Nach Uebernahme des Ministerpräsidiums war Bismarck inmitten einer überwältigenden Masse täglich herantretender

Geschäfte fast ununterbrochen thätig in schöpferischem Erfinden und Gestalten künftiger Bildungen; auf Einzelheiten der Vergangenheit zu ruhen lag dem immer vorwärts drängenden Geiste fern. So erkläre ich mir, daß, trotz seines vielfach als ungewöhnlich stark bewährten Gedächtnisses bald nach 1866 in seinen Vorstellungen von vergangenen Dingen mitunter Lücken wahrzunehmen waren, deren er sich nicht bewußt zu werden schien, weil eine rastlose Phantasie ihm jederzeit Bilder zur Verfügung stellte, welche in die Lücken paßten. Einmal, im Herbst 1868, klagte er selbst über Nachlassen seines Gedächtnisses. Er hatte zufällig in Varzin viele an ihn gerichtete Briefe eines Engländers aufgefunden, dessen er sich in keiner Weise erinnern konnte.

Ueber die Vorgänge des 17. Mai 1847 äußerte sich nach Blanckenburgs Zeugnis dessen Gutsnachbar, der damals als politischer Schriftsteller bekannte Herr von Bülow-Kummerow, in folgenden Worten:

„Ich habe den Bismarck doch für einen gescheiten Menschen gehalten; ich begreife nicht, wie er sich so blamieren konnte!“ Blanckenburg erwiderte: „Ich finde, daß er recht hatte und freue mich, daß er Blut geleckt hat. Sie werden nun den Löwen bald noch ganz anders brüllen hören.“

Wirklich zeigte sich Bismarck schon in den nächsten Wochen als ein bedeutender Redner und als ein ernster Staatsmann, welcher seine der Majorität antipathischen Ueberzeugungen umsichtig vertrat.

Der Vereinigte Landtag lehnte die ihm zugemutete Genehmigung einer Anleihe für die Ostbahn ab, weil ihm weder Einsicht in die gesamte Finanzlage gewährt noch Periodicität

seiner Sitzungen zugesagt worden war. Bismarck führte, neben dem Freiherrn Otto Manteuffel, die Minorität, welche die Anleihe bewilligen wollte. Er vertrat zwar in keiner Weise die Ansicht vieler Märker und Pommern, daß Reichsstände ein Unglück für das Land sein würden, aber er wollte die Krone nicht drängen. In England, sagte er, sei 1688, in Frankreich 1815, das Volk in der Lage gewesen, die Krone zu verschenken und an dieses Geschenk Bedingungen zu knüpfen; in Preußen aber sei die Machtfülle des Monarchen seit Jahrhunderten unbeschränkt gewesen; und wenn die Krone manche politische Rechte zum Wohle des Landes freiwillig abgetreten habe, so dürfe man vertrauen, daß sie darin auch weiter gehen werde. . . .

Ueber die Beschaffenheit unseres Rechtsbodens gingen die Ansichten weit auseinander; man möge aber die Blume des Vertrauens nicht ausreißen und wegwerfen wie ein Unkraut, welches den Rechtsboden verdecke.

Ich darf erwähnen, daß ich, in ostpreußischen Anschauungen aufgewachsen, die mehrfach verheißene reichsständische Verfassung für eine gesunde Entwickelung unseres politischen Lebens ersehnte und daher Bismarcks Stellungnahme, bei aller Bewunderung seines Talents, tief bedauerte. Sein Anschluß an die Majorität würde — so schien es mir — deren Drängen unwiderstehlich gemacht haben. Diese Hypothese war aber ein Irrtum. Denn, wenn Bismarck es wirklich mit seiner Ueberzeugung hätte vereinigen können, sich der Majorität anzuschließen, so würden Manteuffel und die anderen Mitglieder der Minorität dem Neuling nicht gefolgt sein.

Heute meine ich, daß die Haltung Bismarcks auf dem

Vereinigten Landtage politisch nützlich gewesen ist, weil sie das besondere Vertrauen hervorgerufen hat, womit der König ihn in den folgenden Jahren, zum Heile des Landes, beehrte. Wenn er 1847 mit der Majorität ging, so wäre er wahrscheinlich weder im Herbst 1848 in die Lage gekommen, das Ministerium Brandenburg-Manteuffel zusammenzubringen, noch hätte er 1851 den Frankfurter Posten erhalten, welcher ihn auf die Lösung der Aufgabe Preußens in Deutschland vorbereiten sollte.

Anfang September 1847 kam er auf seiner Hochzeitsreise nach Venedig, wo der König zufällig verweilte, und wurde sogleich zur Tafel gezogen.

* * *

Einige Wochen früher kam ich in die Gegend von Pommern, in welcher Bismarck von 1839 bis Ende 1845 gewohnt hatte und auch nach Uebernahme des altmärkischen Stammgutes Schönhausen bis zur Verpachtung der Güter Kniephof und Jarchelin (Ende 1846) oft gewesen war.

Der aus Ostpreußen gebürtige Präsident des Oberlandesgerichts in Cöslin hatte mich nämlich eingeladen, nach Ablegung des Referendarexamens die vor der letzten juristischen Prüfung notwendigen praktischen Arbeiten unter seiner Leitung zu erledigen, um schneller, als in Berlin möglich, zum Ziele zu kommen.

Auf dem Wege nach Cöslin besuchte ich einen Bruder, welcher seit kurzem bei dem damals in Treptow (jetzt in Thorn) stehenden Ulanenregiment als Rittmeister diente, und blieb einige Wochen bei ihm.

Wir ritten fast täglich nach dem an der Regamündung gelegenen Seebade Deep, wo ich häufig mit dem Landrat des Kreises, Herrn von Marwitz-Rützenow, zusammenkam. Dieser liebenswürdige und gescheite Mann fand Vergnügen an meinem Klavierspiel und belohnte mich gelegentlich durch ausführliche Mitteilungen über „Otto Bismarck", der schon als Schüler in Berlin einige Zeit mit ihm zusammen gewesen war, und kürzlich mehrere Jahre im benachbarten Naugarder Kreise gewohnt hatte.

Er erzählte:

„Wenn ich nach langer Fahrt auf schlechten Wegen bei ihm in Kniephof ankam, wurde ein einfacher Imbiß aufgetragen; er nahm Porter und Sekt aus dem Wandschrank, setzte die Flaschen vor mich hin und sagte: Help yourself. Während ich mich stärkte, sprach er viel und anregend. Er hatte Reisen in Deutschland, England und Frankreich gemacht und las gewaltig viel, meistens Geschichtswerke. Er vertiefte sich auch gern in Spezialkarten, namentlich von Deutschland und in die alte zwanzigbändige „Erdbeschreibung" von Büsching, welche ausführliche Angaben über die meisten deutschen Landschaften enthält. Von sehr vielen Gütern in Pommern, in der Mark und im Magdeburgischen kannte er die Bodenverhältnisse, die Größen und sogar die zu verschiedenen Zeiten dafür gezahlten Kaufwerte.

„Auch über Politik sprach er gern; und was er sagte, klang manchmal ziemlich oppositionell, weil ihm die schleppende Geschäftsbehandlung bei den Regierungskollegien in Aachen und Potsdam mißfallen hatte. Aber sein Soldatenherz kam bei jedem Anlaß zum Vorschein.

„So betonte er im vorigen Jahre gegenüber mehreren älteren Herren, welche mit den aufständischen Polen sympathisierten, daß diese Posener als eidbrüchige Hochverräter hätten bestraft werden sollen.

„In früher Jugend hatte er Soldat werden wollen, seine Frau Mutter aber wünschte ihn dereinst als wohlbestallten Regierungsrat zu begrüßen. Ihr zuliebe verbrachte er mehrere Jahre im Justiz- und Verwaltungsdienste, fand aber keinen Geschmack daran. Nach ihrem Tode kam er in unsere Gegend und genoß die Freiheit des Landlebens in vollen Zügen.

„Er freute sich immer sehr, wenn man ihn besuchte; und wenn man fortfuhr, pflegte er die Gäste zu Pferde bis über seine Gutsgrenzen zu begleiten. Zu seinem Vergnügen kam er einmal nach Treptow und diente längere Zeit als Landwehrleutnant bei den Ulanen. Das kameradschaftliche Leben sagte ihm sehr zu.

„Er war der verwegenste Reiter und stürzte öfters, einmal so gefährlich, daß ein anderer wohl nicht lebendig davongekommen wäre; aber seine Riesennatur trotzte jeder Störung.

„Die meisten Besuche, auch auf weite Entfernungen, machte er zu Pferde und brachte lebendigen Verkehr in die ganze Gegend.

„Er war ein vorzüglicher Jäger und oft König der Jagd. In Kniephof war das Jagddiner immer einfach, doch saßen wir, trinkend und rauchend, gewöhnlich bis in die tiefe Nacht. Bismarck war ein starker Zecher, aber niemals hat ihn jemand berauscht gesehen.

„Eines Abends wollte ich mit einem Freunde von Regenwalde nach Naugard fahren. Es war schon spät, als wir durch Kniephof kamen, und wir beschlossen, dort die Nacht zu bleiben. Bismarck empfing uns sehr freundlich, sagte aber sogleich, er könne uns am andern Morgen keine Gesellschaft leisten, da er schon um 7 Uhr nach Naugard fahren müßte. Das wollten auch wir. Er empfahl uns wiederholt, nicht so früh aufzubrechen, sagte aber endlich: ‚Gut, wenn ihr es denn nicht anders wollt, so werde ich euch um halb sieben wecken'.

„Es war ziemlich spät, als er uns die Treppe hinauf zum Schlafzimmer geleitete. Vor dem Einschlafen sagte mein Gefährte: ‚Ich habe mehr getrunken, als ich gewohnt bin, und möchte morgen ausschlafen'. ‚Das wird nicht gehen', sagte ich, ‚denn nach dem, was wir abgemacht haben, wird Bismarck uns um halb sieben mobil machen'. ‚Abwarten', sagte der andre, verschloß die Thür und schob mit äußerster Kraftanstrengung einen schweren Schrank davor. Um halb sieben — es war schon hell — ruft Bismarck vor der Thür: ‚Seid ihr fertig?' Keine Antwort. Er drückt vergebens auf die Klinke und stößt mit dem Fuße die alte Thüre ein, kann aber des Schrankes wegen nicht weiter. Bald darauf ruft er im Hofe: ‚Seid ihr fertig?' Kein Laut. Sogleich krachen zwei Pistolenschüsse, die Fensterscheiben klirren, und Kalk von der angeschossenen Decke fällt auf das Bett meines Gefährten. Da giebt dieser das Spiel verloren, bindet ein Handtuch an seinen Stock und steckt es als Friedensfahne zum Fenster hinaus. Bald darauf waren wir unten. Bismarck empfing uns beim Frühstück mit gewohnter Liebenswürdigkeit ohne seines kleinen Sieges zu erwähnen.

„Später war ich einmal mit mehreren Bekannten zur Jagd in Kniephof. Die nach der Jagd erforderliche Reinigung dauerte bei uns ziemlich lange. Da fielen in kurzen Pausen fünf Pistolenschüsse; wir hörten, wie die Kugeln in die Fensterkreuze einschlugen. Otto amüsierte sich, uns zu necken. Niemandem fiel es ein, daß er hätte vorbeischießen und einen von uns treffen können, denn wir kannten seine Pistole als unfehlbar sicher; aber der Effekt der Schüsse war doch eine merkliche Beschleunigung unserer Vorbereitungen zum Diner. Dann gab es eine scharfe Sitzung. Am andern Morgen fanden wir unsern Wirt nicht beim Frühstück, vermuteten ihn noch schlafend und fuhren möglichst geräuschlos fort, um zur Jagd bei einem ziemlich entfernt wohnenden Nachbarn nicht zu verspäten. Dort kam Otto uns lachend entgegen; er war auf seinem Lieblingspferde Caleb, einem großen, schnellen Braunen, vorangeritten, um uns zu überraschen.

„Wegen solcher lustiger Streiche nannte man ihn damals den „tollen Bismarck"; wir wußten aber genau, daß er viel klüger war, als wir alle zusammen.

„Vor längerer Zeit ritt er eines Tages auf Caleb neun Meilen (63 km), um in dem Badeorte Polzin den Abend zu tanzen und dabei eine viel umworbene junge Dame kennen zu lernen. Er machte ihr den Hof, schien ihr zu gefallen und dachte an Verlobung. Am folgenden Tage aber gab er diesen Gedanken auf, weil er erkannte, daß ihr Charakter nicht zu dem seinigen paßte. Tief verstimmt ritt er in der Nacht nach Hause. Quer durch einen Wald galoppierend, stürzte Caleb in einen breiten Graben. Bismarck wurde mit

dem Kopf gegen einen Hügel geschleudert und blieb einige Zeit bewußtlos liegen. Als er erwachte, sah er beim Mondschein den treuen Caleb neben sich stehen, stieg auf und ritt ganz langsam nach Hause.

„Nach dieser Begebenheit, die ihn, wie er erzählte, einigermaßen erschüttert hatte, war eine Zeit lang wenig von ihm zu hören.

„Bismarcks alter Schulfreund Blanckenburg-Zimmerhausen hatte im Herbst 1844 eine entzückende junge Frau geheiratet, die Tochter des Herrn von Thadden-Trieglaff. Bei Blanckenburgs und Thaddens verkehrte er nun viel. In diesen Häusern wehte ein Geist echter Frömmigkeit und das schien ihm sehr zuzusagen.

„Leider starb im Spätherbst 1846 Frau von Blanckenburg. Bald darauf verpachtete Bismarck seine pommerschen Güter. Da legten wir alle Trauer an. Wir hoffen aber, ihn von Zeit zu Zeit hier wiederzusehen, da er vor einigen Wochen eine Perle des Pommerlandes heimgeführt hat, die Johanna Puttkamer."

So plauderte Marwitz. Alle diese kleinen Geschichten sind mir später noch von anderen pommerschen Herren, großenteils auch von Bismarck selbst, mit denselben Einzelheiten erzählt worden.

Durch Marwitz angeregt, besuchte ich in jener Zeit den trauernden Witwer Blanckenburg in Zimmerhausen. Auch dieser Freund Bismarcks erzählte gern und viel von ihm.

„Ich kannte ihn schon als Nachbarskind," sagte er, „da seine Eltern während unserer Kindheit in Kniephof lebten. Später waren wir ein paar Jahre gleichzeitig auf dem Ber-

liner Gymnasium zum Grauen Kloster. Er erschien mir schon damals als ein rätselhafter Mensch; nie sah ich ihn arbeiten, oft spazieren gehen, und doch wußte er immer alles und hatte immer alle Arbeiten fertig. Dann waren wir lange Zeit getrennt, bis er wieder in unsere Gegend kam.

„Er trieb mehrere Jahre Landwirtschaft, fühlte sich aber davon nicht befriedigt und machte im Winter 1843/44 noch einen Versuch, sich bei der Regierung in Potsdam beschäftigen zu lassen, wo er früher schon einmal als Referendar gearbeitet hatte. Das wollte aber nicht glücken. Die Vorgesetzten langweilten, der schleppende Geschäftsgang erbitterte ihn. Der Oberpräsident, ein fleißiger Bureaukrat der alten Schule, hatte kein Verständnis für den außergewöhnlichen Menschen. Er schrieb eines Tages eigenhändig eine Verfügung, welche mit den Worten anfing: ‚Mir ist im Leben schon manches vorgekommen, aber noch kein Referendarius mit 63 Resten.‘ Zu mündlicher Verwarnung citiert, erzählte Bismarck dem Oberpräsidenten harmlos von den Berieselungsanlagen „auf seinen Gütern“ und von anderen landwirtschaftlichen Neuerungen. Es war vernünftig, daß er Potsdam bald wieder verließ. Nach Kniephof zurückgekehrt, fand er Gelegenheit, den Landrat des Naugarder Kreises, seinen Bruder, lange Zeit hindurch zu vertreten, und machte das ganz vorzüglich.“

„Nach meiner Verheiratung [1]) war er sehr viel bei uns. Wir hatten zusammen regelmäßige Shakespeareleseabende.

---

[1]) Die Vermählung des Herrn von Blanckenburg mit Fräulein Maria von Thadden wurde am 4. Oktober 1844 in Trieglaff gefeiert, nicht, wie Poschinger (Neue Tischgespräche, Bd II, S. 1) angiebt, im April 1846.

Er fühlte, wie unſer Leben durch den Glauben beglückt war und ſtrebte ernſtlich danach. Ich gab ihm manches Gute zu leſen; er ſagte aber mehrmals, er könne ſich nicht überzeugen. Schon gab ich faſt alle Hoffnung auf. Da kam er eines Tages und ſagte, ihm ſei geholfen. Gott habe ihn auf den Rücken geworfen und ſtark geſchüttelt. Da ſei ihm der Glaube gekommen, zu dem er ſich nun freudig bekenne.

„Wir, meine ſelige Frau und ich, waren tief ergriffen von dieſem Wunder. Unſer Verkehr mit Bismarck wurde nun noch inniger.

„Anfangs vorigen Jahres ſagte er einmal: ‚Die Landwirtſchaft giebt mir nicht genug zu thun; übers Jahr möchte ich entweder eine Frau haben oder ein Amt.‘ Sein Gebet iſt erhört worden; er hat die beſte Frau gefunden und eine politiſche Führerſtellung errungen, die ihm vielleicht mehr zu thun geben wird, wie ein Staatsamt.“

So erzählte Blanckenburg.

Bismarck hat bekanntlich in vielen veröffentlichten Briefen, ſowie in mehreren Parlamentsreden mit frohem Mut von ſeinem evangeliſchen Glauben Zeugnis abgelegt. In Privatgeſprächen äußerte er, als Geſandter wie als Miniſter, mehrmals, daß früher, ehe er *glaubte*, das ganze Leben für ihn wenig Wert gehabt habe. Der Glaube heilige die Pflichterfüllung. In der Zeit des Verfaſſungskonfliktes habe er nur durch den feſten Ankergrund des Glaubens die Kraft gefunden, alle Stürme und Gefahren zu beſtehen.

Das Glück des Glaubens wünſchte er jedem Freunde, ohne jemals danach zu fragen. Als aber einmal ein be-

freundeter Ausländer seinen Unglauben offen bekannte, sagte er: „Ich wünsche Ihnen von Herzen, daß Gott Sie stark zu Boden wirft und durchschüttelt; das könnte Ihnen helfen.“ —

* * *

Im Winter 1847/48 kam Blanckenburg einmal zu einer landwirtschaftlichen Versammlung nach Köslin und machte mich bekannt mit seinem Schwiegervater, Herrn von Thadden-Trieglaff, an dessen prachtvollem Kopf ich mich nicht satt sehen konnte, sowie mit dem nachmaligen Führer der äußersten Rechten, Herrn von Kleist-Retzow, einem Stiefonkel der Frau von Bismarck. Nach der Versammlung, welcher ich als Gast beiwohnte, kamen die drei Herren in meine Wohnung, um Musik zu hören, und erzählten, daß Bismarcks in Schönhausen in glücklicher Zurückgezogenheit lebten.

Der März des Jahres 1848 brachte die politischen Stürme, welche in Deutschland alle Ministerien wegfegten und manche Throne zu erschüttern schienen.

Den in unklarer Gärung tobenden Berliner Volksmassen wurden feierliche Zugeständnisse gemacht, von denen ein Teil, einige Wochen früher dem Staatskörper eingeimpft, ihn vielleicht vor dem Ausbruch des importierten Revolutionsfiebers geschützt haben würde.

Zur Feststellung des Wahlgesetzes für eine preußische Nationalversammlung berief der König noch einmal den „Vereinigten Landtag“.

Damals befand ich mich infolge des Todes meiner Mutter einige Zeit in Königsberg und hörte dort manche Urteile liberaler Männer über Bismarck. Man war einig

in der Anerkennung der würdigen Worte, mit denen er im Landtage seinem Schmerz über das Geschehene Ausdruck gegeben hatte. Lebhaften Beifall fanden in der Provinz auch seine Worte über eine Vorlage des Finanzministers Hansemann, welcher einen erheblichen Kredit zur Hebung von Handel und Industrie verlangt hatte. Bismarck vermißte darin irgend eine Berücksichtigung der Landwirtschaft und sagte, der Minister schiene die Dinge mehr „durch die Brille des Industrialismus" zu sehen, als mit dem klaren Auge des Staatsmannes, der alle Interessen des Landes mit gleicher Unparteilichkeit überblickt.

* * *

Im Juli 1848 hatte ich Gelegenheit, Herrn und Frau von Bismarck einmal, wenn auch nur flüchtig, zu sehen.

Von der Frankfurter Nationalversammlung war angeregt worden, für Gründung einer deutschen Flotte in Privatkreisen zu sammeln. Dieser Zweck begeisterte mich und zwei andere junge Leute zu dem harmlosen Unternehmen, mitten im Sommer vier kleine Städte (Köslin, Colberg, Rügenwalde und Stolp) mit Konzerten heimzusuchen. Den Ertrag derselben (im Ganzen 207 Thaler) erhielt das Stettiner Flottenkomitee.

Zu dem Stolper Konzert, welches an einem heißen Nachmittage stattfand, kamen Bismarcks aus dem nahe gelegenen Seebade Stolpmünde herüber. Ich erschrak als ich ihn sah. Kummervoller Ernst auf seinen gefurchten Zügen, das Haupthaar gelichtet; er schien seit unserm Zusammensein bei Kisting um viele Jahre gealtert. Ich hatte erfahren, daß er nur

neun Jahre älter war als ich; doch ſchien es mir jetzt, als läge ein volles Menſchenalter zwiſchen uns.

Nach dem Konzert ſagte er mit kühler Höflichkeit: „es war ſchon heiß genug, aber Sie haben es uns doch noch heißer gemacht“. Dann fuhren die Stolpmünder Gäſte zum Seeſtrande zurück, ich zu Verwandten aufs Land.

Anfang 1849 ging ich nach Berlin, um beim Kammergericht zu arbeiten. Bismarck hatte weder für die Berliner noch für die Frankfurter Nationalverſammmlung kandidiert, wurde aber nach Oktroiierung der preußiſchen Verfaſſung in die zweite Kammer gewählt und kam im März mit Familie nach Berlin.

Ich ſchrieb der bereits erwähnten, mit Frau von Bismarck befreundeten Couſine, ich würde die Familie wohl nicht ſehen, wenn nicht Herr von Bismarck mir durch einen Beſuch zu erkennen gäbe, daß ihm der Verkehr mit mir nicht unerwünſcht wäre; denn ich wolle den Schein vermeiden, mich an einen einflußreichen Mann heranzudrängen.

Der Größe dieſer Prätenſion war ich mir nicht bewußt. Daß man durch Kartenſchicken einen Beſuch abmachen könnte, war mir, wie wohl vielen damaligen Berlinern, noch unbekannt; ſonſt hätte ich natürlich nichts begehrt, als den Beſitz einer Viſitenkarte.

Ich erfuhr nicht, ob die Couſine meine Mitteilung weitergegeben hatte; nach einiger Zeit aber kam Bismarck zu Fuß nach meiner Wohnung, die in einem der letzten Häuſer der Linkſtraße lag, wo damals die Stadt aufhörte. Er fand dort zwei meiner Freunde, die auf meine Rückkehr von einem Spaziergange warteten. Sie luden ihn zum

Rauchen ein; er verweilte einige Zeit und sprach mit diesen Unbekannten offenherzig über die politische Lage. Unter anderem sagte er: „Einstweilen muß es uns noch viel schlechter gehen; erst nach zwei oder drei Jahren wird man Leute wie Kleist-Retzow und mich im Staatsdienste verwenden können."

Diese Worte kamen mir ins Gedächtnis, als zwei Jahre später Kleist für Koblenz, Bismarck für Frankfurt ernannt wurde.

Im Frühjahr 1849 wohnte die Familie in einem Eckhaus der Wilhelms- und Behrenstraße. Herr und Frau von Bismarck empfingen mich in freundschaftlicher Weise und luden mich ein, so oft ich Zeit hätte, in der ersten Abendstunde, nämlich vor dem Beginn der Fraktionssitzungen des Abgeordnetenhauses, zu kommen. Ich benutzte diese Erlaubnis gewöhnlich einmal in der Woche und hörte fast jedesmal irgend eine bedeutsame Aeußerung. In dem geräumigen Wohnzimmer stand ein Pianino. Wenn Zeit und Stimmung für Musik vorhanden war, wünschte er nur leidenschaftlich aufgeregte Stücke. Ruhige oder heitere Musik nannte er „vormärzlich".

* * *

Die trotz des Belagerungszustandes in einigen öffentlichen Lokalen stattgehabten Märzfeiern gaben Bismarck Gelegenheit zu einer höhnischen Herausforderung der äußersten Linken.

Am 21. März sagte er in einer Rede über den Belagerungszustand: „Es wird von jener Seite des Hauses

(der linken) jetzt behauptet, daß der Geist des Aufruhrs gänzlich geschwunden sei. Jedoch die Vorgänge am 18. März d. J. sind keineswegs geeignet, diese Behauptung zu bestätigen.

„Noch weniger sind die Lieder, die zur Feier des 18. März in Gesellschaften gesungen werden, beruhigender Natur. Mir sind zufällig einige der Art in die Hände geraten.

„In einem dieser Lieder werden die Anhänger der Freiheit zu einem tödlichen Kampfe aufgerufen; sie werden aufgerufen, sich unter dem blutroten Banner, dessen Bedeutung wir kennen, zu versammeln. Dieses Banner soll nun gefärbt werden mit Blut, nachdem das Gold der Freiheit daraus gestohlen, das Schwarz hinausgeworfen sei. Es heißt dann:

Wir färben echt,
Wir färben gut,
Wir färben mit Tyrannenblut!

„Ich möchte an die Versammlung die Frage richten, ob vielleicht in unserer Mitte sich Herren befinden, welche Gesellschaften, wo Lieder dieser Art gesungen, für welche sie ausdrücklich gedichtet worden, beigewohnt haben, und ob sie uns vielleicht Auskunft darüber geben könnten, welches die Tyrannen sind, mit deren Blut gefärbt werden soll. Eine Gesellschaft derart war z. B. im Café de l'Europe. (Zischen links, Bravo rechts. Eine Stimme: singen.)

„Ich weiß, meine Herren auf dieser Seite, daß Sie andrer Ansicht sind wie ich. Es war auch keineswegs meine Absicht, Ihre Ansicht auszusprechen, sondern die meinige. Ich bin nicht hierher geschickt, Ihre Meinung auszusprechen. Ihre Zeichen, Ihre Unterbrechungen werden nur die Diskussion

aufhalten. Wer seine Ansicht mit anderen Waffen, als denen des Geistes verteidigt, von dem muß ich voraussetzen, daß ihm die Waffen des Geistes ausgegangen sind. Wer noch Gründe des Verstandes vorrätig hat, von dem erwarte ich, daß er sie nach mir anwenden wird. Zischen und Geschrei von Singen gehört nicht hierher. Wer das Lied nachher singen will, für den werde ich es hier deponieren.

„Also ich habe auf meine Frage keine Antwort erhalten und gehe daher über sie hinweg."

Der kleine Kreis von gemäßigt liberalen Juristen und Litteraten, in dem ich damals verkehrte, war entzückt über die Art, wie Bismarck die Waldeck, d'Ester und andere Teilnehmer jener Märzfeier an die Wand gedrückt hatte. Man nannte ihn zwar oft einen Reaktionär, bewunderte ihn aber als einen „höllischen Kerl".

In jener Zeit wurde in der Frankfurter Paulskirche durch Kompromisse der Gagernschen Partei mit der äußersten Linken die Reichsverfassung mit einer Majorität von vier Stimmen zustande gebracht. Eine Deputation der Nationalversammlung kam nach Berlin, um dem König die deutsche Kaiserkrone anzubieten.

Die große Mehrzahl aller jungen Leute, wie auch der zünftigen Politiker, wünschte in glücklicher Sorglosigkeit, daß diese Gelegenheit zur Einigung der deutschen Stämme unter Preußens Führung nicht ungenutzt vorüber gehen möchte. Die Erwägung der äußeren politischen Verhältnisse kam den meisten gar nicht in den Sinn. Daß die Annahme der Reichsverfassung in irgend einer Form zu Kriegen führen würde mit den deutschen Königen, mit Oesterreich, mit dem

Kaiser Nikolaus und mit dem nach dem linken Rheinufer lüsternen westlichen Nachbar, daß aber das ungerüstete Preußen in solchen Kämpfen unterliegen müßte, das wurde nur von wenigen kühlen Beobachtern ausgesprochen; so zufällig mir gegenüber in gleicher Weise von zwei politischen Antipoden: dem Oberburggrafen von Brünneck und dem Professor Dirichlet.

Der König lehnte die ihm angetragene Kaiserkrone ab, stellte aber Verhandlungen mit den deutschen Fürsten in Bezug auf die Reichsverfassung in Aussicht.

Das Abgeordnetenhaus machte mehrere Versuche, nachträglich auf eine wenigstens bedingte Annahme der Reichsverfassung durch den König hinzuwirken. Als der Gegenstand zum letztenmal verhandelt wurde (am 21. April), war ich unter den Zuhörern. Bismarck hatte den Antrag auf einfache Tagesordnung gestellt und befürwortete denselben ungefähr in folgender Weise.

Die Frankfurter Verfassung bringe das Geschenk der Volkssouveränität in dem Suspensivveto des Kaisers; wenn die Volksvertreter es dreimal beschlössen, so würde der Kaiser aufgehört haben zu regieren. Die Reichsverfassung bringe ferner das allgemeine Wahlrecht, welches nur der Linken zu Gute käme, und das uneingeschränkte Budgetrecht der Volksvertretung, welches dieser die Macht geben würde, die Staatsmaschine auf gesetzlichem Wege zum Stillstand zu bringen.

Die Frankfurter Verfassung verlange auch von dem künftigen Kaiser, daß er das ganze Deutschland schaffe, also die Fürsten, welche sich nicht unterwerfen wollten, als Rebellen behandle. Demnach könne der Kaiser beispielsweise in die

Lage kommen, die Bayern und Hannoveraner zu Kämpfen gegen ihre Könige aufzurufen.

„Das ist es wohl, wohin die Herren von der Umsturzpartei uns haben wollen? (Heiterkeit.) Ich habe niemand in diesem Saale bezeichnen wollen; es giebt außerhalb genug." (Heiterkeit.)

Bismarck fuhr fort: bekannte demokratische Wortführer verlangten stürmisch, daß der Kaiser ihnen das ganze Deutschland schaffe; aber unser König dürfe nicht zum Vasallen dieser Herren herabsinken. Preußen solle Preußen bleiben. Die Frankfurter Krone möge sehr glänzend sein, aber das Gold, welches dem Glanze Wahrheit verleihe, könne erst durch Einschmelzen der preußischen Krone gewonnen werden und der Umguß werde mit der Form dieser Verfassung nicht gelingen.

Die ruhig und klar vorgetragene Rede machte auf die leidenschaftlich erregte Mehrheit keinen Eindruck.

Die Kommission wollte dem König die Annahme der Reichsverfassung für Preußen und die freiwillig beitretenden Staaten empfehlen. Ihr Berichterstatter, Freiherr Georg Vincke, verstieg sich dahin, die Anschauungen Bismarcks als antediluvianische zu bezeichnen.

Die Majorität aber ging weit über den Kommissionsvorschlag hinaus durch den Beschluß, daß die von der deutschen Nationalversammlung vollendete Verfassung als rechtsgültig anzuerkennen sei.

In einer persönlichen Bemerkung erinnerte mit Bezug auf den Ausdruck „antediluvianisch" Bismarck an den noch vor etwa vier Wochen von Vincke eingenommenen Stand-

punkt und sagte dann: „Mag er eine innere Sündflut erlebt haben, die seine bisherigen Anschauungen weggespült hat, ich bin mir treu geblieben und mein antediluvianischer Standpunkt ist mir noch eben so lieb, wie das Asyl in der Arche Noah, in welcher der verehrte Abgeordnete seine Anschauungen jetzt unterzubringen sucht."

Diese Bemerkung wurde von Vincke nicht abgelehnt und mag daher durch frühere private Aeußerungen desselben begründet gewesen sein.

In den bezüglichen Kammerreden ist eine Veränderung seines Standpunktes nicht nachzuweisen. Dies zu untersuchen, war aber das Publikum nicht in der Lage. Ueberall, auch in liberalen Kreisen, wurde Bismarcks geschickter Ausfall gegen den berühmten Vincke beifällig begrüßt.

Das Abgeordnetenhaus wurde infolge des Beschlusses über die Rechtsverbindlichkeit der Frankfurter Reichsverfassung natürlich aufgelöst und die Familie Bismarck verließ Anfangs Mai Berlin.

* * *

Um diese Zeit begann der politische Einfluß des Generals von Radowitz. Ich bin diesem merkwürdigen Manne nur einmal im Hause des Oberpräsidenten Flottwell begegnet, werde aber nie den Eindruck seines prachtvollen Kopfes vergessen. Eine breite hochgewölbte Stirn unter kurzem grauen Haar, sprechende dunkle Augen, sanft gebogene Nase, fest geschlossene Lippen, volltönende, weiche Stimme; eine imponierende und zugleich gewinnende Erscheinung.

Radowitz hatte in der Frankfurter Paulskirche auf der

äußerſten Rechten geſeſſen, war aber von den dort hoch auflodernden Flammen nationaler Einheitsbegeiſterung durchglüht worden. Er brachte nach Berlin die Ueberzeugung zurück, daß „die Revolution zu ſchließen“ nur gelingen könne, wenn man den berechtigten Kern der Volkswünſche zur Entwicklung brächte durch Bildung eines Bundesſtaates auf Grundlage der zu modifizierenden Frankfurter Reichsverfaſſung, mit Zuſtimmung der Fürſten; daß aber einfache Herſtellung des ſeit 1815 beſtandenen deutſchen Staatenbundes „die Revolution verewigen“ würde.

Dieſe Anſchauungen kamen dem leidenſchaftlichen Wunſche des Königs entgegen, in Deutſchland auf legalem Wege etwas Haltbares zuſtande zu bringen. Durch den Miniſterpräſidenten Grafen Brandenburg wurde Radowitz zur Leitung der in der deutſchen Verfaſſungsfrage mit den Regierungen angebahnten Verhandlungen berufen.

Bei dem Dresdener Aufſtand (Anfangs Mai) bewährten ſich die ſächſiſchen Truppen als zuverläſſig, bedurften aber doch der Hilfe eines Berliner Regiments, um zu ſiegen. In Hannover wurden Unruhen befürchtet.

Unter ſolchen Zeitumſtänden kam am 26. Mai auf Grundlage des modifizierten Frankfurter Verfaſſungsentwurfs, das ſogenannte Dreikönigsbündnis zuſtande, welchem beizutreten den andern deutſchen Staaten freigeſtellt wurde.

An demſelben Tage überſandten jedoch Sachſen und Hannover ausführlich motivierte Erklärungen, welche den Rücktritt für den Fall vorbehielten, daß nicht alle deutſchen Staaten ſich dem Bündniſſe anſchließen würden. Die Faſſung dieſer Erklärungen ließ die Abneigung beider Staaten gegen

dauernde Unterordnung unter Preußen deutlich erkennen. Die Schriftstücke wurden jedoch, wie es in einem amtlichen Berichte heißt, „im Vertrauen zu der Loyalität der Bundesgenossen entgegen genommen" und bei den weiteren Verhandlungen nicht beachtet.

Den Grafen Brandenburg hatte Radowitz für seine Politik vollständig eingenommen; der Minister Manteuffel aber stand ihr ungläubig, General von Gerlach feindlich gegenüber. Dieser höchst ausgezeichnete Mann, hatte sich auch in seiner Stellung als Generaladjutant des Königs eine seltene Geistesfrische und Charakterunabhängigkeit bewahrt. Er kannte die deutschen, wie auch die im Osten benachbarten großen Höfe zu genau, um nicht ein trauriges Ende aller damaligen Verhandlungen über einen deutschen Bundesstaat voraussehen zu müssen.

Im Sommer brachen Aufstände aus in der bayerischen Pfalz und in Baden, wo die Truppen mehrfach zu den Aufständischen übergingen. Diese wurden überall von preußischen Regimentern geschlagen und zerstreut.

Bayern blieb jedoch, wie auch Württemberg, dem Dreikönigsbündnis fern.

Als im August der preußische Landtag wieder zusammentrat, machte die Staatsregierung eingehende Mitteilungen über die Ergebnisse ihrer Verhandlungen mit den deutschen Staaten.

Der ausführliche Bericht, welchen Radowitz (am 25. August) dem Abgeordnetenhause über seine Thätigkeit mündlich erstattete, machte einen großen Eindruck. Gelesen erschien diese Rede nur als ein formvollendetes Meisterstück;

von Ohrenzeugen wurde mir aber erzählt, daß der wunderbare Mann durch die Töne seines Vortrags viele Abgeordnete bis zu Thränen gerührt hätte, sowie daß die große Mehrheit der Versammlung seine Politik vollständig zu billigen schiene.

Dem Bündnisse beigetreten waren damals 18 Staaten; vorläufige Bereitwilligkeit zum Beitritt hatten 7 erklärt, während andere 7 noch im Schweigen verharrten.

Am 6. September eilte ich ins Abgeordnetenhaus, um Bismarck zu hören, über dessen Stellung zu Radowitz, dem notorischen Lieblinge des Königs, ich noch nicht im klaren war.

Die Abgeordneten waren neu gewählt, nach dem Dreiklassenwahlgesetz. Die demokratische Partei hatte nicht mitgewählt und war daher nicht vertreten. Aber auch in diesem aus gemäßigten Elementen zusammengesetzten Hause war die große Mehrheit von dem leidenschaftlichen Wunsche erfüllt, den deutschen Bundesstaat verwirklicht zu sehen.

Die Sitzung begann mit einem durch den Abgeordneten von Beckerath vorgetragenen Kommissionsbericht, welcher die Radowitzsche Politik vollständig billigte. Es sprachen dann zwei weniger bekannte Redner dafür und Reichensperger, welcher die Ausschließung Oesterreichs verabscheute, dagegen.

Endlich bestieg Bismarck die Rednerbühne, wie es damals in der Regel geschah, und stand also dem Ministertische nahe gegenüber, an welchem Brandenburg und Radowitz saßen.

Nach einleitenden Bemerkungen sagte er, man möge die Errungenschaften des preußischen Schwertes nicht weggeben, „um die nimmersatten Anforderungen eines Phantoms zu

befriedigen, welches unter dem fingierten Namen von Zeitgeist oder öffentlicher Meinung die Vernunft der Fürsten und Völker mit seinem Geschrei betäube, bis jeder sich vor dem Schatten des andern fürchte und alle vergäßen, daß unter der Löwenhaut des Gespenstes ein Wesen steckt von zwar lärmender aber wenig furchtbarer Natur".

Das Dreikönigsbündnis werde wegen der bekannten Vorbehalte Sachsens und Hannovers voraussichtlich von kurzer Dauer sein.

Die projektierte Bundesstaatsverfassung sei in den wichtigsten Bestimmungen unvereinbar mit der von der Staatsregierung als zu Recht bestehend anerkannten Verfassung des Deutschen Bundes.

Nach dem vorliegenden Entwurfe solle Preußen ‚seine sämtlichen Aktiva einwerfen in den Konkurs der übrigen deutschen Staaten'; es solle verzichten auf Disposition über Heer und Finanzen zu Gunsten von abhängigen Reichsbehörden, abhängig von einem Parlament, in dessen Oberhaus von Rechts wegen, im Unterhause durch Einwirkung der Demokratie, die preußischen Interessen in der Minorität sein würden.

Der Entwurf vernichte das spezifische Preußentum und damit den stärksten Pfeiler deutscher Macht.

Der königliche Kommissar (Radowitz) habe recht gehabt, als er sagte, der Entwurf sei von entgegengesetzten Seiten angegriffen worden. Der Entwurf gefalle niemandem, vielleicht mit Ausnahme derer, die an seiner Verfertigung Anteil gehabt hätten.

Nach Beleuchtung einiger preußischer Eigenschaften und Verdienste schloß Bismarck mit den Worten:

„Wir Alle wollen, daß der preußiſche Adler ſeine Fittige von der Memel bis zum Donnersberge ſchützend und herrſchend ausbreite, aber frei wollen wir ihn ſehen, nicht gefeſſelt durch einen neuen Regensburger Reichstag und nicht geſtutzt an den Flügeln von der gleichmachenden Heckenſchere aus Frankfurt. . . . . Preußen ſind wir und Preußen wollen wir bleiben; ich weiß, daß ich mit dieſen Worten das Bekenntnis der preußiſchen Armee, das Bekenntnis der Mehrzahl meiner Landsleute ausſpreche; und hoffe ich zu Gott, daß wir auch noch lange Preußen bleiben werden, wenn dieſes Stück Papier vergeſſen ſein wird wie ein dürres Herbſtblatt."

Nach dieſer eindrucksvollen Rede erhob ſich Radowitz, um ruhig zu erklären, die Regierung wolle, da es ſich um ein Vertrauensvotum handele, in die Debatte nicht eingreifen, ſondern die Würdigung vieler unbegründeter und ungerechter Angriffe dem Hauſe und dem Lande überlaſſen.

Am folgenden Tage wurden die Kommiſſionsbeſchlüſſe von einer großen Mehrheit angenommen. Der Berichterſtatter Beckerath nannte in ſeinem Schlußwort Bismarck einen verlorenen Sohn Deutſchlands. Dieſes Gleichnis konnte Bismarck mit der Thatſache, daß er ſein Vaterhaus nie verlaſſen hätte, leicht ablehnen; auch konnte er durch eine andere Bemerkung eine von Beckerath früher gegebene Blöße zu einem ſcherzhaften Angriff benutzen; aber mehr als drei Viertel aller Anweſenden ſtimmten ſchließlich gegen ihn.

Mir gaben dieſe Tage ein unbegrenztes Vertrauen zu ſeiner Gewiſſenstreue. Die beſondere Vorliebe des Königs für Radowitz und deſſen Politik war bekannt. Trotzdem ſah

sich Bismarck durch sein politisches Gewissen genötigt, gegen den Mann des Tages schonungslose Angriffe zu richten.

Den allen älteren Geschichtsfreunden sattsam bekannten Hauptinhalt der beiden Reden Bismarcks gegen die Entwürfe der Reichsverfassung und der Bundesstaats-Verfassung von 1849 habe ich hier wiedergegeben, um der minder kundigen Jugend das Geisteswunder vor Augen zu stellen, daß der entschiedenste Gegner der damaligen Einigungsbestrebungen im Laufe von kanm zwei Jahrzehnten sich zum Baumeister der Einheit Deutschlands entwickelt hat.

1849 sagte er gelegentlich: „Was scheren mich die Kleinstaaten; mein ganzes Streben geht nur auf Sicherung und Erhöhung der preußischen Macht"; 1866 und 1867 aber hörte ich von demselben Manne mehrmals die Worte: „Mein höchster Ehrgeiz ist, die Deutschen zu einer Nation zu machen."

Im Winter 1849/50 erfüllte er seine Pflichten als Führer der äußersten Rechten, indem er zu jeder im Landtage erscheinenden Gesetzesvorlage öffentlich Stellung nahm. So hielt er eingehende Reden über einzelne Bestimmungen der damals zu revidierenden oktroiierten Verfassung, über die Verhältnisse des Handwerks, über Ablösung der Reallasten, Renten und Waldservituten, über die Civilehe, die Einkommensteuer, die Grundsteuerbefreiungen und den Militäretat.

Mich interessierte am meisten seine gelegentliche Ausführung, daß das in andern Ländern geltende unbeschränkte Budgetrecht und das daraus zu folgernde Steuerverweigerungsrecht des Unterhauses für Preußen nicht passe, daß vielmehr zur Wahrung der Stellung des Königs notwendig

sei, in der Verfassung die Bestimmung aufrecht zu erhalten, wonach bestehende Steuern bis zu ihrer gesetzlichen Aufhebung fortzuerheben sind.

Bismarck vermochte zwar mit seiner Ansicht damals nicht durchzudringen, da die Majorität des Hauses an der englisch-französischen Doktrin festhielt; der von ihr gestrichene Satz aber wurde später wiederhergestellt (Art. 109). Derselbe hat bekanntlich in den sechziger Jahren möglich gemacht, die Armeereorganisation des Königs aufrecht zu erhalten.

* * *

Frau von Bismarck kam im Oktober nach Berlin und gestattete, daß ich ihr wöchentlich eine Klavierstunde gab. Ihre Studien wurden jedoch durch ein glückliches Familienereignis unterbrochen. Im Dezember 1849 erblickte ein Erbe das Licht der Welt, der jetzige Fürst Herbert. Frau von Puttkamer war von Reinfeld zur Wochenpflege nach Berlin gekommen und blieb dann bis zum Frühjahr dort.

Eines Abends sprach sie im Familienkreise davon, daß man ihr erzählt habe, ihr Schwiegersohn tanze in jeder Gesellschaft alle Tänze „wie ein Fähnrich".

„Das ist meiner Gesundheit sehr zuträglich," sagte Bismarck, „da es mir jetzt bei Tage an Bewegung fehlt."

Frau von Puttkamer erwähnte scherzhaft, sie werde oft gefragt, ob er nicht ihre Tochter in die Gesellschaft einführen wolle.

„Ich glaube," erwiderte er, „daß Johanna viel lieber abends zu Hause bei den Kindern bleibt. Im Gedränge unbekannter Leute würde sie sich nicht wohl fühlen. Um

aber bekannt zu werden und sich nicht zu langweilen, müßte sie Alles mitmachen und fast jeden Abend ausgehen. Dazu würden ungefähr 15 verschiedene Ballkleider gehören, wenn es nicht mitunter heißen soll: ‚Ach, die trägt heute wieder ihr Blaues.‘ Die Sache wäre also ziemlich umständlich."

„Fällt mir garnicht ein," sagte Frau von Bismarck, „die Leute sind bloß neugierig, einmal die Frau des berühmten Mannes zu sehen. Aber, wer mich kennen lernen will, kann ja zu mir kommen."

* * *

Im März trat das Erfurter Parlament zusammen.

Bismarcks dortiges Auftreten gegen Radowitz war wieder ebenso entschieden als erfolglos. Sachsen und Hannover waren vom Bündnis zurückgetreten; von den beiden Hessen wurde das gleiche erwartet. Dennoch bewilligte eine große, aus gemäßigt Liberalen bestehende Majorität den ganzen Verfassungsentwurf (jetzt nicht mehr Reichsverfassung, sondern Unionsverfassung genannt) in einer Abstimmung und vollendete sodann in wenigen Wochen die vom König gewünschte Revision einzelner Bestimmungen.

In den folgenden Monaten, Mai bis November, erlitten wir schmerzliche Demütigungen.

Zur Ausführung der in Erfurt beschlossenen Unionsverfassung konnte man sich nicht entschließen; aber ebensowenig zu deren Aufhebung nach Manteuffels Antrage. Oesterreich berief den alten Bundestag nach Frankfurt und begann zu rüsten, wie auch Bayern und Württemberg.

Auf Drängen des Kaisers Nikolaus wurde mit Däne-

mark Friede geschlossen unter Preisgebung der Elbherzogtümer.

In Kurhessen traten wir für Herstellung des vom Ministerium Hassenpflug beseitigten Rechtszustandes ein und ließen im Norden des Landes Truppen einrücken, während zum Schutze der bestehenden Regierung bayerische Regimenter von Süden herankamen.

Die von Radowitz wiederholt verlangten Rüstungen unterblieben und er trat ins Privatleben zurück.

Bald darauf wurde zwar infolge von Nachrichten aus Oesterreich die ganze Armee mobil gemacht; in Olmütz aber (28. November) verzichtete Manteuffel, Schwarzenberg gegenüber, sowohl auf den Schutz von Kurhessen als auf die Unionsverfassung.

Die dort in Aussicht genommenen Dresdener Konferenzen führten, wie zu erwarten gewesen, zur Herstellung des Bundestages in Frankfurt.

Man hat Radowitz mitunter verdächtigt, das Endziel seiner Politik sei gewesen, das schlecht gerüstete Preußen von Oesterreichs damals weit überlegenen Streitkräften überwinden zu lassen, um den Machtbereich der katholischen Kirche zu erweitern. Er war aber doch nur ein Träger der Politik des Königs, des Prinzen von Preußen und eines Teiles der Staatsminister. Die große Mehrheit der Abgeordneten ersehnte die Unionsverfassung, und Vincke würde ebendahin gesteuert haben, wenn der König ihn zur Leitung der bezüglichen Verhandlungen berufen hätte.

Ich würde jene Verdächtigung unerwähnt lassen, wenn nicht Fürst Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“

(Band I S. 64) eine solche Möglichkeit, allerdings nur hypothetisch, angedeutet hätte.

Was diesen Zweifel an Radowitz' Patriotismus veranlaßt hat, ist mir nicht bekannt geworden; dagegen kann ich bekunden, daß Bismarck in Petersburg, im März 1862, über dessen Bestrebungen mit Anerkennung geurteilt hat. Bei einem kleinen Diner sagte er, in Gegenwart des Gesandtschaftspersonals und einiger Gäste, daß, wenn er im Jahre 1849 die jetzt, seit 13 Jahren, gewonnene politische Erfahrung gehabt hätte, er Radowitz unterstützt haben würde. Denn ein Parlament wäre geeignet, die Sonderbestrebungen der kleinen Fürsten einzuschränken. Allerdings hätte die unerläßliche Voraussetzung dieser Politik der Nachweis eines befriedigenden Zustandes unserer Armee sein müssen. Die Annahme, daß Oesterreich sich ohne Kampf aus Deutschland würde verdrängen lassen, sei ein unbegreiflicher Irrtum gewesen, welchen indes auch Personen leitender Kreise sowie die große Mehrzahl der Abgeordneten geteilt hätten.

Bismarck war demnach schon im Frühjahr 1862 mit dem Zukunftsbilde des deutschen Reichstages vertraut.

Anfangs Dezember 1850 erhielt ich die Nachricht von der Olmützer Verständigung in einem Dorfe an der sächsischen Grenze, wohin ich mit einem Landwehr-Kavallerie-Regiment marschiert war. Das Regiment erschien mir, trotz besten Willens der Leute, keineswegs kriegstüchtig, und ich war daher zufrieden, daß es nicht zum Schlagen kam.

Einige Tage später schrieb mir ein Berliner Freund, Bismarck habe am 3. Dezember in meisterhafter Weise die undankbare Aufgabe gelöst, die Olmützer Abmachungen

zu verteidigen, ohne unsere militärische Schwäche einzugestehen.

Nach Neujahr schrieb Frau von Bismarck mir aus Reinfeld, daß ihr Gemahl — wie durch die „Gedanken und Erinnerungen" jetzt allgemein bekannt geworden ist — nachdem er vom Kriegsminister über den völlig ungenügenden Stand unserer Streitkräfte unterrichtet worden war, unablässig für Verständigung mit Oesterreich gearbeitet habe. Das Weihnachtsfest hätten sie dann im Familienkreise „in seligem Jubel" verlebt.

* * *

Ich wurde erst im Frühjahr 1851 vom Regiment entlassen und bald darauf als Assessor bei der Regierung in Potsdam angestellt. Bismarck vor seiner Ernennung nach Frankfurt persönlich zu begrüßen, fand ich keine Gelegenheit. Die Familie war wegen Krankheiten der Kinder den ganzen Winter in Reinfeld geblieben.

Im Mai 1852 kam Kaiser Nikolaus nach Potsdam. Die Offiziere seines Brandenburgischen Kürassier-Regiments, zu dem ich damals auf 4 Wochen kommandiert war, wurden eines Abends in Sanssouci vorgestellt. Auch Bismarck kam dorthin, aber etwas später als das Offizierkorps, und stand zufällig kurze Zeit hinter mir, ohne mich zu erkennen. Beim Vortreten sagte er: „Der starke Haarwuchs Ihres Hinterkopfs hat mich einige Minuten lang beschäftigt. Ich sagte mir, da ist nichts vom Garde-Pli zu erkennen. Das ist ein Mann, den der Kommißdienst langweilt. Er widmet sich ernsten Studien und wird wohl einmal im Generalstabe endigen.

Nun ich Sie erkenne, muß ich wohl sagen: in einem Ministerium."

Allerdings langweilten mich meine Geschäfte bei der Bezirksregierung, weil ich sie vernachlässigte. Meine Studien aber waren damals nur auf die Musik gerichtet. Sehr viele Zeit verwendete ich auf Vorbereitung und Leitung von Chor- und Orchesteraufführungen; Hochgenüsse, zu welchen ein Dilettant nur in einer kleineren Stadt Gelegenheit finden kann.

Im folgenden Jahre beschloß ich, Paris und Rom zu besuchen mit dem Vorsatz, zu prüfen, ob der Dienst bei den Gesandtschaften weniger langweilig wäre, als bei der inneren Verwaltung. Herr von Usedom, damals Gesandter in Rom, hatte mir gelegentlich in Berlin versprochen, er würde mich alle seine Berichte über die italienischen Ereignisse von 1846 ab lesen lassen. In Paris hoffte ich durch einen mir bekannten Sekretär einige Kenntnis der dortigen Geschäfte zu erhalten. An Frankfurt dachte ich für diese Untersuchung nicht; dort wollte ich nur auf der Durchreise einen Tag verweilen. Ich schrieb an Frau von Bismarck nach Reinfeld, um zu erfahren, ob sie und ihr Gemahl Anfangs November in Frankfurt sein würden. Die Antwort lautete:

„Sie gedenken also, im Spätherbst eine größere Reise zu unternehmen und bei der Gelegenheit auch uns zu besuchen? Dazu freuen wir uns recht von Herzen und bitten, daß Sie jedenfalls bei uns wohnen, wenn Sie kommen. Wir haben zwar kein sehr schönes, aber ein recht geräumiges Haus, ganz nahe an den Bahnhöfen, und Sie können völlig ungenirt mit und bei uns leben. Bitte, nehmen Sie dies Anerbieten gewiß an."

„Sie fragen nach meiner Muſik. Meine Liebe dazu hat nicht im Mindeſten abgenommen, wie wäre das wol je möglich! Die Gebrüder Müller haben mich mit ihren zauberiſchen, überirdiſchen Melodien ſo unbegrenzt entzückt, daß ich faſt kindiſch wurde in maßloſer Freude. Kann es denn aber auch etwas Schöneres geben, als Schuberts G-dur-Quartett mit dem ganz einzigen Trio und Mendelsſohns Es-dur-Quartett mit der träumeriſchen Canzonetta und dem tieftraurigen Adagio? Ich war, was man ſo nennt, völlig hingeriſſen. Kurz, ich liebe die Muſik unendlich, aber ſelbſt betheilige ich mich ſehr wenig, faſt garnicht mehr daran, habe auch ſtarke Rückſchritte gemacht.“

II.

Frankfurt. November 1853 bis Januar 1859.

Am 2. November kam ich nach Frankfurt. In einem Hause der Gallusstraße, mit einem kleinen Garten dahinter, wohnte die Familie Bismarck in behaglichen Räumen, welche gelegentlich zu Ballfesten dienen und einige Wohngäste aufnehmen konnten. Ein Zimmer mit Gartenaussicht wurde mir angewiesen.

Frau von Bismarck und Frau von Puttkamer, ihre Mutter, empfingen mich mit anmutiger Herzlichkeit. Der Hausherr kam am folgenden Morgen von Berlin zurück.

Er schien von der Fahrt gar nicht ermüdet. Beim Frühstück sprach er von der Möglichkeit eines Konflikts der Westmächte mit Rußland, wegen türkischer Fragen, „die uns gar nichts angingen", und sagte, daß es unverantwortlich sein würde, aus Liebedienerei gegen die Westmächte unsere Beziehungen zu Rußland zu verschlechtern. „Die Leute, die das befürworten, sind Phantasten, die nichts von Politik ver-

stehen.“ Damit stand er auf, um in einer Sitzung des Bundestages, der ersten nach den Ferien, nicht zu fehlen.

Abends war eine Gesellschaft im Hause des damals mit der Oberleitung der Thurn- und Taxisschen Postverwaltung betrauten Freiherrn von Dörnberg. Die Honneurs machte Baronin Brints, eine Schwester des österreichischen Ministers Grafen Buol-Schauenstein. Bundestag und Frankfurter Patriziat füllten die behaglichen Räume. Auffallend war mir die Entfaltung ungewöhnlich reichen Brillantschmucks bei den Damen.

Baron Prokesch-Osten, der österreichische Gesandte, beehrte mich mit einem würdevollen Vortrag über Paris und das südliche Frankreich, meine nächsten Reiseziele. Das Fest war kurz; man kam gegen halb zehn und ging gegen elf Uhr. Bei jeder Wagenfahrt beanspruchte Bismarck den Rücksitz für sich; ich mußte neben seiner Gemahlin Platz nehmen.

Zu Hause angelangt, blieb man noch bei einem Glase Punsch zusammen. Er sagte: „Ich bin von Damen öfters nach Ihnen gefragt worden und pflegte dann zu antworten: das ist ein schmählich reicher Lithauer, der nach Paris geht, um sein Geld totzuschlagen.“

Am folgenden Morgen mußte ich vieles vorspielen, während Bismarck rauchend auf und ab ging.

Beim Gabelfrühstück sprach er über die kaum erträglichen Verhältnisse am Bundestage; von Oesterreich geführt, versuchten die Mittelstaaten oft mit Erfolg, uns zu majorisieren.

Es drängte mich, folgendes zu sagen: „Vor vier Jahren haben Ihre Kammerreden mir klar gemacht, daß die damals beabsichtigte Unionsverfassung für uns nicht paßte. Dennoch

glaube ich, daß der Grundgedanke der Union unter andren Formen in Norddeutschland einmal verwirklicht werden wird. Der Selbsterhaltungstrieb kann uns dahin drängen. Freilich wissen wir seit 1850, daß das ohne einen Krieg im Süden nicht abgeht. Diesen Kampf können wir vielleicht nur aufnehmen zu einer Zeit, in der Oesterreich noch anderswo beschäftigt ist; auch müßten wir darauf rechnen dürfen, nicht von Osten oder Westen her gestört zu werden. Dazu gehört viel Glück. Aber unser Staat ist noch jung; und warum soll ein junger Mensch nicht nach vielem Kummer auch einmal Glück haben? — Ich wenigstens hoffe das noch zu erleben. Der Anschluß Süddeutschlands mag vielleicht ein Menschenalter später kommen."

Bismarck trank mir lebhaft zu und sagte: „Gewiß denke auch ich so etwas zu erleben. So lange Metternichs Grundsatz Geltung hatte, daß die beiden Großmächte am Bunde immer einig auftreten müßten, da mochte die Sache gehen. Aber das jetzige System der Vergewaltigung Preußens am Bunde ist für uns auf die Dauer nicht erträglich. Wieviele Jahre vergehen mögen, bis einmal die Waffen entscheiden, und unter welchen Umständen die Auseinandersetzung erfolgt, das kann heute niemand wissen; dahin kommen aber muß es, wenn man in Wien fortfährt, keine Vernunft anzunehmen."

Er schlug vor, bei dem schönen Wetter hinauszureiten. Frau von Bismarck bestieg eine elegante Rappstute. Es ging in den noch mit rötlichem und gelbem Laube geschmückten Stadtwald. Auf guten Reitwegen wurde flott galoppiert.

Kurz vor dem Diner saß ich am Klavier, als Bismarck leise ins Zimmer kam und hinter meinen Stuhl trat. In

einem Spiegel ſah ich, daß er ſeine ausgeſtreckten Hände über meinen Kopf hielt, nur einige Sekunden lang. Dann ſetzte er ſich an ein Fenſter und blickte in die Abenddämmerung hinaus, während ich weiter ſpielte.

Beim Mittageſſen (5 Uhr) erzählte er von ſeinem Anteil an der Bildung des Miniſteriums Brandenburg-Manteuffel genau ſo, wie die „Gedanken und Erinnerungen“ dieſe Begebenheiten des Spätherbſtes 1848 darſtellen.

Die Sitzung dauerte bei Wein und Cigarren ziemlich lange. Dann gab es wieder etwas Muſik. In der Nacht fuhr ich nach Mainz, um das Dampfboot zu erreichen, das am frühen Morgen nach Köln abgehen ſollte.

* * *

In Paris erfuhr ich, daß das Geſandtſchaftsarchiv für mich nicht zugänglich, und daß die erwähnte Zuſage Uſedoms eine unbegreifliche Abweichung von den beſtehenden Grundſätzen geweſen ſei.

Frau v. Bismarck ſchrieb mir (22. Januar 1854) nach Paris:

„Am 19. November war bei uns der erſte Ball. Der Vortänzer war in der hieſigen Geſellſchaft noch nicht ſehr bekannt, aber dennoch endigte der Kotillon, wie mir ſchien, recht heiter. Anfangs Januar hat man wieder bei uns getanzt unter der Leitung unſers ehemaligen Attachee des Grafen Theodor Stolberg, der von den Frankfurter Damen unausſprechlich geliebt wird, und das Vergnügen war deshalb ohne Grenzen. Wahrſcheinlich wird noch ein kleines Zauberfeſt in den nächſten Tagen bei uns ſtattfinden und zum Schluß ein ganz großes, wozu wir den jugendlichen

Grafen wieder einladen möchten, weil wir dann gewiß sind, daß alle Gemüther befriedigt davon gehen, wenn der Reigen verhallt ist. Man ist unendlich aufgeregt in diesem Winter, fast jeder Tag bringt eine neue Lustbarkeit mit sich — und wenn ich mich dabei auch wenig anstrenge, so ermüdet's mich doch schließlich sehr. Ich werde mich deshalb nächstens ein wenig zurückziehn, um nicht ewig dasselbe zu sehen und zu sprechen. Ich finde, man wird schrecklich langweilig durch so viele Vergnügungen und träge dazu. Trotz aller guten Vorsätze spiele ich fast garnicht, will mich aber ganz gewiß bessern."

Als ich nach Rom kam, war Usedom auf viele Monate beurlaubt. Meine geschäftliche Neugierde konnte ich daher auch hier nicht befriedigen.

In Sicilien erhielt ich Anfang Juni von Frau von Bismarck die Nachricht, ich würde sie und ihren Gemahl bei meiner Rückkehr (Ende Juli) nicht mehr in Frankfurt finden. Sie schrieb:

„Es ist im Rath der Weisen beschlossen und hundertfach beschrieben und besprochen worden, daß ich Ende Juni mit Sack und Pack d. h. mit drei Kindern, drei Bonnen, einem Diener und Frl. v. Rekow[1]) nach Pommern aufbrechen soll, wo ich drei Monate lang durch alle Tonarten hindurch Freundschaft zu schwärmen gedenke. Bismarck[2]) kann

[1]) Eine befreundete Dame, die bisweilen nach Frankfurt kam, um im Hauswesen behülflich zu sein.

[2]) Frau von Bismarck folgte in ihren Briefen der um die Mitte des vorigen Jahrhunderts noch in Pommern verbreiteten Gewohnheit, den Gemahl mit dem Familiennamen zu bezeichnen; im mündlichen Verkehr aber pflegte sie den Vornamen zu gebrauchen.

mich leider noch nicht begleiten, aber ich hoffe, er folgt mir im Juli, wo er Ferien zu erpressen hofft, die ich ihm von Herzen gönne, weil er augenblicklich so Europa- oder Bundes-müde ist, daß seine Klagen einen Stein erbarmen könnten, um wieviel mehr nun mich, sein getreues Ehegemahl. . . . . .

„Von unserem Leben läßt sich wenig sagen. Spiel und Tanz sind verklungen und ein Tag geht wie der andre hin ohne bemerkenswerthe Abwechselung, aber sehr angenehm still und ruhig; d. h. nur auf die letzten 8 Tage paßt dies, wo Bismarck wieder einmal fort ist, sonst haben wir gerade auch in diesen Monaten viel Trubel gehabt, Besuch aus Kurland, oder eigentlich aus Italien, aber Kurländer waren es doch, die in ihrem kalten Norden mit manchem Sehnsuchtsseufzer nach italienischem Himmel zurückkehrten. Es tauchen seit zwei Jahren hin und wieder sehr liebenswürdige Universitätsfreunde von Bismarck auf, deren Bekanntschaft mir viele Freude macht; so auch die von Graf und Gräfin Keyserling, die eben vor 8 Tagen einige Zeit hier und immer mit uns zusammen waren . . . . . Wenn Sie bei Ihrer Rückreise einen Tag in Frankfurt bleiben, wollen Sie dann nicht Frau v. Eisendecher besuchen, die Sie ja schon kennen? Sie ist sehr liebenswürdig und geistvoll.

„Vielleicht macht es Ihnen auch Vergnügen, die Familie des Malers Professor Becker aufzusuchen, welche sehr intim mit Mendelssohn gewesen sind und mir in diesem Winter, wo ich sie kennen lernte und herzlich lieb gewann, recht viel und oft von Ihrem Freunde erzählt haben. Frau Becker hat für mich eine sehr anziehende Stimme. Ich

mag mitunter recht gern die weichen, sanften Melodieen ohne Leidenschaft, und solche singt sie sehr hübsch, recht hell und klar und herzerfreuend, wie ein stiller, warmer Frühlingsabend. Beckers sind sehr liebe Leute, die ich viel öfter sehen möchte, wenn ich nur könnte."

Außer zwei damals noch unerwachsenen Kindern bestand diese Familie, die ich 1855 kennen lernte, aus dem Elternpaar und zwei Töchtern, deren eine früh verstarb (1859), die andere 1861 Herrn Meister heiratete, einen Mitbesitzer der bekannten Höchster chemischen Fabrik.

Für Frau Marie Meister hat seit jener Zeit Frau von Bismarck eine innige Zuneigung bewahrt und auch von Berlin aus vielfach bethätigt.

Mit der erwähnten Frau von Eisendecher, Gemahlin des damaligen Oldenburgischen Bundestagsgesandten und Mutter des heutigen preußischen Gesandten in Karlsruhe, ist Frau von Bismarck ebenfalls lebenslang in herzlicher Freundschaft verbunden geblieben.

Ueber ihre Auffassung der Freundschaft schrieb sie gelegentlich (Mai 1856):

„Wenn ich einen Menschen lieb habe und ihm vertraue — was schadet's, wenn „falsche falsche Zungen" ihn verdächtigen wollen — ich laß' sie reden, so lange sie Lust haben, sie mögen erfinden, was ihr schlechtes Herz ihnen eingiebt — mich stört's nie und nimmer — ich freue mich, wenn ich Gelegenheit finde *meine* Zunge zur Vertheidigung zu wetzen und wenn man nicht darauf hört — ist's mir auch gleichgültig, ich weiß doch was ich weiß — und wo ich *einmal* Vertrauen gefaßt, da ist's auch niemals zu

erschüttern und wenn eine ganze Welt mit Schmähreden aufstände .... Wenn ich einmal Freundschaft zugesagt, so ist's nicht für einen Tag oder einen Monat oder ein Jahr, sondern für's ganze Leben — through glory and shame, through sorrow and joy."

Diese Worte sind Jahrzehnte hindurch buchstäblich bewahrheitet worden. Noch heute leben Frauen und Männer, welche dankbar bezeugen, daß das ihnen geschenkte Wohlwollen der Fürstin durch nichts zu erschüttern gewesen ist.

Am 16. Januar 1855 schrieb Frau v. Bismarck aus Frankfurt:

„Als ich im November hierher zurückkehrte, feierte ich meinen Einzug mit einem großen Ball, der ja scheinbar die allgemeine Zufriedenheit erlangte. Dann war tiefe Stille in der Gesellschaft bis nach Weihnachten, wo sich nur hin und wieder ein Haus durch Geigenstriche und Tanz bemerkbar machte. Aber im Ganzen scheint's mir, als sei die Lust zu dergleichen Vergnügungen in diesem Winter nicht sehr groß, und ich finde es sehr begreiflich, daß man endlich müde wird, wenn man so viel gesprungen hat, wie ich's hier drei Winter angesehn. Meine Kräfte würden wahrscheinlich schon nach den ersten zwei Monaten erlahmt sein, wenn ich mich jemals mitwirkend dabei betheiligt hätte. — Ich bin glückselig über diese Gesellschaftsstille, weil ich mich jetzt so viel mehr meinen kleinen Trabanten hingeben kann, wie bisher, und weil wir überhaupt ein so ruhiges häusliches Leben führen, wie's nur im einsamen Schönhausen sein könnte. Das hat mir ja, wie Sie wissen, stets mehr zugesagt als der ewige Trubel unter

vielen fremden Menschen, wobei doch nie etwas anders herauskommt, als im besten Fall einige oberflächliche Phrasen und im schlimmsten (und häufigsten) zahllose Klatschgeschichten, Empfindlichkeiten u. s. w. . . . .

„Bismarck jagt heute ich weiß nicht wo, bei Berlin, mit Seiner Majestät. Er ist seit 8 Tagen zwischen Berlin und Potsdam in ewiger Bewegung hin und her und gedenkt am 19. wiederzukommen, hoffentlich mit ganz sicheren Friedensnachrichten." [1]) . . . .

Frankfurt, August 1855.

. . . . „Bismarck war wirklich recht krank, ich nur etwas, an wehen Augen, und wir sollten Beide durchaus nach Kissingen, wozu wir nicht die mindeste Lust hatten, weil ich Eltern und Kinder nicht verlassen mochte, und Bismarck durchaus keine Diät halten wollte. So wurde er denn zur Erholung von allem Bundesärger auf Reisen geschickt und ich dazu verurtheilt, hier Brunnen zu trinken, was ich nun auch ganz artig seit drei Wochen vollführe und dabei das Haus- und Kinderwesen in Ordnung zu halten mich bestrebe, im unaussprechlichsten Tugendgefühl! — Bismarck hat in Paris den Königlich englischen Einzugs- und Abzugs-Trubel mitgemacht und ist jetzt nach Ostende; wo er verschiedene Bekannte sehen will, und dann heimkehren, vielleicht in 8 Tagen. Wenn der Herbst dann nicht schon in seiner ganzen Rauheit über uns gekommen ist, so möchten wir noch sehr gern auf kurze Zeit etwas Studentenleben am Rhein führen." . . . .

[1]) Damals, während der Belagerung von Sebastopol, wurde in Wien verhandelt, um zum Frieden zu gelangen, aber ohne Erfolg.

5. September.

. . . . „Bismarck und ich sind eben 8 Tage in der Rheinregion gewesen auf Anlaß der Königlichen Herrschaften, die sich ja einige Zeit in Stolzenfels aufhielten. Wir sind auf hohen Befehl bis Remagen mitgereist, wo Graf Fürstenberg seine wunderschöne Apollinaris-Kirche zeigte und später ein großes Frühstück auftischte.

„Dann fuhren König, Königin und Prinzen mit sämtlichem Gefolge zu Schiff gen Köln, wir aber zogen landeinwärts durch das wundervolle Ahrthal, dessen Stille und Frische uns nach allem Trubel der letzten Tage sehr wohl that. Den andern Tag schwärmten wir am Laacher See und im Brohlthal umher und schlossen mit St. Goar, von wo wir gestern früh heimkehrten, um von allen Freuden in stiller Zurückgezogenheit auszuruhen."

* * *

Im Oktober besuchte ich die Pariser Weltausstellung und blieb auf der Rückreise drei Tage in Frankfurt.

Am ersten Morgen erzählte Bismarck, wie er einem polizeilich verfolgtem jungen Manne zur Flucht verholfen hatte:

„Ich erhielt vor kurzem von Berlin den Auftrag, die hiesige Polizei zu veranlassen, einen politisch kompromittierten Jüngling zu verhaften. Nun ist es wirklich nicht wohlgethan, einen fähigen jungen Menschen, der auf einen falschen Weg geraten ist, durch Verfolgung und Bestrafung als Umstürzler abzustempeln. Es ist sehr möglich, daß er von selbst zur

Vernunft kommt, wie es manchen Achtundvierzigern ergangen ist. Ich erstieg also frühmorgens die drei Treppen zu der Wohnung des jungen Mannes und sagte ihm: „Reisen Sie so schnell als möglich ins Ausland.“ Er sah mich etwas verwundert an. Ich sagte: „Sie scheinen mich nicht zu kennen; vielleicht fehlt es Ihnen auch an Reisegeld. Nehmen Sie hier einige Goldstücke und machen Sie, daß Sie schnell über die Grenze kommen, damit man nicht sagt, daß die Polizei wirksamer operiert als die Diplomatie.“ Am folgenden Tage hat die Polizei ihn natürlich nicht mehr gefunden.“

Diplomaten oder Patrizier habe ich weder bei diesem noch bei späteren Besuchen in der Gesandtschaft kennen gelernt. Man benutzte die sonnigen Herbsttage zu weiten Spazierritten. Zwei Abende wurden durch die Anwesenheit der Familie Becker verschönert.

Bismarck erzählte gern von den Eindrücken der in Paris verlebten Augustwochen. Der Kaiser Napoleon galt damals in der öffentlichen Meinung Deutschlands als einer der klügsten Männer der Welt, dem wie durch Zauber alles zu gelingen schien, was er unternahm, und dessen geheimen oder offenbaren Einfluß man bei allen Vorkommnissen in Europa als selbstverständlich zu betrachten gewohnt war. Bismarck aber schilderte ihn anders, auf Grund mehrfacher Beobachtungen. Sein Verstand, meinte er, sei keineswegs so überlegen, wie es die Welt glaube, und sein Herz nicht so kalt. Manche gemütliche Saiten klängen bei ihm an und er sei im Grunde gutmütig. „Es könnte unter Umständen recht nützlich sein, mit ihm politische Geschäfte zu machen.“

Die „Gedanken und Erinnerungen“ geben (Band I, Seite

149 bis 155) dieſelben Mitteilungen über die im J. 1855 in Paris erhaltenen Eindrücke, wie ſie mir damals in Frankfurt gewährt wurden.

* * *

Frau von Bismarck ſchrieb am 30. Dezember 1855:

. . . . . „Um die Weihnachtszeit war Bismarcks Herz unglaublich großmütig liebend geſtimmt, ſo daß er mir zu meiner unendlichen Ueberraſchung einen herrlichen Andreeſchen Mozartflügel unter dem Weihnachtsbaum aufbaute — wirklich und wahrhaftig — und ſehr wunderſchön, nicht den, welchen Sie verſucht, der war verkauft; aber dieſer iſt reichlich ebenſogut und ich ſtrenge ihn täglich ſo viel an, daß es meiner Mama ſchon zu viel wird. Der Eifer wird ſich ſpäter auch wohl wieder legen, aber jetzt bin ich wirklich in einer glückſeligen muſikaliſchen Entzückung.

. . . . . „Wir leben unendlich eingezogen in dieſem Winter. Durch den plötzlichen Tod der Frau von Brints iſt eine ſo trübe und gedrückte Stimmung in die Geſellſchaft gekommen, deren belebendes Prinzip ſie ſeit langer Zeit geweſen, daß Niemand an Feſte denken wird. Dieſe Frau wurde ſo mitten in der vollen Lebenskraft und Lebensluſt hingerafft; ſie wird von Vielen ſehr betrauert, von Allen ſehr vermißt werden. — Beckers ſehen wir hin und wieder und Frau von Eiſenbecher, ſonſt faſt Niemand."

Frankfurt, Mai 1856.

. . . . . „Geſtern fuhren wir mit Beckers nach Wilhelmsbad, um Schatten unter Ur-Eichen zu ſuchen in dieſer ge-

waltigen Hitze. Sie sangen vierstimmig „Der Schnee zerrinnt, der Mai beginnt“ — mir ganz neu, aber reizend wie alle Mendelssöhne — und draußen und drinnen ist's so herrlich, daß man gar nicht weiß, was man beginnen soll vor ausgelassener Freude. Die heißen Vormittagsstunden vergräbt man sich in dunkle Gartenzimmer und Nachmittags wird geritten und gefahren in den unaussprechlich wundervollen Wald oder in's nicht minder schöne Gebirge. So geht's alle Tage. Und dieser Mai ist schöner wie alle zuvor.“

Frankfurt, 7. Februar 1857.

. . . . . „Anfangs des Jahres ging's sehr lustig bei uns her — all überall — jetzt ist es still wie in der Wüste Gobi und ich lebe deßhalb in sehr glücklichem Verkehr mit meinen lieben Beckers, die mir recht „je länger je lieber“ geworden sind.“

Zu Ostern 1857 verlebte ich einige Tage in Frankfurt. Bismarck war, einem vom Kaiser Napoleon kundgegebenen Wunsche folgend, kurz vorher nach Paris gereist und seine Rückkehr wurde täglich, aber vergebens erwartet. Ich mußte ohne ihn gesehen zu haben nach Potsdam zurück. Dort erhielt ich folgende Mitteilungen:

Frankfurt, 20. 4.

. . . . „Bismarck schließt jeden Brief mit dem Wunsch, Sie zu sehen. Ich schrieb ihm von der Möglichkeit Ihrer Wiederkehr zu Pfingsten, was er aber gar nicht berücksichtigt, vielleicht weil er wieder allerhand gütige allerhöchste Absichten bis dahin voraus sieht. Der Stümper ist nun

einmal zum Königlich Preußiſchen Irrwiſch beſtimmt. Er ſchreibt nur: mache, daß Keudell bleibt oder wiederkommt, wenn ich da bin." ....

Den 22. 4.

„Er iſt gekommen, endlich — und bleibt für's Erſte doch 8 Tage hier — und da das Gewiſſe immer beſſer iſt, wie's Ungewiſſe, ſo geben wir Dieſt [1]) auf, um Sie ſicher zu haben. Wer weiß, was Pfingſten iſt und wo wir vielleicht Alle miteinander zerſtreut ſind. Deshalb, bitte, nur ſchnell lieber Freund. Wir erwarten Sie mit innigſter Freude und heißen Sie herzlich willkommen zu jeder und jeder Stunde." .....

Am Morgen nach Empfang dieſes Briefes war ich wieder in Frankfurt. Am Frühſtückstiſch ſaßen wir trinkend und rauchend von zwölf bis drei Uhr.

Dann ging's zu Pferde in den Wald. Der Mittagstiſch dauerte von fünf bis neun. Bismarck war unerſchöpflich in Erzählungen über ſeine Erlebniſſe in Frankreich. Die Familie Becker war inzwiſchen in das Muſikzimmer eingetreten und erwartete uns da.

Am andern Morgen ſpielte ich vieles; Bismarck ging dabei in einem hellgrünen geblümten Schlafrock rauchend auf und ab, die Damen ſaßen.

Dann erzählte er ausführlich von ſeinen Geſprächen mit Napoleon; von Bündnisanträgen des Kaiſers, die er verſchweigen müſſe, weil ſie ſonſt wahrſcheinlich von Berlin aus

[1]) Guſtav von Dieſt, damals Oberpräſidialrat in Koblenz, war ſchon in den Oſtertagen in Frankfurt geweſen und mit mir eingeladen worden, um Pfingſten wiederzukommen.

nach Wien verraten werden würden; auch von den Mitteln, durch die er das offenbare Annäherungsbedürfnis des Kaisers für unsere Politik auszunutzen versuchen wollte. Er hielt für richtig, wenigstens den Schein, daß wir zu Frankreich in sehr freundschaftlichen, und unter Umständen bis zu gemeinsamer Aktion zu entwickelnden, Beziehungen ständen, hervorzurufen, um in Wien einen gewissen Druck ausüben zu können und die österreichische Politik von ihrer jetzigen verhängnisvollen Richtung abzulenken.

Im Laufe seiner Erzählungen erwähnte er einen Gedanken des Kaisers, von welchem in den veröffentlichten Briefen an Gerlach und Manteuffel keine Andeutung zu finden ist.

Napoleon hatte gelegentlich geäußert, die Verhältnisse in Frankreich seien doch immer unsicher; es komme vor allem darauf an, Unzufriedenheit in der Armee zu verhüten. „Pour moi l'essentiel c'est toujours l'armée.“ Er wünsche deshalb etwa alle drei Jahre une bonne guerre außerhalb der Grenzen Frankreichs.

Dieser Worte gedachte ich, als drei Jahre nach dem Pariser Frieden der italienische Krieg ausbrach, und drei Jahre nach diesem das mexikanische Abenteuer unternommen wurde. Auch kam drei Jahre nach der Rückkehr Bazaines aus Mexiko der deutsche Krieg, welchen der Kaiser jedoch nur widerwillig, dem Drucke anderer Personen folgend, beschloß.

Nach einem Aufenthalt von nur 30 Stunden mußte ich die Rückreise antreten.

Zu Pfingsten 1857 war ich nochmals ein paar Tage in Frankfurt, zusammen mit meinem Freunde Dieſt. Er wohnte

zwar nicht in der Gesandtschaft, war aber von Mittag an immer dort, und hatte auch sein schönes Violoncell mitgebracht. Trios und Duos hörte Bismarck rauchend mit ungeteilter Aufmerksamkeit und offenbarem Vergnügen.

In den Morgenstunden spendete er mir wieder mancherlei politische Mitteilungen und las auch den von mir bis in das preußische Postgebiet mitzunehmenden, merkwürdigen Brief an Gerlach vor, in welchem die „Legitimität" vieler allseitig anerkannter Staatsgewalten analysiert wird. (Gedanken und Erinnerungen S. 175). Meinerseits konnte ich ihm über die politischen Schriften von Gneist manches berichten, was ihn zu interessieren schien.

Am Morgen meiner Abreise (31. Mai), ging er einige Zeit mit mir in dem kleinen sonnigen Garten hinter dem Hause auf und ab und sagte: „Ich habe zur Zeit in Berlin wenig Einfluß. Meine Bemühungen, die günstigen Dispositionen des kaiserlichen Frankreich für uns nutzbar zu machen, werden keine Erfolge haben. Ueberhaupt hat der König mir seit zwei Jahren nicht mehr dasselbe Vertrauen geschenkt, wie früher. Wollte er mich, wie er mehrmals beabsichtigte, zum Minister machen, so würde er nicht 8 Tage lang mit mir auskommen.

„Ach, glücklich ist nur die Jugend, die immerzu Hurra schreien kann."

„Meine Erfahrung," sagte ich, „ist die entgegengesetzte. Ich bin heute viel fröhlicher, wie als junger Mensch. Fühlen Sie nicht auch heute einen höheren Wellenschlag des Lebens, wie als Student?"

„Nein!" erwiderte er; und nach einer kleine Pause:

„— ja, wenn man so über das Ganze disponieren könnte! — aber unter einem Herrn seine Kraft verpuffen, dem man nur mit Hilfe der Religion gehorchen kann . . .“

Bei diesen Worten waren wir an dem Wagen angekommen, der mich zum Bahnhof bringen sollte.

Bald darauf schrieb ich einem Freunde, der besorgte, ich könnte durch Bismarcks Einfluß in eine extreme Richtung geraten, folgende Worte:

„Beruhige Dich und freue Dich. Bismarck ist jetzt kein Parteimann mehr. Ich habe, wenn ich mit ihm zusammen war, täglich klüger und besser zu werden gefühlt. Die Fülle thatsächlicher Mittheilungen von für mich großem Interesse war noch nicht einmal die Hauptsache; sein unabhängiger, freier Ueberblick über die äußeren und inneren Verhältnisse, seine kühnen Pläne, sein Zoll für Zoll männliches Wesen, haben mich in tiefstem Grunde angeregt und erfrischt. Gerade in der Unabhängigkeit des Denkens und Wollens fühlte ich mich neu gestärkt durch ihn.“

* * *

Im Sommer dieses Jahres (1857) wurde ich als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Innern berufen und im Dezember an das Oberpräsidium zu Breslau versetzt. Dadurch war die Möglichkeit häufiger Fahrten nach Frankfurt ausgeschlossen; nicht nur der weiteren Entfernung wegen, sondern auch weil die damals wesentlich in die Hand des Oberpräsidialrats gelegte Verwaltung einer großen Provinz andere Kraftanstrengungen erforderte als die Mitgliedschaft eines Regierungskollegiums.

Am 20. Auguſt 1857 ſchrieb Frau von Bismarck aus Stolpmünde:

... „Die heißbegehrte ſchwediſche Reiſe iſt ſo vollkommen gelungen, daß Bismarck jetzt die heiterſten, entzückteſten Briefe ſchreibt aus ſchwediſchen und däniſchen Schlöſſern und Dörfern mit recht abſonderlichen Namen.... Ich bin glücklich über ſein Vergnügen, das aus allen Briefen hervorleuchtet: Jagdluſt und Jagderfolge, Naturſchwärmerei, Geſundheitsverſicherung — Alles zuſammen klingt herrlich und erfreulich. Es gefällt ihm ſo wundervoll in dieſen nordiſchen Sphären, daß er fürs Erſte und Zweite und Dritte noch an gar keine Rückkehr denkt."

Am 17. Auguſt aber wurden die Jagdfreuden unterbrochen durch einen Unfall, welcher für Bismarck die Urſache langwieriger Leiden werden ſollte. Er fiel auf eine ſcharfe Felskante und erlitt eine Verletzung am linken Schienbein[1]), welche ausheilen zu laſſen, ihm die Geduld fehlte. Nach nur eintägiger Pauſe fuhr er fort, in Schweden und ſpäter in Kurland zu jagen. Die ſchlecht geheilte Wunde wurde im Juni 1859 in Petersburg durch ein vergiftetes Pflaſter derartig inficiert, daß zwei lebensgefährliche Krankheiten (1859 in Berlin und 1860 in Hohendorf) ſich daraus entwickelten. Auch in ſpäteren Jahren ſind nach Anſicht ſeines langjährigen Arztes, Dr. Struck, aus derſelben Urſache — einer zerſtörten Ader des linken Beins — mehrmals Venenentzündungen und andere gefährliche Erkrankungen entſtanden, welche ihn zu dem Gefühle vollkräftiger Geſundheit nur ausnahmsweiſe in ge-

[1]) S. Fürſt Bismarcks Briefe an ſeine Braut und Gattin, S. 382.

wissen Zwischenräumen haben kommen lassen. Eine erhöhte Reizbarkeit des ganzen Nervensystems war die natürliche Folge dieser Störungen.

Im Oktober 1857 wurde der Prinz von Preußen mit der Stellvertretung des schwer erkrankten Königs beauftragt.

Frau von Bismarck schrieb aus Frankfurt am 27. Dezember 1857:

> . . . „Unsre Zukunft ist augenblicklich wieder 'mal ziemlich unsicher nach allen Richtungen hin, aber Bismarck ist guter Laune und so bin ich's auch — habe ja auch alle Ursache dazu, besonders wenn ich in die strahlenden Weihnachtsgesichtchen meiner drei Herzenskleinodien sehe — die meine Seele mit ewigem Lobgesang gegen Gott erfüllen. . . . . Er wandelt eben ganz lang und grün durch alle Zimmer, läßt Sie herzlich grüßen und hat auf meine Frage um mögliche Bestellung an Sie keine Antwort, als die Bitte, Sie möchten Rübezahl grüßen, wenn Sie ihn sähen, das wäre der einzige Bekannte, den er in Schlesien hätte."

Im Herbst 1858 ging Bismarck nicht auf Urlaub, sondern blieb in Frankfurt, weil der in Baden weilende Prinz von Preußen mehrfach seinen Rat verlangte. Im Oktober kam es endlich infolge der andauernden Krankheit des Königs zur Einsetzung der selbständigen Regentschaft des Prinzen. Er berief das Ministerium Hohenzollern-Auerswald, das von der liberalen Mehrheit der Gebildeten mit Jubel begrüßt wurde. Neuwahlen zum Abgeordnetenhause ergaben eine bedeutende ministerielle Majorität von gemäßigt liberaler Färbung.

In einem Briefe an Frau von Bismarck erwähnte ich meine Zweifel darüber, ob das Miniſterium der „neuen Aera“ — wie es damals genannt wurde — die übergroßen Erwartungen der politiſchen Welt würde erfüllen können. Die Antwort lautete (Dezember 1858):

„Was den politiſchen Theil Ihres Briefes betrifft, den ich Otto vorgeleſen, ſo läßt er Ihnen ſagen, Ihre und ſeine Wege wären dieſelben, ſogar bis auf das Gras, welches daneben wüchſe.“

Die Aeußerung ſcheint mir ſo charakteriſtiſch, daß ich ſie nicht unerwähnt laſſe, obwohl ich über jenes Gras nichts mehr bekunden kann.

Zu Neujahr 1859 war ich noch einmal in Frankfurt auf zwei Tage, welche mit viel Muſik, unter Mitwirkung der Familie Becker, ausgefüllt wurden, zu politiſchen Aufzeichnungen aber keinen Stoff darboten.

III.

Aeußerungen über Muſik. 1853—1871.

Hier möchte ich zuſammenſtellen, was mir über Bismarcks Verhältnis zur Muſik und einzelnen Muſikſtücken bekannt geworden iſt.

Er war mit gutem Gehör und wohlklingender Baritonſtimme begabt, an deren Ausbildung er jedoch niemals gedacht hat. Die Kreiſe, in denen er als Jüngling verkehrte, waren vielfach anregend, aber nicht eigentlich muſikaliſch. Wenn er in ſpäteren Jahren mitunter eine Melodie mitſummte oder für ſich allein wiederholte, waren die Töne immer von unanfechtbarer Reinheit.

Er hatte ein feines Gefühl für ernſte Muſik und oft große Freude daran. In ſeinem Zuhören erlebte ich drei Abſtufungen.

Als Abgeordneter und in Frankfurt hörte er, gewöhnlich rauchend, mit ungeteilter Aufmerkſamkeit; ſo auch an vielen Winterabenden in Verſailles (1870/71) nach dem Diner.

In Petersburg pflegte er beim Zuhören zu lesen. Als Minister und Bundeskanzler las er ebenfalls beim Hören, wenn er im Musikzimmer war, öffnete mitunter die Thüre seines, nur durch ein offenes Kabinett davon getrennten Arbeitszimmers, um sich beim Schreiben durch Töne anregen zu lassen. Als Reichskanzler aber lehnte er ab, Musik zu hören, weil die Melodien ihn nachts verfolgten und zu schlafen hinderten.

In den ersten Jahren seiner Ehe hat Frau von Bismarck ihm viel vorgespielt. Ein Lieblingsstück, welches er sie noch in Frankfurt (1853) in meiner Gegenwart zweimal zu spielen bat, war ein kurzer feuriger Satz von Ludwig Berger (Opus 12, Nr. 3). „Diese Musik", sagte er, „giebt mir das Bild eines Cromwellschen Reiters, der mit verhängten Zügeln in die Schlacht sprengt und denkt: jetzt muß gestorben sein."

In den letzten Frankfurter Jahren, wie in Petersburg, haben die heranwachsenden Kinder Frau von Bismarck so viel zu thun gegeben, daß mitunter längere Zeit ohne Berührung des Klaviers verging. Zu leichter Erwerbung neuer Stücke fehlte ihr eine bequem gehorchende Technik. Dennoch hat sie später in Berlin manches Neue, auch aus Liederheften und Opern sich angeeignet. Volksmelodien und schöne Walzer haben ihr jederzeit zur Verfügung gestanden.

In Frankfurt äußerte Bismarck mehrmals, daß er nie in ein Konzert gehen möge. Das bezahlte Billet und der eingezwängte Platz verleideten ihm den möglichen Genuß. Schon der Gedanke, für Musik Geld zu zahlen, sei ihm zuwider. Musik müsse frei geschenkt werden wie Liebe. Diese

Worte hörte ich von ihm in verschiedenen Jahren (1853, 1855, 1857). In Petersburg sagte er gelegentlich (1860), gute Musik rege ihn oft nach einer von zwei entgegengesetzten Richtungen an: zu Vorgefühlen des Krieges oder der Idylle.

Vierhändig spielen zu hören, liebte er nicht. „Die sichtliche Gebundenheit der Spieler an das Notenheft," sagte er, „schließt eine freiere Bewegung aus. Nur wenn der Spieler ohne Vermittelung eines Blattes Papier zu seinem Instrument spricht, beginnt für mich der Genuß."

Damit gerade konnte ich ihm dienen. Ein ungewöhnliches Gedächtnis setzte mich in den Stand, ganze Tage lang immer Neues zu bringen. Ohne Virtuose zu sein, verfügte ich über eine hinreichende Technik, um Werke der Meister von Bach bis auf Chopin und Schumann verständlich darzustellen. Als Student hatte ich ein Berliner Wintersemester (1841/42) ausschließlich auf musikalische Studien verwendet, nämlich auf kontrapunktische Uebungen und Beethovensche Klaviersonaten. In den letzten Lebensjahren der 1847 verstorbenen Schwester Mendelssohns, Frau Fanny Hensel, durfte ich in ihrem Hause viel verkehren und einen Schatz von Ueberlieferungen erwerben. Damals wurde ich von Musikern als Fachgenosse begrüßt. Später, in kleinen Städten, war ich unter dem Beifall vieler Freunde bemüht, meinen Vorrat guter Hausmusik zu erhalten und stetig zu vermehren. So fanden Bismarcks Wünsche mich gut vorbereitet.

Er war sehr zufrieden, neben neuen Sachen auch bekannte Stücke, namentlich Beethovensche Sonaten, wieder zu hören, die er, wie schon einmal erwähnt, als Student durch Graf Alexander Keyserling kennen gelernt hatte.

Ueber eine Fuge von Bach in E (Wohltemperiertes Klavier, Band II, Nr. 9) sagte er (1853):

„Der Mann hat von Anfang mancherlei Zweifel, ringt sich aber allmählich durch zu einem festen frohen Bekenntnis."

Ueber andere Stücke von Bach hat er nie etwas gesagt. Ueberhaupt pflegte er nach dem Schluß der Musikstücke zu schweigen, wie um die Töne innerlich nachklingen zu lassen; nur ganz ausnahmsweise fiel mitunter eine Bemerkung.

Von Mozarts Instrumentalstücken, deren ich übrigens nur wenige spielte, hat ihm keines einen besonderen Eindruck gemacht, auch nicht das Konzert in D-moll, dessen, etwas gekürzten, ersten Satz Frau von Bismarck nicht oft genug hören konnte. Er sagte danach nur: „Beethchen (Beethoven) ist mir lieber" (1862). Mehrmals hat er im Laufe der Jahre geäußert: „Beethoven sagt meinen Nerven am besten zu."

Ueber den ersten Teil der Sonate in Es (27, Nr. 1) sagte er (1853): „Das ist als wenn man gegen Abend in etwas angeheitertem Zustande langsam durch die Straßen schlendert. Man sieht sehr vergnügt ins Abendrot und denkt: Ob's wohl morgen wieder so hübsch wird wie heute?"

Ueber das erste Stück der großen Sonate in F-moll (57) sagte er (1864): „Wenn ich diese Musik oft hörte, würde ich immer sehr tapfer sein." Das war eine scherzhafte Wendung zum Lobe der Musik auf Kosten seiner Person; denn nie hat er musikalischer Anregung bedurft um tapfer zu sein. So weit meine Wahrnehmungen reichen, ist ihm niemals, selbst nicht im Gedränge großer Schwierigkeiten, die Tapferkeit auch nur für einen Augenblick abhanden gekommen. Der ihm angeborene Mut hing wohl zusammen mit dem

Gefühle physischer, und noch mehr geistiger, Ueberlegenheit über andre Menschen, und wurde verstärkt durch die Erkenntnis, daß man bei tapferem Verhalten in allen Fällen am besten wegkommt.

Der erste Satz der F-moll-Sonate gehörte also zu den ihn kriegerisch anregenden Stücken. Ueber den letzten Satz derselben sagte er (1868), wie ich schon einmal erwähnte: „Das ist wie das Ringen und Schluchzen eines ganzen Menschenlebens.“ Als ich dieselbe Sonate in Versailles auf einem schlechten Klavier zum erstenmal spielte (30. Oktober 1870) sagte er: „Warum das nicht öfter?“

In Bezug auf die vielen andern, von ihm leidenschaftlich geliebten Sonaten hat er in meiner Gegenwart nie ein Wort gesagt.

1853 spielte ich zum erstenmal das Andante des Konzerts in G (58). Frau von Bismarck fragte: „Klingt das nicht wie das Gemüt unsres Freundes Hippolyt?“ Er antwortete: „Ja, aber wie Hippolyt aus dem Irdischen ins Himmlische übersetzt.“

Später (1867) sagte er nach dem ersten Satze desselben Konzertes: „Wirklich sehr hübsch.“

Beethovens 32 Variationen fand er nur technisch bewunderungswürdig (1865), aber nicht zum Herzen gehend, während Frau von Bismarck sie sehr liebte.

Variationen waren ihm überhaupt unerfreulich. Sogar nach dem Andante des Schubertschen D-moll-Quartetts, das er leidenschaftlich liebte, sagte er einmal, das Thema ohne die Variationen ginge ihm eigentlich doch tiefer als das ganze ausgeführte Stück (1869).

Nächſt, ja neben Beethoven liebte er Schubert. Von deſſen oben genanntem Quartett, das ich für Klavier bearbeitet hatte und oft ſpielen mußte, ſagte er mehrmals: „Das iſt mir wie Beethoven.“ Auch die Menuett des A-moll-Quartetts liebte er ſehr, und vom Andante die erſte Melodie. Dazu bemerkte er einmal (1869): „Die Stelle nach der Fermate im zweiten Teil der Melodie klingt etwas künſtlich und daher nicht ganz ſo hübſch wie das übrige.“ Dieſes kleine Stück aber, von nur 16 Takten, berührte ihn wie ein idylliſches Bildchen.

Das Trio in Es konnte ich 1857 mit Begleitung vorſpielen, während er rauchend auf und ab ging. Er fand es außergewöhnlich hübſch, am meiſten das „allerliebſte und witzige Scherzo“.

Die melodiöſe letzte Sonate (in B) war ihm an mehreren Abenden in Verſailles angenehm und nervenberuhigend, doch bemerkte er, der letzte Satz ſtände nicht auf der Höhe der drei anderen.

Mendelsſohn hörte er immer gern, wenn auch nicht ſo gern wie Beethoven und Schubert. Nach dem Präludium in E-moll (36, Nr. 1) ſagte er einmal (1867): „dem Manne geht es aber wirklich ſehr ſchlecht.“

Beim Hören des Capriccio in E (33, Nr. 2) ſagte er (1855): „ſtellenweiſe klingt das wie eine vergnügte Rheinfahrt; an anderen Stellen aber glaube ich einen im Walde vorſichtig trabenden Fuchs zu ſehen.“

Von Schumann ſpielte ich die populäre Hälfte der „Symphoniſchen Etüden“ und mehrere andere Stücke; er hörte alle gern ohne jedoch darüber mehr zu ſagen als mitunter: „ſehr hübſch.“

Von Chopin hörte er lieber die leidenschaftlich bewegten als die träumerischen Stücke. Nach dem Präludium in Cis-moll (ohne Opuszahl), welches viele unerwartete Modulationen bringt, sagte er (1855): „das klingt ja oft so, als ob ich einem Raucher sagen wollte: Befehlen Sie vielleicht eine Ci- . . . . trone muß man zum Lachs haben."

Ueber die im Baß donnernde Etüde in C-moll (10, Nr. 12) sagte er 1853: „Wirklich magnifique."

Brahmssche Klaviermusik spielte ich vor 1872 noch nicht; vermutlich hat er diesen Meister nicht kennen gelernt.

Auch mit Wagners Musik war ich damals leider noch nicht vertraut. Daß Bismarck die ersten Werke des Meisters — vermutlich in der Frankfurter Zeit — kennen gelernt hat, erfuhr ich erst durch die „Bayreuther Blätter", welche im Juli d. J. folgenden an denselben gerichteten Brief brachten:

Versailles, 21. Februar 1871.

„Hochgeehrter Herr!

Ich danke Ihnen, daß Sie dem deutschen Heere ein Gedicht gewidmet, und daß Sie mir dasselbe haben überreichen lassen. So sehr ich mich geehrt fühle, daß Sie dieses vaterländische Gedicht, wie mir gesagt wird, für mich allein bestimmen, so sehr würde ich mich freuen, es veröffentlicht zu sehen.

„Auch Ihre Werke, denen ich von jeher mein lebhaftes, wenn auch zuweilen mit Neigung zur Opposition gemischtes Interesse zugewandt, haben nach hartem Kampfe den Widerstand der Pariser überwunden, und ich glaube und wünsche,

daß denſelben noch viele Siege, daheim und draußen, beſchieden ſein werden.

„Genehmigen Sie die Verſicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. v. Bismarck.“

In Berlin hat Bismarck als Miniſter das Opernhaus meines Wiſſens nie beſucht, Wagners ſpätere Schöpfungen daher vermutlich nicht kennen gelernt.

Dieſe Erinnerungen darf ich mit der Bemerkung abſchließen, daß, wenn der Reichskanzler muſikempfänglich geblieben wäre, wie er es als Geſandter, Miniſter und Bundeskanzler war, ich 1872 nicht ins Ausland gegangen ſein, ſondern als eine wichtige Lebensaufgabe betrachtet haben würde, zur gemütlichen Erfriſchung des großen Mannes dauernd beizutragen, wie es mir eine Reihe von Jahren vergönnt geweſen iſt.

IV.

Petersburg. 1859 bis 1862.

Im Januar 1859 wurde Bismarcks Versetzung nach Petersburg entschieden. Ohne von den Intriguen etwas zu wissen, welche bezweckten, Usedom nach Frankfurt zu bringen, schrieb ich an Frau von Bismarck, daß ich diese Versetzung als ein sehr glückliches Ereignis begrüße. Es schiene mir, ihr Gemahl wäre lange genug in Frankfurt gewesen, um die deutschen Verhältnisse so gründlich als nur möglich kennen zu lernen; in Petersburg würde er engere Fühlung gewinnen als irgend jemand vor ihm und das könne gerade für unsre deutsche Politik sehr nützlich werden.

Frau von Bismarck antwortete (26. Februar):

. . . . . „Bismarck ist zuerst in Berlin vor Aerger krank geworden, weil man Alles so hinterrücks abgemacht hatte, aber er denkt jetzt auch, daß er sowol hier wie in Berlin garnichts nützen kann, und in Petersburg sowohl politisch wie persönlich beim Kaiser eine sehr an-

genehme Stellung haben wird. Das ist sein und mein Trost! Und was Sie darüber denken, ist ihm natürlich wieder aus der Seele gesprochen."

Frankfurt, 30. März 1859.

. . . . . „Uebermorgen werden Sie mit vieler Herzenstreue und Liebe an meinen allerbesten Schatz denken und an mich, die zum ersten Male seit 12 Jahren diesen Tag ohne ihn verleben muß — Zwölf Jahre haben wir in unaussprechlichem Glück zusammen verlebt — die kleinen Wolken, die sich 'mal hin und wieder erhoben, sind garnicht zu rechnen, wenn ich all' die Freude, all' den Segen, all die Liebe darüber lege, mit der der Herr uns so überreich erquickt — wirklicher Schmerz ist nur gewesen wenn wir getrennt waren . . . . . .

„Am 25ten hat Bismarck von Kowno gesund und heiter so geschrieben: 11 Uhr Abends. Von Königsberg Schneegestöber bis hier, Alles weiß, 2—7° — Eis. Auf 32 Meilen 28 Stunden mit Courrier-Pferden gefahren, in Preußen und Rußland gleich schlecht. Eben bei schöner klarer Winternacht über Niemen gesetzt. Alte Stadt, Flußufer bergig, hübsch beleuchtet von Sternen, Schnee und Hauslichtern; schwarzes rauschendes Wasser, breit wie Elbe. Russen sehr liebenswürdig, aber schlechte Pferde, manchmal gar keine. Hier wollen wir 4 Stunden schlafen, dann weiter nach Dünaburg.

Diesen Strudelwitz-Prudelwitz-Zettel bekam ich eben" . .

Frankfurt, 5. April.

. . . . „Nach 108 Stunden ununterbrochener Reise von Königsberg ist Bismarck den 29. Morgens glücklich in Peters-

burg angelangt — viel Abenteuer erlebt mit stürzenden Pferden, Flußübersetzungen, Schneesteckenbleiben, 12° Kälte, Russisch-Lernen, u. s. w. — aber es ist doch Alles sehr gut überstanden, Gott sei Dank, und er nun für 's Erste im Hotel Demuth etablirt" . . . . . .

Frankfurt, 5. Mai.

. . . . „Von Bismarck hatte ich gestern einen herzlieben Brief. Er hat ein wundervolles Quartier gemiethet unweit der Newa, mit Aussicht auf Schiffsverkehr und Stadt und fernhin einen Schatten von Wald und Hügel . . . Er ist zufrieden, ich also auch — er arbeitet Tag und Nacht und wird geliebt von Kaiser und Kaiserin wie ein verwandtes Wesen. Gott segne sein Thun und Denken." . . . .

Wiesbaden, 12. August 1859.

. . . . „Bismarck hatte mir von Petersburg geschrieben, er wäre an rheumatischen Leiden erkrankt und wieder hergestellt. Es war aber dabei Vieles liebevoll verschwiegen. Man hat ihn in Petersburg ärztlich schändlich mißhandelt mit Kuren (inneren und äußeren), von denen kein vernünftiger Mensch eine Idee hat. Die Berliner Aerzte konnten sich garnicht beruhigen über solch' förmlich wahnsinniges Verfahren und nannten es Gottes Wunder, daß er dabei am Leben geblieben! — Er reiste ganz elend ab nachdem das verrückte Doktor-Volk ihn so weit gebracht, daß sie dringend Luftveränderung anempfahlen. Durch die Reise wurde er natürlich viel schlimmer und war in Berlin jämmerlich elend, ganz gebrochen, lahm, nervös bis zum Aeußersten, Fieber bis zu 115 Schlägen in der Minute,

völlig theilnahm- und gedankenlos, matt und schwach zum Umsinken. Von Reinfeld war ich ganz lustig abgefahren, (telegraphisch von ihm bestellt) weil ich glaubte, ich wäre ihm wegen Besorgungen nützlich und nun fand ich ihn in dem jammervollen Zustande! — Die Doktors sprachen dringend von Wiesbaden sobald als möglich — ich konnte nicht mehr zurück, meine geliebten Kinder zu sehen und mußte mit meinem armen lieben Otto hieher in's alte heiße Bad — worüber er so niedergeschlagen war, daß ich alle meine Kinder-Sehnsucht verbiß und nur fröhlich sein wollte, um zu scheuchen, was ihn trüb machte.

„In Berlin hat er 14 Tage ausdauern müssen, lag fest im Bett ohne Rücken und Rühren, dann einige Stunden auf dem Sofa, dann ein bischen Ausfahren und dann gleich hierher . . . . .

„Die Bäder und Brunnen stärken ihn täglich mehr, so daß er jetzt schon einmal um den Teich herum riskiren kann, freilich am Stock und ziemlich steif, aber es geht doch und wir finden Wunder was für Vergnügen an diesem Spaziergang! Unser Haus liegt nahe am Kurgarten und wir gehen täglich bis zu den Bäumen hinter dem Kursaal, sehen in den Teich, sehen durch offene Fenster in die Spielsääle, trinken Selterswasser und hören schlechte Orchestermusik. Das ist unsre tägliche Beschäftigung draußen — drinnen liegt er meist auf dem Sofa, liest oder hört, was ich ihm vorspiele auf einem mittelmäßigen Pianino und ich sitze bei ihm von früh bis spät. So leben wir, ohne Abwechslung, ganz stillchen eine Stunde nach der andern. Die Frankfurter Bekannten sind alle

auf dem Lande oder in entfernten Bädern. Hier in Wiesbaden kennen wir keine Seele — mich freut's für seine Nerven, denen die Ruhe so Noth thut, die so entzwei waren, daß er in Berlin, als es etwas besser ging, er dringend nach Musik verlangte und ich ihn eines Morgens, nach dem er aufgewacht, auf einem heimlich beschafften Klavierchen mit einem Choral überraschte — in helle Thränen ausbrach vor Freude und Wehmuth! Daran können Sie abmessen, wie furchtbar elend er durch und durch gewesen . . . . . Gott der Herr ist mir aber recht nahe gewesen, immer und immer, so habe ich mir schon durchhelfen können." . . . .

Reinfeld, 23. October.

. . . . . „In Wiesbaden haben wir in heißer Luft und heißem Wasser 14 Tage lang Heilkraft gesucht aber nicht gefunden, es blieb ziemlich gleich von Anfang bis zu Ende, die Schmerzen kehrten sogar wieder. Ich zog unsern früheren Frankfurter Arzt Dr. Struck zu Rath. Der stimmte aber sofort gegen Alles, was man in Berlin und Wiesbaden verordnet, und schickte uns eilends nach Nauheim, was meinem lieben Otto in jeder Weise so wunderbar gut that, daß er nach 8 Tagen wie ein anderer Mensch war und nach 16 so viel besser, daß man uns ziehen ließ. Am 7. September früh ging's von Nauheim nach Berlin und dort fanden wir eine telegraphische Depesche vom Regenten, die Bismarck schleunigst nach Baden beschied. Wir besorgten in kurzer Zeit möglichst viel und jagten dann nach Norden und Süden auseinander." . . . .

Ende Oktober kamen der Prinz-Regent und der Kaiser Alexander in Warschau zusammen und reisten dann zu einer Truppenbesichtigung nach Breslau. Bismarck war natürlich immer zugegen. In Breslau konnte ich ihm während zweier Tage morgens vorspielen und später verschiedene kleine Dienste erweisen. Er lud mich ein, ihn bald in Petersburg zu besuchen, erzählte viel von seiner Krankheit und äußerte sich abfällig auch über Berliner Aerzte, welche ihn durch zu starke Dosen von Jod dem Tode nahe gebracht hätten. Erst nachdem seine Frau die Jodflasche zum Fenster hinausgeworfen, wäre ihm besser geworden.

Bald darauf trat er mit der Familie die Reise nach Petersburg an, erkrankte aber schwer an einem Ruhetag bei Herrn von Below in Hohendorf (Ostpreußen).

Frau von Bismarck schrieb am 30. Januar 1860 aus Hohendorf:

. . . . . „Zwölf Wochen sind wir nun hier, und was Liebe und Güte irgend auf der Welt zu leisten vermag, das haben wir hier in überreichem Maaß von der ersten Stunde an jeden Augenblick erfahren, so daß kein Mund genug davon rühmen, kein Herz genug dafür danken kann! Aber ebenso ist's auch nimmer zu beschreiben, was wir ausgestanden in namenloser Todesangst und Sorge, Verzagtheit — ach fast Verzweiflung — alle die schreckliche Krankheitszeit der ersten gefährlichsten Wochen, wie nachher, als die Genesung wohl eintrat, nach Doktors Worten — er aber stets zurückfiel in die alten Zustände und ich mich fast aufrieb in unaufhörlicher Todesbetrübniß. —

„Seit Neujahr ist es nun doch anders geworden; wenn die große Mattigkeit, Trübseligkeit, Schlaflosigkeit auch noch wiederkehrte und die aufkeimende Hoffnung zu Schanden machen wollte, so sah es doch im Ganzen besser aus seit er hinaus konnte — 5 Minuten, 10 Minuten nach und nach bis zur halben Stunde.

„Und seit den letzten 8 Tagen scheint es mir weit frischer zu gehen und ich glaube nun fest, daß Gottes Barmherzigkeit ihm die alten Kräfte noch einmal wiedergeben wird — worauf ich nicht zu hoffen wagte all die vergangenen Wochen. —

„Was wird nun? Ja, wer weiß es! Ich nicht! Kein Mensch kann's sagen. Bismarck spricht entschieden von Rückkehr nach dem gräßlichen Petersburg, wogegen Aerzte predigen und Freunde warnen. Wenn er Alles aufgeben möchte, was mit Politik und Diplomatie zusammenhängt, wenn wir sobald er ganz gesund wäre, schnurstracks nach Schönhausen gingen, uns um nichts kümmernd als um uns selbst, um unsre Kinder, Eltern und die wirklichen wahrhaften Freunde, das wäre meine Wonne. Dann würde er gewiß bald wieder so stark und frisch werden, wie vor 10 Jahren, als er eintrat in diese unleidliche stürmische Diplomaten-Welt, die ihm garnichts Gutes gebracht — nur Krankheit, Aerger, Feindschaft, Mißgunst, Undankbarkeit und — Verbannung; wenn er den Staub seiner lieben Füße über den ganzen nichtsnutzigen Schwindel schütteln und all' dem Unsinn entrinnen wollte, in den er mit seinem ehrlichen, anständigen grundedlen Charakter nie hinein paßt — dann wäre ich vollkommen glücklich und

zufrieden! — Aber — er wird's leider wohl nicht thun, weil er sich einbildet, dem „theuren Vaterland" seine Dienste schuldig zu sein, was ich vollkommen übrig finde."

Hohendorf, 26. Februar 1860.

. . . . . „Endlich kann ich Ihnen die liebliche Botschaft von seiner Genesung geben. Sie wissen wie viel an seinem geliebten Leben hängt! Mein Herz ist so voll von dem Jubel über sein Wohlsein, daß die Feder gleich davon überströmen muß! Gottlob daß sie es kann . . . . . ."

Berlin, 14. April 1860.

„. . . . . wir sitzen seit Anfang März noch immer hier, erst durch Krankheit, dann durch Entschlußlosigkeit des Ministeriums aufgehalten! In welcher Stimmung, können Sie sich ungefähr denken, wenn ich Ihnen sage, daß wir Abschied von den Kindern und Eltern genommen auf höchstens 8 Tage, die jetzt runde vier Wochen geworden sind."

Petersburg, 23. Juni 1860.

. . . . . „Seit dem 5ten sind wir hier eingezogen, hatten eine langsame ziemlich bequeme Reise durch polnische und russische Steppen von Mittwoch früh bis Dienstag früh, fast 8 Tage, sind den ersten Morgen hier derb durchgeweht worden von einem eisigen Orkan (Thermometer stand auf 0), haben die ersten 8 Tage bitter gefroren, sind dann aber durchglüht worden von einer Hitze, die mir im Vaterlande nie vorgekommen. . . . . Es ist eine merkwürdige, unendliche Stadt, dies in jeder Beziehung steinreiche Petersburg. Schön, man kann's nicht leugnen, und großartig. Unsere Wohnung liegt charmant am Quai — und der

Schiffsverkehr ohne Ende von einem Licht in's andre — der wundervolle Sonnenuntergang, die ewige Abendröthe durch die ganze Nacht, die eigentlich nur helle Dämmerung genannt werden kann, macht mir viel Freude! Ebenso die Spazierfahrten auf den Inseln in sausender Carriere und nach Zarske und Pawlowsky. . . . . Bismarck geht's, Gott sei gepriesen, recht gut! er ist wol noch nicht der Alte wieder, aber ich hoffe, das kommt mit der Zeit. . . . Musik habe ich bis jetzt nur genossen in den russischen höchst merkwürdigen mysteriösen Melodieen, die das Volk auf der Straße, auf den Inseln, fahrend, gehend, reitend, arbeitend immer und immer singt . . . ."

21. Juli.

. . . „Bismarck hat vier Wochen Karlsbader Brunnen getrunken, der ihm garnicht gut that, so daß ich zu meiner Freude endlich den Schluß durchgesetzt, der erst zwei Wochen später erfolgen sollte . . . . . Er mußte Ruhe haben der geliebte Bismarck, aber er hat keine Ruhe dazu und fühlt sich höchst unglücklich ohne Beschäftigung — so muß man sich fügen. Aber Angst ist mir sehr um ihn und Gott möge in Gnaden drein sehen, ihm mehr Schlaf und Nervenstärkung geben. Krank ist er Gottlob nicht, aber es war noch kein Tag, an dem er sich vollkommen kräftig gefühlt . . . . ."

* * *

Wiederholten Einladungen folgend, erreichte ich auf dem Stettin-Petersburger Postdampfer am Morgen des 28. August

die Newa-Stadt. Oberhalb der Landungsstelle am südlichen Ufer lag damals die Wohnung unseres Gesandten.

Das Haus enthielt große und bequeme Wohnräume und ausreichenden Platz für die Kanzlei. Das hübsche Arbeitszimmer des Gesandten lag an der Nordseite und gewährte aus zwei Fenstern den Blick auf den Strom, eine Brücke und in der Ferne einen Waldessaum. Dieselbe Aussicht war aus den vier Fenstern des großen Damensalons, in dessen Mitte der Flügel stand. Das Eßzimmer lag am Hofe und führte zum Hinterhause. Die ganze Wohnung war größer und eleganter als die beiden in Frankfurt verlassenen, aber für große Gesellschaften gegenüber den Petersburger Ansprüchen nicht groß genug.

Beim Frühstück sagte mein gütiger Wirt: „Da Sie gern reiten, habe ich Pferde nach den Inseln voraus geschickt. Ist es Ihnen recht, so fahren wir dorthin."

Frau von Bismarck fuhr nicht mit; nach der Frankfurter Zeit hat sie nicht mehr geritten, um sich ganz den heranwachsenden Kindern widmen zu können. —

Wir fuhren also zu Zweien in einer kleinen offenen Droschke. Die beiden kleinen Pferde gingen in gestrecktem Galopp auf dem Straßenpflaster und den Chausseen, im Schritt auf den Brücken, niemals im Trabe. Unser Weg führte ostwärts den Quai entlang, an den kaiserlichen Palästen vorbei und über eine tausend Schritt lange hölzerne Brücke.

Die Newa ist der breiteste Strom, den ich kenne. Im nahen Ladogasee völlig abgeklärt, hat sie keine trübenden Zuflüsse aufzunehmen und ist durchsichtig bis zu bedeutender Tiefe. Sie liefert für ganz Petersburg das Trinkwasser.

Bismarck sprach mit Lebhaftigkeit von der Schönheit des großen Stromes, über welche er sich jeden Tag freue.

Die von mehreren Newa-Armen gebildeten Inseln enthalten Flächen von einigen Quadratmeilen und sind ganz von Parkanlagen und Landhäusern bedeckt. Wäldchen von Tannen, stark entwickelten Birken, Erlen und Ahornen umkränzen weite Rasenflächen.

Die Nachmittagssonne war so warm, daß Bismarck den Sommerüberrock auszog und auf den linken Arm nahm. Er erlaubte mir nicht, ihm diese kleine Last abzunehmen.

Das Wetter blieb schön in der ganzen Woche meines Petersburger Aufenthaltes und der Ausflug nach den Inseln wurde daher fast täglich wiederholt.

Es war eine gesellschaftlich stille Zeit; der Kaiser in der Krim, die Großfürsten und fast die ganze vornehme Welt auf dem Lande. Fürst Gortschakoff aber wurde durch die Geschäfte in der Stadt zurückgehalten. Als er eines Tages Bismarck besuchte, bat ihn dieser, den Rückweg durch den Damensalon zu nehmen; dort würde er ihm einen heimatlichen Freund vorstellen, der doch in Berlin müsse erzählen können, daß er den berühmten Kanzler gesehen habe. Darauf beehrte mich der Fürst mit einem längeren Gespräche in reinstem Deutsch.

Den Altreichskanzler Grafen Nesselrode, welcher mit seiner schönen Tochter auf einer der Inseln wohnte, durfte ich als Begleiter von Frau von Bismarck besuchen.

Alles, was ich in Petersburg sah, interessierte mich so lebhaft, daß mir ein Abstecher nach Moskau empfohlen wurde. Eine Zeile von Bismarcks Hand an den Intendanten der

dortigen Kaiserlichen Schlösser, Fürsten Obolenski, bewirkte, daß dieser würdige Herr mich zwei volle Tage, vom frühen Morgen bis Mitternacht in seinem Wagen umher fuhr und wie einen Verwandten bewirtete. Ich wurde tief berührt von dem Zauber echt russischer Gastfreundschaft, dank der persönlichen Verehrung des Fürsten für unseren Gesandten.

Die letzten Petersburger Tage brachten mir einige politische Aeußerungen Bismarcks.

„Es war", sagte er, „die Partei des ‚Preußischen Wochenblattes', die mit der Regentschaft ans Ruder kam. Von diesen Herren kannte ich Albert Pourtales etwas näher, schon von der Schule her. Er und sein Bruder wurden dort die „Pourtaliden" genannt. Ich traf ihn einmal im Januar 1859 und sagte ihm: ‚Ihr scheint zu glauben, daß Ihr hexen könnt. Ihr meint, durch die jetzige, freudig erregte Stimmung der öffentlichen Meinung würden alle Schwierigkeiten beseitigt, alle Fragen gelöst werden. Aber der Rausch wird bald verfliegen und dann wird es darauf ankommen, ob einer von Euren Ministern etwas kann. Ich glaube das nicht; ich fürchte, weder den inneren noch den äußeren Schwierigkeiten werdet Ihr gewachsen sein.'

„Schneller, als ich dachte, hat sich das erwiesen. Die auswärtige Politik während des italienischen Krieges war schwankend und schwach. Ich dachte damals noch, daß ich vielleicht einigen Einfluß ausüben könnte, und aus alter Frankfurter Gewohnheit schrieb ich mir die Finger ab, um zu verhindern, daß wir ohne Sicherheit ausreichender Entschädigung, wie Vasallen Oesterreichs in den Krieg einträten. Dennoch wurden fünf Armeekorps mobil gemacht; und vielleicht hat

nur der übereilte Vertrag von Villafranca uns davor bewahrt, steuerlos in einen unabsehbaren französischen Krieg hineinzutreiben, dessen Früchte, wenn wir siegten, Oesterreich und die Mittelstaaten uns verkümmert haben würden.

„Und erst im Innern! Das Ministerium verfügte über eine große Majorität, denn die meisten Abgeordneten waren von seiner Farbe. Nun war ja schon in der ersten Kundgebung des Prinzregenten erwähnt, daß Verbesserungen der bestehenden wohlfeilen Heeresverfassung unerläßlich sein würden, damit die Armee im entscheidenden Augenblicke sich bewähren könnte. Zu Anfang dieses Jahres werden endlich die Reorganisationspläne vorgelegt. Alles kommt darauf an, sie durchzusetzen; aber die Minister üben keinen Einfluß auf ihre Freunde. Die Sache wird in der Kommission abgelehnt und garnicht ins Plenum gebracht. Das war ein übler Mißerfolg; denn wir brauchen die Verstärkung und Verjüngung der Armee so nötig wie das tägliche Brot. Roon, der dem Hause noch unbekannt war, konnte die Sache nicht machen. Aber die alten Parteiführer Auerswald und Schwerin hätten ihre Leute, wie Vincke und Stavenhagen, zur Vernunft bringen müssen. Das haben sie nicht gekonnt; es fehlte ihnen die nötige Energie.

„Merkwürdig ist jetzt die Entwickelung der Dinge in Italien. Der Kaiser Napoleon scheint durch Garibaldis Erfolge und den Zusammenbruch des Königreichs Neapel wirklich überrascht worden zu sein. Sein hiesiger Botschafter, Graf Montebello sagte kürzlich: Nous voyons monter cela comme la marée et nous ne savons que faire. Voilà l'impuissance des hommes vis-à-vis des événements."

Als ich endlich abreisen mußte, begleitete mein gütiger Wirt mich zum Bahnhof und sagte dort: „Sehen Sie nur in den Wartesälen die Menge eigentümlicher Gesichter, Bärte und Trachten. Geschickte Maler sollten herkommen, um Studien zu machen."

* * *

Frau von Bismarck schrieb am 17. September:

. . . „Bismarck kam ganz melancholisch von der Eisenbahn zurück mit den Worten: ‚— er nimmt jedes Mal ein großes Stück Heimath mit — und jetzt will ich sehr viel arbeiten, sonst bange ich mich zu sehr nach ihm.'" . . . .

Petersburg 12. Oktober 1860.

. . . . „Im Alexander-Newsky-Kloster gab's eine Gedächtnißfeier mit sehr viel Gepränge. Unzählige Popen, Kaiserliche Familie, diplomatisches Corps, sehr viel Militair, besonders Tscherkessen, und hohe Würdenträger aller Art — es funkelte und blitzte wohin man sah. Die Kloster- und Hof-Sänger producirten prachtvolle Stimmen, die aber doch nicht an unsern Berliner Domchor heranreichen. Bismarck erschien als weißer Rittmeister, der zu meiner Freude über alle Collegen hinausragte und alle ausstach mit seinem vornehmen Anstand. Alle standen krumm und schief mit der Zeit — er allein sah aus, wie ein Kaiserlicher Zwillingsbruder — und ich hatte mein stilles Vergnügen daran von meinem Versteck aus als Zuschauerin . . . ."

* * *

Anfang November besuchte der Prinz-Regent den Kaiser Alexander in Warschau. Natürlich war auch Bismarck zugegen. Auf der Rückreise hielt der Königliche Zug in Breslau, wo die Generalität und die Spitzen der Behörden versammelt waren, und ich als Begleiter des Oberpräsidenten zu erscheinen hatte. Bismarck sah mich von weitem und bahnte sich den Weg zu mir durch die Herren Generale, um die ganze Zeit des Aufenthalts mit mir zu sprechen. Er sagte: „Ich reite noch immer auf den Inseln, aber jetzt fehlt mir leider die Gesellschaft. Sie sollten bald einmal wiederkommen, um sich Petersburg in der Winterpracht anzusehen." Von Politik natürlich kein Wort.

Ein Bekannter drängte sich mit der Frage heran: „Nun, was bringen Sie uns aus Warschau?" Er antwortete: „Schlechte Nachrichten. Das Befinden der Kaiserin Mutter hat sich in bedenklicher Weise verschlimmert."

Am 24. November schrieb Frau von Bismarck aus Petersburg:

.... „Der Tod der Kaiserin Mutter ist uns recht nahe gegangen, weil sie Bismarck's große Gönnerin, ich möchte sagen, Freundin gewesen. Wir gehen nun 6 Monate wie die kohlschwarzen Raben einher, bis an die Zähne verhüllt, leben still wie die Einsiedler und ich hoffe, Bismarck's Nerven sollen sich recht stärken in der stillen Zeit und unser häusliches Leben soll recht angenehm werden ..."

2. Februar 1861.

... „Am heiligen Abend kam ein intimster Universitätsfreund, Graf Alexander Keyserling (Bruder des Rauten-

burger), den eine 23jährige Trennung ohne briefliche Brücken kein Haar breit von Bismarck entfremdet, was mir viele Freude gemacht. Sie klinkten in die alten Verhältnisse mit einer harmlosen Heiterkeit und warmen Herzlichkeit ein, wie wenn sie nie getrennt gewesen. Er lebt auf dem Lande in Esthland ....

... „Vor einigen Tagen wurde ich zu der wundervollen Großfürstin Helene befohlen. Das Palais ist einzig behaglich, so wie keins wieder — schon auf der prächtigen Treppe weht's Einen wohlthuend an, in dem Hauptsalon aber ist's so schön, daß man nie fort möchte. Und Helene, die Herrliche, in Liebenswürdigkeit strahlend, reißt mich immer wieder ganz hin, so daß ich zum ersten Mal in meinem Leben gedacht habe, es könnte hübsch sein, Hofdame zu werden, nämlich bei ihr der schönen Lieblichen! — So grundvornehm ist Alles und doch fern von aller erkältenden, glatten Hofatmosphäre — kurz: reizend von Anfang bis zu Ende. Man spielte ein entzückendes Trio von Mendelssohn, das ich noch nicht kannte (Rubinstein, Wieniawski und ein Namenloser). Darin kam ein Scherzo vor, so einschmeichelnd und übermüthig zugleich, daß ich ganz verging in stiller Wonne. Und die großfürstliche Helene in demselben Freudenrausch, wie ich, ließ das Scherzo wiederholen" ....

Den 21. April 1861.

... „Bismarck hat mehrmals kleine rheumatische Anfälle gehabt, die mich vielleicht mehr alterirten wie ihn. Außerdem sind seine Nerven immer in einem so erbärmlichen Zustande, daß man ihn nur mit Bangigkeit ansehen kann" ....

1. Juni 1861.

. . . . „So Gott will ziehe ich den 5ten in das Heimathland ab mit Kindern, Lehrer, Französin und Dienstboten, leider noch ohne Bismarck, der mir in drei bis vier Wochen zu folgen hofft . . . . Mir wird die Trennung von ihm zum Weinen schwer — und wenn er ein Wort vom Bleiben sagte, rührte ich mich trotz aller Heimathssehnsucht nicht von der Stelle — aber er treibt mich mit aller Macht fort um Billchen's willen, damit die Hitze uns nicht Schaden bringend überfällt, wie im vorigen Jahre" . . . .

Reinfeld, den 20. Juli 1861.

. . . „Er ist gekommen! — Nicht ‚in Sturm und Regen'[1]) sondern im herrlichsten Sonnenschein — gestern, ohne jegliche Anmeldung, ganz überraschend — um so schöner! . . . Er soll Kissinger hier trinken und Soole baden, auch hier, zu gleicher Zeit, drei bis vier Wochen lang — dann noch eine drei bis vier Wochen lange Ostseeabkühlung in Stolpmünde." . . .

8. August.

. . . „Unsere Reinfelder Existenz ist unbeschreiblich angenehm, so ruhig, wie ich sie nur irgend zu wünschen vermag. Bismarck hat nun 16 Kissinger Flaschen und 7 Soolbäder überwunden und trinkt und badet fröhlich fort. Die Reinfelder Stille behagt ihm herrlich. Niemand stört ihn hier. Diplomaten sind in weiter Welt, Vettern tief in Erndtefreuden vergraben und die alten und jungen Dämchen, die sich manchmal, aber selten, blicken lassen, derangiren ihn

[1]) Anfangsworte eines beliebten Liedes von Rob. Franz (op. 4 Nr. 7).

nicht in seinen Spaziergängen, seiner ‚Hausblätter'-Lektüre und dergleichen harmlosen Vergnügungen, die er hier treibt. Ich hoffe, er soll durch solch' sanftes beschauliches Leben recht gesund werden und bitte Gott innig, daß Er's ihm seegnen möge an Leib und Seele." ....

Reinfeld, 15. Oktober.

... „Als wir von Stolpmünde auseinander flogen, wähnte Bismarck in acht Tagen spätestens wieder da zu sein. Es sind aber drei Wochen geworden, die er in Coblenz und Berlin, dann in Schönhausen, Kröchlendorf, Külz und Zimmerhausen zugebracht. Von letzterem hatte er Blanckenburg gleich mitgenommen, mit dem er zwei Tage hier war. Gottlob sehr munter. Vorgestern eilte er weiter nach Königsberg, wo, wenn die Krönung vorüber, unser Schicksal sich entscheiden soll, über welches noch immer so viel Möglichkeiten auf und nieder schwanken, daß man schwindlich davon wird. Denken Sie, man hat ihm plötzlich London angedeutet, aber nur interimistisch für einige Monate, was mich in verbissene Wuth bringt, weil wir natürlich für die Zeit getrennt bleiben müßten, und wie weit getrennt! — Dann ist's mit der Wilhelmstraße auch wieder 'mal nicht geheuer, dann tänzelt Paris vor uns auf und nieder und dann ist auch Petersburg wieder ziemlich sicher! So geht's her und hin den ganzen Sommer und ich möchte mitunter vor innerer Ungeduld in alle Tische beißen. ..."

Reinfeld, 26. Oktober.

... „In Königsberg, als am 20. die Festlichkeiten ausläuteten, hieß es plötzlich: Schleunigst nach Petersburg. Dieselbe Weisung sandte er mir." ...

Petersburg, 25. November.

. . . „Es gab wohl im Sommer oft Momente, in denen mir Paris mit Klima und allerlei andern herrlichen südlichen Vorzügen besonders verlockend erschien, sodaß der Wunsch nach „Veränderung unserer Lage" sich ziemlich fest in meine alte Seele eingenistet; aber jetzt fühle ich mich hier wieder ganz behaglich und das völlige sans-gêne, in dem ich hier, fast wie in Frankfurt, leben kann, möchte ich drüben, jenseits des Rheins wohl sehr vermißt haben, da es mir nach 37jähriger Gewohnheit so zur andern Natur geworden, daß ich mich in förmlichen Verhältnissen, wie sie in Paris sein sollen, gewiß nicht leicht zurecht finden würde. Und wer hätte mir dort die Zimmer zum fröhlichen Willkommen mit Blumen und Früchten ausgeschmückt, wer hätte mich liebreich in den Arm genommen und mit lautem Jubel begrüßt, wie hier meine lieben Freundinnen Bertheau und Schrenck?[1]) Kein Mensch weit und breit. Darum kein Wort mehr von seufzender Unzufriedenheit, nur tiefe Beschämung über alle mögliche Undankbarkeit und herzinniger Dank gegen Gott für alle gnädige Fügung und Führung." . . .

4. Januar 1862.

. . . „Heute hatte ich einen fröhlichen Brief von Bismarck, der die Erlegung eines Elch's meldet, welches $2^1/_2$ Elle hoch und $3^1/_2$ Elle lang „also nur klein" gewesen wäre. Er scheint zufrieden, obgleich 11 Wölfe (elf!) furchtbar aufgeregt, mitten durch's Treiben gerannt." . . .

[1]) Frau Bertheau, Gattin eines deutschen Kaufherrn; Frau von Schrenck, Witwe eines esthländischen Grundbesitzers, lebte mit ihrer Tochter einige Jahre in Petersburg.

7. Januar.

. . . „Nach mehreren Jagdtagen ist er gestern sehr froh heimgekehrt mit einem Bären und einem riesengroßen Elch und Gottlob recht munter trotz aller Strapazen. Den Kindern geht's auch gut, Gottlob, und sie waren gestern überglücklich durch die Bekanntschaft mit den Eisrutschbergen, auf die Baron Stieglitz uns eingeladen." . . .

29. Januar.

. . . „Wir husten allesammt und ich so, daß ich nächstens die Stumme von Portici spielen könnte — „italiansky banditzky" heißt es hier — sonst aber geht es uns leidlich gut. Fest auf Fest folgt sich, private und kaiserliche; letztere sind so brillant gewesen, zweimal, wie meine unwissenden Augen sich dergleichen nimmer vorstellen konnten. Die Diamanten, mit denen Ihre Majestät die Kaiserin geschmückt war, wurden von Sachverständigen auf 15 Millionen geschätzt." . . .

* * *

Mitte März 1862 kam ich zum zweitenmal als Gast des Gesandten nach Petersburg. Bei meiner Ankunft war der Hausherr nicht anwesend. Wenige Tage vorher hatte ein Bauer gemeldet, daß etwa 250 Werst von Petersburg entfernt, aber unweit der Eisenbahn, ein im Winterschlaf liegender Bär zu finden wäre. Bismarck entschloß sich sogleich, dorthin zu fahren. Am Tage nach meiner Ankunft kam er zurück und schien so munter und frisch, wie ich ihn seit Jahren nicht gesehen. Er trug einen Jägeranzug von

braunem Schafpelz, der mit dem gleichen Pelz gefüttert war. Nach der ersten Begrüßung ging er, ohne an Wechseln des Anzuges zu denken, im Salon auf und ab und sagte, zu mir gewendet:

„Sie konnten nicht zu den Winterfesten kommen wegen hartnäckiger Erkältungsbeschwerden. Wahrscheinlich, weil Sie zu wenig auf die Jagd gehen. Das Jägerleben ist eigentlich das dem Menschen natürliche. Und wenn man auch nur einen Tag in den Wäldern sein kann, so bringt man doch immer merkliche Stärkung mit nach Hause. Unsere gestrige Jagd freilich war verfehlt. Der Bär kam zwar gerade auf mich los in langsamem Trabe, aber ein anderer Jäger verscheuchte ihn durch einen vorzeitigen Schuß und er ging zwischen den Treibern davon. Dennoch freue ich mich, einmal wieder in der beschneiten Waldwildnis geatmet zu haben. Es geht nichts über Urwälder, in denen keine Spur von Menschenhänden zu finden. In Rußland giebt es deren noch viele, wahre Jägerparadiese. Auch bei Ihrem Vetter Sacken in Dondangen, wo ich vor Jahren zwei Elche schoß, giebt es noch Urwälder. Dort haben Sie ja auch gejagt. In Deutschland giebt es zwar keine großen Urwälder mehr, aber doch herrliche Waldungen in Masse, wo man Erquickung und Stärkung finden kann."

Dieser Aeußerungen habe ich mich später erinnert, wenn er als Minister trotz drängender Geschäfte nicht selten Einladungen zu Hofjagden annahm. Das Bedürfnis der Nervenstärkung zog ihn in die Wälder. Die durch den Ausfall eines oder zweier Tage entstandenen geschäftlichen Rückstände schnell zu erledigen, schien ihm immer leicht zu gelingen.

Abends saßen wir rauchend am Kaminfeuer. Er erzählte von verschiedenen Bärenjagden. „Nur einmal," sagte er, „ist ein angeschossener Bär hoch aufgerichtet, mit offenem Rachen, auf mich zu gekommen. Ich ließ ihn bis auf fünf Schritte herankommen und gab ihm dann zwei Kugeln in die Brust, wonach er tot hintenüber fiel. Ich hatte dabei keinen Moment das Gefühl, mich in einer Gefahr zu befinden. Hinter mir stand immer der Jäger mit einer zweiten geladenen Doppelbüchse. Die andern Bären, die ich erlegen konnte, fielen unter Feuer, ohne sich aufzurichten. Es ist gewöhnlich eine sehr leichte Jagd, denn der aus dem Winterschlaf aufgeweckte Bär ist noch träge und langsam. Im Sommer jagt man ihn nicht, da wäre er für die Treiber zu gefährlich."

In den Wohnzimmern erschienen damals mitunter zwei kleine Bären, deren possierliche Bewegungen jung und alt belustigten. Eines Abends war eine irdene Schale mit Milch für eines der Tierchen auf die Thürschwelle des Salons gesetzt. Die Milch war, wie nachher konstatiert wurde, sauer geworden. Der kleine Bär beschnupperte die Schale, holte dann mit der rechten Tatze aus und schlug von der Seite so heftig dagegen, daß die Schale an der nächsten Wand in Stücke sprang. Allgemeine Heiterkeit. — Als Bismarck Petersburg verließ, schenkte er die Bären dem Zoologischen Garten in Frankfurt a. M.

Hoffeste gab es natürlich in der Fastenzeit nicht; doch hatte ich auf einem Raout bei dem Fürsten Gortschakoff Gelegenheit, den Kaiser Alexander zu sehen, und zu hören, wie er sich längere Zeit mit Bismarck unterhielt, zum Teil in russischer Sprache. Ich bezweifle, daß je ein anderer Diplomat

dem Kaiser dieses Vergnügen hat bereiten können. Bismarck aber hat während der ganzen Zeit seines Petersburger Aufenthaltes Unterricht im Russischen genommen. Abends, während Musik gemacht wurde, pflegte er immer in einem russischen Buche zu lesen.

Mit den beiden Knaben, Herbert und Bill, lief ich fast täglich Schlittschuh auf der Newa, bei hellem Sonnenschein und 8—10 Grad Kälte. Herbert begleitete mich auch mit seinem Hauslehrer, dem Kandidaten Braune, in die kaiserlichen Schlösser und zeigte dort vor historischen Bildern überraschende Kenntnisse in der neuesten Geschichte. Sein Vater hatte die große Güte, mich einmal in eine Gemäldegalerie zu führen, doch schien mir das mehr ein Akt ausgesuchter Höflichkeit als eine Folge besonderen Interesses für die Bilder.

An dem Mittagessen (6 Uhr) pflegten teilzunehmen der damals schon als Schriftsteller bekannte Legationssekretär von Schlözer (nachmals Gesandter beim Vatikan) und der Attachee von Holstein. Von gelegentlichen Tischgästen darf ich erwähnen einen früheren preußischen Offizier, Oberst von Erckert, der lange im Kaukasus gewesen war und damals in Petersburg ein Infanterieregiment kommandierte, den Staatsrat von Brevern, sowie den ehemals berühmten Klavierspieler und Komponisten Adolf von Henselt.

In politischer Beziehung war Bismarck damals wenig mitteilsam, vielleicht, weil die bevorstehende Versetzung nach Paris und der nicht unwahrscheinliche spätere Einzug in das Ministerium seine Gedanken auf künftige Probleme richteten. Mehrmals erwähnte er, daß er dienstlich in der Vertretung der Interessen der in Rußland lebenden Deutschen „seine

Schuldigkeit" thue, in der europäiſchen Politik aber keinerlei Initiative nähme und ſich paſſiv verhalte, was den immer auf Intriguen gefaßten Fürſten Gortſchakoff ſehr befriedigte.

Als ich nach vierzehntägigem Aufenthalt abreiſte, begleitete er mich wieder zum Bahnhof. Dort ſagte er: „Ich würde mich über Ihren Beſuch noch mehr gefreut haben, wenn ich Ihnen eine Bärenjagd geben und Sie da zu Schuß bringen gekonnt hätte. Aber in den letzten Wochen iſt kein Bär gemeldet worden."

* * *

Frau von Bismarck ſchrieb am 16. April:

. . . „An Bismarck's Geburtstag wurden wir von der Großfürſtin Helene zu einem kleinen Diner befohlen, worüber ziemliche Verblüffung in der kleinen und großen Familie herrſchte. Nach Bismarck's Anordnung gab es hier um 3 Uhr mit ſämmtlichen Geſandſchaftsmitgliedern (5), Keyſerling, Erckert, Kindern und Lehrer fröhliches Geburtstagsfrühſtück und um $^1/_2$7 zweite Auflage in Form und Feierlichkeit bei der Großfürſtin. Die kleine Verſtimmung vergaßen wir bald in Geſellſchaft der wirklich ſtrahlend liebenswürdigen Helena, die uns am ganz kleinen runden Tiſch um ſich verſammelte (nur Keyſerling, Suwarow und ihre bevorzugte Hofdame Fräulein von Rahden, außer uns) und eine ſo unbefangene, intereſſante, luſtige Unterhaltung in Gang brachte, als wäre es der intimſte Freundeskreis. Nach Tiſch verwöhnte ſie die paſſionirten Raucher noch mit ausgezeichneten Cigarren, und als ſie uns um $^1/_2$10 Uhr entließ, wollte ſie keinen Abſchied nehmen, „weil es ihr zu

schwer würde". . . Jetzt werden täglich viele Visiten absolvirt, 50 habe ich überwunden, 39 noch vor mir, dazu die wahrscheinlichen Abschieds-Couren in Palais Michael und Leuchtenberg und verschiedene Freundschaftsabende. . . . So viel steht fest, daß wir eine angenehmere, bequemere Stellung, wie hier, nirgend wieder finden werden — weshalb wir wirklich mit Wehmuth von Petersburg scheiden, trotz Klima und Theuerung — die lieben Schrenck und Bertheau noch gar nicht eingerechnet, von denen der Abschied mir wahrhaft schwer werden wird. . . . Keyserling ist ein wahres Prachtexemplar innerlich, trotz äußerer Unscheinbarkeit. Er hat einen ganz ungewöhnlich scharfen Verstand und richtiges Urtheil nach jeder Richtung hin; er ist nicht wie ein trockner Gelehrter, sondern wie ein farben- und duftreicher Blumengarten — voll zarter Poesie — wie man es sehr selten im Leben findet. . . . Ich werde diesen liebsamen Freundschaftsverkehr schmerzlich vermissen, wenn ich mich in Paris oder sonstwo mit den langweiligsten Creaturen abquälen muß." . . .

Den 30. April.

. . . „Vorgestern Gratulationscour und Ball im Kaiserlichen Palais, höchst glänzend und fröhlich für die tanzlustige Jugend. Mir war's zu voll und zu heiß für meine ehrsamen Jahre. Ich habe mich mit angenehmen Abschiedsregrets von rechts und links unterhalten lassen und meine Augen an den kaiserlichen Diamanten zum letzten Mal geblendet. . . . Des Kaisers wiederholter Händedruck, wie der außerordentlich weiche herzliche Ton seiner wohlklingenden

Stimme, mit dem er „aufrichtig lebhaft bedauerte", daß man uns nicht in Petersburg lassen wollte, hatte wirklich etwas Rührendes. Bismarck hat mehrmals gesagt, daß die herzliche Manier des Kaisers unwiderstehlich sei, was ich nie glauben wollte — aber heute wurde ich selbst ergriffen, besonders bei seinen letzten Worten: „Aber wir bleiben doch immer Freunde, nicht wahr?" Die Kaiserin war auch sehr freundlich mit huldvollster Umarmung, ebenso die Großfürstinnen Helene, Marie, Konstantine — es ging von einer Umarmung in die andere." ....

V.

Berlin. September 1862 bis November 1863.

Reinfeld, 21. Juni 1862.

. . . . . „Aus Paris bekomme ich oft liebe und Gott sei Dank gute Gesundheits-Briefe, nur stets in Angst um Berliner Telegramme, die Wilhelmstraßen-Gefängniß bringen könnten. Bismarck hat 14 Tage in Berlin auf Entscheidung gewartet, ist dann ärgerlich geworden, worauf man ihn schleunigst nach Paris ernannte, aber gleich dabei sagte, unter Umständen wäre wohl eine baldige Zurückberufung möglich. . . .“

3. Juli.

. . . . . „Von Bismarck hatte ich eben einen lieben Brief — Gottlob gesund, aber unsicher wie immer. Heute sollte er in Fontainebleau bei Louis speisen und Parforce-jagen.“. .

9. August.

. . . . . „Von Bismarck kommen die liebsten Briefe — ganz berauscht von den wundervollen Gegenden, die er am

50. Lebensjahre wehrpflichtig, und zwar 3 Jahre im stehenden Heere, 2 Jahre in der Reserve; dann in der Landwehr und im Landsturm. Die Landwehrdienstpflicht endete im ersten Aufgebot mit dem 32., im zweiten mit dem 39. Jahre. Die Reservisten hatten jährlich einige Wochen in den Linienregimentern zu üben. Die Landwehrleute ersten Aufgebots wurden der Regel nach nur einmal in 4 Jahren auf 8 Tage einberufen, aber zu besonderen Infanterie- und Kavallerieregimentern formiert, welche mit je einem Linienregimente zusammen eine Brigade in der mobilen Feldarmee zu bilden hatten. Das zweite Aufgebot der Landwehr sollte nur zur Landesverteidigung und zum Festungsdienst, der Landsturm nur in äußersten Notfällen einberufen werden.

Die Stärke des stehenden Heeres und der Landwehr war „nach den jedesmaligen Staatsverhältnissen" zu bestimmen. Im Kriege sollten bei eintretendem Bedürfnis auch Landwehrleute als Reservisten eingezogen werden.

Die im Jahre 1820 vollendete Organisation des stehenden Heeres gab die Möglichkeit, jährlich 40000 Rekruten einzustellen. Diese Ziffer war für die damalige Bevölkerung Preußens von etwa 11 Millionen Seelen berechnet; später aber mußten viele wehrfähige junge Leute wegen Mangels an Raum in den Cadres dienstfrei bleiben. Die Zahl derselben war im Jahre 1859, bei einer Bevölkerung von etwa 18 Millionen, auf mehr als 23000 Köpfe jährlich herangewachsen.

Statt der dreijährigen Dienstzeit wurde lediglich aus Ersparnisrücksichten im Jahre 1833 die zweijährige bei der Infanterie versuchsweise eingeführt; auf Grund der damit

gemachten Erfahrungen aber ging man 1852 zur $2^1/_2$jährigen über und kam 1856 zur dreijährigen Dienstzeit zurück.

Als im Jahre 1859 während des italienischen Krieges 5 Armeekorps mobil gemacht wurden, befanden sich unter den einberufenen Landwehrleuten ersten Aufgebotes 55277 Familienväter, während Hunderttausende gesunder junger Leute dienstfrei umhergingen.

Der Prinz von Preußen hatte seit Jahrzehnten für die Hauptaufgabe seines Lebens gehalten, die erkannten Mängel der militärischen Einrichtungen zu beseitigen und die Kriegstüchtigkeit des Heeres zu erhöhen. Als Prinzregent befahl er, im Februar 1860, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem zwei Grundgedanken hervortraten: vollständige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht und Ersetzung der Landwehr ersten Aufgebots in der mobilen Feldarmee durch Reservisten.

Zur Aufnahme der bis dahin jährlich dienstfrei gebliebenen über 23000 Mann als Rekruten war eine bedeutende Vermehrung der Regimenter erforderlich.

Durch Ausdehnung der Reservepflicht von 2 auf 5 Jahre aber gedachte man die Schlagfertigkeit des Heeres zu erhöhen, die Mobilmachungszeit abzukürzen und die älteren Leute zu schonen, welche im ersten Aufgebot der Landwehr zur Hälfte, im zweiten zu $^5/_6$ verheiratet waren.

Es kam auch in Betracht, daß die seit dem Aufhören der „heiligen Allianz" wesentlich veränderte Lage von Europa militärische Demonstrationen nötig machen konnte, zu welchen die Landwehr heranzuziehen dem Lande Lasten auferlegt haben würde, wie sie bei den Mobilmachungen von 1850 und

1859 wegen der den Kreisbehörden obliegenden Ernährung der Familien einberufener Landwehrmänner als unverhältnismäßig schwer empfunden worden waren.

Zur Ausführung der Heeresreform wurde eine Erhöhung des Militärbudgets um $9^1/_2$ Millionen Thaler jährlich verlangt.

Die von Vincke präsidierte Kommission des damals gemäßigt-liberal und ministeriell gefärbten Abgeordnetenhauses folgte den Ratschlägen des Generalmajors a. D. Stavenhagen, welcher zwar die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht billigte, aber die Erhaltung der Landwehr in der mobilen Feldarmee und Einführung zweijähriger statt der dreijährigen Dienstzeit bei der Infanterie forderte. Man bezeichnete die „durch ruhmvolle Erinnerungen geheiligte" Institution der Landwehr als den kräftigsten Bestandteil des Heeres und als Bindeglied zwischen dem Volke und dem durch den exklusiven Corpsgeist der größtenteils adligen Offiziere unpopulären stehenden Heere. Wegen der zweijährigen Dienstzeit bezog man sich auf deren langjährige faktische Geltung und auf einige militärische Autoritäten früherer Zeit.

Vergebens kämpfte der Kriegsminister von Roon mit Gründen überlegener Einsicht; die populären Schlagworte „Erhaltung der Landwehr" und „zweijährige Dienstzeit", deren sich fast die ganze liberale und demokratische Presse bemächtigt hatte, behielten auch in der Kommission die Oberhand, obwohl es kein Geheimnis war, daß der Prinzregent die dreijährige Dienstzeit zu kriegstüchtiger Ausbildung der Infanterie mit den modernen Waffen für unerläßlich, und daran festzuhalten für Gewissenspflicht hielt.

Infolge der unbeugsamen Haltung der Kommission mußte das Ministerium die Ablehnung des Gesetzentwurfs im Plenum für sehr wahrscheinlich halten und zog denselben im Mai 1860 zurück.

Nun hatte aber die europäische Lage nach dem italienischen Kriege notwendig gemacht, das Heer auf dem Fuße einer gewissen Kriegsbereitschaft zu halten; und daß dies Bedürfnis auch im Jahre 1860 noch fortdauerte, war von den einflußreichsten Abgeordneten mehrfach anerkannt worden. Diese für Bildung neuer Cadres günstigen Zeitverhältnisse sollten nicht unbenutzt bleiben.

Man kam im Mai — leider um fünf Monate zu spät — im Kriegsministerium auf den Gedanken, daß es eines neuen Gesetzes gar nicht bedürfe, um neue Regimenter zu schaffen, und daß dazu nur eine Geldbewilligung erforderlich sei; diese würde durch den im Frühjahr bekannt gewordenen günstigen Finanzabschluß des letzten Jahres erleichtert werden.

Allerdings waren die beabsichtigten Formationen neuer Cadres nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen ausführbar; und auf die danach im Frieden nicht zulässige Einberufung der jüngsten Jahrgänge der Landwehr zum Reservistendienste konnte man vorläufig verzichten.

Man verlangte demnach vom Abgeordnetenhause neun Millionen auf 14 Monate zu dem Zwecke „der Aufrechterhaltung und Vervollständigung derjenigen Maßnahmen, welche für die fernere Kriegsbereitschaft und die erhöhte Streitbarkeit des Heeres erforderlich, und auf den bisherigen gesetzlichen Grundlagen thunlich" wären.

An den Kommissionsverhandlungen über diese Vorlage

hat Roon persönlich keinen Teil genommen. Er wußte, daß im Dezember 1859 seine Ernennung von der liberalen Partei mit Mißtrauen begrüßt worden war. Es wurde damals erzählt, sein in der Partei beliebter Vorgänger, General von Bonin, habe sich zurückgezogen, weil er einige von ihm gewünschte Einschränkungen des Reorganisationsprojektes wegen Widerspruchs des Generals Freiherrn Edwin von Manteuffel, damaligen Chefs des Militärkabinetts, nicht habe zur Geltung bringen können. Roon war noch nie in der Lage gewesen, eine politische Farbe zu bekennen; aber infolge unbestimmter Gerüchte, und weil er alle von seinem Kriegsherrn beabsichtigten Neuerungen zu vertreten unbedenklich übernahm, wurde er als ein „Reaktionär" angesehen. Die unfreundliche Stimmung der Majorität war ihm in der Kommission fühlbar geworden. Er mochte daher für geraten halten, in die Verhandlungen über den verlangten Kredit nicht einzugreifen und die Vertretung des Ministeriums in der Kommission dem persönlich beliebten Finanzminister Freiherrn Patow zu überlassen. Roon dachte, jedermann würde verstehen, daß es sich um die Mittel für Einrichtung der neuen Cadres handelte, welche zu der allseitig gebilligten stärkeren Rekruteneinstellung erforderlich waren; und er setzte als bekannt voraus, daß — wie er später einmal sagte — „Regimenter nicht von Diätarien kommandiert werden könnten".

Umgekehrt aber dachten die meisten Abgeordneten, daß, nach den heißen Kämpfen um die gesetzlichen Bedingungen der Heeresreform, diese nicht ausgeführt werden könne ohne ein neues Gesetz. Sie wurden in ihrem Irrtum dadurch bestärkt, daß Patow in der Kommission erklärte, es handle sich

um ein Provisorium, welches den in betreff der Dienstzeit und der Landwehr geäußerten Wünschen nicht präjudizieren werde. Allerdings blieben diese beiden Fragen offen; aber weder der Ausdruck „Provisorium" war zutreffend noch die daran geknüpfte Betrachtung, daß, wenn der Landtag später zur definitiven Organisation seine Zustimmung verfage, „alles wieder auf den früheren Stand gebracht werden könnte."

Diese Erklärungen nahm jedoch Vincke als Referent in den Kommissionsbericht auf, und unter starker Betonung ihrer bindenden Kraft empfahl er die Bewilligung des verlangten Kredits.

Im Plenum modifizierte nun zwar — vermutlich auf den Rat des Kriegsministers — Patow seine früheren Aeußerungen dahin: „Die Umgestaltungen im Heerwesen, welche erforderlich wären, um die waffenpflichtigen Mannschaften auch waffenfähig zu machen, würden nur in dem Sinne provisorisch sein, daß zu ihrer definitiven Regelung die Zustimmung des Landtages notwendig wäre." Das Haus aber schien keine Notiz von dieser Erklärung zu nehmen. Der anwesende Kriegsminister fand keinen Anlaß, den Worten Patows, welche verständlich auf die zur Ausbildung von 63000 statt 40000 Rekruten notwendigen neuen Cadres hinwiesen, etwas hinzuzufügen.

Vincke kam dem Finanzminister augenscheinlich entgegen, indem er sagte, die Bewilligung des Kredits habe keine Gefahr, denn, wenn beispielsweise zehn Kavallerieregimentskommandeure ernannt und ihre Stellen später nicht genehmigt würden, so „kämen sie auf den Aussterbeetat".

Daß der Berichterstatter der Kommission in diesem Falle nur für seine Person gesprochen hätte, konnte niemand vermuten; die Regierung hatte daher Grund, aus Vinckes Worten zu schließen, daß die Majorität erwartete, es würden viele neue Regimenter formiert werden. Die Minister wurden auch durch die ungewöhnliche Beschleunigung der Verhandlungen, sowie durch vertrauliche Mitteilungen einzelner Abgeordneter in den Glauben versetzt, daß es ihrer im Hause maßgebenden Partei erwünscht wäre, über den in der Heeresreformfrage hervorgetretenen peinlichen Gegensatz schnell und möglichst geräuschlos hinwegzukommen. Man täuschte sich gegenseitig; aus diesen Täuschungen aber erwuchs der verhängnisvolle Konflikt. Man kann sagen, derselbe sei entstanden, weil Minister wie Abgeordnete ihn hervorzurufen scheuten. Nach meiner Auffassung lag jedoch die Hauptursache des Konflikts in Unterlassungen des Ministeriums.

Hätten die leitenden Männer, die Auerswald und Schwerin, die unermeßliche Tragweite der Heeresreform für das Land und für ihre Partei gewürdigt, wären sie mit ganzem Herzen dafür eingetreten, so hätten sie *vor* Einbringung der Vorlagen Vincke und andere Führer wahrscheinlich dafür zu gewinnen vermocht. Vom Finanzminister Patow, der für die damals beanspruchten jährlich $9\frac{1}{2}$ Millionen noch keine sichere Deckung hatte, war das nicht zu verlangen; die anderen populären Minister aber hätten die Sache von langer Hand her einleiten und vielleicht retten können. Statt dessen überließen sie die Vertretung des gewaltigen Projekts dem noch unbekannten, des Konservatismus verdächtigen Roon.

Nachdem nun, wie zu erwarten gewesen, die Kommission Herabsetzung der enormen Ausgabesteigerung verlangt und populäre Schlagworte dafür gestempelt hatte, schien die Sache unrettbar verfahren.

Da begingen die Minister die zweite Unterlassungssünde, nämlich, nicht zu sagen, daß ihre Ansicht über die Notwendigkeit eines neuen Wehrgesetzes sich geändert hatte. Ich möchte jedoch dem nachmals von den Patrioten aller Farben gepriesenen Kriegsminister auch als ein großes historisches Verdienst anrechnen, sein Gewissen mit dieser Reticenz belastet zu haben, da ohne ein solches „Kunststück" die für den Entscheidungskampf um Deutschland notwendige Heeresreform bei dem damaligen Stande der öffentlichen Meinung wahrscheinlich nicht ausführbar gewesen wäre.

Die neun Millionen wurden fast einstimmig bewilligt. Beim Schlusse der Session dankte die Thronrede hierfür in Worten, welche erwiesen, daß der Prinzregent überzeugt war, der Landtag habe durch diese Bewilligung die Ausführung der geplanten Formationen genehmigen wollen.

Im Sommer und Herbste wurden die Cadres für 36 neue Infanterieregimenter, 9 Füsilierbataillone und 10 Kavallerieregimenter geschaffen, die anderen Truppengattungen angemessen verstärkt, die Offiziere und Unteroffiziere ernannt und die erforderlichen Fahnen und Standarten verliehen.

Da ging durch weite Kreise im Lande der Ruf: „Wir sind betrogen; statt provisorischer Einrichtungen, für welche das Geld bewilligt war, hat man unabänderliche geschaffen. Das wird unerträgliche Steuererhöhungen verursachen." Bei zwei Stichwahlen entschieden sich die früher gemäßigt-liberalen

Wahlmänner für zwei Führer der äußersten Linken: Waldeck und Schulze-Delitzsch.

Am 2. Januar 1861 wurde König Friedrich Wilhelm IV. von seinen Leiden erlöst; König Wilhelm bestieg den Thron.

Bald darauf gelangte an das neue Abgeordnetenhaus ein Etat, in welchem die durch die neuen Regimenter bedingten Erhöhungen der Militärausgaben erschienen, als wäre alles in Ordnung und ein neues Wehrdienstgesetz überflüssig. Die bezüglichen Verhandlungen verliefen im Abgeordnetenhause merkwürdig ruhig, weil die Majorität den Sturz des Ministeriums herbeizuführen scheute. Nur ein Abgeordneter (Hoverbeck) nannte das Verfahren der Regierung, wenn auch vielleicht legal, so doch „nicht loyal". Es wurde aber die für die neuen Regimenter im laufenden Jahre erforderliche Summe nur als „einmalige außerordentliche" Ausgabe bewilligt und ein Antrag Vinckes, die Regierung zur Vorlegung des — zu Einberufung der jüngsten Jahrgänge der Landwehr als Reservisten unerläßlich notwendigen — Wehrdienstgesetzes aufzufordern, einstimmig angenommen.

Im Sommer bildete sich die demokratische sogenannte Fortschrittspartei. Mißtrauen und Haß gegen die Minister verbreitete sich in immer weitere Kreise. „Es mögen gute Leute sein," sagte man, „aber sie lassen sich mißbrauchen, die Kastanien aus dem Feuer zu holen für die Junkerpartei, welche sie nach Hause schicken wird, sobald sie diesen Dienst geleistet haben." Eine große Zahl der bis dahin ministeriellen Abgeordneten näherte sich der Fortschrittspartei, und diese erfocht bei den im Dezember stattfindenden allgemeinen Wahlen glänzende Siege.

Dem neuen Hause wurde im Januar 1862 ein Etat vorgelegt, in dem die Mehrforderungen für die Heeresreform als ordentliche Ausgaben figurierten, obgleich nicht anzunehmen war, das jetzt überwiegend demokratische Haus würde Ausgaben als fortdauernde genehmigen, die das frühere, gemäßigt-liberale, nur als einmalige bewilligt hatte.

Ein kurzer Gesetzentwurf, betreffend Abänderungen einiger Bestimmungen des Kriegsdienstgesetzes, in welchem die Reservedienstzeit auf vier statt fünf Jahre bemessen und die Landwehrdienstzeit um drei Jahre verkürzt war, ging zuerst dem Herrenhause zu, und kam, von diesem genehmigt, im Februar an das Abgeordnetenhaus, gelangte aber hier nicht zur Verhandlung, weil das Haus wegen eines anderweiten regierungsfeindlichen Beschlusses schon im März aufgelöst wurde. Alle als liberal bekannten Minister traten zurück und wurden durch konservative ersetzt; nur Roon und Bernstorff blieben auf ihren Posten und von der Heydt, bis dahin Handelsminister, übernahm die Finanzen.

Bei den Neuwahlen machte die Demokratie noch weitere Fortschritte; die Zahl der Konservativen sank bis auf elf.

Im Juni wurden dem neuen Hause die Etats für 1862 und 1863 vorgelegt, worin die Kosten der Heeresreform wieder als ordentliche Ausgaben erschienen; ein Wehrgesetz aber, „mit dessen Diskussion die Sommersession nicht belastet werden sollte," stellte man für den Winter in Aussicht.

Der Finanzminister hatte mit bewundernswürdiger Kunst Ersparnisse im Militäretat von etwa zwei Millionen und zugleich den Wegfall gewisser, 1859 eingeführter Steuerzuschläge ermöglicht. Diese wesentlichen Erleichterungen

machten jedoch auf das tief erregte Haus keinen merklichen Eindruck.

Im September kam es wegen des Militäretats zu einer mehrtägigen Redeschlacht. Die seit zwei Jahren durch mancherlei Rücksichten verdeckte Glut des Hasses gegen die Militärverwaltung schlug jetzt in hellen Flammen auf. Die Landwehrfrage trat zwar jetzt, nach Vinckes Zeugnis, im Lande zurück; um so fester aber hielt man an der Forderung der zweijährigen Dienstzeit.

Das Finanzjahr fiel damals mit dem Kalenderjahr zusammen. Da der Landtag regelmäßig im Januar zusammentrat, vergingen immer einige Monate, ehe das Budget festgestellt werden konnte, und in diesen Monaten wurden die laufenden Staatsausgaben, wie natürlich, geleistet, obwohl sie streng genommen vorheriger Genehmigung durch das Budgetgesetz bedurft hätten. So war es auch im Jahre 1862 geschehen, in welchem wegen der Auflösung des Hauses und der Neuwahlen die Etatsberatung sich ungewöhnlich lange verzögerte. Jetzt aber erhob man gegen das Ministerium den Vorwurf der Verfassungsverletzung wegen dieses Verfahrens, namentlich in Bezug auf die von diesem Hause noch nicht genehmigten und von einem früheren Hause ausdrücklich nur für 1861 bewilligten Ausgaben.

Von der Heydt und Roon kämpften mit bewunderungswürdiger Ruhe und Umsicht, aber vergebens. Am 23. September beschloß das Haus mit 273 gegen 68 Stimmen, im Etat von 1862 die für die Heeresreform vorgesehenen Ausgaben — im Belaufe von ungefähr sechs Millionen — zu streichen. Dann wurde der so verstümmelte Etat von 308 gegen 11 Stimmen genehmigt.

Die gestrichenen Posten waren zu drei Vierteln bereits thatsächlich verausgabt. Der Beschluß, daß solche Ausgaben nicht geleistet werden sollten, war daher unausführbar und konnte nur bezwecken, die Macht des Hauses fühlbar zu machen. Da Worte des Mißtrauens gegen die Minister nichts erreicht hatten, sollte eine That dem Könige deutlich machen, daß er diese Männer entlassen und andere ernennen müsse, die sich mit der Majorität des Hauses zu verständigen vermöchten.

Im Lande fand der Beschluß des Hauses nur ausnahmsweisen Widerspruch. Daß die Minister ungesetzlich verfahren wären, sagten die meisten. Auch aus politischen Gründen gab man ihnen unrecht. Zur Einheit Deutschlands, dachte man, wäre auf friedlichem Wege zu gelangen, wenn Preußen einen liberalen Musterstaat mit parlamentarischer Regierung darstellte; dann würde es den kleineren Staaten gegenüber eine ähnliche Anziehungskraft auf politischem Gebiete ausüben, wie früher auf handelspolitischem bei Gründung und Erweiterung des Zollvereins. Daß solche politische Angliederung sich ohne Schwertstreich vollziehen könne, wurde, trotz der Erfahrung von 1850, vielfach ehrlich geglaubt und sogar von Abgeordneten öffentlich ausgesprochen. Auch von dem Koburger Hofe ausgehende Anregungen förderten diesen Glauben.

Es wurde damals oft bezweifelt, ob wirklich ein wohlgeschultes Heer zum Schutze des Landes gegen die benachbarten großen Militärstaaten notwendig wäre. Sogar in Kreisen hoher und höchster Civilbeamten begegnete man oft genug der Meinung, daß für das Militär „eigentlich schon

viel zu viel geſchähe", und daß es ratſamer ſein würde, das Landwehrſyſtem weiter zu entwickeln, als das ſtehende Heer durch junge Reſerviſten zu verſtärken. Von den ungeheuren Vorteilen techniſcher Durchbildung der Truppen hatten nur ſehr wenige eine annähernd richtige Vorſtellung. Wünſche nach einer Erleichterung des Militärdienſtes wie der Steuerlaſten waren im Volke weit verbreitet.

Durch das preußiſche Dreiklaſſenwahlgeſetz war die Entſcheidung bei den Wahlen in die Hände der bemittelten Klaſſen gelegt. Gerade dieſe hatten 1861 und 1862 in zwei kurz aufeinander folgenden Wahlen die Heeresreform mit dreijähriger Dienſtzeit entſchieden abgelehnt. Die große Mehrheit der Wähler hatte ſich mit den Abgeordneten einverſtanden erklärt.

Unlösbar ſchien die Aufgabe, die Volksvertretung und die Wähler unter den Willen des Königs zu beugen. Nur ein Held, „der das Fürchten nicht gelernt hatte," konnte übernehmen, das zu verſuchen.

Der König war ungewiß, ob er einen ſolchen finden würde. Er war ſchon vertraut mit dem Gedanken der Abdikation, als er am 22. September an Bismarck die Frage richtete, welche Bedingungen dieſer bei Uebernahme des Miniſteriums ſtellen würde.

Die Antwort lautete: „Gar keine. Ich fühle wie ein churbrandenburgiſcher Vaſall, der ſeinen Lehnsherren in Gefahr ſieht. Was ich vermag, ſteht Eurer Majeſtät zur Verfügung."

Dieſen Anfang der Audienz, deren Verlauf in den „Gedanken und Erinnerungen" (I, S. 267) dargeſtellt iſt, hat Bismarck mehrmals in meiner Gegenwart erzählt.

Er ging ohne Freude, aber in festem Gottvertrauen, an's Werk. Er war überzeugt, daß die von dem Königlichen Kriegsherrn jahrzehntelang erwogenen Mittel zur Steigerung der Kriegstüchtigkeit des Heeres die richtigen wären; und unerträglich war ihm der Gedanke, daß der Versuch des Abgeordnetenhauses, durch einen unausführbaren Beschluß den Willen des Kriegsherrn zu brechen, gelingen sollte.

Seine Uebernahme des Ministerpräsidiums steigerte die Erbitterung des Hauses. Die von ihm in den Jahren 1849 und 1850 gegen die Frankfurter wie gegen die Erfurter Verfassung gehaltenen Reden waren in aller Gedächtnis. Auf Grund einer vertraulichen, vielleicht mißverstandenen Aeußerung des Königs der Belgier zu einem Schriftsteller verdächtigte man ihn, mit Napoleon über die Vergrößerung Preußens unter Abtretung des linken Rheinufers verhandelt zu haben. Im Innern erwartete man von ihm Abschaffung der Verfassung, wie im Jahre 1850 Schwarzenberg sie in Oesterreich herbeigeführt hatte.

Seine ersten Versuche, sich mit dem Abgeordnetenhause zu verständigen, fanden natürlich kein Entgegenkommen. In einer Kommissionssitzung sagte er mit Hinweisung auf die Heeresreform: „Die Einheit Deutschlands wird nicht durch Kammerreden bewirkt werden, sondern durch Eisen und Blut." Als diese Worte bekannt wurden, ging ein Schrei des Unwillens durch das Land. In Breslau erzählte mir ein hoher Regierungsbeamter, Bismarck habe an diesem Tage zu stark gefrühstückt; „sonst hätte er wohl so etwas nicht sagen können."

Das Herrenhaus verwarf am 10. Oktober den vom andern Hause verstümmelten Etat von 1862. Dadurch wurde

eine budgetlose Verwaltung unvermeidlich. Die Session des Landtags endete am 12. Oktober.

Am 19. reiste ich von Breslau zur dritten Weltausstellung nach London und, um Bismarck als Minister zu begrüßen, meldete ich mich bei ihm als Kurier zur Mitnahme von Depeschen. Er sah blaß aber wohl aus, sprach ausführlich über einige gerade vorliegende Fragen des auswärtigen Dienstes und lud mich ein, auf der Rückreise einige Tage in Berlin zu bleiben.

Als ich am 1. November zurückkehrte, befand er sich in Paris zur Verabschiedung beim Kaiser Napoleon. An diesem Tage hörte ich von einem mir befreundeten Landsmann, dem Litteraturhistoriker Julian Schmidt, daß Bismarck in den ersten Tagen seines Ministeriums zwei altliberale Abgeordnete zu sich eingeladen hatte, um ihnen Ministerposten anzubieten. Diese Thatsache ist durch Sybels Geschichte der Begründung des Deutschen Reiches [1]), wenn nicht früher, bekannt geworden. Dort wird aber nicht erwähnt, daß er — nach Schmidts Zeugnis — auch den Redakteur der National-Zeitung, Herrn Dr. Zabel, zu einer Besprechung einlud und demselben ausführlich darlegte, er strebe in der deutschen Politik nach demselben Ziele wie die liberale Partei; zu dessen Erreichung sei jedoch Aufrechterhaltung der Heeresreform unerläßliche Vorbedingung; die Partei handle daher völlig verkehrt, wenn sie ihn nicht unterstütze.

Bei dem damaligen Stande der öffentlichen Meinung konnte aber jeder der Eingeladenen nur erklären, daß ohne

[1]) Band II S. 440.

die Zusage der zweijährigen Dienstzeit irgend eine Unterstützung der Regierungspolitik von seiten der liberalen Parteien unmöglich sei.

Am 1. Dezember hatte ich in Berlin Privatgeschäfte und war zu Tische bei Bismarck, um 5 Uhr, was damals noch die gewöhnliche Zeit seiner Hauptmahlzeit war. Es kam mir nicht in den Sinn, nach den eben erwähnten Vorgängen zu fragen. Ich wußte, daß die Form der Frage ihm in der Unterhaltung nie willkommen war, und darf hier erwähnen, daß er vielen politischen Agenten die Instruktion gegeben hat, im Verkehr mit Vertretern einer fremden Macht direkte Fragen möglichst zu vermeiden. Wolle man eine gewisse Nachricht konstatieren, so möge man in geschickter Weise das Gespräch auf den Gegenstand bringen. Sei der andere geneigt, das Gewünschte mitzuteilen, so werde er es dann freiwillig thun; habe er jedoch Ursache, darüber zu schweigen, so werde man auch durch eine Frage die Sache nicht herausbringen, sondern dem Gefragten nur eine Mißempfindung bereiten, welche auf schwebende Verhandlungen ungünstig zurückwirken könne.

Ich erhielt also damals keine Bestätigung der Mitteilungen von Julian Schmidt. Anfang Juni 1866 aber erzählte Bismarck, daß er „wieder einmal" Herrn Zabel zu einer Besprechung eingeladen hätte, und daß die politischen Meinungen dieses trefflichen Mannes im Grunde nicht sehr weit von seinen eigenen entfernt wären.

Bei dem erwähnten Diner (am 1. Dezember 1862) hörte er mit Interesse, daß ich in London bei einem deutschen Maler zufällig Mazzini getroffen hatte, welcher versicherte,

das nächste Ziel der italienischen Aktionspartei würde nicht Rom sondern Venedig sein.

Nach dem Essen am Kamine rauchend sagte Bismarck: „Ich habe Sie im Staatsministerium zum Oberregierungsrat vorgeschlagen. Die andern meinten aber, das ginge nicht, da Sie erst kürzlich vom Assessor zum Rat befördert seien. Ich habe gedacht, ein Adjutantenposten bei mir würde Ihnen nicht zusagen, da Sie an mehr Unabhängigkeit gewöhnt sind. Ich bat deshalb einen Vetter, zu mir zu kommen, den Rittmeister Grafen Karl Bismarck-Bohlen, der hier bei den Dragonern gestanden, aber den Abschied genommen hat. Natürlich fehlt ihm noch Geschäftskenntnis, wohl auch eine feste Gesundheit."

Darauf ich: „In meinem ganzen Bekanntenkreise weiß ich nur einen Menschen, der vielleicht einigermaßen zu Ihrem Adjutanten passen würde, das bin ich selbst."

„Sie sind zu schade dazu," sagte er; „ich kann Sie doch nicht aus Ihren gesicherten Verhältnissen herausreißen, um hier Laufburfche zu werden. Eine Ratsstelle ist nicht vakant."

„Daran liegt mir gar nichts," erwiderte ich. „Sie mögen es mit andern versuchen, schließlich werden Sie hoffentlich auf mich zurückkommen."

* * *

Die erste gründliche Auseinandersetzung des Ministerpräsidenten mit dem Abgeordnetenhause fand im Januar 1863 statt bei den Beratungen über die an den König zu richtende Adresse, welche den Vorwurf der Verfassungsverletzung und überdies eine Reihe von Beschwerden gegen das Ministerium

erheben sollte. Der Abgeordnete Peter Reichensperger (Geldern) führte aus den Landtagsverhandlungen von 1849, auf welche man um die Verfassung richtig zu interpretieren zurückgehen müsse, den Nachweis, daß die meisten Redner beider Häuser unter Zustimmung der Minister dem Abgeordnetenhause ein volles Ausgabebewilligungsrecht hätten beilegen wollen. Andere Redner überhäuften das Ministerium mit leidenschaftlichen Angriffen.

Bismarck trat dem Vorwurfe der Verfassungsverletzung bekanntlich mit dem Wortlaute des Artikel 99 der Verfassungsurkunde entgegen, welcher lautet: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Staates müssen für jedes Jahr im voraus veranschlagt und auf den Staatshaushalts-Etat gebracht werden. Letzterer wird jährlich durch ein Gesetz festgesetzt."

Nun gehöre, sagte er, zum Zustandekommen dieses wie jedes anderen Gesetzes Uebereinstimmung der drei Faktoren der Gesetzgebung. So lange diese fehle, habe eine Ausgabeverweigerung des Abgeordnetenhauses nur den Wert einer Meinungsäußerung, keineswegs aber rechtsverbindliche Kraft. Wenn eine entgegengesetzte Praxis sich in England durch altes Herkommen gebildet habe, wenn solche auch in andern Ländern gelte, wo parlamentarische Verfassungen nach englischem Muster eingeführt wurden, und wenn sich hierdurch eine entsprechende staatsrechtliche Doktrin gebildet habe, so sei das ohne praktische Bedeutung für Preußen, weil unsere Verfassung die Mitwirkung des Herrenhauses und des Königs zum Budgetgesetze, wie zu jedem anderen, vorschreibe. Da der Wortlaut der Verfassungsurkunde einen völlig klaren Sinn gäbe, so sei kein Anlaß zu irgend welcher Interpretation.

Allerdings könne hienach jeder der beiden andern Faktoren das Ausgabebewilligungsrecht des Abgeordnetenhauses vernichten; ebenso klar aber sei, daß nach dem englischen Rechte das Abgeordnetenhaus die Staatsmaschine willkürlich zum Stillstand bringen könne. Es müsse eben als natürlich vorausgesetzt werden, daß jede der gesetzgebenden Gewalten ihr Recht mit Mäßigung und in Hinblick auf das Gemeinwohl ausüben würde, was jedoch hier im vorigen Jahre nicht geschehen sei.

Bismarck schloß mit den berühmten Worten: „Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, noch nicht reif, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regimentes eingefügt zu werden."

Es war vorauszusehen, daß beide Teile, das Ministerium wie das Abgeordnetenhaus, für Gewissenspflicht halten würden, auf ihrem Rechtsstandpunkte auszuharren. Eine Lösung des Konflikts schien auf theoretischem Gebiete unmöglich.

Außerhalb der Offizierskreise standen in Breslau fast alle meine Bekannten, die sich überhaupt äußerten, auf der Seite des Abgeordnetenhauses; aber mein in Ostpreußen lebender Bruder stimmte voll ein in meine Bewunderung für den Mann, der einen gangbaren Weg gefunden hatte, um den Prachtbau der Heeresreform vor Zerstörung zu retten.

Frau von Bismarck schrieb mir nach Breslau am 27. Januar 1863:

. . . . . „Diesen Schwirr von früh bis spät jeden und jeden Tag vertrage ich kaum. Ich werde allgemach unaus-

stehlich dabei und die Sorge um Bismarck seufzt ununterbrochen in den kläglichsten Molllauten durch mein Herz...

„Man sieht ihn nie und nie — morgens beim Frühstück fünf Minuten während Zeitungsdurchfliegens — also ganz stumme Scene. Drauf verschwindet er in sein Kabinet, nachher zum König, Ministerrath, Kammerscheusal — bis gegen fünf Uhr, wo er gewöhnlich bei irgend einem Diplomaten speist, bis 8 Uhr, wo er nur en passant Guten Abend sagt, sich wieder in seine gräßlichen Schreibereien vertieft, bis er um halb zehn zu irgend einer Soiree gerufen wird, nach welcher er wieder arbeitet bis gegen ein Uhr und dann natürlich schlecht schläft. Und so geht's Tag für Tag — Soll man dabei nicht elend werden vor Angst und Sorge um seine armen Nerven. . . . . .

„Wie sich das Demokraten-Volk gegen meinen besten Freund benimmt, lesen Sie hinlänglich in allen Zeitungen. Er sagt, es sei ihm „nitschewo" [1]), aber ganz kalt läßt es ihn doch nicht." . . . .

Dieser Brief wurde geschrieben am Abend des zweiten Tages der langatmigen Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den damals im Königreich Polen ausgebrochenen Aufstand und den Versuch der Regierung, denselben durch Verständigung mit Rußland von unseren Grenzen fern zu halten.

Allerdings überschütteten selbst Führer der altliberalen Partei, die Sybel, Twesten und Simson, in jenen Tagen den Ministerpräsidenten mit ausgesuchten Liebenswürdigkeiten.

[1]) Das russische Wort „nitschewo" bedeutet ungefähr: „Das ist mir absolut gleichgültig".

Der eine sagte: „Diese Regierung kann weder im Innern noch nach außen handeln, weder ruhen noch wirken, ohne die Gesetze dieses Landes zu verletzen . . . . . unter solchen notorisch unfähigen und unglücklichen Befehlshabern sind überall Niederlagen zu erwarten."

Der andere: „Die Ehre der augenblicklichen Regierung ist nicht mehr die Ehre des Staates und des Landes."

Der dritte: Zu gutem Regieren gehöre Genie oder wenigstens Talent; dieser Regierung könne man jedoch nur die jedem Seiltänzer zugewendete Bewunderung zollen, daß sie nicht fällt.

Mir erschien es bewunderungswürdig, daß Bismarck solchen Maßlosigkeiten gegenüber eine äußerlich ruhige Haltung beobachtete.

In diesen Tagen sprach er die später oft angeführten Worte: „Die Neigung, sich für fremde Nationalitäten und Nationalbestrebungen zu begeistern auch dann, wenn dieselben nur auf Kosten des eigenen Vaterlandes verwirklicht werden können, ist eine politische Krankheitsform, deren geographische Verbreitung sich auf Deutschland leider beschränkt."

Am 26. März schrieb Frau von Bismarck:

. . . „Sehr reizend wäre es, wenn ich Sie nächsten Mittwoch den 1. April um 10 Uhr früh zu seinem Geburtstag aufbauen könnte. Was meinen Sie? . . . . Von dem geselligen Wirrwarr sage ich nichts. Sie kennen das, wie es hier geht und wie man zuletzt ganz schwach davon wird, nicht leiblich sondern geistig. Das Schlimmste ist, wenn zwischendurch pommersche Verwandte und gute Bekannte

herein fallen, die einen sehen wollen und gekränkt sind, wenn man sich ihnen nicht immer zur Disposition stellt. — Bismarck bekommt aus allen Provinzen viele freundliche Adressen und Depeschen, Säbel, Kuchen, Lorbeerkränze und Gedichte, und freut sich, daß man ihn liebt. Ich freue mich auch und fände es wunderbar, wenn es nicht wäre .... Sein Befinden ist leidlich, aber blaß und unermeßlich beschäftigt ist er von 10 Uhr Morgens immer bis 1 Uhr Nachts, trotz Bitten und Lampenauslöschen" ....

Am 1. April kam ich früh in Berlin an und blieb von 10 Uhr morgens bis 10 Uhr abends bei Bismarcks. Er litt an starken Kopfschmerzen und lag den ganzen Vormittag auf dem Sofa, ohne ein Wort zu sagen. Erst gegen Abend wurde es besser. Besuch wurde nicht angenommen; nur einige Verwandte, namentlich seine schöne und geistvolle Schwester, Frau v. Arnim-Kröchlendorf mit Gemahl und Tochter leisteten ihm Gesellschaft. Er war in alter Weise freundlich zu mir, sagte aber kein Wort über die Möglichkeit meiner Berufung.

Bald darauf hatte ich Anlaß, sein Vertrauen in einer wichtigen Angelegenheit anzusprechen.

In Breslau wurde der konservative Oberbürgermeister Elwanger trotz anerkannt großer Verdienste um die städtische Verwaltung nicht wieder gewählt, sondern die Wahl der Stadtverordneten fiel auf den Regierungsrat Hobrecht, welchen Graf Schwerin 1860 als Hilfsarbeiter in das Ministerium des Innern berufen hatte und welcher sich auch 1863 noch in dieser Stellung befand. Ende April beschloß die Breslauer Regierung mit nur einer Stimme Majorität, die Bestätigung

des Gewählten zu befürworten. Ich befürchtete Beanstandung dieses Antrages im Staatsministerium und schrieb daher an Frau von Bismarck, mit der Bitte um Mitteilung an ihren Gemahl, einige Bemerkungen zu Gunsten Hobrechts, den ich als einen vertrauten Jugendfreund genau kannte.

Sie erwiderte: „Hobrecht ist vorgelesen, aber man liebt ihn garnicht, wie es scheint, also weiß ich nicht was geschieht."

Da mir Gefahr im Verzuge möglich schien, telegraphierte ich sofort zurück die Worte: „Bürge für den Mann mit Ehre und Vermögen"; worauf ich natürlich keine Antwort erwartete.

Am 26. Mai war ich in Berlin bei Bismarcks zu Tische und saß neben dem Minister. In einer Pause des allgemeinen Gesprächs fragte er mich: „Sie halten den Mann also für tugendhaft?" Ich erwiderte: „Mehr als ausreichend für den Bürgermeisterposten. Es ist ein Glücksfall, daß die überwiegend demokratischen Stadtverordneten diesen zuverlässigen Altliberalen gewählt haben, der manche Eigenschaften besitzt, um bald Einfluß auf die Leute zu gewinnen. Würde er nicht bestätigt, so wäre die Wahl eines roten Demokraten zu erwarten. Dann müßte ein Regierungskommissar mit Leitung der Stadtverwaltung beauftragt werden, der noch weniger Einfluß haben würde als der frühere Bürgermeister."

„So", sagte der Minister leise für sich und begann dann wieder ein allgemeines Gespräch.

Gegen Abend fuhr er nach dem Potsdamer Bahnhof und lud mich ein, mitzufahren. Er sprach von der durch den General von Alvensleben im Februar abgeschlossenen preußisch-russischen Konvention. „Dieselbe hat bewirkt," sagte

er, „daß die Polenfreunde in Petersburg nicht zur Geltung kamen, und daß der Kaiser Alexander uns, im Gegensatz zu Oesterreich und den Westmächten, als Freunde erkannte. Die Konvention wird vom Publikum falsch beurteilt, weil man die Erdschichten nicht kennt, in welchen die Wurzeln dieses Gewächses lagen.“ Plötzlich fragte er, ob ich kommen wolle, wenn er mich riefe, auch ohne sichere Aussicht auf eine Ratsstelle. „Gewiß“, sagte ich. „Daß keine Ratsstelle frei ist, beruhigt mich einigermaßen. Eine längere Probezeit scheint mir gerade in diesem Falle unerläßlich.“ Er meinte dann, die amtliche Einberufung würde erst im Herbst erfolgen, nach Rückkehr des Königs von den Sommerreisen.

Anfang Juli schrieb mir Frau von Bismarck in seinem Auftrage, daß er nur auf Grund meiner Bürgschaft die Bestätigung Hobrechts im Staatsministerium durchgesetzt habe.

Bei diesem Beschluß hatte er vielleicht auch eine persönliche Mißempfindung zu unterdrücken. Einige Monate vorher war im Staatsministerium über den Entwurf der Kreisordnung, welchen Graf Schwerin hatte ausarbeiten lassen, beraten worden. Als dabei der Ministerpräsident sich über das ganze Projekt in wegwerfendem Tone äußerte, begann Hobrecht als Referent seine Erwiderung mit den Worten: „Ich weiß nicht, ob Sie den Entwurf gelesen haben.“ Nur Hobrecht selbst hat mir dies später erzählt.

Nach Jahren hat Bismarck mir zweimal für meine Empfehlung Hobrechts gedankt.

Als im Frühjahr 1866, beim Herannahen des Krieges, aus Ostpreußen, Pommern und vom Rhein viele kleinmütige Adressen um Erhaltung des Friedens an den König gerichtet

wurden, kam von den Breslauer Stadtbehörden eine kriegerisch begeisterte Bitte um gründliche Lösung der deutschen Frage; das Verdienst dieser Kundgebung wurde natürlich dem Oberbürgermeister zugeschrieben.

Einige Jahre später äußerte Bismarck: „Von den Bürgermeistern gilt dasselbe was man von den Frauen sagt: die, von denen gar nicht gesprochen wird, sind die besten. Von Breslau höre ich nie etwas, folglich muß Hobrecht seine Sache sehr gut machen."

* * *

Ende September 1863 wurde in Breslau bekannt, daß meine Berufung zum Hilfsarbeiter im Staatsministerium bevorstand. Außer den Offizieren bedauerten fast alle meine Bekannten, liberale wie konservative, daß ich mein Geschick an das eines maßlos verwegenen Mannes und an eine hoffnungslose Sache ketten wollte. Oft genug mußte ich versuchen, den Leuten ihren Irrtum klar zu machen.

In der auswärtigen Politik war doch bis dahin offenbar alles geglückt, was der Ministerpräsident unternommen hatte.

Im November 1862 wurde der halsstarrige Kurfürst von Hessen dadurch zum Nachgeben bewogen, daß Bismarck in einem an den Minister Dehn gerichteten Briefe auf das mögliche Eingreifen der kurfürstlichen Agnaten hindeutete.

Angesichts der im Anfang des Jahres in Polen ausgebrochenen Unruhen befestigte Bismarck durch Aufrechterhaltung der Ordnung in den preußischen Grenzprovinzen und durch eine bezügliche Verständigung mit Rußland dessen Freundschaft, während die Westmächte und Oesterreich auf ihre

wiederholt nach Petersburg gerichteten polenfreundlichen Ratschläge anfangs höfliche, zuletzt schroffe Abweisungen erfahren hatten.

Der übereilte Versuch Oesterreichs, die Bundesverfassung in seinem und der Mittelstaaten Interesse durch Beschlüsse der in Frankfurt versammelten souveränen Bundesfürsten so weit umzugestalten, daß unserm König sogar die Entscheidung über Krieg und Frieden entzogen würde, dieser Versuch endete mit einem vollständigen Mißerfolg, nachdem der König auf Bismarcks Rat der Fürstenversammlung fern geblieben war.

In den preußischen Gegenvorschlägen wurde zum ersten Male amtlich auf die Ersprießlichkeit einer Volksvertretung am Bunde hingewiesen.

Gegen Dänemark endlich wurde von Preußen und Oesterreich gemeinschaftlich, trotz der Opposition der Mittelstaaten, ein Beschluß des deutschen Bundes erreicht, das Exekutionsverfahren durch militärische Besetzung Holsteins eintreten zu lassen (1. Oktober).

Alle diese Thatsachen ließen doch in der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten einen zielbewußten Kopf und eine glückliche Hand erkennen.

Aber selbst gegen diese Auffassung wurde manches eingewendet.

Ein mir von der Schule her befreundeter Gelehrter, der Privatdozent (später Professor) der Geschichte, Dr. Neumann[1]), kam zu mir, um mich eindringlich zu warnen.

Er hatte einige Jahre unter Schleinitz und Bernstorff,

[1]) Verfasser der „Hellenen im Skythenlande" (1855).

zuletzt auch einige Monate unter Bismarck im Auswärtigen Amte für die Presse gearbeitet. „Bismarck", sagte er, „leidet an einer schweren Nervenkrankheit und ist mir mitunter wie nicht ganz zurechnungsfähig erschienen. Wenn er z. B. Instruktionen für die Presse gab, kam er zuweilen bald in einen gewissen ‚Galopp des Denkens', dem man kaum folgen konnte, und verlangte mitunter ganz unausführbare Dinge. Unter den Berliner Diplomaten ist die Meinung vorherrschend, daß er nervenkrank sei und nicht mehr lange leben werde, da er sich in keiner Beziehung schont. Als ein Symptom seiner Krankheit wurde auch das Gespräch aufgefaßt, welches er im letzten Dezember bekanntlich mit dem Grafen Karolyi gehabt hat; denn wie kann ein ganz gesunder Mensch dem Vertreter Oesterreichs sagen: ‚Ihr thätet gut, euren Schwerpunkt nach Ofen zu verlegen'. Gesellschaftlich mag Bismarck sehr angenehm sein; aber wenn du in sein Ministerium eintreten willst, so wirst du ein morsches Schiff besteigen."

Graf Limburg-Stirum, der Vater des jetzigen Führers der Konservativen im Abgeordnetenhause, sagte mir: „Es muß schön sein, der Fahne eines Mannes wie Bismarck zu folgen, wenn sie auch in den Tod führen mag."

Das stimmte mit meiner Auffassung, jedoch mit dem Unterschiede, daß ich keinerlei Gefahr zu ahnen vermochte.

In Bezug auf die Minister schien im Falle eines Thronwechsels die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sie wegen der budgetlosen Verwaltung mit Regreßansprüchen an ihr Privatvermögen bedroht werden könnten. Das Abgeordnetenhaus hatte am 17. Februar 1863 mit allen gegen 45 Stimmen beschlossen, bis nach Prüfung der Jahresrechnungen von 1862

die Entscheidung darüber vorzubehalten, für welche der verausgabten Summen die Minister mit ihrer Person und ihrem Vermögen haftbar wären[1]). Man riet damals dem Ministerpräsidenten, seinen Grundbesitz an einen Verwandten abzutreten; er lehnte das entschieden ab, um den Schein einer Besorgnis für sein Vermögen zu vermeiden. Ein Nachbar von Schönhausen aber, Herr von Katte-Roskow, hat — wie er mir 1864 erzählte — thatsächlich Vorkehrungen getroffen, um im Falle eines Regresses an Bismarck diesem ein ansehnliches Kapital zur Verfügung zu stellen.

Wenn demnach daran gedacht worden war, die Minister als persönlich haftbar anzusehen, so konnten doch deren Beamte in keinem Falle durch Regresse bedroht werden. Eine zu teilende Gefahr stand also für mich nicht in Aussicht, sondern nur eine kaum erwähnenswerte Einbuße an Wohlwollen bei vielen alten Bekannten und Landsleuten, wenn ich dem damals „besitzgehaßten" Manne persönlich dienstbar wurde.

Am 19. Oktober abends kam ich nach Berlin und übernachtete bei dem im Hausministerium angestellten Geheimrat von Loeper, dem hochverdienten Goethe-Herausgeber. Von diesem hörte ich zum ersten Male die Ansicht aussprechen, daß Bismarck, trotz mancher unnötigen Schroffheiten seines Auftretens, wahrscheinlich sehr viele Jahre lang der Leiter unsrer Politik bleiben werde.

Am 20. früh meldete ich mich beim Ministerpräsidenten im Auswärtigen Amte (Wilhelmstraße 76). Er sagte: „Sie müssen in meiner Nähe wohnen, finden aber in dieser Gegend

[1]) Stenographischer Bericht von 1863, S. 243.

und duldet keinen Widerspruch. Wer mit ihm zu thun hat, den zwingt er zum Gehorsam, mag man dagegen ‚strampeln' so viel man will. Und nun ist Ihnen ja eine besondere Vertrauensstellung zugedacht. Sie werden es sehr schwer haben und ich wünsche von Herzen, daß Sie lange aushalten."

Am folgenden Tage erhielt ich von Frau von Bismarck aus Reinfeld einen Brief, in dem es hieß:

... „Gott seegne Ihren Einzug bei ihm, lieber Herr von Keudell, ich freue mich, daß Sie da sind, wenn auch mit Zittern, und wiederhole stets: vereinigen und verwechseln Sie nie den Minister mit dem Freunde. Es sind gewiß zwei ganz verschiedene Menschen. Wenn der Minister verstimmt ist und Sie in solch unerquicklicher Laune anbrummt, weiß der Freund nichts davon und liebt Sie ungestört alle Zeit. Ich vergesse nicht mancher Sekretaire Verzweiflung in solchen Fällen; und wenn Sie auch kein so verzagtes Gemüth wie diese Jünglinge besitzen, so möchte ich Sie doch an all dies wieder erinnern mit herzlichen Bitten, in Ihrem Vertrauen und Ihrer Anhänglichkeit nicht zu wanken, da Bismarck deren mehr bedarf, wie jeder Andere. Er hat ja fast keinen wahren treuen Freund — ich mißtraue ihnen Allen — wenn's darauf ankommt, lassen sie ihn Alle im Stich, bin ich überzeugt. Aber bitte, thun Sie es nicht, halten Sie aus, wenn er auch oft recht unfreundlich scheint. Innerlich ist er's bestimmt nie, das versichere ich Ihnen." ....

Geschäftlich wurden mir alle an den Ministerpräsidenten persönlich gerichteten Gesuche zugewiesen. Morgens um zehn Uhr und abends um sieben Uhr hatte ich mich beim Chef zu

melden, um die Eingänge in Empfang zu nehmen und die Entwürfe der Antworten vorzulegen, die er dann in meiner Gegenwart erstaunlich schnell durcharbeitete und unterschrieben zurückgab. Keine Sache blieb 24 Stunden unerledigt. Ich stand damals im vierzigsten Lebensjahre und war seit langer Zeit gewohnt gewesen, daß meine Entwürfe amtlicher Schriftstücke von Vorgesetzten fast gar nicht korrigiert wurden; jetzt aber kam ich wieder in die Stellung eines Schülers, dessen Konzepte selten unverändert stehen blieben.

Auffallend war mir die Behandlung der zahlreichen Bettelbriefe. Wenn solche den Eindruck wirklicher Not machten, wurde ich beauftragt, die Bittsteller aufzusuchen und kleine Unterstützungen zu spenden, nicht etwa aus irgend einem staatlichen Dispositionsfonds, sondern aus den Privatmitteln des Ministers. Einmal mußte ich einer in der Köpenikerstraße 4 Treppen hoch wohnenden Witwe 25 Thaler (75 Mark) überbringen, was mir für die Privatverhältnisse des Gebers sehr hoch gegriffen schien. Ich erlaubte mir abzuraten von dieser dilettantischen Armenpflege, die immer neue unerfüllbare Ansprüche hervorrufen müßte. Die Antwort lautete: „Wer sich in Not bittend an mich wendet, dem helfe ich, soweit ich es mit meinen geringen Mitteln vermag."

Gelegentlich fragte ich, ob es nicht zweckmäßig sein würde, durch das Bureau nur die wichtigeren Eingänge vorlegen zu lassen. „Nein," sagte der Minister, „wenn ich nicht alles sehe, was ankommt, verliere ich die Fühlung mit dem, was im Lande vorgeht."

Nach mehreren Wochen wurde jedoch infolge der diplomatischen und militärischen Vorbereitungen zum dänischen

Kriege die Geschäftslast so groß, daß er die augenscheinlich unwichtigeren Eingänge mit der Bezeichnung O, als nicht gelesen, an das Bureau gehen ließ und nach deren Erledigung nicht fragte.

Am 30. Oktober schrieb ich meinem Bruder:

„Bismarck ist in Geschäften wirklich wundervoll, von unbegreiflich schnellem Ueberblick und heiterer Entschlossenheit, verlangt aber mitunter Unausführbares, weil nicht alle Verwaltungsgesetze ihm geläufig sind. Gestern abend mußte ich wieder einmal vorstellen, daß dies und das nicht möglich sei. Er wurde, wie immer in solchen Fällen, ärgerlich und persönlich, ohne aber die Form im Mindesten zu verletzen. In der Nacht grübelte ich darüber, ob ich für sein Naturell den richtigen Ton zu treffen vermöchte, und heute morgen ging ich in etwas gedrückter Stimmung zum Vortrag. Da kam er mir mit besonderer Freundlichkeit entgegen und sagte, er wolle mich nun auch im auswärtigen Dienst beschäftigen und deshalb mit Thile sprechen."

So geschah es. Der Unterstaatssekretär von Thile war ein kerniger und wohlwollender Mann von ungewöhnlicher wissenschaftlicher Bildung. Er empfing mich in liebenswürdiger Weise, verhehlte mir aber nicht, daß die zur Zeit nicht gerade massenhaften Geschäfte der politischen Abteilung in festen Händen seien und daß es schwierig sein würde, dort für mich ein Arbeitsfeld zu schaffen.

Allerdings hätte die außergewöhnliche Arbeitskraft und Arbeitslust des mir seit Jahren wohlbekannten Geheimrat Abeken für sich allein hingereicht, um alles, was damals

in der „hohen Politik“ vorkam, zu erledigen; es war aber in dieser Abteilung noch ein zweiter Rat angestellt, welcher doch auch Anspruch auf Beschäftigung machte. Nur wenn Bismarck selbst mich mit einer kleinen Arbeit in französischer Sprache, wohl um mich zu prüfen, beauftragte, gab es im Auswärtigen etwas für mich zu thun. Der Regel nach blieb ich mit inländischen Angelegenheiten beschäftigt, erhielt auch öfters mündliche Aufträge an einzelne Minister, namentlich an Roon und Eulenburg.

Erst im Februar 1864 wurde mir eine in der zweiten Abteilung des Ministeriums erledigte Ratsstelle übertragen, mit welcher die Bearbeitung aller Personalien und die Verwaltung der sogenannten Legationskasse, d. h. des Etats der auswärtigen Angelegenheiten, verknüpft war. Dieses Arbeitsfeld blieb mir bis zum Herbst 1872 anvertraut.

* * *

Anfang November 1863 kehrte Frau von Bismarck aus Reinfeld nach Berlin zurück. Bald darauf wurde die Landtagssession eröffnet. Das vor kurzem neugewählte Abgeordnetenhaus brachte zwar statt der früheren 11 konservativen Mitglieder deren 36, zeigte aber im ganzen dieselbe feindselige Haltung, wie das im Sommer aufgelöste.

Trotz der tiefen Trauer der Familie Bismarck pflegten sich doch einige der vertrauten Freunde abends gegen 9 Uhr einzufinden, in dem Empfangssaale, welcher auf der Gartenseite des Hauses lag. Die gütige Hausfrau oder deren heranwachsende anmutige Tochter machte den Thee; auf zwei oder drei Tischen standen einfache kalte Speisen, Wein und

Bier. Jeder Gaſt bediente ſich nach Belieben. Am häufigſten kamen damals: Herr von Arnim-Kröchlendorff mit Gemahlin und Tochter, Blanckenburg, Graf Eberhard Stolberg mit Gemahlin, der junge Eiſendecher[1]) und Herr von Dewitz-Milzow, ein Göttinger Corpsbruder des Hausherrn. Dieſer pflegte gegen elf Uhr auf eine halbe oder ganze Stunde zu erſcheinen, um eine kalte Speiſe und ein Glas Bier oder auch dicke Milch zu nehmen. Thee oder Wein genoß er abends nie, um den ohnehin ſchwer zu findenden Schlaf nicht ganz zu verſcheuchen. Die Unterhaltung pflegte er in heiterem Tone zu führen, Politik aber nur ſelten und flüchtig zu ſtreifen. Ich war in den erſten Wintermonaten der einzige abends im Salon anweſende Beamte des Miniſteriums, in jedem Augenblicke amtlicher Aufträge gewärtig.

An der kurzen Nordſeite des Geſellſchaftszimmers lag ein ſchmales Kabinett, deſſen Länge der Breite des erſteren entſprach und welches immer offen ſtand, da die Thür aus den Angeln entfernt worden war. Von dieſem Kabinett führten zur Linken wenige Stufen hinab in das Schulzimmer, wo die Knaben unter Leitung des Hauslehrers, Kandidaten Braune, zu arbeiten pflegten. Die Thüre dieſes Zimmers ſtand ebenfalls gewöhnlich offen. Wenn nun Schlafenszeit für die Jugend herankam, pflegte die weiche Stimme der Hausfrau in das Kabinett hineinzuſchallen: „Jüngchen! zu Bett!“ Eine ältere Dame hat mich noch kürzlich hieran erinnert.

[1]) Der einzige Sohn des oldenburgiſchen Bundestagsgeſandten von Eiſendecher trat in die Marine ein, war von 1862 bis 1872 mit Unterbrechungen in Berlin beſchäftigt und wurde faſt wie ein Verwandter des Hauſes angeſehen.

Auf der rechten Schmalseite des Kabinetts führte eine Thüre zu dem auf der Straßenseite des Hauses gelegenen Arbeitszimmer des Ministers. Wurde abends mein Klavierspiel verlangt, so pflegte Frau von Bismarck diese kleine Thüre leise zu öffnen und, wenn kein Besuch sichtbar war, halb offen stehen zu lassen, da der Minister sich damals nicht ungern durch Töne anregen ließ, während er arbeitete.

Am 23. November sagte er einmal nach Tische, zu seinem Schwager und zu mir gewendet: „Wir brauchten eigentlich zwei Garnituren Regierungsbeamte: eine konservative und eine liberale, von denen eine immer zur Disposition gestellt werden müßte, wenn ein Ministerwechsel eintritt. Die vielen liberalen Beamten können doch jetzt unmöglich mit Freudigkeit und Hingebung ihre Pflicht thun."

Ich erlaubte mir meine abweichende Ansicht auszuführen, auf deren Inhalt es hier nicht ankommt. Dieses Gespräch erwähne ich nur, weil dessen frische Erinnerung mich einige Tage später zu einem unbesonnenen Schritte gedrängt hat.

VI.

Zuſammengehen mit Oeſterreich. Däniſcher Krieg. November 1863 bis Juli 1864.

Nach dem Ableben des Königs Friedrich VII. von Dänemark (15. November) ſchien mir der Augenblick gekommen, daß den Elb-Herzogtümern endlich zu ihrem Rechte verholfen werden könnte. Nun unternahm aber unſere Regierung gemeinſchaftlich mit Oeſterreich Schritte, welche die Anerkennung des Königs von Dänemark Chriſtians IX. als Erben von Schleswig-Holſtein vorausſetzten. Bismarck war in den folgenden Tagen von diplomatiſchen Geſchäften ſo in Anſpruch genommen, daß ich nicht zum Vortrag gelangen konnte. Da er nun kürzlich betont hatte, wie großen Wert er darauf legte, daß die Ueberzeugung der Verwaltungsbeamten mit der ihres Chefs übereinſtimmte, ſo trieb mich mein Gewiſſen, ſchriftlich vorzutragen, daß ich der Meinung ſei, uns werde eine herrliche Gelegenheit geboten, an die Spitze der gewaltigen Bewegung der Geiſter in Deutſchland dadurch zu treten, daß wir

für das Recht des Herzogs von Augustenburg Krieg führten, um die Herzogtümer vom dänischen Joche zu befreien. Wenn ihm diese Ansicht mißfalle, so sei ich bereit, wieder in die Provinz zurückzukehren und würde dabei keine persönliche Mißempfindung zu überwinden haben.

Diese Gedanken entwickelte ein Schreiben, das ich am Sonnabend dem 28. November in das Arbeitszimmer des Ministers tragen ließ.

Am Abend des folgenden Sonntags wurde mein Gruß von der Hausfrau kaum erwidert; ich unterhielt mich daher nur mit einigen Gästen.

Am Montag früh ließ Bismarck mich rufen. Die anderen Minister waren schon zu einer „vertraulichen Besprechung" mit ihm in dem sogenannten chinesischen Saal versammelt, welcher auf der Straßenseite des Hauses unmittelbar vor seinem Arbeitszimmer lag. Um in dieses einzutreten, mußte ich daher bei den Herren Ministern vorbeigehen.

Er begann mit gedämpfter Stimme, aber in sichtlicher Erregung:

„Sagen Sie 'mal, weshalb haben Sie mir eigentlich diesen Brief geschrieben? Wenn Sie glaubten, auf meine Entschließungen einwirken zu können, so müßte ich sagen, das wäre Ihren Lebensjahren nicht angemessen.

„Es kann ja ganz ehrenvoll sein, für eine gute Sache unterzugehen, aber besser ist es doch, sich so einzurichten, daß man die Möglichkeit hat zu siegen.

„In der polnischen Sache war das ganze Ministerium gegen mich; man beschwor mich, es anders zu machen, um

des Heiles meiner Kinder willen; nachher waren sie alle mit dem Erfolg zufrieden. Jetzt ist die ganze politische Abteilung wieder augustenburgisch; das stört mich nicht. Aber daß Sie, der Sie mich so lange und so gut kennen, denken, ich wäre in diese große Sache hineingegangen wie ein Fähnrich, ohne mir den Weg klar zu machen, den ich vor Gott verantworten kann, das vertrage ich nicht, das hat mir den Schlaf zweier Nächte gestört. Sie zu entlassen, liegt ja gar kein Anlaß vor. Ich habe Ihnen nur zeigen wollen, wie die Kugel sitzt, die Sie mir in die Brust geschossen haben."

Von den letzten Worten erschüttert, sagte ich sogleich:

„Es ist mir nicht in den Sinn gekommen, daß mein Brief Ihnen weh thun könnte. Bitte, geben Sie ihn mir zurück; es thut mir sehr leid, ihn geschrieben zu haben. Ich bitte von ganzem Herzen um Verzeihung."

Er gab mir den Brief mit den Worten:

„Danke. Nun ist alles weggewischt und Sie können sicher sein, daß keine unangenehme Erinnerung bei mir „haken" bleibt. Aber wenn Sie wieder einmal anderer Ansicht sind, so schreiben Sie nicht, sondern reden Sie."

Ich entfernte mich eilig durch die Mitte der Herren Minister und kam nach kurzer Ueberlegung des Gehörten auf eine Lösung des Rätsels der augenblicklichen Politik: Wenn wir allein gegen den Willen der andern vier Großmächte vorgingen, so konnte dieser Weg zum Untergange führen; handelten wir aber gemeinschaftlich mit einer zweiten Großmacht, so würden vermutlich die drei andern Bedenken tragen, thätig einzugreifen. Schon diese Erwägung verbot thätige

Unterstützung der augustenburgischen Ansprüche. Einen andern Beweggrund der Regierungspolitik sollte ich in der Neujahrsnacht erfahren.

Am Abend sagte Frau von Bismarck in Gegenwart anderer Personen:

„Eine reizende Eigenschaft von Otto ist, daß er gar nicht nachträgt. Wenn eine Meinungsverschiedenheit befriedigend ausgeglichen ist, so bleibt kein Schatten von Groll, ja kaum eine Erinnerung an den Streit in ihm zurück."

Drei Tage später erklärte Bismarck im Abgeordnetenhause, nur der von den Großmächten mit Dänemark 1852 in London geschlossene Vertrag gäbe uns ein Recht, im Herzogtum Schleswig mitzusprechen, welches nicht zum deutschen Bunde gehörte; nur durch diesen Vertrag seien wir berechtigt — wie es von uns in Gemeinschaft mit Oesterreich seit Monaten geschehe — zu fordern, daß Dänemark die gegen die Herzogtümer übernommenen Verpflichtungen erfülle. Jetzt werde namentlich die Aufhebung des kürzlich dort erlassenen Gesetzes über die Verfassung des Gesamtstaates nachdrücklich gefordert.

Ich darf hier einschalten, daß dem Londoner Vertrage zwei Reihen von Verhandlungen vorangegangen waren, deren befriedigende Abschlüsse erst Preußens und Oesterreichs Zustimmung zu jenem Vertrage möglich machten.

Nach mehrjährigem, namentlich von österreichischer Seite mit Nachdruck geführten Schriftwechsel übernahm die dänische Regierung durch Note vom 29. Januar 1852 die Verpflichtung, Schleswig nicht zu „inkorporieren".

Der Herzog Christian von Augustenburg aber, dessen Erbansprüche auf Schleswig-Holstein der von Dänemark ge-

wünschten Regelung der Thronfolge hinderlich waren, versprach (am 23. April) für sich und seine Familie, nichts gegen die dereinstige Herrschaft des Prinzen von Glücksburg in den Herzogtümern zu unternehmen.

Angesichts dieser Thatsachen unterzeichneten die Vertreter der Großmächte am 8. Mai 1852 in London ein Protokoll, worin sie, unter Bezeichnung des Prinzips der Integrität Dänemarks als eines europäischen Bedürfnisses, den Prinzen von Glücksburg als dänischen Thronfolger anerkannten. Diese Erklärungen wurden überdies in Verträgen niedergelegt, welche jede der Mächte mit Dänemark abschloß.

Das Ziel der Einverleibung Schleswigs hatten aber seit Jahrzehnten die in Kopenhagen einflußreichsten Politiker, die sog. Eiderdänen[1]), angestrebt; und man ging trotz der Londoner Verträge auf diesem Wege rücksichtslos weiter. Die deutsche Bevölkerung in Schleswig wurde durch schwer erträgliche Maßregeln gequält, und 1858 wurde Schleswig faktisch mit den rein dänischen Landesteilen vereinigt.

Der Uebermut der Eiderdänen steigerte sich nach der Berufung Bismarcks zum Ministerpräsidenten, da man sich erinnerte, wie er als Landtagsabgeordneter im Jahre 1849 die Unterstützung der schleswig-holsteinischen Erhebung durch „königlich preußische Truppen" verurteilt hatte. So eilten sie, auch durch vielfache englische Sympathiekundgebungen getäuscht, ihrem Verhängnisse entgegen.

Nach vorbereitenden Schritten kam es im November 1863 zu gesetzlicher Feststellung einer Gesamtstaatsverfassung, welche

[1]) Die Eider scheidet bekanntlich Schleswig von Holstein.

Schleswig vollständig inkorporierte und Holsteins Rechte ignorierte. Dieselbe sollte am 1. Januar 1864 in Kraft treten.

Gegen diesen flagranten Bruch der übernommenen Verpflichtungen konnte auf zwei Wegen Ausgleichung gesucht werden.

Man konnte den Londoner Vertrag für hinfällig erklären und ohne einen speziellen Rechtstitel gegen Dänemark Krieg wegen Schleswig führen, mit der Gewißheit, dadurch alle Großmächte herauszufordern, welche 1852 Dänemarks Integrität für ein europäisches Bedürfnis erklärt hatten.

Oder man konnte, unter Berufung auf den Vertrag, dessen Erfüllung von dänischer Seite fordern und nötigenfalls durch Krieg erzwingen, was eine natürliche Lösung des Vertrages in Aussicht stellte.

Dieser ohne Verletzung des bestehenden Völkerrechts allein gangbare Weg schien aber unseren Abgeordneten zu lang und zu unsicher. Sogar Sybel charakterisierte diese Politik als eine „selbstmörderische". Das Haus beschloß in einer Adresse an den König zu erklären, die Ehre und das Interesse Deutschlands erfordere die Anerkennung und Unterstützung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein.

* * *

In der Neujahrsnacht kamen zu Bismarcks außer mir nur Verwandte. In dem auf der Straßenseite des Hauses vor dem chinesischen Saale gelegenen Eßzimmer stand der Weihnachtsbaum, eine stattliche Tanne, von der der Weihnachtsschmuck entfernt war. Bismarck nahm einen Hirsch-

fänger, trennte damit nach und nach die Zweige vom Stamme, warf sie einen nach dem andern in den Kamin und freute sich mit der Jugend am Prasseln der Tannennadeln. Währenddessen bereitete die gütige Hausfrau mit eigentümlicher Anmut den Sylvesterpunsch und setzte die Bowle nahe dem Kamin auf einen kleinen Tisch, an welchem neben Bismarck und seinem Schwager (Arnim) auch ich einen Platz erhielt. Der Minister prüfte den Punsch und sagte dann, zu seinem Schwager gewendet, in ruhigem Tone:

„Die ‚up ewig Ungedeelten'[1]) müssen einmal Preußen werden. Das ist das Ziel, nach dem ich steuere; ob ich es erreiche, steht in Gottes Hand. Aber ich könnte nicht verantworten, preußisches Blut vergießen zu lassen, um einen neuen Mittelstaat zu schaffen, der am Bunde mit den andern immer gegen uns stimmen würde."

„Der Erbprinz von Augustenburg, den jetzt die öffentliche Meinung in Deutschland protegiert, hat gar kein Successionsrecht[2]). Die Entsagung des Vaters zu seinen Gunsten

[1]) In einer damals oft angeführten Urkunde vom Jahre 1460 hatte König Christian I. versprochen, die Lande Schleswig und Holstein sollten „up ewig ungedeelt" (auf ewig ungeteilt) bleiben.

[2]) Nach Ansicht vieler Juristen lag die Rechtsfrage keineswegs so einfach. Die Dänen hatten, um den Schein förmlicher Anerkennung des augustenburgischen Rechts zu vermeiden, 1852 vom Herzog Christian nicht einen Verzicht auf sein Thronfolgerecht, sondern nur das Versprechen verlangt, daß er und seine Nachkommen nichts gegen die Succession des Prinzen von Glücksburg unternehmen würden. Als er dieses Versprechen gab, verzichtete er also eigentlich nicht auf sein Recht, sondern nur auf die Ausübung desselben gegen den von den Großmächten einzusetzenden Thronfolger. Seine Söhne aber hatten das Abkommen nicht mitunterschrieben. Sie waren daher, nach Ansicht vieler Kenner des deutschen Privatfürstenrechts, vermöge des ihnen zustehenden unan-

ist ohne rechtliche Wirkung, da der Vater seit 1852 selbst kein Recht mehr hatte. Wegen seiner Parteinahme gegen Dänemark in den Kriegen von 1848—50 dachte man in Kopenhagen daran, seine schleswigschen Güter zu konfiszieren. Erst infolge unserer Vermittelung wurden ihm die Güter für $2^1/_2$ Millionen dänischer Thaler unter der Bedingung abgekauft, daß er für sich und seine Familie allen Successionsansprüchen auf Schleswig-Holstein entsagte. Wie das geschah, weiß niemand genauer als ich, da ich die Verhandlungen mit ihm in Frankfurt zu führen hatte. Das viele Geld wurde bei mir auf der Gesandtschaft deponiert. Nach einigen Wochen hatte ich das ganz vergessen und suchte in einem für gewöhnlich verschlossen gehaltenen Schrank nach einem Aktenstück. Da fand ich zu meiner Ueberraschung die dänischen Millionen wohl verpackt unter alten Akten begraben. Welcher Leichtsinn, dachte ich; aber nach längerem Ueberlegen fand ich doch nichts Klügeres, als sie wieder unter die reponierten Akten zu legen, die ja keine angreif'sche Ware sind. Dort blieb das Geld bis zur Auszahlung.

„Ein besonderes Glück ist, daß man in Wien auch nicht an den Augustenburger glaubt. Graf Rechberg, der mein

---

taftbaren Personalrechts, zu dessen Ausübung befugt, sobald der Vater abdizierte oder starb. So votierten die juristischen Fakultäten mehrerer Universitäten; derselben Meinung waren im Jahre 1865 auch 7 unter den 18 preußischen Kronjuristen, während die Majorität nicht das „feudale" Privatfürstenrecht, sondern das, wesentlich auf den englischen Rechtsanschauungen der letzten Jahrhunderte beruhende, moderne Staats- und Völkerrecht entscheiden ließ. Es war demnach natürlich, daß der Erbprinz Friedrich, auf Grund des deutschen Privatfürstenrechts, und von gelehrten Juristen unterstützt, an sein Thronfolgerecht unerschütterlich glaubte.

Kollege in Frankfurt war, kennt die Sache ganz genau. Er ist auch der Meinung, daß nur der Londoner Vertrag uns berechtigt, die Dänen zur Erfüllung ihrer darin für Schleswig übernommenen Verpflichtungen anzuhalten. Rechberg ist seiner Natur nach konservativ. Die übereilten Anerkennungen des Erbprinzen als Herzog von seiten Koburgs, Badens, des Nationalvereins und aller demokratischen Elemente in Deutschland haben ihn geärgert. Für die Mittelstaaten hat er seit dem gänzlichen Mißlingen des Fürstentag-Projektes nichts übrig. Neuerlich hat er auch die unruhigen Bemühungen des bayrischen Gesandten am Bundestage für den Augustenburger übel vermerkt. Kurz, wir sind bis jetzt ein Herz und eine Seele. Wie lange es später zusammengehen wird, weiß ich nicht, aber der Anfang ist gut; und die Halsstarrigkeit der Dänen wird uns wahrscheinlich schaffen, was wir brauchen, nämlich den Kriegsfall."

Es war dies das erste und letzte Mal, daß ich den Minister im Familienkreise ausführlich über die auswärtige Politik habe sprechen hören. Gewöhnlich suchte er im Salon die Tagesfragen zu vergessen und sich durch Unterhaltung über andre Dinge zu erfrischen. An jenem Sylvesterabende aber schien es ihm Vergnügen zu machen, zweien Zuhörern, deren begeisterter Zustimmung er gewiß sein konnte, das Endziel seiner augenblicklichen Aktion zu enthüllen.

In derselben Woche[1]) fand in Gegenwart des Königs

[1]) In den „Gedanken und Erinnerungen" (Band II Seite 11) wird dieser Ministerrat in die letzten Dezembertage gelegt; ich halte aber die Angaben von Horst Kohl (Wegweiser S. 90; Regesten S. 216), wonach er in den ersten Tagen des Januar stattgefunden hat, für wahrscheinlich. Die Staatsministerial-Protokolle jener Zeit sind noch nicht zugänglich.

und des Kronprinzen eine Sitzung des Staatsministeriums statt, in welcher Bismarck die Annexion der Elbherzogtümer als das wünschenswerte Ziel der einzuleitenden Unternehmungen hinstellte. Irgend eine zustimmende Aeußerung wurde aber nicht laut.

Das Geheimnis dieser amtlichen Erklärung wurde nicht völlig bewahrt. Auf einem Balle im königlichen Schlosse erzählte mir eine gefeierte Dame, ein früherer Minister der auswärtigen Angelegenheiten habe ihr soeben gesagt: „An die Möglichkeit der Annexion von Schleswig-Holstein werden Sie doch nicht glauben! das ist ja barer Unsinn." Baron Schleinitz galt als ein Gegner Bismarcks. Aber auch ein als begeisterter Verehrer bekannter hoher Beamter sagte mir unter vier Augen: „So etwas ist ja in unserer Zeit nicht ausführbar; es bekümmert mich, daß der Ministerpräsident daran denkt."

Vermutlich drang die Kunde von diesem Zukunftsprogramm Bismarcks auch nach Wien und an andere Höfe, nicht aber, so viel ich weiß, in das Abgeordnetenhaus.

Dänemark beantwortete das preußisch-österreichische Ultimatum wegen Aufhebung der Gesamtstaatsverfassung am 2. Januar, wie vorausgesehen war, mit einer entschiedenen Ablehnung. Als es sich nun darum handelte, die Erfüllung der nach der Zusage von 1852 vollberechtigten, seit zwölf Jahren vergeblich gestellten Forderungen militärisch zu erzwingen, war eine spezielle Uebereinkunft mit Oesterreich erforderlich. Graf Rechberg schlug vor, darin zu erwähnen, daß man sich von dem Prinzip der Integrität der dänischen Monarchie nur unter beiderseitigem Einverständnis lossagen würde. Also Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark,

nach Erfüllung der vertragsmäßigen däniſchen Verpflichtungen, ſchwebte ihm vor als der höchſte im Kriege zu erringende Siegespreis.

Bismarck aber lehnte auf Befehl des Königs entſchieden ab, in Bezug auf die zukünftigen Verhältniſſe der Herzogtümer eine andere Verpflichtung zu übernehmen, als die, daß darüber nur in gemeinſamem Einverſtändniſſe Preußens und Oeſterreichs verfügt werden ſollte.

Rechberg gab nach; der erſte Schritt auf einem für Oeſterreich verhängnisvollen Wege. Am 16. Januar wurde das preußiſch-öſterreichiſche Bündnis abgeſchloſſen.

Inzwiſchen waren ſächſiſche und hannövriſche Truppen im Auftrage des deutſchen Bundes am 24. Dezember in Holſtein eingerückt, ohne Widerſtand von däniſcher Seite zu finden. Zwei Kommiſſare des Bundes übernahmen in Kiel die oberſte Civilverwaltung. Unmittelbar nach dem Abzuge der däniſchen Truppen bildeten ſich im Lande zahlreiche Vereine, welche den Erbprinzen von Auguſtenburg als Herzog proklamierten.

Derſelbe ließ ſich bewegen, am Jahresſchluſſe von Koburg nach Kiel zu reiſen. In ſeiner Begleitung befanden ſich die von ihm für Miniſterpoſten in Ausſicht genommenen Männer. Dieſe traten mit den Bundeskommiſſaren in vertrauliche Beziehungen und ihre Ratſchläge fanden gewöhnlich günſtige Aufnahme.

Eine „Landesregierung" wurde für Holſtein gebildet und in ihren ſechs Mitgliedern, wie auch in den ihr untergebenen Behörden, faſt ausſchließlich auguſtenburgiſch geſinnte Beamte angeſtellt. Die beiden Bundeskommiſſare beſchränkten ſich auf eine milde Oberaufſicht.

Diese thatsächliche Befestigung des augustenburgischen Einflusses machte die Bundesverwaltung populär in ganz Mittel- und Süddeutschland.

Der Bund lehnte jedoch den preußisch-österreichischen Antrag ab, die Bundesexekution auf Schleswig auszudehnen. Dadurch kamen Preußen und Oesterreich in die Lage, den Schutz der Deutschen in Schleswig als europäische Großmächte selbständig zu erzwingen.

Als dieser Beschluß der beiden Mächte bekannt wurde, wäre wohl bei unbefangenen Landsleuten freudige Dankbarkeit natürlich gewesen; aber die umgekehrte Wirkung trat ein. Stürme der Entrüstung tobten durch die Bevölkerungen der Mittelstaaten mit solchem Getöse, daß man in Wien geraten fand, die kaiserlichen Truppen nicht durch Bayern oder Sachsen, sondern durch Schlesien nach dem Norden zu dirigieren.

* * *

Auch die große Mehrheit des preußischen Abgeordnetenhauses war von tiefem Mißtrauen gegen die preußisch-österreichische Politik erfüllt und überdies natürlich durch den Verfassungskonflikt erbittert. Im Dezember und im Januar wurden die für den preußischen Anteil an den Kosten der Bundesexekution sowie die für den Krieg gegen Dänemark geforderten Anleihebewilligungen abgelehnt.

Der Berichterstatter der Kommission (Aßmann) sagte (am 21. Januar) u. a., es sei rühmlicher für Preußen, nichts zu thun, als ein Verbrechen zu begehen . . . . . Ohnmacht sei dem Selbstmorde vorzuziehen.

Virchow meinte, Bismarck habe vielleicht, als er das Ministerium übernahm, beabsichtigt, eine von der Kreuzzeitungspartei unabhängige Politik zu machen, dann aber sich von Tag zu Tage mehr jener Richtung genähert. Jetzt sei er „dem Bösen verfallen und werde nicht mehr von ihm loskommen". ..... Die Mittel des Landes dürften „nicht nutzlos vergeudet werden im Interesse der Tyrannei".

Bismarck hielt in den beiden Tagen dieser Verhandlungen vier bedeutsame Reden, von denen ich zwei kurze Bruchstücke hier anführen möchte. Auf einen Angriff des Grafen Schwerin entgegnete er:

„Der Herr Vorredner hat als Motiv unserer Handlungsweise die Furcht vor der Demokratie und Furcht vor dem Auslande der Regierung untergeschoben. Ich glaube, der Herr Redner kennt mich lange genug, um zu wissen, daß ich Furcht vor der Demokratie nicht kenne. Hätte ich diese, so stände ich nicht an diesem Platze oder würde das Spiel verloren geben ..... Ich fürchte diesen Gegner nicht, ich hoffe sicher ihn zu besiegen; ich glaube, das Gefühl, daß es so kommen werde, ist Ihnen nicht mehr ganz fern.

Was dagegen die Furcht vor dem Auslande betrifft, so bestreite ich die Richtigkeit des Ausdrucks. Man kann Vorsicht Furcht, man kann Mut Leichtfertigkeit nennen. Der Mut nimmt meines Erachtens diesen Charakter an, wenn man einer Regierung, die für das Schicksal eines großen Landes verantwortlich ist, zumutet, wie mir das in der Kommission von seiten des Herren Referenten geschehen ist, auch gegen die erdrückendste Uebermacht, die sich von Hause aus herausstellt, Preußen zu den Waffen greifen zu lassen. Meine

Herren! Das kann eine Regierung nicht; das kann der Einzelne, der entſchloſſen iſt, ſeine Perſon daran zu ſetzen. Eine Regierung hat nicht das Recht, das Land, deſſen Schickſal ihr anvertraut iſt, gegen eine von Hauſe aus erdrückende Uebermacht ohne Not ins Feld zu führen."

In Bezug auf den Kommiſſionsbericht bemerkte er u. a. folgendes:

„Das Hauptmotiv, weshalb Sie ablehnen werden, iſt der Mangel an Vertrauen zu dem jetzigen Miniſterium; darin konzentriert ſich alles, das iſt der Brennpunkt Ihrer ganzen Argumentation. Ich habe mich deshalb gefragt: Was müßten wir — was müßte ein preußiſches Miniſterium thun, um Ihr Vertrauen zu erwerben? . . . . . Es müßte ſich von der Verfaſſung losſagen, indem es die Hand dazu böte, die Alleinherrſchaft dieſes Hauſes in Preußen herzuſtellen, indem es die Hand dazu böte, der Fortdauer der Auflehnung der Krone gegen die Herrſchaft dieſes Hauſes den Boden zu entziehen durch Verweigerung ſeiner Kontraſignatur."

„Sie haben ſich in dem vorliegenden Bericht, meine Herren, mit einer Deutlichkeit darüber ausgeſprochen, daß ich glaube, Sie werden heute nicht mehr in der Lage ſein, einer Aeußerung gegenüber, die ich etwa vor einem Jahre an dieſer Stelle gethan habe, nämlich, daß es ſich hier um einen Kampf handelt über die Herrſchaft in Preußen zwiſchen dem Hauſe der Hohenzollern und dem Hauſe der Abgeordneten, — eine Aeußerung, die damals mit einem Rufe des Staunens, der mißbilligenden Kritik, empfangen wurde — ich glaube, Sie werden heute dieſe Mißbilligung nicht mehr ausſprechen können, ſondern ſich offen zu Ihren Thaten bekennen."

„Ich gehe, um meine Behauptungen zu belegen, einige Stellen Ihres Berichtes durch, da ich wohl annehmen darf, daß Sie mit der Annahme des Antrages auch den Bericht Ihrer Kommission sich aneignen werden."

„Nach der Verfassung steht Seiner Majestät dem Könige das Recht über Krieg und Frieden zu, steht Seiner Majestät dem Könige das Recht zu, seine Minister zu wählen, sowie die ganze Exekutivgewalt zu. Wie fassen Sie diese Bestimmungen nun auf? Sie sagen auf Seite 5, es liege Ihnen die Besorgnis nahe, daß die Richtung der Regierung den in der Resolution vom 2. Dezember ausgesprochenen Intentionen des Abgeordnetenhauses zuwiderlaufen könne. Das darf also nach Ihrer Meinung nicht sein, das darf sich die Krone nicht erlauben, daß sie eigene Intentionen hat in Bezug auf auswärtige Politik, die den Ihrigen zuwiderlaufen."

„Seite 6 verlangen Sie, daß die Regierung des Königs nicht bloß den Willen habe, das Recht und die Ehre des Landes zu schützen, sondern auch die Maßregeln, welche im gegebenen Falle zur Lösung dieser Aufgabe erforderlich sind, der Erwägung des Abgeordnetenhauses entsprechend auswähle. Hier trifft also der Eingriff in die Exekutive nicht nur ihre Gesamtrichtung, sondern auch die Details in den einzelnen Maßregeln. Sie setzen sich ein, meine Herren, als den diplomatischen Hofkriegsrat, von dessen Zustimmung die Aktion der Krone abhängt, dessen Genehmigung die Regierung selbst für die einzelnen Maßregeln in jedem gegebenen Falle notwendig bedarf, wenn sie handeln will."

„Seite 7 machen Sie das Recht der Krone über Krieg und Frieden in dürren Worten von Ihrem Votum abhängig;

die Argumentation, wie Sie dazu kommen, kann jeder selbst nachlesen."

„Seite 8 sprechen Sie den Entschluß aus, die Regierung zur Aktion zu veranlassen. Das überschreitet an sich Ihren verfassungsmäßigen Beruf. Aber Sie fügen ausdrücklich hinzu: zu einer Aktion nicht nach dem Ermessen der Exekutivgewalt, sondern zu einer von Ihnen bestimmten Aktion, deren Ziele klar von Ihnen vorgeschrieben werden. Nun, wenn es irgend einen Anspruch giebt, der Krone die ihr verfassungsmäßig zustehenden Rechte der Exekutive aus den Händen zu winden, so ist er in diesen Worten so klar ausgesprochen, wie es irgend sein kann." . . . . . .

. . . . . „Sie fordern auf Seite 15, daß der König auf Ihr Geheiß einen Eroberungskrieg führe, um Schleswig für den Herzog von Augustenburg zu gewinnen. Mit einem Worte, meine Herren, wenn man Ihr Vertrauen erwerben soll, so muß man sich Ihnen in einer Weise hingeben, wie es für die Minister des Königs von Preußen nicht möglich ist. Wir würden dann nicht Königliche Minister, wir würden Parlamentsminister, wir würden Ihre Minister sein, und dazu, das hoffe ich zu Gott, werden wir nicht kommen."

. . . . „Meine Herren! Sie widersprechen durch Ihr Verhalten nicht nur der Verfassung, sondern auch den Traditionen und der Geschichte, Sie widersprechen dem Volksgeist Preußens. Der Volksgeist Preußens ist durch und durch monarchisch, Gott sei Dank! und dabei wird es auch trotz Ihrer Aufklärung, die ich Verwirrung der Begriffe nenne, bleiben. Sie widersprechen den ruhmvollen Traditionen unserer Vergangenheit, indem Sie die Stellung, die Großmachtsstellung

Preußens, welche durch ſchwere Opfer an Gut und Blut des Volkes erkämpft wurde, desavouieren und damit der glorreichen Vergangenheit des Landes, indem Sie in einer Machtfrage zwiſchen der Demokratie und den kleinen Staaten auf der einen und dem preußiſchen Thron auf der andern Seite, für die erſtgenannte Seite Partei nehmen. Indem Sie auf dieſe Weiſe dahin ſtreben, Preußen unter eine Bundesmajorität zu mediatiſieren, thun Sie, was Sie uns toto die vorwerfen. Sie ſetzen den Parteiſtandpunkt über die Intereſſen des Landes; Sie ſagen: ‚Preußen mag beſtehen, wie wir es wollen, oder, wenn nicht, ſo mag es zu Grunde gehen.‘ Sie fühlen — und gerade dieſe Reſolution [1]) beweiſt es mir mehr als jedes andere — Sie fühlen und denken nicht, wie das preußiſche Volk.“ . . . .

. . . „Meine Herren! Fühlte das preußiſche Volk, wie Sie, ſo müßte man einfach ſagen, der preußiſche Staat habe ſich überlebt und die Zeit ſei gekommen, wo er anderen

---

[1]) Die von dem Abgeordneten Schulze-Delitzſch beantragte Reſolution lautete:

„In Erwägung, daß Preußen gemeinſam mit Oeſterreich dem Bunde erklärt, es werde ſich dem Bundesbeſchluſſe vom 14. d. M. widerſetzen, die Schleswig-Holſteinſche Sache in die eigene Hand nehmen und die Beſetzung Schleswigs als europäiſche Großmacht ausführen; in Erwägung, daß Preußen damit von Deutſchland abfällt und ſeine Großmachtſtellung mißbraucht; in Erwägung, daß dieſe preußiſch-öſterreichiſche Politik kein anderes Ergebnis haben kann, als die Herzogtümer abermals Dänemark zu überliefern; in Erwägung, daß die angedrohte Vergewaltigung den wohlberechtigten Widerſtand der übrigen deutſchen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutſchland herausfordert, — erklärt das Haus der Abgeordneten, daß es mit allen ihm zu Gebote ſtehenden geſetzlichen Mitteln dieſer Politik entgegentreten werde.“

historischen Gebilden Platz zu machen habe. So weit sind wir aber noch nicht. Ich erinnere Sie an eine Anekdote, die in früheren Zeiten, bei der Grundsteuerverhandlung, in diesen Räumen häufig citiert wurde. Es ist das Schreiben König Friedrich Wilhelms I. an ein Mitglied der ostpreußischen Stände bei Einführung der Grundsteuer. Er sagt darin, wenn ich mich der Worte richtig erinnere:

„Was ich ruiniere, das ist das nie pozwalam[1]) der Junker; Ich etabliere die souveraineté comme un rocher de bronze."

Meine Herren! Der rocher de bronze steht noch heute fest; er bildet das Fundament der preußischen Geschichte, des preußischen Ruhms, der preußischen Großmacht und des verfassungsmäßigen Königtums. Diesen ehernen Felsen werden Sie nicht zu erschüttern vermögen durch Ihren Nationalverein, durch Ihre Resolution und durch Ihr liberum Veto!"

Die Ablehnung der Anleihe wurde mit 275 gegen 51 Stimmen beschlossen, die Resolution Schulze aber angenommen.

Das vom Kriegsminister vorgelegte Wehrdienstgesetz zogen die Abgeordneten gar nicht in Beratung und strichen, ebenso wie das frühere Haus im Jahre 1862, die durch die Heeresreform verursachten Kosten im Etat.

Infolgedessen wurde das Etatsgesetz vom Herrenhause wieder verworfen und der Landtag am 25. Januar geschlossen.

* * *

[1]) nie pozwalam (das erlaube ich nicht) waren die Worte, durch die jedes Mitglied des polnischen Reichstages einen Beschluß desselben entkräften konnte.

Einen Aufschub der Feindseligkeiten zu erreichen, bemühten sich die Westmächte vergeblich. Kaiser Napoleon verhielt sich ablehnend gegenüber wiederholten Anträgen Englands auf gemeinschaftliche materielle Unterstützung Dänemarks. Infolgedessen ging auch England über die Linie moralischen Beistandes nicht hinaus.

Am 1. Februar überschritten die verbündeten Truppen die Eider. Nach mehreren Gefechten mit den tapferen, aber an Zahl schwächeren und militärisch weniger durchgebildeten Feinden, Gefechten, bei denen die österreichischen Truppen sich vorzüglich zu bewähren Gelegenheit hatten, kam man bis an die Grenze Jütlands. Hier aber wurde durch den König Halt geboten, weil man in Oesterreich besorgte, durch Ueberschreiten der schleswigschen Grenze die Westmächte zu thätigem Eingreifen zu reizen. General Edwin Manteuffel ging, von Bismarck mit ausführlichen Instruktionen versehen, in königlicher Spezialmission nach Wien. In mehrtägigen Verhandlungen gelang es ihm, die obwaltenden Bedenken abzuschwächen. Er vermochte der Ansicht Geltung zu verschaffen, daß es zu schneller Beendigung des Krieges unerläßlich sei, dem Feinde die aus dem weiten jütländischen Gebiete fließenden Hilfsquellen zu verschließen.

Demnach wurde im März, trotz tapferster Gegenwehr der Dänen, der größte Teil Jütlands besetzt, im April aber die an der Ostküste Schleswigs belegene stark befestigte Stellung von Düppel nach mehrwöchentlicher Belagerung erstürmt.

* * *

Der König fuhr am 21. April nach Flensburg, um die siegreichen Truppen zu begrüßen. Bismarck folgte ihm wegen eines eiligen Vortrages am 22. und nahm mich mit.

Heller Sonnenschein lag auf der bräunlichen Heide, über welche der Zug von Schleswig nach Flensburg fuhr. Bismarck ließ während der ganzen Fahrt die Cigarre nicht ausgehen und sprach im ganzen wenig. Einmal aber sagte er halblaut:

„Es ist nicht leicht zu begreifen, weshalb eigentlich die Oesterreicher mit uns hierhergekommen sind, wo sie doch nicht bleiben können. Diplomatisch waren sie allerdings seit Jahren gegen Dänemark engagiert; sie haben es mehrere Male nachdrücklich aufgefordert, den Londoner Vertrag zu erfüllen. Aber das militärische Zwangsverfahren hätten sie uns allein überlassen können. Vielleicht ist es dem Kaiser ganz erwünscht gewesen, einem Teil seiner Truppen eine gute Gelegenheit zu geben, sich in einem Winterfeldzug als kriegstüchtig zu bewähren. Vielleicht hat der hohe Herr auch Vertrauen zu unsrer konservativen Politik; ich kann mir nicht denken, daß das parlamentarische Getreibe der Mittelstaaten ihm sympathisch ist. Das Hauptmotiv aber des österreichischen Mitgehens wird wohl die Besorgnis gewesen sein, daß wir in Deutschland zu mächtig werden würden, wenn wir allein die dänische Sache zum Austrage brächten. Unsere Stellung den Mächten gegenüber wäre freilich schwierig geworden, wenn wir allein die Campagne übernahmen. Zur Vermeidung von Interventionsversuchen war es von großem Wert, daß österreichische Truppen mit den unsern marschierten. Aber es war schwer zu erreichen, daß sie nach Jütland hineingehen durften — Edwin

hat sich da mit Ruhm bedeckt — und solche Schwierigkeiten können bei jedem weiteren Schritte wiederkommen. Bis jetzt haben wir unsere Bundesgenossen wie an einem dünnen Faden mit uns gezogen; aber der Faden kann auch einmal reißen."

In Flensburg wurde übernachtet bei einem liebenswürdigen Rechtsanwalt Namens Schulz, der dem Minister sehr gut gefiel.

Am andern Morgen besuchten wir die Schanzen auf der Höhe von Düppel, deren Böschungen im Süden nach einer breiten Meeresbucht, im Osten nach dem Alsensund sanft abfallen. Bekannte Offiziere berichteten über die in drei Stunden vollbrachte Erstürmung aller Festungswerke.

Zwei Thaten Einzelner schienen dem Minister besonders denkwürdig.

Der Pionier Klincke hatte, um in dem Palissadenwalle eine Oeffnung zu schaffen, durch Anzünden eines Pulversackes sich selbst mit einigen Palissaden in die Luft gesprengt.

Hauptmann Stöphasius vom Magdeburgischen Artillerieregiment war so schnell in eine große Mine eingedrungen, daß er dem dänischen Feuerwerker, der gerade das Pulver entzünden wollte, die Lunte entreißen konnte.

Alle Eindrücke, die Bismarck bei Flensburg aus militärischen Kreisen erhielt, erfrischten ihn und bestärkten seinen Glauben, daß die seit 1860 in der Armee eingeführten Verbesserungen schon in diesen wenigen Jahren die Leistungsfähigkeit der organisierten Truppenkörper, wie des einzelnen Mannes, bedeutend erhöht hätten.

Im Gefolge des Königs kehrten wir am Abend des 23. zurück.

* * *

In Berlin war nach dem ersten Kanonenschuß ein Umschwung der Stimmung eingetreten. Man nahm lebhaften Anteil an den Leistungen unserer und der österreichischen Regimenter, die in Schnee und Eis biwakierten, als wären sie das immer gewöhnt gewesen, und die, bei berechtigtem Selbstgefühl, auch den Freunden ihre glänzenden Erfolge neidlos gönnten. Die Nachrichten von Düppel zumal riefen in der ganzen Stadt freudige Erregung hervor.

Als Abendgäste im Bismarckschen Hause erschienen nach der Jahreswende auch öfters einige der Legationssekretäre, die, aus dem Auslande zurückgekehrt, eine Zeit lang im Ministerium beschäftigt werden sollten. Es waren dies: Graf Wesdehlen, Graf Limburg-Stirum, Herr von Holstein und Graf Heinrich Keyserling. Der Charakter des eigentümlich anmutenden Salons blieb jedoch immer derselbe; es schien als sei man in einem großen Landhause versammelt.

* * *

Bald nach der Einnahme von Düppel wurde eine nach London zu Friedensvermittlungsversuchen einberufene Konferenz eröffnet. Vertreten waren dort die Großmächte, der Deutsche Bund, Dänemark und Schweden. Ein Waffenstillstand wurde vereinbart, welcher vom 12. Mai bis zum 26. Juni gedauert hat.

Preußen und Oesterreich erklärten, die einzige sichere Grundlage eines dauerhaften Friedens würde in politischer Trennung der Herzogtümer von Dänemark zu finden sein. Die dänischen Bevollmächtigten aber verwarfen sofort diese Lösung auch für den Fall, daß dem König Christian IX. die Landeshoheit in den Herzogtümern zugedacht wäre.

Durch diese Erklärung wurde das Ziel der österreichischen Aktion, nämlich die Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark (durch den Träger der dänischen Krone), endgültig beseitigt. Man forderte daher die deutschen Mächte zu anderen Vorschlägen auf.

Bismarck stellte nun in einer merkwürdigen, nach Wien gerichteten Depesche drei andere Lösungen zur Wahl, obwohl er natürlich voraussah, daß jede derselben von Dänemark ebenfalls abgelehnt werden würde, nämlich: Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg, oder des Großherzogs von Oldenburg, welcher ebenfalls Erbansprüche angemeldet hatte, als Herzog, oder preußische Annexion der Herzogtümer.

Für diese letztere Lösung waren in jüngster Zeit, sowohl in Preußen als in der Ritterschaft der Herzogtümer, gewichtige Stimmen öffentlich eingetreten; doch erklärte Bismarck sich weit davon entfernt, durch Bestrebungen in dieser Richtung europäische Verwickelungen hervorrufen oder das Einverständnis mit Oesterreich gefährden zu wollen.

Rechberg gab sofort seine Zustimmung zu dem ersten dieser Vorschläge zu erkennen, und so wurde denn merkwürdigerweise am 28. Mai in London als die am leichtesten ausführbare Lösung die Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein bezeichnet. Aber nicht nur Dänemark, sondern auch Rußland und die Westmächte lehnten diesen Vorschlag mit aller Entschiedenheit ab. In einer späteren Sitzung teilte der russische Bevollmächtigte mit, daß der Kaiser Alexander die Erbansprüche des Hauses Gottorp auf Teile von Schleswig-Holstein an den Großherzog von Oldenburg abgetreten habe.

Es wurden nun auf der Konferenz noch verschiedene Anträge von englischer, französischer und preußischer Seite gestellt: wegen einer Teilung Schleswigs in deutsche und dänische Distrikte, wegen bezüglicher Befragung der Bevölkerungen, wegen Vermittelung einer unparteiischen Macht in Bezug auf die Grenzlinie und wegen Verlängerung des Waffenstillstandes. Alle diese, von deutscher Seite angenommenen, Vorschläge wurden jedoch von Dänemark abgelehnt, welches immer noch auf materielle Unterstützung durch England hoffte.

Die Konferenz blieb daher resultatlos und wurde am 25. Juni geschlossen.

Eine nach wenigen Tagen folgende Besprechung des Krieges im englischen Parlament vernichtete die Hoffnung der Dänen auf fremden Beistand.

* * *

Bald nach Oesterreichs Erklärung zu Gunsten des Erbprinzen von Augustenburg hatte Bismarck sich mit demselben in Verbindung gesetzt, um zu erfahren, wie weit er geneigt sein würde, durch Konzessionen in Bezug auf Land- und Seewehr den preußischen und den allgemeinen deutschen Interessen entgegen zu kommen. Es schien natürlich, daß ein selbständiger Herzog von Schleswig-Holstein Angriffen von Norden her in jeder europäischen Krise ausgesetzt sein, und daß deren Abwehr vornehmlich Preußen zur Last fallen würde. Bismarck war daher entschlossen, die Einsetzung eines Landesherren in den Herzogtümern nur unter der Bedingung zu gestatten, daß derselbe Bürgschaften gäbe für genügende Ausbildung der

Wehrkräfte des Landes und Stellung derselben unter preußischen Oberbefehl.

Die entgegengesetzte Auffassung war in den österreichischen Landen verbreitet. Die Bevölkerung war dort bundesfreundlich und augustenburgisch gesinnt, der Krieg an Preußens Seite immer sehr unpopulär gewesen. Als nun im Mai der Erbprinz von Preußen selbst vorgeschlagen wurde, brachten alsbald Wiener Blätter diese frohe Kunde, mit dem Hinzufügen jedoch, daß der Herzog, um als Bundesfürst anerkannt zu werden, keinerlei Hoheitsrechte an eine andere Macht abtreten dürfe.

Solche Preßstimmen waren nach Berlin gedrungen, aber keine Kunde von einer Thatsache, die erst durch die Denkwürdigkeiten des Herzogs Ernst von Koburg[1]) bekannt geworden ist. Graf Rechberg selbst nämlich hat dem augustenburgischen Agenten in Wien, Herrn von Wydenbruck, heimlich mitgeteilt, Oesterreich wolle für die Einsetzung des Erbprinzen als Herzog eintreten, wenn derselbe nicht etwa Konzessionen, die mit der Stellung eines selbständigen Bundesfürsten unverträglich wären, einem anderen Bundesstaate einräumen würde.

So eindringlich gewarnt, kam der Erbprinz nach Berlin. Es war natürlich, daß er in seiner dreistündigen Unterredung mit Bismarck (am 1. Juni) sich sehr zurückhaltend zeigte, um die Unterstützung Oesterreichs und des Bundes nicht zu verlieren.

---

[1]) Ernst II., Herzog von Koburg-Gotha, Aus meinem Leben und aus meiner Zeit (Berlin, Herz 1889). Bd. III, S. 444.

Die Folge dieſes Geſpräches war, daß Bismarck die Einſetzung des Prinzen dem preußiſchen wie dem allgemein deutſchen Intereſſe nachteilig erachtete und demgemäß handelte[1]).

Graf Rechberg hatte bei ſeiner geheimen Eröffnung an den Auguſtenburger Agenten anſcheinend nur das formale Bundesrecht vor Augen, ohne daran zu denken, daß die Folgen dieſer Inſtruktion für die Förderung der preußiſchen Annexion und die Sprengung des Bundes wirkſam werden konnten.

Bald nach dieſer Unterredung beauftragte Bismarck unſere Vertreter in London und Paris, die Kandidatur Auguſtenburg in keiner Weiſe weiter zu fördern, nach Petersburg und Wien aber teilte er mit, daß infolge der Ablehnung des bezüglichen Vorſchlags von ſeiten aller Neutralen ſowie der Abtretung der Gottorpſchen Erbanſprüche an den Großherzog von Oldenburg, dieſer Prätendent nunmehr in den Vordergrund trete. Auf die Vorleſung dieſer Depeſche durch den Geſandten erwiderte Rechberg nur mündlich, wir würden unſere Poſition den Neutralen gegenüber wohl nicht verbeſſern, wenn wir ſo ſchnell unſere Stellung wechſelten.

---

[1]) In ſeinem von mir aufrichtig bewunderten Werke über den „Kampf um die Vorherrſchaft in Deutſchland" ſagt Friedjung (I, S. 95) Bismarck habe durch ſofortige Publikation ſeiner Aufzeichnungen über den Inhalt jener Unterredung in Preußen gegen den Erbprinzen Stimmung machen wollen. Dieſe Behauptung iſt unhaltbar. Denn die fragliche Publikation im Reichsanzeiger erfolgte (wie auf Seite 96 von Friedjung ſelbſt richtig angegeben iſt) am 2. Juli 1865, alſo Jahr und Tag ſpäter, und wurde veranlaßt durch das natürliche Bedürfnis der Abwehr gegen die von einem Holſteiniſchen Blatte auf Grund unvollſtändiger Mitteilungen über jene Unterredung gegen Bismarck gerichteten Angriffe.

Am 18. Juni reiste der König nach Karlsbad; abends folgte Bismarck, begleitet von mir und zwei Beamten des Chiffrierbureaus, die sich in einen anderen Wagen des Eisenbahnzuges setzten.

In der Abenddämmerung sagte der Minister:

„Meine Kindheit hat man mir in der Plamannschen Anstalt verdorben, die mir wie ein Zuchthaus vorkam. Infolgedessen werden meine Jungen natürlich verzogen; vielleicht aber werden Herberts Kinder wieder sehr streng gehalten werden. Ich weiß von mehreren Familien, in denen die Erziehungsweise gewechselt hat; auf eine verprügelte Generation folgte eine verzogene und dann wieder eine verprügelte. Es ist ja natürlich, daß Eltern wünschen, den Kindern das zu gewähren, was bei ihrer eigenen Erziehung gefehlt hat.

„Ich war vom 6. bis zum 12. Jahre in der Plamannschen Erziehungsanstalt, welche damals für eine mustergültige Verwirklichung Pestalozzischer Prinzipien gehalten wurde. Bis zum 6. Jahre war ich in Kniephof fast immer in freier Luft oder in den Ställen gewesen. Ein alter Kuhhirt warnte mich einmal, nicht so zutraulich bei den Kühen herumzukriechen. Die Kuh, sagte er, kann dir mit dem Hufe ins Auge treten. Die Kuh merkt nichts davon und frißt ruhig weiter, aber dein Auge ist dann futsch. Daran habe ich später mehrmals gedacht, wenn auch Menschen, ohne es zu ahnen, anderen Schaden zufügten.

„Die Plamannsche Anstalt lag so, daß man auf einer Seite ins freie Feld hinaussehen konnte. Am Südwestende der Wilhelmstraße hörte damals die Stadt auf. Wenn ich aus dem Fenster ein Gespann Ochsen die Ackerfurche ziehen

ſah, mußte ich immer weinen vor Sehnſucht nach Kniephof. In der ganzen Anſtalt herrſchte rückſichtsloſe Strenge. Einmal war im Nachbarhauſe jemand geſtorben. Ich hatte noch nie einen Toten geſehen und kletterte durch ein Fenſter, um die Leiche genau zu betrachten. Dafür wurde ich hart beſtraft. Mit der Turnerei und Jahnſchen Reminiscenzen trieb man ein geſpreiztes Weſen, das mich anwiderte. Kurz, meine Erinnerungen an dieſe Zeit ſind ſehr unerfreulich. Erſt ſpäter, als ich aufs Gymnaſium und in eine Privatpenſion kam, fand ich meine Lage erträglich."

In Leipzig wurde übernachtet.

Am andern Morgen im Eiſenbahnwagen rauchend, ſagte der Miniſter:

„In den nächſten Tagen wird viel zu reden ſein. Der Kaiſer Franz Joſeph kommt nach Karlsbad und Rechberg will mich vorher ſprechen. England hat vorgeſchlagen, daß wir eine neutrale Macht erſuchen ſollen, als Schiedsrichter eine Linie zu beſtimmen, um in Schleswig die Deutſchen von den Dänen zu trennen. Der König ſieht aber zu einem Schiedsgericht keinen Anlaß und würde nur eine freundſchaftliche Vermittelung annehmen. Rechberg beſorgt nun, England würde deshalb in den Krieg eintreten; aber da Louis nicht mitmachen will, iſt das ſehr unwahrſcheinlich. Uebrigens werden die Dänen vermutlich in Bezug auf die Grenzlinie auch die bloße Vermittelung einer anderen Macht ablehnen. Der Fortgang des Krieges nach Ablauf des Waffenſtillſtandes iſt vorauszuſehen, und wir müſſen auf die Inſeln, um raſch zu Ende zu kommen. Aber das wollen unſere Freunde nicht, um nicht den engliſchen Löwen zu reizen, der doch gar nicht blutgierig iſt."

Bald darauf hielt der Zug in Zwickau. „Da steht Rechberg", sagte der Minister.

Eine mittelgroße, schlanke Gestalt, ein feiner Kopf, lebhafte graue Augen unter einer Brille, um die Lippen ein Zug von Gutmütigkeit. Ich stieg in einen anderen Abteil, um die Minister allein zu lassen.

Bei der Station Schwarzenberg endete die Eisenbahn und standen Postwagen bereit.

Ich fuhr zusammen mit einem Wiener vortragenden Rat, welcher das nahe bevorstehende Glück der eichenbekränzt heimkehrenden Krieger und ihrer Familien lebhaft ausmalte.

Abends hielt der Wagen in Karlsbad vor dem Gasthof „Zum Blauen Schiff", wo passende Bureauräume gemietet waren. Bismarck wohnte aber im Nebenhause, was den amtlichen Verkehr erschwerte. Er zog daher nach Abreise der österreichischen Gäste mit allen Beamten in die „Drei Lerchen".

Am 21. Juni kam Abeken an, der begabteste Rat unseres Ministeriums.

Nach langen Verhandlungen kamen die beiden Minister zu einem Einverständnis erst dann, als Bismarck angedeutet hatte, daß der König keinesfalls auf halbem Wege stehen bleiben, sondern nötigenfalls den Krieg allein zu Ende führen würde. Rechberg gab nach, daß die zu Schleswig gehörige Insel Alsen erobert und Jütland bis zur Nordspitze besetzt werden könne. Einen Angriff auf Fünen wollte er nicht genehmigen. Doch wurden auf Bismarcks Veranlassung auch zu diesem Angriff alle militärischen Vorbereitungen für den Fall getroffen, daß die Eroberung von Alsen nicht genügen sollte, um den Krieg zu beendigen.

Die Zusammenkunft der Monarchen gab dem Bündnisse erneute Festigkeit.

Bald nach dem Ablaufe des Waffenstillstandes gelang die Eroberung der Insel Alsen. Dieses Ereignis brach die dänische Widerstandskraft; man fühlte sich auch auf den Inseln nicht mehr sicher. Der Wunsch nach Waffenstillstand und Frieden wurde von dänischer Seite ausgesprochen und veranlaßte Verhandlungen, welche uns demnächst nach Wien führen sollten.

Für Bismarck waren die Karlsbader Wochen zwar arbeitsvoll, aber, mit seiner Berliner Existenz verglichen, doch eine Erholungszeit. Täglich machte er weite Spaziergänge in den ausgedehnten städtischen Waldungen; abends fand er mitunter die Zeit, im Gasthof „Zur Stadt Hannover", wo sich mehrere Herren des königlichen Gefolges zu versammeln pflegten, ein Glas Pilsener Bier zu nehmen. Die tägliche Geschäftslast war allerdings groß; Telegramme gingen ohne Unterlaß ein und aus, und mehrmals in der Woche brachten Feldjäger wohlgefüllte Mappen mit Schriftstücken des Auswärtigen Amtes und des Staatsministeriums; die unmittelbare Nähe des Bureaus aber, welches neben dem Wohnzimmer des Ministers lag, und der in jedem Augenblicke bequeme Verkehr mit nur zwei Räten, welche von morgens 8 bis abends 8 Uhr (mit Ausschluß der Mittagsstunde) am Arbeitstische saßen, erleichterte schnelle Erledigung aller Eingänge.

Abeken war mir an Arbeitsfähigkeit und Kenntnissen weit überlegen, aber der denkbar liebenswürdigste Kamerad. Ihm war die ganze diplomatische Korrespondenz zugewiesen, ich hatte die nicht politischen auswärtigen sowie alle inländischen Angelegenheiten, einschließlich der Verwaltung von

Schleswig, zu erledigen, wo seit unserer Besetzung des Landes der Regierungspräsident Freiherr von Zedlitz-Neukirch die Civilbehörden beaufsichtigte. Jeder las die ganze Korrespondenz des anderen. Vor und nach der Arbeitszeit pflegten wir Waldspaziergänge zu machen.

Einen besonderen Reiz erhielt Karlsbad im Sommer 1864 durch die Anwesenheit der Frau Großfürstin Helene von Rußland. Die hohe Frau veranstaltete mitunter kleine Abendunterhaltungen für den König, bei denen Bismarck erschien und ich für Musik sorgen durfte. Auch mit Einladungen zu anderen Abenden wurden Abeken und ich öfters beehrt.

Am 19. Juli, dem Tage vor der Abreise Seiner Majestät nach Gastein, waren wir alle zur königlichen Tafel befohlen. Unmittelbar nach Aufhebung derselben kam aus Rendsburg ein Telegramm, welches so laut verlesen wurde, daß alle Anwesenden es hören konnten. Unsere dortigen Hospitale, hieß es, seien bedroht infolge einer Schlägerei zwischen preußischen und den unter hannöverschem Oberbefehl stehenden Bundestruppen. Einige Gesichter verfärbten sich, Bismarck lächelte. Er folgte dem König in ein Nebenzimmer. Ich ging sofort nach dem Bureau, um für eine vermutlich erforderliche telegraphische Antwort zur Hand zu sein. Bald darauf kam der Minister aus seinem Wohnzimmer an meinen Arbeitstisch und fragte leichthin:

„Was würden Sie jetzt thun?"

„Rendsburg mit überlegener Macht besetzen."

„Ist schon angeordnet," erwiderte er und ließ mich allein.

[1]) Der Sohn desselben ist seit vielen Jahren Führer der Freikonservativen im Abgeordnetenhause.

Am 21. fuhr er mit Abeken und mir im offenen Wagen bei hellem Sonnenſchein durch das anmutige Böhmerland nach Prag. Keine Silbe von Politik.

Am 22. fanden wir auf der Eiſenbahnfahrt nach Wien in Prager Zeitungen die Mitteilung, Rendsburg wäre plötzlich von 6000 Preußen beſetzt worden und die Bundestruppen hätten ſich von dort zurückgezogen. In der Wiener Tagespreſſe veranlaßte dieſes Ereignis heftige Ausfälle gegen den preußiſchen Uebermut; nur ein wenig bekanntes Blatt verteidigte die Maßregel. Bei Beſprechung der Sache mit Graf Rechberg betonte Bismarck, daß es ſchon im Privatverkehr, noch mehr aber im internationalen, ratſam ſei, Ungebührliches nicht ſtillſchweigend hinzunehmen.

Er wohnte bei Baron Werther, unſerm Geſandten, und wir im Gaſthof.

In dieſen Wiener Tagen (23. Juli bis 1. Auguſt) war die Arbeitslaſt für Abeken und mich nicht ſchwer, da wir den Verhandlungen der Miniſter mit den däniſchen Bevollmächtigten nicht beizuwohnen hatten, und deren Ergebniſſe ſich ziemlich einfach geſtalteten. Der König von Dänemark trat ſeine Landeshoheit in den Herzogtümern Schleswig-Holſtein und Lauenburg an die verbündeten Monarchen ab.

Von verſchiedenen Seiten wurde uns erzählt, wie Bismarcks perſönliches Eingreifen in die Verhandlungen die Gegner zu bedingungsloſer Nachgiebigkeit bewogen hatte.

An der kaiſerlichen Tafel in Schönbrunn wurden Abeken und ich zwiſchen hohen Würdenträgern placiert; einer meiner Nachbarn war General Graf Clam-Gallas.

Ein kleines Diner auf dem Landhause des Grafen Rechberg in Kettenhof bei Schwechat verlief sehr behaglich.

In amtlichen Kreisen schien das Ergebnis des Präliminarfriedens volle Befriedigung hervorzurufen; die Herzogtümer waren vom dänischen Drucke für immer befreit. In unabhängigen Wiener Kreisen aber trat, wie ich von einem befreundeten Landsmann erfuhr, die Freude über die Erwerbung Schleswig-Holsteins weit zurück hinter die Sorge, daß Preußen demnächst überwiegende Vorteile gewinnen und Oesterreich zu kurz kommen würde.

VII.

Allmähliche Lockerung des öſterreich. Bündniſſes. Gaſteiner Vertrag. Auguſt 1864 bis Auguſt 1865.

Am 1. Auguſt abends fuhr der Miniſter mit Abeken und mir nach Salzburg, am 2. im offenen Poſtwagen nach Gaſtein.

Er hatte ſich in Berlin eine Menge öſterreichiſcher Silbergulden einwechſeln laſſen, um ſie als Trinkgelder zu verwenden, und, wie er ſcherzweiſe ſagte, auch den Poſtillonen, die vermutlich ſeit Jahren nichts als Papiergeld geſehen hätten, eine Vorſtellung von der Ueberlegenheit der preußiſchen Finanzen zu geben. Es amüſierte ihn, die erſtaunten Geſichter der Leute zu beobachten, wenn ich ihnen die blanken Silberlinge einhändigte.

Den Aufenthalt im engen Hochgebirgsthal von Gaſtein liebte Bismarck nicht, obwohl die dortigen Bäder ihm zuſagten. Er ſprach öfters aus, daß der Mangel eines weiten Horizonts ihm unerfreulich wäre, und daß er die der Jahres-

zeit gemäßen Getreidefelder ungern vermißte. Man hatte für ihn keine andere Wohnung gefunden, als zwei Zimmer in dem großen Straubingerschen Gasthofe, der unmittelbar an dem berühmten Wasserfalle liegt. Das unaufhörliche Brausen der hoch herabstürzenden Wassermassen quälte seine empfindlichen Nerven. Jetzte erst meinte er „den tiefen Sinn des alten Liedes ‚Bächlein laß dein Rauschen sein' ganz zu erfassen".

Berge zu ersteigen, sagte er, hätte ihm nie rechte Freude gemacht. Als Student wäre er einmal trotz starken Nebels auf den Rigi gestiegen, und, als nach dem Herabsteigen das Wetter sich klärte, sogleich zum zweitenmal. An so etwas auch nur zu denken, wäre ihm jetzt unbehaglich. In der Ebene gehe und reite er gern und ausdauernd; starke Steigungen aber wären ihm unerwünscht.

Als die Kur des Königs beendet war, gab der Minister sich und uns drei Ferientage. Ohne Telegrammadressen zu hinterlassen, fuhren wir bergab und seitwärts nach Radstadt, am zweiten Tage nach Hallstadt und trafen am dritten in Ischl wieder mit dem königlichen Gefolge zusammen.

Dann waren wir alle während dreier Tage Gäste Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph in Schönbrunn. Zwei große Treibjagden, im Walde auf Hirsche und im Felde auf niederes Wild, machten dem Minister viel Vergnügen.

In diesen sonnigen Festtagen kam aber die Frage der Zukunft Schleswig-Holsteins ihrer Lösung nicht näher. Der König wünschte eine baldige Entscheidung nicht, weil die verschiedenen Erbansprüche noch nicht gründlich geprüft waren. Bei Berührung der Möglichkeit einer preußischen Annexion

trat hervor, daß Oesterreich eine solche nur gegen Abtretung deutschen Gebietes oder Garantie für seinen außerdeutschen Besitz genehmigen würde, daß aber der König beide Bedingungen unannehmbar fand. Er hätte eher auf Schleswig-Holstein verzichtet, als ein Stück von Schlesien abgetreten, oder eine Garantie in betreff Venetiens übernommen.

Auch bei den handelspolitischen Besprechungen kam es zu keinem klaren Ergebnis.

Die durch den preußisch-französischen Handelsvertrag von 1862 verursachte Zollvereinskrise war damals noch nicht ganz beendigt, wenn auch der endliche Beitritt der noch zögernden Staaten (Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau) als wahrscheinlich galt. Mit diesen zusammen hatte Rechberg in den Jahren 1862 und 63 gegen Ausdehnung des preußisch-französischen Handelsvertrages gewirkt. Man bezog sich dabei auf einen in dem preußisch-österreichischen Handelsvertrage von 1853 enthaltenen Artikel (25.), welcher zusagte, daß nach zwölf Jahren (also 1865) über eine vollständige Zolleinigung zwischen Preußen und Oesterreich verhandelt werden sollte. Aus dieser Zusage wollte man folgern, daß Preußens Tarifpolitik keine Richtung einschlagen dürfe, welche die Zolleinigung mit Oesterreich erschweren würde. Zu Ende des Jahres 1863 hatte nun zwar Graf Rechberg aus politischen Rücksichten diesen Kampf eingestellt; im Juli 1864 aber war er mit den genannten früheren Kampfgenossen übereingekommen, die jetzt offenbar nicht zu erreichende Zolleinigung wenigstens für die Zukunft als ein zu erstrebendes Ziel festzuhalten. Er legte daher hohen Wert darauf, daß die erwähnte Zusage des alten Vertrages (Art. 25) in den neuen Handelsvertrag aufgenommen

würde, welcher im Jahre 1865 wieder auf 12 Jahre mit Preußen abzuſchließen war. Er deutete an, daß entgegengeſetzten Falles ſeine Miniſterſtellung unhaltbar werden würde.

Bismarck war verwundert, daß ſein Kollege einer offenbar inhaltleeren Phraſe ſo große Wichtigkeit beimaß; denn da für eine vollſtändige Zolleinigung zwiſchen dem deutſchen Zollverein und Oeſterreich gewiſſe unerläßliche Vorbedingungen fehlten, war mit Sicherheit vorauszuſehen, daß dieſes Ziel 1877 ebenſo unerreichbar ſein würde, wie 1865. Er fand aber das Verſprechen, nach 12 Jahren über eine unlösbare Aufgabe zu verhandeln, völlig ungefährlich und ſagte zu, in Berlin bei den Fachminiſtern für Erfüllung dieſes Wunſches zu thun, was er vermöchte. So trennte man ſich in Freundſchaft[1]).

[1]) Am Tage der Abreiſe des Königs (25. Auguſt) gab Graf Rechberg dem Kollegen ein diplomatiſches Diner, nach welchem der franzöſiſche Botſchafter Herzog von Gramont (Mémor: l'Allemagne nouvelle. Paris. Dentu. 1879, p. 148) von Bismarck folgende Worte über die Zukunft der öſterreichiſchen Monarchie gehört haben will: „Ce qui est allemand retournera tôt ou tard à l'Allemagne, c'est inévitable. Il n'est pas plus difficile de gouverner Vienne de Berlin que de gouverner Pesth de Vienne. Ce serait même beaucoup plus facile.“ Dieſe Aeußerungen ſind mehrfach reproduziert worden (ſ. z. B. Kohl, Regeſten I, S. 238). Friedjung bezeichnet (I, S. 97) die ganze bezügliche Mitteilung als „mit Vorſicht hinzunehmen“.

Ich war nicht Zeuge jener Unterhaltung und kann daher nicht kategoriſch dementieren, halte mich aber für verpflichtet, die Ueberzeugung auszuſprechen, daß Bismarck jene Aeußerungen nicht gethan haben kann. Denn in den neun Jahren ſeines täglichen Verkehrs mit mir habe ich oft genug von ihm gerade die entgegengeſetzten Anſichten ausſprechen hören, nämlich: die Deutſch-Oeſterreicher würden niemals mit uns in einem Staatsweſen verbunden werden können; ſchon allein die Exiſtenz der Stadt Wien mache das unmöglich. Dieſelbe Ueberzeugung iſt auch

Auf der Durchreise nach Baden besuchte Bismarck in München den Minister von Schrenck. Eine Nacht blieben wir in Augsburg in dem berühmten Gasthof „Zu den drei Mohren". Dort wurde das Frühstück vor demselben Kamine serviert, in welchem Anton Fugger vor den Augen Kaiser Karls V. dessen Schuldschein verbrannt hat.

Am 29. August abends kamen wir nach Baden, wo der preußische Gesandte, Graf Flemming, eine zwischen bewaldeten Hügeln schön gelegene Villa, in welcher auch er mit seiner Familie wohnte, für Bismarck und dessen Begleiter gemietet hatte. Die nun folgenden sonnigen Herbsttage in Waldesstille wären für Bismarck erquicklich gewesen, wenn nicht ein Uebermaß von Geschäften und Besuchen ihn täglich ermüdet hätte. Doch schaffte er sich mitunter eine freie Stunde, um dem schönen Violoncellspiel des Grafen Flemming mit Behagen zuzuhören.

Nach kurzem Aufenthalt in Frankfurt kehrten wir am 12. September nach Berlin zurück. Der Minister fuhr bald darauf zu seiner nicht unbedenklich erkrankten Gemahlin nach Reinfeld und verweilte dort bis zum 27. Dann reiste er am

---

in den „Gedanken und Erinnerungen" ausgesprochen (Bd. II, S. 45). Ich darf übrigens daran erinnern, was den Zeitgenossen bekannt war, daß Bismarck, auch nach gelegentlichem Genuß schwerer Weine, sich immer bewußt geblieben ist, zu wem, wo und was er sprach. Nun hat er oft gesagt: Was einer im diplomatischen Corps weiß, pflegen bald alle zu erfahren und dann kommt es an den auswärtigen Minister. Demnach halte ich für undenkbar, daß er im Hause des freundlichen Gastgebers zu einem Mitgliede des diplomatischen Corps Aeußerungen gethan haben könnte, deren Wiederholung den von ihm als unersetzlich betrachteten politischen Freund tödlich hätte verletzen müssen.

1. Oktober mit Abeken und mir wieder nach Baden und am 5. allein nach Biarrits.

Die dienstlichen Sommerreisen hatten für mich die Folge, daß ich angewiesen wurde, wie unterwegs so auch in Berlin, alle Eingänge und Ausgänge der politischen Abteilung täglich zu lesen. Von da ab mußte also jede Bewegung unserer auswärtigen Politik zu meiner Kenntnis kommen.

* * *

Während der auf die Abreise von Schönbrunn folgenden sechs Wochen hatte Bismarck vielfach über Rechbergs erwähnten Wunsch in betreff des Handelsvertrags sowohl mit unsern Fachministern, als mit dem österreichischen Kollegen korrespondiert. Einigung war aber in Berlin auch durch mündliche Besprechungen nicht zu erreichen. Der damalige Leiter der Zollvereinspolitik, Ministerialdirektor Delbrück, erklärte, ins Privatleben zurücktreten zu wollen, wenn durch Wiederaufnahme des Versprechens, nach 12 Jahren über Zolleinigung mit Oesterreich zu verhandeln, die Quelle der zollpolitischen Intriguen der letzten Jahre offen gehalten würde. Sein Chef, der Handelsminister, trat für Delbrücks Auffassung ein, ebenso der Finanzminister.

Bismarck drang mit Entschiedenheit darauf, daß zur Erhaltung des einzigen Wiener Vertreters der preußischen Allianz in seiner leitenden Stellung eine Phrase in den Vertrag gesetzt würde, welche, wenn wir unserer Festigkeit vertrauten, praktische Bedeutung nie erhalten könnte. Die Nichtgewährung dieser rein formellen Konzession müsse in Wien

den Eindruck machen, als ob uns das Stehen oder Fallen des Grafen Rechberg gleichgültig sei.

Der König entschied für die Fachminister. Dem Vernehmen nach war Sr. Majestät die innere Unwahrheit unannehmbar, welche in dem Versprechen gelegen hätte, über etwas zu verhandeln, was man unter keinen Umständen zu konzedieren fest entschlossen war. Wenn die Stellung des Grafen Rechberg von einer solchen Phrase abhing, so mußte sie schon tief erschüttert sein; und, um ihn vielleicht noch kurze Zeit am Ruder zu halten, wäre der Verlust des unersetzlichen Delbrück ein zu großes Opfer. Der preußische Bevollmächtigte zu den in Prag beabsichtigten Konferenzen über den Handelsvertrag erhielt demnach entsprechende Instruktion.

Rechberg fühlte sich tief gekränkt.

Bismarck erhob noch von Biarrits aus telegraphisch und schriftlich dringende Vorstellungen, um nachträgliche Gewährung der verlangten Konzession zu erreichen, aber vergeblich. Die Preisgebung des Grafen Rechberg gerade in diesem Augenblick hielt er für einen schweren politischen Fehler; an Roon schrieb er aus Biarrits, er müsse sich von aller Verantwortung für die Rückwirkungen dieses Fehlers auf unsere auswärtige Politik lossagen.

Sein nachhaltiger Kummer über den harten Eingriff der Fachminister in die schonungsbedürftigen Beziehungen zu Oesterreich beweist unwiderleglich, wie ernst sein Bestreben war, die obwaltenden Schwierigkeiten friedlich auszugleichen, und wie fern ihm der Gedanke lag, durch einen großen Krieg Gelegenheit zur Lösung des preußischen Verfassungskonflikts suchen zu wollen. Diesen hoffte er durch vieljährige Konse-

quenz endlich zu annehmbarem Austrage zu bringen. Der unaufhörlich wiederholte Vorwurf des Verfassungsbruches würde, meinte er, sich nach und nach abstumpfen und auf die öffentliche Meinung geringere Wirkung ausüben, als zu Anfang des Konflikts.

Rechberg trat Ende Oktober, kurz vor dem endgültigen Abschluß des „Wiener Friedens" mit Dänemark, in das Privatleben zurück.

Wenn Bismarck von dessen geheimen Eröffnungen an den Erbprinzen von Augustenburg Kenntnis gehabt hätte, würde er den Sturz desselben wohl nicht so schmerzlich bedauert haben. Denn danach mußte ausgeschlossen erscheinen, daß dieser Vertreter der preußischen Allianz unsere für die Einsetzung eines Herzogs in Schleswig-Holstein notwendigerweise zu stellenden Bedingungen hätte befürworten, oder gar, bei dem Widerstreben der ganzen politischen Welt Wiens, zur Annahme bringen können. In Schönbrunn war nun bereits hervorgetreten, daß Oesterreichs Zustimmung zur Annexion nur unter einer für den König unannehmbaren Bedingung erreichbar schien. Kriegerische Lösung der Frage war daher, auch wenn Rechberg im Amte blieb, wahrscheinlich. Wäre es jedoch dessen vermittelnder Thätigkeit gelungen, den Krieg hinauszuschieben, so würde die europäische Lage sich ungünstiger für uns gestaltet haben. Denn vom Herbst 1867 ab waren alle in Mexiko verwendet gewesenen französischen Truppen wieder in Frankreich verfügbar, und dann hätte der Kaiser Napoleon vermutlich ganz anders eingegriffen, als es 1866 geschah.

Ich bin deshalb der Meinung, daß die vom Könige wegen

des Handelsvertrages getroffene Entscheidung das Vaterland keinesfalls irgendwie geschädigt, sondern vielleicht vor großem Schaden bewahrt hat.

Der unter der Bezeichnung „Wiener Friede" bekannte Friedensvertrag mit Dänemark wurde auf der erwähnten Grundlage des Präliminarfriedens vom 1. August in Wien am 30. Oktober abgeschlossen.

* * *

Nach Rückkehr des Ministers von Biarritz (29. Oktober) kam ich in die Lage, bei ihm die Einberufung des Gerichtsassessors a. D. Bucher in das Auswärtige Amt anzuregen.

In den Jahren 1864 bis 1866 erhielt ich fast täglich schriftliche Mitteilungen und politische Ratschläge von Herrn Rudolf Schramm, einem unabhängigen Rheinländer, welcher früher der demokratischen Partei angehört hatte, seit 1862 aber sich öffentlich als Anhänger Bismarcks bekannte, und später zum Generalkonsul in Mailand ernannt wurde. Der Minister beauftragte mich, alle Briefe Schramms zu lesen, aber nur ganz ausnahmsweise, nach meinem Ermessen, darüber Vortrag zu halten. Dazu schien mir die im November 1864 eingehende Meldung geeignet, daß Lothar Bucher, mit seinen früheren Parteigenossen gänzlich zerfallen, im Wolffschen Depeschenbureau seinen Lebensunterhalt erwerbe und vielleicht für den auswärtigen Dienst zu gewinnen sein würde.

Ich hatte im Jahre 1848 in Cöslin einen Bruder und den Vater Buchers als sehr gebildete und achtbare Männer kennen gelernt. Lothar, der damals in der Nachbarstadt Stolp als Kreisrichter angestellt war, aber viele Jahre bei

den Cösliner Gerichten gearbeitet hatte, lernte ich nicht persönlich kennen. Es wurde indes gelegentlich seiner Wahl zur preußischen Nationalversammlung in Cöslin viel von ihm gesprochen. Einstimmig war die Anerkennung seiner ausgezeichneten Fähigkeiten und Kenntnisse, wie seines ehrenhaften Charakters; allgemein in Beamtenkreisen das Bedauern, daß er durch seine radikale politische Richtung dem Staatsdienst voraussichtlich entzogen werden würde. Wirklich eines politischen Vergehens angeklagt, ging er 1850 nach England, wo er bis zur allgemeinen Amnestie des Jahres 1860 als Schriftsteller lebte. Seine Korrespondenzen für die Nationalzeitung, namentlich die Aufsehen erregenden Berichte über die ersten beiden Weltausstellungen (1851 in London, 1855 in Paris) erwiesen ungewöhnliches Talent, sich in fremden Regionen zurecht zu finden; seine Schrift über den Parlamentarismus in England aber zeigte einen vorurteilsfreien Geist, der mit dem damals in Deutschland landläufigen Glauben an die Notwendigkeit streng parlamentarischer Regierung gründlich gebrochen hatte.

Das alles trug ich dem Minister vor. Er hörte ruhig zu und rief dann lebhaft: „Bucher ist eine ganz ungewöhnliche Kraft. Ich würde mich freuen, wenn wir ihn gewinnen könnten. Im Abgeordnetenhause habe ich manchmal seinen hohen schmalen Schädel betrachtet und mir gesagt: der Mann gehört ja gar nicht in die Gesellschaft von Dickköpfen, bei denen er jetzt sitzt; der wird wohl einmal zu uns kommen. Seine litterarische Thätigkeit habe ich mit Interesse verfolgt. Nun kann man allerdings nicht wissen, wie weit seine Entwickelung jetzt gediehen ist; aber ich halte nicht für gefährlich, ihn in

unsre Karten sehen zu lassen. Wir kochen alle mit Wasser und das meiste, was geschieht oder geschehen soll, wird gedruckt. Gesetzt den Fall, er käme als fanatischer Demokrat zu uns, um sich wie ein Wurm in das Staatsgebäude einzubohren und das Ganze in die Luft zu sprengen, so würde er bald einsehen, daß nur er selbst bei dem Versuche zu Grunde gehen müßte. Bliebe die Möglichkeit. Daß Bucher kleine Geheimnisse um kleiner Vorteile willen verriete; solcher Gemeinheit aber halte ich ihn für unfähig. Sprechen Sie mit ihm ohne nach seinem Glaubensbekenntnis zu fragen; mich interessiert nur, ob er kommen will oder nicht."

Er kam gern, wurde vereidigt und in die politische Abteilung eingeführt.

Die Herren von Thile und Abeken waren keineswegs erbaut von der Wahl des neuen Kollegen und ich hatte einige Mühe, ihnen die Auffassung des Chefs verständlich zu machen. Nach und nach aber kam Bucher durch sein einfaches, bescheidenes Wesen und durch die unanfechtbare Beschaffenheit seiner Arbeiten in eine leidliche Stellung.

Nach einiger Zeit wurde dem Minister berichtet, daß Lassalle, der im letzten Sommer in einem Duell gefallen war, Bucher zum Exekutor seines Testaments ernannt hätte, daß daher die Beziehungen beider intime gewesen sein müßten und Bucher vermutlich Sozialdemokrat sei. Ich riet ihm, über sein früheres Verhältnis zu dem bekannten Agitator möglichst vollständige Aufklärung zu geben. Er händigte mir alle Briefe ein, die Lassalle ihm jemals geschrieben hatte. Es ging daraus hervor, daß Lassalle ihn gern gehabt und öfters zum Essen eingeladen hatte, daß aber dessen wiederholte

Versuche, ihn zu seinen sozialistischen Ansichten zu bekehren, erfolglos geblieben waren. Der Minister, dem ich die Briefe vorlegte, sagte mir bei Rückgabe derselben, der Verkehr mit Lassalle habe ihm selbst so viel Vergnügen gemacht, daß er aus diesem Umgang Bucher keinen Vorwurf machen könne.

Schon 1863 sprach Bismarck gelegentlich davon, daß Lassalle ihn mehreremal besucht und sehr gut unterhalten hätte. Derselbe sei zwar ein Phantast und seine Weltanschauung eine Utopie, aber er spreche so geistvoll darüber, daß man ihm gern zuhöre. Er sei der beste aller jemals gehörten Redner. Sein Sport sei, vor einigen tausend Arbeitern zu sprechen und sich an deren Beifall zu berauschen. Politisch willkommen wäre seine Gegnerschaft gegen die Fortschrittspartei; man könne deshalb seine Agitation eine Weile fortgehen lassen mit dem Vorbehalt, im geeigneten Moment einzugreifen.

Einige Wochen nach Ausbruch des dänischen Krieges gab mir der Minister ein Schreiben Lassalles, mit welchem dieser zwei Exemplare eines eben erschienenen Werkes eingeschickt hatte. Das kleine Buch war betitelt: „Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, oder Kapital und Arbeit." In dem Schreiben hieß es, „der Minister würde aus diesem Holze Kernbolzen schneiden können zu tödlichem Gebrauche, sowohl im Ministerrat wie den Fortschrittlern gegenüber ... auch wäre es sehr nützlich, wenn der König einige Abschnitte des Buches läse, dann würde er erkennen, welches Königtum noch eine Zukunft hat; und klar ersehen, wo seine Freunde, wo seine wirklichen Feinde sind."

Der Minister gab mir das sonderbare Schreiben und

trug mir auf, da er sehr beschäftigt sei, mündlich oder schriftlich in seinem Namen den Empfang dankend zu bestätigen.

In jenen Jahren (1863—1865) war die Zahl der Personen groß, die den Minister zu sprechen wünschten, um Rezepte zur Heilung des Verfassungskonfliktes anzubieten, und deren Gesuche er regelmäßig mir zuschickte mit dem Auftrage, die Leute zu hören. Dadurch war ich mit unfruchtbaren Geschäften stark belastet und hatte kein Verlangen, die persönliche Bekanntschaft des notorisch übermäßig eitlen Briefstellers zu machen. Wagener hörte gelegentlich von ihm die Worte: „Ich, Bismarck und Sie sind die drei klügsten Leute in Preußen.“ [1])

Einige Tage später erwähnte der Minister lächelnd, Lassalle habe sich schriftlich beschwert, daß er für seine große auf das Buch verwendete Mühe nur durch ein trockenes Billet eines Rats belohnt worden sei; er verlange sachliches Eingehen auf sein Werk und müsse den Minister bald sprechen.

Diese Tonart fand keinen Anklang bei Bismarck. Meines Wissens hat er den geistreichen Redner nach dem Februar 1864 nicht mehr gesehen. Die Nachricht von Lassalles Tode, die wir Anfang September in Baden erhielten, schien auf ihn keinen Eindruck zu machen. Das Wohlwollen des Ministers hatte Lassalle durch Hervorkehren seines krankhaft überspannten

---

[1]) Hermann Wagener, Erlebtes. Berlin, R. Pohl, 1884, II. Abteilung, S. 6. Der Verfasser ist der, auch als ein Führer der Konservativen im Abgeordnetenhause bekannt gewordene, erste Redakteur der Kreuzzeitung; von 1866 bis 1873 war er vortragender Rat im „Staatsministerium“.

Selbstgefühls verscherzt. Dieselbe Eigenschaft sollte seinen Tod herbeiführen; denn er konnte nicht ertragen, daß eine junge Dame, deren Anerbieten, mit ihm zu fliehen, er abgelehnt hatte, ihm ihre Neigung entzog, seine förmliche Bewerbung zurückwies und sich mit einem andern Manne verlobte. Diesem gab er Anlaß, ihn im Duell zu erschießen.

* * *

Nachfolger des Grafen Rechberg wurde General Graf Mensdorff-Pouilly, der ein Anhänger des preußischen Bündnisses zu sein glaubte, aber in den auswärtigen Geschäften wenig erfahren war, und dadurch von vornherein in Abhängigkeit von den Räten des Ministeriums kam. Bismarck bezeichnete wiederholt als die eigentlichen Leiter der Wiener Politik die aus Rheinhessen gebürtigen Freiherren von Biegeleben, von Meysenbug und von Gagern. Unter diesen galt als der hervorragendste Biegeleben, ein gelehrter, schriftstellerisch begabter Mann, der von dem Berufe der alten Kaisermacht, Deutschland zu beherrschen, überzeugt war und daher im Sinne des Fürsten Schwarzenberg gegen Preußen zu wirken für seine Pflicht hielt. Seit 1852 bearbeitete er in dieser Richtung die deutschen Angelegenheiten und hatte sich der im November 1863 eingetretenen Wendung nur widerwillig gefügt. Seinem Drucke folgend machte selbst Graf Rechberg in den letzten Monaten seiner Amtsführung den Mittelstaaten einige, hier nicht einzeln zu erwähnende, Konzessionen; nach dem Ministerwechsel aber wurde Biegelebens Einfluß völlig maßgebend. Alsbald versuchte man, eine gründliche Lösung der Schleswig-Holsteinschen Frage im Sinne der

Mittelstaaten durch direkte Verhandlungen mit Preußen anzubahnen.

Am 12. November gingen drei lange und lehrhafte Depeschen nach Berlin ab. Darin wurde empfohlen, der König möge dieselbe Entsagung üben, zu welcher der Kaiser bereit wäre, nämlich seinen Anteil an der Souveränetät über Schleswig-Holstein dem Erbprinzen von Augustenburg, als dem bestberechtigten der Prätendenten, cedieren. Nur die Einsetzung desselben als eines selbständigen, mit allen Hoheitsrechten bekleideten Bundesfürsten würde den Frieden in Deutschland herstellen.

Uebrigens war Graf Karolyi ermächtigt, bei Uebergabe dieser Depeschen mündlich mitzuteilen, daß man bei geeigneter Entschädigung durch deutsches Gebiet auch in die preußische Annexion von Schleswig-Holstein willigen würde.

Bismarck hatte einige Wochen früher angeregt, daß die Bundestruppen Holstein verlassen müßten und beschloß, jene Depeschen nicht vor Erledigung dieser Forderung zu beantworten.

Die Bundesexekution war 1863 beschlossen worden gegen König Christian IX. als Landesherrn von Holstein zum Schutze der dortigen Deutschen gegen dänische Uebergriffe; sie hatte offenbar keinen Zweck mehr, nachdem zwei deutsche Fürsten Landesherren geworden waren. Wir erwarteten daher Oesterreichs Zustimmung zu unserm Wunsche, die Bundestruppen das Land räumen zu sehen.

Graf Rechberg aber antwortete im Oktober, daß allerdings eine Berechtigung des Bundes, die Exekution fortbestehen zu lassen, nicht existiere, empfehlenswert jedoch scheine,

„in bundesfreundlicher Gesinnung" etwa 2000 Mann Bundestruppen in Holstein zu belassen.

Der Grund dieses überraschenden Vorschlages konnte nur in dem Bestreben gesucht werden, die Einsetzung des Erbprinzen zu erleichtern, dessen Interessen durch die Anwesenheit der Bundestruppen fortwährend gefördert worden waren.

Bismarck setzte nun in einem ausführlichen Erlaß, welcher sich mit den erwähnten Wiener Depeschen vom 12. November kreuzte, auseinander, daß dieser Vorschlag durch das Bundesrecht in keiner Weise motiviert werden könne, daß es daher angezeigt sei, Sachsen und Hannover zur Zurückziehung ihrer Truppen aus Holstein einzuladen.

Auch dieser wiederholte Antrag wurde in Wien abgelehnt, was nicht gerade politische Voraussicht bekundete.

Der König war sofort entschlossen, sein Hausrecht in Holstein unter allen Umständen zu wahren. Der Rückmarsch unserer Regimenter aus Holstein wurde sistiert und durch Zusammenziehung einiger Truppenkörper an den Grenzen von Hannover und Sachsen der Ernst der Lage angedeutet.

Unsere Gesandten an den dortigen Höfen wurden angewiesen, zur Rückberufung der Exekutionstruppen einzuladen. In Hannover war man dazu bereit, vorbehaltlich der Zustimmung Oesterreichs; in Dresden aber erklärte der thatendurstige Minister Freiherr von Beust, die sächsischen Truppen würden bis zur Einsetzung des rechtmäßigen Landesherrn in Holstein verbleiben, außer wenn ein Bundesbeschluß ihre Zurückziehung anordnete. Die beurlaubten Mannschaften des sächsischen Heeres wurden zur Fahne einberufen.

Inzwischen war man in Wien zu der Einsicht gelangt, daß einzulenken geraten sei. Graf Mensdorff erklärte sich bereit, bei Mitteilung des dänischen Friedensvertrages an den Bund einen Antrag auf Zurückberufung der Bundestruppen aus Holstein mit Preußen gemeinschaftlich zu stellen. Bismarck genehmigte diese Form, da in der Sache das Richtige geschehen sollte. Unser Gesandter in Frankfurt, Herr von Savigny, erhielt einen bezüglichen Auftrag und zugleich die vertrauliche Mitteilung, daß Preußen drei Tage auf den beantragten Bundesbeschluß warten, aber, wenn er verspäte, Selbsthilfe eintreten lassen werde; eine interessante Neuigkeit, die der Gesandte einigen seiner Kollegen nicht vorenthalten zu sollen glaubte. Der beantragte Beschluß kam rechtzeitig zustande, aber nur mit 9 gegen 6 Stimmen.

Bismarck nahm aus dieser Thatsache Veranlassung den dissentierenden mittel- und süddeutschen Regierungen eine Verwarnung zugehen zu lassen. In einem zur Mitteilung bestimmten Rundschreiben (vom 13. Dezember) an unsere Gesandten legte er dar, daß die bei dieser Abstimmung hervorgetretene Tendenz, Holstein bis zur Einsetzung eines Herzogs teilweise besetzt zu halten, durch das bestehende Bundesrecht nicht zu begründen sei. Der letzte Bundesbeschluß würde, wenn nur 2 Stimmen der Majorität zur Minorität übergingen, für das Bestehen des Bundes selbst gefährlich gewesen sein; derartige für Preußen unannehmbare Ueberschreitungen der streng begrenzten Kompetenz des Bundes könnten in Zukunft zu dessen Auflösung führen.

Der in dieser Weise angedrohte Fall sollte am 14. Juni 1866 thatsächlich eintreten.

Nachdem gegen Oesterreichs Wunsch die Entfernung der Bundestruppen aus Holstein durchgesetzt worden war, nahm Bismarck die Korrespondenz mit Wien über die Zukunft der Herzogtümer wieder auf. Vorher schon hatte Baron Werther dem Grafen Mensdorff gegenüber vertraulich zur Sprache gebracht, daß der Ton seiner letzten Depeschen ein unter befreundeten Mächten ungewöhnlicher gewesen sei. Der Minister erwiderte, Se. Majestät der Kaiser habe schon gelegentlich ein Bedauern darüber ausgesprochen, daß Biegeleben mitunter eine so scharfe Feder führe. Ob er selbst, der Minister, in der Lage gewesen wäre, den scharfen Ton zu mildern, schien ihm nicht in den Sinn zu kommen.

Genau umgekehrt war die Geschäftsbehandlung in Berlin. Hier beherrschte die überlegene Einsicht und der starke Wille des Chefs Inhalt und Form der ausgehenden amtlichen Schriftstücke bis in alle Einzelheiten. Die Korrespondenz mit unseren Agenten bei den Großmächten hatte Abeken zu bearbeiten. Der Minister eröffnete ihm mündlich für jede Depesche den Gedankengang. Abeken verfügte über eine, durch reiche Bildung entwickelte, fast dichterische Produktionsfähigkeit und war ein vielgewandter Sprachkünstler. Zu ebener Erde in einem schmalen Kämmerchen, welches den Durchgang zwischen dem Empfangszimmer des Unterstaatssekretärs und andern Arbeitsräumen bildete und während lauter Gespräche, welche jeden andern gestört haben würden, zauberte Abeken mit fliegender Feder Entwürfe auf das Papier, welche die vom Minister angegebenen Gedanken in vielseitiger Ausführung darstellten. Nach wenigen halben oder ganzen Stunden trug dann der Kanzleidiener die Mappe mit den fertigen Schriftstücken die

Treppe hinauf in das Arbeitszimmer des Miniſters. Dieſer pflegte abends die im Laufe des Tages vorgelegten Entwürfe ſo gründlich durchzuarbeiten, daß jede Redewendung den Stempel ſeines Geiſtes erhielt. In den an diplomatiſchen Korreſpondenzen überreichen Jahren 1862 bis 1870 wurden faſt allen bedeutenderen Schriftſtücken Abekens Entwürfe zu Grunde gelegt, die Bismarck beſonders gern bearbeitete, weil ſie nicht nur ſeine Gedanken treu widerſpiegelten, ſondern ihm auch mitunter neue Anregungen brachten.

Die oben erwähnten drei Wiener Depeſchen vom 12. November wurden am 13. Dezember ausführlich beantwortet[1]). Bismarck erklärte, „nicht zu verſtehen", weshalb Oeſterreich von ſeiner früheren Auffaſſung, die Mittelſtaaten als gemeinſame Gegner zu betrachten, zurückgekommen ſei. Die Führer derſelben am Bundestage hätten verſucht, außerhalb ihrer Befugniſſe 1863 in die europäiſche Politik einzugreifen, die beiden Großmächte zum Bruch des Londoner Vertrages zu drängen, die ſchwebende Erbfolgefrage ohne einen Schatten von Kompetenz zu löſen und die verfälſchte Exekution in Holſtein als Okkupation widerrechtlich fortdauern zu laſſen. Preußen könne und werde ſeine Politik nicht von Beſchlüſſen kleinſtaatlicher, und von kleinſtaatlichen Landtagen abhängiger Regierungen beſtimmen laſſen und lege Wert darauf, ſchon jetzt zu erklären, daß etwaigen rechtswidrigen Beſchlüſſen des Bundes gewaltſamer Widerſtand entgegentreten würde. In Bezug auf Schleswig-Holſtein wolle man keinen der Präten-

[1]) Die Angabe Friedjungs (I, S. 113), Bismarck habe erſt im Januar geantwortet, wird durch die vom 21. Dezember datierte öſterreichiſche Entgegnung auf die diesſeitige Depeſche vom 18. widerlegt.

denten ausschließen; doch würde Augustenburg uns Oldenburg, Hannover und Rußland entfremden. Jedenfalls sei gründliche Prüfung aller Erbansprüche, auch der jetzt anzumeldenden brandenburgischen erforderlich. Daß Preußen die Annexion der Herzogtümer nicht ohne die Zustimmung Oesterreichs ausführen könne, werde wiederholt anerkannt. Die Einsetzung eines Herzogs aber könne nur genehmigt werden unter gewissen, im Sicherheitsinteresse Deutschlands notwendigen Bedingungen, mit deren Formulierung zur Zeit die Fachminister beschäftigt seien.

Die österreichische Regierung erklärte sich hierauf unter dem 21. Dezember bereit, die Frage durch Verständigung mit Preußen abzuschließen, betonte aber wiederholt die Zuständigkeit des deutschen Bundes, darüber zu wachen, daß in den Verein der Souveräne Deutschlands kein unselbständiges Mitglied eingeführt werde [1]).

In Wien wünschte man die leidige Schleswig-Holsteinische Sache möglichst schnell aus der Welt zu schaffen. Wiederholte Mahnungen zu schleuniger Kundgebung unseres Programms lehnte jedoch Bismarck als unberechtigt ab, da Ueberstürzung nur Schaden bringen könne.

Von der französischen Regierung wurde die wachsende Spannung zwischen den beiden Verbündeten aufmerksam beobachtet. In Paris, wie in Berlin, fehlte es nicht an ver-

[1]) Die von Kohl (Reg. I, S. 247) übernommene Angabe Sybels (IV, S. 51), diese Depesche (vom 21. Dezember 1869) habe darauf hingewiesen, daß, wenn Preußen nicht auf das österreichische Programm eingehe, der Bruch der Allianz bevorstehe, ist unbegründet. Eine Analyse dieses Dokuments enthält die dem Abgeordnetenhause mitgeteilte Denkschrift vom 8. Mai 1865. (Drucksachen No. 179.)

traulichen Mitteilungen darüber, daß der Kaiser Napoleon unsere Schritte mit besonderem Wohlwollen würdigte. Im Februar 1865 lehnte jedoch Bismarck bestimmt ab, auf die von unserm Botschafter in Frage gestellten Verhandlungen zur Vorbereitung eines französischen Bündnisses einzugehen. Er betonte, es würde auch schon eine vorläufige Besprechung darüber, so lange das Bündnis mit Oesterreich vom 16. Januar 1864 bestehe, dem Vorwurfe der Perfidie ausgesetzt sein und überall in Deutschland gemißbilligt werden; auch an sich sei zu empfehlen, in den obwaltenden unsichern Verhältnissen sich nach keiner Seite hin zu binden.

In diesen Tagen (am 20. Februar) äußerte er bei Tische in meiner Gegenwart: „Wenn es einmal Sturm giebt, wird sich zeigen, daß wir auf hohen Wellen besser schwimmen können, als andere Leute."

Inzwischen hatten die Fachminister die Bedingungen formuliert, unter welchen unsererseits die Einsetzung eines Herzogs in Schleswig-Holstein zugegeben werden könnte. Man ging davon aus, daß unsere militärische Lage nach dem dänischen Kriege nicht schlechter werden dürfe, als sie vorher gewesen war. Während früher ein Angriff des befreundeten Dänemark auf Deutschlands Nordwestgrenze ausgeschlossen schien, mußte jetzt als wahrscheinlich gelten, daß in der nächsten europäischen Krise das Königreich versuchen würde, die Herzogtümer zurückzuerobern, und daß diese aus eigener Kraft so wenig, wie 1850, erfolgreichen Widerstand leisten könnten. Vor allem schien daher notwendig: Verschmelzung der Wehrkraft des Landes mit der preußischen Land- und Seemacht. Die Forderungen der Aushebung der Rekruten durch preußische

Beamte und der Leistung des Fahneneides für unsern König gehörten nach meinem Eindruck zu den Formen, die man im Laufe der Verhandlungen wahrscheinlich fallen gelassen hätte; in der Sache aber nachzugeben, war durch die Sorge für Verteidigung der Nordwestgrenze ausgeschlossen. Außerdem wurden verlangt: der Kieler Hafen, die Festungen Rendsburg und Sonderburg-Düppel, Befugnis zum Bau eines Nordostseekanals, Anschluß an das preußische Zollsystem, Verfügung über Post und Telegraphie.

Diese am 22. Februar 1865 nach Wien mitgeteilten, unter dem Namen der „Februarbedingungen" bald bekannt gewordenen Forderungen bezeichnete Bismarck als „Konzessionen" gegenüber dem natürlichen Verlangen der Einverleibung des Landes, welches bei uns in immer weiteren Kreisen laut geworden sei.

In Wien aber erklärte man, daß die geforderte Abtretung der Militärhoheit eine geeignete Grundlage zur Verständigung nicht darbiete, und daher diese Phase der Verhandlungen für abgeschlossen gehalten werde. Die Antwort erfolgte mündlich schon am 27. Februar; an demselben Tage erging an Moltke die Aufforderung zu genauen Angaben darüber, welche Truppenmacht Oesterreich uns in Böhmen gegenüberzustellen vermöchte.

Inzwischen hatte der bayerische Ministerpräsident Freiherr von der Pfordten einen Antrag für den Bundestag in Wien zur Prüfung vorgelegt, wonach der Bund die „vertrauungsvolle Erwartung" aussprechen sollte, die beiden Großmächte würden „nunmehr" den Erbprinzen von Augustenburg als Herzog einsetzen. Graf Mensdorff machte von dieser seit dem

Januar schwebenden Angelegenheit die erste Mitteilung nach Berlin am 19. März mit dem Hinzufügen, er wünsche, daß dieser Antrag nicht in einem Ausschuß begraben, sondern binnen 8 Tagen zur Abstimmung gebracht werde. In dem Aussprechen einer von der preußischen abweichenden Ansicht am Bundestage ohne irgend welche thatsächliche Vorkehrungen würde eine Verletzung des Allianzvertrages vom 16. Januar 1864 nicht zu finden sein.

In Berlin aber meinte man, daß die wochenlangen geheimen Verhandlungen mit den gegnerischen Mittelstaaten und die angekündigte Zustimmung zu deren Antrage am Bunde mit den jedem der beiden Verbündeten vertragsmäßig obliegenden Pflichten nicht vereinbar schiene.

Bismarck sagte dem Grafen Karolyi mündlich:

„Wir sind leider an einen Scheideweg gelangt. Unsre Fahrbillets lauten auf divergierende Linien; und ich wünsche nur, daß wir nicht zu weit auseinanderkommen."

Dieser unfreundliche Schachzug des Verbündeten sollte nicht nur mit Worten in Frankfurt bekämpft werden, sondern eine That sollte aller Welt zu erkennen geben, daß wir uns aus Holstein verdrängen zu lassen nicht gesonnen seien. Der König befahl am 24. März die Verlegung der Marinestation von Danzig nach Kiel.

* * *

Die Zustände in den Herzogtümern hatten auch nach dem Abzuge der Bundestruppen und nach der Ersetzung der Bundeskommissare durch Vertreter Preußens und Oesterreichs (Zedlitz und Halbhuber) sich in entschieden partikularistischer

Richtung fortentwickelt. Der Erbprinz behielt seinen Aufenthalt in einem Vororte Kiels, umgeben von den als seine Minister geltenden Vertrauenspersonen. Diese hatten Anfang 1864 dafür gesorgt, daß zu Mitgliedern der sogenannten Landesregierung fast nur augustenburgisch gesinnte Beamte ernannt wurden, und vermochten auch zu erreichen, daß die bei Uebernahme der Verwaltung von Schleswig erforderliche Verstärkung dieser Behörde in gleichartiger Weise erfolgte. In der Bevölkerung wurde mündlich die Mahnung verbreitet, gegen Verfügungen der Landesregierung niemals Beschwerde zu erheben, damit die Kommissare der Großmächte keine Gelegenheit erhielten einzugreifen. Ein Netz von Vereinen, welche den Erbprinzen als Landesherren anerkannten, hatte das Land überzogen und die Presse nannte ihn täglich Herzog Friedrich VIII. Dagegen einzuschreiten war Zedlitz machtlos, weil Baron Halbhuber, seinen Instruktionen gemäß, jedem bezüglichen Versuche entgegentrat. General Herwarth hatte zwar den Oberbefehl über 16000 Preußen und die österreichische Brigade Kalik (4800 Mann), war aber nicht im stande, Demonstrationen für den Erbprinzen zu verhindern, weil Graf Mensdorff Eingriffe der bewaffneten Macht in die Civilverwaltung nicht wünschte.

Die ehrenfeste Bevölkerung fühlte sich gefesselt an den Fürsten, dem sie vor Jahr und Tag als der Verkörperung des Gedankens „Los von Dänemark" gehuldigt hatte. Diese Gesinnung wurde durch starke Gründe unterstützt in den Städten, welche fast steuerfrei waren und den Druck einer Militärlast, bei der Leichtigkeit Stellvertreter zu mieten, kaum kennen gelernt hatten. Den Städtern graute vor dem

preußischen Steuersystem und der allgemeinen Wehrpflicht. Das platte Land hatte von der Annexion in materieller Beziehung wenig zu befürchten; der Großgrundbesitz aber wünschte sie, denn er war mit hohen Grundsteuern eingeschätzt und mußte, wenn dem Lande die Uebernahme der Kriegskosten und anderer Schulden mit rund 80 Millionen Thalern zugemutet würde, auf Heranziehung zu fast unerschwinglichen Leistungen gefaßt sein. Baron Scheel-Plessen konnte daher seine Standesgenossen leicht, außer ihnen aber kaum 200 Personen für eine Adresse zu gunsten der Annexion gewinnen, während für Adressen zu gunsten Augustenburgs rund 50000 Unterschriften zusammengebracht wurden.

Trotz dieser, durch Oesterreichs Haltung genährten, feindseligen Stimmungen in den Herzogtümern wurde Bismarck nicht einen Augenblick schwankend in dem Vorsatze, zu erringen was er dort für unsre Sicherheit notwendig hielt, sei es durch Erfüllung der Februarbedingungen „wenn die Leute sich durchaus einen Herzog für 80 Millionen Thaler kaufen wollten“ oder durch die Annexion.

Die Bearbeitung der schleswig-holsteinischen Verwaltungssachen war mir übertragen. Es wäre auf diesem Arbeitsfelde in Berlin wenig zu thun gewesen, wenn nicht vier landeskundige Personen sich als Agenten zur Verfügung gestellt und fortlaufend an mich berichtet hätten. Gleich nach der Einnahme von Düppel kam zu mir der in Schleswig wohnende Graf Adalbert Baudissin, ein Mann von sehr einnehmendem Wesen. Er bekannte die Ueberzeugung, daß sein Vaterland des engsten Anschlusses an Preußen bedürfe, und erbot sich dafür zu wirken. Der Minister hat ihn nur ein-

mal geschen und mir den weiteren mündlichen und schriftlichen Verkehr mit ihm überlassen. Nach einiger Zeit erhielt er von Zedlitz eine Anstellung beim Deichbau auf den Nordseeinseln, welche ihm erlaubte, öfters herzureisen und in politischer Berichterstattung fortzufahren.

Sodann meldete sich ein junger Baltе, Baron Ungern-Sternberg, welcher sich in Flensburg niedergelassen hatte, um in gleichem Sinn zu wirken. Seine Berichte enthielten brauchbare sachliche Mitteilungen. Anscheinend war seinen Anregungen zu danken, daß in Flensburg Ende Februar 1865 etwa zwanzig unabhängige Männer sich als „Nationalpartei" konstituierten, mit dem Programm des engsten Anschlusses an Preußen. Diese kleine Partei verfügte über drei Lokalblätter, doch waren die Zeitumstände für ihre Ausbreitung nicht günstig.

Zwei andere Männer mit unbekannten Namen lieferten mehr mündliche als schriftliche Berichte. Dem Minister waren alle solche Quellen vielseitiger, wenn auch mit Vorsicht aufzunehmender Nachrichten willkommen und mein Verkehr mit jenen freiwilligen Staatsdienern wurde daher ein ziemlich reger.

* * *

Am 16. November 1864 reiste Bismarck nach Stettin, um seine aus Reinfeld ankommende Gemahlin nach Berlin zu begleiten. Sie hatte eine schwere Krankheit überstanden und durfte in den beiden folgenden Monaten noch nicht abends ausgehen, sah aber in ihrem Empfangssaal gern die Hausfreunde. Außer den bereits genannten erschienen

jetzt häufig: Postrat von Obernitz, ein feinsinniger Litteraturkenner, und Gustav von Loeper, der schon einmal erwähnte Goethe-Herausgeber, dessen gelegentliche litterarische Mitteilungen der sehr belesenen Hausfrau stets willkommen waren. Der Minister aber ließ sich mitunter gern von seinen Studien über den Faust erzählen.

Der schon erwähnte Herr von Dewitz-Milzow kam einigemal in Begleitung seiner beiden anmutigen Töchter. Nicht selten wurden auch zufällig anwesende befreundete Familien aus Pommern, Ostpreußen, Kurland oder Schlesien, für einen Abend eingeladen, was jedoch weder die äußeren Einrichtungen, noch den Ton des Gesellschaftssaales im mindesten zu beeinflussen pflegte.

Der Minister schien weniger von Geschäften überlastet, als in dem Winter des dänischen Krieges, in welchem er nur zweimal an Hofjagden teilgenommen hatte. Jetzt konnte er nicht weniger als dreizehn Tage der Jagd widmen, meistens im Gefolge des Königs. Diners außer dem Hause suchte er möglichst zu vermeiden, abends aber ging er nicht selten auf eine Stunde in Gesellschaft. Als ich Anfang Januar in dem nahe dem Auswärtigen Amt gelegenen Hotel Royal für zufällig anwesende Verwandte und den Freundeskreis des Hauses Bismarck einen kleinen Ball gab, erschien zu aller Ueberraschung um Mitternacht der Minister. Am 1. Februar besuchte er mit Gemahlin und Tochter einen Hofball im „weißen Saale".

Zwischen solchen Wochen, in denen er rüstige Vollkraft zu besitzen schien, gab es auch Tage, an denen er sich recht unwohl fühlte und über Schmerzen im Gehirn, im Gesicht,

oder im linken Bein klagte. Wegen seiner Gesundheit war ich nie ohne Sorge. An meinen Bruder schrieb ich im Februar: „Wenn Bismarck nur noch zwei Jahre lebt, bekommen wir hoffentlich Schleswig-Holstein.“ Daß Bismarck schlechthin unersetzlich war, daß niemand außer ihm in den dunkeln Labyrinthen der damaligen auswärtigen und innern Politik die gangbaren Pfade zu finden vermocht hätte, davon waren alle überzeugt, die ihm näher standen.

Zu diesen Personen gehörte schon damals Herr Gerson Bleichröder, Chef des Bankhauses S. Bleichröder, ein Mann von ungewöhnlichen Fähigkeiten. Sein Verstand war so lebendig wie durchdringend, sein Gedächtnis zuverlässig, sein Herz fest und treu. Das bei ihm deponierte Kapitalvermögen des Ministers gab ihm fast nichts zu thun, weil Spekulationen irgend welcher Art mit dessen Werten verboten waren; aber seine Stellung zu dem Pariser Hause Rothschild führte ihm mitunter einen politischen Auftrag zu. Die Frankfurter Familie Rothschild ist bekanntlich in Wien, Paris und London verzweigt; ihr Vertreter in Berlin aber war Bleichröder. Nun hatte der damalige Chef des Pariser Hauses, Baron James Rothschild, jederzeit freien Zutritt zum Kaiser Napoleon, der ihm nicht nur über Finanzfragen, sondern auch über Politik ein freies Wort zu gestatten pflegte. Dies bot die Möglichkeit, durch Bleichröder und Rothschild an den Kaiser Mitteilungen gelangen zu lassen, für welche der amtliche Weg nicht geeignet schien. In jenen Jahren hielt Bismarck für geboten, die Beziehungen zu dem mächtigen Monarchen mit allen verfügbaren Mitteln sorgfältig zu pflegen, und legte daher Wert darauf, auch diesen Weg vertraulicher Mit-

teilungen mitunter benutzen zu können. Durch mich sind derartige Aufträge nie vermittelt worden; doch erhielt ich die Anweisung, Herrn Bleichröder über die Lage der auswärtigen Politik, soweit sie nicht geheim zu halten war, auf Befragen fortlaufend zu unterrichten, damit er Eröffnungen der bezeichneten Art, die der Minister sich selbst vorbehielt, schnell und richtig auffassen könnte. Herr Bleichröder pflegte daher mehrmals in der Woche am frühen Morgen zu mir zu kommen und einige Minuten zu verweilen, an warmen Tagen im Garten, sonst in meinem Wohnzimmer. Ich lernte ihn auf diese Weise genau kennen und aufrichtig schätzen.

Die gelegentlichen Aufträge des Ministers an Bleichröder hatten zur Folge, daß dieser sich als Hilfsarbeiter des Auswärtigen Amtes fühlte und demnach, wenn er von Bismarck sprach, ihn „unsern hochverehrten Chef" zu nennen pflegte. Weiteren Kreisen durfte der politische Grund seiner öfteren Besuche im Auswärtigen Amte natürlich nicht bekannt werden. Es erhob sich daher manchmal das Gerücht, daß Bismarck durch Bleichröder für sich Börsengeschäfte machen ließe, was thatsächlich niemals geschehen ist. Er hat oft genug ausgesprochen, es sei völlig unerlaubt, seine Kenntnis der politischen Lage zu Spekulationen zu benutzen; ein Minister, der sich damit befasse, müsse in Versuchung kommen, seine politischen Entschlüsse durch Rücksichten auf persönliche Vorteile oder Nachteile beeinflussen zu lassen und könne daher keine gute Politik machen.

* * *

oder im linken Bein klagte. Wegen seiner Gesundheit w
ich nie ohne Sorge. An meinen Bruder schrieb ich i
Februar: „Wenn Bismarck nur noch zwei Jahre lebt, k
kommen wir hoffentlich Schleswig-Holstein.“ Daß Bisma
schlechthin unersetzlich war, daß niemand außer ihm in d
dunkeln Labyrinthen der damaligen auswärtigen und inn
Politik die gangbaren Pfade zu finden vermocht hätte, da
waren alle überzeugt, die ihm näher standen.

Zu diesen Personen gehörte schon damals Herr G
Bleichröder, Chef des Bankhauses S. Bleichröder, ein M
von ungewöhnlichen Fähigkeiten. Sein Verstand wa
lebendig wie durchdringend, sein Gedächtnis zuverlässig
Herz fest und treu. Das bei ihm deponierte Kapitalver
des Ministers gab ihm fast nichts zu thun, weil Spekula
irgend welcher Art mit dessen Werten verboten waren
seine Stellung zu dem Pariser Hause Rothschild führ
mitunter einen politischen Auftrag zu. Die Fa
Familie Rothschild ist bekanntlich in Wien, Paris un
verzweigt; ihr Vertreter in Berlin aber war B
Nun hatte der damalige Chef des Pariser Hau
James Rothschild, jederzeit freien Zutritt zum Kaise
der ihm nicht nur über Finanzfragen, sondern
Politik ein freies Wort zu gestatten pflegte. D
Möglichkeit, durch Bleichröder und Rothschild an
Mitteilungen gelangen zu lassen, für welche de
nicht geeignet schien. In jenen Jahren hielt
geboten, die Beziehungen zu dem mächtigen
allen verfügbaren Mitteln sorgfältig zu pfleg
daher Wert darauf, auch diesen Weg vert

Als im Frühjahr 1865 die Möglichkeit eines Waffenganges gegen Oesterreich ins Auge gefaßt werden mußte, hielt Bismarck für dringend wünschenswert, mit dem Landtage Frieden zu schließen auf der Grundlage einer Konzession im Militäretat. Roon war mit ihm darüber einig, daß bei der Infanterie das dritte Dienstjahr ohne erhebliche Nachteile entbehrt werden könnte, *wenn* bei jedem Bataillon ein starker Stamm von altgedienten Leuten, sogenannten Kapitulanten, geschaffen würde. Diese wären natürlich höher zu besolden; und um die dazu nötigen Mittel zu gewinnen, müßte man zu dem System der Stellvertretungsgelder, nach dem Muster der damals in Frankreich bestehenden Einrichtungen, übergehen. Dort pflegten die Wohlhabenden sich vom persönlichen Dienst loszukaufen. So wenig dieses Beispiel anmutete, so trat doch das ganze Staatsministerium diesen Vorschlägen bei, welche dann von Bismarck und Roon an maßgebender Stelle vorgetragen wurden.

Der König wollte zwar eine Ausgleichung des Verlustes des dritten Dienstjahres durch bedeutende Vermehrung der Kapitulanten als möglich, wenn auch ungewiß, gelten lassen, entschied aber, daß Einführung der Stellvertretungsgelder mit dem Grundsatze der allgemeinen Wehrpflicht unvereinbar sei.

Eine andere Finanzquelle stand nicht zu Gebote; der beabsichtigte Aussöhnungsversuch mußte daher aufgegeben werden.

Diesen Vorgang, von dem ich im Jahre 1865 nichts erfuhr, hat mir vier Jahre später der Minister des Innern, Graf Eulenburg, auf einem Spaziergange in Varzin aus-

führlich erzählt. Er knüpfte daran die Bemerkung, daß die vom Könige gegen die Wünsche des Ministeriums getroffene Entscheidung für das Land segensreich gewesen sei. Im Jahre 1866 habe man den unschätzbaren praktischen Wert der allgemeinen Dienstpflicht erkannt; nicht nur im Felde, wo die höher gebildeten Gemeinen durch ihre Begeisterung die mitunter stumpfen Kameraden fortrissen, sondern auch in der Heimat. Der Kleinbauer, der einen Sohn verlor, habe einen gewissen Trost empfunden, wenn sein reich begüterter Nachbar von gleichem Unglück betroffen wurde.

Im Mai 1865 erhielt Bismarck von unserem früheren Gesandten in Konstantinopel, General von Wildenbruch, dem Vater des Dichters, einen vertraulichen Brief, welcher genau dieselben Vorschläge zur Verständigung mit dem Landtage enthielt. Er gab mir das Blatt mit den Worten: „Ich habe von Wildenbruch bisher nur wenig gewußt; jetzt sehe ich, daß er ein grundgescheiter Mann ist."

Obwohl die erwähnte Erzählung Eulenburgs für mich keiner Beglaubigung bedarf, so gewährt es mir doch eine gewisse Befriedigung, von Bismarck selbst diese indirekte Bestätigung derselben erhalten zu haben[1]).

Der Versuch Bismarcks, eine Grundlage zur Verständigung mit dem Abgeordnetenhause zu finden, mißlang

[1]) Als bei der Militärvorlage von 1892 es sich um die Beseitigung des dritten Dienstjahres bei der Infanterie gegen gewisse Kompensationen handelte, schickte ich dem damaligen Reichskanzler den Entwurf eines Zeitungsartikels, welcher die von Eulenburg erzählten Thatsachen ohne Nennung der Quelle enthielt. General von Caprivi ließ diesen „Ein Rückblick" überschriebenen Artikel in der „Post" vom 31. Dezember 1892 abdrucken, hielt den Inhalt desselben also für

alſo; die Kluft erweiterte ſich immer mehr, der Ton der Volksvertreter gegen die Miniſter, namentlich gegen den Kriegsminiſter, wurde immer feindlicher. Das verbitterte Haus ließ ſich weder durch die glänzenden Thaten des Heeres, noch durch die Befreiung der Elbherzogtümer vom däniſchen Joch, zu irgend einem thatſächlichen Entgegenkommen bewegen. Der Militäretat wurde wieder um die Koſten der neuen Regimenter gekürzt, der ganze Etat wieder vom Herrenhauſe verworfen. Die ausführlich motivierten Forderungen für Erweiterung der Marine, wie für Deckung der Koſten des däniſchen Krieges wurden rund abgelehnt.

Bei den Verhandlungen über Vorlagen wegen der Marine und der Kriegskoſten hielt Bismarck merkwürdige Reden, aus welchen ich hier einige Auszüge gebe.

Am 1. Juni führte er aus, die in den letzten zwanzig Jahren oft und lebhaft hervorgetretenen Sympathien für die Marine würden jetzt verleugnet; der maritime Ehrgeiz der preußiſchen liberalen Partei ſchiene einigermaßen reduziert zu ſein. Man wolle ſo lange, bis es nicht gelungen wäre andere deutſche Staaten in Mitleidenſchaft zu ziehen, nicht nur deren Handel, ſondern auch den preußiſchen Handel in der verhältnismäßigen Schutzloſigkeit belaſſen, in der er ſich jetzt befinde. Der Heranziehung anderer Staaten zu ſchweren Laſten ſtehe aber entgegen, daß im allgemeinen in Deutſchland partikulare Inter-

richtig. Daß 1865 in dieſer Angelegenheit ein ſchriftlicher Immediatbericht erſtattet worden ſei, glaube ich nicht. Denn in ſo hochwichtigen Fragen pflegte ſchriftlich nur berichtet zu werden, nachdem der König dem Antrage bei mündlichem Immediatvortrag zugeſtimmt hatte. Es wird daher vielleicht nie eine urkundliche Beſtätigung der erwähnten Mitteilungen des Grafen Eulenburg aufgefunden werden.

essen stärker sind, als der Gemeinsinn. Die Existenz auf der Basis der Phäaken sei bequemer als auf der Basis der Spartaner. Man lasse sich gern schützen, aber man zahle nicht gern, und am allerwenigsten gäbe man das geringfügigste Hoheitsrecht zum Besten der allgemeinen Interessen auf. Er (der Minister) sei nicht darauf gefaßt gewesen, in dem Kommissionsberichte eine indirekte Apologie Hannibal Fischers zu finden, der die deutsche Flotte unter den Hammer brachte. Auch jene deutsche Flotte sei daran gescheitert, daß in den deutschen Gebieten, ebenso in den höheren regierenden Kreisen wie in den niederen, die Parteileidenschaft mächtiger war wie der Gemeinsinn.

Dann fuhr er fort:

„Sie zweifeln, ob es mir gelingen wird, Kiel zu erwerben.

„Wir besitzen in den Herzogtümern mehr als Kiel; wir besitzen die volle Souveränetät in den Herzogtümern in Gemeinschaft mit Oesterreich .... Unser Besitz ist ein gemeinsamer — das ist wahr — mit Oesterreich. Nichtsdestoweniger ist er ein Besitz, für dessen Aufgebung wir berechtigt sein würden, unsere Bedingungen zu stellen. Eine dieser Bedingungen, und zwar eine der ganz unerläßlichen .... ist das künftige alleinige Eigentum des Kieler Hafens für Preußen. ....

„Wir fordern nichts als die Möglichkeit, Deutschland zur See wehrhaft zu machen in dem Umfange, in dem uns dies mit den Mitteln der Herzogtümer erlaubt sein wird, und gegen die Wahrscheinlichkeit, Düppel in nicht gar zu langer Zeit noch einmal belagern und stürmen zu müssen, diejenige

Garantie zu gewinnen, die die Hilfsquellen der Herzogtümer geben können. . . . .

„Zweifeln Sie dennoch an der Möglichkeit, unsere Absichten zu verwirklichen, so habe ich schon in der Kommission ein Auskunftsmittel empfohlen: limitieren Sie die Anleihe dahin, daß die erforderlichen Beträge nur dann zahlbar sind, wenn wir wirklich Kiel besitzen, und sagen Sie: kein Kiel, kein Geld. . . . . Die Fälle, wo Sie glauben, diplomatische Erfolge gewonnen zu haben, und auf welche Sie sich an einer anderen Stelle des Berichtes berufen, passen nicht.

„Sie schreiben es der liberalen Strömung, dem Einfluß dieses Hauses zu, daß der Zollverein rechtzeitig wieder hergestellt sei. Ich erinnere Sie an die Thatsache, daß der erste Staat, der aus der Koalition unserer Gegner ausschied, der die Bresche legte, vermöge deren die Stellung der übrigen unhaltbar wurde, der beide Landesteile Preußens verbindet, so daß er eine Barriere zwischen den Nordseestaaten und den Binnenstaaten schafft, daß dies Kurhessen war. Nun glaube ich wohl, meine Herren, daß Sie einen großen Einfluß auf manche Regierungen Deutschlands ausüben mögen, aber auf Kurhessen nicht.

„Ich komme dabei zurück darauf, daß der Herr Vorredner[1]) uns empfahl, wir hätten die Zollvereinskrisis stärker ausnützen sollen, um politische Vorteile zu Gunsten einer bundesstaatlichen Vereinigung daraus zu gewinnen, wenn auch nur die Anfänge davon. Ich habe dieselbe Idee gehabt bei der vorigen Zollvereinskrisis vor zwölf Jahren. Ich war

[1]) Der Abgeordnete Loewe.

damals noch neu in den Geschäften. Wenn man längere Zeit darin gewesen ist, dann überzeugt man sich, daß das Bedürfnis der Rekonstituierung des Zollvereins nicht stark genug ist, um dafür eine Souveränetätsverminderung den Fürsten annehmbar zu machen. . . . .

„Ein anderer politischer Erfolg dieses Hauses, den der Kommissionsbericht demselben zuspricht, hat mich noch mehr überrascht. Sie sind der Meinung, ‚auch in der schleswigschen Frage habe die Regierung, was sie erreicht, nur der Richtung des öffentlichen Geistes und der Zustimmung des Landtages für die Loslösung der Herzogtümer zu danken'. Ich konstatiere, daß Sie uns damit die Tendenz, die Herzogtümer loszulösen, zuerkennen; von Ihrer Zustimmung zu etwas, was die Regierung gethan hätte, ist mir nichts erinnerlich. Haben Sie mit der Verweigerung der Anleihe, die wir damals von Ihnen verlangten, Düppel erobert und Alsen? Dann, meine Herren, habe ich auch die Hoffnung, daß aus Ihrer Verweigerung der jetzigen Anleihe auch eine preußische Flotte hervorgehen werde . . .

„Das, was früher Ihr Ideal war, ist jetzt für die preußische Regierung das Minimum des Erreichbaren. Wir können das, was Sie vor 1 1/2 Jahren als Höchstes erstrebten, in jeder Viertelstunde ins Werk setzen: einen unabhängigen schleswig-holsteinschen Staat, sogar mit einigen mäßigen, uns aber nicht genügenden Vorteilen für Preußen — es bedarf nur einer in einer Viertelstunde aufzusetzenden Erklärung der Königlichen Regierung, und der Staat wäre geschaffen." . . . .

Nach einer Darlegung der Verfassungsänderungen, welche erforderlich sein würden, um die Ansprüche des Hauses zu befriedigen, sagte der Minister:

„Sie versuchen, diese Aenderungen dadurch zu erzwingen, daß Sie zu Zwecken, deren Nützlichkeit Sie an und für sich nicht bestreiten können, Ihre Mitwirkung versagen, die Staatsmaschine, so viel an Ihnen liegt, zum Stillstand bringen, ja in Sachen der auswärtigen Politik — ich kann nicht umhin, es zu sagen — das Gemeinwesen schädigen, soweit Sie es innerhalb Ihrer Befugnisse vermögen, durch Verweigerung Ihrer Mitwirkung.

„Das alles, um eine Pression auf die Krone auszuüben, daß sie ihre Minister entlasse, daß sie Ihre Auffassung des Budgetrechts annehme. Meine Herren, Sie kommen dadurch genau in die Lage der falschen Mutter im Urteil Salomonis, die lieber will, daß das Kind zu Grunde gehe, als daß damit anders als nach ihrem Willen geschehe. . . . .

„Ich kann nicht leugnen, daß es mir einen peinlichen Eindruck macht, wenn ich sehe, daß angesichts einer großen nationalen Frage, die seit zwanzig Jahren die öffentliche Meinung beschäftigt hat, diejenige Versammlung, die in Europa für die Konzentration der Intelligenz und des Patriotismus in Preußen gilt, zu keiner anderen Haltung als zu der einer impotenten Negation sich erheben kann.

„Es ist dies, meine Herren, nicht die Waffe, mit der Sie dem Königtum das Scepter aus der Hand winden werden. Es ist auch nicht das Mittel, durch das es Ihnen gelingen wird, unseren konstitutionellen Einrichtungen diejenige Festigkeit und weitere Ausbildung zu geben, deren sie bedürfen."

Am folgenden Tage sagte Virchow als Berichterstatter, daß, wenn es dem Ministerpräsidenten gelungen sei, durch eine große Krisis hindurch, trotz mancher Sprünge seiner

Politik ein gewiß großes und anerkennenswertes Resultat zu erreichen, dies nicht als sein Verdienst anzuerkennen, sondern für einen Zufall zu halten sei . . . .

Man habe nicht bloß allgemeines Mißtrauen gegen dieses budgetlose Ministerium, sondern man halte diese Personen nach ihren Leistungen nicht für berechtigt, Vertrauen in Anspruch zu nehmen.

Hierauf erwiderte Bismarck u. a. folgendes:

„Ich bin der Anerkennung in sehr geringem Maße bedürftig und gegen Kritik ziemlich unempfindlich. Nehmen Sie immerhin an, daß alles, was geschehen ist, rein zufällig geschah, daß die preußische Regierung daran vollständig unschuldig ist, daß wir der Spielball fremder Intriguen und äußerer Einflüsse gewesen sind, deren Wellenschlag uns zu unserer eigenen Ueberraschung an der Küste von Kiel ans Land geworfen hat. Nehmen Sie das immerhin an, mir genügt es, daß wir da sind."

An diese Verhandlung knüpfte sich eine Duellforderung, welche damals Sensation erregte und noch kürzlich in ungenauer Weise öffentlich besprochen worden ist.

Virchow hatte mit Bezug auf die oben mitgeteilte Aeußerung Bismarcks, daß in dem Kommissionsberichte eine indirekte Apologie Hannibal Fischers zu finden sei, geäußert, wenn der Ministerpräsident den Bericht wirklich gelesen, so wisse er, Virchow, nicht, „was er von der Wahrhaftigkeit desselben denken solle".

Mit Bezug hierauf sagte Bismarck:

„Der Herr Referent hat lange genug in der Welt gelebt, um zu wissen, daß er sich damit der technischen und

„Sie versuchen, diese Aenderungen dadurch zu erzwingen, daß Sie zu Zwecken, deren Nützlichkeit Sie an und für sich nicht bestreiten können, Ihre Mitwirkung versagen, die Staatsmaschine, so viel an Ihnen liegt, zum Stillstand bringen, ja in Sachen der auswärtigen Politik — ich kann nicht umhin, es zu sagen — das Gemeinwesen schädigen, soweit Sie es innerhalb Ihrer Befugnisse vermögen, durch Verweigerung Ihrer Mitwirkung.

„Das alles, um eine Pression auf die Krone auszuüben, daß sie ihre Minister entlasse, daß sie Ihre Auffassung des Budgetrechts annehme. Meine Herren, Sie kommen dadurch genau in die Lage der falschen Mutter im Urteil Salomonis, die lieber will, daß das Kind zu Grunde gehe, als daß damit anders als nach ihrem Willen geschehe. . . . .

„Ich kann nicht leugnen, daß es mir einen peinlichen Eindruck macht, wenn ich sehe, daß angesichts einer großen nationalen Frage, die seit zwanzig Jahren die öffentliche Meinung beschäftigt hat, diejenige Versammlung, die in Europa für die Konzentration der Intelligenz und des Patriotismus in Preußen gilt, zu keiner anderen Haltung als zu der einer impotenten Negation sich erheben kann.

„Es ist dies, meine Herren, nicht die Waffe, mit der Sie dem Königtum das Scepter aus der Hand winden werden. Es ist auch nicht das Mittel, durch das es Ihnen gelingen wird, unseren konstitutionellen Einrichtungen diejenige Festigkeit und weitere Ausbildung zu geben, deren sie bedürfen."

Am folgenden Tage sagte Virchow als Berichterstatter, daß, wenn es dem Ministerpräsidenten gelungen sei, durch eine große Krisis hindurch, trotz mancher Sprünge seiner

Politik ein gewiß großes und anerkennenswertes Reſultat zu erreichen, dies nicht als ſein Verdienſt anzuerkennen, ſondern für einen Zufall zu halten ſei . . . .

Man habe nicht bloß allgemeines Mißtrauen gegen dieſes budgetloſe Miniſterium, ſondern man halte dieſe Perſonen nach ihren Leiſtungen nicht für berechtigt, Vertrauen in Anſpruch zu nehmen.

Hierauf erwiderte Bismarck u. a. folgendes:

„Ich bin der Anerkennung in ſehr geringem Maße bedürftig und gegen Kritik ziemlich unempfindlich. Nehmen Sie immerhin an, daß alles, was geſchehen iſt, rein zufällig geſchah, daß die preußiſche Regierung daran vollſtändig unſchuldig iſt, daß wir der Spielball fremder Intriguen und äußerer Einflüſſe geweſen ſind, deren Wellenſchlag uns zu unſerer eigenen Ueberraſchung an der Küſte von Kiel ans Land geworfen hat. Nehmen Sie das immerhin an, mir genügt es, daß wir da ſind."

An dieſe Verhandlung knüpfte ſich eine Duellforderung, welche damals Senſation erregte und noch kürzlich in ungenauer Weiſe öffentlich beſprochen worden iſt.

Virchow hatte mit Bezug auf die oben mitgeteilte Aeußerung Bismarcks, daß in dem Kommiſſionsberichte eine indirekte Apologie Hannibal Fiſchers zu finden ſei, geäußert, wenn der Miniſterpräſident den Bericht wirklich geleſen, ſo wiſſe er, Virchow, nicht, „was er von der Wahrhaftigkeit desſelben denken ſolle".

Mit Bezug hierauf ſagte Bismarck:

„Der Herr Referent hat lange genug in der Welt gelebt, um zu wiſſen, daß er ſich damit der techniſchen und

spezialen Wendung gegen mich bedient hat, vermöge deren man einen Streit auf das rein persönliche Gebiet zu werfen pflegt, um denjenigen, gegen den man den Zweifel an seiner Wahrheitsliebe gerichtet hat, zu zwingen, daß er sich persönlich Genugthuung fordert. Ich frage Sie, meine Herren, wohin soll man mit diesem Tone kommen? Wollen Sie den politischen Streit zwischen uns auf dem Wege der Horatier und Kuratier erledigen?

„Es ließe sich davon reden, wenn es Ihnen erwünscht ist.

„Wenn das aber nicht, meine Herren, was bleibt mir dann anderes übrig, als gegen einen solchen starken Ausdruck meinerseits einen noch stärkeren wieder zu gebrauchen? Es ist dies, da wir Sie nicht verklagen können, der einzige Weg, auf dem wir uns Genugthuung verschaffen können, ich wünschte aber nicht, daß Sie uns in die Notwendigkeit versetzen, ihn zu betreten. Und wie weist der Herr Berichterstatter mir den Mangel an Wahrheit nach? Wenn ich mich noch der langen Rede recht erinnere, so warf er mir als nicht übereinstimmend mit dem Berichte diejenige meiner Aeußerungen vor, durch die ich die liberale Partei beschuldigte, ihre Sympathien für die Flotte hätten sich vermindert. Um zu beweisen, daß dies unrichtig war, liest er mir all die schönen Worte vor, die die Kommission in dem Berichte für die Flotte gemacht hat, während doch der Schluß lautet, Geld geben wir nicht. Ja, meine Herren, wenn Worte Geld wären, dann hätten wir der Freigebigkeit, mit der Sie die Regierung behandeln, nur unsere dankbare Bewunderung zu zollen."

Diese Verhandlung fand am 2. Juni statt. Am 3. früh ließ der Minister durch einen Vetter seiner Gemahlin, Haupt-

mann von Puttkamer, Herrn Virchow auffordern, jene Beleidigung zurückzunehmen oder durch einen Zweikampf Genugthuung zu geben. Virchow mußte gerade an den Rhein verreisen und gab keine bestimmte Erklärung. An demselben Tage erzählte Bismarck auf Befragen eines Diplomaten, daß er Virchow gefordert habe. Am 6. erschien eine bezügliche Nachricht in der Kölnischen Zeitung; ob dieselbe von einem Freunde des Herrn Virchow oder aus diplomatischer Quelle kam, ist nicht festgestellt worden. Von da ab wurde jede Bewegung der Beteiligten polizeilich beobachtet. Zwischen dem Abgeordneten von Hennig und mir fand am 6. eine Verhandlung statt, welche ergebnislos blieb, weil Hennig an der für mich unannehmbaren Ansicht festhielt, der eigentlich Beleidigende sei der Ministerpräsident gewesen, durch die Nebeneinanderstellung Virchows und Hannibal Fischers. Im Abgeordnetenhause erklärte am 8. Forkenbeck, Virchow würde seine Pflicht gegen das Land verletzen, wenn er wegen einer von ihm als Abgeordneten gethanen Aeußerung eine Duellforderung annehme. Der Präsident Grabow stimmte ihm lebhaft zu; ebenso die Abgeordneten Twesten, Waldeck und Gneist. Man betonte auch, daß die angeblich beleidigende Aeußerung Virchows vom Präsidenten nicht gerügt worden war. Dagegen aber wurde geltend gemacht, wenn jemand sich durch ein im Hause gefallenes Wort in seiner Ehre gekränkt fühle, so sei er allein Richter darüber, was zur Herstellung seiner Ehre geschehen müsse; und weder die Meinung einer Majorität des Hauses, noch die des Präsidenten allein, könne ihm die als notwendig empfundene Genugthuung gewähren. Dieser von drei Konservativen vertretenen Ansicht

traten auch einzelne Mitglieder des linken Centrums bei, wie Stavenhagen und Bochum-Dolffs. Es wurde nicht abgestimmt, aber man war darüber einverstanden, daß die Majorität auf seiten des Präsidenten stand, welcher am Schluß nochmals die „dringende Erwartung" aussprach, daß Virchow — der nicht anwesend war — sich der Meinung des Hauses unterwerfen werde.

Am 8. abends teilte der Abgeordnete von Hennig schriftlich mit, daß Virchow die Duellforderung ablehnte.

Wenn dieser Abschluß der Sache mich auch nicht ganz befriedigte, so war ich doch froh über die Beseitigung eines Streitfalles, in dessen Behandlung von seiten meines Chefs ich seine sonst immer von mir bewunderte überlegene Weisheit vermißt hatte.

Virchows unziemlicher Angriff schien mir durch die oben mitgeteilte öffentliche Belehrung siegreich abgewiesen, die Duellforderung daher ein anfechtbarer Luxus. Nachdem sie aber einmal erfolgt war, hätte es doch wohl der Geheimhaltung bedurft, um mit Sicherheit dem Gegner die Verantwortung eines etwaigen Bekanntwerdens zuschieben zu können, welches notwendigerweise augenfällige polizeiliche Vorkehrungen hervorrufen mußte, die den Ernst der Sache schädigten.

Natürlich war ich vom ersten Augenblick an entschlossen gewesen, das Duell mit erlaubten oder unerlaubten Mitteln zu verhindern. Es wäre nach meinem Gefühle Landesverrat gewesen, den unersetzlichen Mann einer Bleikugel oder dem Strafrichter entgegengehen zu lassen.

Bei der am 13. Juni stattfindenden Beratung der Kriegskostenvorlage erinnerte Bismarck daran, welche Befürchtungen

das Haus im Dezember 1863 durch Annahme der Resolution Schulze-Delitzsch zu erkennen gegeben hatte. Darin sei gesagt worden, „daß dieser Gang in der preußisch-österreichischen Politik kein anderes Ergebnis haben kann, als das: die Herzogtümer zum zweitenmal an Dänemark zu überliefern; daß die königliche Staatsregierung, indem sie diese rein deutsche Sache als europäische behandelt, die Einmischung des Auslandes herbeizieht; daß die angedrohte Vergewaltigung den berechtigten Widerstand der übrigen deutschen Staaten und damit den Bürgerkrieg in Deutschland herausfordert".

Alle diese Befürchtungen seien nicht eingetroffen. Auch die von dem Hause damals positiv bezeichneten Wünsche seien erfüllt, oder, so weit die Erfüllung in Betreff der Einsetzung des Herzogs rückständig, liege sie, wie früher erwähnt, ganz in unserer Hand und könne erfolgen, sobald wir die Sicherheit hätten, daß die im Interesse Preußens und des gesamten Deutschlands an die Herzogtümer zu stellenden Forderungen durch den Herzog erfüllt werden würden.

Man werfe der Regierung vor, daß der von ihr eingeschlagene Weg uns in Schleswig-Holstein einen Mitbesitzer gegeben habe; der von dem Hause empfohlene Weg aber würde uns 32 Mitbesitzer gegeben haben und an deren Spitze den jetzigen, und zwar nicht mit derselben Gleichberechtigung, sondern mit der Ueberlegenheit der Präsidialmacht und als Führer der Bundesmajorität gegen Preußen.

Ferner habe ein Redner getadelt, daß wir eine Gelegenheit versäumt hätten, uns an die Spitze der mittleren und kleineren Staaten Deutschlands zu stellen. Wenn der Herr eine Zeit lang Bundestagsgesandter in Frankfurt gewesen wäre,

so würde er sich überzeugt haben, daß die Majorität der Mittel- und Kleinstaaten sich nicht freiwillig einer preußischen Aktion unterzuordnen bereit gewesen wäre, ohne Preußen in der Ziehung der Konsequenzen aus dieser Aktion zu hemmen.

Dann fuhr der Minister fort:

„Die Frage, über die ich hier einen Ausspruch des Hauses noch mehr als über die finanzielle erwartet hätte, ist die politische, die Frage der Gegenwart und Zukunft. Diese Frage nun, die seit 20 Jahren in dem Vordergrunde des deutschen politischen Interesses gestanden hat, diese Frage harrt gegenwärtig der Lösung. Sie, meine Herren, sind durch die Vorlage der Regierung in die Lage gesetzt, sich zu äußern. Sie haben die Gelegenheit zu sprechen — ich möchte sagen, Sie sind en demeure gesetzt zu reden. Das Land hat ein Recht zu erfahren, was die Meinung seiner Landesvertretung über die Sache sei ....“

„Ich halte es für die Herzogtümer allerdings außerordentlich viel vorteilhafter, Mitglied der großen preußischen Genossenschaft zu werden, als einen neuen Kleinstaat mit fast unerschwinglichen Lasten zu errichten. Aber wenn dieses Programm verwirklicht werden sollte, so würden eben auch diese selben Lasten auf den preußischen Staat übernommen werden müssen. Wir würden nicht die Herzogtümer in den preußischen Staatsverband unter irgend einer Form aufnehmen können und ihnen dennoch die preußischen Kriegskosten abverlangen, oder sie die österreichischen Kriegskosten bezahlen lassen, oder sie auch nur in der Ungleichheit der Schulden bestehen lassen, welche doppelt so viel auf einen Kopf in Schleswig-Holstein austragen, wie in Preußen. Wir

würden sie mit allen preußischen Staatsbürgern gleichstellen müssen."

Dann führte der Minister aus, der Gedanke der Annexion habe, auch wenn er nicht zur Ausführung käme, jedenfalls Gutes gewirkt. Das Erbteil kleinstaatlicher Verhältnisse, die Abneigung gegen die Uebernahme von Pflichten der Bürger eines großen Staates, die Abneigung zur Bewilligung solcher Bedingungen, die der Bevölkerung Lasten, namentlich in der Heeresfolge, auferlegen, diese Abneigung habe sich vermindert in demselben Maße, in dem die Idee der Annexion Boden gewann. Unter dem Drucke dieser Idee habe man sich unseren Wünschen genähert, aber noch nicht so weit, daß wir darauf abschließen könnten.

Bei den nun folgenden Abstimmungen konnte das Haus sich über irgend eine Ansicht in der schleswig-holsteinschen Sache nicht einigen; sämtliche Anträge blieben in der Minorität.

Die Session wurde am 17. Juni auf Befehl des Königs durch eine Rede des Ministerpräsidenten geschlossen, welche die überwiegend negativen Resultate der Session aufzählte, dann aber folgende Worte brachte:

„Die Regierung Seiner Majestät . . . wird unbeirrt durch feindseligen und maßlosen Widerstand in Rede und Schrift, stark im Bewußtsein ihres guten Rechts und guten Willens, den geordneten Gang der öffentlichen Angelegenheiten aufrecht erhalten und die Interessen des Landes nach außen wie nach innen kräftigst vertreten. Sie lebt der Zuversicht, daß der Weg, den sie bisher inne gehalten, ein gerechter und heilsamer gewesen ist, und daß der Tag nicht mehr fern sein

kann, an welchem die Nation, wie bereits durch Tausende aus freier Bewegung kund gewordener Stimmen geschehen, so auch durch den Mund ihrer geordneten Vertreter ihrem königlichen Herrn Dank und Anerkennung aussprechen werde."

* * *

Im Bunde stimmte Oesterreich für den bereits erwähnten bayerischen Antrag wegen Einsetzung Augustenburgs, welcher mit 9 gegen 6 Stimmen zum Beschluß erhoben wurde. Preußen erklärte sofort, die „vertrauensvolle Erwartung" des Bundes werde sich nicht erfüllen, und kündigte an, daß alte brandenburgische Ansprüche auf die Herzogtümer nachzuweisen seien.

Die Einrichtung der preußischen Marinestation im Kieler Hafen rief einen österreichischen Protest hervor, der von Preußen „mit Befremden" zurückgewiesen wurde, da jedem der Miteigentümer die Benutzung der Häfen und Buchten des Landes frei stehe und längst bekannt sei, daß Preußen keiner Entscheidung über die Zukunft der Herzogtümer zustimmen werde, welche den Kieler Hafen nicht in seinen Händen ließe.

So schärften sich die Gegensätze. Der König berief am 29. Mai einen Ministerrat. Nur Bodelwingh wünschte, einen Bruch mit Oesterreich jedenfalls zu vermeiden; von den übrigen Ministern rieten einige sogleich die Annexion zu fordern, also den Krieg herbeizuführen, andere bei den Februarbedingungen, als erster Etappe zur Annexion, stehen zu bleiben. Bismarck meinte, da in Wien die Tendenz der Niederhaltung Preußens wieder zur Herrschaft gelangt sei, werde es wohl früher oder später zum Kriege kommen; er könne aber den

Rat dazu nicht geben. Ein solcher Entschluß dürfe nur aus freier Ueberzeugung Seiner Majestät hervorgehen. Der König behielt sich die Entscheidung vor; es blieb daher bei dem Programm der Februarbedingungen.

Im Juni lud Bismarck Herrn Paul Mendelssohn-Bartholdy zu einer Besprechung ein, um dessen Ansicht darüber zu hören, wie die kaufmännische Welt einen Krieg mit Oesterreich auffassen würde. Er überraschte Herrn Mendelssohn — wie dieser mir bald darauf erzählt hat — durch die Darlegung seiner Ueberzeugung, daß der Krieg, wenn er wirklich ausbräche, binnen vier Wochen beendigt sein würde, da unsere Armee der österreichischen durch Zahl und Ausbildung der Truppen, sowie durch schnellere Mobilmachungsfähigkeit weit überlegen sei.

Trotz dieser Ueberzeugung, welche er sonst meines Wissens niemals in so bestimmter Weise ausgesprochen hat, blieb sein eifriges Bestreben, Wege zu friedlicher Verständigung mit dem Bundesgenossen zu finden; viele Depeschen wurden gewechselt wegen der Modalitäten einer Einberufung des schleswig-holsteinischen Landtages, welche Bismarck, trotz der notorischen Stimmungen der dortigen Bevölkerung, für zweckmäßig hielt. Es kam aber nicht dazu, weil Graf Mensdorff schließlich seine entschiedene Abneigung dagegen zu erkennen gab und mit versöhnlichen Vorschlägen hervortrat; vielleicht infolge innerer Schwierigkeiten des Donaureiches. Im Juni knüpfte man die im März abgebrochenen Verhandlungen über die Februarbedingungen wieder an. Graf Mensdorff meinte, der Kieler Hafen und Rendsburg könnten zugestanden werden, wegen der Militärhoheit jedoch sei die Entscheidung dem Bunde vor-

zubehalten; über andere Punkte, wie die Marine, den Nord-Ostsee-Kanal, die Verkehrsverhältnisse, möge Preußen sich mit dem künftigen Souverän direkt verständigen, dessen baldige Einsetzung daher dringend zu wünschen sei.

Bismarck acceptierte vollständig dieses ganze Programm in der Hoffnung, daß beim Bunde das sachliche Bedürfnis einer Militärkonvention Anerkennung finden würde, und fügte hinzu, Preußen wäre auch zu sofortiger Einsetzung eines Herzogs bereit, wenn Oesterreich statt des Erbprinzen den Großherzog von Oldenburg annehme. Erst neuerlich habe das Kaiserliche Kabinett die früher von ihm abgelehnte Kandidatur Augustenburgs bevorzugt, welche jedoch wegen fortgesetzt ungehörigen Verhaltens desselben für Preußen nicht annehmbar sei.

Auch nach dem Einzuge der preußischen Truppen in Holstein hatte der Prinz nämlich nicht aufgehört sich als dem Landesherren huldigen zu lassen. Solche Thatsachen empfand der König als Verletzungen seines Hoheitsrechtes. Er gab in einem eigenhändigen Schreiben dem Wunsche Ausdruck, der Erbprinz möchte die Herzogtümer verlassen, um die Schwierigkeiten der Lage zu vermindern. Derselbe hatte früher einige Jahre in Potsdam beim ersten Garderegiment gestanden und war als Besitzer einer Herrschaft in Schlesien preußischer Unterthan. Der König war daher unangenehm überrascht, als eine bestimmt ablehnende Antwort einging.

Am 6. Juli wurde der Geburtstag des Erbprinzen in mehreren Städten der Herzogtümer, namentlich in Kiel, durch öffentliche Veranstaltungen gefeiert; auch empfing er verschiedene huldigende Deputationen. Fast gleichzeitig erhielt

der König in Karlsbad ein Rechtsgutachten der Kronjuriſten, welches den Anſpruch des Hauſes Auguſtenburg auf die Thronfolge in den Herzogtümern verneinte.

Das Kronſyndikat, welches im Dezember 1864 aufgefordert war, die auguſtenburgiſchen, oldenburgiſchen und brandenburgiſchen Anſprüche zu prüfen, beſtand damals aus 18 Juriſten, von denen ſich 14 in abſolut unabhängigen Stellungen befanden. Ihr Beruf[1]) war nicht etwa, Rechte der Krone zu vertreten, ſondern, dem König auf Befragen über zweifelhafte Rechtsverhältniſſe Auskunft zu geben. Dieſe Männer, unter welchen ſich die erſten juriſtiſchen Autoritäten des Landes befanden, hatten nach gründlicher Prüfung des ganzen urkundlichen Materials durch Majoritätsbeſchluß feſtgeſtellt, daß die auguſtenburgiſchen Anſprüche infolge des Verzichts des Herzogs Chriſtian erloſchen ſeien, und daß kein anderes Hoheitsrecht in den Herzogtümern beſtehe, als das von Preußen und Oeſterreich durch den Wiener Frieden erworbene.

Durch dieſes Gutachten fühlte der König ſich von den Gewiſſensbedenken erlöſt, welche ihn 1864 in Schönbrunn und ſpäter verhindert hatten, für die Annexion einzutreten.

* * *

Am 26. Juni ſchloſſen ſich Bismarck und Abeken dem Gefolge des Königs in Karlsbad an, ich konnte mich erſt einige Tage ſpäter dort melden. Wir wohnten diesmal in der hoch über dem Sprudel inmitten eines ſchattigen Gartens einſam gelegenen Villa „Helenenhof".

[1]) Kabinettsordres vom 12. Oktober und 27. November 1864, ſ. Bauer, Neuere ſtändiſche Geſetzgebung S. 447.

Einige Wochen vorher hatte ein Hofbeamter mir diese Wohnung für den Minister telegraphisch angeboten, und in Abwesenheit desselben hatte ich sie gemietet, ohne zu bedenken, daß das täglich mehrmalige Ersteigen von vielleicht hundert Treppenstufen ihm lästig sein würde. Beim Ankommen sagte er zu Abeken: „Die Aussicht ist ja hier recht schön; aber die Wohnung paßt doch mehr für einen Dichter, als für einen Geschäftsmann.“ Er soll in den ersten Tagen über das viele Steigen geklagt haben; empfänglich aber war er für die reine Luft auf der kleinen Höhe. Auch daß unmittelbar unter seinem Schlafzimmer ein Paar Kühe standen und sich mitunter hörbar machten, war ihm angenehm. Alles, was an das Landleben erinnerte, pflegte ihn anzuheimeln. Als ich ankam, verlor er kein Wort über die Wohnung.

Abeken, auf dessen Leistungsfähigkeit gerade in diesen Wochen viel ankam, wurde durch den Aufenthalt in diesen idyllischen Umgebungen sichtlich erfrischt und gestärkt. Unsere kameradschaftliche Freundschaft befestigte sich und ist niemals, auch nur für einen Augenblick, durch irgend eine Mißempfindung getrübt worden. Die Geschäftsverteilung zwischen uns war dieselbe wie im Jahre vorher; Abeken bearbeitete die ganze politische Korrespondenz, welche damals Wien gegenüber ernste Töne anzuschlagen hatte.

Man war über die Behandlung der Februarbedingungen einig geworden, aber die Anwesenheit des Erbprinzen in Holstein erwies sich als ein unübersteigliches Hindernis der Verständigung. Wir bezeichneten die fortgesetzten öffentlichen Demonstrationen für einen willkürlich aufgestellten Landesherrn als unverträglich mit dem unanfechtbaren Hoheitsrechte des Königs.

Man erwog alle für den Fall der Selbsthilfe erforderlichen Vorkehrungen und faßte die Möglichkeit des Krieges mit Oesterreich scharf ins Auge.

Zum 21. Juli berief der König alle Minister, sowie Goltz und Werther nach Regensburg. Dort wurde die letzte nach Wien zu richtende Depesche festgestellt, welche darauf hinausging, daß, wenn Oesterreich der Herstellung der Ordnung in den Herzogtümern zuzustimmen beharrlich ablehne, Preußen einseitig das Erforderliche vorkehren werde.

Bezügliche Befehle sollten jedoch während der beabsichtigten Anwesenheit des Königs in Gastein noch nicht erlassen werden; man hatte schon in Karlsbad das Anerbieten des Grafen Mensdorff, einen Vertrauensmann zur Besprechung der Lage zu senden, bereitwillig angenommen.

Auf der Reise von Regensburg nach Gastein gab es einen Ruhetag in Salzburg. Dorthin kam Pfordten, welcher, obwohl ein Führer der Mittelstaaten, doch in manchen Beziehungen unseren Anschauungen weniger fern stand als Beust. Bismarck legte ihm mit rückhaltloser Offenheit die Schwierigkeiten der Lage dar, worauf Pfordten die relative Berechtigung unserer Auffassung anerkannte und sowohl auf Graf Mensdorff, wie auf den Erbprinzen, vermittelnd einwirken zu wollen erklärte.

Zwei Tage später wurde in Altona der Redakteur der Schleswig-Holsteinischen Zeitung, ein preußischer Unterthan Namens May, wegen der strafbaren Angriffe seiner Zeitung auf den König von einer preußischen Patrouille gefangen genommen und nach der Festung Rendsburg abgeführt. Gegen dieses Verfahren protestierten die Kieler Landesregierung und

Baron Halbhuber. Briefe, welche den letzteren kompromittierten, wurden unter Mays Papieren gefunden.

In Wien war inzwischen eine seit längerer Zeit vorbereitete vollständige Wandlung der inneren Politik durch einen Ministerwechsel zum Ausdruck gekommen. Nur Graf Mensdorff, der Kriegsminister und Graf Moritz Esterhazy blieben davon unberührt; aber Herr von Schmerling, der Leiter der liberalen inneren Politik, und seine gleichgesinnten Kollegen wurden entlassen. Schmerling hatte zwar einige Jahre hindurch das Parlament mit ungewöhnlichem Geschick geleitet, vermochte aber zuletzt weder das stetig wachsende Deficit im Staatshaushalt zu beseitigen noch wiederholte Abstriche unerläßlicher Forderungen im Militäretat zu verhindern. Auch sein Verhalten gegen die grollenden Ungarn führte nicht zu annehmbaren Ergebnissen; seine Stellung wurde unhaltbar.

Schmerling war, in Uebereinstimmung mit Biegeleben und mit der großen Mehrzahl seiner Landsleute, von dem Gedanken Schwarzenbergs erfüllt, daß zum Gedeihen des Reiches die Niederhaltung Preußens notwendig sei.

Diese Denkweise war ein natürliches Ergebnis der Vorgänge von 1849 und 1850. Das Frankfurter Parlament hatte die durch Jahrhunderte von den Beherrschern Oesterreichs getragene deutsche Kaiserkrone dem König von Preußen angeboten und dieser hatte daraus ein Anrecht auf die „Unionspolitik" hergeleitet. Die Erhaltung der Präsidialstellung Oesterreichs im deutschen Bunde, des letzten Restes des ehemaligen Kaisertums, lag jedem Deutsch-Oesterreicher am Herzen. Man hatte 1850 den Nebenbuhler gedemütigt und

man durfte ihn doch nicht mächtig genug werden lassen, um wieder eine Unionspolitik einzuleiten.

Die Mittelstaaten hatten sich im Jahre 1850 als die natürlichen Bundesgenossen erwiesen, in Frankfurt die Präsidialmacht bis 1863 konsequent unterstützt und durch ihre Bestrebungen für Augustenburg die öffentliche Meinung in Oesterreich derselben Richtung zugeführt.

Es ist erstaunlich, daß inmitten dieser Strömungen der ihn umgebenden politischen Welt Graf Rechberg vermocht hat, eine Zeit lang die preußische Politik zu fördern. Von allen Seiten gedrängt, mußte er jedoch schon im Mai 1864 wieder in mittelstaatliche Bahnen einlenken. Nach seinem Sturze dominierte Schmerlings und Biegelebens Einfluß.

Als nun Schmerling fiel, wurde mit dessen innerer Politik von dem Ministerium des Grafen Belcredi vollständig gebrochen, nach kurzer Zeit sogar die Verfassung suspendiert. Rückwirkungen dieses Bruches traten auch in der Gestaltung des Verhältnisses zu Preußen hervor.

Der eigentliche Leiter des neuen Ministeriums, Graf Moritz Esterhazy, stand in enger Fühlung mit den ungarischen Magnaten, haßte die liberalen Deutsch-Oesterreicher, wie die liberalen Regierungen und Landtage der Mittelstaaten, und hielt für ratsam, mit dem konservativen Preußen eine Verständigung zu suchen. Die öffentliche Meinung verlangte zwar den Krieg, da der preußische Uebermut unerträglich wäre; Esterhazy aber erkannte klar, daß augenblicklich aus militärischen und finanziellen Gründen ein großer Krieg mit Aussicht auf Erfolg nicht unternommen werden konnte. Er begrüßte daher als willkommenes Auskunftsmittel den von

dem Gesandten in München, Grafen Blome, ihm nahegelegten Gedanken, die gemeinschaftliche Verwaltung in Schleswig-Holstein zu teilen.

Graf Blome, ein geborener Holsteiner, war, wie fast alle holsteinischen Edelleute, ein Gegner Augustenburgs und der mittelstaatlichen Politik. Er wurde als der verheißene Vertrauensmann nach Gastein geschickt. Nach längeren, durch eine Reise nach Wien unterbrochenen und vor Biegeleben sorgfältig geheim gehaltenen Verhandlungen kam am 14. August der vielgeschmähte Gasteiner Vertrag zu stande. „Unbeschadet der Fortdauer der durch den Artikel III des Wiener Friedenstraktats vom 30. Oktober 1864 gemeinsam erworbenen Rechte beider Mächte an der Gesamtheit der Herzogtümer", sollte die Ausübung derselben in Schleswig Preußen, in Holstein Oesterreich zustehen, in Rendsburg alternierende Besatzung stattfinden, der Kieler Hafen an Preußen allein überlassen, die Anlegung eines Nordostseekanals durch Holstein gestattet und endlich das Herzogtum Lauenburg dem Könige von Preußen für 2 1/2 Millionen dänischer Thaler verkauft werden.

Bismarck hatte sich zu diesen Abmachungen nicht gerade gern entschlossen, wenn es ihm auch gelungen war, den Entwurf Blomes im einzelnen günstiger für uns zu gestalten. Aber eine für den Kriegsfall erwartete Hilfe blieb aus und eine unerwartete Gefahr zeigte sich. Früher hatte Nigra, damals italienischer Gesandter in Paris, mehrfach ausgesprochen, ein preußisch-österreichischer Krieg würde unfehlbar von einem italienischen Angriff auf Venetien begleitet werden; dieselbe Ansicht hatte auch Usedom vertreten, jetzt aber wollte der mißtrauische Ministerpräsident La Marmora keinerlei Zu-

sage geben. Und in Paris hatte Goltz, trotz mancher früheren Sympathieäußerungen, eine Zusicherung eventueller Neutralität nicht zu erlangen vermocht; man mußte daher auf eine französische Intervention gefaßt sein. Diese in Gastein ankommenden Nachrichten trugen dazu bei, daß Bismarck sich entschloß, dem Könige die Annahme des Vertrages anzuraten, welcher, wie der Minister sich ausdrückte, „die Risse im Bau noch einmal verkleben" konnte und jedenfalls den Vorteil darbot, daß Oesterreich sich darin wieder auf die Grundlage des Wiener Friedens stellte. Die wiederholte Betonung der erworbenen Souveränitätsrechte beider Verbündeten schloß Anerkennung von Ansprüchen anderer Prätendenten aus und bedeutete demnach Aufgeben der im letzten Jahre in Gemeinschaft mit den Mittelstaaten befolgten Politik.

Erwünscht schien auch, daß der Verkauf des Anrechtes an Lauenburg hoffen ließ, Oesterreich würde in Zukunft dem Verkaufe seiner Rechte an Holstein sich weniger abgeneigt zeigen als bisher.

Zufällig kam am Tage der Unterzeichnung des Vertrages Beust nach Gastein, der leidenschaftlichste Führer mittelstaatlicher Politik. Am 17. August diktierte Bismarck in übermütiger Laune für das Auswärtige Amt folgende Mitteilung, welche einer zum Eingehen auf diesen Scherz bereiten Zeitung zugehen sollte:

„Herr von Beust ist am 14. August in Gastein angekommen, kurz vor der auf den 15. angesetzten Abreise des Grafen Blome. Dem Vernehmen nach war es wesentlich der versöhnlichen Einwirkung des sächsischen Ministers zu danken, daß die bereits gescheiterten Verhandlungen zwischen Bismarck

und Blome in der letzten Stunde wieder aufgenommen und befriedigend abgeschlossen wurden. Man hat in Preußen Herrn von Beust doch wohl unterschätzt und für zu leidenschaftlich und einseitig augustenburgisch gehalten; bei dieser Gelegenheit hat er sich als ein weitblickender, vorurteilsfreier Politiker bewährt."

Beim Bekanntwerden des Gasteiner Vertrages wurde fast überall, in Deutschland wie in Oesterreich, die Meinung laut, daß Preußen gesiegt und Oesterreich durch den augenscheinlichen Abfall von den Mittelstaaten, wie auch durch den Verkauf von Lauenburg Demütigungen erlitten habe. Bayern und Sachsen hatten aus Rücksicht für Oesterreich gezögert, dem Zollvereinsvertrage mit Italien beizutreten und das junge Königreich anzuerkennen; beide Staaten aber trafen nun sofort die hierzu erforderlichen Einleitungen. Der Gasteiner Vertrag bewirkte, daß Italien vor dem Jahresschluß von allen deutschen Staaten anerkannt wurde, mit Ausnahme von zweien, denen nur noch eine kurze Lebensdauer bestimmt war, nämlich Hannover und Nassau.

Als am 18. August Bismarck mit Abeken und mir im offenen Wagen auf dem Wege nach Salzburg durch das grüne Thal von Hofgastein fuhr sagte er: „Wenn ich es noch erlebe, daß in Kiel ein preußischer Oberpräsident sitzt, will ich mich auch nie mehr über den Dienst ärgern."

Ich sprach die Hoffnung aus, später einmal an diese Worte erinnern zu dürfen.

Nach einiger Zeit sagte er: „Faust klagt über die zwei Seelen in seiner Brust; ich beherberge aber eine ganze Menge, die sich zanken. Es geht da zu wie in einer Republik ....

„Das meiste, was sie sagen, teile ich mit. Es sind da aber auch ganze Provinzen, in die ich nie einen andern Menschen werde hineinsehen lassen." . . . .

In Salzburg begegneten sich die Monarchen. Dort wurde bestimmt, daß der dem Kaiser besonders sympathische General Manteuffel in Schleswig und der vom Könige hochgeschätzte General Gablenz in Holstein die Verwaltung leiten sollten.

Am 21. fuhr der König, von Bismarck gefolgt, nach Ischl, um der Kaiserin einen Besuch abzustatten; Abeken und ich blieben in Salzburg.

Dann reiste Bismarck mit mir über München, wo er mit Pfordten, und Stuttgart, wo er mit Varnbüler konferierte, nach Homburg. Dort hielt sich Frau von Bismarck einer Kur wegen auf, begleitet von ihrer Tochter und Gräfin Fanny Keyserling [1]). Nach kurzem Verweilen trafen wir dann in Baden wieder mit Abeken zusammen, der inzwischen eine kleine Erholungsreise gemacht hatte.

Wie im Jahre vorher war unser Quartier in dem auch von dem Gesandten Grafen Flemming bewohnten Landhause. Dort gaben wir nach Anweisung des Ministers einem französischen Schriftsteller das Material zu einer Broschüre über die Gasteiner Konvention, welche dann bei Dentu in Paris erschien. Die französischen Zeitungen hatten die Gasteiner Abmachungen für eine Definitive gehalten und giftige Angriffe dagegen gerichtet; eine Aufklärung der öffentlichen Meinung in Frankreich schien dem Minister erwünscht.

Graf Goltz hatte zwar amtlich erklärt, der ganze Lärm

[1]) Jetzt Frau von Batocki-Bledau; eine intime Freundin des Hauses.

sei gegenstandslos, da es sich nur um ein vielleicht kurzes Provisorium handele; der Minister Drouyn de Lhuys that aber nichts, um die Schreier zu beruhigen. Im Gegenteil richtete er (am 29. August) an die französischen Agenten im Auslande ein Cirkular, welches unsere Politik in unhöflichster Form verdammte. Dasselbe kam erst später, als wir schon wieder in Berlin waren, durch die belgische Presse zu unserer Kenntnis.

In Baden hatte Bismarck eines Abends große Freude an Joachims Geige, welche in Flemmings Wohnzimmer ein treffliches Streichquartett anführte.

VIII.

Merſeburg. Lauenburg. Biarrits. Ende des öſterreichiſchen, Abſchluß des italieniſchen Bündniſſes. Antrag auf deutſches Parlament. Mobilmachungen. September 1865 bis Juni 1866.

Am 6. September ging's wieder fort über Homburg nach Berlin, wo die Verwaltung von Schleswig manches zu thun gab.

Im Mai ſchon war von der Kölniſchen Zeitung behauptet worden, daß die Organe der Kieler Landesregierung in Nord-Schleswig die däniſch redende Bevölkerung mit ähnlichen Bedrückungen quälten, wie ſie früher die Deutſchen von den Dänen erfahren hatten. Eine auf Bismarcks Anregung durch Zedlitz veranlaßte Unterſuchung ergab die Richtigkeit dieſer Behauptungen; der Einſpruch Halbhubers aber verhinderte gründliche Remedur. Die Thatſache der ſtattgehabten Unterſuchung belebte die Hoffnungen der däniſch redenden Schleswiger, und Anfang September folgten ſie in Maſſe einer Einladung nach Kopenhagen, wo man wiſſen wollte, daß der mächtige Kaiſer der Franzoſen die Rückgabe Nord-Schleswigs an Dänemark bewirken würde. General Man-

teuffel, der nunmehrige Gouverneur von Schleswig, trat diesem Irrtum öffentlich entgegen, faßte aber fast gleichzeitig die Anstellung von ehemals dänischen Beamten ins Auge. Er war mit Zedlitz darin einverstanden, daß in Schleswig ein Regierungskollegium, wie das Kieler, nicht zu bilden, sondern daß die Verwaltung von dem Präsidenten allein mit Hilfe vortragender Räte zu führen sei. Für solche aber fehlte es an geeigneten Personen, wenn man nicht augustenburgisch gesinnte anstellen wollte. Daher wurde beabsichtigt, einige der gut qualificierten, ehemals dänischen Beamten zu wählen.

Bismarck trat dieser Absicht entschieden entgegen und betonte, es komme darauf an, daß wir uns als „Freunde unserer Freunde" bewährten; er empfahl demnach, Leute aus der in Flensburg gebildeten Nationalpartei zu bevorzugen, auch wenn ihre Vorbildung nicht ganz genügend scheine.

Am 16. September wurde dem Ministerpräsidenten die Grafenwürde verliehen. Er hatte so wenig, wie seine soeben aus Homburg eingetroffene Gemahlin, Freude an diesem Gnadenbeweise. Beide legten einen gewissen Wert darauf, Geschlechtern des altmärkischen und pommerschen „Uradels" anzugehören; den Zwang aber, dem alten Namen ein neues Prädikat beizufügen, bezeichneten beide vertraulich als eine nicht leicht zu überwindende Unannehmlichkeit. Indes wußte Bismarck, wie lebhafte Genugthuung es seinem königlichen Herrn gewährte, ihn in dieser Weise auszeichnen zu können, und die Möglichkeit einer Ablehnung kam ihm daher nicht in den Sinn.

Am 17. ging im Gefolge des Königs der Minister, nur von mir begleitet, nach Merseburg, wo eine Feier der

50jährigen Zugehörigkeit der Provinz Sachsen, verbunden mit einem großen Korpsmanöver, fünftägigen Aufenthalt verursachte. Wir waren sehr angenehm einquartiert bei Herrn Regierungsrat Gaede, einem berühmten Bienenzüchter, welcher außerdem die Pflege seiner Bordeauxweine als Liebhaberei betrieb. Er hielt für nötig, dieselben mittelst einer kleinen Maschine einzuschenken, um jede mögliche Erschütterung der Flasche durch eine menschliche Hand auszuschließen. Der Minister hörte mit demselben Vergnügen sachkundige Mitteilungen über Bienenzucht, mit dem er beim Frühstück die feinen Weine probierte. Er ritt auch gern zum Manöver hinaus und hielt mitunter zu Pferde Immediatvortrag.

Am 21. kam er erhitzt und bestaubt vom Manöver zurück und fragte in meinem Zimmer nach den neuen Sachen. Ich legte ihm ein durch die Presse bekannt gewordenes englisches Cirkular vor, welches, wie das oben erwähnte französische, die Gasteiner Abmachungen in unhöflichen Ausdrücken tadelte. Der Minister ging, nachdem er gelesen, im Zimmer auf und ab und diktierte so schnell, daß ich kaum nachschreiben konnte, folgende, in der Presse zu verwertende Betrachtungen.

„Bei Meinungsverschiedenheiten der Deutschen unter sich sucht jeder seiner Sache dadurch ein Relief zu geben, daß er sagt: hier bei mir ist Deutschland; ich vertrete die Macht, die Ehre, die nationalen Interessen der Gesamtheit. Bei der jetzt vorliegenden Divergenz zwischen den beiden Großmächten und der Würzburger Politik wird die Frage, wo das Interesse Deutschlands liegt, durch eine Probe aufs Exempel in schlagender Weise entschieden.

„Das Prinzip, für welches Frankreich und England im Namen der deutschen Nationalität leidenschaftlich Partei ergreifen, ist ganz gewiß kein deutsches, ist ganz sicher nicht der Weg, auf welchem Deutschland zur Entwickelung seiner nationalen Kräfte gelangt. Durch die Protektion des Auslandes wird diejenige Partei, der sie zu teil wird, als die antideutsche gebrandmarkt. Wer die Lächerlichkeit nicht fühlt eines deutschen Bundes unter französisch-englischer Protektion, einer schleswig-holsteinischen Nationalität unter französisch-englischem Protektorat, der deutschen Freiheit geschützt durch Frankreich, der ist sicher entschlossen, mit Hilfe des Auslandes Partikularzwecke zu verfolgen und deutsche Phrasen dazu als Maske zu gebrauchen.

„England hat uns vom siebenjährigen Krieg bis zum Wiener Frieden ausgebeutet und beeinträchtigt, und über Frankreichs teutonische Begeisterung und Frankreichs Schutz deutscher Freiheit, deutscher möglichst kleiner Nationalitäten, braucht man kein Wort zu verlieren. Frankreich hat offenbar gerechnet auf einen inneren Krieg Deutschlands. Das Mißvergnügen darüber, daß dieser innere Krieg, wenn nicht ganz beseitigt, so doch ins Unbestimmte vertagt ist, tritt zu plötzlich und zu leidenschaftlich in die Oeffentlichkeit, als daß nicht jeder Deutsche über die wiedergefundene Einigkeit der beiden großen Militärmächte sich beglückwünschen sollte. Die Leidenschaftlichkeit, mit der das französische Cirkular die Gasteiner Konvention verdammt, ins Deutsche übersetzt heißt: ich hätte die Rheingrenze gewinnen können, ohne einer Koalition gegenüber zu stehen, wenn die deutschen Großmächte nicht die Unwürdigkeit begangen hätten, sich einstweilen wieder

zu verständigen. Wenn es irgend eine Form ernster und durchsichtiger Mahnung an die Deutschen gab, einig zu sein, so liegt sie in diesen fast identischen Cirkulardepeschen Englands und Frankreichs, deren Sprache zu stark ist, um sie einer Regierung, die sich selbst achtet, mitteilen zu können, und die man deshalb in die Form der Korrespondenz mit den eigenen Behörden einkleidet, denen gegenüber man seine Ausdrücke nicht zu mäßigen braucht, die man aber durch absichtliche Indiskretion in die Oeffentlichkeit wirft.

„Die französische Regierung hätte den deutschen Regierungen kaum einen größeren Dienst erweisen können, als durch diese drohende Sprache; sie braucht sie nur fortzusetzen, um sehr schnell alle Regierungen und alle Parteien in Deutschland zu einigen, die preußische Regierung nach Umständen fortschrittlich, die süddeutschen absolutistisch zu machen, falls es zur Verteidigung des gemeinsamen Vaterlandes gegen die Rheingelüste notwendig ist. Wenn irgend etwas die Deutschen in ihrer Gesamtheit einigen kann, so sind es französisch-englische Drohungen; und wir werden Mühe haben, alle Parteien in Deutschland zu überzeugen, daß diese westmächtliche Arbeit nicht eine von den deutschen Großmächten bestellte sei, so nützlich wirkt sie im deutsch-nationalen Interesse."

Nach diesem Diktat setzte er sich ans Fenster und sagte halblaut:

„So lange der Erbprinz in Kiel bleibt, hat man keine Sicherheit, daß wir mit der österreichischen Verwaltung gut auskommen werden; Edwin [1]) meint, in drei Monaten würden

[1]) General von Manteuffel.

wir klar erkennen, wie es in Wien steht. Wenn Mensdorff wieder in Würzburger Politik verfällt, können wir ihm etwas Schwarz-rot-gold[1]) unter die Nase reiben. Die schleswig-holsteinische und die große deutsche Frage hängen so eng zusammen, daß wir, wenn es zum Bruch kommt, beide zusammen lösen müssen. Ein deutsches Parlament würde die Sonderinteressen der Mittel- und Kleinstaaten in gehörige Schranken weisen."

Nach einer kurzen Pause fuhr er fort:

„Und wenn unter den mittelstaatlichen Ministern sich ein Ephialtes fände, die große deutsche Nationalbewegung würde ihn und seinen Herrn erdrücken."

Dann stand er schnell auf und verließ das Zimmer.

Im Gefolge des Königs reisten wir am 23. nach Berlin, am 25. nach dem Herzogtum Lauenburg, in dessen Hauptstadt Ratzeburg die Huldigung der Stände für den neuen Landesherrn stattfinden sollte. Gegen Abend kamen wir in das freundliche Städtchen, welches an der Ostseite eines großen, von Buchenwäldern eingefaßten Sees liegt. Bismarck war zum Minister von Lauenburg ernannt worden und hatte als solcher die erforderlichen Anordnungen zu treffen.

Bald nach dem Bekanntwerden der Gasteiner Konvention hatte ein Vertreter des ansässigen Adels den Wunsch ausgesprochen, der König möchte die Aufrechterhaltung gewisser alter Privilegien zusagen. Das war nicht geschehen, der Minister daher zweifelhaft, ob die Stände die ihnen in der

[1]) Die nach 1815 von den deutschen Burschenschaften als Panier des Deutschen Reichs angenommene und 1848 als solches ziemlich allgemein anerkannte schwarz-rot-goldene Fahne (s. a. oben S. 23) wurde 1867 durch die schwarz-weiß-rote ersetzt.

Kirche vorzulesende Eidesformel beschwören würden. Für den Fall irgend einer Zögerung war Bismarck entschlossen, das gesamte, in der Kirche anwesende Volk schwören zu lassen. Eine zu diesem Zweck vorbereitete andere Eidesformel nahm er mit in die Kirche [1]). Die Huldigung der Stände erfolgte aber ohne Unterbrechung mit der wünschenswerten Feierlichkeit. Die so imponierenden wie gewinnenden Erscheinungen Sr. Majestät des Königs und Sr. Königlichen Hoheit des Kronprinzen machten sichtlich großen Eindruck auf die Anwesenden.

* * *

Am 27. von Lauenburg zurückgekehrt, rüstete der Minister sich, mit Gemahlin und Tochter auf einige Wochen nach Biarrits zu reisen. Er suchte, wie in den Vorjahren, die stärkenden Bäder, hatte diesmal aber auch besondere Gründe, einen persönlichen Meinungsaustausch mit dem Kaiser Napoleon zu wünschen.

Derselbe hatte dem Grafen Goltz gelegentlich gesagt, er bedaure, daß Drouyn de Lhuys jenes Cirkular in seiner Abwesenheit und ohne sein Wissen abgesandt habe. Bismarck aber hörte in Paris von Rouher, einem Vertrauten des Kaisers, daß der Wortlaut des Schriftstückes durch diesen selbst vor der Absendung gebilligt worden sei. Von Drouyn de Lhuys mit ausgesuchter Höflichkeit empfangen, gab Bis-

[1]) Moritz Busch erzählt (Unser Reichskanzler, Bd. I, S. 200), Bismarck habe am Abend des 25. dem Erblandmarschall von Bülow-Gudow bei einer Fahrt auf dem See mitgeteilt, was geschehen würde, wenn die Huldigung nicht ohne jede Störung erfolgte. Ich kann diese Angabe weder bestreiten, noch bestätigen. Obwohl in demselben Hause, wie der Minister, einquartiert, habe ich von dessen Wasserfahrt nichts erfahren. Gewiß ist, daß er am Morgen des 26. auch die zweite Eidesformel mit nach der Kirche genommen hat.

marck diesem über unsere Politik ähnliche Aufschlüsse, wie später dem Kaiser.

In Biarritz, wohin von der Kaiserin Eugenie Graf Goltz und der Botschaftssekretär von Radowitz, als einzige Fremde, zu einem längeren Aufenthalt eingeladen waren, hatte unser Minister mehrmals Gelegenheit zu eingehenden Unterredungen mit dem mächtigen Herrscher, der ihn auch Anfang November noch einmal in St. Cloud empfing.

Der Hauptinhalt der über diese verschiedenen Gespräche an den König erstatteten Berichte war folgender:

Der Minister entwickelte vor dem Kaiser die Ansicht, es sei ratsam, die Ereignisse nicht willkürlich schaffen zu wollen, sondern ihre natürliche Entwicklung abzuwarten und nur in geeigneten Momenten einzugreifen. Schleswig-Holstein betreffend, werde Oesterreich hoffentlich zur Abtretung seines Anrechtes gegen eine Geldsumme sich bereit finden lassen. Die beabsichtigte Erwerbung der Herzogtümer sei jedoch als eine unmittelbare Verstärkung der preußischen Macht nicht anzusehen. Im Gegenteil müßte sie unsere Kräfte nach mehr als einer Richtung, behufs Entwicklung unserer Marine und unserer nördlichen Devensivstellung, in einem Maße festlegen, welches durch den Zuwachs von einer Million Einwohner nicht aufgewogen würde. Durch diese Erwerbung sei aber die historische Aufgabe Preußens nicht erfüllt, sondern mit deren Erfüllung erst ein Anfang gemacht. Preußen sei berufen, durch engere Verbindung mit einigen anderen Staaten in Norddeutschland eine Macht zu schaffen, die stark genug wäre, um selbstständige Politik zu treiben und nicht zur Anlehnung an die Ostmächte, wie in den Jahrzehnten nach 1815, gezwungen zu sein.

Im Interesse Frankreichs scheine zu liegen, eine solche Entwicklung mit Wohlwollen zu begleiten; denn würde sie durch Frankreich gehemmt, so wäre Preußen wieder darauf hingewiesen, in einer Koalition mit den Ostmächten Schutz zu suchen; während ein aufstrebendes Preußen immer einen hohen Wert auf die Freundschaft des westlichen Nachbars legen müßte.

Der Kaiser bezeichnete die Anschauungsweise als ihm „vollkommen einleuchtend und sympathisch". Um über die Zukunft der gegenseitigen Beziehungen sich zu verständigen, sei es nicht nötig, die Entwickelung der Dinge zu überstürzen, sondern ratsam, dieselbe abzuwarten, und die Entschließungen der Lage anzupassen. Die Erwerbung von Schleswig-Holstein würde er empfehlen, durch irgend ein Organ der Bevölkerung nachträglich sanktionieren zu lassen. Im Falle eines Konflikts in Deutschland sei ein Bündnis mit Oesterreich für ihn eine Unmöglichkeit. Einen Versuch dazu, den Metternich bei ihm kurz vor der Gasteiner Konvention machte, habe er abgelehnt.

Nach alledem glaubte Bismarck im Kriegsfalle eine wohlwollende Neutralität Frankreichs für wahrscheinlich halten zu dürfen.

Ueber die Erlebnisse seiner Reise und des Aufenthalts in Biarrits schrieb die Gräfin:

Biarrits, 8. Oktober 1865.

. . . . . Die Verstimmung über die hetzjagende Abreise überwand ich bald, als wir still im Coupee saßen und weiter und weiter durch die eisige Nacht hinflogen. Es war so kalt, daß wir Alles, was von Decken und Mänteln vorhanden, in Bewegung brachten. Die Morgen-

ſonne beſchien vor Düſſeldorf und weiter hin ſchneeweiß bereifte Ebenen und der Wind wehte ſo kalt ins Coupee hinein, daß wir ſehnend an Pelze dachten und ſehr glücklich über den aufmerkſamen Bahndirektor in Köln waren, der uns mit geheiztem Zimmer und Frühſtück empfing. Ich ging mit Marie wieder einmal durch den Dom mit immer neuem Entzücken. Bald nach 9 Uhr ſauſten wir weiter und freuten uns fortwährend über den ſehr warmen Tag und die ſehr hübſchen Gegenden durch die wir flogen — mit denen ich die gleiche Ueberraſchung erlebte, wie in Schleſien, dem ich ſolche Schönheit garnicht zugetraut. So wunderhübſch wie dort iſt's freilich nicht, aber doch ſehr freundlich, voll Abwechſelung und recht merkwürdiger Felspartien. Sie kennen es ja Alles längſt, alſo ſage ich nur, daß ich viel mit Vergnügen hinaus geſchaut und Wittiko[1]) wenig las, den ich mir zu Bismarck's hoher Beluſtigung mitgenommen. Um 9 Uhr fuhren wir glücklich in Paris ein, wurden auf dem Bahnhof von Solms und Lynar empfangen, zum Hotel geleitet und nachher noch bis 11 Uhr ſpazieren geführt, die Boulevards entlang bis zur place de la Concorde, Seinebrücke, Tuilleriengarten, Vendomeſäule, Notre-Dame, Madeleine und Gott weiß welchen Herrlichkeiten. — Dann ſoupirten wir mit ihnen in irgend einem café und ſchließlich fanden wir die Ruhe um 1 Uhr. Aber welch ein Unterſchied in der Temperatur! Wie kühl und friſch den Abend vorher in Berlin und wie ſommerlich warm Abend und Nacht in Paris!

[1]) Roman von Adalbert Stifter.

Andern Tages sehr heiß; wir fuhren unter Lynar's Schutz durch viele Straßen und durchforschten alle möglichen Läden, die wir aber sämmtlich so theuer fanden, daß Berlin sehr hoch in unsrer Achtung stieg. Wir gingen und fuhren bis halb sechs Uhr und jagten um 8 Uhr weiter nach Süden im wundervollen Mondschein, waren aber so müde, daß wir uns nicht viel um mögliche schöne Gegenden kümmerten, sondern sehr bald einschliefen; und ich glaube wir verloren nicht viel, denn gegen Morgen sah es überall recht langweilig aus, so nach Jüterbog, Luckenwalde und dergleichen Sand- und Kiefernsteppen, was bis Bordeaux und drüber hinaus, fast bis Bayonne fortdauert, wobei ich den halben Wittiko ausgelesen — recht weitläuftig, der ächte Ur-Stifter, aber doch nicht uninteressant. Hinter Dax bekommt Frankreich eine anziehendere Physionomie, sehr grün und freundlich, mit den Pyrenäen und dem Meer am Horizont, und bleibt so bis Biarrits. Zuerst war ich hier etwas enttäuscht über die Schattenlosigkeit und die kahlen Felsen all überall, da ich mir fest eingebildet hatte Kastanienwälder, Feigengärten und allerlei wunderbare breitblättrige südliche Bäume und Pflanzen zu finden. Die Gegend ist durchaus nicht überwältigend schön — fällt ihr garnicht ein — aber das Meer und der Himmel unvergleichlich und die Luft so bezaubernd weich, so wunderbar belebend, wie nichts wieder, und fortwährend so warm, wie die herrlichsten Julitage in Homburg. Morgen, Mittag, Abend, Nacht — immer gleich köstlich — man hat durchaus keine Idee von solcher Luft bei uns. Bismarck und Marie baden mit Leiden-

ſchaft und ſind ſehr wohl, Gottlob — ich werde es vielleicht noch, ſo Gott will, augenblicklich iſt's nicht beſonders. Anfangs war es ſogar recht ſchlimm, nun geht es wieder ſo mittelmäßig ſchwächlich weiter.

Von Goltz ſehen wir wenig, da er faſt immer zu Kaiſers eingeladen iſt. Der Kaiſerin ſind wir vorgeſtellt und damit iſt's nun gut. Sie reiſt bald ab und Goltz wohl auch.

Ich hoffe, wir werden dann Savigny's viel ſehn, die geſtern eingetroffen und recht angenehm ſind. Wenn ich nur wieder erſt ein bischen mehr Athem habe, ſo wollen wir zuſammen verſchiedene Partieen machen, wozu ich mich recht freue. Jetzt kann ich nur bis an den Strand hinunter, oder mühſam einen kleinen Felſenhügel hinauf, um mich von der Seeluft durchwehen und ſtärken zu laſſen — Gott gebe doch mit Erfolg! — Ich war in den erſten Tagen hier ſchrecklich verzagt, weil ich mich unbeſchreiblich elend fühlte und mir einige Vorwürfe machte, dem armen Bismarck ſo viel zu koſten ohne jegliche Hoffnung auf Hülfe.

Er iſt heute zum Frühſtück bei Ihro Majeſtät — ſchon ſeit drei Stunden dort. Ich finde höchſt liebenswürdig und rückſichtsvoll, daß ſie uns Beide nicht befohlen; hoffe ſie wirds auch nie thun. Die kaiſerliche Villa liegt unſerer höchſt reizenden Wohnung gegenüber, hart am Strande, und wer gute Augen hätte, könnte die Frühſtücksgeſellſchaft im Pavillon unaufhörlich beobachten . . . . . Grüßen Sie alles Liebe was Ihnen in den Weg kommt, vor Allen natürlich Lulu[1]) ſehr . . . . . Marie

[1]) Die Gemahlin des Oberſten von Schenck geb. von Luck.

und Bismarck grüßen viel und Letzterer läßt Ihnen ſagen, er ſchwelgte in dem ungewohnten Genuß, keine Briefe zu bekommen.

Biarrits, den 14. October.

. . . . . Jetzt iſt der Hof abgereiſt, Goltz natürlich hinterher, auch Radowitz, der bei näherer Bekanntſchaft recht gewinnt. So ſind wir nun jeglicher gêne los und leben wie daheim, nur mit Savigny's, ſonſt mit Keinem. Mariechen hat ſich noch eine ruſſiſche Freundſchaft beſorgt, ſiebzehnjährig und ganz niedlich. Uns fehlt alſo Gottlob nichts wie ſchönes Wetter, aber da das in Biarrits maßgebender iſt wie ſonſt irgend wo, ſo fangen wir an etwas katzenjämmerlich die Häupter hängen zu laſſen über den dritten Regentag. Kalt iſt es zwar immer noch nicht, im Gegentheil weht ein Zephir, wie laues Wäſſerlein, aber der Regen iſt zu ſchlimm hier und verſtimmt uns ziemlich. Bismarck iſt ſehr einverſtanden mit Ihrer Reiſe nach Schleswig — nur möchten Sie vorſichtig zu Werke gehn, bittet er, damit der Friedländer[1]) nicht gereizt werde, wozu er ja, wie Sie wiſſen, große Anlage hat, und ihn deßhalb auf Ihre Hinkunft in ge-

[1]) General Manteuffel citierte mitunter den Wallenſtein, den er faſt ganz auswendig wußte, und iſt hier mit der Bezeichnung „Der Friedländer" gemeint. Ich hatte mich erboten, wenn er es wünſchte, ganz Schleswig zu bereiſen, um mit allen Beamten zu ſprechen und ihm für alle in nächſter Zeit wahrſcheinlich bevorſtehenden Anſtellungen Vorſchläge zu machen, welche dann in Berlin genehmigt werden würden. Zedlitz ſchrieb mir ſehr erfreut über dieſen Gedanken, Manteuffel aber beſorgte, daß eine ſolche Reiſe ſeinem Anſehen im Lande Eintrag thun könnte; und deshalb unterblieb ſie.

eigneter Weise vorbereiten, ihm die Sache plausibel zu machen, so nett wie möglich. — Die Jagd bei dem Lauenburger Bernstorff Güldensteen tentirt Bismarck sehr und er hofft sicher, der liebenswürdigen Einladung im November folgen zu können, was Sie dem freundlichen Granden wohl gütig gelegentlich sagen, mündlich oder schriftlich. Von Reinfeld habe ich gute Nachricht — Gottlob — aber es friert gründlich dort und man heizt alle Zimmer . . . Ich möchte den einsamen Jungen gern einige Weintrauben zukommen lassen. Vielleicht ahnt der staatsministerielle Gärtner eine Traubenquelle in Potsdam, aus der man einen kleinen Kanal nach Reinfeld abzweigen könnte — wöchentlich für 1 Thaler; wenn Sie die große Güte hätten, dies zu besorgen, lieber Herr von Keudell, so würden Sie mir eine große Freude machen.

. . . . . Bismarck hat 10 mal gebadet und es geht ihm Gottlob sehr wohl. Ich könnte sehr viel besser sein und es scheint mir fast, als sei ich in Homburg viel wohler gewesen. Aber die Vergangenheit ist ja immer rosig freundlich — so mag ich mich ja wohl täuschen . . . . . Grüßen Sie alle Freundschaft die Ihnen vielleicht begegnet . . . . . .

Biarrits, 24. Oktober.

. . . . Leider bleibt Biarrits nicht ohne Wolkenschatten — sowohl äußere als innere. Wir haben wunderschöne Tage gehabt und bei 21 Grad Wärme im Schatten eine Partie nach St. Jean de Luce gemacht — reizende Fahrt zwischen dem Meer und den Pyrenäen. Auch sonst hatten

wir wohl schöne Tage und Stunden, aber doch viel Regen dazwischen, fast täglich. Und wenn der Himmel grau darein scheint, so macht das den Menschen melancholisch — mich wenigstens, die ich von je her ziemlich wetterlauniſch war. Wenn nun noch dazu der Athem fehlt und man bei jedem kleinen Hügel in keuchenden Zustand geräth, so kann man hier nicht sehr glücklich sein und sehnt sich zurück ins eigene Nest. Das sollte man eigentlich gar nicht verlassen, wenn man sich elend fühlt. Meine Hauptfreude sind die guten Briefe von Reinfeld und Bismarck's Wohlbefinden; Gottlob er ist wieder recht gestärkt und erfrischt durch Bäder und Luft .... Sehnsucht nach Menschenamüsement hatten wir nicht, da unsre Zeit ganz ausgefüllt war, im Zimmer mit Schreiben und Lesen, draußen — was wir doch so viel wie möglich genossen — mit Anschauen des Meeres und des köstlichen Gebirges, welches ja immer neu ist und immer lieber wird, je öfter man es betrachtet mit seiner wechselnden Farbenpracht.

.... Savigny's waren vierzehn Tage hier, sehr angenehm, wie immer; seit vorgestern sind sie fort. Orloff's sind nicht gekommen, weil sie aus Angst vor der Cholera Frankreich meiden und an englischer Küste baden wollten. Wir haben das etwas übel genommen und mucken jetzt mit ihnen ....

Ueber Friedland[1]) hat Bismarck viel an Thile geschrieben, der Ihnen wol weitere Mittheilung machen wird. Bismarck gab mir den Brief von Thile zu lesen, der mir

[1]) General Manteuffel.

so sehr gefiel in seinem urgemüthvollen Ton, daß ich ihn noch um 20 Grad wärmer liebe, wie schon bisher. Was ist's doch für eine Freude, wenn man unter der Masse gleichgültiger, langweiliger, falscher Creaturen einem solchen Menschen begegnet mit so kerngesundem Herzen und so aufrichtig treuer Gesinnung. Bitte, grüßen Sie sehr herzlich ihn, auch Lulu, Loeper und Wolff[1]), wenn Sie sie sehen . . . .

Biarrits, 29. Oktober 65.

Nun heißt's „Biarrits ade!" und Mariechen fügt in großen Mollakkorden hinzu „Scheiden thut weh". Sie wäre so maßlos glücklich hier, daß sie Homburgs nie mehr gedachte, und hätte ich einen Funken Lust empfunden, den Winter hier zu bleiben, sie wäre mit Wonne dazu bereit gewesen. Ich aber bin glücklich bei dem Gedanken an die Heimkehr und segelte am liebsten ohne Aufenthalt fort und fort, um so bald wie möglich zu Hause zu sein . . . .

Gestern und vorgestern hat's noch gewaltig gestürmt, so daß die Fenster klirrten und man oft fürchten konnte, mit dem ganzen Hause ins Meer gestürzt zu werden. Und am Morgen war dies aufgeregte Meer so weit man sehen konnte wie eine weiße Schneefläche — und wenn der Schaum haushoch (nicht Redensart, sondern Wahrheit) aufspritzte, so schillerte er im hellen Sonnenschein in vielen Regenbogenfarben und wenn er niederfiel, so jagte ihn der Sturm in großen Flocken, wie weiße Tauben, weit

[1]) Arthur von Wolff, damals Rat im Ministerium des Innern, später Oberpräsident von Sachsen, zuletzt Präsident der Oberrechnungskammer.

ins Land hinein. Sie können sich keine Vorstellung machen von dieser Pracht, von der man ganz überwältigt wurde. Und von dem Anblick konnte man sich garnicht trennen, obgleich man so zerweht und zerzaust wurde, daß man zuletzt frappante Aehnlichkeit mit den Blocksbergbewohnern hatte.

. . . . Uebermorgen nehmen wir nun Abschied von diesem Wunderland, wie Moritz[1]) es nennt, und gehen mit kleinem Umweg über Pau nach Paris . . . .

Bismarck grüßt und wird von Paris über die Zeit der Ankunft in Berlin telegraphiren lassen."

* * *

Auf holsteinischem Boden sollten nun zum zweitenmal scheinbar unbedeutende Vorgänge den verhängnisvollen Konflikt vorbereiten.

In Salzburg hatte Graf Moritz Esterhazy geäußert, nach der Gasteiner Konvention könne der Erbprinz von Augustenburg natürlich nur als Privatmann sich in Schleswig-Holstein aufhalten. Manteuffel konnte daher berichten, daß der Gouverneur, Feldmarschallleutnant Freiherr von Gablenz, demselben in Kiel eine entsprechende mündliche Mitteilung gemacht und ihm die königliche Loge im Theater entzogen habe, um sie sich, als dem Vertreter des Landesherrn, vorzubehalten. Er verbot auch den Zeitungen, ihn als Herzog Friedrich VIII. zu bezeichnen, mahnte sie zur Mäßigung bei Besprechungen der preußischen Politik, und warnte gelegentlich vor irgendwelchen öffentlichen Demonstrationen gegen die bestehende Landeshoheit

[1]) Blanckenburg.

der verbündeten Monarchen. Die sogenannte „herzogliche Landesregierung" aber, das Kollegium augustenburgischer Beamten, ließ er bestehen und in der bisherigen Weise verwalten, so daß die Zustände im wesentlichen unverändert blieben. Die Bevölkerung erholte sich bald von dem Schrecken der Gasteiner Konvention und fuhr fort, auf dereinstige Einsetzung des Herzogs durch Oesterreich und den Bund zu hoffen.

Mit Manteuffel trat Gablenz in kameradschaftlichen Verkehr. Mehrere Wochen blieben sie in leidlichem Einvernehmen. Dann aber wurden bei Gelegenheit einer Reise der Frau Erbprinzessin von Altona nach Kiel auf allen Bahnhöfen öffentliche Demonstrationen veranstaltet, welche sie als Gemahlin des Landesherrn ehren sollten, ohne daß dagegen etwas geschah.

Manteuffel speiste bald darauf in Kiel bei Gablenz und hatte eingehende Unterredungen mit ihm, wie mit seinem Civilbegleiter, Baron Hofmann.

Nach beider vertraulichen Mitteilungen hatte man in Wien die von Preußen für Erwerbung der Herzogtümer angebotene Geldabfindung definitiv abgelehnt. Man glaubte dort auch zu wissen, daß Preußen noch weitere Pläne habe, und die volle Herrschaft in Deutschland auf Kosten Oesterreichs anstrebe. Die augustenburgische Gesinnung der Bevölkerung sei daher zu pflegen, damit man den Pfandbesitz an Holstein zu geeigneter Zeit verwerten und unter Umständen den Erbprinzen als Herzog einsetzen könne. Die Stimmung in Wien sei gereizter gegen Preußen als vor Gastein; man scheue einen Krieg nicht mehr, da es sich um Behauptung der deutschen Stellung des Reiches handele.

Als ich den bezüglichen Bericht Manteuffels las, mußte ich denken, daß die in Wien eingetretene Wandelung wohl durch Mitteilungen des öſterreichiſch geſinnten Miniſters Drouyn de Lhuys hervorgerufen worden war.

In Frankreich mußte Bismarck ſeine Zukunftspläne andeuten, um einer plötzlichen Störung ihrer Ausführung nach Möglichkeit vorzubeugen; in Oeſterreich aber hatte er nie darüber geſprochen. Es war daher natürlich, daß die Nachricht, er beabſichtige die preußiſche Politik von 1849 wieder aufzunehmen, die öſterreichiſchen Miniſter in heftige Erregung verſetzte[1]).

Ob die Thatſache einer bezüglichen Mitteilung von Drouyn de Lhuys an Metternich dereinſt durch ein Aktenſtück des Wiener Staatsarchivs beſtätigt werden wird, bleibt abzuwarten.

Nach der erwähnten Unterredung mit Gablenz beantragte Manteuffel, früher der wärmſte Anhänger der öſterreichiſchen Allianz, in mehreren Berichten, von der öſterreichiſchen Regierung die Entfernung des Erbprinzen zu verlangen und die Frage zu ſtellen, ob man mit Auguſtenburg oder mit Preußen brechen wolle. Der König billigte dieſe Auffaſſung und gewöhnte ſich mit blutendem Herzen allmählich an den Gedanken eines Bruchs.

---

[1]) Sybel (IV S. 247; 251) meint, die Erbitterung gegen Bismarck ſei in Wien durch die völlig unbegründeten Gerüchte hervorgerufen worden, daß er in Biarritz ein Bündnis geſucht und in Paris den Abſchluß einer öſterreichiſchen Anleihe zu hindern ſich bemüht habe, welche ſpäter unter geheimer Billigung des Kaiſers zu ſtande kam. Ich zweifle, ob dieſe Gerüchte für ſich allein die entſcheidende Wendung der Kaiſerlichen Politik hätten bewirken können.

Ein neues Aergernis brachte der 23. Januar 1866. In Altona versammelten sich etwa 4000 Männer aus den Herzogtümern und einige süddeutsche Demokraten unter freiem Himmel, beschimpften vielfach die preußische Regierung, verlangten die Einberufung der holsteinischen Stände und brachten ein donnerndes Hoch „dem geliebten Landesherren Friedrich VIII." Dergleichen war selbst von dem gut augustenburgisch gesinnten Baron Halbhuber nicht geduldet worden.

Am 26. Januar sandte Bismarck an Werther einen ausführlichen Erlaß, in welchem die in den letzten Wochen schon mehrmals eingehend begründeten Beschwerden zusammengefaßt wurden. In Gastein sei man übereingekommen, revolutionäre, beide Kronen bedrohende Tendenzen zu bekämpfen. Demnach hätten vor wenigen Monaten beide Mächte den Frankfurter Senat wegen Duldung einer revolutionären Versammlung verwarnt. Nun aber habe unter dem Schutze des österreichischen Doppeladlers in Altona eine gleichartige Volksversammlung getagt. Preußen könne nicht dulden, daß Holstein zum Herde revolutionärer Bestrebungen gemacht und dadurch das im Gasteiner Vertrage Oesterreich anvertraute Pfand deterioriert werde. Solche Eindrücke müßten dahin führen, das von Seiner Majestät dem Könige lange und liebevoll gehegte Gefühl der Zusammengehörigkeit der beiden deutschen Großmächte zu erschüttern. Wir bäten, im beiderseitigen Interesse den Schädigungen, welche das monarchische Prinzip, der Sinn für öffentliche Ordnung und die Einigkeit beider Mächte durch das jetzt in Holstein gehandhabte System erlitten, ein Ziel zu setzen. Es sei ein

unabweisliches Bedürfnis für uns, Klarheit in unsere gegenseitigen Verhältnisse zu bringen; habe die Kaiserliche Regierung nicht den Willen, auf die Dauer gemeinsame Wege mit uns zu gehen, so müßten wir für unsere ganze Politik volle Freiheit gewinnen.

Die österreichische Antwort (vom 7. Februar) brachte eine, in Biegelebens hochmütigem Tone verfaßte, kühle Ablehnung. Die Agitation in Holstein habe keinen revolutionären Charakter. Die Verpflichtung Oesterreichs, das anvertraute Pfand unverletzt zu bewahren, könne sich nur auf die ungeschmälerte Erhaltung der Substanz beziehen. Die Verwaltung von Holstein unterliege ausschließlich der Kompetenz der Kaiserlichen Regierung; das Verlangen, über einen Akt dieser Verwaltung Rechenschaft zu erhalten, müßte entschieden zurückgewiesen werden.

Nach Empfang dieser Depesche erklärte Bismarck dem Grafen Karolyi in ruhigem Tone, Preußens Beziehungen zu Oesterreich hätten nunmehr den intimen Charakter der letzten Jahre verloren und seien auf denselben Stand zurückgekommen, auf dem sie vor dem dänischen Kriege waren; nicht besser, aber auch nicht schlechter als zu jeder andern Macht.

Eine schriftliche Erwiderung der österreichischen Depesche unterblieb.

* * *

Nachdem im Juni 1865 das Abgeordnetenhaus sich unfähig gezeigt hatte, über Schleswig-Holstein irgend eine Ansicht durch Majoritätsbeschluß zum Ausdruck zu bringen,

traten vereinzelte Symptome eines beginnenden Umschwungs der öffentlichen Meinung hervor.

Zu dem Abgeordnetentage, welchen der Frankfurter Ausschuß auf den 1. Oktober einberufen hatte, um den Gasteiner Vertrag für nichtig zu erklären, erschienen unter 272 Abgeordneten nur ein Oesterreicher und 8 Preußen, von denen 6 sich der Abstimmungen enthielten. Bekannte Parlamentarier, wie Twesten und Mommsen, hatten ihr Erscheinen mit der Begründung abgelehnt, daß sie an Beschlüssen nicht teilnehmen wollten, deren Spitze gegen die Machtentfaltung Preußens gerichtet sein würde.

In der badischen Kammer sagte der liberale Parteiführer Mathy gelegentlich, Bismarck „gefalle ihm mit jedem Tage besser".

In weiten Kreisen des preußischen Volks schien man der fruchtlosen Redeübungen und Resolutionen überdrüssig und begann man einzusehen, daß der vielgeschmähte „Junker" nach außen bedeutende Erfolge zu erringen und im Innern sparsam zu wirtschaften vermochte.

Das Abgeordnetenhaus aber zeigte beim Wiederzusammentreten am 15. Januar 1866 ein unverändert böses Gesicht. Der Präsident Grabow gab beim Beginn der Sitzungen der feindseligen Stimmung des Hauses wieder durch heftige Vorwürfe gegen die Staatsregierung Ausdruck. Auf Anregung Virchows empfahl eine Kommission, zu erklären, daß die Vereinigung des Herzogtums Lauenburg mit der Krone Preußen rechtsungültig sei, so lange nicht die verfassungsmäßige Zustimmung beider Häuser des Landtags erfolgt wäre.

Man bezog sich dabei auf Artikel 48 der Verfassung,

wonach Verträge des Königs mit fremden Regierungen „wenn dadurch dem Staate Laſten auferlegt werden", zu ihrer Gültigkeit der Zuſtimmung der Kammern bedürfen; ſowie auf Artikel 55, welcher lautet: „Ohne Einwilligung beider Kammern kann der König nicht zugleich Herrſcher fremder Reiche ſein."

Bismarck wies (am 4. Februar) in längeren Ausführungen nach, daß der Ankauf von Lauenburg aus Privatmitteln Seiner Majeſtät des Königs dem Lande keinerlei Laſten auferlegt habe, und daß ein deutſches Ländchen von dem Umfange Lauenburgs nicht als ein „fremdes Reich" bezeichnet werden könne, ohne ſich an der deutſchen Sprache und Nationalität zu verſündigen. Dann fuhr er fort:

„Daß die Perſonalunion dem Preußiſchen Staate Nachteil bringe, habe ich nicht behaupten hören; ich glaube im Gegenteil, ſie bringt ihm mehr Vorteile als ihm die Anwendung des Programms der Februarbedingungen, beiſpielsweiſe in Lauenburg, gebracht haben würde, und ich glaube, Sie zollten dieſem Programme teilweiſe Ihre Anerkennung.

„Wäre es nicht, wenn es gelänge, Schleswig-Holſtein zu einer Perſonalunion mit Preußen zu bringen, ein ſehr viel erheblicherer Vorteil, als wenn wir bloß die Februarbedingungen dort durchführten? Wäre es nicht ein Vorteil, der bedeutender Opfer, der einiger Staatslaſten ſogar wert wäre?

„Wenn Ihnen aber, meine Herren, das Syſtem der Perſonalunion nicht gefällt, warum haben Sie es nicht früher geſagt? Ich habe ja im vorigen Jahre von dieſer Stelle die dringendſte Frage, ich kann wohl ſagen die Bitte, an

Sie gerichtet: äußern Sie doch Ihre Ansicht über die Zukunft der Herzogtümer! Ich habe Sie gefragt: Sind Sie mit dem Programm der Februarbedingungen einverstanden? Wünschen Sie, daß es abgeändert, daß etwas hinzugesetzt werde, streben Sie z. B. nach der Personalunion? Ihre Antwort war ein Schweigen, welches ich kaum beredt nennen kann. Sie konnten sich nicht einmal entschließen, darauf zu sagen: wir beharren bei unserem Ausspruch von vor zwei Jahren, wir wünschen noch heut, daß der Prinz von Augustenburg in die Souveränetät von Schleswig-Holstein eingesetzt wird.

„Meine Herren! Ich wiederhole diese Frage heut und in diesem Jahre an Sie. Noch ist es Zeit, zwar nicht über Lauenburg, da ist es zu spät, wohl aber in Betreff Schleswig-Holsteins, da sind Sie heut noch in der Lage, Ihrer Meinung und der des Volkes, welches Sie vertreten, Geltung zu verschaffen: so sprechen Sie doch im Namen des Volkes, was Ihre Ansicht über Schleswig-Holsteins Zukunft ist!"

„Interessiert Sie diese Frage gar nicht? Sie interpellieren uns darüber, Sie legen uns bei jeder Gelegenheit, bei jedem Schritte, den wir thun, Schwierigkeiten in den Weg; aber Sie verheimlichen Ihre eigene Meinung über die Frage sorgfältig.

„Nun, meine Herren, wenn Sie auch in diesem Jahre darüber schweigen, dann beklagen Sie sich auch nachher nicht, wenn wir auf die von Ihnen verschwiegene Meinung keine Rücksicht nehmen können."

Diese Aufforderuug hatte keinen Erfolg; der Kommissionsantrag aber wurde mit 251 gegen 44 Stimmen angenommen.

Ebenso später zwei Resolutionen, betreffend eine Entscheidung des Obertribunals und einen polizeilichen Vorgang.

Diese drei Resolutionen wurden durch den Präsidenten dem Staatsministerium übersandt, von diesem aber wegen der darin enthaltenen Ueberschreitungen der Kompetenz des Hauses wieder zurückgeschickt. Von ferneren Beratungen der Abgeordneten war nach diesen Vorgängen Ersprießliches nicht zu erwarten; der Landtag wurde daher am 22. Februar geschlossen.

Bald darauf (am 28.) trat in Gegenwart des Königs und des Kronprinzen ein Ministerrat zusammen, welchem auch Graf Goltz, sowie die Generale Moltke, Manteuffel und Gustav Alvensleben beiwohnten. Nur der Kronprinz und Bodelschwingh empfahlen, wie im vorigen Jahre, Verständigung mit Oesterreich zu suchen. Alle anderen Anwesenden stimmten darin überein, daß in Schleswig-Holstein nicht nachzugeben und eine kriegerische Lösung als wahrscheinlich ins Auge zu fassen sei. Moltke entwickelte dabei die Ansicht, daß auf einen günstigen Erfolg mit einiger Sicherheit nur dann zu rechnen wäre, wenn Italien in den Krieg einträte. In diesem Falle würde Oesterreich nicht mehr als 240000 Mann in Böhmen aufzustellen vermögen.

* * *

Schon im Januar hatte Bismarck an Usedom geschrieben, daß der Zeitpunkt der Krise voraussichtlich näher heranrücke; der Grad der Sicherheit und der Umfang dessen, was wir von Italien zu erwarten hätten, würde von wesentlichem Einfluß auf unsere Entschließungen sein, ob wir nämlich es zur Krise kommen ließen, oder uns mit geringeren Vorteilen be-

gnügten. Die deutsche Frage ruhe einstweilen; bei weiterer Entwickelung der Beziehungen Oesterreichs zu den Mittelstaaten mit aggressiver Tendenz gegen Preußen könne jedoch leicht eine Wendung eintreten, welche den Bestand des Bundes in Frage stellte. Wenn z. B. die holsteinischen Stände gegen unseren Willen zu antipreußischen Zwecken zusammenberufen werden sollten, so würden wir auf diese Regungen des Partikularismus mit Anrufung der nationalen Gesamtinteressen antworten und die Basen wieder betreten, welche s. Zt. dem Frankfurter Fürstentage entgegengesetzt wurden. Wir hätten keinen Grund, anzunehmen, daß bei Regelung der deutschen Angelegenheiten die Haltung Frankreichs uns feindselig sein würde; sollte sie aber auch bedenklich werden, so wäre das nur ein Anlaß mehr, uns auf die tiefere nationale Basis zurückzuziehen und die dort vorhandenen Kräfte uns zu verbünden.

Nach längerem Schwanken La Marmoras konnte Usedom am 24. Februar telegraphieren, König Victor Emanuel sei zum Kriege gegen Oesterreich bereit, wenn man sich vorher über die Ziele des Krieges verständigt haben würde.

Es kam nun hierbei wesentlich auf die Haltung des Kaisers Napoleon an. Auf Befehl des Königs entwickelte Goltz vor demselben Anfang März das Programm einer engeren Verbindung der norddeutschen Staaten, betonte, daß die Führung der Südstaaten Bayern zu überlassen sei und versuchte, den Kaiser zu einer Aeußerung darüber zu bewegen, welche Schritte er zu thun gedächte, um das französische Nationalgefühl mit einer wesentlichen Verstärkung der preußischen Machtstellung auszusöhnen.

Der Kaiser gab seiner vollen Sympathie mit diesem nationalen Programm Ausdruck, lehnte jedoch ab, jetzt schon ein Kompensationsobjekt zu bezeichnen. In Belgien herrsche vollkommene Ruhe; die Schweiz anzugreifen, sei schwierig, in den deutschen Grenzlanden sollten mit Ausnahme Rheinbayerns keine französischen Sympathien vorhanden sein. Marschall Niel wünsche die Grenzen von 1814 (Landau und Saarbrücken); aber die Abneigung des Königs gegen Abtretung deutschen Gebiets erschwere die Wahl.

Goltz schloß den bezüglichen Bericht mit der Vermutung, der Kaiser werde für Erwerbung der Herzogtümer keine Kompensation, bei größerem Machtzuwachs Preußens aber die Grenzen von 1814 verlangen.

Umgehend antwortete Bismarck, der Kaiser sei falsch berichtet, wenn er an französische Sympathien in Rheinbayern glaube; von Abtretung deutschen Landes könne unter keinen Umständen die Rede sein. Goltz möge die Frage ruhen lassen, bei Anregung von französischer Seite aber entschieden alles ablehnen, was das deutsche Nationalgefühl verletzen könnte.

Die erwähnte Audienz des Grafen Goltz bei Napoleon hatte jedoch die Folge, daß der Kaiser dem italienischen Ministerpräsidenten empfahl, ein Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen zu schließen. Zu diesem Zwecke traf General Govone am 14. März in Berlin ein mit der Instruktion, das Bündnis so zu gestalten, daß Preußen im Falle eines italienischen Angriffs auf Venetien zu sofortiger Kriegserklärung verpflichtet wäre. Aber weder Bismarck noch der König waren gesonnen, die Entscheidung über den Kriegsfall aus der Hand zu geben. Die Verhandlung stockte, da La Mar-

mora argwöhnte, Bismarck wolle einen Vertrag mit Italien nur zu dem Zwecke schließen, um von Oesterreich neue Konzessionen zu erpressen. Ein Scherz Bismarcks mit einer liebenswürdigen Dame hatte aber so ernste Folgen, daß Govone seinen Minister um neue Instruktionen bat.

Nach dem erwähnten Ministerrat vom 28. Februar hatten Unberufene erzählt, es sei in demselben baldiger Angriff auf Sachsen und Oesterreich beschlossen worden. Die Gemahlin des sächsischen Gesandten, Gräfin Hohenthal, richtete nun an Bismarck die Frage, ob es denn wahr sei, daß er so böse Absichten hege. „Natürlich," sagte er, „seit dem ersten Tage meines Ministeriums habe ich keinen andern Gedanken gehabt; Sie werden bald sehen, daß wir besser schießen als unsre Gegner." Da erbat die Gräfin einen freundschaftlichen Rat, wohin sie flüchten solle, auf ihre Besitzung in Böhmen oder auf ihr Gut bei Leipzig.

„Ich kann nur empfehlen," sagte Bismarck, „nicht nach Böhmen zu gehen, denn gerade in der Nähe Ihres dortigen Besitzes werden wir die Oesterreicher schlagen; und da wird es mehr Verwundete geben, als Ihre Leute pflegen können. Aber auf Ihrem sächsischen Schlosse werden Sie nicht einmal durch Einquartierung belästigt werden, da Knautheim nicht an einer Etappenstraße liegt."

Am folgenden Tage erwiderte Bismarck auf Anfragen einiger Diplomaten, die Verspottung einer naiven Frage dürfe man doch nicht ernst nehmen.

Beust aber, dem Hohenthal das Tischgespräch berichtet hatte, rief Oesterreichs Schutz an und versicherte, daß alle Mittelstaaten zu ihm stehen würden.

In Wien war gerade ein Marschallsrat (vom 7. bis 13. März) versammelt, um über die Opportunität des Beginnes von Rüstungen zu entscheiden. Mensdorff und Esterhazy sprachen dagegen; die Depesche Beusts aber verschaffte den Generalen das Uebergewicht, und man beschloß, die Garnisonen in Böhmen bis auf ungefähr 80 000 Mann zu verstärken.

Am 16. März stellte Graf Karolyi amtlich an Bismarck die Frage, ob Preußen beabsichtige, die Gasteiner Konvention zu brechen und den Bundesfrieden zu stören. Bismarck antwortete:

„Nein! Wir wünschen im Gegenteil, daß Oesterreich die Verträge von Wien und Gastein genauer beobachte."

Auf Erkundigung über unsere Rüstungen erhielt Karolyi die sachgemäße Antwort, daß dazu in keiner Weise irgend ein Anfang gemacht worden sei. Der Gesandte versicherte darauf, daß, wenn, was er nicht wisse, in Oesterreich einige Rüstungen stattfänden, sie nur defensiven Zweck haben könnten, da man nicht im entferntesten daran denke, Preußen anzugreifen. „Solche defensive Vorbereitungen," sagte Bismarck, „sind für uns immer eine Gefahr; hat Oesterreich einmal 150 000 Mann an den Grenzen zusammen, so ist ein Grund zum Bruche leicht gefunden. Das haben wir 1850 erlebt."

Ohne Karolyis Bericht über diese Unterredung abzuwarten, hatte Mensdorff am 16. März ein Rundschreiben an die deutschen Regierungen abgesandt, worin er ankündigte, was geschehen werde, wenn Bismarck auf die zu stellende Frage ungenügende Antwort gäbe. Dann wolle Oesterreich beim Bunde beantragen, über Schleswig-Holstein zu entscheiden,

und, falls Preußen sich dieser Entscheidung widersetze, das Bundesheer mobil zu machen.

Dieser Operationsplan wurde uns natürlich bald bekannt. Bismarck gab darauf den Gesandten an den deutschen Höfen genaue Nachrichten über die Verstärkungen und die Verschiebungen österreichischer Truppenteile nach Norden, erklärte, daß solcher Bedrohung gegenüber wir Deckungsmaßregeln würden ergreifen müssen, und fragte, ob, im Falle sich hieraus ein österreichischer Angriff entwickele, wir auf die Hilfe der Bundesgenossen zählen dürften.

Endlich am 27. März, in der dritten Woche nach dem Beginne der österreichischen Rüstungen, beschloß ein Ministerrat unter Vorsitz des Königs: Armierung der schlesischen Festungen, Ankauf von Artilleriepferden und Verstärkung einiger Truppenteile um im Ganzen 11000 Mann, jedoch keinerlei Vorschiebungen von Truppen nach der Grenze hin.

Alle diese Vorgänge verringerten das natürliche Mißtrauen des Generals Govone und des italienischen Gesandten Grafen Barral. Die italienischen Wünsche in Betreff der zum deutschen Bundesgebiete gehörigen Bezirke von Trient und Triest lehnte Bismarck zwar entschieden ab, stellte aber die Erwerbung Veneziens in sichere Aussicht. Zugleich betonte er wiederholt, daß es lediglich von Italiens Entschließung in Betreff des Vertrages abhänge, ob es zum Kriege komme oder nicht, da der Weg zur Verständigung noch immer offen sei. Nachdem nun auch der Kaiser Napoleon dem italienischen Minister dringend empfohlen hatte, den Vertrag abzuschließen, kam es endlich am 8. April zu einem Bündnis auf drei Monate, während welcher Italien in den Krieg eintreten

sollte, falls in dieser Frist Preußen eine Kriegserklärung gegen Oesterreich verkündete.

* * *

Am Tage nach der Unterzeichnung des italienischen Bündnisses erhielt Savigny telegraphische Weisung, den seit längerer Zeit vorbereiteten Antrag auf Einberufung eines aus direkter Volkswahl hervorgehenden Parlamentes in der Bundesversammlung einzubringen.

Wie erwähnt, hatte Bismarck schon im März 1862 (in Petersburg) von der Nützlichkeit eines deutschen Parlamentes gesprochen, und im September 1863 hatte auf Antrag des Staatsministeriums der König den Bundesfürsten erklärt, daß ein Parlament zu den Vorbedingungen gedeihlicher Bundesreform gehöre. Ein fester Plan über die Gestaltung der Reichsverfassung war jedoch bei Einbringung des bezüglichen Antrags an den Bundestag noch nicht gefaßt.

Friedjung meint (I, S. 161), daß Bismarck „mit Lothar Bucher[1]) den Plan zu einer deutschen Reichsverfassung unter thätiger Mitwirkung der Nation" entworfen habe. Diese

[1]) In Bezug auf Bucher spricht Friedjung (S. 181) auch die Vermutung aus, daß dieser auf die Entscheidung Bismarcks für das allgemeine Wahlrecht eingewirkt habe. Das Staatsministerium hatte sich aber schon im September 1863 dafür ausgesprochen, während Bucher erst im November 1864 eintrat. Ueberhaupt hat er meines Wissens niemals einen Versuch gemacht, gesprächsweise dem Chef eine Ansicht nahe zu bringen. In späteren Jahren pflegte er, wenn nach seiner Meinung der Reichskanzler sich in einem faktischen oder juristischen Irrtum befand, eine kurze Denkschrift einzureichen. Des Sprechens war er wenig gewöhnt. Am 19. April 1866 schrieb er mir, der täglich durch sein Arbeitszimmer kam, ich möchte doch dem Chef für die künftige Reichsverfassung eine gewisse Bestimmung vorschlagen, die vielleicht den

Vermutung bedarf der Widerlegung, weil sie ein unrichtiges Bild von Bismarcks Schaffen geben kann. Nur beiläufig sei erwähnt, daß Bucher damals ausschließlich mit der Verwaltung von Lauenburg beschäftigt war und erst im Dezember 1866 zur Ausarbeitung der Verfassung des Norddeutschen Bundes herangezogen worden ist; wichtig aber scheint mir, festzustellen, daß Bismarck, soweit meine Wahrnehmungen reichen, niemals irgend einen Plan in Gemeinschaft mit einem seiner Räte erwogen oder entworfen hat.

„Zu erfinden, zu beschließen,
Bleibe, Künstler, oft allein."

Bismarcks Künstlernatur forderte einsames Schaffen. Sein überreicher Geist bot ihm für jedes Problem verschiedene Wege der Erfindung und des Rats. In der heißen Glut seiner Vaterlandsliebe schmolzen auch spröde Stoffe, so daß er sie kneten und formen konnte. Bei dieser rastlosen inneren Arbeit war ihm der Rat anderer Menschen unwillkommene Störung. Immer bestrebt zu lernen, nahm er thatsächliche Mitteilungen gern entgegen, ließ auch die täglich durch Menschenverkehr, Geschäfte und Presse herantretenden Eindrücke unbefangen auf sich wirken, verhielt sich aber kritisch oder ablehnend, wenn irgend Jemand Rat zu geben versuchte. In Kleinigkeiten konnte er auch fremde Gedanken gelegentlich benutzen; so ließ er in Abekens Entwürfen manche nicht von

---

Ring der Opposition brechen könnte. Er war, bei eminenten Fähigkeiten und Kenntnissen, wortkarg und verschlossen; aber, soviel ich aus vereinzelten Aeußerungen entnehmen konnte, stand er in den letzten Jahrzehnten seines Lebens demokratischen Anschauungen sehr fern, und suchte das Heil des Gemeinwesens in möglichster Stärkung der Autoritäten.

ihm angegebene Nebengedanken desſelben gelten; in den weſentlichen Zügen aber, wie in allen wichtigen Fragen, kam das faſt niemals vor. Nur eines ſolchen Falles kann ich mich erinnern. Im Jahre 1871, bei Vorbereitung der preußiſchen Kreisordnung, geſchah es, daß er einige Vorſchläge, die Gneiſt ihm abends in ſeinem Kabinet unterbreitete, gut hieß und in amtliche Behandlung nahm.

Seine Ziele waren, wie bekannt, anfangs die Sicherung und Erhöhung der preußiſchen Macht, dann die Gründung eines norddeutſchen Bundesſtaates.

Für jede der tauſendfachen Aufgaben, die auf den Wegen dahin herantraten, fand er mehrere Löſungen. Hatte er darunter gewählt, was oft in wenigen Minuten, manchmal aber erſt nach jahrelanger Ueberlegung geſchah, ſo mußte er in den meiſten Fällen ſeine Anſicht dem Könige annehmbar zu machen verſuchen, in anderen, weniger häufigen, ſeine Kollegen, die Staatsminiſter, von der Richtigkeit ſeiner Auffaſſung überzeugen.

Die in jenen Jahren tägliche Wiederkehr der mündlichen Vorträge beim Könige erleichterte ſehr, daß etwa hervortretende Gegenſätze der Anſchauungen ſich ausglichen. Gewöhnlich war ihm die Stunde von 4 bis 5 Uhr, in der er dem ſchwärmeriſch verehrten Herrn vorzutragen pflegte, die erfreulichſte des Geſchäftstages. Dennoch kam es, wie bekannt, mitunter zu ernſten Friktionen. In ſeltenen Fällen lehnte der König ſeine Anträge völlig ab, wie in der erwähnten Frage der Ablöſung perſönlichen Militärdienſtes durch Stellvertretungsgelder. Häufig aber kam es vor, daß der König ſeinem Antrag eine etwas veränderte Richtung gab.

Bismarck brauchte mitunter das Bild, es sei durch die Einwirkung des königlichen Willens auf den seinigen, wie im Parallelogramme der Kräfte, die praktisch richtige Diagonale gefunden worden. Wäre es möglich, derartige Thatsachen nachträglich festzustellen, so würde vermutlich meine Meinung sich als richtig erweisen, daß der Einfluß Seiner Majestät auf Bismarcks politische Entschlüsse ein viel bedeutenderer gewesen ist, als von vielen angenommen wird.

Widerspruch seiner Kollegen im Staatsministerium war ihm äußerst unerfreulich. Vielerfahrene Sachverständige zu überzeugen ist schwierig; darüber hat er oft geklagt. Die kollegialische Verfassung des preußischen Staatsministeriums, in welchem Stimmenmehrheit entschied, war ihm ein Greuel. Er hätte in allen Staatsgeschäften zu seiner Hilfe nur Sekretäre gewünscht, wie es seine vortragenden Räte thatsächlich waren. Die Opposition des Landtages war ihm natürlich auch unangenehm, verstimmte ihn aber, wie mir schien, lange nicht so sehr, wie die der Minister.

* * *

Als am 9. April 1866 in Frankfurt der Antrag auf ein deutsches Parlament eingebracht wurde, lag noch kein Bundesverfassungsentwurf vor. Bismarck sah voraus, daß Verhandlungen über einen solchen am Bundestage nie zu Ende kommen würden und machte deshalb zuerst nur den Vorschlag, sogleich einen festen Termin für die Einberufung des Parlaments zu beschließen. Erst auf Bitten von seiten befreundeter Höfe ermächtigte er Savigny, in der Bundesversammlung am 11. Mai mündlich einige Grundzüge der

künftigen Bundesverfassung mitzuteilen. Die Mäßigung in diesen Andeutungen ging soweit, daß eines künftigen Bundesoberhauptes gar keine Erwähnung geschah. Savignys Mitteilungen machten einen so günstigen Eindruck, daß man trotz des Widerspruches von Oesterreich und Darmstadt beschloß, neue Instruktionen einzuholen.

Im April wurde der preußische Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlamentes fast überall mit Mißtrauen und Hohn begrüßt. Nur die zweite Kammer Badens erklärte sich einverstanden. Aber beispielsweise die in Neumünster versammelten Ausschüsse schleswig-holsteinischer Vereine weissagten wörtlich: „Es steht fest, daß ein Gewährenlassen der verabscheuungswürdigen Politik des preußischen Kabinetts Deutschland unrettbar dem tiefsten Verfall preisgeben würde."

An der Pariser Börse gab es Panik und starke Verluste einflußreicher Leute. Allgemein wurde nicht Oesterreich, welches die Rüstungen begonnen hatte, sondern Preußen, welches den status quo verändern wollte, als der Störenfried angeklagt, und wohl mit Grund. Als Goltz wegen einer möglichen Aenderung unserer Politik anfragte, antwortete Bismarck, es wäre höchst bedenklich, Systeme und Ziele willkürlich zu wechseln, besonders aber, Entschließungen, deren Durchführung mit Gefahren verknüpft sei, bei Annäherung der Gefahr wieder aufzugeben.

Nach dem ersten bescheidenen Anfang unserer am 27. März beschlossenen Rüstungsmaßregeln wurde von Oesterreich eine Korrespondenz wegen beiderseitiger Abrüstung eingeleitet. Eine der bezüglichen Depeschen (vom 7. April) war inhaltlich so wenig begründet und in der Form so hochfahrend, daß der

russische Gesandte, Baron Oubril, welcher für den Frieden zu wirken angewiesen war, seinen Wiener Kollegen ersuchte, bei Mensdorff die Zurückziehung dieses Schriftstückes anzuregen. Das gelang natürlich nicht; Bismarck aber antwortete in höflichem Tone, unsere Abrüstung würde Zug um Zug der österreichischen folgen.

Da wurde in Wien plötzlich die Mobilmachung der ganzen Südarmee beschlossen. Es waren merkwürdigerweise wieder ungenaue Nachrichten gewesen, welche diesen entscheidenden Schritt veranlaßten.

Der englische Gesandte in Wien, Lord Bloomfield, meldete nämlich, daß nach Mitteilung seines florentiner Kollegen, Sir Henry Elliot, eine Verstärkung der italienischen Armee um etwa 100000 Mann im Gange wäre, während nichts anderes vor sich ging als die gewöhnliche Rekrutenaushebung von jährlich 80000 Mann. Aus Venedig aber kam die Nachricht, Garibaldi sei mit Freischaren in die Provinz Rovigo eingebrochen. Beide Meldungen wurden nach wenigen Tagen widerrufen; aber die Mobilmachungsbefehle waren infolge jener Gerüchte bereits am 21. April abgegangen[1]). Nun konnte auch bei uns von Abrüstung nicht

---

[1]) Friedjung (I S. 215 bis 222) weist aus dem italienischen Generalstabswerk über den Krieg von 1866 nach, daß die italienische Armee im April nicht nur durch die gewöhnliche Rekrutenaushebung, sondern auch durch andere Maßregeln, namentlich durch Einbehaltung der höchsten Altersklasse verstärkt worden sei, was der österreichische Generalstab in Rechnung gestellt habe (S. 216). Dennoch ist auch nach seiner Meinung der Beschluß, die österreichische Südarmee mobil zu machen, eine verhängnisvolle Uebereilung gewesen. Graf Mensdorff hat dagegen gestimmt (S. 221, 222).

mehr die Rede sein. Am 26. folgten in Oesterreich die Befehle zur Mobilmachung der Nordarmee.

La Marmora ließ an demselben Tage anfragen, was wir zu thun gedächten, wenn Oesterreich Italien angriffe, und erhielt von Bismarck die Zusage, daß wir in diesem Falle in den Krieg eintreten würden, obgleich der Vertrag uns hiezu nicht verpflichte. Darauf wurde am 27. die Mobilmachung der italienischen Armee befohlen.

Am 28. April übergab Graf Karolyi eine Depesche, welche nochmals die Einsetzung des Erbprinzen von Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein unter den im vorigen Jahre zugestandenen Bedingungen anbot, für den Fall der Ablehnung aber Abgabe der Streitfrage an den Bund und Einberufung der holsteinischen Landstände in Aussicht stellte. Diese Aufkündigung des Gasteiner Vertrages blieb unbeantwortet; vom 3. Mai ab wurden jedoch endlich auch bei uns die einzelnen Armeekorps nach und nach mobil gemacht.

* * *

Während im Kabinett des Ministers rastlos für den Krieg gearbeitet wurde, herrschte am Kaminfeuer des großen Wohnzimmers die friedliche und heitere Stimmung der früheren Jahre — der Kreis der häufig erscheinenden Abendgäste hatte sich nicht wesentlich vergrößert.

Die Gräfin war im Herbste mehrfach leidend gewesen, empfand aber im Winter günstige Nachwirkungen von Homburg und Biarrits. Sie konnte mitunter in Konzerte gehen, deren damals frühe Stunden es ihr möglich machten, bald nach 9 Uhr am Theetisch zu walten. Oper und Schauspiel

blieben jedoch, der unvermeidlichen Verspätung wegen, ausgeschlossen.

Am Geburtstage der Gräfin (dem 11. April) ließ ich immer im Kuppelsaale des Ministeriums Orchestermusik machen. Im Jahre 1866 wurde u. a. Beethovens C-moll-Symphonie ausgeführt, deren heroischer letzter Satz auf den Minister großen Eindruck machte. Doch war die in einem vielgelesenen Romane vorkommende Erzählung, er sei durch ein Musikstück zur Entscheidung für den Krieg bestimmt worden, natürlich Dichtung und zwar eine mit seinen Eigenschaften unvereinbare. Die Entscheidung politischer Fragen ist von ihm immer durch kühle Berechnung gefunden, niemals durch augenblickliche Gemütsstimmung beeinflußt worden. Daneben ist gewiß, daß, als der seit 14 Jahren vorausgesehene Entscheidungskampf herannahte, seine Seele in leidenschaftlicher Erregung glühte, deren notwendige Beherrschung mitunter seine Gesundheit angriff. Seit dem Januar hatte er die gewohnte Stärkung durch Jagden entbehren müssen und war dadurch anfälliger geworden. Als am 23. März gegenüber den österreichischen Rüstungen unsererseits noch nichts geschehen war, erkrankte er, gesundete aber, sobald am 27. die erwähnten ersten Rüstungsbefehle ergingen. Ebenso kränkelte er um Mitte April, während über die beiderseitige Abrüstung viel geschrieben werden mußte, erholte sich aber bald nach Eingang der Meldung von der Mobilmachung der österreichischen Südarmee.

Wenn er am späten Abend die Thüre seines Arbeitszimmers öffnete und durch das kleine, offene Kabinett in das Wohnzimmer trat, war er immer heiter und guter Dinge.

Gewöhnlich führte er die Unterhaltung, sprach aber nicht über Tagesfragen. Die Gräfin war natürlich mit seinen Bestrebungen vertraut, doch suchte er ihr Kenntnis der täglichen, oft unerfreulichen Zwischenfälle zu ersparen. Im Familienkreise kein Wort von Politik zu hören und von harmlosen Dingen zu sprechen war ihm Erquickung.

Am 7. Mai kam er, wie gewöhnlich, nach 5 Uhr aus dem königlichen Palais zurück, hielt sich aber länger als sonst in seinem Kabinett auf, um einen kurzen Bericht an Seine Majestät zu schreiben, und trat dann mit einer Entschuldigung seiner Verspätung in den Salon. Ehe man sich zu Tische setzte, küßte er seine Gemahlin auf die Stirn und sagte: „Erschrick nicht, mein Herz, es hat jemand auf mich geschossen, ich bin aber durch Gottes Gnade unverletzt geblieben."

So erzählte mir bald nachher einer der Tischgenossen.

Vor Abend kamen der König, die königlichen Prinzen und viele Würdenträger, um den wunderbar Errretteten zu begrüßen.

Abends erzählte er in kleinem Kreise den Hergang ungefähr mit diesen Worten:

„Ich ging unter den Linden auf dem Fußweg zwischen den Bäumen vom Palais nach Hause. Als ich in der Nähe der russischen Gesandtschaft gekommen war, hörte ich dicht hinter mir zwei Pistolenschüsse. Ohne zu denken, daß mich das anginge, drehte ich mich unwillkürlich rasch um und sah etwa zwei Schritte vor mir einen kleinen Menschen, der mit einem Revolver auf mich zielte. Ich griff nach seiner rechten Hand, während der dritte Schuß losging und packte ihn zugleich am Kragen. Er faßte aber schnell den Revolver mit

der linken, drückte ihn gegen meinen Ueberzieher und schoß noch zweimal. Ein unbekannter Civilist half mir ihn festhalten. Es eilten auch sogleich Schutzleute herbei, die ihn abführten, zusammen mit einer Patrouille vom zweiten Garderegiment, die zufällig des Weges kam.

„Als Jäger sagte ich mir: die letzten beiden Kugeln müssen gesessen haben, ich bin ein toter Mann. Eine Rippe that zwar etwas weh, ich konnte aber zu meiner Verwunderung bequem nach Hause gehen. Hier untersuchte ich die Sache. Ich fand Löcher im Ueberzieher, im Rock, Weste und Hemde; an der seidenen Unterjacke aber waren die Kugeln abgeglitten, ohne die Haut zu verletzen. Die Rippe schmerzte etwas wie von einem Stoß, das ging aber bald über. Es kommt bei Rotwild vor, daß eine Rippe elastisch federt, wenn die Kugel aufschlägt. Man kann nachher erkennen, wo sie abgeglitten ist, weil da einige Haare fehlen. So mag auch meine Rippe gefedert haben. Oder vielleicht ist die Kraft der Schüsse nicht voll entwickelt worden, weil die Mündung des Revolvers unmittelbar auf meinen Rock drückte."

Alle Anwesenden waren in feierlicher Stimmung, als hätten sie Uebernatürliches erlebt. Bismarck aber zergliederte den Fall mit einer Ruhe, als handelte es sich um ein gleichgültiges Vorkommnis.

Am folgenden Tage wurde bekannt, daß der Verbrecher, Namens Cohen-Blind, der von London gekommen war, um Bismarck zu erschießen, im Gefängnisse sich durch Oeffnen einer Pulsader getötet hatte.

Als abends der kleine Kreis der Hausfreunde wieder versammelt war, meldete ein Diener, daß vor dem Hause

große Menschenmassen sich bewegten. Man ging in den chinesischen Saal und öffnete die Fenster nach der Straße. Ueber die Stimmung des Berliner Volkes war früher Erfreuliches nicht bekannt geworden; jetzt aber ertönte unaufhörlich der Ruf: „Bismarck hoch!" Er sprach aus dem Fenster mit erhobener Stimme ungefähr folgende Worte:

„Meine Herren und Landsleute, herzlichen Dank für diesen Beweis Ihrer Teilnahme. Für unsern König und das Vaterland das Leben zu lassen, ob auf dem Schlachtfelde oder auf dem Straßenpflaster, halte ich für ein hohes Glück und erflehe von Gott, daß mir ein solcher Tod vergönnt sei. Für jetzt hat Er es anders gewollt; Gott hat gewollt, daß ich noch lebendig meinen Dienst thun soll. Sie teilen das patriotische Gefühl mit mir und Sie werden gern mit mir rufen: Seine Majestät, unser König und Herr, er lebe hoch!"

Die Folge des Attentats war eine gehobene Stimmung Bismarcks. Mehrmals hatte ich den Eindruck, daß er sich jetzt als Gottes „auserwähltes Rüstzeug" fühlte, um seinem Vaterlande Segen zu bringen. Ausgesprochen aber hat er das nicht.

In den nächsten Tagen, während die Mobilmachungen überall ausgeführt wurden, kam unter andern Fürsprechern des Friedens Herr Abraham Oppenheim als Vertreter von 17 rheinischen Handelskammern nach Berlin. Er wurde von Bismarck empfangen und trug die Bitte vor, wenn der Krieg unvermeidlich wäre, möchte vorher mit dem Landtag Frieden gemacht werden. Der Minister erwiderte inhaltlich folgendes:

„Ich hege den Wunsch nach Aussöhnung mit dem Landtage, ehe vielleicht ein großer Konflikt unvermeidlich wird,

ſo lebhaft wie irgend jemand. Meine verhaßte Perſon würde aber ein Hindernis der Verſtändigung ſein; ich habe deshalb vor einiger Zeit den König gebeten, ſtatt meiner den Fürſten von Hohenzollern zum Miniſterpräſidenten zu ernennen und mir den Poſten eines Unterſtaatsſekretärs im auswärtigen Miniſterium zu geben. In dieſer Stellung würde ich meine Erfahrungen im auswärtigen Dienſt ebenſo verwerten können, wie als Miniſter, und der Fürſt würde mir wohl freie Hand laſſen. Der König hat aber auf dieſen Gedanken nicht eingehen wollen. Er hat dagegen Neuwahlen zum Abgeordnetenhauſe anzuordnen befohlen, und wir müſſen zunächſt dieſe abwarten."

Auflöſung des Hauſes und Vorbereitung von Neuwahlen war am 9. Mai verfügt worden. Herr Oppenheim erzählte dieſe Unterredung an demſelben Abend in Ausdrücken höchſter Bewunderung ſeinem Freunde Bleichröder, welcher mir am anderen Morgen darüber berichtete. Eine Beſtätigung der Thatſache, daß Bismarck dem Könige jenen Vorſchlag unterbreitet hat, iſt mir nicht zu teil geworden [1]). Doch hielt ich die Angaben Oppenheims, wie den Bericht Bleichröders für zweifellos glaubwürdig, und freute mich ebenſo ſehr, daß Bismarck den ſelbſtloſen Antrag geſtellt, wie daß der König ihn abgelehnt hatte.

[1]) Bernhardi (Aus meinem Leben, Bd. VI, S. 318) erwähnt eine Aeußerung Max Duncker's, der damals vortragender Rat beim Kronprinzen war, an Bennigſen, Bismarck habe dem Könige vorgeſchlagen, ein „liberales Miniſterium" zu berufen. Dieſe, vermutlich auf denſelben Vorgang zu beziehende, unbeſtimmte Angabe ſcheint mir weniger glaubhaft, als Oppenheims genaue Erzählung deſſen, was ihm der Miniſter ſelbſt geſagt hatte.

Damals gingen Strömungen weichlicher, ganz unpreußiſcher Gefühle durch das Land. Hervorragende Mitglieder der konſervativen Partei ſetzten alle erlaubten Mittel in Bewegung, um den Krieg zu verhindern. Nicht nur 17 rheiniſche Handelskammern und eine Kölner Volksverſammlung petitionierten um Erhaltung des Friedens, ſondern auch 4 Wahlbezirke Berlins und die Stadtbehörden von Stettin, Köslin und Königsberg. Der Abgeordnetentag in Frankfurt und der Ausſchuß des Nationalvereins erklärten übereinſtimmend, die einzige zur Löſung der obwaltenden Schwierigkeiten berufene Behörde ſei ein deutſches Parlament; ſie verdammten aber gleichzeitig den Miniſter, der ein ſolches amtlich beantragt hatte, und den Krieg, welcher der Durchführung dieſes Antrages unerläßlich vorhergehen mußte.

Nur zwei verſtändige Kundgebungen wurden in jener Zeit bekannt: eine Adreſſe der Altliberalen in Halle und die bereits früher erwähnte der Stadtbehörden von Breslau.

Schleſien war die der Gefahr eines feindlichen Ueberfalles am meiſten ausgeſetzte Provinz. Dennoch ſchrieben die Breslauer am 15. Mai an Seine Majeſtät den König, man wolle lieber alle Laſten und Leiden eines Krieges auf ſich nehmen, als erleben, daß die Löſung der hiſtoriſchen Aufgabe Preußens, die Einigung Deutſchlands, noch einmal — wie es 1850 geſchehen — auf lange Jahre hinausgeſchoben würde. Es fehle zwar, da der innere Konflikt nicht gelöſt ſei, an der allgemeinen Begeiſterung, wie ſie 1813 herrſchte; dennoch aber würden die ſchleſiſchen Männer mit derſelben Opferwilligkeit wie damals den Gefahren und Nöten des Krieges entgegen gehen.

Der König gab in einem huldvollen Erlaß vom 19. Mai

der Freude über das Wiedererwachen des schlesischen Geistes von 1813 ernsten Ausdruck und bezeichnete als das Ziel seiner Wünsche eine Verständigung zwischen der Regierung und dem neu zu wählenden Abgeordnetenhause.

Im Monat Mai schwebte noch eine geheime Verhandlung zwischen den Höfen von Berlin und Wien, welche während einiger Tage Frieden zu verheißen schien. Baron Anton Gablenz, ein in Preußen angesessener Bruder des Generals, hatte einen Vertragsentwurf auf folgenden Grundlagen ausgearbeitet: in Schleswig-Holstein wäre Prinz Albrecht von Preußen als Herzog einzusetzen, der Oberbefehl des Bundesheeres zwischen Preußen (für die nördlichen) und Oesterreich (für die südlichen Armeekorps) zu teilen, diese Reform aber dem Bunde aufzudrängen. Die, besonders für Oesterreich nützlichen, Spezialbedingungen lasse ich unerwähnt.

Gablenz wurde durch seinen Bruder bei Graf Mensdorff eingeführt, der ihn freundlich anhörte, und kam dann nach Berlin. Daß Bismarck die schließliche Annahme dieser Lösung in Wien für wahrscheinlich gehalten hat, glaube ich nicht; er sprach sich darüber nicht aus, behandelte aber die Sache geschäftlich mit ernster Gründlichkeit und brachte verschiedene Verbesserungen in den Entwurf. Gablenz reiste hin und her und wurde von beiden Monarchen mit Wohlwollen empfangen, erhielt aber schließlich in Wien den Bescheid, er komme mit seinen Vorschlägen um acht Wochen zu spät. Man hatte sich den hilfsbereiten Mittelstaaten gegenüber schon zu fest engagiert, um sie plötzlich wie Gegner behandeln zu können; auch war die Preußen zugedachte Machtsphäre offenbar viel bedeutender als die südliche.

Schon vor dem Beginn der Besprechungen mit Gablenz hatte Mensdorff dem Kaiser Napoleon angeboten, Venetien abzutreten, sobald Schlesien erobert sein werde; später ließ er diese Vorbedingung fallen und verhieß Venetien schon vor Beginn des Krieges, wenn nur die Neutralität Italiens gesichert werden könnte. Napoleon empfahl diese Lösung; aber Visconti Venosta erklärte sofort einen solchen Vorschlag für unannehmbar und hielt fest am preußischen Bündnis.

Der Kaiser nahm nun seinen mehrmals geäußerten Lieblingsgedanken wieder auf, durch einen europäischen Kongreß die schwebenden Fragen zu lösen: die venetianische, die schleswig-holsteinische und die deutsche Bundesreform. Bismarck hielt diesen Plan zwar für aussichtslos, aber nicht für geraten, Besprechungen darüber abzulehnen.

Inzwischen erfuhren wir, daß die französischen Gesandten in den Mittelstaaten und in Frankfurt eine gegen uns entschieden feindliche Sprache führten, sowie daß Napoleon eine vorläufige Verständigung über den Kongreß nicht mit uns, sondern mit London und Petersburg suchte. Graf Harry Arnim meldete aus Rom, Kardinal Antonelli wisse von geheimen, zwischen Wien und Paris schwebenden, wichtigen Verhandlungen. Aus allem ging hervor, daß Napoleon infolge unserer beharrlichen Weigerung, deutsches Gebiet abzutreten, seine Gunst uns entzogen und dem zu manchen Versprechungen geneigten Oesterreich zugewandt hatte. Die formelle Einladung zum Kongresse wurde jedoch Ende Mai und Anfang Juni von allen Beteiligten außer Oesterreich acceptiert, welches die Annahme an Bedingungen knüpfte, die eine Ablehnung in sich schlossen. Napoleon sagte darauf am 3. Juni zu Goltz,

Oesterreich allein trage die Verantwortung für den Krieg; daraus folge seine für uns wohlwollende Neutralität. Diese Worte konnten jedoch nicht ernst gemeint sein, denn die geheimen Verhandlungen mit Oesterreich gingen ununterbrochen weiter. Der sonderbare Vertrag, der am 10. Juni zustande kam, blieb uns zwar unbekannt; aber ein Manifest des Kaisers vom 11., welches in Form eines Briefes an Drouyn de Lhuys dem Senate mitgeteilt wurde, enthielt eine deutliche Absage an Preußen.

* * *

Als gegen Ende Mai der Krieg unvermeidlich zu werden schien, trat der Finanzminister von Bodelschwingh zurück, der schon früher bei jeder Gelegenheit eine friedliche Lösung befürwortet hatte. Die Verlegenheit war augenblicklich groß. Da wandte sich Bismarck an den Freiherrn von der Heydt, der früher lange Jahre Handelsminister, im Sommer 1862 Finanzminister gewesen und im September wegen Gewissensbedenken gegen eine budgetlose Verwaltung zurückgetreten war. Jetzt aber, da er das Vaterland in Gefahr sah, war er sofort bereit, die schwerste Verantwortung zu übernehmen und den Kredit, den er als Chef eines großen Bankhauses in Finanzkreisen genoß, zur Geltung zu bringen. Der Opfermut dieser Entschließung in einem Moment, wo an der Börse bereits Kriegskurse herrschten, ist, wie mir scheint, weder damals noch später voll gewürdigt worden; vielleicht weil die folgende Zeit so viel Kriegsruhm brachte, daß man darüber des wohlthätigen Zauberers vergaß, der seine ganze Habe einsetzte, um die versiegenden Quellen der Rüstungsmittel plötzlich wieder aufzuschließen.

Es darf erwähnt werden, daß von der Heydt in der entscheidenden Unterredung, welche am 1. Juni abends stattfand, den Wunsch aussprach, nach Beendigung des Krieges möchte wegen der Finanzverwaltung seit 1862 vom Abgeordnetenhause Indemnität nachgesucht werden und, daß Bismarck diesen Wunsch beim Könige zu befürworten zusagte. Die Thatsache dieser Zusage hat, wie ich glaube, damals niemand erfahren [1]), weder die andern Minister noch die Finanzmänner, welche Herrn von der Heydt reichliche Mittel zur Verfügung stellten. Der unter diesen an erster Stelle thätige Leiter der Diskontogesellschaft, Herr von Hansemann, sowie der Sohn des Ministers, Freiherr Karl von der Heydt, haben von der erwähnten Zusage Bismarcks nichts gewußt. Der große Name des neuen Leiters der preußischen Finanzverwaltung genügte, um alles nötige zu beschaffen. Vielleicht kam auch bei maßgebenden Persönlichkeiten der Glaube an die Ueberlegenheit unserer Waffen hinzu, ein Glaube, der jedoch in Berlin keineswegs verbreitet war. Im Gegenteil glaubten die meisten, daß die verbündeten österreichischen und mittelstaatlichen Streitkräfte den unsrigen überlegen seien. Die allgemeine Stimmung war gedrückt.

Den zum Krieg führenden Schritt that Graf Mensdorff am 1. Juni, indem er die Entscheidung über Schleswig-Holstein in die Hand des Bundes legte und demselben die bevorstehende Einberufung der holsteinischen Stände anzeigte.

---

[1]) Mir wurde das am 1. Juni wegen der Indemnitätsnachsuchung getroffene Uebereinkommen am 13. Juli (im Hauptquartier Czernahora) zufällig bekannt durch einen mir zum Entwurf der Antwort übergebenen Brief des Finanzministers an den Chef.

Moltke wünschte natürlich baldige Kriegserklärung, um den Gegnern nicht die Zeit zur Vollendung ihrer Rüstungen zu lassen. Der König aber befahl, den Verlauf der Sache am Bundestage abzuwarten.

Bismarck protestierte gegen den österreichischen Antrag durch einen Erlaß an Werther (vom 3. Juni), worin er ausführte, Oesterreich habe durch Uebertragung der Entscheidung wegen Schleswig-Holsteins an den Bund den Gasteiner Vertrag zerrissen; für den dortigen Rechtszustand sei daher fortan nur der Wiener Friede von 1864 maßgebend. Demnach dürften beide Mächte beide Herzogtümer militärisch besetzen, die Stände aber nur durch gemeinsamen Beschluß beider Regierungen einberufen werden.

In einem Rundschreiben an unsere Vertreter in Deutschland und im Auslande legte er dar, daß Oesterreich planmäßig den Krieg herbeiführen wolle. Der am 1. Juni beim Bundestage eingebrachte Antrag sei beleidigend in der Form, vertragswidrig im Inhalt. Der König habe noch im Mai einen von unparteiischer Seite gemachten Vorschlag zu direkter Verständigung bereitwillig entgegengenommen, der Vorschlag sei aber in Wien gescheitert; und aus authentischer Quelle seien dem König Auslassungen kaiserlicher Minister mitgeteilt worden, wonach dieselben den Krieg um jeden Preis begehrten, teils in der Hoffnung auf Erfolge im Felde, teils um über innere Schwierigkeiten hinwegzukommen, ja selbst mit der ausgesprochenen Absicht, den österreichischen Finanzen durch preußische Kontributionen oder durch einen ehrenvollen Bankerott zu Hilfe zu kommen.

Am 5. Juni brachte der Staatsanzeiger den Artikel des

Vertrages vom 16. Januar 1864, in welchem die beiden Mächte sich zugesagt hatten, über Schleswig-Holsteins Zukunft nur in gemeinsamem Einverständnisse zu bestimmen.

Am Bundestage folgte unsererseits eine ausführliche Entgegnung auf den österreichischen Antrag.

Allen deutschen Regierungen übersandte Bismarck am 10. Juni den Entwurf eines Umrisses der künftigen Bundesverfassung. Der Hauptinhalt war: Ausschluß Oesterreichs, Teilung des Oberbefehls über das Bundesheer zwischen Preußen und Bayern, Bundesmarine, Parlament aus Volkswahlen nach allgemeinem Stimmrecht, Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich.

Dem Herzog von Coburg schrieb Bismarck bei Uebersendung dieses Schriftstückes:

. . . . „Die in dem Entwurfe enthaltenen Vorschläge sind nach keiner Seite hin erschöpfend, sondern das Resultat der Rücksicht auf die verschiedenen Einflüsse, mit denen kompromittiert werden muß intra muros et extra. Können wir sie aber zur Wirklichkeit bringen, so ist damit immer ein gutes Stück der Aufgabe, das historische Grenznetz, welches Deutschland durchzieht, unschädlich zu machen, erreicht, und es ist unbillig, zu verlangen, daß eine Generation, oder sogar ein Mann, sei es auch mein allergnädigster Herr, an einem Tage gut machen soll, was Generationen unserer Vorfahren Jahrhunderte hindurch verpfuscht haben. Erreichen wir jetzt, was in der Anlage feststeht, oder Besseres, so mögen unsere Kinder und Enkel den Block handlicher ausdrechseln und polieren.

„Ich habe die Skizze zunächst Baron Pfordten mitgeteilt; er scheint mit allem Wesentlichen einverstanden, nur nicht mit Artikel I, weil er meint, daß Bayerns Interesse Oesterreichs Verbleiben auch im engeren Bunde fordere. Ich habe ihm mit der Frage geantwortet, ob und wie er glaubt, daß die übrigen Artikel, oder irgend etwas Aehnliches, auf einen Bund anwendbar seien, welcher Oesterreich zum Mitgliede hat . . . .

„Daß der vorliegende Entwurf den Beifall der öffentlichen Meinung haben werde, glaube ich nicht; denn für den deutschen Landsmann genügt im Allgemeinen die Thatsache, daß Jemand eine Meinung ausspreche, um sich der entgegengesetzten mit Leidenschaft hinzugeben; ich begnüge mich mit dem Worte qui trop embrasse, mal étreint“ . . . .

In einigen Teilen Deutschlands gaben jetzt die Volksvertretungen Mißbilligung der partikularistischen Politik ihrer Regierungen zu erkennen; so in Darmstadt, Nassau, Kassel, Hannover; aber in Sachsen, Bayern und Württemberg schien leidenschaftlicher Haß gegen Preußen vorherrschend.

IX.

Ende des Deutſchen Bundes. Krieg und Frieden. Juni bis September 1866.

General Gablenz berief, erhaltener Weiſung gemäß, die holſteiniſchen Stände auf den 11. nach Itzehoe. Am 6. erhielt er ein Schreiben Manteuffels, worin dieſer unſere Rechtsauffaſſung darlegte und anzeigte, daß am 7. preußiſche Truppen in garniſonfreie holſteiniſche Ortſchaften einrücken würden. Ein Gleiches in Schleswig zu thun, ſtehe den Oeſterreichern frei.

Die ohne Zuſtimmung des Königs erfolgte Einberufung der Stände aber ſei vertragswidrig; Gablenz möge dieſelbe einſtweilen zurücknehmen, dann würde die Civilregierung des Landes nicht geſtört werden.

Hierauf befahl Gablenz unverzüglich, daß ſeine Brigade (Kalik) nach Altona marſchieren und ebenſo die Landesregierung von Kiel dorthin überſiedeln ſollte. Der Erbprinz folgte derſelben.

Es ſei mir erlaubt eine Betrachtung an die Thatſache zu knüpfen, daß der Erbprinz von Auguſtenburg durch ſeine,

den eigenen Interessen nachteilige, Haltung den Ausbruch des Krieges verursacht hat.

Im Januar 1864 riet ihm der General (der nachmalige Feldmarschall) von Blumenthal, wie er mir 1870 in Versailles erzählt hat, in die aktive Armee einzutreten, um den Feldzug gegen Dänemark mitzumachen. Wäre er diesem Rate gefolgt, so hätte er das Herz des Königs gewonnen. Seine Majestät würde ihn dann vermutlich, ohne die Kronjuristen zu befragen, unter den etwas gemilderten Februarbedingungen als Herzog eingesetzt haben. Die Lösung der „deutschen Frage" wäre infolgedessen auf unbestimmte Zeit, wahrscheinlich bis lange nach Rückkehr der französischen Truppen aus Mexiko, verschoben und dadurch wesentlich erschwert worden. Der Herzog von Koburg aber und wohlmeinende Juristen unterstützten die Ueberzeugung des Erbprinzen, daß es Gewissenspflicht sei, das ihm Zustehende unentwegt zu behaupten. Später trugen die Bitten der ihm treu gesinnten Bevölkerung dazu bei, daß er auch im Widerspruch mit dem ausgesprochenen Wunsche des Königs in der eingenommenen Stellung ausharrte. Der König aber fühlte dadurch sein von den berufenen Autoritäten anerkanntes Hoheitsrecht verletzt und hielt für unabweisbare Herrscherpflicht, dasselbe zu wahren. So hat der Erbprinz, durch treues Festhalten an seinem politischen Glauben, den Zauber gebrochen, der die preußische Macht gefesselt hielt und die Bahn frei gemacht für die Entwicklung des neuen Reiches.

Gablenz protestierte gegen Manteuffels Eigenmächtigkeiten und erklärte, daß es bei der Einberufung der Stände verbleiben müsse. Manteuffel nahm darauf am 10. die

Civilverwaltung auch in Holstein in die Hand, verfügte die Auflösung aller politischen Vereine und übertrug die Geschäfte der vormaligen Landesregierung dem Freiherrn von Scheel-Plessen. Das Land blieb vollkommen ruhig, so daß er seine 16000 Mann nach Süden marschieren lassen konnte. Einige Tausend Mann Landwehr rückten als Polizeitruppe in die Herzogtümer. Gablenz führte seine Brigade durch Hannover und Süddeutschland nach Böhmen.

Am 11. Juni beantragte nun Oesterreich in Frankfurt die Mobilmachung der nichtpreußischen Bundesarmeekorps unter dem Namen einer Bundesexekution gegen Preußen. Die bundesgesetzlichen Vorbedingungen für ein solches Verfahren fehlten und von Einhaltung der dafür vorgeschriebenen langwierigen Formen und Fristen sollte natürlich nicht die Rede sein. Preußen erklärte, jedes Votum für den österreichischen Antrag als eine Kriegserklärung betrachten zu müssen. Dafür aber wurden 9, dagegen nur 6 Stimmen am 14. abgegeben.

Hierauf erhob sich Savigny, zeigte mit kurzer aber gründlicher Motivierung an, daß infolge dieser Kriegserklärung der Bundesvertrag erloschen sei, und überreichte die Grundzüge zu einem neuen, zeitgemäßen Vertrage, auf deren Basis der König mit den dazu geneigten Fürsten eine Verständigung zu suchen bereit sein werde.

Auf Savignys telegraphischen Bericht über diesen Vorgang gab der König sofort den Befehl, die Feindseligkeiten unter der Voraussetzung zu eröffnen, daß die an Sachsen, Hannover und Kurhessen von unserem Gesandten am 15. zu überreichende Sommation nicht befriedigend beantwortet werden würde.

Am Morgen des 14. hatte Bismarck, der das Ergebnis der Abstimmung mit Sicherheit voraussah, Momente schweren Zweifels über den Ausgang des von ihm ersehnten Entscheidungskampfes. Er schlug die Bibel auf; sein erster Blick fiel auf die Worte des 9. Psalmes (Vers 3—5): „Ich freue mich und bin fröhlich in dir, und lobe deinen Namen, du Allerhöchster, daß du meine Feinde hinter sich getrieben hast; sie sind gefallen und umgekommen vor dir. Denn du führest mein Recht und Sache aus; du sitzest auf dem Stuhl, ein rechter Richter."

Er fühlte sich dadurch getröstet und mit neuer Hoffnung erfüllt. So erzählte mir die Gräfin.

Am Abend des 14. gegen 10 Uhr schickte der Minister mich zum General von Moltke. Es war nämlich in Aussicht genommen, den benachbarten mittelstaatlichen Regierungen 48 Stunden Ueberlegungsfrist zu gewähren und die Truppen erst am 17. einrücken zu lassen. Am 14. nachmittags aber äußerte der kurhessische Thronfolger mündlich zu Bismarck, er glaube, daß die hessische Dynastie „unter dem Schutz von 800000 österreichischen Bajonetten" wohl sicherer geborgen sein werde als durch Anlehnung an Preußen. Diese überraschende Ziffer war vermutlich dem Könige von Hannover durch einen fürstlichen Besuch aus Oesterreich, von dem man kürzlich gehört hatte, mitgeteilt worden, und dadurch auch in Kassel bekannt geworden. Eine Sinnesänderung beider Höfe hielt der Minister daher für unwahrscheinlich. Gegenüber dem vollständig gerüsteten Königreich Sachsen aber erschien die lange Ueberlegungsfrist vollends als eine Verschwendung kostbarer Zeit. Ich wurde demnach beauftragt, anzufragen, ob es nach der Stellung unserer Truppen

möglich wäre, die Einmärsche schon am 16. früh statt am 17. beginnen zu lassen.

Der General hatte frühe Gewohnheiten und war schon fast entkleidet, als ich kam, empfing mich aber sofort, bejahte die gestellte Frage, legte schnell die Uniform an und fuhr mit mir zum Minister, um das Nähere zu besprechen. Sogleich fand Vortrag beim Könige statt und noch in der Nacht gingen die entsprechend modifizierten Weisungen ab, sowohl an die Gesandten wie an die Generale.

Während der letzten Wochen des Juni versammelten sich in den frühen Abendstunden im Auswärtigen Amte häufig die Generale Roon, Moltke, Gustav Alvensleben und Treskow, mitunter auch die Minister. Nie hat so vollkommene Harmonie zwischen Bismarck und seinen Kollegen, sowie mit den Generalen geherrscht, als in diesen Tagen der Siegeshoffnungen.

Die militärischen Mißverständnisse und Kümmernisse, welche der Kapitulation der hannöverschen Armee bei Langensalza vorhergingen, wurden gemeinschaftlich überwunden und die ersten Siegesnachrichten aus Böhmen besprach man ohne Ueberhebung.

Von drei Seiten waren unsere Heere in Böhmen eingerückt: aus der Oberlausitz die erste Armee unter dem Prinzen Friedrich Karl, aus Schlesien die zweite unter dem Kronprinzen und aus Sachsen die kleine Elbarmee unter General von Herwarth.

Jedes der drei Heere hatte schwere Gefechte zu bestehen, welche mit einer einzigen Ausnahme sich zu Siegen gestalteten [1]).

---

[1]) Siegreiche Gefechte wurden gemeldet aus Turnau und Hühnerwasser (d. 26.), Nachod (d. 27.), Skalitz und Münchengrätz (d. 28.), Schweinschädel und Gitschin (d. 29.).

Die drei uns benachbarten Mittelstaaten kamen schnell in unseren militärischen Besitz.

Mit Leitung der Civilverwaltungen wurden beauftragt: für Kurhessen der Regierungspräsident von Möller, für Hannover der Landrat Freiherr von Hardenberg, für Sachsen der Landrat von Wurmb. Bismarck hatte im allgemeinen mehr Vertrauen zu der Umsicht und Tüchtigkeit tüchtiger Landräte, die fortwährend in lebendigem Verkehr mit der Bevölkerung blieben, als zu höheren Beamten, welche der Regel nach seit langen Jahren vom „grünen Tische" aus zu verwalten gewohnt waren. Er schien auch ein gewisses Vergnügen in der Vorstellung zu finden, daß mittelstaatliche Minister preußischen Landräten unterstellt werden konnten. Diese Experimente sind meines Wissens gut abgelaufen und Störungen der herkömmlichen Landesverwaltungen nicht eingetreten.

Für mich dauerte der Dienst fast in jeder Nacht bis gegen 4 Uhr. Einige Beamte des Chiffrierbureaus hatten regelmäßigen Nachtdienst; von den Räten aber war nach 10 Uhr abends außer mir niemand anwesend. Den dienstfreien Teil der Nachtstunden durfte ich im Wohnzimmer zubringen, wo die Gräfin mit wenigen befreundeten Personen die Nacht hindurch auszuharren pflegte bis ihr Gemahl zu ruhen für gut fand.

Der Rittmeister Graf Karl Bismarck-Bohlen, welchem der Minister im Jahre 1863 versprochen hatte, ihn im Fall eines Krieges wieder zu verwenden, beschäftigte sich damit, für die „Mobilmachung des Auswärtigen Amtes" drei zweispännige offene Wagen anzuschaffen, in welchen der Minister,

Abeken, er selbst, ich und zwei Chiffrierbeamte Platz finden sollten. Die Sorge für Reitpferde blieb den Reitern überlassen.

Endlich wurde der Aufbruch des großen Hauptquartiers zum 30. Juni befohlen. Am Abend vorher brachten dichtgedrängte Menschenmassen vor dem königlichen Palais Ovationen dar, und zu ähnlichen Kundgebungen zog dann die Menge vor das Auswärtige Amt. Wir traten an die Fenster des chinesischen Saals und des Speisesaals. Bismarck sprach aus dem Fenster[1]) ungefähr folgende Worte:

„Gott hat uns gestern und vorgestern Siege geschenkt. Nächst Gott verdanken wir diese Siege aber unserem Allerhöchsten Kriegsherrn, dem Könige. Er hat von Jugend auf sich bemüht, uns eine kriegstüchtige Armee zu schaffen; als er sie hatte, hat es ihm viele Mühe und Kämpfe gekostet, sie zu erhalten; jetzt sehen Sie, daß er recht gehabt hat. Ohne des Königs Pläne wäre es nicht gelungen, solche Siege zu erstreiten. Darum danken wir Gott, und lassen Sie uns den König, den Schöpfer dieses Kriegsheeres loben — der Himmel gebe seinen Segen dazu."

Nach dem Hoch auf den König und die Armee fuhr er fort:

„Meine Herren, gedenken wir auch in Liebe der Verwundeten und der Zurückgebliebenen, der Witwen und Waisen! Mancher Soldat ist Familienvater und kehrt nicht zu den Seinen zurück. Oeffnen wir darum den Verwundeten, den Witwen und Waisen unser Herz und unsern Beutel. Berlin war

[1]) Ein Berichterstatter (erwähnt bei Kohl, Regesten I, S. 291) läßt ihn „vom Balkon seiner Wohnung aus" sprechen. Ein solcher war nicht vorhanden.

ſtets groß in Mildthätigkeit; mag es auch jetzt dieſe Tugend üben! Darum bitte ich Sie."

Es erſchien natürlich, daß der König mit dem Gefolge (das ſogenannte große Hauptquartier) die Richtung einſchlug, in welcher die I. Armee zwiſchen den beiden anderen vorgegangen war. Am 30. Juni kamen wir vor Sonnenuntergang nach der böhmiſchen Fabrikſtadt Reichenberg, wohin am 29. die etwa 300 Reiter der Stabswache, ſowie ſämtliche Pferde und Wagen des Hauptquartiers vorausgegangen waren.

Die Stadt war ſchon faſt ganz von preußiſchen Truppen entblößt. Bismarck wurde von der Sorge gequält, Baron Edelsheim, der berühmte öſterreichiſche Reiterführer, wäre von der Reiſe des Königs benachrichtigt und würde einen nächtlichen Ueberfall des Hauptquartiers verſuchen. Moltke teilte dieſe Beſorgnis zwar nicht, da die öſterreichiſchen Corps zu weit entfernt und zu hart bedrängt ſeien, als daß eine ſolche Unternehmung geplant werden könnte; Bismarck erwirkte jedoch den Befehl, daß alle Pferde die Nacht über geſattelt blieben und berittene Wachtpoſten weit ins Land vorgeſchoben würden.

Am 1. Juli beſtieg der Miniſter mit Abeken den Reiſewagen, Karl Bismarck und ich marſchierten zu Pferde nach Schloß Sichrow, wo wir am frühen Nachmittag ankamen. Dort ſaß man lange in einer überwölbten, aber nach der Seite offenen Halle. Einige Offiziere vom Stabe des verwundeten General von Tümpling kamen nach Meldung bei Seiner Majeſtät zu uns, und während anhaltender Regen den Ausblick ins Freie hemmte, erzählten ſie anſchaulich von

merkwürdigen Erlebnissen der am 29. geschlagenen Schlacht bei Gitschin.

Am folgenden Tage, dem 2. Juli, ging der Marsch nach Gitschin, dicht bei dem Schlachtfelde vorbei, auf dem viele tote Pferde und auch noch manche unbeerdigte Soldatenleichen lagen.

Gegen Abend kamen wir ins Quartier. Von dem ungewohnten Marschieren zu Pferde ermüdet, schlief ich einige Stunden recht gut in einer Bodenkammer auf den Dielen des Fußbodens. Um 1 Uhr trat der Hofmarschall Graf Perponcher mit einer Blendlaterne an mich heran und sagte wörtlich: „Heute früh soll bei Horsitz, etwa zwei Meilen von hier, ein Gefecht sein. Der König fährt mit ganz kleinem Gefolge um 5 Uhr dahin ab, die Pferde gehen um 4 Uhr voraus. Ich überlasse Ihnen ganz, ob Sie das dem Minister melden wollen oder nicht."

Ich ging zwei Treppen hinunter nach dem Zimmer hin, wo Bismarck mit seinem Vetter Karl zusammen übernachtete. Die Thüre war verschlossen. Nach meinem Klopfen hörte ich, daß Karl in übermäßiger Vorsicht den Hahn seiner Pistole knacken ließ, ehe er öffnete. Ich trat an das Bett des Chefs und meldete das Gehörte.

Er sagte: „Das ist nun der unglückselige Biereifer[1]) der Herren Generale; da wollen sie dem König ein Arriere-Garde-Gefecht vormachen, und deswegen muß ich meine Nachtruhe verlieren, die ich so nötig brauche. Aber was hilft's, wenn der König geht, muß ich mit. Bestellen Sie die Pferde."

---

[1]) Studentischer Ausdruck für übermäßigen Eifer.

In den Ställen wurde es sogleich lebendig; die Reitpferde gingen, gut gefüttert, um 4 Uhr ab. Eine Stunde später folgte im Anschluß an die offenen Landauer der Generale ein Halbwagen, in welchem Bismarck mit seinem Vetter saß und ich auf dem Bocke neben dem Kutscher Platz fand. Freund Abeken, der damals nicht beritten war, sollte, wenn nötig, das Bureau nach Horsitz schaffen.

Der ganze Himmel war von grauen Wolken bedeckt; hin und wieder fiel etwas Regen. Auf der breiten Heerstraße, die von Horsitz über Sadowa nach Königgrätz führt, bewegten sich im Schritt lange Geschützreihen, neben welchen unsere Wagen vorbeifuhren. Zu beiden Seiten marschierte Infanterie durch die triefenden Kornfelder. Nirgends war der gewohnte Helm sichtbar. Offiziere und Mannschaften trugen Mützen, auf Befehl des Prinzen Friedrich Karl. Die Masse der langsam vorrückenden Truppen zeigte an, daß es sich wohl um mehr handelte, als um ein Gefecht mit der österreichischen Nachhut.

Gegen 8 Uhr kamen wir nach dem hinter Horsitz gelegenen Dorfe Dub, bestiegen die Pferde und ritten einen sanft ansteigenden Hügel hinan, welcher zu der langen Kette niedriger Anhöhen gehört, die auf der Westseite das breite Wiesenthal des Flüßchens Bistritz begleiten. Gegenüber, auf der Ostseite, liegt näher am Wasser ein Laubwäldchen, der Holawald, und dahinter erhebt sich die kahle Hochebene von Lipa, nach Süden zu ausgebreitet; hinter Lipa die dominierende Höhe von Chlum.

Nebel lagen über dem Flußthal, dem Wald und den unteren Höhen; aber durch den Nebel leuchteten Feuerblitze

einer langen Reihe von Geschützen, die auf den Höhen postiert sein mußten.

Bismarck ritt an Moltke heran und fragte: „Wissen Sie, wie lang das Handtuch ist, dessen Zipfel wir hier gefaßt haben?"

„Nein," sagte Moltke, „genau wissen wir es nicht; nur, daß es wenigstens drei Corps sind, vielleicht ist es die ganze österreichische Armee."

In dem Augenblicke flog eine Granate heran und fiel etwa fünfundzwanzig Schritte vor dem Könige nieder, ohne zu platzen. Vielleicht gaben die etwa dreihundert Pferde der den König begleitenden Stabswache ein bequemes Ziel. Es wurde sogleich befohlen, daß das Hauptquartier sich im Gelände verteilen sollte. Der König, die Generale und Bismarck ritten nach Nordosten, hinunter in die Ebene.

Ich sah, daß Karl Bismarck dem Minister folgte und blieb der Aussicht wegen noch fast zwei Stunden auf dem Hügel. Neben mir hielt Oberst von Albedyll, damals nach General von Treskow der erste Offizier des Militärkabinetts.

Das vordere Gelände war durch die von Horsitz in östlicher Richtung nach Sadowa führende, von Pappeln eingefaßte Heerstraße in zwei fast gleiche Flächen geteilt. Jenseits des Flusses erhob sich im Norden der Straße eine dunkelgrüne Hügelreihe, der Swiepwald. Zwischen diesem und dem Holawalde lag ein breites, sanft ansteigendes Thal, in welches man meilenweit hineinsehen konnte. Der Swiepwald ragte hoch über die Nebelmassen empor, welche damals noch den Holawald verhüllten.

Was in der Flußniederung vorging, war für uns nicht

sichtbar; aber um einige Dörfer mußte hart gekämpft werden, denn an mehreren Punkten vor dem Holawalde und in dem Thale zwischen beiden Wäldern stiegen Feuersäulen auf, über welchen sich dunkelgraue Rauchwolken zusammenballten.

„Was meinen Sie, Keudell," sagte Albedyll, „das ist doch wohl kein bloßes Gefecht mehr, das ist eine richtige Schlacht."

Also nicht einmal im Militärkabinett war man in die Sachlage eingeweiht.

Es kam der Befehl, alle Offiziere des Hauptquartiers sollten auf der linken Seite der Heerstraße sich zerstreuen. Dort hörte ich von einem Flügeladjutanten über die Vorgänge des letzten Abends folgendes:

Am 2. Juli hatte der Major von Unger von Horsitz aus einen kühnen Ritt durch die feindlichen Linien bis an die Elbe und im weiten Bogen zurück gemacht, ohne von Kugeln getroffen oder von verfolgenden Ulanen gefangen zu werden. Er meldete mit Bestimmtheit, daß er Truppen von drei verschiedenen Armeecorps diesseits der Elbe gesehen hätte. Prinz Friedrich Karl traf vorläufige Anordnungen und ersuchte schriftlich den Kronprinzen, ihm am 3. früh die Garde zu Hilfe zu schicken. Dann ritt der Generalstabschef Oberst von Voigts-Rhetz nach Gitschin, um die Befehle des Königs einzuholen. Moltke war schon zur Ruhe gegangen, als der Oberst um 11 Uhr gemeldet wurde. Er ließ diesen sofort eintreten und hörte die Meldung, daß drei feindliche Corps diesseits der Elbe ständen. Sogleich sprang er aus dem Bette und rief, die Rechte ausstreckend: „Da schlagen wir sie." Er hatte gefürchtet, der Feind würde sich hinter die Elbe

zurückziehen. Der König entschied auf Moltkes Vortrag, dem nur Roon, Alvensleben und Voigts-Rhetz beiwohnten, daß die erste Armee am frühen Morgen angreifen, der Kronprinz nicht nur mit der Garde, sondern mit der ganzen zweiten Armee so schnell als möglich heranrücken, die Elbarmee aber auf die vermutlich südlichste Stellung des Feindes bei Nechanitz losgehen sollte. Der für den Kronprinzen bestimmte Befehl wurde dem Flügeladjutanten Oberstleutnant Grafen Finckenstein übergeben, zwei Abschriften davon den als vorzügliche Reiter bekannten Rittmeistern von Kahlden-Iden und von Borcke mit dem Auftrage ausgehändigt, auf verschiedenen Wegen nach dem etwa fünf deutsche Meilen weit entfernten Hauptquartier des Kronprinzen zu eilen. Mit Hilfe von guten Karten und Laternen haben alle drei Herren vor Tagesanbruch das Ziel erreicht, was man jedoch am Morgen im großen Hauptquartier noch nicht wissen konnte.

Prinz Friedrich Karl beabsichtigte anfänglich die Bistritz nicht zu überschreiten, sondern bis zur Ankunft des Kronprinzen nur ein Artilleriegefecht zu führen; Moltke aber, so wurde erzählt, besorgte, der Feind würde, durch die mächtige Artillerieaufstellung gedeckt, nach Süden über die Elbe abmarschieren.

Der König befahl daher sofortigen Angriff der Infanterie. Der Fluß wurde überschritten, die Dörfer Sadowa und Dohalitz wurden genommen und der Holawald besetzt. Die kahlen Höhen aber hinter dem Walde, wo vermutlich Infanterie massiert war, sollten erst nach wirksamem Eingreifen des Kronprinzen gestürmt werden.

Ich darf hier in Kürze einschalten, was uns am folgenden Tage, teilweise durch gefangene Offiziere, über den sehr ungewöhnlichen Verlauf der Schlacht bekannt wurde.

Unsere siebente Division (Franseckí) besetzte die nördlich Sadowa gelegenen Swiepwaldberge und eroberte das davor im Thale liegende, vom Feinde verteidigte Dorf Cistowes. Nun hatten zwar zwei ganze Armeecorps von Benedek den Befehl erhalten, die Stellung von Chlum gegen den von Norden her zu erwartenden Angriff des Kronprinzen zu verteidigen; es schien jedoch den Befehlshabern dieser Corps eine lockende Aufgabe, unsere kleine Division aus dem Dorfe wie aus dem Walde zu werfen und dann unsre erste Armee von Norden her in der Flanke aufzurollen, ehe die zweite herankommen könnte. Beide Corps verließen daher, eines nach dem andern, die ihnen bei und vor Chlum angewiesenen Stellungen und führten, wiederholten Befehlen Benedeks entgegen, mehrstündige Waldgefechte gegen Franseckí mit wechselndem Glücke. Dadurch wurde östlich vom Swiepwalde ein Gelände frei, in welchem unsre Garde vordringen und Chlum, den Schlüssel der feindlichen Position, überraschend schnell erstürmen konnte. Das geschah aber erst am Nachmittage.

In den Morgenstunden war, wie erwähnt, das Gefolge des Königs links von der Heerstraße Horsitz-Sadowa in weit auseinanderstehende Gruppen verteilt.

Unweit des Kriegsherrn, welchen Moltke, Roon und Alvensleben umgaben, hielt Bismarck auf einem riesengroßen Fuchs. Wie er im grauen Mantel hoch aufgerichtet dasaß und die großen Augen unter dem Stahlhelm glänzten, gab

er ein wunderbares Bild, das mich an kindliche Vorstellungen von Riesen aus der nordischen Urzeit erinnerte[1]).

Ein Infanterieregiment kam in Zugskolonnen durch hohes Korn und defilierte mit lautem Hurra vor dem Könige. Währenddessen erhielt Bismarck eine Zifferndepesche und gab sie mir zur Entzifferung. Ich mußte nach Horsitz reiten und konnte erst nach etwa zwei Stunden zurückkehren.

Da standen der König und das Gefolge zu Fuß auf dem Roskoshügel, links vom Wege, die Pferde auf der Westseite dahinter; im Nordwesten eine Division Kavallerie in Reserve.

Ich machte meine Meldung an den Minister, der nahe dem König in der ersten Reihe stand und trat dann in die hinterste Reihe zurück. Die Nebel waren verschwunden. Man gewahrte rechts vom Swiepwalde öfters Massen schwarzer Punkte in Bewegung; was aber eigentlich vorging, konnte ich auch durch Gläser nicht erkennen. Niemand sprach, die Stimmung schien gedrückt.

Leise wurde mir erzählt, daß einige Compagnien des Regiments, welches vor zwei Stunden nach dem Holawald marschiert war, die meisten Leute mit verbundenen Köpfen, in einiger Unordnung auf der Heerstraße herankamen. Der König wäre dem Zuge entgegengeritten und hätte gerufen:

„Ich bin nicht gewohnt, meine Bataillone so schlapp aus dem Feuer kommen zu sehen!" — worauf sich alle schnell ordneten.

---

[1]) Das ungewöhnlich große Pferd ist bald darauf in Nikolsburg gefallen; es wurde dadurch unmöglich, das merkwürdige Reiterbild photographisch festzuhalten.

Man hielt dieses harte Eingreifen für richtig, nicht nur an sich, sondern auch wegen des voraussichtlichen Eindrucks dieses Rückmarsches auf die weiter zurückstehenden Reserven. Der Vorgang bekundete aber doch, daß es im Holawalde nicht vorwärts ging; wirklich mußten dort brandenburgische, pommersche und thüringische Regimenter die schwerste Probe der Tapferkeit bestehen; sie mußten fünf lange Stunden unter einem unaufhörlichen Hagel von Geschossen im Walde aushalten. Die Stellung unserer viel weniger zahlreichen Batterien im Bistritzthal war den feindlichen gegenüber sehr im Nachteil. Ein älterer Artillerieoffizier kam von der Westseite her an den Roskoshügel heran und sagte halblaut, aber doch so, daß wir Hintenstehenden es hören konnten: „Es steht schlecht. Unser Pulver ist beinah verschossen."

Völlig sorglos aber schien Moltke. Nach Vortrag beim Könige sandte er um 1 3/4 Uhr einen Befehl an die Elbarmee, von dessen Inhalt ich nur zufällig etwas erfuhr. General Herwarth sollte möglichst weit vorrücken, um zusammen mit dem voraussichtlich bald von Osten herankommenden VI. Corps dem Feinde den Rückzug auf Königgrätz abzuschneiden.

Moltke glaubte also fest, daß es dazu kommen würde; uns Laien dagegen schien es, als ob der Feind in der Lage wäre, auf die erste Armee einen wirklich gefährlichen Vorstoß zu machen. Freilich wäre er dann vom Massenfeuer der Infanterie empfangen worden.

Träger des Befehls an die Elbarmee war der Flügeladjutant vom Dienst Graf Lehndorff, der Liebling des Königs und des ganzen Hauptquartiers. Ich sehe ihn noch vor mir, wie er, mit der Adjutantenschärpe geschmückt, im Trabe ab-

ritt auf einer großen, schwarzbraunen Vollblutstute, und dann in gestrecktem Galopp am Rande des Flusses nach Süden sprengte. Auf der ersten Hälfte des Weges umsausten ihn unzählige Geschosse; er erreichte aber glücklich sein Ziel.

Nach seinem Abreiten wandten sich alle Blicke wieder nach Osten in das Thal zwischen den Waldhügeln. Bismarck war, dank einem guten Fernglase, der Erste, der melden konnte, er sähe in weiter Ferne schwarze Linien sich bewegen in der Richtung auf Chlum. Das wurde dann von andern bestätigt. Auch wollte man bemerken, daß Blitze von Chlumer Geschützen jetzt nach Norden zuckten, statt, wie bisher, nach Westen.

Ein unbeschreibliches Gefühl der Befreiung von schwerem Druck beglückte mich und meine Nachbarn. „Gott sei Dank" sagte mancher leise vor sich hin. Der Geschützdonner auf den Lipahöhen dauerte noch einige Zeit; dann aber, gegen 3 Uhr, verstummte er auf der ganzen Linie. Nach etwa einer halben Stunde befahl der König die allgemeine Verfolgung des feindlichen Rückzuges. Jenseits der Brücke von Sadowa formierte sich schnell die Kavalleriebrigade des Herzogs von Mecklenburg. Der König, auf einem herrlichen Rappen[1]) heransprengend, setzte sich an die Spitze, ein begeisternder Anblick. Er führte die Reiterscharen durch das breite Thal eine weite Strecke; dann schwenkte er rechts ab und ließ das Gefolge wieder herankommen. Wir waren an dem nördlichen Saume des Holawaldes die sanft ansteigende Höhe von Lipa hinangeritten.

[1]) Es war die Trakehner Stute Veranda, später Sadowa genannt.

Der König befand sich bald nach 4 Uhr auf der Heerstraße zwischen Lipa und dem Walde. Da kam ein versprengter Trupp von etwa 100 österreichischen Ulanen gerade auf den König zu. Die Stabswache formierte sich sofort zum Angriffe; in demselben Augenblicke aber bekamen die Ulanen so starkes Infanteriefeuer, daß die Uebrigbleibenden eiligst nach Süden fortsprengten.

Bald darauf traten zum erstenmal in dem jetzt hellstrahlenden Sonnenlicht die Helmspitzen der zweiten Armee in unser Gesichtsfeld. Es war die Reserve der zweiten Gardedivision unter Generalmajor Freiherrn von Loën. Er führte die Leute im Laufschritt heran. Das unerwartete Erscheinen des angebeteten Kriegsherrn erregte unbeschreiblichen Jubel. Erschütternde Hurrarufe erdröhnten, während die Vordersten dem Könige Hände und Füße zu küssen suchten. Er sprach kurze Zeit leutselig mit Offizieren und Mannschaften und ritt dann weiter nach Südosten, mitunter die Richtung wechselnd, um möglichst viele der siegreichen Regimenter zu begrüßen.

Auf diesem Ritte hat der König an jeden Einzelnen des Gefolges ein gnädiges Wort gerichtet.

Alle anwesenden Offiziere hatten höheren Rang als ich, denn ich trug Leutnantsuniform. Aber auch mir winkte Seine Majestät bei einer Biegung des Weges, reichte mir die Hand und sagte: „Ein herrlicher Tag, den wir heute zusammen erleben.“

Immer weiter ging es nach Südosten in der Richtung des feindlichen Rückzuges. Da kamen wir plötzlich in Granatfeuer.

Quer vor dem Walde von Charbusitz (Britzer Wald genannt), in der Richtung von Westen nach Osten, ritt der König mit Gefolge im Trabe über ein blühendes Kleefeld. Südlich vom Walde mußte sich eine feindliche Batterie postiert haben um den Rückzug zu decken, denn es kamen Granaten über die Tannenwipfel und fielen im Felde nieder. Bismarck ersuchte Roon und Alvensleben, dem Könige die große Gefahr vorzustellen. Beide lehnten das ab mit den Worten: „Der König kann reiten wo er will.“ Da galoppierte Bismarck schnell heran und sagte: „Wenn Eure Majestät hier einen Schuß erhielten, wäre ja die ganze Siegesfreude dahin; bitte inständig dieses Feld zu verlassen.“ Der König wendete schnell nach links in einen Hohlweg, welcher hinter eine Hügelreihe führte. Nach wenigen Galoppsprüngen war man außer Gefahr. Ich hatte fünf Granaten zwischen Pferden der Stabswache in den Klee niederfallen gesehen und zwei vor dem Kopfe meines Pferdes vorbeizischen gehört. Es schien wie ein Wunder, daß keines der Geschosse geplatzt und niemand verletzt worden war.

Nach einigen Minuten kamen wir an eine Stelle, wo grausig entstellte Leichen lagen. Bismarck sagte, zu mir gewendet: „Wenn ich daran denke, daß künftig einmal Herbert auch so daliegen könnte, da wird mir doch schlecht.“

In welchem Zustande die feindliche Armee sich befand, war nicht sicher bekannt.

Nach der Einnahme von Chlum mochte Benedek das Gefecht abgebrochen und einen geordneten Rückzug befohlen haben, früher als die Elbarmee und die Spitzen unsres VI. Corps sich die Hand reichen konnten. Es kam auch in

Betracht, daß die Truppen seit 2 oder 4 Uhr morgens in Bewegung, viele seit 8 Uhr in schweren Gefechten gewesen waren. Es wurde daher gegen 6½ Uhr ein Ruhetag befohlen und dadurch die Verfolgung sistiert.

Bald darauf kam die Meldung, der Kronprinz sei endlich gefunden worden, ganz in der Nähe auf einer Wiese bei Problus. In langem Galopp ritten Vater und Sohn sich entgegen und umarmten sich zu Pferde sitzend. Die Gefolge schlossen einen weiten Kreis, entfernt genug um von der vertraulichen Unterredung nichts zu hören. Ich sah viele Freudenthränen fließen. Der nachmalige Botschafter Heinrich VII. Prinz Reuß hat als Augenzeuge diese Scene durch eine sehr gelungene Zeichnung dargestellt, welche in Lithographie an Freunde verteilt worden ist und hoffentlich einmal der Oeffentlichkeit übergeben werden wird.

Der König ritt mit Gefolge bei sinkender Sonne nach Horsitz zurück um dort zu übernachten.

Der Flügeladjutant Freiherr von Steinäcker sagte beim Nachhausereiten zu Bismarck: „Excellenz, jetzt sind Sie ein großer Mann. Wenn der Kronprinz zu spät kam, waren Sie der größte Bösewicht."

Bismarck lachte herzlich. Doch hat er später manchmal ernsthaft geäußert, bei unglücklichem Ausgang der Schlacht würde er sich einer Kavallerieattacke angeschlossen und den Tod gesucht haben.

Gegen 10 Uhr kamen wir in Horsitz an. Die meisten Zimmer waren durch Verwundete besetzt. Bismarck legte sich zuerst auf das Straßenpflaster, ein Wagenkissen unter dem Kopfe, wurde aber bald von dem Großherzog von Mecklenburg in das

für dieſen reſervierte Zimmer eingeladen. Ich ſchlief im Wagen, wie die meiſten Offiziere des Hauptquartiers.

Am vierten erfuhr man erſt nach und nach, was am dritten vorgegangen war; das weitgedehnte hügelige Schlachtfeld hatte keiner unſerer Generale überſehen können. Einig waren aber die Sachverſtändigen darin, dem General von Franſecki das höchſte Verdienſt um den Ausgang des Tages zuzuſprechen. Er hatte im Swiepwalde mit 14 Bataillonen und 24 Geſchützen von 8 Uhr morgens an gekämpft gegen feindliche Maſſen, die ſich nach und nach auf 59 Bataillone und mehr als 100 Geſchütze beziffern ließen; und dadurch war der Zugang nach Chlum frei geworden.

Das mörderiſche Waldgefecht mußte oft von getrennten kleinen Abteilungen geführt werden. Dabei zeigte ſich, daß unſere Leute auch in geringſter Zahl immer nach dem nächſten erreichbaren Ziele zuſammenwirkten. „Und wenn nur drei Gemeine zuſammenſtanden, nahm einer das Kommando und die beiden andern gehorchten.“ So erzählte ein gefangener öſterreichiſcher Offizier.

Ein ſchlagender Beweis für die richtige Durchbildung unſerer Mannſchaften infolge der Heeresreform.

Franſecki hatte zwar ſchon vor 11 Uhr Nachricht erhalten, daß die Garde herankommen würde, aber die Schwierigkeiten des Marſches in den aufgeweichten Wegen und Feldern waren ungewöhnlich groß. Gegen 1 Uhr wurde er bis zur nördlichen Felsbaſtion des Waldes zurückgedrängt. Da rief er laut: „Kinder, hier müſſen wir ſtehen oder ſterben.“ „Jawohl, Excellenz,“ antworteten die Leute, „wir ſtehen oder ſterben.“ Es waren Altmärker und Magdeburger. Zwiſchen

1 und 2 Uhr begann der Feind, wohl infolge von Nachrichten über die Annäherung des Kronprinzen, langsam zurückzugehen; das Gefecht dauerte aber noch bis 2 1/2 Uhr.

Ueber die Leistungen der zur Verfolgung bestimmten Truppen wurde im allgemeinen ungünstig geurteilt. Nach einigen Wochen sagte einmal bei Tische Bismarck:

„Vor Königgrätz habe ich bedauert nicht Soldat geworden zu sein; denn hätte ich dort eine Kavalleriedivision kommandiert, so würde die Verfolgung wohl mehr geleistet haben." Ich erwiderte: „Wenn Sie Soldat geworden wären, so würden wir wohl garnicht nach Böhmen hineingekommen sein." Er lachte und widersprach nicht.

* * *

Am zweiten Tage nach der Schlacht kam nach Horsitz ein Telegramm des Kaisers Napoleon an den König. Oesterreich hatte ihm Venetien abgetreten und seine Vermittelung für Waffenstillstand und Frieden mit uns und Italien angerufen; dazu erklärte er sich bereit.

Der König erwiderte, daß er die angebotene Vermittelung annähme, aber auf Waffenstillstand weder ohne Zustimmung Italiens, noch ohne ein festes Friedensprogramm, eingehen könne.

Bismarck erblickte in der plötzlichen Abtretung Venetiens ein Ergebnis der in den letzten Wochen zwischen Oesterreich und Frankreich gepflogenen geheimen Verhandlungen, und erkannte die Absicht Napoleons, die österreichische Südarmee für die Verteidigung von Wien verfügbar zu machen. Er äußerte zu Abeken und mir in ernstem Tone: „Nach einigen

Jahren wird Louis voraussichtlich diese Parteinahme gegen uns bedauern; sie kann ihm teuer zu stehen kommen."

Die unvermeidliche Vermittelung Frankreichs sollte nun nach Möglichkeit zu unseren Gunsten gewendet werden.

Prinz Reuß, welcher in den Tuilerien während mehrerer Jahre eine bevorzugte Stellung gehabt hatte, ging mit einem eigenhändigen Briefe des Königs nach Paris, um auch mündlich darzulegen, weshalb ein Waffenstillstand ohne feste Friedensbasis für uns nicht annehmbar sei.

Am 5. Juli hatte der Moniteur der Welt verkündet, daß Oesterreich Venetien abgetreten und Frankreich die Friedensvermittelung übernommen, sowie die zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes erforderlichen Schritte gethan habe. Diese Schritte blieben nun auch bei Italien erfolglos. Napoleon dachte, die Italiener durch Hinweisung darauf, daß Venetien ihnen als Geschenk zugedacht sei, vorläufig aber als französisches Gebiet nicht betreten werden dürfe, zur Waffenruhe zwingen zu können. Das italienische Nationalgefühl jedoch empörte sich gegen diese Zumutung. Auf Befehl König Viktor Emanuels überschritt General Cialdini mit acht Divisionen den unteren Po und richtete seine Heersäulen auf Rovigo und Padua.

Napoleons Verlegenheit war groß. Die Kaiserin und der Minister Drouyn de Lhuys drängten zu sofortigem Kriege, Prinz Napoleon aber, Rouher und Marquis Lavalette meinten, daß der Kaiser seine Vergangenheit nicht verleugnen, Italiens Einheit nicht gefährden und Norddeutschlands nationale Entwicklung nicht hemmen dürfe. Sie betonten auch, daß Frankreich zur Zeit für einen großen Krieg in keiner Weise vorbereitet sei.

als selbstverständlich behandelt. Andeutungen weitgehender Wünsche finden sich auch in den folgenden, an mich gerichteten Mitteilungen der Gräfin Bismarck aus Berlin vom 17. Juli:

... „Hier sorgen alle Konservativen sehr, daß wir zu mild sein könnten gegen das feindliche Volk überall, und bestürmen mich mit Bitten, zur Wut anzureizen. Daß wir nicht in Wien einziehen sollen, grämt mich übrigens auch sehr .... Die Jungen zittern und beben, daß Papachen zu sänftiglich verfahren möchte .... Uebrigens ist mir Alles eins — wenn ich nur endlich wüßte, daß Bismarck wieder ganz wohl ist. Ach — wie können sich nervöse Fußleiden bessern, wenn man so entsetzlich angespannt ist! .... Hier lebt für mich Niemand, der nicht zu mir kommt, da ich so schrecklich viel mit den guten Landwehrfrauen zu thun habe. Alle Damen der noch anwesenden Gesellschaft sind in Lazarethen beschäftigt, den ganzen lieben langen Tag, und haben für nichts weiter Sinn, wenn sie mich freundlichst besuchen."

Es ist meines Wissens der Gräfin nie in den Sinn gekommen, ihren Gemahl durch Aussprechen politischer Wünsche zu beunruhigen. Selbst in diesem Ausnahmefalle wollte sie es anscheinend meinem Ermessen überlassen, ihre Andeutungen vorzulesen oder nicht. Ich unterließ es aber, davon zu sprechen, um dem Chef eine unausbleibliche Mißempfindung zu sparen, und weil ich selbst überzeugt war, wir dürften nicht auf Wien marschieren und müßten im Frieden österreichisches wie sächsisches Gebiet unberührt lassen. Es schien dem Minister angenehm, dies gelegentlich von mir laut aus-

sprechen zu hören, während Abeken und Graf Karl sich in Schweigen hüllten.

Der Kriegsherr war nach den Siegen ohnegleichen natürlich für die Meinungen der Generale empfänglich. Es ist bekannt, daß Bismarck mit seinem Friedensprogramm nur bei dem Kronprinzen volle Zustimmung und Unterstützung fand. Er konnte aber geltend machen, daß dieses Programm alles enthielt, was vor Ausbruch des Krieges begehrt worden war und noch sehr viel mehr. Allerdings hatte Napoleon darauf gedrungen, den Bundesstaat auf Norddeutschland zu beschränken und den süddeutschen Staaten die Möglichkeit engerer Vereinigung unter sich offen zu halten; das unvermeidliche Entgegenkommen in dieser Beziehung war aber kaum als ein Opfer zu betrachten, da vermutet werden mußte, daß Bayern und Württemberg in naher Zeit nicht bereit sein würden, das Berliner Bundesreformprojekt anzunehmen. Gesichert war nun folgendes: Verzicht Oesterreichs auf Beteiligung an der Neugestaltung Deutschlands; Gründung eines norddeutschen Bundesstaates; Erwerbung für Preußen von Schleswig-Holstein, Hannover, Kurhessen und Nassau, also Unmöglichkeit künftiger Feindseligkeiten von seiten der zwischen unseren Provinzen liegenden Länder.

Wenn aber diese von Oesterreich und Frankreich errungenen gewaltigen Zugeständnisse nicht schnell vertragsmäßig festgelegt wurden, so drohte die große Gefahr, daß Frankreich, von Rußland sekundiert, alle Früchte unserer Siege in Frage stellen würde, nachdem unser herrliches Heer voraussichtlich in dem verderblichen Augustklima Ungarns durch Seuchen erheblich geschwächt worden wäre.

Auch hielt Bismarck schon damals, wie bekannt, das Ziel künftiger aufrichtiger Freundschaft mit Oesterreich fest im Auge.

Im Laufe der Unterhandlungen verlangte, nach einem Wunsche Frankreichs, Graf Karolyi, daß Sachsen nicht in den norddeutschen Bund aufgenommen würde, sondern den süddeutschen Staaten hinzutreten dürfe. „Dann," erklärte Bismarck, „muß am 27. der Krieg wieder beginnen." Damit war der Zwischenfall erledigt, und am 26. kam der Präliminar-Friedensvertrag zu stande.

Der italienische Gesandte hatte nicht unterzeichnen können, weil er dazu nicht bevollmächtigt war. Bismarck übernahm, die Zustimmung Italiens zu erwirken.

Bayern hatte vor dem Kriege abgelehnt, seine Armee in Böhmen kooperieren zu lassen; infolgedessen trat Oesterreich nicht für die bayrischen, wie für die sächsischen Interessen ein.

Pfordten kam nach Nikolsburg, wurde aber auf Verhandlungen in Berlin verwiesen. Auch die anderen süddeutschen Staaten sollten wegen des Friedens Bevollmächtigte nach Berlin schicken. Die sogenannte Mainarmee, bestehend aus drei preußischen Divisionen, hatte sich gegen die Heere der vier Südstaaten vielfach in Vorteil gesetzt und die Mainlinie gehalten oder überschritten. Niemand wünschte Fortsetzung des Krieges.

In Nikolsburg aber trat noch die Gefahr russischer Intervention hervor.

Schon am 24. war aus Petersburg die Meldung gekommen, Rußland wünsche einen Kongreß, da die schwebenden Fragen nicht ohne Europas Zustimmung erledigt werden

könnten. Bald darauf gab der russische Gesandte in Berlin diesem Wunsche amtlichen Ausdruck. Gleichzeitig meldete Graf Goltz, der Kaiser Napoleon wünsche Landau und Luxemburg.

Der König ermächtigte vor seiner Abreise nach Prag den Minister, nach beiden Seiten hin entschieden abzulehnen.

Am 30. Juli telegraphierte der Militärbevollmächtigte in Petersburg, Oberst von Schweinitz, welcher bei Königgrätz im Gefolge des Königs gewesen war und vom Kaiser Alexander oft gesehen wurde, daß Rußland auf den Kongreß bestehe. Bismarck erwiderte unverzüglich: der König sei abwesend, er aber werde dazu raten, wenn das Ausland wirklich versuchen sollte, die Früchte unserer mit Gefahr der Existenz erkämpften Siege zu verkümmern — was unfehlbar revolutionäre Bewegungen bei uns hervorrufen würde — dann die volle nationale Kraft Deutschlands „und angrenzender Länder" dagegen zu entfesseln.

Inzwischen war dem Kaiser Alexander direkte Verständigung mit dem Könige, vor weiteren Schritten zum Kongreß, nahegelegt worden, und er äußerte zu Schweinitz, es würde ihm sehr willkommen sein, über die intimen Intentionen des Königs durch eine Vertrauensperson Mitteilungen zu erhalten. Infolgedessen wurde General Manteuffel vom Kommando der Mainarmee — deren Aufgabe erfüllt war — abberufen, und von Berlin aus mit einem eigenhändigen Schreiben des Königs nach Petersburg gesandt. Er fand den Kaiser in bedenklicher Stimmung wegen der beabsichtigten Entthronung von drei legitimen Dynastien.

Auf den telegraphischen Bericht Manteuffels erwiderte

Bismarck: es sei unmöglich, auf die Früchte unserer Siege zu verzichten; Pression des Auslandes würde uns zur Proklamierung der Reichsverfassung von 1849 und zu wirklich revolutionären Maßregeln treiben. Solle Revolution sein, so wollten wir sie lieber machen als erleiden.

Kaiser Alexander schrieb dann dem König, wenn auch sein Rat nicht durchdringe, so könne er doch nie Preußens Gegner werden.

Die Gefahr einer russischen Einmischung war sonach glücklich abgewendet worden.

* * *

Schon in Böhmen und Mähren, bald nach der Schlacht, war Bismarcks Fürsorge auch auf die Verständigung mit dem Landtage gerichtet. Bei den Neuwahlen des 3. Juli hatten die Konservativen mehr als hundert Sitze erstritten, aber ihre und die wenigen altliberalen Stimmen erreichten zusammen kaum ein Drittel der Gesamtzahl. Es kam daher an auf Gewinnung des starken linken Centrums. Der Finanzminister Freiherr von der Heydt befürwortete lebhaft, schon in der Thronrede eine Indemnitätsvorlage zu verheißen. Bismarck hatte diesem Gedanken, wie oben erwähnt, schon am 1. Juni zugestimmt. Ein entsprechender Entwurf der Thronrede ging nach Berlin, fand aber im Staatsministerium heftigen Widerspruch. Man wollte in dem Ersuchen um Indemnität ein Schuldbekenntnis finden, welches der pflichtbewußten Regierung nicht geziemen und einen vollständigen Sieg der bisherigen Gegner bedeuten würde. In demselben Sinne schrieben manche konservative Freunde. Bismarck aber hielt an der

Auffassung fest, Erteilung der Indemnität von seiten des Landtages würde im Gegenteil das Anerkenntnis enthalten, daß die Regierung richtig und pflichtmäßig gehandelt habe, als sie fünf Jahre lang ohne gesetzlich festgestelltes Budget die Verwaltung führte; ein solches Anerkenntnis aber zu verlangen, sei so schicklich wie ratsam.

Gelegentliche Besprechung eines Vertrauensmannes mit norddeutschen Parlamentariern, welche nicht dem preußischen Landtage angehörten, wie Oetker, Bennigsen und Miquel, ließ erkennen, daß es keinen andern Weg gebe, das Vertrauen der großen gemäßigt-liberalen Partei in Deutschland zu gewinnen. Bismarck hielt das für notwendig wegen der drohenden Gefahr eines früher oder später wahrscheinlichen französischen Krieges.

Der König entschied für diese Auffassung und genehmigte am 3. August in Prag auf einen mündlichen Vortrag, den ich zu halten beauftragt war, die Fassung der Thronrede. Bald darauf hat Seine Majestät derselben noch zwei Schlußsätze eigenhändig hinzugefügt. Am 4. erfolgte die Rückreise nach Berlin; schon am 5. sollte der Landtag im „Weißen Saale" des Königlichen Schlosses zusammentreten, um die Thronrede zu vernehmen.

Im Lande harrte man mit banger Spannung der ersten Kundgebung der Regierung über die innere Politik. Viele Juristen waren der Meinung, der König sei durch die bevorstehenden bedeutenden Veränderungen des preußischen Staatsgebietes formell berechtigt, die bestehende Staatsverfassung zu suspendieren und mit Vertretern der neuen Gesamtheit eine neue Verfassung zu vereinbaren. Daß die Macht

zur Durchführung ſolcher Pläne vorhanden ſei, bezweifelte niemand.

Als aber der ſieggekrönte Herrſcher vor dem verſammelten Landtage in weihevollen Worten die Verſöhnung kündete, da durchſchauerte die Herzen ein wonniges Gefühl der Erlöſung von ſchwerer Sorge.

In den folgenden Wochen gab es zwar im Abgeordnetenhauſe noch viel unerfreuliches Gezänk; es gelang jedoch dem greiſen General Stavenhagen — dem Rufer im Streit gegen die Militärvorlage von 1860 — das Haus dahin zu einigen, daß eine ſchickliche Dankadreſſe an die Krone mit allen gegen 5 Stimmen beſchloſſen wurde.

* * *

Gleich nach ſeiner Ankunft in Berlin erhielt Bismarck ein Schreiben des franzöſiſchen Botſchafters, welches überraſchende Forderungen brachte.

Napoleon war von ſeinen Getreuen beſtürmt worden, aus der erfolgreichen Friedensvermittlung einen greifbaren Gewinn zu erzielen, um die Pariſer politiſche Welt mit der gewaltigen Machtentfaltung Preußens zu verſöhnen. Er weigerte ſich und reiſte, um Heilung qualvoller Leiden zu ſuchen, nach dem Bade Vichy. Dorthin ging Herr Drouyn de Lhuys und ſchlug vor, außer Landau und Saarlouis auch Luxemburg, die bayriſche Rheinpfalz und das linksrheiniſche Heſſen mit Mainz zu fordern. Napoleon ſoll, von Schmerzen gepeinigt, ausgerufen haben: „Macht was Ihr wollt, aber laßt mich in Ruhe.“ Dadurch hielt der Miniſter ſich ermächtigt, den Botſchafter mit jenen dreiſten Forderungen zu beauftragen.

Benedetti hatte nun über die Wünsche seiner Regierung zwei Unterredungen mit Bismarck, welcher in ruhigem Tone u. a. folgendes sagte: „Ihr wißt ja, daß wir deutsches Gebiet nicht abtreten können. Ihr wollt also den Krieg: ihr sollt ihn haben. Wir werden die ganze deutsche Nation gegen euch aufrufen; ja, wir werden sofort um jeden Preis mit Oesterreich Frieden schließen, uns, wenn nötig, den alten Bundestag wieder gefallen lassen und dann, mit Oesterreich vereint, über euch herfallen, 800 000 Mann stark. Wir sind gerüstet, ihr seid es nicht. Wir werden euch Elsaß abnehmen. Alles das wird geschehen, wenn ihr bei eurer Forderung beharrt."

Benedetti bemerkte, er werde den Kaiser bald sehen und ihm raten, an seinen Forderungen festzuhalten, weil sonst seine Dynastie in Gefahr sei.

„Fügen Sie hinzu," sagte Bismarck, „daß es auch während unseres großen Krieges revolutionäre Stöße geben kann, und daß die kaiserliche Dynastie dagegen weniger gesichert sein würde, als die deutschen Throne."

Vom Könige erhielt der Botschafter persönlich denselben schroff ablehnenden Bescheid.

Nach vier Tagen konnte Graf Goltz melden, die Kriegsgefahr sei beseitigt; der Kaiser bedauere das während seiner schweren Krankheit entstandene Mißverständnis. Drouyn de Lhuys trat ins Privatleben zurück; Benedetti mußte uns dann anzeigen, daß in Paris seine letzte Mitteilung als nicht geschehen angesehen würde.

Trotz dieser für Frankreich unerfreulichen Vorgänge kam der Botschafter schon am 20. August wieder in die Lage,

französische Annexionswünsche anzumelden. Es handelte sich um Landau, Saarlouis, Luxemburg und Belgien. In Betreff der deutschen Städte konnte nur früher Gesagtes wiederholt werden; die Frage wegen Belgiens aber hielt Bismarck für geraten dilatorisch zu behandeln, nicht nur wegen vieler noch schwebender Friedensverhandlungen, sondern auch in der Absicht, einen Konflikt mit Frankreich hinauszuschieben, womöglich für immer, wenigstens aber so lange, bis unsere Heereseinrichtungen auch in den neuen Provinzen und in den Bundesstaaten Früchte gezeitigt haben würden.

Im Laufe des August kamen zu stande die Friedensschlüsse mit Württemberg, Baden und Bayern; gleichzeitig geheime Schutz- und Trutzbündnisse für den Kriegsfall mit den drei Staaten. Bei dem Hessen-Darmstädtischen Friedensvertrage war ein militärisches Bündnis entbehrlich, weil die nördlich des Mains belegene Provinz Oberhessen in den Norddeutschen Bund eintreten sollte. Die Verhandlungen mit Sachsen brachte, erst im Oktober, Savigny zum Abschluß, während Bismarck nervenkrank in Putbus verweilte.

Mit Oesterreich wurde in Prag verhandelt und am 23. August, auf Grundlage des Nikolsburger Vertrages, abgeschlossen.

Bald darauf kam nach Wien General Menabrea, um Italiens Interessen wahrzunehmen. Oesterreich verlangte, daß für Venetien außer den alten venetianischen Schulden auch ein Teil der österreichischen Staatsschuld mit 75 Millionen Gulden übernommen werden sollte; Menabrea aber wollte nur 26 Millionen zugestehen. Bismarck befürwortete die italienische Berechnung, verschob die Abrüstung unserer Heere bis nach

Erledigung dieſer Frage und erreichte, daß man ſich bald auf 35 Millionen einigte. Am 3. Oktober wurde endlich auch der Friedensvertrag zwiſchen Italien und Oeſterreich unterzeichnet.

* * *

Im Landtag berichtete über die Indemnitätsvorlage namens der Kommiſſion der dem linken Centrum angehörige, als ausgezeichneter Juriſt und Redner bekannte Abgeordnete Tweſten. Er mahnte dringend zur Verſöhnung. Im Plenum ſagte Bismarck u. a. folgendes:

„Wir haben in den letzten Jahren unſern Standpunkt von beiden Seiten mit mehr oder weniger Bitterkeit oder Wohlwollen vertreten, keiner hat vermocht, den andern zu überzeugen. Jeder hat geglaubt, recht zu handeln, wenn er ſo handelte, wie er that. Auch in auswärtigen Verhältniſſen würde ein Friedensſchluß ſchwerlich zu ſtande kommen, wenn man verlangte, daß ihm von einem von beiden Teilen das Bekenntnis vorangehen ſollte: ‚ich ſehe es jetzt ein, ich habe unrecht gehandelt'.

„Wir wünſchen den Frieden, nicht weil wir kampfunfähig ſind, im Gegenteil, die Flut ginge mehr zu unſeren Gunſten als vor Jahren, auch nicht, um einer künftigen Anklage zu entgehen; denn ich glaube nicht, daß man uns anklagen wird, ich glaube nicht, daß, wenn dies geſchieht, man uns verurteilen wird. Man hat dem Miniſterium viele Vorwürfe gemacht, aber der der Furchtſamkeit wäre neu.

„Wir wünſchen den Frieden, weil das Vaterland ihn in dieſem Augenblick mehr bedarf als früher, weil wir hoffen,

ihn jetzt zu finden; wir hätten ihn früher gesucht, wenn wir gehofft hätten, ihn früher finden zu können."

Dann führte er aus, man könne die großen Aufgaben der nächsten Zukunft nur gemeinsam lösen, indem erkannt werde, daß man auf beiden Seiten demselben Vaterlande mit demselben guten Willen diene. Die Aufgaben der auswärtigen Politik seien noch ungelöst. In Wien herrsche, wie die Presse beweise, fortwährend eine feindliche Stimmung; von bayerischen Truppen sei aus Eisenbahnwagen meuchlings auf preußische Offiziere geschossen worden; das Verhalten der einzelnen deutschen Regierungen gegenüber den gemeinsam zu schaffenden Einrichtungen sei bei einigen befriedigend, bei anderen aber widerstrebend; in Europa sei kaum eine Macht zu finden, welche die Konstituierung des neuen deutschen Gesamtlebens in wohlwollender Weise förderte, welche nicht ein Bedürfnis fühlte, sich in ihrer Weise an dieser Konstituierung zu beteiligen.

Notwendig sei daher die Einigkeit des gesamten Landes, der That nach und dem Eindruck auf das Ausland nach.

Das Haus beschloß hierauf Erteilung der Indemnität mit 230 gegen 75 Stimmen.

Die Konservativen konnten nicht wohl dagegen stimmen, obgleich nach ihrer Meinung die Regierung der bisherigen Opposition etwas zu weit entgegengekommen war. Im Herrenhause gab Kleist-Retzow dem Bedauern über die schädliche Nachgiebigkeit der Regierung Ausdruck; die Vorlage wurde dann aber einstimmig angenommen.

Es handelte sich ferner um den Gesetzentwurf wegen Verfügung über Hannover, Kurhessen, Nassau und Frank-

furt, sowie um den erst nach dem Prager Frieden eingebrachten wegen Schleswig-Holstein.

Der Ministerpräsident ging in jenen Wochen häufig in die Kommissionen des Abgeordnetenhauses. Graf Eulenburg, der immer zugegen war, sagte mir gelegentlich: „Bismarck ist jetzt gar nicht wieder zu erkennen. Die dümmsten Fragen und Einwendungen beantwortet er mit unermüdlicher Geduld und mit — ich kann nur sagen — kindlicher Liebenswürdigkeit. Er ist ein zu merkwürdiger Mensch."

In Bezug auf die eroberten Länder hatte die Regierung für eine Uebergangszeit nur Personalunion mit Preußen vorgeschlagen. Die Kommission ging aber weiter und empfahl sofortige Einverleibung, mit der Maßgabe, daß das Verfassungsgesetz erst am 2. Oktober 1867 dort Geltung erhalten sollte. So wurde auch vom Plenum beschlossen. Infolgedessen konnten unsere Heereseinrichtungen in den neuen Provinzen ohne Verzug eingeführt werden.

Im September klagte Bismarck häufig, seine Kräfte seien gänzlich erschöpft. Ich darf einschalten, daß nach dem Kriege Graf Karl Bismarck und ich eingeladen wurden, täglich am Mittagstisch zu erscheinen. Bei der Nachmittagscigarre aber äußerte sich der Minister häufig über Politik, was abends am Theetisch nicht zu geschehen pflegte.

Er klagte also wiederholt über gänzliche Erschöpfung und Altersschwäche. „Das Beste für mich", sagte er, „wäre, wenn ich jetzt meinen Abschied nähme. Ich könnte es in dem Bewußtsein thun, dem Lande etwas genützt zu haben und diesen Eindruck zu hinterlassen. Ob ich noch schaffen kann, was zu thun übrig bleibt, weiß ich nicht."

Ich meinte, daß er sich ganz zurückzöge, schiene mir unmöglich; ratsam aber, daß er für den Winter in den Süden, etwa an die Riviera ginge, um dann im Frühjahr für die Errichtung des Norddeutschen Bundes zu wirken.

Er entgegnete: „Das ist gut gemeint, aber unpraktisch. Man muß das Eisen schmieden, solange es glüht. Es ist nicht wahrscheinlich, daß im Frühjahr noch dieselbe patriotisch gehobene Stimmung vorhanden sein würde, wie jetzt, wenn sie nicht bald stoffliche Nahrung erhält, wenn die aufgeregten Leute nicht bald recht viel zu thun bekommen. In Pommern sagen die Frauen, wenn die Stunde der Entbindung naht: jetzt muß ich meiner Gefahr stehen. Das ist gegenwärtig mein Fall. Wenn ich nicht ganz abgehe und ein anderer die Sache macht — ich weiß dazu allerdings niemanden vorzuschlagen —, dann muß ich es darauf ankommen lassen, ob ich zu Grunde gehe oder nicht; dann kann ich nicht ein halbes Jahr spazieren gehen, sondern ich muß an die Ramme, sobald meine ruinierten Nerven einigermaßen wieder zusammengeflickt sind. Ich will deshalb auf einige Wochen an die Ostsee gehen."

Am 20. September war Berlin festlich geschmückt zu Ehren der siegreich zurückkehrenden Truppen. Bismarck ritt als Generalmajor neben Moltke und Roon unmittelbar vor dem Könige.

Im Abgeordnetenhause war noch eine wichtige Vorlage zu erledigen. Die Regierung hatte einen außerordentlichen Kredit von 60 Millionen Thalern zu Landesverteidigungszwecken gefordert, die Kommission aber nach langer Beratung diesen Kredit verweigert. Der Abgeordnete Michaelis

ſtellte einen der Regierungsvorlage günſtigen Antrag, der Ausgang war aber zweifelhaft. Da ſagte ein Führer des linken Centrums, Herr von Bockum-Dolffs, zu dem konſervativen Abgeordneten Wagener, welcher damals im Staatsminiſterium angeſtellt war, er möge den Miniſterpräſidenten bitten, daß er am 24. zur Verhandlung der Sache in das Haus komme, ihm perſönlich werde man den Kredit bewilligen [1]).

Bismarck erſchien und ſprach die Bitte aus, man möge die Vorlage weniger vom rechnungsmäßigen als vom politiſchen Standpunkte auffaſſen. Dann ſagte er: „Mit dieſer Vorlage richtet die königliche Regierung in der Hauptſache die Frage an Sie, ob Sie Vertrauen zu der bisherigen Führung der auswärtigen Politik haben, ob Sie Zeugnis ablegen wollen für den feſten Entſchluß des preußiſchen Volkes, die Errungenſchaften des letzten Krieges feſtzuhalten und zu verteidigen, wenn es notwendig ſein wird. Ich hoffe, daß die letzte Notwendigkeit nicht eintreten wird; ich hoffe, daß wir in den nächſten Jahren dasjenige, was wir uns in dieſem Herbſte vorgeſetzt haben, zum Heile Deutſchlands friedlich werden entwickeln können; die Gewißheit davon aber haben wir nicht .... Ich verſpreche im Namen der Regierung, daß zu anderen Zwecken, als zu denen der Landesverteidigung keine Verwendungen aus dieſem Kredit gemacht werden ſollen. In dieſem Sinne, meine Herren, bitte ich Sie, bethätigen Sie durch ihre Bewilligung, daß die Verſöhnung der Geiſter, daß

[1]) Dieſen Vorgang beſtätigt Bernhardi, Aus meinem Leben, Bd. VII, S. 304.

die Absicht, gemeinschaftlich das Wohl des Landes, des engeren und des weiteren Vaterlandes, zu fördern eine aufrichtige und tiefgreifende ist." . . .

Hierauf erklärte Graf Schwerin, er bekenne „mit Freuden", daß seine frühere Beurteilung der Regierungspolitik eine irrige gewesen sei, und daß er jetzt dem Ministerpräsidenten volles Vertrauen schenke. Dann wurde der Kredit mit 230 gegen 75 Stimmen bewilligt.

Am 26. reiste Bismarck mit seiner Familie nach Pommern ab; am 27. wurde der Landtag auf sechs Wochen vertagt.

X.

Putbus. Gründung des Norddeutſchen Bundes. Luxemburger Frage. Reform des Zollvereins. Varzin. Eröffnung des Bundesrats. Herbſtſitzung des Reichstags. September 1866 bis Oktober 1867.

Im Kreiſe Greifswald liegt das Schloß Carlsburg inmitten eines ſchönen Parks, deſſen Wieſen und Gewäſſer von alten Bäumen eingefaßt ſind. Der damalige Beſitzer, General Graf Friedrich von Bismarck-Bohlen, war ein älterer Bruder des Grafen Karl, welcher während des Krieges dem Hauptquartier angehört und ſich dann ſeinen Vetter wieder dauernd zur Verfügung geſtellt hatte.

Dorthin reiſte der Miniſterpräſident am 26. September. Drei Tage ſpäter, beim Beginn der Schulferien, folgte ihm die Gräfin mit den Kindern. Unterwegs erhielt ſie durch den Grafen Friedrich die Mitteilung, er ſei erkrankt und habe ſich zu Bett legen wollen. Am 30. ſchrieb ſie:

.... „Je näher wir Carlsburg kamen, je mehr ängſtigte ich mich, es könne recht ſchlecht gehen und war überſelig, als ich ihn außer dem Bett und lange nicht ſo ſchlimm

fand, wie man nach Fritz's Jammergesicht vermuthen mußte. Er ist sehr matt, angegriffen, appetitlos, aber sonst nicht viel anders wie in voriger Woche. Politik erregt ihm gleich Wehmuths- oder Aergergefühle. Wenn er aber ganz still sitzt, in blauen Himmel und grüne Wiesen sieht und Bilderbücher blättert, geht's leidlich gut. Carlsburg ist entzückend hübsch und die Liebenswürdigkeit der Bewohner ohne Grenzen. Ach, wie froh und dankbar bin ich, hier zu sein, — wäre er nur erst so weit, daß er viel draußen sein könnte, würde er sich gewiß bald erholen. Nach Struck sehne ich mich sehr, er auch ....

„Bismarck hat in Zeitungen gelesen, daß Edwin[1]) sich wieder über Nordschleswig losläßt, was sehr unangenehm. Herr von Thile möchte den König bitten, Edwin zu veranlassen, sich das Reden überhaupt zu verkneifen. ..... Bitte, schaffen Sie uns nur Struck, wenn irgend möglich."[2]) .....

In einem späteren Briefe hieß es:

... „Morgen wollen wir mit den Kindern nach Rügen, dann nach Kröchlendorf. Sonntag den 14. Jungens nach Hause zur Schule, — wir — Gott weiß wann, ich glaube aber, sehr bald." ....

Putbus, Dienstag Abend (den 9. Oktober).

.... „Sie wähnen uns gewiß in großem Vergnügen von Ort zu Ort auf Rügen herumwandelnd, und freuen sich der schönen Erfrischung, die die herrliche Seeluft uns

[1]) General von Manteuffel.

[2]) Sanitätsrat Dr. Struck reiste am 2. Oktober nach Carlsburg.

bringen wird. So dachten wir auch, als wir Sonnabend Morgen von Carlsburg abfuhren, dachten's den ganzen Tag, als Bismarck sich sehr wohl fühlte und auf Alles freute, was er uns zeigen wollte. So gingen wir auch fröhlich zu Bett, wurden aber nach zwei Stunden schon aufgeweckt von den furchtbarsten Qualen, die mein armer, geliebter Bismarck in dem allerschrecklichsten Magenkrampf litt, — den er ganz plötzlich bekommen, ich weiß durchaus nicht wovon. Alle Mittel, die der schnell herbeigerufene Arzt anwandte, und die ich ihm vorher schon gegeben, blieben ganz wirkungslos. Opiumeinspritzung brachte zuletzt ein wenig Linderung, — aber die Angst, die wir ausstanden, und die Pein, die er litt, waren ohne Grenzen. Dazu der scheußliche Gasthof mit ewigem Lärm, — im tollsten Kriegsgewühl kann kein ärgerer Skandal sein, — Wagengerassel ohne Ende, klapprige Fenster, undichte Thüren, es war gräßlich. Ich segne Fürst Putbus tausend Mal, der unsere Not erfahren, schleunig herüber kam und darauf bestand, daß wir in ein allerliebstes Gartenhaus übersiedeln mußten, wo er mit seiner Familie gewohnt, nachdem das Schloß abgebrannt war, und wo wir nun sitzen oder liegen, in tiefer Abgeschiedenheit zwischen grünen Hecken, Weinranken und herbstlichen Rosen, mit dem Blick ins Meer hinein — aufs Beste verpflegt von Koch, Diener und Mädchen, die der Fürst für uns geschickt. Wenn wir gesund wären, könnte es ein paradiesisches Dasein geben, ganz wie wir es uns geträumt; aber in dieser Sorge, in dieser Herzensangst, im Anschauen des geliebten Bismarck, der so blaß, so matt, so traurig da liegt, für den man

Alles thun möchte, um ihm zu helfen, und der doch trotz allem Pflegen und Sorgen und Beten so jämmerlich aussieht, wie seit 1859 nicht; ach, das ist so traurig, daß man stundenlang weinen möchte. Wenn man's nur könnte, würde es Einem vielleicht leichter ums Herz.

.... „In Carlsburg ist Bismarck keinen Tag so gut gewesen, wie er schon wieder in Berlin war und hat fast keine Nacht gut geschlafen, sah immer elend aus und fühlte sich angegriffen ..... Mir scheint es, als könnten wir frühestens in 14 Tagen an die Rückkehr denken.

„Die Jungen sind auf Stubbenkammer gewesen und zweimal im Jagdschloß, ganz entzückt von allen Herrlichkeiten, und es freut mich, daß die alten Bengelchen doch etwas davon haben. Putbus's sind ohne Gleichen lieb und herzensgut für uns — Gott möge es ihnen hundertfach vergelten dereinst in himmlischen Freuden — irdische haben sie mehr und so reizende, wie irgend ein Mensch in der Welt. Die Jungen sind in steter Extase über die lieben Menschen ....

„Grüßen und lieben Sie in Berlin Alle sehr innig von mir, auch Obernitz, und erzählen Sie ihnen und bitten sie in meinem Namen, sie möchten Alle unserer gedenken vor Gott dem Herrn, daß er uns helfe und bald wieder fröhliche Herzen gebe." ....

Putbus, 11. Oktober.

... „Der Arzt meint, es gehe besser, aber es geht so furchtbar langsam, und er sieht so entsetzlich elend aus, daß ich mich doch fortwährend grenzenlos um ihn ängstige. ... Die Jungen müssen Sonntag fort, um Montag wieder

in der Klaſſe zu ſein, was mir recht ſchwer wird, weil ſie, namentlich Bill in ſeiner unverwüſtlichen guten Laune, der einzige Erquickungs- und Stärkungsſchluck in dieſer Sorgenzeit für mich ſind. Unſere Rückkehr wird Sie, fürchte ich, jetzt noch nicht ſo bald überraſchen, lieber H. v. K., da mir eine Abreiſe von Putbus vor 8—10 Tagen undenkbar ſcheint; und dann muß wohl noch ein kleiner Haltepunkt in Carlsburg ſein, weil die Tour auf einmal zu lang iſt — kurz, vor 14 Tagen wohl ſicher noch keine Rückkehr. Alſo kann der gute Tapezierer unbeirrt kleben, ſtreichen, klopfen und machen, was er ſonſt luſtig iſt. Vor allen Dingen ſoll er aber die grünen Streifen in Bismarcks Arbeitskabinet abreißen und graue ankleben — ich glaube, im Schlafzimmer ſind auch welche — wer weiß, ob die Giftfarbe meinen armen Kranken nicht noch kränker gemacht hat .... Ob die beſprochene Veränderung in Verwendung der Wohn- und Schlafzimmer auszuführen, wird ſich finden, wenn er wieder in Berlin iſt — jetzt, glaube ich, wäre ihm jeder Gedanke an Wechſel ſcheußlich. Aber das hindert nicht, daß Alles reinlich und ordentlich gemacht wird, was ja höchſt nothwendig ....

„Mit mir heißt's immer „Nacht muß es ſein" u. ſ. w. Ich wundere mich über meine Kräfte und bitte Gott, daß es ſo bleibe." .....

Putbus, 13. Oktober 1866.

... „Die Jungen gehen morgen zurück und werden Ihnen erzählen, was Sie zu wiſſen begehren; ſie haben ganz viel Vergnügen in Rügen erlebt, viermal Jagdſchloß, Stubbenkammer, Spaziergänge, und ſind Gottlob immer

gesund gewesen. Wir Anderen sind nicht aus Putbus weggekommen und dabei fortwährend in großen Sorgen! Gestern war kein guter Tag, große Mattigkeit und Niedergedrücktheit, schrecklich elendes Aussehen; heute, Gott sei gelobt! war eine bessere Nacht und Alles sieht sich freundlicher an. Möchte Gott helfen, daß es täglich so fortschreitet, dann könnte man wohl wieder Muth fassen .... Eben fragt Bismarck, an wen ich schreibe? Und giebt mir dann herzlichen Gruß für Sie —, auch einen Auftrag. Ueber die Zeitung hinweg, die er gerade liest, diktirt er:

‚Bei einer Wahlversammlung ist die Frage aufgeworfen, ob Bennigsen in Hannover und Braun in Nassau zur Kammer wählbar sind. Man hat dies verneint. Ich halte diese Auffassung für falsch und jene Leute, da sie jetzt Preußen sind, für wählbar. Ermitteln Sie die Ansicht des Justizministeriums und lassen Sie eventuell die Wählbarkeit dieser neuen Preußen in der Presse vertreten.‘ .....

„Daß Oesterreich auf den Beust gekommen (siehe Kladderadatsch), erhöht nicht gerade sein Vertrauen zu unseren künftigen Freunden, ...

„Die Jungen werden uns schrecklich fehlen — und sie werden sich nach dem Jagdschloß weit mehr bangen, wie nach uns, weil Putbus's sie dort mit engelhafter Liebenswürdigkeit aufgenommen und sie sich wohl dort gefühlt, wie ganz zu Hause.

„Bitte, lieber Herr von Keudell, möchten Sie mir wohl ein Opfer bringen? Furchtbar groß ist es nicht, und es wäre mir eine gewaltige Beruhigung. Könnten Sie wohl,

wenn Sie nicht eingeladen sind, immer um 6 Uhr in 76 speisen[1])? Sie wären solche herrliche Respektsperson für die Jungen, die mit Jenny[2]) natürlich machen, was sie wollen, wenn sie sich nicht gar mit ihr zanken. Sie brauchen ja kein Wort zu sprechen, wenn Sie nicht Lust haben, aber schon Ihr Dasein würde die Jungen im Zaume halten. Bismarck bittet Sie auch sehr um diese Freundlichkeit. . . . .

„Einliegend eine große Menge Briefe, darunter recht taktlose und zudringliche; Sie möchten alle zur Erledigung vertheilen, wohin sie gehören, meistens wohl an Wagener und Zitelmann. Außer solchen Bittschriften gehen täglich mehrere Magenmittel ein, Recepte, Tropfen und gute Rathschläge, mit denen man gar nichts zu machen weiß.

„Savigny danken Sie, bitte, sehr für seinen freundlichen Brief und sagen Sie ihm, Bismarck hätte sich recht gefreut über seine Nachrichten und gemeint, Savigny ist jetzt ein wahrer Schatz für mich." . . . . .

Putbus, 15. Oktober.

„Er diktirt:

‚In der Norddeutschen findet sich eine sehr ungeschickte Correspondenz über Kurhessen, aus Marburg vom 10. Oktober. Darin heißt es, der Kurfürst habe seine Unterthanen zu vier Thalern pro Kopf verkauft. Dergleichen wird natürlich bei König Georg benutzt werden, um ihn von jedem Arrangement abzuhalten. Ueberhaupt sei es nicht unsere Aufgabe, in offiziösen Blättern den Widerwillen gegen die

[1]) Wilhelmstraße 76, das Auswärtige Amt, damals wie heute.

[2]) Jenny Fatio, eine französische Schweizerin, war als Bonne ins Haus gekommen, führte aber damals die Hauswirtschaft.

Annexion in den neuen Ländern auszuposaunen. Wenn Braß [1]) keine klügeren Correspondenten hätte, so solle er lieber Auszüge aus dem Kinderfreund abdrucken lassen, um sein Papier zu füllen.'

„Auf einen Tag werden wir doch wohl noch in Carlsburg ansprechen, weil die Tour nach Berlin für Bismarck zu lang würde. Unmöglich ist's auch nicht, daß wir sogar noch in Kröchlendorf hängen bleiben — er sprach heute davon — aber vor allen Dingen muß er erst reisefähig sein, und daran ist noch nicht zu denken. Ich werde immer Nachricht geben und gebe Gott, daß sie täglich besser werde. Mir scheint es jetzt eben rein undenkbar, daß Bismarck früher als nach vielen Wochen mit Parlament u. s. w. zu thun haben könnte."

Putbus, 17. Oktober 1866.

... „Herbert schrieb mir eben, daß Sie schon die Güte gehabt, mit meinen Jungen zu speisen, wofür ich Ihnen gleich herzlich danken will und gleichfalls für Ihren Brief, wie für alle gütigen Neuerungen im Hause. Der Kamin im Schlafzimmer macht meinem Armchen so viel Freude, daß er schon mehrmals ganz vergnügt seiner erwähnte. Ach, Gott gebe, daß er sich seiner bald in voller Gesundheit freuen könne und gar keiner Kur mehr bedürfe. Hier ist er eigentlich sehr gut aufgehoben, sowohl was Comfort, als Speise, als Stille, als Luft betrifft. Täglich einmal der Anblick der reizenden Fürstin, sonst außer uns stillen Kreaturen gar keine Menschen, nur das gemüthliche Doktorchen,

[1]) Der damalige Redakteur der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung.

der ganz klug und gut ist. Norddeutsche Zeitung, mitunter auch Kreuzzeitung, sonst nur Bücher vom Jagdschloß oder aus dem Pädagogium, höchst unaufregender Natur; eine Stunde Spaziergang in der Herbstsonne, in Park, Fasanerie oder Küchengarten, je nachdem Kräfte und stille oder bewegte Luft vorhanden. Es wäre Alles ganz schön, Jungen werden es Ihnen genauer schildern, wenn man nur ein Oefchen in den Salon zaubern könnte. Die Abwesenheit dieses nothwendigen Möbels wird uns aber wohl nächstens wegtreiben in heizbare Räume hin. Jetzt geht's noch allenfalls, aber sobald der Thermometer noch einige Grade sinkt, fürchte ich, ist's vorbei mit dem Gartenhäuschen."

Putbus, Dienstag, 21. Oktober.

.... „Bismarck diktirt:

‚Die Anordnung, daß in Schleswig-Holstein die Militärpflichtigen der letztvergangenen Jahre bis zum Alter von 24 nachträglich herangezogen werden sollen, hat gewiß militärisch viel für sich, politisch aber halte ich sie für nicht zeitgemäß. Es wird als Unbilligkeit empfunden werden, daß die Leute, die zur rechten Zeit ohne eigenes Verschulden nicht eintreten konnten, jetzt, wo sie zum großen Theil geschäftlich schon etablirt, vielleicht verheirathet sind, aus ihren Verhältnissen gerissen werden sollen. Namentlich fürchte ich, daß dies auf die Stimmung und etwaige Abstimmung in Nordschleswig nachtheilig einwirken wird.' ..

„Es ist gestern und heute ein Sturm gewesen zum Häuserumpusten, gestern ohne, heute mit Sonne — und Putbüsse scheinen zu fürchten, daß er uns schleunig weg-

wehen möchte — deshalb haben sie heute früh, als wir noch schliefen, eilends ein eisernes Oefchen im Salon setzen lassen; und wenn das seine Schuldigkeit thut, bleiben wir vielleicht noch etwas länger, weil Bismarck die Abgeschiedenheit sehr behagt und das kleine Doktorchen mit seinen vorsichtigen Mitteln ihm wohlzuthun scheint. Gott sei Dank!

„Eben diktirt er wieder:

‚Die Beeilung der Rückkehr der französischen Truppen aus Mexiko ist nicht ohne Bedeutung für uns, und von Wichtigkeit für die Regelung unserer Beziehungen zu Frankreich. Ich möchte, daß S. M. besonders hierauf aufmerksam gemacht würde.‘“ . . .

Putbus, Freitag Abend (24. Oktober).

. . . . „Er diktirt mir eben:

‚Die heutige Zeitung bringt den Text des Vertrages mit Sachsen. Ich vermisse in demselben die beiden Bestimmungen, 1) daß der Präsenzstand der sächsischen Truppen von unserem Könige jeder Zeit abhängt, 2) daß wir jeder Zeit in Sachsen einrücken und Besatzung halten können. Beides, sagte mir Fabrice[1]) vor der Abreise, würde leicht bewilligt werden. Nöthig sind die Bestimmungen, und wir werden sie nun in der Bundesverfassung als allgemeine durchsetzen müssen. Das wäre leichter gewesen, wenn es mit Sachsen ausdrücklich stipulirt worden wäre. Sagen Sie Savigny nichts hierüber, da es nicht mehr zu ändern. Wenn Sie aber etwas wissen,

[1]) General von Fabrice, Kgl. sächsischer Kriegsminister.

was zu meiner Beruhigung über dieſe Punkte dienen kann, ſo ſchreiben Sie es uns.'

. . . „Bismarck ſagt, dieſe Truppenangelegenheit ſei eigentlich die Hauptſache und ſchon Alles mündlich feſt beredet geweſen, unbegreiflich alſo, warum nun die Abſchwächung. . . . Seine Freude geſtern über Savigny's Meldung vom Abſchluß des Vertrages war mir eine wahre Herzſtärkung und die Niedergeſchlagenheit heute grämt mich ſehr.

„Sonſt geht's ihm, Gottlob, ziemlich — iſt wieder 2 Stunden promenirt, aber Rauchen und Weintrinken ſtets mangelhaft. Putbus ſchleppt Alles herbei, was denkbar iſt: leichten Moſel, leichten, ſchweren Rheinwein, allerbeſten Bordeaux, Portwein, Xeres, Champagner — es will aber nichts paſſen bis jetzt. Nur ganz wenig Rothwein und Champagner in Waſſer. Mich ängſtigt dies, beſonders auch, weil der Doktor es nicht zu erklären vermag, was mir bedenklich ſcheint." . . . .

Putbus, 25. 10. 66.

. . . . „Ueber's Oeſchen ſind Sie jetzt wohl ſchon beruhigt. Ich wiederhole heute ſein Lob von wegen ſeiner Leiſtungsfähigkeit trotz der Miniaturverhältniſſe. Wir hatten zwei richtige Wintertage mit Reif und durchdringendem Winde, und das Kleinchen ſchaffte uns dennoch 16 bis 18 Grad Wärme. . . . Die Fürſtin iſt wirklich bezaubernd lieblich, täglich da, immer gleich herzlich, eigentlich je länger, je mehr. . . .

„Geſtern waren wir wieder im Jagdſchlößchen, und,

während Fürstin mit Lottum und Talleyrand[1]) ritt, Marie und ich mit Fürsten spazieren gingen, fuhr Bismarck, in hinreichende Pelze und Fußsäcke gewickelt, von einem Förster begleitet, in's Dickicht des herrlichen Waldes und schoß einen Zehnender, was ihm wol viel Vergnügen, ihn aber doch etwas müde machte, sodaß ich die Fortsetzung gern bis künftige Woche verschoben sähe.

„Spazierengehen ruhig fort im Park kann er drei Stunden ohne Ermüdung, essen auch wieder ganz leidlich und schlafen doch schon besser wie in Carlsburg — aber rauchen immer noch sehr wenig, nur 2 Cigarren täglich und Wein ist fast ganz unmöglich."

Putbus, 26. 10.

„Bismarck sagt:

‚Die Braß'schen Correspondenzen aus den neuen Provinzen gefallen mir noch immer nicht. Sie räumen viel zu sehr ein, daß Mißstimmung gegen uns herrscht. Das ist ohne Zweifel wahr, aber wir haben nicht den Beruf, es offiziös an die große Glocke zu hängen, sondern müssen es als junkerhaftes Idiotenthum einzelner abgelegter Hofschranzen behandeln. Was in den amtlichen Berichten darüber steht, muß in den Akten bleiben und nicht an Braß gegeben werden. Was wir offiziös als richtig zugeben im Gebiete der Unzufriedenheit, wird im Auslande doch nur als der zehnte Theil der wirklichen Wahrheit

[1]) Graf Lottum, Bruder des Fürsten Putbus; Graf Talleyrand, damals Leutnant im 2. Garde-Dragoner-Rgt.

angesehen werden, da uns niemand eine so naive Wahrheitsliebe zutraut, wie Braß sie besitzt.' . . .

„Ueber Luxemburg soll er keine teutonisirende Artikel bringen." . . .

Putbus, 30. 10. 66.

„Bismarck diktirt:

‚Braß muß sich auf solche theoretische Klopffechtereien, wie in Nr. 253 gegen den badischen Minister Freydorf, nicht einlassen und den Kleinstaaten, die wir gewinnen wollen, nicht immer die Großmachtsfaust unter die Nase reiben. Man muß denjenigen Kleinen, welche wir brauchen, und ihren Ministern viel eher Schmeichelhaftes sagen, als Zank über konstitutionelle Theorien bei den Haaren herbeiziehen. Je mehr wir fortiter in re handeln, desto mehr können wir suaviter in modo schreiben. Offiziöse Blätter müssen solchen zänkischen Ton überhaupt vermeiden. Auch für unsere inneren Sachen ist es durchaus schädlich, nackte Theorien aufzustellen und auf konstitutionelle Draperie zu verzichten. Toute vérité n'est pas bonne à dire. Braß soll doch den weisen Spruch von Hamlet lesen, in welchem er empfiehlt, die Thatsache, daß alte Leute in den Schenkeln schwach sind, zu glauben, aber nicht zu drucken, und befreundete kleinstaatliche Minister anständig behandeln, auch wenn sie ihrem Hausbedarf an spießbürgerlichen Phrasen vor ihren Landständen Rechnung tragen.'

Vor Wiedergabe der jetzt folgenden Diktate darf ich einschalten, daß im August 1866 die von Preußen dazu eingeladenen norddeutschen Staaten sich vertragsmäßig verpflichtet

hatten, auf Grundlage der ihnen im Juni mitgeteilten allgemeinen Bestimmungen in ein Bundesverhältnis zu treten. Darauf ersuchte der Ministerpräsident die preußischen Fachminister, in Bezug auf die nach den erwähnten Grundzügen in ihren Geschäftskreis fallenden Materien die in einer künftigen Verfassung des Norddeutschen Bundes wünschenswerten Bestimmungen auszuarbeiten. Die Normen für Gestaltung der Machtverhältnisse zwischen dem Präsidium und den Bundesgliedern zu entwerfen, wollte er sich selbst vorbehalten. Andeutungen darüber enthält das folgende Diktat vom 30. Oktober:

‚Kennt Savigny die vorhandenen Entwürfe zur Norddeutschen Bundesverfassung? Sie stammen von Hepke[1]), Bucher, Duncker[2]). Er wird sich an denselben klarmachen können, was er daran auszusetzen findet. Sie sind zu centralistisch bundesstaatlich für den dereinstigen Beitritt der Süddeutschen. Man wird sich in der Form mehr an den Staatenbund halten müssen, diesem aber praktisch die Natur des Bundesstaates geben mit elastischen, unscheinbaren, aber weitgreifenden Ausdrücken. Als Centralbehörde wird daher nicht ein Ministerium, sondern ein Bundestag fungiren, bei dem wir, wie ich glaube, gute Geschäfte machen, wenn wir uns zunächst an das Curiensystem des alten Bundes anlehnen.

‚Den centralen Institutionen müssen wir schnell die

[1]) Geheimer Legationsrat Hepke, vortragender Rat in der politischen Abteilung.

[2]) Gemeint ist der Geschichtsschreiber Max Duncker, damals vortragender Rat beim Kronprinzen.

Gegenstände ihrer Gesetzgebung zuschieben. An dem vor dem Kriege verkündeten Programm, daß Bundesgesetze durch Uebereinstimmung der Majorität des Bundestages mit der der Volksvertretung entstehen, halten wir fest.

‚Je mehr man an die früheren Formen anknüpft, um so leichter wird sich die Sache machen, während das Bestreben, eine vollendete Minerva aus dem Kopfe des Präsidiums entspringen zu lassen, die Sache in den Sand der Professorenstreitigkeiten führen würde.

‚Die Centralstellen für Handel, Zölle, Eisenbahnen u. s. w. werden meines Erachtens am besten durch Fachkommissionen von 3 oder 5 Mitgliedern, ernannt von den Regierungen, ausgefüllt werden. Diese Kommissionen redigiren das Material für die gesetzgeberische Bearbeitung und die Abstimmungen des Bundestages und des Reichstages. Letzteren aus zwei Kammern bestehen zu lassen, macht den Mechanismus zu schwerfällig, so lange daneben noch ein Bundestag als votirende Versammlung besteht, von der Masse der Landtage nicht zu reden.

‚Ich würde viel eher dazu rathen, die Mitglieder einer alleinigen Versammlung aus verschiedenen Wahlprozessen hervorgehen zu lassen, etwa die Hälfte von den hundert Höchstbesteuerten der auf 200 000 Einwohner zu erweiternden Wahlbezirke wählen zu lassen und die andere Hälfte in direkten Urwahlen. Doch stelle ich diese Fragen ihrer Bedeutung nach nicht in die erste Linie. Die Hauptsache ist mir: keine Diäten, keine Wahlmänner, kein Census, es sei denn, daß Letzterer so weit greift, wie oben angedeutet.‘

„Dies werden Sie wohl gütigst an die Betreffenden weiter geben. Bismarck gerieth so ins Diktiren, daß es gar kein Ende nahm — wie er sich denn jetzt im Stillen sehr viel mit dem alten Parlament beschäftigt, was seinen Nerven gar nicht ersprießlich ist, die noch lange nicht in Ordnung sind. Dies Diktat machte ihn schon ganz nervös matt, so daß er sich eine Weile ruhen und dann frische Luft schöpfen mußte — ein Zeichen, daß er noch keinen geschäftlichen Besuch, z. B. Savigny mit Vortrag, haben darf. Es geht ja besser, Gottlob, wie in Berlin und wie in den ersten 14 Tagen hier, aber doch lange nicht gut genug, um sich Stunden lang in Bundes- und Parlamentsangelegenheiten zu vertiefen, was jedenfalls geschehen würde, wenn Savigny käme. Deshalb konferirte ich mit unserem kleinen Doktorchen und der entschied: um die Welt noch keine Geschäfte. Deshalb habe ich Savigny abtelegraphirt, was aber nicht hindert, daß Sie, lieber Herr von Keudell, „aus Liebe" mit allerlei erheiternden Geschichten unpolitischer Natur herkommen, wenn Sie Zeit und Lust haben. Carl wird dringend im Jagdschloß erwartet, könnten Sie sich ihm nicht anschließen?

„Hier ist das Gesellschaftsstübchen sehr klein, weshalb der Gedanke, darin viele Stunden einen geschäftlichen Verkehr mit Savigny zu sehen, mir erschütternd ist. Thile, der hohe Anerkennung für Savigny's Verdienste hat, meinte neulich doch: „er redet mich todt". Aber wollen Sie Savigny vielleicht sagen, damit er nicht übelnehmende Magenschmerzen bekommt, in Kröchlendorf, glaubte ich, würde Bismarck vortragsfähiger sein, wohin die Reise

auch für ihn viel leichter und comfortabler wäre. Streicheln Sie Charles nur etwas von mir, damit er es nicht sehr übelnimmt; aber Bismarck ist wirklich noch nicht so weit; und ich muß mein Cerberusamt doch treu durchführen. . . .

„Loulou schreibt sehr nett und sehr befriedigt von Bonn[1]), was mich für sie innig freut. Aber ich beklage doch für uns ihr Fernsein, weil sie uns sehr fehlen wird; sie war ja die einzige Berliner Dame, die unsern Theetisch amüsant zu machen verstand. . . .

„Bismarcks Gehen und Essen ist schon wieder recht befriedigend, Schlafen ziemlich — Rauchen und Weintrinken höchst mangelhaft — fast garnicht.

„Marie hat mich in den letzten Tagen auch geängstigt mit allerlei Nervenzuständen, aber, Gottlob, es geht schon wieder besser, und ich hoffe, die sanfte Arzenei unseres vorsichtigen guten Doktorchens bringt sie bald wieder in den alten Zug. . . .

„Danken Sie, bitte, Thile sehr für seinen netten Brief und grüßen Sie ihn viel von mir." . . .

„Putbus, 6. November.

. . . . „Vor allen Dingen wollte ich Ihnen sehr zureden, doch ja mit Karl herzukommen. Unser kleines Paradies müßte Ihnen sehr gefallen und ein Morgen auf dem Jagdschloß könnte Ihnen selige Gefühle erwecken . . . .

. . . . „Wenn der geliebte Bismarck nur erst wieder rauchen und Wein trinken könnte! Essen geht schon ganz

[1]) Herr von Schenck war als Kommandeur der 7. Husaren nach Bonn versetzt.

gut, Gottlob, und Spazierengehen 3 Stunden in einem Ende — sagen Sie's aber nicht weiter, sonst hat man sich in Berlin — ich schreibe es nur Ihnen zum Freuen. Schlafen ist immer noch nicht, wie es sollte, aber es geht doch leidlich. Eben hat er sämmtliche Briefe durchblättert, die ich mir zur Ergründung und Fortschickung hingelegt, und hat mit Bleistift die verschiedenen Namen angedeutet, an die sie gehen müssen und mich beauftragt, Alles an Sie zum Vertheilen und Beantworten zu schicken." . . . .

Putbus, 8. November.

. . . . „Bismarck diktirt:

‚Braß giebt im Leitartikel vom 6. (Nr. 260) ziemlich unumwunden zu, daß die Erwerbung Hannovers 2c. nicht rechtlich und nicht moralisch sei. Dies ist sehr thöricht. Eroberung in einem gerechten Kriege ist ein ebenso gerechter als moralischer Erwerbstitel. Wodurch sind denn die bestehenden Staaten entstanden? Doch nicht durch Erbschaft, Schenkung oder Kauf? Wie ist Hannover selbst zu Verden, Hildesheim, Osnabrück, Ostfriesland, Goslar und anderen Landestheilen gekommen, als durch die Gewalt oder das Ansehen der Waffen. Die ganze Souveränetät der deutschen Fürsten ist weder rechtlich noch moralisch, sondern durch Eroberung gegen Kaiser und Reich entstanden. Dem klaren Rechte der ehrlichen Eroberung in einem uns aufgedrungenen Kriege schadet die Norddeutsche durch solche unklare Spitzfindigkeiten, wie sie der Artikel vom 6. bringt.

‚Die Renommage in der Vossischen Zeitung über unser Uebergewicht von 400 Geschützen gegen Frankreich ist un-

geschickt und ihre Reproduktion in unserer offiziösen Zeitung eine Albernheit.'

„Dies Diktat geschah beim Lesen der Norddeutschen, über deren Verfasser Bismarck sich stets ärgert, nicht zum Krankwerden, aber immer zu passagerer Verstimmung, weil Braß zu taktlos ist und bleibt, bei aller Klugheit. — Dann, nachdem er sein Herz durch diese gelinde Schimpfung erleichtert, ist er nach dem Jagdschloß gefahren.

„Seit vorgestern hat der November plötzlich sein unfreundlichstes Kleid angezogen. Hubertustag war entzückend, Sonntag auch noch warm und still bis gegen Abend, wo sich's in Regen und Stürme begeben. Das dauert immer noch fort, so daß Bismarck nun wohl bald entfliehen wird, besonders auch, weil die Insulaner rappeltoll nach seinem Anblick sind und Putbus halb todt um Diners mit Bismarck quälen, wovon heute eines losgeschossen wird. Es ist doch gräßlich, daß der Arme „nirgend sei Ruh" hat. Ich ängstige mich halbtodt, daß er um den 15. nach Berlin zurück will, gleich in die Arbeit hinein, und doch noch garnicht Kraft genug dazu hat. Und wenn wir 'mal hier fort sind, kehren wir natürlich nicht wieder zurück. Carlsburg ist um diese Zeit nicht zu gebrauchen, mit vielen riesenlangen Fensterreihen und unheizbaren Galerieen, also, wenn Kröchlendorf nicht mehr bewohnt, bleibt nur Berlin .... Es ist zu schade, daß Sie uns wegen Zeitmangel hier nicht besuchen wollen, lieber Herr von Keudell. In voriger Woche, Freitag und Sonnabend, war solch paradiesisches Wetter und solche wunderhübsche Beleuchtung auf Meer, Hügeln und herbstlich gefärbten Wäldern, daß es mir wahr-

hafte Freude gemacht hätte, wenn Sie dies mit uns genossen. Jetzt ist's unschön bei Sturm und Regen, aber der kann morgen aufhören.

„Das hübsche Bilderbuch von der Insel Wight geben Sie, bitte, an Bucher mit Dank zurück. Die Ansichten sind reizend, und wenn man so schnell und leicht dort sein könnte, wie in Putbus, so wäre es wohl sehr lockend gewesen, sich in dem Himmelsklima zu ergehen. Aber mir lag Blind und Consorten zu sehr in den Gliedern und Bismarck hatte nicht ein Bischen Lust zu irgend welcher Reise ins Ausland." ....

Graf Karl Bismarck schrieb mir am 12. aus Putbus:

... „Den Chef fand ich zu meiner großen Freude körperlich sehr erholt. Er macht große Promenaden und war heute mit uns auf einer Fasanen- und Hasenjagd, die 4—5 Stunden dauerte, ohne Stuhl, durch Stehen und Gehen nicht ermüdet. Von Rückkehr ist vorläufig nicht die Rede, d. h. sie ist wohl Ende des Monats zu erwarten. Von Politik spricht er wenig, aber mit mir ohne nervös zu werden; ich fange auch nicht davon an. Gestern kam folgendes Telegramm von S. M.: ‚Heute mit dem Friedensfeste[1]) schließt der große Wurf, den wir gethan! Ihnen bleibt der unvergängliche Ruhm, ihn durchgeführt zu haben, und so empfangen Sie nochmals Meinen königlichen Dank. Lassen Sie Mich wissen, wie es Ihnen geht. Wilhelm.'

„Diese königliche Freundlichkeit hat den Chef natürlich sehr erfreut, und er dankte sofort telegraphisch. Zum Essen fuhr er auf's Jagdschloß."

[1]) Am 11. November 1866 hat auf königliche Anordnung in den Kirchen Berlins ein Friedens-Dank-Gottesdienst stattgefunden.

Graf Karl schrieb am 13. November:

„Der Chef wünscht, daß Sie in der Sache des Professors Pauli in Tübingen, der wegen Preußenfreundlichkeit mit Absetzung bedroht wird, einige Schritte thun, d. h. für den Fall, daß er wirklich abgesetzt wird, sich mit dem Kultministerium in Verbindung setzen, damit Pauli jedenfalls bei uns als Professor angestellt wird.

„Ferner wünscht S. E., daß die Verwaltungschefs der neuen Provinzen, einschließlich Schleswig-Holsteins, von Seiten der Ministerien darauf aufmerksam gemacht werden, wie ihnen bis zum 1. Oktober 1867 die volle, durch keine Landesgesetze beschränkte, Regierungsgewalt zusteht, deren Handhabung gegen widerstrebende und sich auflehnende Elemente nach dem Grundsatze zu erfolgen hat, daß, wo nicht Liebe sein will, Furcht sein muß. Namentlich in Bezug auf Austreten der Militärpflichtigen in Holstein dürfte es zweckmäßig sein, diese ihres Bürgerrechts verlustig zu erklären; sowie auch gegen die dänische Propaganda in Schleswig nöthigenfalls mit Ausweisungen vorzugehen. Auch das hannöversche Junkerthum wäre nach Umständen nicht mit Sammethandschuhen anzufassen."

Derselbe schrieb am 14. November:

„Was die Lebensweise des Chefs betrifft, so ist gerade das Gegentheil von dem der Fall, was ein Gast des Fürsten Putbus auf dem Berliner Casino erzählt haben soll. Er lebt sehr mäßig im Essen, genießt nur gesunde Sachen, trinkt sehr wenig Wein, meistens mit Wasser gemischt und raucht 2—3 Cigarren den Tag. Menschen sehen und über

Politik sprechen, greift ihn noch sehr leicht an; daher die möglichst lange Verzögerung der Rückkehr wünschenswerth.

„Von der Liebenswürdigkeit von Putbus und der reizendsten Fürstin schreibe ich Ihnen nichts, da Sie Alles durch Johanna wissen. Diese Zeilen schmiere ich an einem runden Tisch im Salon um 11 Uhr; rechts sitzt der Chef schmökernd, links die Chefesse, an Zitelmann schreibend."

Gräfin Bismarck schrieb aus Putbus am 14. November:

„Er diktirt:

„In den Verfassungsentwurf sind Bestimmungen aufzunehmen, nach welchen der König als Bundesfeldherr die Berechtigung hat:

1. Die präsente Kopfzahl zu bestimmen, soweit solches nicht allgemein gesetzlich festgestellt ist; also keine Augmentationen ohne Einverständniß des Bundesfeldherrn.

2. Das Recht, alle Bundestruppen, ohne Rücksicht auf die inneren Landesgrenzen, nach Bedürfniß zu disloziren.

3. Beliebige Theile des Bundesgebiets bei äußerer oder innerer Gefahr in Kriegszustand zu erklären, womit dann alle Autorität auf die Militärbefehlshaber übergeht.

4. Gegen solche Bundesglieder, welche ihre militärischen Pflichten nicht vollständig und rechtzeitig erfüllen, die Exekution im Namen des Bundes sofort zu vollstrecken.'"

Am 19. November schickte mir Graf Karl folgendes zur Mitteilung an Thile und Savigny bestimmtes Diktat des Chefs:

„Die Zusammensetzung des Bundestages in der neuen deutschen Verfassung hängt wesentlich davon ab, ob dem Könige von Preußen eine Stellung als Oberhaupt des

Reichs, oder die eines primus inter pares, den andern Mitgliedern des Bundes gegenüber zufällt. In ersterem Falle könnte man daran denken, aus dem Könige von Preußen einen selbständigen Faktor der Bundesgesetzgebung, analog dem Monarchen eines constitutionellen Staates zu machen und einem ohne oder mit geringer Betheiligung Preußens zu bildenden Bundestage die Stellung einer ersten Kammer, eines Staatenhauses, beizulegen. Diese Herstellung eines monarchischen Bundesstaates, oder deutschen Kaiserreichs, würde formell mehr Schwierigkeiten haben als die Durchführung des zweiten Systems, welches sich den hergebrachten Bundesbegriffen anschließt und deshalb leichter bei den Betheiligten Eingang findet, auch wenn es Preußen dieselbe dominirende Stellung sichert. Letzteres würde annähernd erreicht, wenn man bei Vertheilung der Stimmen nicht an den engeren Rath, sondern an das Plenum der Bundesversammlung anknüpft. In letzterem würde Preußen, wenn ihm die Stimmen der jetzt annektirten Staaten zugelegt werden, 17 Stimmen haben, die übrigen Staaten des norddeutschen Bundes, wenn Darmstadt für Oberhessen eine von seinen ursprünglichen drei Plenarstimmen behält, würden zusammen 26 Stimmen zu führen haben; gesammte Stimmenzahl 43, absolute Majorität 22. Preußen würde also diese Majorität haben sobald 5 der kleineren Stimmen ihm beitreten. Die Gefahr, daß die preußische Regierung in erheblichen Fragen sowohl im Reichstag als im Bundestage in die Minorität geriethe, ist bei der Ueberzahl preußischer Abgeordneter nicht wahrscheinlich; doch könnte man noch den Riegel vorschieben, daß in allen militärischen

Fragen die Zustimmung des Bundesfeldherrn, und daß zu Verfassungsänderungen zwei Drittel der Stimmen erforderlich sind. Diese zwei Drittel sind nach Obigem ohne Preußen nicht herzustellen. Dieses Verhältnis müßte bei etwaigem Zutritt der Süddeutschen durch Erhöhung der preußischen Stimmenzahl auf 20 gewahrt werden.

„Die Vorzüge dieses Systems bestehen in seiner Anlehnung an das Hergebrachte, dem sich die Regierungen als etwas Gewohntem und Selbstverständlichem leichter fügen werden, als jeder neuen Kombination, die ebenso, wie es ursprünglich die Vertheilung der Plenarstimmen war, den Charakter der Willkürlichkeit tragen müßte, wenn man nicht etwa auf einem Bundestage die Stimmen nach der Bevölkerung vertheilen wollte, wodurch die übrigen Regierungen neben Preußen vollständig mundtodt gemacht werden würden.

„Wenn man auf diese Weise ein Plenum von 43 Stimmen herstellt, so würde es den Regierungen überlassen bleiben, so viel Mitglieder der Versammlung zu ernennen, als sie Stimmen ausüben, ohne das Stimmrecht von der Anwesenheit der entsprechenden Anzahl Gesandter abhängig zu machen. Auf diese Weise würde Preußen 17 Vertreter ernennen können, aber, wenn auch nur einer derselben anwesend wäre, doch 17 Stimmen ausüben. Dadurch wäre die Gelegenheit gegeben, dem Bundestage neben den eigentlichen, diplomatischen Vertretern die Kapacitäten zuzuführen, deren er in jedem speciellen Ressort seiner Gesetzgebung bedarf. So denke ich mir beispielsweise neben unserem bisherigen Bundestagsgesandten, der das Präsidium führen, und vielleicht

Mitglied des Staatsministeriums sein würde, Leute von der Kategorie wie Voigts-Rhetz, Jachmann, Delbrück, Dechend, Günther, Camphausen, einen höheren Post- und Telegraphenbeamten, auch ein hervorragendes Mitglied der aristokratischen, industriellen und Handelskreise, und andere als preußische Glieder des Bundestages, welcher auf einer 43 Plätze fassenden Ministerbank seine Phalanx dem Reichstage gegenüberstellen würde. Ich glaube, daß so die Schwierigkeiten, dem Reichstag ein Ministerium gegenüber zu stellen, bei dessen Ernennung die Konkurrenz der uns verbündeten Regierungen nicht ausgeschlossen werden könnte, sich im Anschluß an die bestehenden Einrichtungen und die gewohnte Nomenklatur lösen lassen.

„Die preußischen Vertreter würden unter sich natürlich in ihren Votis stets übereinzustimmen und die Ansichten der Regierung gemeinsam zu vertreten haben; es würde aber nicht ausgeschlossen sein, daß die Minorität des Bundestages ihre von den amtlichen Vorlagen der Majorität abweichende Ansicht auch vor dem Reichstage öffentlich plädirte. Es kann dies namentlich für Preußen unter Umständen Bedürfnis sein. Die ministerielle Solidarität kann natürlich für die Vertreter der verschiedenen Regierungen, deren jede den ihrigen nach Belieben abrufen kann, nicht bindend sein.

„Das Zweikammersystem halte ich auf die Bundesverhältnisse nicht für anwendbar. Die Maschinerie wird zu schwerfällig, da abgesehen von der Masse der Landtage eine Vertretung der Souveraine in den Reichsangelegenheiten unumgänglich ist, das Reich also mit dem Zweikammersystem nothwendig drei per majora beschließende

Körper, und neben ihnen das Präsidium und Oberfeldherrnthum mit unabhängigen Attributen, haben würde. Eine weitere Ausbildung des Bundestages im Sinne eines Oberhauses kann sich vielleicht in Zukunft historisch entwickeln; damit müßte aber die schärfere Ausprägung des Kaiserthums an Stelle der Präsidial- und Feldherrn-Attributionen Hand in Hand gehen.

„Einzelne Attributionen der Exekutivgewalt, die bisher von der Bundesversammlung geübt wurden, müßten allerdings schon jetzt auf unsern König als Oberfeldherrn- und Präsidial-Macht übergehen. So, abgesehen von den rein militärischen Attributen, wie sie in den ursprünglichen Grundzügen bereits angedeutet, das Recht über Krieg und Frieden, Mobilmachung, Anstellung der gemeinsamen Beamten in Zoll-, Steuer-, Post- und Telegraphen-Wesen, immerhin mit Konkurrenz der Territorial-Regierungen in Gestalt eines Vorschlagsrechts, aber doch mit Vereidigung auf den Bund und Disciplin in der Hand des Präsidiums."

Die Gräfin schrieb am 19. November:

„Carl fuhr eben nach dem Jagdschloß, als Ihr Brief heute eintraf, las ihn im Fluge und überließ ihn uns dann zum Trost für das furchtbare Wetter, welches das Häuschen zum Umblasen umstürmte. Wir waren höchst gerührt und amüsirt über Ihre nette Zeiteintheilung für Bismarck, die sich ganz praktisch anhört, aber schwerlich ausgeführt werden wird, wie ich fürchte.

„Um Benedetti ängstigt er sich garnicht; der habe längst sein Vertrauen verscherzt und es wäre ihm sehr „Wurscht",

was der thäte und dächte — würde sich nicht im Mindesten von ihm stören lassen.

„Es geht Bismarck heute leider nicht besonders. Er hat sich vielleicht gestern beim Spaziergang ein Bischen erkältet und wagt sich deshalb heute nicht hinaus. Auch morgen will er sich drinnen ganz stille verhalten, damit er hoffentlich übermorgen, wenn gutes Wetter, hier in der Fasanerie viele Fasanen schießen kann." ....

„Putbus, 21. November.

„Er diktirt:

‚In die Bundesverfassung ist eine Bestimmung aufzunehmen, durch welche ein allgemeines und gemeinsames Indigenat jedes Norddeutschen in jedem einzelnen Bundesstaate festgestellt wird; sodaß beispielsweise ein Sachse in preußischen Dienst treten kann, ohne besonders naturalisiert zu werden und ohne einer Erlaubniß der sächsischen Regierung zu bedürfen, und umgekehrt, und analog in Bezug auf Heimatsverhältnisse, Freizügigkeit und Alles, was am gemeinsamen Indigenat hängt.'

„Bismarck ist sehr verstimmt darüber, daß verschiedene Sachen, welche er von hier dringend empfohlen, nicht erledigt worden sind, und meint, das Erste, was er nach seiner Rückkehr thun würde, wäre Ergründung, woran und an wem es läge, daß man gethan, als hätte man nichts gehört. Bitte, können Sie's wohl gütig vorher erforschen und herüber und hinüber Rüffel austheilen, damit bei unserer Rückkunft Alles gefegt und klar ist. Er würde Ihnen sehr dankbar sein, lieber Herr von Keudell ....

Struck ist hier, spricht eben mit unserem Doktorchen, scheint ja nicht erschüttert von Bismarcks Zustand und findet Putbus so entzückend, sogar jetzt in tiefem Schnee, daß er in ganz poetische Stimmung gerieth und uns am liebsten für immer hier festnagelte, wofür ich aber doch danken müßte." ...

„Putbus, 25. November.

.... „Bismarck war alle diese Tage trotz Jagdstrapazen und Kirchenerkältung recht munter, aß und schlief gut und sah so frisch aus, daß ich eine große Freude bei seinem Anblick empfand. Heute Nacht hat er wieder 'mal recht schlecht geschlafen, und ihm ist auch sonst nicht wohl zu Muthe; aber es schlägt ihn nicht nieder. Er hat mir eben 10 Seiten an Thile diktirt, die sehr eilig geschrieben und nicht mehr durchlesen worden, damit der Kanzleidiener sie schnell bekäme; weshalb Herr von Thile gütigst manche Undeutlichkeiten entschuldigen möge. Bismarck will eben spazieren gehen in den dichten, kühlen Nebel hinein und hofft sich dadurch wieder zu erfrischen. Er denkt gewiß diese Woche heimzukehren, wenn nicht Donnerstag, so bestimmt Sonnabend ....

„Gott helfe uns bald glücklich nach Berlin, welches mir so über alle Maßen reizend erscheint, daß gar kein anderer Gedanke dagegen aufkommt."

„Putbus, Mittwoch Abend (28. November).

„Dies ist nun hoffentlich der letzte Brief, lieber Herr von Keudell, der wieder mit Aufträgen von Bismarck beginnt.

‚1. Die Deutschen in Hongkong haben 5000 Thaler für

Invaliden eingeschickt. Ich glaube, daß es den Gebern eine Wohlthat sein würde, wenn die Liste ihrer Namen, falls sie bekannt ist, in deutschen Blättern veröffentlicht würde.

‚2. Das Ministerium des Innern wird zu ersuchen sein, daß es durch die Amtsblätter die ländliche Bevölkerung über den Artikel „Norddeutscher Bund und Parlament" aufklärt, damit die Leute bei der Wahl einigermaßen wissen, um was es sich handelt.

‚3. In die Verfassung des Norddeutschen Bundes wird eine Bestimmung aufzunehmen sein, nach welcher Vergehen gegen die Sicherheit und den Bestand des Bundes, sowie Erregungen von Haß und Verachtung gegen die Einrichtungen desselben im ganzen Gebiete des Bundes ebenso bestraft werden, wie die gleichen Vergehen gegen die unmittelbare Landesherrschaft und deren Interessen.' . . . .

„Möchten wir doch zu unserer Rückkehr und in Berlin besseres Wetter haben, wie hier, wo's jetzt ewig regnet und nebelt und garnicht nett ist. Bismarck spaziert aber trotz allem Plantsch täglich mehrere Stunden und kennt die Gegend drei Meilen rundum besser wie seine Taschen, glaube ich. Er geht auch früher schlafen seit 8 Tagen und steht früher auf, um sich für Berlin in dies andere, gesundere Leben einzuüben. . . . .

„Ihre Rede[1]) habe ich von Anfang bis zu Ende gewissenhaft studirt, und ich meine, wenn man auf diese klare

[1]) Es handelte sich um Bewilligung bedeutender Mehrforderungen im Etat des Auswärtigen Amtes. Durch die Annexionen war die Einwohnerzahl des Staates von rund 20 auf rund 25 Millionen gewachsen. Die Geschäfte des Ministeriums, mehrerer Gesandtschaften und aller Konsulate mußten dadurch mindestens im gleichen Verhältnisse vermehrt

Auseinandersetzung nicht Alles bewilligt hätte, so wäre man doch zu stockfinster eigensinnig gewesen. Bismarck war voll Lobes für Sie und freute sich sehr über Alles, was Sie durchgesetzt. Er grüßt Sie herzlich, vereint mit uns, und ich wünsche besonders, Sie vor Ihrer Abreise noch zu sehen, weil ich Ihnen gern recht gründlich danken möchte für alle Freundlichkeit, die Sie meinen Jungen erzeigt."

* * *

Als Bismarck am 1. Dezember abends die Geschäfte in Berlin wieder übernahm, war seine erste Sorge die Unterdrückung der offenkundigen welfischen Agitationen in Hannover. Am 3. erließ der König zu diesem Zwecke einen vom ganzen Staatsministerium befürworteten Befehl an den Generalgouverneur General von Voigts-Rhetz.

Zum Bundesverfassungsentwurf hatten die Direktoren der Fachministerien gründliche Vorarbeiten geliefert. Die Bestimmungen über Zölle, Handel und Schiffahrt waren von Delbrück, über Eisenbahnwesen durch von der Reck[1]), über Post und Telegraphie von dem Generalpostdirektor Philipps-

werden. Der Moment schien mir günstig, die drückendsten Mängel bei den Besoldungen vieler Beamten des auswärtigen Dienstes zu mildern und die Gehälter in einzelnen Fällen bis zur Grenze von $^1/_4$ zu erhöhen. Der ganze Etat sollte dadurch mit Mehrausgaben in Summe von rund 10% belastet werden. Der Herr Unterstaatssekretär genehmigte alles, was ich selbst vor dem Landtage vertreten wollte; den beurlaubten Chef durfte ich mit diesen Dingen nicht beunruhigen. In der Landtagssitzung vom 24. November begründete ich ausführlich die ungewöhnlichen Mehrforderungen; und dank der durch die Ereignisse des letzten Sommers gehobenen Stimmung des Hauses, sowie infolge des entschiedenen Auftretens Georg Vinckes gegen einige Opponenten, wurde alles bewilligt.

[1]) Ministerialdirektor im Handelsministerium.

born entworfen; die Normen für Armee und Marine hatte natürlich Roon, für die Bundesfinanzen von der Heydt vorgeschlagen. So lagen etwa 3/5 des Verfassungsentwurfs in reiflich durchdachter Formulierung bereit. Ueber die weitere Entwickelung der Vorlage kann ich als Zeuge nicht berichten, da ich Anfang Dezember auf einige Wochen nach Mentone beurlaubt wurde. Bei meiner Rückkehr im Januar 1867 hörte ich von den Kollegen folgendes:

Die Bevollmächtigten der norddeutschen Staaten waren auf den 15. Dezember zur Beratung über den Verfassungsentwurf eingeladen. Am 13. früh aber gab es noch keinen solchen Entwurf. Mit der fürstlichen Gelassenheit, welche das Bewußtsein, über unbeschränkte Hilfsquellen zu verfügen, verleihen mag, begann Bismarck erst am 13. nachmittags die ersten, wichtigsten Abschnitte des Entwurfs, nämlich über den Bundesrat (nicht mehr Bundestag genannt), das Präsidium und den Reichstag, zu diktieren, angeblich teils im Wortlaute, teils in Anweisungen zur Ausarbeitung. Bucher, der das Diktat stenographiert hatte, brachte in der Nacht vom 13. zum 14. den Verfassungsentwurf, mit Einschaltung der erwähnten ministeriellen Vorarbeiten, zu stande — eine bedeutende Leistung, welche Herr von Thile rühmend erwähnt hat. Am 14. nachmittags wurde die Vorlage in einem Kronrat genehmigt, in der Nacht gedruckt und am 15. den Bevollmächtigten zugestellt.

Der Ministerpräsident eröffnete die Sitzungen derselben. In seiner Ansprache hob er hervor, die Hauptmängel des ehemaligen deutschen Bundes, nämlich die fehlende Sicherheit nach außen und die Unfähigkeit zur Hebung der inneren

Wohlfahrt durch gemeinnützige Einrichtungen, strebe der vorgelegte Entwurf zu beseitigen. Die Selbständigkeit der Bundesglieder solle nicht weiter beschränkt werden, als zur Erreichung dieser Ziele notwendig scheine.

Die Bevollmächtigten reisten zum Weihnachtsfeste nach Hause und traten erst am 18. Januar 1867 unter Savignys Vorsitz wieder zusammen. Zahllose Einwendungen gegen den Entwurf wurden vorgebracht. Die preußische Regierung genehmigte 18 Abänderungsvorschläge, lehnte aber alle übrigen ab. Am 2. Februar wurde der ganze Entwurf als Vorlage für den Reichstag allseitig genehmigt.

Am 3. Januar schrieb die Gräfin folgendes:

.... „Man dankt Gott, wenn der Tag beginnt und schließt ohne erhebliche Sorgen und freut sich über jede Jagd, die das Haupt der Familie vom Schreibtisch reißt und den armseligen Nerven Erfrischungen bringt, z. B. heute wieder. Die Woche vor Weihnachten gab's so viele norddeutsche Bundes- und Ministersessionen und Diners mit diesen wundervollen Gespielen bei König und Kronprinzen, daß der arme Bismarck wieder ganz matt von allen Anstrengungen und ich in großen Aengsten um ihn war. Dann fuhr er am 2. Feiertag zu Dietze[1]-Barby und von dort nach Meisdorf zu Asseburg[2] und kehrte Sonntag Abend so munter zurück, daß alle Sorge verweht war. Leider fand sich am Montag ein gründlicher justizministerieller Aerger wegen Hannover, der aber in einer

[1]) Amtsrat Dietze in Barby.

[2]) Graf Asseburg, k. Oberjägermeister.

noch spät abgeschmetterten strengen Weisung an Voigts-Rhetz — in der Tonart des 3. Dezember — und im Sylvesterpunsch ertränkt wurde. Das Ergebniß- und Sorgen-schwere Jahr 1866 ging fröhlich zu Ende und die erste Nacht des neuen wurde gut durchschlafen, sodaß ich voll Dank und guter Zuversicht in die Kirche gehen konnte . . . . .

„Unsere Abende sind durchaus nicht aufregend; sie wechseln mit Arnim's, Stolbergs's, Obernitz und einigen Veilchen [1]). Gestern erschienen zum ersten Mal Savigny's; so feierlich, förmlich, correct, daß wir sämmtlich kalte Hände bekamen von der regelrechten, eingerahmten, wohlerzogenen Unterhaltung, die man im Mittelsalon führte, während Bill im Nebenzimmer den lautesten, ausgelassensten Unsinn trieb und Einer nach dem Andern sich ab und zu dahin verzog zur Erwärmung des Herzens durch das kindliche Toben.

. . . „Am 2. Festtag passirte ein schwäbischer Vetter Bismarck [2]) hier ein, der im Sommer als badischer Dragoner gegen uns gefochten, jetzt den badischen Rock mit der preußischen Husarenjacke vertauschen möchte, wozu er Bismarcks Vermittelung erbat. Nebenher gerieth er in dickste Freundschaft mit beiden Jungen, die garnicht mehr ohne ihn sein können und sich sehr traurig gebehrden, daß er heute wieder abreisen muß." . . . .

[1]) Die Legationssekretäre, welche aus dem Auslande zurückkehrten, um eine Zeit lang im Auswärtigen Amte zu arbeiten, wurden scherzweise Veilchen genannt, weil ihre dortige Thätigkeit gleichsam „im Verborgenen blühte".

[2]) Graf August von Bismarck.

Am 24. Februar trat der mittels des allgemeinen Wahlrechtes zur Beratung der Verfassung gewählte Reichstag des Norddeutschen Bundes zusammen. Die Stärkeverhältnisse der meisten Fraktionen waren für die Regierung ein wenig günstiger als im preußischen Abgeordnetenhause, aber nicht erheblich verändert, ausgenommen, daß die neugebildete national-liberale Partei, durch Zuwachs aus Hannover und Nassau verstärkt, mit 79 Köpfen als die ausschlaggebende in den Vordergrund trat.

Die Thronrede berührte die Ursachen des Scheiterns früherer Einigungsversuche und folgerte daraus die Notwendigkeit, „an der Hand der Thatsachen die Einigung zu suchen und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerten zu opfern."

Bismarck sagte am 4. März bei Vorlegung des Verfassungsentwurfs an den Reichstag u. a. folgende, nie genug zu beherzigende Worte:

„Es liegt ohne Zweifel, m. H., etwas in unserem Nationalcharakter, was der Vereinigung Deutschlands widerstrebt. Wir hätten die Einheit sonst nicht verloren, oder hätten sie bald wiedergewonnen. Wenn wir in die Zeit der deutschen Größe, die erste Kaiserzeit, zurückblicken, so finden wir, daß kein anderes Land in Europa in dem Maße die Wahrscheinlichkeit für sich hatte, eine mächtige nationale Einheit sich zu erhalten, wie gerade Deutschland. Blicken Sie im Mittelalter von dem russischen Reiche der Rurickschen Fürsten bis zu den westgotischen und arabischen Gebieten in Spanien, so werden Sie finden, daß Deutschland vor allen die größte Aussicht hatte, ein einiges Reich zu bleiben. Was

ist der Grund, der uns die Einheit verlieren ließ und uns bis jetzt verhindert hat, sie wieder zu gewinnen? Wenn ich es mit einem kurzen Worte sagen soll, so ist es, wie mir scheint, ein gewisser Ueberschuß an dem Gefühle männlicher Selbständigkeit, welche in Deutschland den Einzelnen, die Gemeinde, den Stamm veranlaßt, sich mehr auf die eigenen Kräfte zu verlassen, als auf die der Gesammtheit. Es ist der Mangel jener Gefügigkeit des Einzelnen und des Stammes zu Gunsten des Gemeinwesens, jener Gefügigkeit, welche unsere Nachbarvölker in den Stand gesetzt hat, die Wohlthaten, die wir erstreben, sich schon früher zu sichern.

„Die Regierungen, m. H., haben Ihnen, glaube ich, im jetzigen Falle ein gutes Beispiel gegeben. Es war keine unter ihnen, die nicht erhebliche Bedenken, mehr oder weniger berechtigte Wünsche dem bisher erreichten Ziele hat opfern müssen. Liefern auch wir den Beweis, m. H., daß Deutschland in einer sechshundertjährigen Leidensgeschichte Erfahrungen gemacht hat, die es beherzigt; daß wir die Lehren zu Herzen genommen haben, die wir aus den verfehlten Versuchen von Frankfurt und Erfurt ziehen mußten."

Im Laufe der Verhandlungen aber erklärten nicht nur fanatische Demokraten, sondern auch gemäßigte Liberale, wie Twesten, daß, wenn nicht stärkere Garantien für das Budgetrecht des Reichstags gegeben würden, der preußische Landtag diese Verfassung verwerfen müßte, auf die Gefahr hin, daß wieder nichts zu stande käme.

Mit Bezug hierauf erwiderte Bismarck inmitten einer langen Rede über das Wesen der Bundesverfassung (am 11. März):

„Die Herren, die so kurzweg hier das Wort aussprechen, daß der preußische Landtag das Produkt unserer Arbeiten in den und den Fällen verwerfen werde, möchte ich fragen: was würden Sie sagen, wenn heutzutage eine der verbündeten Regierungen schon von Hause aus erklärte: ‚wenn dies und das nicht in der Verfassung steht, so nehme ich sie nicht an. . . . Ich erinnere Sie daran, meine Herren, als die Versuche von Frankfurt und Erfurt mißlangen — der von Erfurt nicht so sehr, wie hier gemeint wurde, durch das Widerstreben der beteiligten Regierungen . . . er scheiterte m. E. daran, daß Hannover und Sachsen einfach auf die österreichische Armee, die hinter Olmütz stand, mehr Vertrauen hatten, als auf den Dreikönigsbund — das war wohl das Durchschlagende, wenn es auch eine Menge anderer Ursachen gegeben haben mag — ich erinnere Sie daran, daß man für uns, die wir damals unter dem Namen der preußischen Junkerpartei die Verantwortung für das Nichtzustandekommen vor der Oeffentlichkeit übernehmen mußten, kein Wort finden konnte in der öffentlichen Presse, was stark genug war, um diesen ‚unwürdigen Mangel an Vaterlandsliebe‘ zu brandmarken, der dahin führte, ‚aus Standesinteressen lieber einen Junkerstaat von der Größe der Mark Brandenburg zu gründen‘, und was dergleichen von Ihnen bereits vergessene Zeitungsartikel waren, die auf uns Schmach und Vorwurf häuften, weil wir das Werk gehindert hätten, das wir zu stande zu bringen in der Lage nicht waren. Ich habe, als hier vorgestern dasselbe Recht für den preußischen Landtag in Anspruch genommen wurde, in der ganzen Versammlung keinen Ausruf des Erstaunens gehört außer dem, den ich in meinem Innern unterdrückte.

„Ich glaube, meine Herren, diejenigen, die dieses Wort aussprachen, unterschätzen denn doch den Ernst der Situation, in der wir uns befinden. Glauben Sie wirklich, daß die großartige Bewegung, die im vorigen Jahre die Völker vom Belt bis an die Meere Siciliens, vom Rhein bis an den Pruth und den Dnjester zum Kampfe führte, zu dem eisernen Würfelspiel, in dem um Königs- und Kaiserkronen gespielt wurde, daß die Million deutscher Krieger, die gegeneinander gekämpft und geblutet haben, auf den Schlachtfeldern vom Rhein bis zu den Karpathen, daß die Tausende und Abertausende von Gebliebenen und den Seuchen Erlegenen, die durch ihren Tod diese nationale Entscheidung besiegelt haben, mit einer Landtagsresolution ad acta geschrieben werden können; meine Herren, dann stehen Sie wirklich nicht auf der Höhe der Situation. . . . Ich habe die sichere Ueberzeugung, kein deutscher Landtag wird einen solchen Beschluß fassen, wenn wir uns hier einigen.

„Ich möchte die Herren, die sich diese Möglichkeiten denken, wohl sehen, wie sie etwa einem Invaliden von Königgrätz antworten würden, wenn der nach dem Ergebnis dieser gewaltigen Anstrengung fragt. Sie würden ihm etwa sagen: ja freilich, mit der deutschen Einheit ist es wiederum nichts geworden, die wird sich wohl bei Gelegenheit finden, sie ist ja leicht zu haben, eine Verständigung ist ja alle Tage wieder möglich; aber wir haben das Budgetrecht des Abgeordnetenhauses, des preußischen Landtages gerettet, das Recht, jedes Jahr die Existenz der preußischen Armee in Frage zu stellen, ein Recht, von dem wir als gute Patrioten niemals Gebrauch machen würden. . . . Aber es ist doch unser Recht. . . .

„Ist denn eine Regierung auf die Dauer denkbar, namentlich eine solche, die sich zur Aufgabe gestellt hat, eine Einheit im Feuer oder gar in kaltem Metall, wenn das Feuer erkaltet sein wird, zu schmieden, eine Einigung, die nicht überall in Europa mit Wohlwollen gesehen wird, ist es denkbar, daß diese Regierung es sich gewissermaßen zur systematischen Aufgabe stellt, die Rechte der Bevölkerung auf die Teilnahme an ihren eigenen Geschäften zu unterdrücken, abzuschaffen? . . .

„Wir wollen den Grad von Freiheitsentwicklung, der mit der Sicherheit des Ganzen nur irgend verträglich ist. Es kann sich nur handeln um die Grenze: wieviel, was ist mit dieser Sicherheit auf die Dauer verträglich? Was ist jetzt mit ihr verträglich? Ist ein Uebergangsstadium nötig? Wie lange muß dies dauern? Es kann nicht in unserer Absicht liegen, das Militärbudget auch für den Zeitraum, wo es von Ihnen selbst als eisern behandelt werden sollte, und ein solcher Zeitraum ist m. E. unentbehrlich, Ihrer Kenntnis zu entziehen. . . .

„Ich halte es nicht für gut, daß man das Bedürfnis hat, den parlamentarischen Einfluß, den man erstrebt und den wir ja gerne den Parlamenten gönnen, vorzugsweise an der Armee zu üben, während mannigfache andere Felder bleiben, um ihn zu üben. . . .

„Wenn diese Einrichtung, die Bundesarmee, vorläufig diejenige Basis, die am vollständigsten ausgebildet ist, diejenige Basis, die wir am unentbehrlichsten brauchen, durch ein jährliches Votum in Frage gestellt werden sollte, meine Herren, es würde mir das . . . den Eindruck eines Deichverbandes machen, in dem jedes Jahr nach Kopfzahl, auch der Besitz-

losen, darüber abgestimmt wird, ob die Deiche bei Hochwasser durchstochen werden sollen oder nicht. . . .

„Jedenfalls . . . brauchen wir in dieser Beziehung ein unantastbares Uebergangsstadium, bis wir organisch in Fleisch und Blut miteinander verwachsen sind, und dieser Gedanke wird auch, wie ich glaube, von einem großen Teil der strengeren Konstitutionellen, die aber das Zustandekommen der Sache wollen, nicht angefochten." . . .

In den folgenden Verhandlungen des Reichstags sind heute noch von besonderem Interesse die Beschlüsse über das allgemeine Wahlrecht.

Bismarck hat dasselbe im Jahr 1849 (siehe oben S. 25) als schädlich bezeichnet, später aber für annehmbar erachtet, und schon 1863 in den gegen Oesterreichs Bundesreformprojekt gerichteten Vorschlägen des preußischen Staatsministeriums zur Geltung gebracht. In zwei Erlassen an Graf Bernstorff (vom 8. Oktober 1863 und 19. April 1866) verteidigte er gegenüber den Bedenken englischer Minister das allgemeine Stimmrecht. In dem letzteren Erlasse heißt es:

„Ich darf es wohl als eine auf langer Erfahrung begründete Ueberzeugung aussprechen, daß das künstliche System indirekter und Klassenwahlen ein viel gefährlicheres ist, indem es die Berührung der höchsten Gewalt mit den gesunden Elementen, welche den Kern und die Masse des Volkes bilden, verhindert. In einem Lande mit monarchischen Traditionen und loyaler Gesinnung wird das allgemeine Stimmrecht, indem es die Einflüsse der liberalen Bourgoisieklassen beseitigt, auch zu monarchischen Wahlen führen, ebenso wie in Ländern, wo die Massen revolutionär fühlen, zu anarchischen.

In Preußen aber sind $^9/_{10}$ des Volkes dem Könige treu und nur durch den künstlichen Mechanismus der Wahl um den Ausdruck ihrer Meinung gebracht. Die Träger der Revolution sind die Wahlmänner-Kollegien, welche der Arbeit der Umsturzpartei ein über das Land verbreitetes und leicht zu handhabendes Netz gewähren, — wie es 1789 die Pariser électeurs gezeigt haben. Ich stehe nicht an, indirekte Wahlen für eins der wesentlichsten Hilfsmittel der Revolution zu erklären, und ich glaube, in diesen Dingen praktisch einige Erfahrungen gesammelt zu haben."

Ohne Frage hat bei Bismarcks Entscheidung für das allgemeine Wahlrecht der Gedanke mitgewirkt, daß die Aufbietung der ganzen Volkskraft gegen auswärtige Feinde nötig werden könnte[1]); aber auch ohne diesen gewichtigen Beweggrund würde er, wie ich glaube, damals indirekte oder nach Steuern klassifizierte Wahlen abgelehnt haben. Entschiedenen Widerwillen gegen das preußische Wahlgesetz, welches 1862 ungefähr 97% Opponenten geliefert hatte, pflegte er in jenen Jahren bei sich darbietenden Anläſſen auszusprechen.

Graf Eulenburg und andere Minister teilten seinen Glauben an die Ersprießlichkeit des allgemeinen Wahlrechts nicht; die Majorität des Staatsministeriums aber fügte sich seinem Wunsche, 1863 wie 1866.

Bei den Ende März 1867 im Reichstage stattfindenden Verhandlungen gaben die meisten Redner, auch der liberalen Parteien, schweren Bedenken gegen das allgemeine Wahlrecht

[1]) Gedanken und Erinnerungen II. S. 58.

Ausdruck. Die durch den Antrag Fries hineingebrachte Geheimhaltung der Stimmabgabe wurde sogar von Windthorst bekämpft [1]).

Bismarck hat die Heimlichkeit der Wahl damals nicht ausdrücklich abgelehnt, in späteren Jahren aber als undeutsch und verwerflich bezeichnet [2]).

Schließlich wurde das allgemeine und geheime Wahlrecht mit großer Majorität angenommen. Mehrere Mitglieder haben jedoch später eingestanden, daß sie nur um Bismarck entgegenzukommen und das ganze Verfassungswerk nicht zu gefährden ihre Bedenken unterdrückt und dafür gestimmt haben; von einer großen Zahl anderer darf man, nach den Reden der Führer zu schließen, das gleiche vermuten.

Wegen der Heeresorganisation gab es in den ersten Wochen des April noch ein kleines Nachspiel zu den Kämpfen der Konfliktszeit. Da aber die im Westen grollenden Gewitterwolken bedenklich machten, an den bewährten Heereseinrichtungen zu rütteln, einigte man sich über den Antrag Forckenbeck, welcher die bestehende Organisation als rechtsbeständig bis zum Jahre 1871 anerkannte. Die Verfassung des Norddeutschen Bundes erhielt am 17. April allseitige Zustimmung.

Keiner der 22 deutschen Landtage hat gewagt, sie anzufechten; am 1. Juli erhielt sie Gesetzeskraft.

Diese Verfassung — über dem Reichstag ein Bundesrat mit sowohl legislativen wie administrativen Befugnissen;

[1]) Stenogr. Berichte des Norddeutschen Reichstags, S. 425.
[2]) Gedanken und Erinnerungen II. S. 425.

statt mehrerer verantwortlicher Minister ein allein verantwortlicher Kanzler; und ein mit der Vertretung nach außen betrauter Kriegsherr — diese Verfassung wurde zwar vielseitig bemängelt, weil sie in keines der bekannten Systeme paßte; die Erfahrung hat aber in mehr als dreißig Jahren erwiesen, daß die von Bismarck ersonnenen Formen der Machtverteilung die Fürsten, wie die Volksstämme des Bundes in fester Einigung zusammenzuhalten geeignet sind.

* * *

Während der Dauer der Reichstagssession schien das Schicksal von Luxemburg mehrmals den Frieden zu bedrohen.

Seit 1815 gehörte dieses durch Personalunion mit den Niederlanden verbundene Ländchen zum deutschen Bunde. Der König von Holland wurde daher Mitglied desselben, die Festung Luxemburg aber Bundesfestung. Durch einen von den Großmächten genehmigten Vertrag mit Holland übernahm Preußen, die Besatzung der Festung zu stellen. Nach Auflösung des deutschen Bundes wurde nun der König der Niederlande nicht eingeladen, an der Gründung des Norddeutschen Bundes teilzunehmen. Die Festung Luxemburg blieb daher außerhalb desselben und verlor die Eigenschaft einer Bundesfestung. Damit fiel der Grund weg, welcher ehemals eine preußische Besatzung dorthin geführt hatte, doch blieb die von den Großmächten genehmigte Vertragspflicht Preußens bestehen.

In Paris gedachte man nun, das nicht mehr zu Deutschland gehörige Ländchen zu erwerben, als erste Etappe zur Annexion Belgiens. Schon vor der Abreise Bismarcks nach

Putbus sprach Benedetti von der Nützlichkeit eines französisch-norddeutschen Offensiv- und Defensivbündnisses, wobei Luxemburg als eine kleine Kompensation für die preußischen Annexionen, die französische Erwerbung Belgiens aber als Gegenwert für den Eintritt der Südstaaten in den Norddeutschen Bund zu gelten hätten. Preußen, meinte er, möge mit Holland wegen Abtretung Luxemburgs an Frankreich verhandeln.

Bismarck glaubte diese überraschenden Vorschläge nicht sogleich schroff ablehnen zu dürfen. Er erwiderte jedoch, der König würde sich schwerlich zu einem Bündnis entschließen, welches von ganz Europa als eine Kriegsdrohung aufgefaßt werden dürfte. Eine Verhandlung mit Holland wegen Abtretung Luxemburgs an Frankreich zu beginnen, sei wegen der empfindlichen öffentlichen Meinung Deutschlands für Preußen unmöglich; doch könne man vielleicht geschehen lassen, was Frankreich direkt in Luxemburg und im Haag erreichen würde.

Im Dezember kam Benedetti auf die erwähnten Vorschläge zurück. Im Januar teilte ihm Bismarck mit, daß der König einem Offensivbündnis abgeneigt sei und nur vielleicht zur Neutralität, im Falle Frankreich gegen Belgien vorginge, sich entschließen würde. Das Allianzprojekt trat daher in den Hintergrund, in Luxemburg aber begannen französische Agitationen, im Haag Verhandlungen.

Am 18. März wurde bei der ersten Erwähnung der Lage Luxemburgs im Reichstage auf die Möglichkeit hingewiesen, daß süddeutsche Staaten sich mit Frankreich verbünden könnten. Dadurch fand Bismarck sich bewogen, die

für den Kriegsfall mit den Süddeutschen geschlossenen Verträge sofort publicieren zu lassen. Von Benedetti hatte er kurz vorher erfahren, daß diese Verträge dem Kaiser Napoleon und einigen Vertrauten des Hofes bereits bekannt wären. Der unabhängigen politischen Welt von Paris aber bereitete ihre Publikation eine peinliche Ueberraschung. Die Presse ließ es nicht an Drohungen fehlen.

Bismarck hielt bei seinen Besprechungen mit Benedetti über Luxemburg stets an dem Satze fest, „wir könnten vielleicht geschehen lassen, ohne einzugreifen, aber niemals ausdrücklich zustimmen". Und nur, wenn Holland und die Großmächte — als deren Mandatar Preußen die Besatzungspflicht übernommen habe — ihr Einverständnis erklärten, würde der König die Zurückziehung der Besatzung befehlen.

Diese Erklärungen fanden jedoch in Paris wenig Beachtung. Die Verhandlungen im Haag machten solche Fortschritte, daß der König der Niederlande, obwohl der Abtretung Luxemburgs abgeneigt, dem Kaiser Napoleon schriftlich mitteilte, er wolle das Land gegen angemessene Entschädigung an Frankreich überlassen, wenn Preußen zustimme. Napoleon schickte hierauf nach dem Haag einen abschließenden Vertragsentwurf mit der Erklärung, für Preußens Zustimmung werde er sorgen. Die Unterzeichnung sollte am 31. März stattfinden, erlitt aber einen Aufschub dadurch, daß der luxemburgische Minister nicht anwesend war.

Inzwischen hatte Bismarck darauf Bedacht genommen, durch Beantwortung einer mit Bennigsen verabredeten Interpellation im Reichstage die aufgeregten Gemüter zu beruhigen. Das sollte am 1. April geschehen. In dem Augenblicke, als

er ausgehen wollte, erschien Benedetti, gratulierte zum Geburtstage und kündigte eine wichtige Mitteilung an. Bismarck erwiderte, er habe für neue Geschäfte jetzt keine Zeit, weil er im Reichstage eine Interpellation wegen Luxemburg beantworten müsse, und lud Benedetti ein, ihn dorthin zu begleiten. Sie gingen zusammen durch den Garten des Auswärtigen Amtes und um die Mauern der benachbarten Gärten herum nach dem Leipziger Platz, in dessen Nähe das damalige Reichstagsgebäude lag.

Auf diesem kurzen Wege sagte Bismarck ungefähr folgendes:

„Bennigsens Interpellation lautet: Was ist der Regierung über die angebliche Abtretung Luxemburgs an Frankreich bekannt? Und ist sie fest entschlossen, auf jede Gefahr dieses deutsche Land bei Deutschland zu behalten?

„Ich denke zu antworten, der Regierung sei allerdings bekannt, daß solche Verhandlungen im Haag schweben. Der König der Niederlande habe über unsere Auffassung der Sache angefragt. Unsere Antwort habe dahin gelautet, zunächst wären wohl die anderen Großmächte zu befragen; auch müßten wir auf die öffentliche Meinung in Deutschland Rücksicht nehmen. Ob nun im Haag ein Vertrag abgeschlossen worden oder nicht, sei uns unbekannt. Ich sei deshalb zur Zeit nicht in der Lage, auf die zweite Frage mit Ja oder Nein zu antworten, glaube aber, daß keine fremde Macht zweifellose Rechte deutscher Staaten beeinträchtigen werde.

„Auf diese Weise kann der Anlaß zu einem Bruch vermieden werden; wenn ich aber sagen müßte, ich wisse, daß ein Abtretungsvertrag geschlossen sei, dann wäre bei der hoch-

gradigen Erregung der Gemüter im Reichstage eine Explosion zu erwarten, deren Folgen verhängnisvoll werden könnten."

Bei diesen Worten waren sie an der Thüre des Reichstagsgebäudes angekommen. Auf Bismarcks Frage, „wollen Sie mir bei dieser Sachlage jetzt noch eine kurze Mitteilung machen", antwortete Benedetti: „Nein".

So erzählte der Minister den Hergang im Laufe des 1. April.

Bennigsens kernige und schwungvolle Rede wurde von stürmischem Beifall des ganzen Hauses begleitet.

Bismarcks Antwort hielt sich in dem oben angedeuteten Rahmen und, obwohl er durchblicken ließ, daß ein unanfechtbares Recht Preußens auf militärische Besetzung von Luxemburg nicht existiere, wurden seine Erklärungen doch beifällig begrüßt. Eine Besprechung der Interpellation fand nicht statt.

Im Haag machte nun ein Zeitungstelegramm über diese Reichstagssitzung den Eindruck, daß Preußen der Abtretung von Luxemburg keinesfalls zustimmen würde. Der König war froh, erklären zu können, daß er den Vertrag nicht genehmige, da die gestellte Bedingung nicht erfüllt sei.

In Paris war man natürlich erbittert. Rüstungen wurden angeordnet. Bald darauf erschienen dort Agenten des Königs Georg mit dem Erbieten, im Kriegsfalle eine hannöversche Legion von 20000 Mann zu bilden. Am 18. April befahl Marschall Niel die Einberufung aller beurlaubten Offiziere und Unteroffiziere, sowie Musterung der Reservisten in ganz Frankreich. Auf Vorschlag Rußlands wurde jedoch eine Konferenz der Großmächte nach London berufen, welche am 11. Mai den Frieden sicherte durch Beschlüsse über Neutrali-

sierung Luxemburgs, Abzug der preußischen Besatzung und Schleifung der Festung. In einer besonderen Klausel wurde das Recht Luxemburgs zu selbständigem Abschluß von Zollverträgen anerkannt und dadurch das Verbleiben dieses Landes im deutschen Zollverein gesichert.

In den Tagen vom 18.—24. April war Bismarck von Berlin abwesend wegen Besichtigung der in Hinterpommern belegenen Herrschaft Varzin, durch deren Ankauf er bald darauf das ihm vom Landtage zuerkannte Dotationskapital angelegt hat.

Am Tage seiner Rückkehr fuhr ich ihm entgegen bis zu der ungefähr eine Eisenbahnstunde von Berlin entfernten Station Angermünde, um ihm über die neuesten Eingänge Vortrag zu halten. Als ich in seinen Wagen stieg, war er vertieft in Erinnerungen an das Städtchen Angermünde und dessen Umgegend. „Hier", sagte er, „war vor vielen Jahren mein Schwager Arnim Landrat, noch als Junggeselle. Wir hatten zusammen Reisen gemacht und waren sehr gute Freunde. Von Angermünde aus fuhr ich mehrmals mit ihm über die Oder nach seinem schönen Wiesen- und Waldgute Raduhn, das er später an Neumann [1]) verkaufte, weil es von Kröchlendorff zu entfernt lag. Als er mich einmal auf dem Lande besuchte, lernte er meine Schwester kennen. . . . . Er heiratete bald darauf und führte sie zunächst nach Angermünde. Ich fühlte mich tief unglücklich, als meine heißgeliebte Schwester mir entrissen wurde, obgleich Arnim doch mein bester Freund war und obgleich ich diese Heirat als ein großes Glück für

[1]) Herr von Neumann, Besitzer der Rittergüter Hanseberg und Raduhn im Kreise Königsberg-Neumark.

beide Teile anerkennen mußte. Die Unvollkommenheiten der menschlichen Dinge, die engen Schranken alles menschlichen Glücks, kamen mir da zum erstenmal recht lebhaft ins Bewußtsein."

Nach einer Pause berichtete ich über die auffallenden französischen Rüstungen und erwähnte die — ihm natürlich bereits bekannten — Ansichten Moltkes, daß wir mit dem Zündnadelgewehr den französischen Vorderladern weit überlegen sein würden, daß Fortdauer unserer Besatzung von Luxemburg wünschenswert und daher Aufnahme der französischen Herausforderungen zu empfehlen sei.

Der Minister unterbrach mich nicht und sagte dann kühl: „Nein. Luxemburg ist nicht mehr Bundesfestung, unser Besatzungsrecht daher anfechtbar. Wenn die Großmächte uns von der Garnisonspflicht entbinden und das Ländchen neutralisieren, kommen wir ohne Schaden an der Ehre aus der Sache heraus. Man darf nicht Krieg führen, wenn es mit Ehren zu vermeiden ist; die Chance günstigen Erfolges ist keine gerechte Ursache, einen großen Krieg anzufangen."

* * *

Im Laufe dieses Jahres entwickelte sich ein Zerwürfnis mit Savigny.

Als er im Herbst 1866 nach Berlin kam, gefiel mir sein ebenso sicheres wie bescheidenes Auftreten. Einmal sagte er: „Mein Vater war ein sehr ausgezeichneter Mann; das bin ich nicht; aber ich gehe meinen geraden Weg und bemühe mich, die Kräfte, die Gott mir geschenkt hat, nützlich zu verwenden."

Im Januar kam er in die Lage, bei Verhandlungen über den Bundesverfassungsentwurf Bismarck zu vertreten. Er dachte sich in die Stellung des künftigen Bundeskanzlers hinein und sagte mir einmal: „Ich glaube, es wäre nützlich, mich dereinst zum Bundeskanzler zu ernennen. Die tiefe Verstimmung vieler guten Katholiken über die Verdrängung Oesterreichs aus Deutschland und über die großen Annexionen würde gemildert werden durch Berufung eines Katholiken an die Spitze des neuen Bundes."

Als ich dies dem Minister amtlich vortrug, bemerkte er: „Ich halte diese Gedanken nicht für richtig. Ich kenne Charles Savigny seit der Jugend als einen braven, ehrlichen Menschen, aber er hat das Unglück gehabt, sich immer in privilegierten Stellungen zu befinden und das Erwerbsleben, auf dessen Entwickelung es jetzt wesentlich ankommt, sehr wenig kennen zu lernen. Sein Geist bewegt sich in gewissen formellen Geleisen. In der Ausführung genauer Instruktionen wird er immer korrekt verfahren, aber neu auftauchenden Fragen gegenüber wird er öfters versagen. Seine Vorarbeiten für die Bundesverfassung ließen viel zu wünschen übrig, und daß er der Leitung der Bundesgeschäfte auf die Dauer gewachsen sein würde, kann ich nicht glauben. Wenn er meint, daß Gegner wie Mallinckrodt und Windthorst durch sein Präsidieren des Bundesrats versöhnt werden könnten, so ist das eine Illusion. Ich sehe auch voraus, daß er als Bundeskanzler selbständigen Vortrag beim Könige beanspruchen würde; das ginge aber nicht neben mir, denn zwei Personen dürfen nicht in denselben Sachen ständigen Immediatvortrag halten."

Ich fragte, ob es nicht ratsam sei, Savigny anzudeuten, daß sein Zukunftstraum sich nicht verwirklichen werde.

Der Minister erwiderte: „Nein. Nach einer solchen Mitteilung würde Savigny beharrlich versuchen, mich von der Unrichtigkeit meiner Ansichten zu überzeugen. Personalfragen dieser Art sind nicht diskussionsfähig. Die Sache muß sich entwickeln, wie ihre Natur es mit sich bringt."

Bald darauf äußerte Savigny zu mir:

„Bismarck hüllt sich in Schweigen über meine künftige Stellung; wahrscheinlich will er selbst Bundeskanzler werden. Aber warum sagt er mir das nicht offen? Wir sind doch alte Freunde, und ich habe ihm manchen Dienst geleistet."

Daß in der folgenden Zeit zwischen beiden eine Besprechung der Frage stattgefunden hat, kann ich nicht annehmen. Bismarck war viel abwesend, im April in Pommern, Anfang Juni in Paris, vom 22. Juni bis Anfang August in Pommern.

Am 14. Juli unterzeichnete der König in Ems die Ernennung des Ministerpräsidenten zum Bundeskanzler. In der letzten Woche des Juli brachte eine Berliner Zeitung unfreundliche Bemerkungen über Savigny. Darauf erwähnte die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, derselbe habe „zur Zeit nur wegen sachlicher Meinungsverschiedenheiten die ihm zugedachte Mitwirkung bei den Arbeiten des Bundesrates nicht übernehmen können".

Am 3. August aber brachte — ohne daß ich eine Ahnung davon hatte — der Staatsanzeiger die Erklärung, daß diese Mitteilung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung „unrichtig" sei. An demselben Tage reiste der Minister, von mir begleitet, nach Ems. Am 4. schrieb mir Herr von Thile dorthin,

ein Freund Savignys melde, daß dieser sich tief verletzt fühle; das sei so natürlich als bedauerlich, auch wegen der Rückwirkung der ihm widerfahrenen Kränkung auf gutgesinnte katholische Kreise.

Ein diplomatischer Posten, welcher Savigny eine seinen Gewohnheiten entsprechende Beschäftigung hätte geben können, war leider nicht verfügbar. In den nächstfolgenden Jahren soll er, seiner Herzensneigung folgend, sich ultramontanen Bestrebungen mehr und mehr genähert haben, bis er 1871 zur Bildung des Centrums mitzuwirken in die Lage kam.

* * *

Nach Lösung der Luxemburger Verwickelung faßte Bismarck eine Neugestaltung des Zollvereins ins Auge. Die Zollverträge wurden gekündigt und Bevollmächtigte aller beteiligten Staaten, auch Luxemburgs, zu Beratungen über neue Verträge auf den 3. Juni nach Berlin eingeladen.

Am 29. Mai ließ der Minister mich rufen und sagte: „Dem Bundeskanzler sind durch die Verfassung mannigfaltige Geschäfte der Bundesverwaltung zugewiesen, welche bald eine solche Ausdehnung erhalten werden, daß sie von den Arbeitskräften des Auswärtigen Amtes nicht bewältigt werden können. Es muß eine eigene Behörde dafür geschaffen werden, ein Bundeskanzleramt. Der Leiter dieser Behörde muß natürlich meinen Instruktionen folgen; er kann daher keine Ministerstellung erhalten und mag vielleicht Präsident genannt werden. Suchen Sie mir nur für diesen Posten einen Mann — womöglich von bürgerlicher Herkunft — der in Zoll- und Handelssachen vorzugsweise erfahren ist."

Ohne Zögern erwiderte ich: „Der Mann scheint mir gegeben: Delbrück. Mit ihm könnte in diesen Fächern schwerlich ein anderer konkurrieren.“

„Richtig,“ bemerkte der Minister, „ich werde an ihn denken.“

An demselben Tage wurde in der Kanzlei ein Versehen begangen, welches dem Minister einen heftigen, gesundheitsgefährlichen Aerger zuzog. Ich erlaubte mir, daran zu erinnern, daß er im Oktober 1865 im Hofgasteiner Thal gesagt hätte, wenn er einen preußischen Oberpräsidenten in Kiel erlebte, würde er sich nie mehr über den Dienst ärgern.

„Das war allerdings eine sehr leichtsinnige Aeußerung,“ sagte er. „Uebrigens ist es für das ganze Räderwerk nützlich, wenn ich mich mitunter ärgere; das giebt stärkeren Dampf in die Maschine.“

Die preußischen Vorschläge brachten zunächst Beseitigung des liberum veto jedes einzelnen Staates, welches aus der alten Bundesverfassung in die Zollvereinsverträge übernommen worden war und jeden Fortschritt der Zollgesetzgebung innerhalb der langen Vertragsperioden verhindert hatte. Sodann sollte die Gesetzgebung in Zollsachen übertragen werden an den durch süddeutsche Mitglieder zu verstärkenden Bundesrat in Gemeinschaft mit einem Zollparlament; letzteres würde bestehen aus dem Norddeutschen Reichstag nach Hinzutreten von Abgeordneten der süddeutschen Staaten, die nach demselben Wahlgesetz gewählt wären.

Nach kurzer Beratung reisten die Bevollmächtigten nach Hause, um Instruktionen zu holen, kehrten aber vor Ende

des Monats zurück und unterzeichneten am 8. Juli die neuen Zollvereinsverträge.

Irgend eine Erweiterung der Kompetenz der Zollgesetzgebungsbehörden auf andere Gebiete des staatlichen Lebens war mit keinem Worte in Anregung gebracht worden.

* * *

Zum Besuche der Pariser „Weltausstellung" hatte der Kaiser Napoleon die anderen Souveräne eingeladen. Ende Mai kam Kaiser Alexander, vom Fürsten Gortschakoff begleitet, nach Potsdam und reiste dann weiter nach Paris. Am 6. Juni begab sich der König dorthin. In seinem Gefolge befanden sich der Ministerpräsident, Graf Karl Bismarck und ich.

Politische Geschäfte waren in Paris nicht zu erledigen. Marquis Moustier schien verstimmt gegen Bismarck und gab ihm zu Unterhaltungen über die Verhältnisse beider Länder keine Gelegenheit. Nur mit Rouher besprach der Chef die Lage von Deutschland, entwickelte, wie der Abschluß neuer Zollvereinsverträge den Nachbarn keinen Anlaß darbieten könnte, sich verletzt zu fühlen und wie die Stimmungen in den Südstaaten es uns leicht machten, die französische Empfindlichkeit nach Möglichkeit zu schonen. Gortschakoff vertrat Moustier gegenüber dieselben Ansichten.

Bei verschiedenartigen glänzenden Festen empfingen der Kaiser Napoleon und die schöne Kaiserin ihre hohen Gäste mit wohlthuender Herzlichkeit.

Der König und Bismarck wohnten in den Tuilerien, die Offiziere und Beamten des Gefolges waren in der Stadt

angenehm einquartiert. Wir hatten aber an jedem Vormittag in den Tuilerien an der „Marschallstafel" zum Frühstück zu erscheinen, an welcher auch die zum Ehrendienst bei Seiner Majestät kommandierten französischen Offiziere teilzunehmen pflegten. Mit diesen plauderte Bismarck in liebenswürdigster Weise und fand besonderes Wohlgefallen am täglichen Verkehr mit dem Marschall Vaillant. Derselbe sagte nach einigen Tagen zu ihm: „Savez-vous, Comte, que vous faites à nous autres une impression superbe? Tout le monde dit: vraiment, c'est un bon bougre."

Bei Longchamps war eine große Parade über etwa 40000 Mann, zu deren Abnahme der König die 1866 bewährte Rappstute Sadowa bestieg. Das Gefolge erhielt natürlich sehr gute Pferde aus dem Kaiserlichen Marstall.

Am folgenden Morgen gab beim Frühstück Bismarck seiner Bewunderung der schönen Truppen lebhaften Ausdruck. Darauf sagte der liebenswürdige Marschall: „Merci bien, Comte. Tout cela est bel et bon; mais vous autres, vous êtes devenus trop grands vis-à-vis de nous. Il faut qu'un jour nous croisions l'épée." Bismarck erwiderte lächelnd: „Eh bien, croisons!" —

Die frohen Festtage rauschten schnell vorüber. Erst nach einer Woche (am 14.) kamen wir wieder in Berlin an.

Die Gräfin Bismarck war vorher mit den Kindern auf einige Tage nach Kreppelhof in Schlesien gereist, dem Wohnsitze des Grafen Eberhard Stolberg. Von dort schrieb sie am zweiten Pfingsttage nach Paris.

„Möge Ihnen Beiden sehr viel Nettes beschеert werden, lieber Herr von Keudell, Ihnen für den hübschen Brief,

Carl für die 4 Depeschen, die meine begehrliche Seele wunderbar erquickt haben und sie auf ihre alten Tage in eine zarte Schwärmerei für den aufmerksamen Vetter zu begeistern drohen! Sein Lob erschallt täglich, weil die Telegrämmer mich so hübsch über Gesundheit und Glücklichfühlen meines nächsten großen Freudes au fait erhielten . . .

„Wann Sie wieder in Berlin zu sein gedenken, verschweigen Sie, vielleicht wird der Aufenthalt in Paris verlängert — welchem Beispiel wir hier leider nicht folgen können, da übermorgen früh um 8 der zur Demüthigung und Qual der Jungen erfundene Stall wieder eröffnet wird, in dem meine lieben Rangen nicht fehlen dürfen . . . . . So müssen wir morgen Abend wieder von dannen ziehn, mit schwerem Herzen, weil's hier über die Begriffe herrlich ist und so lieb, daß man niemals dies reizende Fleckchen Erde mit den allerbesten Menschen darauf verlassen möchte. Gestern sind wir in Fürstenstein gewesen — wirklich das „Großartigste, was man in dieser Richtung"[1]) sehen mag. Ich war ganz verzückt über den Blick vom Balkon des Schlosses und vom „Riesengrab" in die tiefe, wilde Waldschlucht. Dies dunkle und helle Waldesgrün mit den bezaubernden blauen Berglinien am Horizont ist unbeschreiblich . . . . . Aber wohnen möchte ich doch lieber in Kreppelhof, welches mir im Herzen wohlthut, wie geliebte Heimathsluft." . . . . .

* * *

[1]) Eine von Herrn Bleichröder öfters gebrauchte Redewendung.

Am 22. Juni ging Bismarck auf Urlaub nach Pommern, zuerst zu seinem Bruder nach Külz, dann nach Varzin. Die Gräfin blieb mit den Kindern bis zum Beginn der Schulferien in Berlin.

In diesen Wochen begannen Pariser Zeitungen die nordschleswigsche Frage im deutschfeindlichen Sinne zu behandeln. Die Bestimmung des Prager Friedens, daß in einigen Distrikten von Nordschleswig die Bevölkerungen befragt werden sollten, ob sie Rückabtretung an Dänemark begehrten, diese Bestimmung war allerdings von Napoleon gewünscht worden. Frankreich hatte aber den Vertrag nicht mit unterzeichnen wollen; auf Ausführung einzelner Bestimmungen desselben zu bestehen, war daher nur Oesterreich kompetent. In Nordschleswig hatte man sich nun überzeugen müssen, daß eine geographisch-genaue Sprachgrenze nicht existierte und daß es unmöglich sein würde, dänisch redende Gemeinden abzutreten, ohne gleichzeitig deutsche Gemeinden oder Individuen zu verlieren. Unsererseits wurde daher angefragt, ob die dänische Regierung Bürgschaften dafür geben könne, daß die deutschen Einwohner etwa abzutretender Bezirke nicht ähnliche Bedrückungen erleiden würden, wie in den Jahrzehnten vor dem Kriege von 1864. Die dänische Antwort lautete dahin, daß bei dem Wohlwollen der Regierung es besonderer Garantien nicht bedürfe. Unser Gesandter kam daher in Bismarcks Auftrage auf die Sache zurück und richtete durch eine ausführlich begründete Note vom 18. Juni an die dänische Regierung die Frage, ob sie sich imstande glaube, „Einrichtungen zu treffen und Maßregeln in Aussicht zu stellen, welche für den Schutz und die Sicherung der nationalen Eigentümlichkeit der in den etwa abgetretenen Gebietsteilen einzeln oder

in Gemeinden wohnenden Deutſchen beſtimmte Bürgſchaften geben würden."

Von dieſen Vorgängen erhielt man natürlich in Paris Kenntnis. Die dortige Preſſe erging ſich in Anklagen gegen Preußens angeblichen Vertragsbruch.

Auf derartige Zeitungsartikel bezieht ſich der erſte der folgenden Briefe des Miniſterpräſidenten an mich aus Varzin [1]), wo ihm damals keine Schreibehilfe zu Gebote ſtand.

. . . . . „Ich wollte Thile geſtern noch ſchreiben und bitte ihm, und Abeken zur Benutzung in Ems [2]), zu ſagen, daß wir nach Frankreich zu aus unſerem Walde mindeſtens ebenſo ſcharf hinausſchreien müſſen, als man von dort zu uns hereinſchreit. Goltz muß angewieſen werden, kühl und verſtimmt auf alle danica zu antworten, und die Zeitungen müſſen ſich von den Franzöſiſchen nichts bieten laſſen ſondern kühl und kampfbereit antworten. Gegen Dänemark noch ſchärfer; und in Düppel und Marine oſtenſibel rüſten. Nur keine Schüchternheit . . . . . Wenn die franzöſiſchen Zeitungen uns angreifen, ſo muß man die Defenſive unſrerſeits weniger accentuiren. Entweder ignoriren und lächerlich machen, oder angreifen. Letztres, indem man die ganze imperialiſtiſche Politik tadelt, Kladderadatſch hetzt, Polen, Italien, Mexiko gegen Dänemark

[1]) Das Blatt, auf welchem das Datum geſtanden haben mag, fehlt. Vermutlich war es der 6. oder 7. Juli.

[2]) Der König beabſichtigte, in der zweiten Woche des Juni zu einer längeren Brunnenkur in Ems einzutreffen, wohin Abeken als Vertreter des Auswärtigen Amtes für die ganze Zeit der Kur kommandiert wurde.

[illegible] vorher davon avertirt. Die Dänen[illegible] Blätter sind ganz ersichtlich inspirirte, [illegible] mit Sammetfingern auf diese Stacheln [illegible] war das Aeußerste unserer Fried[illegible] Friede damit nicht gesichert, dann ist er [illegible]. und wir können auch in den deutschen [illegible] besprochene System des „schonenden" [illegible] weiter innehalten. Es hilft uns dann [illegible]

[illegible] reizend und komme nicht eher, als [illegible] befiehlt. Haben wir hier Aussicht auf [illegible] in Cöslin nicht angelangten Möbel muß [illegible] mit Laufzettel verfolgen und treiben.

Der Ihrige
v. B."

„Varzin, 10. Juli 67.

[illegible] Freund!

[illegible] Sie, Emil oder sonst wer mich hier noch be[illegible] wäre es an der Zeit. Denn wenn meine [illegible] nicht herkommt, so halte ich es bei [illegible] nur als Zuschauer des Regens und des [illegible] Scene nicht sehr lange mehr aus.

Der Ihrige
v. B.

[illegible] B."

[illegible] daß die Gräfin am 13. nach Varzin [illegible] wurde.

Hannover 12 Juli 1864

Wir haben Ihnen heute die zwei Bücher
Schlagworte Index Band über Ozean
oder sonstige Länder englische Colonien.
zugeschickt zugeschrieben. Ich war Ihnen Sehr
sehr verpflichtet. Es 3074 englische gemeint
Lotos Blatt ist gleich zwei, zu wenden.
Wenn Sie sich Vorrath gewünscht noch
Buchstaben und Zeichnungen Zeichnungen zu
machen haben sollten. Ihre Lieferung
muss 12 bis 15 Millionen Franken zahlen

ins Feld führt, Goltz vorher davon avertirt. Die Dänenartikel der französischen Blätter sind ganz ersichtlich inspirirte, und wir dürfen nicht mit Sammetfingern auf diese Stacheln antworten. Luxemburg war das Aeußerste unserer Friedfertigkeit, ist der Friede damit nicht gesichert, dann ist er nicht zu halten, und wir können auch in den deutschen Fragen das in Paris besprochene System des „schonenden" Vorgehens nicht weiter innehalten. Es hilft uns dann nichts.

Ich finde es hier reizend und komme nicht eher, als bis Se. Maj. es befiehlt. Haben wir hier Aussicht auf Ihren Besuch? Die in Cöslin nicht angelangten Möbel muß meine Frau sofort mit Laufzettel verfolgen und treiben.

Der Ihrige
v. B."

„Varzin, 10. Juli 67.

„Verehrter Freund!

„Sollten Sie, Carl oder sonst wer mich hier noch besuchen wollen, so wäre es an der Zeit. Denn wenn meine Frau, wie ich befürchte, nicht herkommt, so halte ich es bei diesem Wetter hier als Zuschauer des Regens und des Wachsthums der Bäume nicht sehr lange mehr aus.

Der Ihrige
v. B.

Bitte Einlage an D."

Ich konnte melden, daß die Gräfin am 13. nach Varzin abreisen würde.

Hannover 12 Juli 1864

Wir haben Ihnen heute die zwei Bücher
Schlagworte Kunst Poesie über Ossian
Homer sonstige ähnliche ästhetische Schriften
zugeschickt zugeschrieben. Ich war über das Gut
sehr verlegen. Es ist 3074 englische Meilen
davon entfernt sehr schwer zu erreichen.
Wenn Sie es vorziehen sollten, so würde
Ihnen Ihre Zeichnungen
wieder zurück gesandt werden sollen. Ihre Entfernung
muß 12 bis 15 Millionen Meilen betragen

„Varzin 12. Jul. 1867.

„Wie schon telegr.(aphirt) habe ich mit Kaiser Alexander kein Wort über Armee- oder sonstige innere russische Angelegenheiten gesprochen. Alles derart ist erfunden. A. 3074[1]) erfolgt zurück. 40000 Pferde ist sehr viel, und wunderbar, daß ihr Transport garnicht mehr Aufsehen und Eindruck auf Zeitungen gemacht haben sollte. Ihre Unterhaltung muß 12 bis 15 Millionen Franken jährlich kosten. Wenn sie bei den Bauern in Futter stehen, so werden es beim Einstellen keine fertige Gebrauchspferde sein. Die Französische Regirung würde sich damit nur in denselben Etat einkaufen, in welchem wir uns befinden, d. h. die Disposition über 40000 im Lande arbeitende Pferde in demselben Maße haben, wie wir sie über den ganzen Pferdebestand des Landes üben, in Frankreich also gegen schon erfolgte Vorausbezahlung der 40000, bei uns gegen Nachbezahlung der ausgehobnen. Nur rechtzeitig designiren muß man bei uns die Pferde, die man brauchen kann. 700000 Mann disponible Truppen ist eine willkürliche Ziffer, wenn es wahr ist, daß Frankreich im September, wie Loë damals meldete, nur 230000 hatte; wo sollen die 470000 seitdem entstanden sein? Das Kriegsministerium muß nach den Burg'schen[2]) Berichten wissen, was es zu thun hat, um „Schritt" zu halten. Mir aber machen die Berichte für jetzt einen alarmistischen Eindruck.

Ihr
v. B.

[1]) Ein Bericht von Goltz über französische Rüstungen.
[2]) Oberst von Burg war Militär-Attaché bei der Botschaft in Paris.

„Der Goltz'sche Bericht vom 5. ist conjekturirend im Usedom'schen Style. Möglich ist Alles. Unsere Hand hat zum Degen nicht weiter, als die Frankreichs, und die russische nicht weiter als die Oestreichs. Die Erhaltung des östr. Staates liegt m. E. in unserem Interesse, wenn sie irgend mit unsrer Existenz verträglich bleibt."

Die Richtigkeit des Eindrucks, daß die erwähnten Meldungen über französische Rüstungen auf Uebertreibungen beruhten, ist bald nachher bestätigt worden. Wahrscheinlich war Napoleon damals weit entfernt von der Absicht, ohne Bundesgenossen einen großen Krieg anzufangen. Infolge des tragischen Untergangs des durch seine Truppen in Mexiko eingesetzten Kaisers Maximilian (Erzherzogs von Oesterreich) machte er dem Kaiser Franz Joseph einen Kondolenzbesuch in Salzburg (18. August). Fünf Tage verweilten dort die beiden mächtigen Monarchen; zu dem von französischer Seite vielleicht gewünschten Bündnis kam es jedoch schon deshalb nicht, weil Graf Beust das Friedensbedürfnis Oesterreichs betonte.

Die Gräfin Bismarck schrieb mir aus Varzin am 15. Juli:

. . . . . „Ihre Rosen blühten und dufteten herrlich auf dem ganzen trüben Regenwege und thun's noch immer, denken Sie! Herzlichen Dank für die poetische Mitgabe auf den unglaublich prosaischen Weg, über dessen Scheußlichkeit ich jedesmal von Neuem entsetzt bin. Es ist garnicht auszusprechen, wie schauderhaft häßlich die ganze Tour sich anfieht; und wenn nun noch Regen- und Nebel-Schleier drüber hängen, möchte man rein verzagen. Das arme Pommern! 1 1/2 Stunden vor Varzin wird's erträglich und Varzin selbst ist reizend, richtige Oase in der langweiligen

Wüste . . . . . Das Haus ist ziemlich scheußlich, ein altes verwohntes Ungethüm mit 10000 Kammern und Winkeln, schiefen Decken und Fußböden, sodaß man Versenkung und Einstürzung auf Schritt und Tritt befürchtet. Vier Zimmer oben und vier unten sind erträglich, alle Anderen sind Scheusäler — aber der Park so wunderreizend, wie man selten findet. Solche dicke, kräftige, alte Buchen und Eichen habe ich weder im Harz, noch Taunus, noch Oden-, noch Schwarzwald gesehen. Gott gebe, daß wir ungestört drei Wochen hierbleiben können (Louis wird doch vernünftig sein?) und Bismarck sich recht erholen und ausruhen kann in dieser wunderlieblichen grünen Stille! Donnerstag soll er auf dem Schlawer Kreistag als neuer Stand eingeführt werden und dazu plant man endlose dumme Festlichkeiten, worüber er so leidtragend ist, daß ich mich fortwährend in die allerseligste, ausgelassenste Laune hinaufschrauben muß, um ihm die Gedanken daran zu vertreiben und über diesen — scheinbar unübersteiglichen — Sorgen-Berg hinwegzuhelfen. Die Jungen sind voller Wonne von früh bis spät, das Wetter schön . . . . . Sollte ein Veilchen oder Gustavus dear[1]) Sehnsucht verspüren, hierher zu kommen, so reden Sie nicht ab, — einladen aber mag ich Keinen, weil der Weg zu lang und scheußlich und der Aufenthalt hier doch wohl nicht so scherzhaft, wie man sich's in der Phantasie ausmalen mag. Alexandern[2]) aber schaffen Sie her und kommen Sie mit! — was macht einem baltischen Einwohner eine Fahrt von zwölf Stunden!" . . . .

[1]) Mit dieser scherzhaften Bezeichnung war Loeper gemeint.
[2]) Graf Keyserling.

„Varzin, 20/7. 67.

..... „Möchte der liebe Gott doch endlich die Regenschleusen verschließen und uns mit warmer Sonne und blauem Himmel erquicken, — dann ist es wirklich ganz reizend in Varzin. Aber diese unabläſſigen Regen-Ueberfluthungen mit ewig grauem Himmel machen Alle melancholisch. Bismarck ist auch schon ganz wetterlaunisch, wie er meint, und ärgert sich so viel über Kälte und Näſſe, daß er Chelidonium (gegen Galligkeit) nehmen muß. Den Kreistag hat er aber überwunden, mit endlosen Ehrenbezeugungen und einem Diner von 1—7 Uhr — hinter jedem Gericht 3/4stündige Pause — denken Sie, wie amüsant! — Der Kronprinz hat die liebenswürdige Rücksicht gehabt, ihn garnicht weiter zu beanspruchen, wie durch einen Brief, der ihm nur Freude machte. Er (Bismarck) billigt Ihre Vice-Kanzler-Ansicht vollkommen und sprach mir schon früher von Delbrück mit viel Vertrauen. Ich bin vor allen Dingen froh, daß es mit Savigny nichts geworden ist, weil ich in seinem Dasein eine unerschöpfliche Quelle von Aerger und Mißhelligkeiten aller Art sah. Sein sehr empfindlicher Brief ist mir gewaltig „Wurscht" und nur insofern unangenehm, weil er Bismarck eben etwas präoccupirt, der doch hundertmal gutmüthiger ist wie ich. Aber er wird's wohl überwinden, und wenn wir nur endlich schönes Wetter haben, wird er's vergessen, hoffe ich." ....

„Varzin, 23.

. . .

„Sie glauben nicht, wie entrüstet Bismarck ist über die baby-artige Aengstlichkeit, mit der die Berliner Herren gar

keine Verantwortung übernehmen zu können glauben und Alles, jeden Quark, herschicken zum Begutachten oder Entscheiden. . . . . Man liebt doch Bismarck und gönnt ihm Ruhe; die aber kann er hier bei täglicher Depeschenüberschwemmung durchaus nicht haben. — Bitte, helfen Sie, daß diese letzten Tage ohne Aerger hingehen, und steuern Sie Alles ab, was kitzlich und ärgerlich ist, — wie z. B. der Zank zwischen Roon und Heydt, — und allerlei Anderes. Sie kennen ja unseren großen Staats-Schiffer hinlänglich und wissen, was ihn peinigt und was ihm „Wurscht" ist. . . . . Heute und gestern hat Bismarck sich so viel über die Berliner Sendungen geärgert, daß ich recht in Sorge gewesen und himmelhoch bitte: stop it! — Ueberhaupt hat Varzin trotz aller Schönheit garnicht so geholfen, wie ich gehofft, — mir und den Kindern gewaltig, wir sind sehr wohl und frisch geworden, — aber was liegt an uns, er ist doch die Hauptsache." . . . .

Angesichts dieses Briefes bestieg ich den nächsten Eisenbahnzug nach Cöslin, wo sich damals eine Fahrt mit Postpferden anschließen mußte. Es schien mir praktischer, in Varzin auf der Post alle dienstlichen Eingänge in Empfang zu nehmen und ohne Störung des Chefs zu erledigen, als verschiedene hochgestellte Absender — vielleicht vergeblich — durch Warnungen zu langweilen. Um Mitternacht kam ich in Varzin an, ließ den Postillon nicht blasen, und schlief einige Stunden im Stall, um die Ruhe des Hauses nicht zu stören. Bei herrlichem Sonnenaufgang genoß ich dann einsam die eigentümlichen Schönheiten des im Tau funkelnden Parkes, welcher die vom Wohnhause aus nach zwei Seiten sanft an-

steigenden Hügel und deren Hinterland bedeckt. Es ist ein von verschlungenen Wegen durchzogener, an kleinen Wiesenflecken reicher, alter Hochwald, der auf einer unübersehbar großen Fläche prachtvolle Buchen auch in bunter Abwechselung mancherlei andere Hölzer enthält, und von Getreidefeldern eingefaßt wird.

Beim Frühstück erschien ich mit mehreren verschlossenen Geschäftsbriefen, welche der Chef mir nach Ermessen zu erledigen erlaubte. Bald darauf wurden die Reitpferde gesattelt. Es machte dem Gutsherrn sichtlich Vergnügen, mir die verschiedenartigen Bestände der ausgedehnten Waldungen zu zeigen, die in weitem Bogen von der Wipper durchströmt werden, einem der vielen kurzen und schnellen Flüßchen, welche der Abdachung des hinterpommerschen Landes von Südost nach Nordwest folgen. Die Ackerwirtschaften waren verpachtet, die Wälder aber nicht. Der verwaltende Oberförster mußte fast an jedem Abend erscheinen, um die sachkundigen Instruktionen des Kanzlers zu empfangen.

Das nach der Gewohnheit früherer Jahrhunderte nicht auf einem Aussichtspunkte, sondern an windgeschützter Stelle erbaute Wohnhaus erschien mir behaglicher, als ich es nach der Schilderung der Gräfin vermutet hatte. Namentlich gefiel mir der Gartensaal, in welchem ein Billard und ein Flügel stand. Dort pflegte der Chef abends zu rauchen, den Oberförster abzufertigen und Zeitungen zu lesen.

Wenige Tage nach meiner Ankunft hatte ich ein Schreiben des Herrn Handelsministers zu eröffnen, welchem eine kurze Denkschrift des Ministerialdirektors Delbrück über die Gestaltung des künftigen Bundeskanzleramtes beilag. Der

Kanzler hatte sich nach seiner — Mitte Juli erfolgten — Ernennung, um Delbrück zu gewinnen, zunächst an dessen Vorgesetzten gewandt und erhielt nun Auskunft darüber, wie der künftige Präsident die Aufgaben der neu zu bildenden Behörde auffaßte. In derselben mußten nach der Bundesverfassung heterogene Dinge zusammengebracht werden, nämlich:

1. wirkliche Verwaltung der Post und Telegraphie, der Konsulate und des Bundeskassen- und Rechnungswesens,

2. fortlaufende organisierte Kontrole über die Verwaltung der Zölle und Verbrauchsabgaben,

3. Ueberwachung der Ausführung aller auf andere Materien bezüglichen Bundesgesetze [1]).

Bismarck äußerte, schon allein diese kurze und klare Denkschrift erwiese, daß der richtige Mann für die Organisierung und Belebung der buntscheckigen Behörde gefunden sei.

Am 2. August reiste der Kanzler nach Berlin zurück und am 3. abends zum König nach Ems. Dorthin nahm er mich mit.

Während der 6 Tage seines Aufenthalts in Ems handelte es sich außer den Bundesangelegenheiten hauptsächlich um Milderung einiger in den neuen Provinzen von den Fachministern verfügten korrekten, aber harten Maßregeln. Der König hatte in diesem Sinne wegen des kurhessischen Staats-

[1]) So gestalteten sich anfänglich die Geschäftskreise der heute als Reichsamt des Innern fortbestehenden Behörde, welcher im Laufe der Jahre bedeutende Verwaltungen abgenommen, viel zahlreichere neu gebildete aber unterstellt worden sind.

schatzes schon persönlich eingegriffen, und der Kanzler unterstützte die huldreichen Intensionen Seiner Majestät auch in Bezug auf hannöversche und Frankfurter Fragen. Der Stadt Frankfurt ersetzte der Monarch aus seiner Schatulle ein bedeutendes Kapital, das der Finanzminister ihr entziehen zu müssen geglaubt hatte. Dadurch gelang es, den hochgeschätzten Freiherrn von der Heydt, welcher zurückzutreten beabsichtigte, im Amte zu erhalten.

Auf der Rückfahrt von Ems hatte ich das Unglück, dem Kanzler eine schmerzhafte Verletzung an der rechten Hand zuzufügen. Da kürzlich ein welfischer Drohbrief eingegangen war, beobachtete ich auf jedem Bahnhof mit gespannter Aufmerksamkeit die dem Salonwagen nahetretenden Menschen. An der hinteren Schmalseite des Wagens kam man durch die nach außen zu öffnende Thür auf eine bedeckte, aber an den Seiten offene Platte hinaus, von welcher, dicht an der Thür, drei Stufen zum Bahnsteig hinunterführten. Beim Aussteigen in Erfurt faßte der Kanzler, während er auf die erste Treppenstufe trat, mit der rechten Hand die Einfassung der Thür nahe dem Schloß. Das bemerkte ich nicht, als ich dicht hinter ihm ging und in die vor dem Wagen versammelte Menge starrte. Unwillkürlich warf ich hinter mir die Thüre zu, welche mit einiger Wucht auf den Nagel des Mittelfingers der eingeklemmten Hand fiel. Es wurde sofort das Nötige beschafft, um die Hand zu kühlen, aber der Schmerz mußte heftig sein, denn der Nagel war mit Blut unterlaufen und wurde allmählich schwarz. Bemerkenswert ist, daß der Kanzler weder im ersten Augenblick des Schmerzes noch auf der langen Rückfahrt, noch am folgenden Tage, als der Nagel immer

noch schmerzte, auch nur ein unfreundliches Wort zu mir gesprochen hat.

Das Bundeskanzleramt wurde in den verfügbaren Räumen des Staatsministeriums eingerichtet und am 12. August der Ministerialdirektor Delbrück zum Präsidenten desselben ernannt.

Am 15. eröffnete der Kanzler die erste Sitzung des Bundesrats in einem Saale des Herrenhauses. Am 16. wurden die Ausschüsse gebildet und dann die Wahlen zum ersten ordentlichen Reichstage auf den 31. August anberaumt. Der König, in seiner Eigenschaft als „Präsidium" des Norddeutschen Bundes, eröffnete den Reichstag am 10. September.

Die Verhältnisse der Fraktionsstärken hatten sich nicht wesentlich geändert. Die beiden konservativen Fraktionen und die Nationalliberalen bildeten zusammen die Mehrheit.

Bismarck fand Anlaß zu der Erklärung, daß er als Bundeskanzler die Verantwortlichkeit für alle Anordnungen des Präsidiums nicht nur in Bezug auf alle im Bundeskanzleramte zusammengefaßten Geschäfte übernehme, sondern auch im ganzen Umfange des Auswärtigen Amtes, der Heeres- und der Marineverwaltung.

Zu glücklichem Abschluß kam jetzt endlich das im preußischen Landtage viel umstrittene Gesetz über die Verpflichtung zum Kriegsdienste.

Auch genehmigte der Reichstag fast einstimmig die neuen Zollverträge, und beschloß, infolge gewisser Unsicherheiten in der Haltung des Südens, unter Zustimmung Bismarcks, nach dem Antrage Braun (mit 177 gegen 26 Stimmen), daß die Zolleinigung nur denjenigen süddeutschen Staaten zu gewähren sei, welche die Rechtsverbindlichkeit der mit Preußen

geschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse nicht in Frage stellen würden. Das ist jedoch von keinem Staate versucht worden. Auch im Süden gelangten, trotz mancher Hindernisse, die Zollverträge schließlich zu allseitiger Genehmigung.

Die ergebnisreiche erste Session des Reichstages wurde am 28. Oktober geschlossen. Der Norddeutsche Bund war geschaffen und dessen künftige Erweiterung für Zwecke der Zollgesetzgebung gesichert.

Am 1. Oktober 1867 kündete die schwarz-weiß-rote Flagge den seefahrenden Völkern die Gründung eines neuen Reiches.

XI.

Parlamentariſche Schwierigkeiten mit allen Parteien. Wiederholte Krankheitsanfälle. Stellungnahme zur ſpaniſchen Königswahlfrage. Franzöſiſche Kriegserklärung. Oktober 1867 bis Juli 1870.

In einer die Provinz Hannover betreffenden Frage ſollte Bismarck erleben, daß die konſervative Partei von ihm abfiel.

Im Königreich Hannover hatten bei den verhältnismäßig geringen Koſten des Heerweſens aus den reichen Einkünften des Landes Kapitalbeſtände von rund 34 Millionen Thaler (102 Millionen Mark) erſpart werden können, welche für gemeinnützige Zwecke zur Verfügung ſtanden. Dieſes Staatsvermögen fiel dem Eroberer zu. Das Land wurde aber durch Einführung der preußiſchen Militär- und Steuergeſetze erheblich ſtärker belaſtet als früher. Es war daher natürlich, daß der hannöverſche Provinziallandtag den Wunſch ausſprach, jene Kapitalbeſtände für Zwecke der Provinzialverwaltung zurückzuerhalten und dabei auf eine dem kurheſſiſchen Lande widerfahrene gleichartige Gunſt hinwies.

Auf persönliche Anregung Seiner Majestät des Königs gab die Staatsregierung die Zusage, einen Teil dieser Mittel für die Selbstverwaltung der Provinz Hannover zu bestimmen. Diese Verheißung wurde im September 1867 öffentlich bekannt und bei den bald darauf folgenden Vorbereitungen zu den preußischen Landtagswahlen von keiner Seite angefochten.

Man brachte nun in den Landtag eine hierauf bezügliche Vorlage und verhieß gleichzeitig, daß auch den anderen Provinzen erhebliche Mittel zu Zwecken der Selbstverwaltung würden überwiesen werden. Es handelte sich, nach dem von der Regierung genehmigten Antrage Kardorff, um Bewilligung von jährlich 500 000 Thalern (1 500 000 Mark) für die Provinz Hannover, also eine Verzinsung der ehemals hannöverschen Kapitalien mit ungefähr $1^1/_2$ %. Nach alledem durfte die Regierung die Genehmigung dieser niedrig gegriffenen Abfindung erwarten.

Im Abgeordnetenhause wurde jedoch drei Tage lang (vom 4. bis 6. Februar) heiß darüber gestritten. Man wollte „die alten Provinzen nicht als Stiefkinder behandeln lassen". Nicht nur die Radikalen, sondern auch viele Altliberale und Konservative opponierten.

Bismarck wies in mehreren merkwürdigen Reden darauf hin, daß es den Konservativen nicht wohl anstehe, die Regierung an Erfüllung einer gegebenen Zusage hindern zu wollen, dieselbe Regierung, welche, aus der Partei hervorgegangen, in den Konfliktsjahren das Königtum gestützt und die Partei wesentlich gestärkt habe. Die von der Staatsregierung verheißene, durch kein konservatives Prinzip anfechtbare Zuwendung sei unerläßlich, um der Provinz Hannover den Ueber-

gang aus den gewohnten in die neuen Zustände zu erleichtern, und werde von allen unsern dortigen Freunden dringend befürwortet. Das Staatsministerium sei auch einig darüber, daß dieser Gewährung gleichartige Zuwendungen an die alten Provinzen folgen müßten. Aus der Kette der Regierungspolitik der Versöhnung dürfe dieses Glied nicht herausgerissen werden.

Die Partei möge den Ueberschlag ihrer Rechnung etwa dahin ziehen: „Wir gehen im großen und ganzen mit der Regierung; wir finden zwar, daß sie ab und zu eine Thorheit begeht, aber doch immer noch weniger Thorheiten als annehmbare Maßregeln bringt; deshalb wollen wir ihr die Einzelheiten zu gute halten."

Wenn die Regierung in Fragen von nicht prinzipieller Bedeutung auf loyale Unterstützung der Partei nicht zählen könne, so würde das Staatsschiff in bedauerliche und gerade den konservativen Grundsätzen nachteilige Schwankungen geraten.

Die alten Führer der Partei schwiegen, Blanckenburg war leider auf dem Lande; nur zwei selten gehörte Redner äußerten sich, ohne gründlich auf die Sache einzugehen, oder Verständnis für die Gesamtlage zu zeigen.

Es ist schwer zu verstehen, weshalb die Partei den Mahnungen ihres ruhmgekrönten ehemaligen Führers unzugänglich blieb. Allerdings waren in derselben häufig Zweifel laut geworden, ob sie nach der Indemnitätsvorlage und nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Norddeutschen Bunde Bismarck noch zu den ihrigen zählen dürfe; und solche Zweifel hatten dadurch Nahrung erhalten, daß er mitunter

den erst zu gewinnenden nationalliberalen Führern eingehendere Mitteilungen über seine Absichten machte, als den alten Freunden. Es wird aber heute schwerlich bestritten werden, daß es gerade für die konservative Partei ratsam gewesen wäre, ihre Verstimmung auf andere Weise zum Ausdruck zu bringen, als durch Opposition gegen die bekannte königliche Zusage an die Provinz Hannover.

Bismarck siegte nur mit der kleinen Majorität von fünf Stimmen dank der Unterstützung der Nationalliberalen und Freikonservativen.

Er wurde durch diese Erfahrung tief erschüttert. Fußleiden, Gallenergüsse und Neuralgien im Gesicht traten sofort ein. Er erhielt vom Könige Urlaub auf unbestimmte Zeit und machte davon dem Landtage wie dem diplomatischen Corps Mitteilung, blieb aber in Berlin. Er dachte ernstlich daran zurückzutreten, „da mit solchen Freunden nicht zu regieren" sei, und da seine Gesundheit derartige Stöße nicht mehr vertrage. Doch hielt ihn die Hingebung für den König im Dienst zurück, daneben der Gedanke, es sei seine Schuldigkeit, für die Fortentwicklung des eben erst geschaffenen Norddeutschen Bundes zu wirken.

Das Herrenhaus genehmigte, dank freundlichen Einwirkungen des Grafen Eberhard Stolberg, mit großer Majorität das Gesetz über den hannöverschen Provinzialfonds und die konservativen Abgeordneten beschlossen bald darauf, von weiterer Opposition abzustehen; aber die Thatsache der Abstimmung des 6. Februar und deren Nachwirkungen waren nicht ungeschehen zu machen.

* * *

In diesen geschäftlich weniger belasteten Wochen hörte Bismarck öfters mit Vergnügen einen begnadeten Sänger, den Major von Fabeck, welcher von Breslau nach Berlin versetzt worden war.

Ich hatte mit demselben schon in Potsdam, dann in Breslau jahrelang in musikalischem Verkehr gestanden und wir verfügten zuletzt über nicht weniger als 96 Gesangsstücke (Lieder, Balladen und Arien), zu deren Vortrag wir keines Notenblatts bedurften. Fabeck hatte eine volle, biegsame und sorgfältig ausgebildete Baßstimme und sang mit überzeugender Einfachheit. Bismarck hatte Freude an dieser schlichten Kunst und pflegte, wenn er am Arbeitstische die sonore Stimme Fabecks vernahm, in das Musikzimmer zu kommen.

Die Berliner Gesellschaft war damals ziemlich reich an guten Dilettanten. Aus Anlaß eines ostpreußischen Notstandes konnte ich im März 1868 ein Konzert veranstalten, in welchem unter anderen mitwirkten: Baronin Schleinitz, Gemahlin des damaligen Hausministers, Gräfin Albert Pourtales, Oberhofmeisterin am kronprinzlichen Hofe, Graf Flemming, Gesandter in Karlsruhe, Major von Fabeck und Referendar von Saldern, ein ausgezeichneter Geiger.

Das Konzert wurde durch die Gegenwart des königlichen Hofes ausgezeichnet; der Saal der Singakademie war überfüllt, trotz eines für Berlin unerhört hohen Eintrittspreises.

Vor dem Schluß erschien zu allgemeinem Erstaunen der noch nie in einem Konzert gesehene Bundeskanzler in der wohlbekannten Kürassieruniform, setzte sich zu seinen Damen und hörte einer von Fabeck vorgetragenen Löweschen Ballade aufmerksam zu.

Er trug seit seiner im Herbst 1866 erfolgten Ernennung zum Generalmajor in Berlin immer die Uniform der 7. (sog. gelben) Kürassiere, infolge der Erfahrung, daß die über der Brust geschlossene Uniform besseren Schutz gegen kleine Erkältungen gewährt, als die bürgerliche Tracht mit ausgeschnittener Weste.

* * *

Anfang März eröffnete der Kanzler die erste Sitzung des durch süddeutsche Delegierte erweiterten Bundesrats und hatte die Genugthuung, daß die Vorlagen für das Zollparlament in befriedigender Weise zum Abschluß kamen.

Im Reichstage des Norddeutschen Bundes aber, welcher demnächst zusammentrat, sollte sich zeigen, daß auch mit der nationalliberalen Partei „kein ewiger Bund zu flechten" war.

Im Herbst 1867 hatte man für die Bundesmarine eine Anleihe von zehn Millionen Thalern bewilligt, die Aufnahme derselben jedoch abhängig gemacht von dem Zustandekommen eines Gesetzes über die Bundesschuldenverwaltung. Das letztere war damals gescheitert, weil die Majorität einen nationalliberalen Antrag genehmigt hatte, wonach die Beamten dieser Verwaltungen wegen etwaiger Unregelmäßigkeiten einer, von Reichstagskommissarien zu beantragenden, gerichtlichen Verfolgung ausgesetzt werden sollten. Diesen Beschluß erklärte der Bundesrat für unannehmbar. Trotzdem wurde derselbe Antrag von nationalliberaler Seite wieder eingebracht und lebhaft befürwortet. Ein Redner sagte offen, die Regierung brauche das Geld für die Marine notwendig, die Gelegenheit sei also günstig, eine Erweiterung der Macht des Reichstages zu erringen.

Bismarck wies nach, daß hierin die Zumutung liege, die Regierung solle das Recht zur Organisierung der Landesverteidigung erkaufen durch eine Konzession zur Erweiterung der parlamentarischen Macht. Solchem Ansinnen müsse sich jede Regierung widersetzen.

Der Antrag sei auch an sich verkehrt, denn keine geordnete Verwaltung könne bestehen, wenn die Beamten mehr den Reichstag und den Richter zu fürchten hätten als ihre Vorgesetzten. Eher könne man zugeben, daß der Bundeskanzler selbst unter den Stadtrichter gestellt würde, den er dann „gewissermaßen als konstitutionellen Hausarzt heranziehen" müsse, um sich vor unrichtigen Auslegungen der Verfassung zu schützen.

Aber wenn man 1866 so gehandelt hätte, dann stände man heute „unter den Befehlen des alten Frankfurter Bundestages, vielleicht gemindert um Teile des preußischen Staates".

Das Haus beschloß jedoch (mit 131 gegen 114 Stimmen) die Annahme des nationalliberalen Antrages; worauf der Bundeskanzler den Gesetzentwurf sofort zurückzog und veranlaßte, daß alle nicht absolut dringlichen Arbeiten für die Marine eingestellt wurden.

Das geschah am 21. April; im Juni aber fand man einen Ausweg aus dieser von allen Patrioten bedauerten Situation: die Aufnahme der für die Marine bewilligten Anleihe wurde dadurch möglich gemacht, daß man, unter Zustimmung des Landtages, deren Kontrolle der preußischen Staatsschuldenverwaltung übertrug.

* * *

In der Zwischenzeit fand die erste Session des Zollparlaments statt, welches vom 27. April bis zum 23. Mai tagte. Aus dem Süden waren neben 35 Nationalgesinnten nicht weniger als 50 entschiedene Partikularisten gekommen, bei deren Wahlen leidenschaftlicher Preußenhaß zu Tage getreten war. Trotz dieser wenig erfreulichen Aussichten blieb Bismarck entschlossen, durch freundliches Verhalten den Widerwillen der Gegner womöglich zu mildern.

Zwei wichtige Handelsverträge wurden genehmigt; im übrigen verlief die Session ziemlich ergebnislos. Die vom Bundesrat gewünschten neuen Zölle auf Tabak und Petroleum wurden nicht nur von den Süddeutschen, sondern auch von der freihändlerischen Majorität des Nordens abgelehnt.

Gelegentlich fand ein württembergischer Abgeordneter Anlaß darauf hinzudeuten, daß durch engeren politischen Anschluß des Südens an den Nordbund ein furchtbarer Krieg mit Frankreich herbeigeführt werden würde. Bismarck erwiderte, man denke nicht im entferntesten daran, das Zollparlament mit Politik beschäftigen zu wollen, und man wünsche durchaus nicht, daß der Süden *bald* dem Bunde beitrete. Vielleicht würden später einmal alle Südstaaten darin ihren Vorteil erkennen. Jedenfalls aber gebe er „zu bedenken, daß ein Appell an die Furcht in deutschen Herzen niemals ein Echo findet".

Anfang Mai sagte mir der bayerische Abgeordnete Graf Luxburg, er habe aus München eine stattliche Sendung Bockbier erhalten und würde gern einigen Würdenträgern und Kollegen einen Frühschoppen anbieten, wenn er ein dazu geeignetes Lokal wüßte. Ich konnte ihm helfen. Als Bewohner

einiger Zimmer in dem Hause des Grafen Voß stand mir die Mitbenutzung des Hofes und des unabsehbar großen Gartens frei, auf dessen Gelände später die Paläste der Voßstraße erbaut worden sind. In dem geräumigen, von alten Linden beschatteten Hofe stand Donnerstag den 13. Mai eine lange Frühstückstafel, welcher der Bundeskanzler präsidierte. Mehr als 60 Gäste, darunter viele Süddeutsche, sprachen dem Bockbier fleißig zu und ergingen sich dann bei hellem Sonnenlicht in dem großen, baumreichen Garten.

In der folgenden Woche gab die Stadt Berlin dem Zollparlament ein glänzendes Festmahl, bei welchem Bismarck die Süddeutschen mit folgenden Worten begrüßte:

„Die kurze Zeit unseres Beisammenseins ist schnell vergangen, wie ein Frühlingstag; möge denn die Nachwirkung sein wie die des Frühlings auf die künftige Zeit! Ich glaube, daß Sie nach der Gemeinsamkeit der Arbeit für die deutschen Interessen die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen werden, daß Sie hier Bruderherzen und Bruderhände finden werden für jegliche Lage des Lebens, und daß jedes erneute Beisammensein dies Verhältnis stärken wird und muß! Lassen Sie uns dies Verhältnis festhalten, lassen Sie uns dies Familienleben pflegen. In diesem Sinne rufe ich den süddeutschen Brüdern ein herzliches: Auf Wiedersehen! zu."

Der Schluß der Session war auf Sonnabend den 23. Mai anberaumt. Für Sonntag den 24. abends waren die Mitglieder des Zollbundesrates und des Zollparlaments zu einer Festfahrt nach Kiel eingeladen, um dort am Montag die Flotte zu besichtigen. Am Freitag Abend, gegen Mitternacht, ließ der Kanzler mich rufen und sagte, viele süddeutsche

Abgeordnete wollten spätestens am Montag nach Hause fahren; er lege aber Wert darauf, daß gerade die Süddeutschen nach Kiel gehen könnten, die Abfahrt müsse daher schon Sonnabend Abend stattfinden. Ich solle das mit Dechend in Ordnung bringen.

Der damalige Bankpräsident von Dechend hatte nämlich die Vorbereitungen für das Kieler Fest geleitet. Als ich ihn am Sonnabend früh begrüßte, schien es ihm anfangs unmöglich, alle getroffenen Einrichtungen um 24 Stunden zu verfrühen; doch ließ er sich überzeugen, daß der Kanzler diese Unmöglichkeit nicht zugeben, sondern seinen Willen durchsetzen würde. So ging also der Extrazug mit mehr als hundert Gästen am Sonnabend Abend ab. Der Kanzler hatte mich beauftragt, mitzufahren und den Gästen zu sagen, wie sehr er bedaure, daß sein Gesundheitszustand ihm die Teilnahme an diesem Feste verbiete. In Kiel wurde eine stattliche Fregatte bestiegen, welche bis zur offnen See hinausdampfte. Der Anblick der Schiffe sowohl, als der jungen Schiffsleute mit ihren gebräunten Gesichtern wirkte erfrischend auf die Gäste, von denen viele das Meer noch nicht gesehen hatten.

Der Kanzler fühlte sich fortwährend unwohl und nahm keinen Teil an den Verhandlungen des wieder eröffneten norddeutschen Reichstages. Am 29. Mai erkrankte er ohne erkennbare Veranlassung an rheumatischer Affektion des Rippenfells; am 16. Juni, vor dem Schluß des Reichstages, ging er mit unbegrenztem Urlaub nach Varzin, von der Gräfin begleitet. Diese erlitt am 21. durch unglückliches Fallen einen Rippenbruch und mußte einige Wochen das Bett hüten.

Hierauf beziehen sich die letzten Worte des ersten der folgenden Briefe an mich:

„V., 1/7. 68.

Daß Carl mir hier in Delbrücks Auftrag „nicht aufregende" Vorträge halten will, ist wider die Abrede. Was „aufregend", ist gar nicht vorher zu ermessen. Ich kann mir denken, um was es sich handelt. Empfehlen Sie Delponte, de prendre conseil de ses propres inspirations et de me laisser tranquille; de me f — la paix, möchte ich sagen; für das Votum über schwebende Fragen im Bundesrathe ist bezüglich wichtiger Fragen das Staatsministerium, nöthigenfalls S. M. zu consultiren; wenn ich hier erst aber einmal hineingezogen werde, so ist das Ende davon nicht abzusehen.

„Ich reite täglich 4—6 Stunden; meine Frau ist nach Umständen wohl, aber ohne Unterbrechung im Bett, hofft Ende der Woche Aufstehen zu versuchen. Lieber später wie früher.

Ihr
v. B."

„V. 8/7. 68.

Bitte, lassen Sie doch in der Presse einfließen, daß ich hier in meiner Zurückgezogenheit täglich 6—12 Briefe mit Privatanliegen aus allen Gegenden erhielte, deren eigenhändige Beantwortung oder Befürwortung von mir erwartet würde, daß ich keine Schreibehülfe hier habe, und daher alle uneröffnet nach Berlin dirigirte. Vielleicht hilft das. Die meisten gehen in den Kamin, der brennt, wenn Regenwetter. Meiner Frau geht es nach Verhältniß

wohl, doch kann sie die 6 Stufen aus dem Hause noch nicht hinabsteigen. Ein ganz vertrauter Besuch, wie der Ihrige oder Carl, wäre thunlich. Gegen die Nachbar-Visiten und Einladungen verschließen wir uns noch.

Ihr
v. B."

„B. 11. Jul. 68.

Möchten Sie Roon gelegentlich für staatsministerielle Wirksamkeit von mir sagen, daß Graf Westarp, dem ich sonst alles Gute wünsche, nicht Landdrost werden sollte, ohne auch einen Hanoveraner zum Präsidenten in andern Provinzen zu machen. Nur nicht lauter „Berliner" in die neuen und keine von dort zu uns, es ist das ein großer Fehler.

„Das demonstrative Erscheinen der Galizier in Posen[1]) hätte man auch m. E. hindern sollen, und konnte es leicht, da Ausländer keine Rechte bei uns haben.

Hier Alles gut.

Ihr
v. B."

Die Gräfin schrieb aus Varzin am 1. August:

. . . „Carl, der heute früh abgezogen, wird Ihnen verschiedene Bettelbriefe, auch die Struck-Angelegenheit übergeben, mit den dazu gehörigen Erläuterungen, und ich will meinen liebsten Jungen, die uns morgen früh leider ver-

[1]) Am 9. Juli 1868 kamen etwa 100 Galizier nach Posen zur Teilnahme an polnisch-nationalen Festlichkeiten, wurden demonstrativ empfangen und erschienen bei einem Bankett wie bei einer polnischen Vorstellung im Stadttheater.

lassen, diesen Gruß mitgeben, der Ihnen herzlichen Dank für die gütige Bürstensendung bringen soll, welche Bismarck sehr erheitert hat.

„Es wird hier nun furchtbar einsam werden, und wenn sich's noch dazu ins Regnen giebt, wie's heute den Anschein hat, so werden wir in recht trübselige Stimmung gerathen und uns halb todt bangen. Bism. wohl weniger, Marie und ich aber gründlich. Nachricht werden wir immer geben und hoffentlich auch erhalten." . . .

Der Kanzler schrieb am 7. August folgendes:

„Ich finde in den Blättern keine Andeutungen, daß Herr v. N . . . . in O . . . . bei Dorpat wegen seiner Mißhandlung des Försters A.[1]) . . . an den Pranger gestellt würde. Ich hatte über die Art, wie die Gefühle und Interessen seiner Standesgenossen gegen ihn in Wirksamkeit zu bringen wären, indem man die Werthlosigkeit von Einrichtungen darstellt, welche keinen Rechtsschutz gewähren, mit Ihnen ausführlich besprochen, und bedauere, daß meine Anregungen bei der II. Abth. so wenig Effekt haben. Mich dünkt doch, daß ich die Herren nicht oft belästige, und einen kranken Menschen zu nöthigen, 3 Mal auf solche Sache zurückzukommen, grenzt wirklich an Geringschätzung.

In der La Marmora-Sache bin ich durch Thile's Schreiben auf den Verdacht gerathen, daß meine darüber dictirte Aeußerung nicht richtig abgesandt worden ist. Die Usedom'schen Rathschläge kamen ja ursprünglich von den italienischen Generälen (Govone) und waren Monate lang

[1]) A. war ein Reichsangehöriger.

discutirt. .... Sprechen Sie über Vorstehendes mit Thile und grüßen Sie von

Ihrem
v. B."

Vom Chef gerufen, kam ich am 15. August nach Varzin und brachte einen trefflichen Kanzleibeamten des Chiffrierbüreaus mit, von dem ich hoffen konnte, daß man sich an seine dauernde Anwesenheit gewöhnen würde. Derselbe fand gastliche Aufnahme, doch sagte der Chef mir sogleich: „Ich fürchte, der Mann wird sich hier langweilen und wohl nicht lange hier bleiben." Ich sorgte dafür, daß der Beamte auf seinem Zimmer gespeist wurde, um jeder durch das Erscheinen eines Fremden im Familienkreise möglichen Mißempfindung vorzubeugen. Am folgenden Vormittag hatte ich Vortrag, für den Kanzlisten aber gab es zufällig noch nichts zu thun. Unglücklicherweise ließ er sich melden und fragte nach Arbeit. Als er hinausgegangen war, sagte der Chef: „Sehen Sie? Der Mann langweilt sich hier. Seine Anwesenheit drückt mir auf die Nerven. Lassen Sie ihn nur gleich wieder nach Berlin zurückfahren." So geschah es.

Seitdem ist meines Wissens nie wieder ein Kanzleibeamter in Varzin gewesen; die mitunter umfangreichen Chiffrierarbeiten, sowie die nur selten vorkommenden Reinschriften sind bis 1872 dort durch Bucher, Graf Karl Bismarck oder mich oder durch zwei von uns gemeinschaftlich erledigt worden.

Körperlich schien mir der Chef ziemlich rüstig; er machte mit Gräfin Marie und mir weite Ritte über das hügelige,

meist bewaldete Gelände; aber der Zustand seiner Nerven war besorgniserregend.

Auf drei Tage kamen zum Besuch Graf Alexander Keyserling und seine schöne, hochgebildete Tochter, beide von zurückhaltendem Wesen und nur auf besondere Anregung ausgiebig. Am zweiten Tage sagte mir Bismarck: „Ich bin so elend, daß die Gegenwart meines liebsten Jugendfreundes mir auf die Nerven fällt, ja, daß ich mich im stillen auf den Moment seiner Abreise freue."

Nach einigen Tagen kam Blanckenburg und wurde herzlich willkommen geheißen. Am 22. August unternahm der Chef mit ihm und mir einen weiten Spazierritt. Sein Pferd war ein sehr starker, aber kleiner und kurzgebauter Fuchs. Beim schnellen Traben über eine Waldwiese trat der Fuchs mit dem rechten Vorderhuf in ein durch Rasen verstecktes tiefes Loch und überschlug sich mit Blitzesschnelle nach vorn. Der Reiter fiel auf die Hände, der Rücken und Sattel des Pferdes mit ganzer Wucht auf den Rücken des Reiters; im nächsten Augenblick wälzte sich das Pferd seitwärts ab. Bismarck stand nach wenigen Sekunden auf, konnte aber eine Minute lang nicht sprechen. Blanckenburg blieb bei ihm, während ich fortsprengte, um einen Wagen zu holen. Er konnte langsam gehen und nach Hause fahren, klagte auch nicht über starke Schmerzen. Der aus Schlawe herbeigerufene Arzt fand keine Knochenverletzung, stellte aber heftige Schmerzen der ganzen Muskulatur in Aussicht. Bismarck selbst meinte, daß drei Rippen gebrochen oder wenigstens eingedrückt seien. Die Muskelschmerzen waren am zweiten Tage noch stärker, als am ersten, und verloren sich erst nach

Wochen; dann konnte er wieder zu Pferde steigen, aber nur Schritt reiten.

Ende August wurde ich in Varzin von Graf Karl abgelöst.

Die Gräfin schrieb am 26. September:

„Bismarck und Marie haben heute zu Pferde fünf Stunden im Schritt den Wald durchstreift und wären vielleicht noch draußen, wenn sie nicht Rücksicht auf die Thiere genommen hätten, die allmählich sehr nach dem Stalle drängten. . . . Daß wir Heinchen*) nicht mehr sehen, beklagen wir sehr, aber leider darf man ihn nicht bitten, weil's doch möglich wäre, daß der pommersche frische Herbstwind seiner armen Lunge neuen Schaden brächte. . . . Ueber unser Bleiben und Gehen ist noch garnichts entschieden. Der Herbst läßt sich fast noch schöner an wie der Sommer — und so lange Bismarck irgend kann, sitzt er bestimmt in Varzin fest, welches er mit jedem Tage lieber gewinnt. Es ist ein Seegen, daß es ihm so gut gefällt, und ich meine doch, der Aufenthalt habe ihm wohlgethan, trotz mangelnden Schlafs, mit dem er stets brouillirt ist. Er hat den Sonntag mit zwölf Verwandten, worunter drei taube und viele sehr laut schreiende immer im Chor sprechende Stimmen, ganz gut überstanden. Dabei brillirte er in so großer Liebenswürdigkeit gegen Jeden, daß Alle, halb ohnmächtig vor Entzücken, erst Abends um $^1/_2$11 Uhr nach Hause strebten. Der Mond sollte eigentlich scheinen,

*) Graf Heinrich Keyserling-Rautenburg, damals Generalkonsul in Bukarest.

verbarg ſich aber hinter trübem Nachthimmel aus räthſelhafter Tückſchichkeit, nachdem den ganzen Tag der herrlichſte Sonnenſchein geweſen."

An den Vice-Präſidenten des Staatsminiſteriums, Freiherrn von der Heydt, welchem, als dem älteren und hochverdienten Kollegen, Bismarck ſtets mit beſonderer Freundlichkeit entgegenkam, richtete er am 27. September folgenden Brief:

„Verehrteſter Freund und Kollege!

Ich habe die dankende Antwort auf Ihren freundlichen Brief aufgeſchoben in der Hoffnung, Ihnen über mein Befinden und meine Ausſichten beſſere Nachrichten geben zu können als damals. Dieſes iſt jetzt, Gott ſei Dank, der Fall, ich bin ſeit einigen Tagen von Schmerzen faſt frei und fange an, mich geſund zu fühlen. Noch einige Wochen Ruhe, und ich hoffe, wieder ganz arbeitsfähig zu ſein. Schon jetzt würde ich aus der Ferne mich an den Geſchäften gern, ſo weit es Ihnen nöthig ſcheint, betheiligen. Wenn Sachen vorkommen, über welche Sie wünſchen, daß ich mich äußere, ſo würde ich der Mittheilung derſelben gern entgegenſehen, und wenn Sie Zeit und Luſt finden, mich mit Ihrem Beſuche zu beehren, ſo würden meine Frau und ich uns herzlich freuen.

„Ihre franzöſiſchen Wahrnehmungen ſtimmen ganz mit dem, was ich durch meine Verbindungen über die dortigen Zuſtände und Stimmungen weiß; nur kenne ich Gutsbeſitzer dort, die bis zu 40 — ſage vierzig — Procent ihres wirklichen Pachtertrages an Staats- und Gemeinde-

laſten zahlen. Ich habe den Krieg, bei aller Neigung mancher Fraktionen dafür, beſonders der Ultramontanen, nicht für wahrſcheinlich gehalten; die ſpaniſche Bewegung, wenn ſie einige Conſiſtenz entwickelt, wird ein wirkſames Zugpflaſter zu Gunſten des Friedens bilden. Ich hoffe, daß Gott die Friedensliebe, die wir vor 18 Monaten gezeigt haben, als wir augenſcheinlich die ſtärkeren waren, ſegnen wird; und fällt man uns doch an, ſo ſind wir den Franzoſen mit Gottes Hülfe noch heute überlegen, und Oeſtreich halten die Ruſſen im Zaume. . . . Ich hoffe, in ſpäteſtens vier Wochen wieder mit Ihnen in gewohnter Weiſe thätig ſein zu können, und weiß bis dahin die Leitung der Geſchäfte in guten Händen.

Mit aufrichtiger Verehrung und Ergebenheit

der Ihrige

v. Bismarck."

In der letzten Woche des September äußerte der damals in Berlin wohnende Prinz Michael Gortſchakoff, ſein Vater, der Reichskanzler, wünſche auf der Rückreiſe von Baden nach Petersburg mit dem Grafen Bismarck zuſammenzukommen. Ich erwiderte, eine Reiſe des letzteren nach Berlin würde gegenwärtig vom Arzte nicht erlaubt werden. Wir erwogen dann die Möglichkeit einer Reiſe des Reichskanzlers nach Varzin, für welche ein Extrazug nach Cöslin geſtellt werden würde, doch betonte Prinz Michael, daß er den Entſchließungen ſeines Vaters in keiner Weiſe vorgreifen könne. Auf bezügliche Meldung erhielt ich vom Chef folgenden Brief:

„Varzin, 29. September 1868.

Den Chiffreur möchte ich morgen noch nicht, weil wir augenblicklich nicht Platz im Hause haben, vielleicht in zwei Tagen*).

„Ein Extrazug nach Coeslin ist ein so ungewöhnliches Ereigniß, daß es nach dem Auslande telegraphirt werden würde, und diese ungewöhnliche Kraftanstrengung würde die Begegnung selbst und namentlich unsere Stellung zu derselben in falsches Licht setzen. Hiervon sprechen Sie aber nicht, sondern nur von meinem Rheumatismus, der zwar im Abmarsche ist, aber ebenso leicht rückläufig wird, und von Dyssenterie, die, wie ich glaube, sehr heilsam ist, aber das Reisen doch erschwert. Drücken Sie Michael, und dem Vater, den ich Sie, oder noch besser Thile, bitte, in meinem Namen auf der Durchreise zu begrüßen, mein herzliches Bedauern aus, daß ich ihn nicht sehe. Ich würde, wenn ich schmerzfreie Rippen hätte, jedenfalls zur Durchreise des Kaisers und um Gortschakoff zu sehen, nach Berlin gekommen sein, und wenn ich mich Freitag ärztlich reisefähig fände, würde ich nach Schneidemühl fahren und ihn von dort bis Dirschau begleiten; wenn ich aber nicht besser werde, wie bisher, so könnte ich es nach Behauptung des Arztes nur mit Gefahr für weitere sechs Wochen thun, und das würde mir viel Vorwürfe zuziehen. Kurz, ‚nur Krankheit hindert mich', sonst würde ich —

„Jedenfalls muß der alte Kanzler seinem fürstlichen Stande entsprechend durch Preußen befördert werden, Salon,

*) Er wurde auch später nicht gewünscht.

Verpflegung, reservirte Zimmer, etwaiges Nachtquartier, und möchte ich, wenn er nicht ernstlich ablehnt, daß einer unserer jungen Herren ihm bis zur Grenze das Geleit giebt, ohne seine Häuslichkeit im coupé mehr als nöthig zu stören. Macht es Ihnen selbst Spaß — doch Sie werden wohl meinen, keine Zeit zu haben. Ist ein anderer geeigneter Cavalier zur Hand, und will Thile die Begrüßung bei der Durchreise übernehmen, so kommen Sie her, sobald es Ihnen genehm ist, für Sie ist natürlich Platz.

„Heut' kommen Eisenbecher's und Braune. Eulenburg scheint auszubleiben. Ich möchte allmählich mich den Geschäften nähern, und bitte als Introduction um einige Depeschen-Lectüre. Eulenburg hat mir staatsministerielle Mittheilungen in Aussicht gestellt. Ich werde dann in den letzten Wochen meines Hierseins entweder Sie oder Carl oder sonst einen reiselustigen Generalstabs-Offizier meines Ressorts hier haben müssen. Die Hausgenossen sind wohl.

Ihr
v. B."

Am 8. November trat ich in Varzin wieder in Dienst. Am 23. schrieb der Chef an den Freiherrn von der Heydt folgendes:

„Varzin, 23. November 1868.

Verehrtester Herr College!

Mit verbindlichstem Dank für das gefällige Schreiben vom 21. und mit meinem herzlichen Glückwunsche zu der heut telegraphirten Abstimmung über Dispositionsfonds und

Extraordinarium, bitte ich Sie, Sich bei den Amerikanern im Sinne des Wohlwollens, welches die Vereinigten Staaten von Amerika und von Norddeutschland für einander hegen, und der persönlichen Achtung, die Bancroft[1]) als Diplomat und als Gelehrter in Deutschland genießt, mit voller Herzlichkeit aussprechen zu wollen, mit Hoffnung auf immer lebhaftere Entwickelung von Verkehr und Sympathie. Krieg- und Friedensfragen werden sich aber natürlich der Besprechung bei dieser Gelegenheit entziehen. Ich bin überzeugt, daß wir vorkommenden Falles einigermaßen auf amerikanische Freundschaft rechnen können; aber die Erwähnung davon in ministeriellem Munde könnte der Sache schaden. . . .

„Mitte nächster Woche hoffe ich, bei Ihnen zu sein; die letzten Wochen haben mir sehr wohlgethan.

Der Ihrige

v. Bismarck."

Bald darauf entwickelten sich erhebliche Meinungsverschiedenheiten über geschäftliche Fragen zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Finanzminister; ihr persönliches Verhältnis wurde aber dadurch in keiner Weise getrübt. Als im Oktober 1869 Heydt sich ins Privatleben zurückziehen zu sollen glaubte, schrieb ihm Bismarck:

„Varzin, 30. October 1869.

Eurer Excellenz sage ich meinen aufrichtigen Dank für Ihr freundliches Schreiben vom 28. und bitte Sie

[1]) Bancroft war viele Jahre Gesandter der Vereinigten Staaten in Berlin.

versichert zu sein, daß ich stets ein dankbares Andenken an die Zeit unserer gemeinschaftlichen Thätigkeit bewahren werde. Ich beklage die einstweilige Lösung dieser Gemeinschaft, und gebe mich der Hoffnung hin, daß die freundschaftlichen und vertraulichen Beziehungen, welche uns während derselben verbanden, auch unabhängig von allen amtlichen Verbindungen fortdauern werden. Eure Excellenz sind bei Ihrem Entschlusse aus dem Amte zu scheiden von denselben Beweggründen geleitet worden, wie bei Ihrem Eintritte in dasselbe. Wie Sie im Jahre 1866 eine schwierige und gefahrvolle Aufgabe auf den Wunsch Sr. Majestät des Königs und im Interesse des Landes bereitwillig übernahmen und mit glänzendem Erfolge durchführten, so haben Sie auch jetzt in selbstloser Weise Sr. Majestät dem Könige freie Hand zu dem Versuche gegeben, ob ein Wechsel in der Person des Finanzministers die Schwierigkeiten der parlamentarischen Situation zu mindern vermag. Ihre treue Anhänglichkeit an den König und Ihr bewährter Patriotismus bürgen dafür, daß Sie auch unabhängig von jeder amtlichen Stellung Ihren bisherigen Kollegen mit Rath und That den Beistand leisten werden, den Ihre durch eine mehr als 20jährige ministerielle Erfahrung vollendete Geschäftskunde jeder Regierung zu gewähren vermag.

„Meine Frau, welche zur silbernen Hochzeit meiner Schwester gereist ist, wird sich freuen, Sie in Berlin wiederzusehen und Ihnen für Ihr freundliches Andenken zu danken, und ich bitte Sie, meiner freundschaftlichen Verehrung und meiner dankbaren Erinnerung an unser collegiales

Verhältniß während einer ereignißreichen Zeit stets versichert zu sein.

Mit der ausgezeichnetsten Hochachtung bin ich

Eurer Excellenz

ergebenster

v. Bismarck."

* * *

Im Herbst 1868 wurden wir von der Pariser wie von der Wiener Presse beschuldigt, durch Einwirkungen auf die rumänische Regierung eine Krise im Orient hervorrufen zu wollen. Um diesen Irrtum zu erklären, darf ich an einige Vorkommnisse der beiden vorhergegangenen Jahre erinnern.

Infolge einer von Kaiser Napoleon gegebenen Anregung wurde im Frühjahr 1866 der ihm verwandte Prinz Karl von Hohenzollern zum Fürsten von Rumänien gewählt. König Wilhelm riet dem Prinzen, der als Dragoneroffizier in Berlin diente, die ihm angebotene Krone abzulehnen. Die Annahme derselben zu verbieten, war er nach den Hohenzollernschen Hausgesetzen nicht in der Lage.

Bismarck vermied, als Minister sich in irgend einer Weise mit der Frage zu beschäftigen, gab aber außeramtlich dem Prinzen den Rat, das Wagnis zu unternehmen.

Den jungen Helden lockte die hohe ihm gestellte Aufgabe. Er reiste unerkannt nach Rumänien und ergriff am 22. Mai in Bukarest die Zügel der Regierung. Joan Bratianu, der seine Wahl bewirkt hatte, behielt auch als sein Minister vorwiegenden Einfluß auf die Entwicklung der politischen Verhältnisse.

Die preußische Regierung erklärte, daß der Prinz ganz

selbständig gehandelt und eine Erlaubnis des Königs weder nachgesucht noch erhalten habe.

Diese Erklärung fand jedoch nicht überall vollen Glauben und wurde noch stärker angezweifelt, als später zwei preußische Offiziere in Bukarest erschienen, um vorübergehend bei der Reorganisation der rumänischen Armee mitzuwirken.

Schon im Jahre 1866 wünschte der Fürst auch 20000 preußische Zündnadelgewehre für seine Armee zu kaufen; Roon hielt sich jedoch für verpflichtet, die Erfüllung dieses Wunsches aufzuschieben, bis der Bedarf in Deutschland vollständig gedeckt sein würde.

Der höchst talentvolle, aber vielleicht mit allzu lebhafter Phantasie begabte Minister Joan Bratianu soll im geheimen Pläne zur Vergrößerung seines Vaterlandes durch benachbarte Gebiete, in denen Rumänisch gesprochen wurde, verfolgt und die Bildung von Aktionskomitees zu diesem Zwecke begünstigt haben. Ihm wurde von der auswärtigen Presse die Schuld beigemessen, als im Sommer 1868 bewaffnete Banden in Bulgarien einfielen. Diese kleinen Scharen wurden zwar von türkischen Truppen geschlagen und zerstreut, gaben aber der Pforte Anlaß, bei den Mächten über die von Rumänien ausgehenden Agitationen Beschwerde zu führen. Rußland verhielt sich passiv, die Westmächte aber und Oesterreich-Ungarn fanden die Beschwerde begründet.

Da kam im Herbst 1868 ein Teil der 1866 bestellten Zündnadelgewehre in Bukarest an, welche Roon durch russisches Gebiet hatte verschicken lassen. Ein neuer Einfall in Bulgarien folgte, und rumänische Wühlereien wurden aus Siebenbürgen gemeldet.

Das Zusammentreffen dieser Thatsachen rief in Paris die Vermutung hervor, daß Preußen und Rußland das Treiben Bratianus begünstigten, um die Türkei und Oesterreich zu schädigen. Die andern Mächte begannen zu besorgen, daß eine große Krise im Orient bevorstehe.

Sobald Bismarck in seiner ländlichen Einsamkeit von dieser Sachlage Kenntnis erhielt, griff er mit Entschlossenheit ein. Unser Vertreter in Bukarest, Graf Keyserling, erhielt den Auftrag, dem Fürsten die Entlassung Bratianus zu empfehlen und für den Fall, daß dieselbe nicht erfolgte, seinen Posten zu verlassen. Der Fürst erkannte die wohlwollende Absicht Bismarcks. Bratianu nahm am 28. seine Entlassung.

Von rumänischen Agitationen in benachbarten Landstrichen war nicht mehr die Rede, und die Besorgnisse der Pforte und ihrer Freunde schwanden.

* * *

Am 2. Dezember kehrte der Kanzler nach Berlin zurück. Bald darauf richtete er an unseren Gesandten in Florenz ein Schreiben, durch welches das (am 1. März 1869 erfolgte) Ausscheiden des Grafen Usedom aus dem Dienste des Auswärtigen Amtes veranlaßt wurde. Dasselbe lautete:

17(8 W VI a 4

„Berlin, den 10. December 1868.

Eure Excellenz werden seit längerer Zeit, ebenso wie ich, den Eindruck haben, daß eine principiell verschiedene Auffassung der Pflichten und Grenzen des diplomatischen Berufs unser geschäftliches Zusammenwirken erschwert.

„Schon meine ergebensten Mittheilungen vom .... und andere Erlasse enthalten Beläge unserer Divergenzen in

Bezug auf die Behandlung dienstlicher und politischer Fragen. Durch die Note aber, welche E. E. unterm 17. Juni 1866[1]) an den General La Marmora gerichtet haben, ist die Ueberzeugung in mir begründet worden, daß ich die Verantwortung für die Art, wie E. E. die Stellung eines königlichen Gesandten auffassen und versehen, Sr. Majestät dem Könige und dem Lande gegenüber nicht zu tragen vermag, sondern die Verpflichtung fühle, E. E. Enthebung von Ihrem Posten bei Sr. Majestät dem Könige zu beantragen, falls Sie nicht Selbst einen entsprechenden Schritt beabsichtigen sollten.

„Schon im Jahre 1866 würde ich zu diesem Entschlusse gelangt sein, wenn der Inhalt der bezeichneten Note, deren Abschrift am Tage der Schlacht von Langensalza in Berlin eintraf, damals zu meiner Kenntniß gelangt wäre. Erst durch die Veröffentlichung derselben bin ich in die Lage versetzt worden wahrzunehmen, daß darin Gedanken Ausdruck gefunden haben, welche m. E. überhaupt zu Papier zu bringen in Ew. Excellenz Stellung bedenklich, einer diplomatischen Note aber einzuverleiben durchaus unzulässig war.

„E. E. durften sich nicht verhehlen, daß die Verantwortlichkeit für den Inhalt dieses Aktenstückes, welches Sie durch dessen Ausantwortung an die Minister einer fremden Macht der Regierung Sr. Majestät des Königs auferlegten, für letztere unannehmbar ist.

„Es gilt dieses von mehreren Stellen der Note, aber in erster Linie von derjenigen, durch welche volle Berechti-

[1]) Mehrfach abgedruckt, z. B. bei Hahn, „Fürst Bismarck" I, Seite 468.

gung zu dem Verdachte gegeben wird, als hätten wir bereits lange vor Ausbruch des Krieges, alſo zu der Zeit als Oeſtreich im Bündniß mit uns gegen Dänemark ſtand, die ungariſche Frage im Sinne der Erregung einer Aufwiegelung des Volkes gegen den Kaiſer, unſern Bundesgenoſſen, in's Auge gefaßt.

„Es gehört nach meiner Auffaſſung zu den vornehmſten Aufgaben der Diplomatie, künftige politiſche Bedürfniſſe des eignen Landes niemals aus dem Auge zu verlieren, künftige Bündniſſe nicht als Unmöglichkeiten zu behandeln oder eigenmächtig zu ſolchen zu machen.

„Ich habe nie bezweifelt, daß E. E. in der Ueberzeugung gehandelt haben, durch die Abſendung der fraglichen Note dem Lande einen Dienſt zu erweiſen. Die Form aber und die Sprache, welche E. E. dazu gewählt haben, befeſtigt meine Anſicht, daß ich, ſoviel an mir liegt, zur Vorſorge verpflichtet bin um zu verhindern, daß bei künftigen Verwicklungen der Politik Sr. M. des Königs durch ähnliche Vorkommniſſe nicht ähnliche Verlegenheiten bereitet werden.

„Unſerer perſönlichen Beziehungen eingedenk halte ich mich verbunden, E. E. dieſe Sachlage mit voller Offenheit darzuſtellen und Ihnen anheimzugeben, ob Sie Selbſt einen Schritt zur Löſung unſerer geſchäftlichen Gemeinſchaft thun wollen.

v. Bismarck."

Am 11. abends fuhr der Kanzler, nur von mir begleitet, nach Dresden, um S. M. dem König Johann an deſſen Geburtstage perſönlich ſeine Huldigungen darzubringen.

Wir wohnten bei dem Gesandten von Eichmann in einem geräumigen, nahe bei dem „großen Garten“ gelegenen Hause.

Einem Galadiner bei dem Minister Freiherrn Friesen folgte ein glänzendes Abendfest beim Kriegsminister General von Fabrice. In dem großen und eleganten Festsaal kamen mehr als 500 Personen zusammen. In dieser mir fremden Versammlung versuchte ich nicht, Bekanntschaften zu machen, sondern nur zu beobachten. Die ganze Gesellschaft hatte das Gepräge einer auf Gewohnheiten alter Kultur beruhenden einfachen Vornehmheit. Die Absicht des Kanzlers, durch seinen Besuch manche Spuren alter Verstimmungen möglichst zu verwischen, schien vielseitiges und herzliches Entgegenkommen zu finden. Aehnliche Eindrücke hatte ich am folgenden Tage bei einem am königlichen Hofe stattfindenden Diner. Unmittelbar nach demselben fuhren wir nach Berlin zurück. Auch in Dresden hatte der Kanzler täglich mehrere Stunden der Erledigung laufender Geschäftssachen gewidmet.

In den Monaten Dezember bis Februar erschien er ziemlich häufig in beiden Häusern des Landtags und sprach mehrmals in sehr eingehender und eindrucksvoller Weise, so namentlich über die unerläßlichen Vorkehrungen, um Erfolge feindseliger Bestrebungen der ehemaligen Landesherren von Hannover und Kurhessen zu verhindern. Neben angestrengter parlamentarischer Thätigkeit vermochte der Kanzler jedoch nicht weniger als zwölf verschiedene Tage der Jagd zu widmen. Sein Befinden war infolgedessen leidlich.

Im März 1869 trat der Reichstag wieder zusammen. Ein von den Abgeordneten Graf Münster und Twesten eingebrachter Antrag wegen gesetzlicher Errichtung von fünf

Bundesministerien erwies, daß selbst die Fraktionen der Freikonservativen und Nationalliberalen, welche sich vorzugsweise rühmten, Bismarcks nationale Politik zu unterstützen, damals von dem Verständnis der von ihnen durchberatenen Bundesverfassung ziemlich weit entfernt waren. Nach derselben hatten die Ausschüsse des Bundesrates zum Teil ministerielle Befugnisse auszuüben und, neben dem Bundeskanzler, ihre Verwaltungen vor dem Reichstage zu vertreten. Nur auf diesem Wege konnten die staatsmännischen Kapazitäten der anderen Staaten im Reiche zur Geltung gebracht werden. Das Projekt aber, die Verwaltungen der Ausschüsse, der konstitutionellen Doktrin gemäß, unter verantwortliche Bundesminister zu stellen, war ein Versuch zur Herbeiführung des Einheitsstaates an Stelle des Bundes, zugleich ein Versuch, die von Preußen mit den Bundesstaaten geschlossenen Verträge zu brechen. Es lag darin auch ein deutliches Mißtrauensvotum gegen den Kanzler und alle außerhalb des Reichstages fungierenden Organe des Bundes.

Als Bismarck diesen Antrag zu Gesicht bekam, wurde er von einem Magenkrampf befallen. Bald jedoch erholte er sich wieder und beleuchtete am 16. April die Unzulässigkeit des Antrags in einer mehrstündigen, bewunderungswürdigen Rede, aus welcher ich nur wenige, gegen den Unitarismus gerichtete, Worte mitzuteilen mir erlaube:

„Die Zentralisation ist mehr oder weniger eine Gewaltthat und ist ohne einen, wenigstens am Geiste der Verfassung sich versündigenden, Bruch kaum durchzuführen; und ein solcher Bruch, mag er auch in der Form gedeckt oder gerechtfertigt erscheinen, hinterläßt Stellen, die innerlich bluten, und wie

lange sie nachbluten, das weiß kein Mensch und kann keiner kontrollieren. . . . Ich glaube, man soll sich in den germanischen Staaten nicht fragen, wenn man es der Bevölkerung recht machen will: was kann gemeinsam sein? Wie weit kann der große Mund des Gemeinwesens hineinbeißen in den Apfel? — Sondern man muß sich fragen: was muß absolut gemeinsam sein? und dasjenige, was nicht gemeinsam zu sein braucht, das soll man der speziellen Entwickelung überlassen. Damit dient man der Freiheit, damit dient man der Wohlfahrt." . . .

Blanckenburg, als Führer der Konservativen, unterstützte den Kanzler durch eine kernige Rede; vielleicht lag hierin der Grund davon, daß des letzteren Gesundheit durch die mit 111 gegen 100 Stimmen erfolgende Annahme des verkehrten Antrages nicht geschädigt wurde.

Er machte verschiedenen Abgeordneten Vorwürfe darüber, daß man diesen wichtigen Antrag nicht vor der Einbringung mit ihm besprochen hätte, und beschloß, zur Erleichterung des Meinungsaustausches alle Abgeordneten regelmäßig einmal in der Woche zu sich einzuladen. Sein Vorschlag, daß man im Ueberrock kommen möchte, wurde von dem Reichstagspräsidenten Dr. Simson abgelehnt, welcher mit Entschiedenheit geltend machte, daß zur Wahrung der Würde der Versammlung Frack und weißes Halstuch unerläßlich seien. Um auch die Herren, welche keine Karten abgegeben hatten, bei sich sehen zu können, wählte der Kanzler folgende ungewöhnliche Form für die zu lithographierenden Einladungsbriefe:

„Graf Bismarck-Schönhausen würde es dankbar erkennen, wenn der Abgeordnete . . . . . ihn vom 24. April

ab Abends 9 Uhr jeden Sonnabend während der Dauer der Reichstagssession besuchen wollte."

Der Zweck wurde erreicht; es erschienen zahlreiche Mitglieder aller Fraktionen, außer der sozialdemokratischen.

Der Kanzler reichte jedem Ankommenden die Hand; der Gräfin, welche neben ihm stand, wurde jeder Gast vorgestellt. Auf den meisten Gesichtern sah ich einen Ausdruck naiver Freude über die Gelegenheit, dem „großen Manne" so nahe zu kommen. Der Strom der Gäste ging aus dem auf der Gartenseite des Hauses gelegenen ersten Zimmer ohne die Familienwohnräume zu berühren nach rechts in die Gesellschaftssäle, wo Maiwein und Bier herumgereicht wurde; im Tanzsaal standen viele kleine Tische vor einem mit kalten Speisen bedeckten Büffet.

Der Kanzler schritt in den Gesellschaftsräumen von einer Gruppe zur andern, wußte überall etwas Lustiges zu sagen und ging gern ein auf die Vorstellungsweise der Fragenden. Zuletzt nahm er Platz an einem der kleinen Tische. Gegen 11 Uhr entfernten sich fast alle Gäste; nur wenige Hausfreunde verweilten dann noch ein Stündchen im Familienwohnzimmer.

Im Frühjahr 1869 gab es sechs solcher parlamentarischen Abende; die beiden letzten waren auch von süddeutschen Mitgliedern des Zollparlaments besucht [1]).

Diese ungewöhnlich angenehmen und anregenden Gesellschaften hatten jedoch einen erkennbaren Einfluß auf die Abstimmungen weder im Reichstag noch im Zollparlament.

[1]) Hans Blums ausführliche Berichte über zwei dieser parlamentarischen Abende sind abgedruckt in Poschinger: Fürst Bismarck und die Parlamentarier, S. 22 ff.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse waren bedenklich in Preußen wie im Bunde. Auf Gewerbe, Industrie und Handel lastete seit 1866 ein schwerer Druck, weil man nach allen Nachrichten über die andauernd feindselige Stimmung der Pariser politischen Welt mit der Möglichkeit eines plötzlich ausbrechenden Krieges rechnen zu müssen glaubte. Infolgedessen waren in Preußen die Staatseinnahmen hinter den Voranschlägen zurück geblieben; einige vom Landtage genehmigte Verkehrserleichterungen hatten vorübergehende Mindereinnahmen, einzelne Notstände Mehrausgaben verursacht. Beim Abschluß des Rechnungsjahres 1868 ergab sich ein unerwartet bedeutender Fehlbetrag. Ueberdies waren von dem veranschlagten hohen Defizit des Norddeutschen Bundes, dem es an ausgiebigen eigenen Einnahmen fehlte, etwa $^4/_5$ durch Preußen zu decken.

Dem Reichstage wurde daher zugemutet, verschiedene indirekte Steuern zur Erhöhung der Bundeseinnahmen zu genehmigen. Dagegen aber erhob sich vielseitiger Widerspruch. Nicht nur die Radikalen, sondern (außer Bennigsen) auch die nationalliberalen Redner betonten, das einzige vernünftige Mittel, aus der Finanznot herauszukommen, sei Herabsetzung des Militäretats; und wenn die Regierung denselben für unveränderlich festgelegt bis zum Jahre 1871 erachte, so wolle man jetzt nicht die Mittel bewilligen, um spätere Aufrechterhaltung dieses Etats in der gleichen Höhe zu erleichtern.

Bismarck sprach fünfmal eindringlich für Bewilligung der verlangten Steuern. Das Land der Abgeordneten sei kein anderes als das der Regierung; nicht für sich verlange sie das Geld, sondern für die Wohlfahrt der Wähler. Die

Armee schütze die ganze Produktion des Landes, wie ein Dach vor dem Wetter, ein Deich vor Ueberschwemmung schützt; durch Beredsamkeit könne man den Feind an der Grenze nicht aufhalten. Es sei unbillig zu verlangen, daß er die Geschäfte fortführe, wenn man ihm die dazu nötigen Mittel versage und nicht einmal auf einen Kompromiß darüber eingehen wolle.

Alle Mahnungen blieben jedoch erfolglos. Mit zwei geringfügigen Ausnahmen wurden die verlangten Steuern und Zölle im Reichstage wie im Zollparlament abgelehnt.

Am 13. Juni reiste der König nach der Provinz Hannover, nach Bremen und nach Oldenburg. In seinem Gefolge befanden sich der Kanzler, Abeken und ich. Am 17. wurde der im Jadebusen in den letzten 13 Jahren geschaffene Kriegshafen besichtigt und als Wilhelmshafen eingeweiht. Dann besuchte der König Aurich, Emden und Osnabrück. Ueberall war die Haltung der Bevölkerungen so loyal, wie es nur gewünscht werden konnte; auch der Kanzler erhielt oft genug Beweise sympathischer Verehrung.

Am 25. Juni ging er auf einen Tag nach Schönhausen und nahm mich mit. Ich freute mich über das pietätvolle, aber einfache Wesen der dortigen Beamten und Arbeiter, die ihn seit Jahren nicht gesehen hatten.

Am 1. Juli reiste er mit Gemahlin und Tochter zu mehrmonatlichem Aufenthalt nach Varzin. Die dort nötige Arbeitshilfe leistete Bucher. Die beiden Söhne hatten bald nach Ostern die Universität Bonn bezogen.

* * *

Im August verweilte ich einige Wochen in dem Nordseebad Norderney. Dorthin schrieb die Gräfin am 7.:

„Wenn die Sonne eben bei Ihnen so warm scheint und kein Blatt sich rührt wie hier, dann werden Sie mit großer Freude am Nordseestrande wandeln, lieber H. v. Keudell. Hoffentlich kehren Sie nach 4 Wochen mit taubicken Nerven an den Wilhelmsplatz zurück. . . .

„Unsere Rosen blühen hier noch immer sehr schön, nur nicht sehr reichlich, weshalb man zu geizig, sie abzuschneiden. Gestern jedoch riß ich mir einige blutend vom Herzen zur Feier des Geburtstages der kleinen niedlichen Frau von Zitzewitz in Püstow, wo wir mit mehreren Nachbarn die schrecklich jungen 19 Jährchen verherrlichten. Bismarck, nach Tisch erscheinend, in Misdow reitend gewesen, nur eine Stunde bleibend, mit uns zurückfahrend — um den Leuten zu zeigen, daß er nie und wir also ungern aus-essen. Sonst geht Alles seinen stillen Gang weiter — Pächter und Gutsherren, auch Frauen und Töchter sind sämmtlich besucht, Summasummarum 11 Häupter, und werden zur Gegenvisite erwartet, drei waren bereits hier. Wer kommt aber Montag? Denken Sie: Löper, der mir heute eine Expedition nach Papenzin annoncirte und anfragte, ob bei der Gelegenheit vielleicht ein Abstecher angebracht sei, worauf ich natürlich gleich „sehr gern" telegraphirte. Ich freue mich herzlich, ihn zu sehen. . . .

„Mittwoch oder Donnerstag hoffe ich auf meine Jungen und bin dann Luft für alles Andere, wie Sie denken können. . . .

„Marie ist glücklich, jetzt wieder reiten zu können — abwechselnd Röschen und Axel — aber leider immer nur

Schritt, weil der arme Bismarck mit seinem Muskelwesen noch immer nicht in Ordnung kommen kann; ob's neuer Rheumatismus oder stets die Sturz-Erinnrung — er hat bei allen stärkeren Bewegungen immer noch recht empfindliche Schmerzen, was doch eigentlich recht schlimm ist.

... „Bucher immer gleich angenehm" ...

Der Unterstaatssekretär von Thile schrieb mir aus Berlin am 13. August:

... „Die hiesige Tretmühle war in letzter Zeit ziemlich unerfreulich; nur armseliges Zeug, mit dem zwischen Varzin, Berlin und Ems Federball gespielt wurde. Dabei wenig Hülfe; und der Chef more solito eigensinnig, quänglig, bald in minima ohne Aktenkenntniß hineintapsend, bald auf erhebliche Dinge jedes Eingehen störrisch abweisend. Aber was thut's? Wenn seine Gesundheit gehörig wieder hergestellt wird, dann können wir dreist fragen „„Was kostet Europa?"" ...

Die Gräfin schrieb mir aus Varzin nach Berlin am 10. September:

... „Vorgestern kam Annchen Böhn [1]) zu meiner großen Freude. ... Mit ihr waren es reizende Stunden im schönsten Sommerwetter von Morgens früh bis Abends spät immer draußen; und ihr kindliches Entzücken über unser hübsches Varzin zu sehen, war wirklich erquickend. Sie hat kein Bischen von ihrer lieblichen Anmuth des Geistes und poetischen Jugendfrische des Herzens eingebüßt;

[1]) Frau Anna von Böhn-Sagerke geb. Blumenthal, erwähnt oben S. 8.

das macht ihr Keine nach. Ich habe große Freude an ihrem geliebten Dasein gehabt, nur leider war es viel zu kurz. Auch andere Besuche gab es mancherlei.

... „Bismarck emancipirt sich in diesem Jahre Gottlob mehr, so daß er keine Unbequemlichkeit von besuchenden Leuten hat, die wir zu beschäftigen bemüht sind, was uns ja auch ganz gut gelingt. Von Nachbaren sahen wir fast nichts — sie sind sehr bescheiden — und die mehrtägigen Freunde genirten Bismarck bis jetzt nicht, weil er auf unsere Bitten seine eigenen Wege ging und nur so viel von ihnen hatte, wie es ihm Spaß machte.

... „Sehr viel Vergnügen hatten meine Kinder an dem Besuch von Dönhoff und Wendt[1]), mit denen sie 7 Tage in großer Einigkeit und Innigkeit lebten — so daß sie nachher alle drei den gründlichsten moralischen Kater hatten und sich sehr getröstet fühlten, als sie durch Briefe von Dönhoff später erfuhren, daß ihre Gefühle auf Gegenseitigkeit beruhten, was immer angenehm zu hören, wie es kränkend zu glauben, daß man mit dergleichen Bangnissen allein steht.

... „Mit Bismarck geht's so leidlich, aber von großer Erholung ist leider noch garnichts zu merken. Er entschloß sich vorgestern ganz plötzlich zu der Pansiner Expedition, von der er morgen zurückkommen will, hoffentlich nicht zu angegriffen von Reise und Menschen. Ich predige ihm täglich Biarrits vor, und es ist garnicht

[1]) Graf August Dönhoff-Friedrichstein und Graf Wendt Eulenburg, der früh verstorbene jüngste Bruder des Staatsministers Grafen Botho.

unmöglich, daß er ebenso plötzlich dahin aufbricht, wie gestern nach Pansin[1]), lange vorher Entschließen ist bei uns nicht, wie Sie wissen, ebensowenig Bereden, weshalb man keine Stunde voraus bestimmen kann, was sein soll oder sein wird. Marie's Glückseligkeit über das Dasein der geliebten Brüder kennt keine Grenzen und ich freue mich täglich von ganzer Seele mit ihr an meinen liebsten Jungen! — Mit Büchlein[2]) leben wir fortdauernd sehr einig und er scheint sich ja auch zufrieden zu fühlen und keine Veränderung seiner Lage zu wünschen." . . .

„Varzin 22. 9. 69.

. . . Der Herbst ist in so kalter stürmischer Weise eingezogen, daß man täglich auf Schneefall gefaßt sein kann und sich garnicht vorstellen mag, wie herrlich die Plätze auf der Veranda, unter den Buchen und in der Halle noch vor acht Tagen gewesen. Die geliebten Jungen sollen morgen von Jagden in Schlesien zurück kommen und müssen leider am 29. wieder nach Bonn. Dann werde ich mich wohl einige Tage ganz unsichtbar machen, weil ich in dem bangenden Zustande zu unleidlich für Jedermann bin. Den 26. wollen Sie also kommen, lieber H. v. Keudell, wozu wir uns herzlich freuen, und wenn Sie nicht die freundliche Absicht bereits ausgesprochen, so hätten Sie

[1]) Der Chef telegraphierte am 8. nach Berlin, daß er zum Vortrag bei Sr. Majestät nach Schloß Pansin bei Stargard reise, wo der König wegen des Manövers verweilte. Ich fuhr daher in Militäruniform, aber nicht ohne ein Chiffrebuch, sogleich dorthin und kehrte am 11. nach Berlin zurück.

[2]) Bucher.

wahrscheinlich Exekution erhalten, da Bismarck Sie gern sprechen wollte wegen Stellenbesetzungen u. s. w. Moritz Blanckenburg habe ich für die Tage auch hercitiren müssen zur Landtagsbesprechung — und Eisenbecher's also gebeten, ihren lieben Besuch etwas zu verschieben, weil kein Raum mehr in der Herberge! Ebenso muß Karl Bismarck gütigst auch noch warten, was Sie ihm wohl freundlichst sagen, weil für's Erste wirklich jedes Plätzchen genommen ist."

In den ersten Tagen des Oktober kam der Minister Graf Eulenburg nach Varzin. Er sprach auf einem Morgenspaziergange ausführlich darüber, daß, wie früher erwähnt, i. J. 1865 das Ministerium die Einführung der zweijährigen Dienstzeit unter gewissen Voraussetzungen befürwortet hat. (S. o. S. 196).

Um dieselbe Zeit schrieb mir Herr Delbrück, der Khedive wolle aus Anlaß der bevorstehenden Eröffnung des Suezkanals einen „Handelskongreß" nach Cairo einladen, und fragte, ob ich bereit sein würde, als Vertreter des Norddeutschen Bundes mit Vertretern unserer Handelskammern dorthin zu gehen

Der Chef gab ohne Zögern seine Erlaubniß dazu und ich kehrte wegen geschäftlicher Vorbereitungen bald nach Berlin zurück.

Am 18. Oktober hatte ich das Glück mich zu verloben mit Fräulein Hedwig von Patow, der einzigen Tochter des früheren Ministers Freiherrn Patow.

Auf meinen brieflichen Bericht über dieses Ereignis telegraphierte Gräfin Bismarck folgende Worte:

„Himmelhohe Ueberraschung, grenzenlose Freude und Glückwünsche von ganzem Herzen."

Zur Reise nach Aegypten fanden sich die eingeladenen Mitglieder des Handelskongresses in Marseille alle auf einem großen Dampfer zusammen. Ich erwähne das nur, weil die fünftägige Ueberfahrt nach Alexandrien mir Gelegenheit gab, mit den französischen Kollegen lange Gespräche zu führen, deren Inhalt für Bismarck von Interesse gewesen ist. Jeder einzelne dieser sehr liebenswürdigen Herren sprach unter vier Augen die Meinung aus, daß ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen unvermeidlich sei; das französische Volk könne uns weder Sadowa noch den Norddeutschen Bund verzeihen; es fühle sich von der ersten Stelle in Europa verdrängt; die ganze Geschäftswelt sei von dem Gedanken beherrscht, daß Vertrauen in die Zukunft nicht eher eintreten könne, als bis die Waffen entschieden haben würden.

Als ich Anfang Dezember dem Chef hierüber mündlich berichtete, sagte er, leider sei die Rückwirkung dieser französischen Auffassung auch in unserer Geschäftswelt zu spüren. Selbst Bleichröder habe ihn neulich gebeten, er möge einen Krieg herbeizuführen suchen, um die Lage zu klären. Diese Ansicht sei jedoch verwerflich. Man müsse fortfahren, die Ursachen eines möglichen Kriegsfalles wegzuräumen und der beruhigenden Wirkung der Zeit vertrauen. Niemand könne die Verantwortung für den Ausbruch eines Kampfes übernehmen, der vielleicht nur der erste einer Reihe von Rassenkriegen sein würde. Lange Erhaltung des Friedens scheine um so eher möglich, da Kaiser Napoleon durch schwere Krankheit immer mehr geschwächt werde und mit dem Mini-

sterium Ollivier liberale Reformen im Innern einzuführen begonnen habe.

Die Gräfin befand sich im Dezember in Bonn, um ihren ältesten Sohn zu pflegen, der im Duell eine schwere Kopfwunde erhalten hatte. Zum Weihnachtsfeste fuhr auch der Kanzler dorthin. Am 30. Dezember erhielt ich von ihm folgenden Brief:

29./12. 69.

„Ich komme Sylvesterabend. Hier Gott sei Dank fortschreitende langsame Besserung, aber große Schwäche. Nach Meinung der Aerzte in 14 Tagen vielleicht Möglichkeit das Zimmer zu verlassen. Pyämie seit Jahren die Regel für jede leichte Verwundung; die Klinik bestreitet die Kontagion auf gewöhnlichem Wege und opfert der Ehre der Wissenschaft. . . . . .

Ihr

v. B."

* * *

Inzwischen war das Defizit im preußischen Staatshaushalt verschwunden wie durch ein Wunder. Die Summe nämlich, welche nach dem Gesetz jährlich zur Tilgung der Staatsschulden verwendet werden mußte, überstieg um einige Millionen die Ziffer des Defizits. Otto Camphausen, der Nachfolger von der Heydts, kam nun auf den glücklichen Gedanken, daß die Regierung durch Gesetz ermächtigt werden könne, zeitweise die Schuldentilgung zu beschränken, um das Gleichgewicht im Budget herzustellen. Dieser Weg wurde mit Erfolg beschritten und an neue Steuern brauchte nicht mehr

gedacht zu werden. Der Mitte Februar 1870 zusammentretende Reichstag konnte daher, ohne durch ungewöhnliche Geldforderungen beunruhigt zu werden, wichtige Gesetzentwürfe erledigen.

Von den süddeutschen Staaten war es nur Baden, bei dessen Regierung und Volksvertretung damals schon der Wunsch obwaltete, in den Norddeutschen Bund einzutreten. Bismarck aber hielt für geboten, diesem Wunsche nicht entgegenzukommen, weil Badens Haltung die Bestrebungen unserer Freunde in den anderen Südstaaten förderte, während seine vorzeitige vereinzelte Aufnahme den Schein einer den anderen Staaten gegenüber beabsichtigten Pression hervorrufen und dadurch die natürliche Entwickelung des Nationalgefühls hemmen würde. Am 24. Februar erhielt er durch einen taktlosen Antrag Gelegenheit, diese Ueberzeugung in zwei denkwürdigen Reden ausführlich zu begründen.

Die wichtigste Vorlage der Session, das neue Strafgesetzbuch, war in Gefahr zu scheitern an den Bestimmungen über die Todesstrafe, welche der Bundesrat beibehalten, die Majorität des Reichstages aber abschaffen wollte. Bismarck führte am 1. März aus, die gegnerische Auffassung werde „von einer gewissen krankhaften Neigung geleitet, den Verbrecher mit mehr Sorgfalt zu schonen und vor Unrecht zu schützen, als seine Opfer". Der Obrigkeit werde das Recht nicht bestritten, zum Schutze des Eigentums zu töten; wenn Arbeiter in einem Aufstande ein Comptoir oder einen Bäckerladen stürmen, so dürfe auf sie geschossen werden, ohne daß man wissen könne, ob die Kugel einen Schuldigen treffe; einen Raubmörder aber, der sich beim friedlichen Bürger einschleicht und die ganze Familie umbringt, den solle man nicht töten

dürfen. Jemand, der verdächtig sei, das Kontagium der Rinderseuche weiterzutragen, werde von dem wachthabenden Posten, wenn er dem Zuruf nicht gehorcht, niedergeschossen, um das liebe Vieh nicht in Lebensgefahr zu bringen; das Menschenleben aber gegen den Verbrecher zu schützen, halte man für weniger wichtig. Die Bewegung gegen die Todesstrafe gehe von den Juristen aus. Eine weit verbreitete Krankheit unserer Zeit sei die Furcht vor Verantwortlichkeit, namentlich vor der Verantwortung, ein Todesurteil auszusprechen.

Die Majorität des Reichstages blieb jedoch unerschütterlich.

Am 12. und 19. März fanden wieder, wie im Jahre vorher, parlamentarische Abende statt; später nicht mehr, weil Bismarcks Gesundheit zu schwanken begann, so daß er sich im April nach Varzin zurückzog.

Während seiner Abwesenheit wurde der Bundesrat schlüssig, dem Reichstage so weit entgegenzukommen, daß die Todesstrafe nur beibehalten würde für Mord und Mordversuch gegen das Bundesoberhaupt oder gegen einen Landesfürsten. Als der Kanzler am 21. Mai zurückkehrte, stand man vor der dritten Lesung des Strafgesetzbuchs.

Am 23. Mai wurde beantragt, die Todesstrafe in Sachsen und Oldenburg, wo sie bereits abgeschafft sei, keinesfalls wieder einzuführen.

Sofort erhob sich Bismarck und erklärte, die Bundesregierungen hätten dem Zwecke der deutschen Rechtseinheit große Opfer gebracht, um das Strafgesetzbuch zu stande zu bringen; unmöglich aber sei es, das Prinzip der nationalen Einheit selbst zu opfern. Der Bund dürfe nicht „zweierlei Klassen

von Norddeutschen schaffen — eine Selekta, die vermöge ihrer Erziehung soweit geschritten ist, daß selbst ihre üblen Subjekte des Korrektivs des Richtbeils nicht mehr bedürfen, und dann das profanum vulgus von 27 Millionen, welches diesen sächsisch-oldenburgischen Kulturgrad noch nicht erreicht hat, dem das Richtbeil im Nacken sitzen muß, um es in Ordnung zu halten." . . .

„Wir sind," sagte er, „gegen Sonderrechte, gegen Sondereinrichtungen, gegen die Vorurteile einzelner Regierungen und einzelner Stämme, ja selbst gegen die Rechte einzelner Regierungen und einzelner Volksstämme, mitunter, weil wir uns der Größe unserer Ziele bewußt waren, mit Härte verfahren; ich darf wohl sagen mit Härte, wenigstens mit Strenge. Wir haben unverrückt unser nationales Ziel im Auge behalten; wir haben nicht links, nicht rechts gesehen, ob wir jemandem wehe thäten in seiner innersten Ueberzeugung. Meine Herren, aus diesem Geiste haben wir unsere Kraft, unsern Mut, unsere Macht geschöpft, zu handeln, wie wir gethan. Sobald uns dieser Geist verläßt, sobald wir diesem Geiste entsagen, sobald wir ihn vor dem deutschen Volke und seinen Nachbarn aufgeben, so legen wir damit Zeugnis ab, daß die Spannkraft, mit der wir vor $3^1/_2$ Jahren an dieser Stelle unsern Ausgang nahmen, in dem Sande des Partikularismus, des Partikularismus der Staaten, des Partikularismus der Parteien, erlahmt ist. Wir werden die Quelle, aus der wir die Berechtigung schöpften, hart zu sein und mit eisernem Schritt zu zermalmen, was der Herstellung der deutschen Nation in ihrer Herrlichkeit und Macht entgegenstand" (lebhafter Beifall, „Oho!" von den Sozialdemokraten), „meine Herren, ich freue

mich des Zeugnisses, was mir durch die Mißbilligung der Gegner deutscher Einheit und deutscher Größe gegeben wird. . . .

„Im Begriffe, diesen Reichstag seinem Schlusse entgegen zu führen, möchte ich Sie bitten: durchdringen Sie sich vollständig mit dem Geiste, der die Bundesverfassung geschaffen hat, hinterlassen Sie ihn ungeschwächt Ihren Nachfolgern, geben Sie durch Ihr letztes wichtiges Votum dem deutschen Volke ein verheißungsvolles Pfand seiner Zukunft, beweisen Sie ihm durch Ihre Abstimmung, daß da, wo es auf die geheiligte Sache unserer nationalen Einheit ankommt, der Deutsche seinen alten Nationalfehlern zu entsagen weiß, beweisen Sie es, indem Sie den Platz vergessen, den Sie in der Hitze des Kampfes als Partei, als Einzelner, eingenommen haben, indem Sie über ihre augenblicklichen Gegner hinweg Ihren Blick auf das große Ganze erheben nnd diesem großen Ganzen einen Dienst erweisen, welcher für die deutsche Zukunft das Pfand bilden wird, daß die Neubildung unserer Verfassung frei sein werde von einem großen Teil der Schlacken, welche den alten Guß spröde, brüchig gemacht und zerrissen haben."

Nachdem am folgenden Tage der Kanzler noch die Notwendigkeit, auch den Mordversuch gegen Landesfürsten mit dem Tode zu bestrafen, ausführlich begründet hatte, wurde die Vorlage des Bundesrates mit 128 gegen 107 Stimmen und am 25. das ganze Gesetz mit großer Mehrheit angenommen.

Am 26. bewirkte Bismarck trotz der Einwendungen eines nationalliberalen Abgeordneten eine bedeutende Subvention

für die Gotthardbahn durch Betonung des dringenden Interesses, eine fast direkte Verbindung mit dem befreundeten und, wie er glaube, „auf die Dauer befreundeten Lande" zu haben.

An demselben Tage wurde die erste ordentliche Legislaturperiode des Reichstages durch den König geschlossen.

In der Thronrede hieß es: „Die großen Erfolge, welche im Wege freier Verständigung der Regierungen und der Volksvertreter, unter sich und miteinander, in verhältnismäßig kurzer Zeit gewonnen wurden ..... gewonnen durch treue und angestrengte Arbeit auf dem Gebiete der Wohlfahrt, der Bildung, der Freiheit und der Ordnung im eigenen Lande, gewähren auch dem Auslande die Gewißheit, daß der Norddeutsche Bund in der Entwicklung seiner inneren Einrichtungen und in seiner vertragsmäßigen nationalen Verbindung mit Süddeutschland, die deutsche Volkskraft nicht zur Gefährdung, sondern zu einer starken Stütze des allgemeinen Friedens ausbildet ....."

Auch das Zollparlament, welches in den Tagen vom 21. April bis 6. Mai versammelt gewesen war, hatte endlich eine annehmbare Reform des Zolltarifs zustande gebracht. Bismarck äußerte sich gelegentlich erfreut darüber, daß diese in den beiden ersten Jahren ziemlich unfruchtbare Versammlung jetzt mit einem verhältnismäßig befriedigenden Ergebnis abgeschlossen hatte.

* * *

Im April mußte ich eines Halsleidens wegen eine Kur in Wiesbaden gebrauchen. Dort erfuhr ich, daß der Kanzler in Varzin nicht unbedenklich erkrankt sei und stellte sofort mich

und meine in Krankenpflege geübte junge Frau der Gräfin zur Verfügung. Ihre Antwort lautete:

„Varzin, 11./5. 70.

Lieber Herr von Keudell!

Sie haben mich in tiefster Seele gerührt durch Ihr überaus freundliches Anerbieten, mit Ihrer liebenswürdigen Hedwig zu meinem Trost und Beistand herzukommen. Ich danke Ihnen dieses treue Freundschafts-Gedenken sehr herzlich und hätte es schon viel eher gethan, wenn ich nicht fortwährend so schrecklich besorgt und betrübt um meinen armen lieben Bismarck gewesen, daß ich sowol Schreiben wie Sprechen ganz verlernte.

„So sehr lieb und gut Ihre Theilnahme war und so gewiß ich weiß, daß es keine Redensart, sondern wirklicher Ernst gewesen, daß Sie gern Alles stehen und liegen ließen, wenn Sie glaubten, mir helfen zu können, so hätte ich doch nie dieses liebenswürdige Opfer jetzt angenommen, wo Sie eben im reizenden Wiesbaden die Kur begonnen, die Ihnen so nothwendig und die Sie hier nie mit dem guten Erfolg fortsetzen könnten wie dort in der viel milderen Luft. Und dann waren die Zustände hier auch so sehr traurig, und ich die wenigen Minuten, die ich sichtbar sein konnte, eine so kümmerliche elende Gesellschaft, mit der ich Jeden, den ich lieb hatte, gern verschonte — weshalb ich sogar meine eigne Tochter nicht kommen ließ, da ich voraussah, daß sie hier tief melancholisch werden müßte, während sie, bei aller Herzenssehnsucht nach mir, in Berlin und bei ihren Brüdern doch tausend Mal besser daran und besser

aufgehoben war, als im leeren öden Varziner Hause und im kahlen, todten, grauen Park.

„Am 18. April kam Struck, der schon telegraphisch Pulver, Umschläge und Bäder verordnet hatte, beobachtete mehrere Tage, und meinte am 23., die Gefahr sei vorüber, seine Anwesenheit überflüssig, weshalb er dann abreiste.

„Ich war immer und immer, Tag und Nacht bei Bismarck und — mit Ausnahme der Frühstücks- und Mittagsminuten — ganz still, lesend oder arbeitend oder ihm dies und das besorgend — ihn griff jedes selbst gesprochene oder gehörte Wort an und ich ängstigte mich dauernd halb todt — weil er seit Hohendorf [1]) noch nie so krank gewesen und ich garnicht absehen mochte, was daraus werden sollte. Nachher, als er so viel Kraft gewonnen, um das Zimmer zu verlassen, bin ich stets mit ihm gegangen und gefahren und so sehen Sie, lieber Herr von Keudell, daß ich Niemanden einladen konnte, den scheußlichen Weg hierher zu unternehmen, weil man nichts von mir und ich nichts von den lieben Menschen gehabt hätte und es am besten, ja nur möglich war, wenn ich ganz allein mit ihm blieb; denn das Dasein der guten schweigsamen Adelheid [2]) im Nebenzimmer rechne ich nicht, weil Bismarck deren Anwesenheit kaum gemerkt hat. Aber Ihre gütige ausgesprochne Absicht hat mir schon sehr wohl gethan und ich danke Ihnen noch einmal von ganzem Herzen dafür. — Bis zum Mondwechsel vor einigen Tagen haben wir immer eiskaltes unheimliches Wetter gehabt und die

[1]) Gemeint ist die Erkrankung im Januar 1860, s. o. S. 74.
[2]) Das Wirtschaftsfräulein aus Reinfeld.

Erholung meines armen Bismarck ging so langsam, daß ich fast verzagte und er mit, aber endlich wurde es nach einem gründlichen Regen (ganz ohne waren wir nie) warm, sogar ein bischen schimmernd grün — und seitdem geht es dem lieben Bismarck, Gott sei gelobt, so viel besser, daß er nun schon von Rückkehr spricht, die vielleicht in künftiger Woche erfolgen könnte. Sie begreifen wie mir dabei zu Muth, nach vierwöchentlicher oder längerer Trennung von meinen geliebten Dreien — aber Sie verstehen auch wohl, wie ich garnicht den Muth habe, mich der grenzenlosen Freude hinzugeben — nicht eher als vielleicht hinter Biesenthal, vielleicht auch erst, wenn wir die Luisenstraße hinabrollen! . . .

„Wiesbaden muß jetzt bezaubernd sein, denke ich mir; das Nerothal, der Kurgarten, der Weg nach Biebrich und der Garten dort mit der Unmasse von reizendem Flieder und den blühenden Obstbäumen — wie erinnere ich alle diese Herrlichkeiten und kenne jeden Weg und jeden Baum mit zärtlicher Liebe. Ach es war doch die allerschönste Zeit meines langen Lebens — die 8 Frankfurther Jahre, und wenn ich sie mir vergegenwärtige, kehrt noch immer ein kleiner Jugendfunken in mein altes Herz zurück. Sahen Sie Botho[1]) oft und seine liebenswürdige Mutter? und sind Ihnen Beckers, Meisters und Lucius' 'mal begegnet? Wenn Sie Jemand von diesen Allen (Beckers und Eulenburgs) noch erleben, so grüßen Sie freundlichst von mir, vor Allen aber Ihre Hedwig viel tausend Mal —" . . .

[1]) Graf Botho Eulenburg, damals Regierungspräsident in Wiesbaden.

Am 21. Mai kam der Kanzler, wie erwähnt, nach Berlin, ging aber schon am 8. Juni wieder nach Varzin, um dort in möglichster Ruhe Karlsbader Wasser zu trinken. Bucher wurde auf einige Monate dorthin kommandiert.

Am 6. Juli fuhr auch ich nach Varzin, da der Chef einige Personalfragen mit mir besprechen wollte.

Am 8. früh kamen die Zeitungen an, welche die am 6. in der Pariser Kammer vom Herzog von Gramont über die mögliche spanische Königswahl gehaltene Rede brachten.

Als der Kanzler beim Frühstück dieses Telegramm las, sagte er sogleich im Tone des Erstaunens: „Das sieht ja aus wie der Krieg. Diese rücksichtslose Sprache könnte Gramont nicht führen, wenn der Krieg nicht beschlossene Sache wäre. Man sollte jetzt sofort die ganze Armee mobil machen und über die Franzosen herfallen; das wäre der Sieg. Leider geht das aber nicht aus verschiedenen Gründen." —

* * *

Die Krone Spaniens ist auf Betreiben des Staatsrats Don Eusebio Salazar y Mazzaredo, und durch ihn persönlich, dem Erbprinzen Leopold von Hohenzollern in den Jahren 1869 und 1870 viermal angeboten worden.

Das erste Anerbieten wurde einfach abgelehnt. Nach dem zweiten Antrage äußerte (im September 1869) der Fürst Anton, daß die Frage erst in nähere Erwägung gezogen werden könne, wenn die spanische Regierung die Gewißheit habe, daß sowohl Kaiser Napoleon als König Wilhelm mit der Wahl des Erbprinzen einverstanden sein würden. Von der bezüglichen Besprechung gab der Fürst dem Kaiser

In den Lebenserinnerungen des Königs Karl von Rumänien[1]) wird eine dem König Wilhelm von Bismarck vorgelegte Denkschrift erwähnt, deren kurze Inhaltsangabe auf die Identität derselben mit meiner Ausarbeitung schließen läßt.

Durch dasselbe Werk sind folgende Thatsachen bekannt geworden.

Am 15. März 1870 fand unter dem Vorsitz des Königs eine Beratung statt, an welcher außer dem Kronprinzen, dem Fürsten Karl Anton und dem Erbprinzen von Hohenzollern teilnahmen: Bismarck, Roon, Moltke, Thile, Delbrück und Schweinitz. Im Laufe der Besprechung äußerte der Fürst Karl Anton, es scheine ratsam, sich der Zustimmung des Kaisers Napoleon zu versichern; dagegen aber wurde geltend gemacht, daß der Marschall Prim den höchsten Wert auf Geheimhaltung der ganzen Unterhandlung lege. Der einstimmige Beschluß der Ratgeber lautete auf Annahme des Anerbietens, da dieselbe als „eine patriotische Pflichterfüllung" erscheine. Der Erbprinz vermochte jedoch nicht, sich über manche Bedenken, namentlich nicht über die Rücksicht auf die

[1]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien. Aufzeichnungen eines Augenzeugen." Stuttgart, Cotta, 1894, II. S. 67. Für das Folgende vergl. S. 70, 72, 90, 93, 96, 98.

In dem Briefe des Fürsten Karl Anton vom 20. März (S. 72) wird als bei der Beratung des 15. März anwesend Schleinitz genannt, statt Schweinitz; vielleicht ein Druckfehler. Die Teilnahme des Hausministers von Schleinitz an dieser Verhandlung würde Bismarck nicht gewünscht haben; der damalige Gesandte in Wien aber, General von Schweinitz, war zufällig in Berlin und wurde, da er Spanien bereist hatte, zugezogen. Die Namen der Teilnehmer sind mir damals bekannt geworden. Ueber den Fortgang der Sache kann ich jedoch ein eigenes Zeugnis nicht darbieten, da ich von Anfang April bis Mitte Juni beurlaubt war.

Ansprüche von Mitgliedern der entthronten Königsfamilien, hinwegzusetzen und lehnte Anfang April definitiv ab.

Da schickte Bismarck Lothar Bucher und den Major von Versen nach Spanien, um die dortige Lage und die Aussichten der Königswahl zu studieren. Die Berichte von beiden lauteten so günstig, daß der König meinte, sie möchten vielleicht infolge der den Verfassern in Spanien erwiesenen Aufmerksamkeiten etwas zu rosig gefärbt sein. Der Erbprinz aber, wie auch sein jüngerer Bruder Prinz Friedrich, verblieb in ablehnender Haltung.

Fürst Karl Anton schreibt am 26. Mai, Bismarck sei sehr unzufrieden mit dem Fehlschlagen der spanischen Kombination; er habe nicht unrecht, doch sei die Sache noch nicht vollständig aufgegeben.

Allmählich entwickelt sich eine Sinnesänderung des Erbprinzen, welcher die schwierige Lage zu würdigen beginnt, in die das spanische Volk durch sein Beharren bei der Ablehnung versetzt werden würde. Hierüber berichtet Fürst Karl Anton dem Kronprinzen, und dieser benachrichtigt den Kanzler[1]). Infolgedessen rät Bismarck dem Fürsten Karl Anton, dahin zu wirken, daß der Erbprinz im Interesse Deutschlands sich für die Annahme entscheide. Dieser Entschluß wird gefaßt, weil dem Erbprinzen „von berufenster Seite vorgestellt" worden, daß er seinem Vaterlande dadurch einen großen Dienst erweise. Prim ist inzwischen verständigt worden, er dürfe von deutschen Behörden keinen Beistand erwarten; nur direkte Verhandlung mit dem Fürsten sei in Erwägung zu ziehen.

[1]) Diese Thatsache ist auf S. 93 nicht ausdrücklich ausgesprochen, aber aus dem Zusammenhange der Sätze mit Sicherheit zu schließen.

Salazar wird zum viertenmal nach Deutschland geschickt und kann am 23. Juni die Rückreise antreten, um die Zusage des Erbprinzen zu melden. Bismarck erhält in Varzin von dieser Thatsache Kenntnis durch eine bei der Verhandlung beteiligt gewesene Privatperson[1]). In Madrid kommt jedoch die wichtige Nachricht zu spät an, um zu verhindern, daß die Cortes sich vom 24. Juni bis 31. Oktober vertagen. Es wird beschlossen, sie zur Königswahl außerordentlich einzuberufen; nach diesem Beschlusse aber scheint es unmöglich, das Geheimnis zu bewahren. Prim macht daher am 2. Juli abends dem französischen Botschafter, Baron Mercier, eine Mitteilung über die Sachlage. Dieser telegraphiert am 3. an Gramont. Gleichzeitig bringt die Pariser Telegraphenagentur Havas die Nachricht, eine Deputation der Cortes werde dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die Krone Spaniens anbieten.

Am 4. erhält der französische Geschäftsträger in Berlin vom Unterstaatssekretär von Thile auf Befragen die Antwort, die spanische Thronfrage existiere für die Preußische Regierung nicht; man könne daher über etwaige Verhandlungen der Spanischen Regierung mit dem Prinzen Leopold keine Auskunft geben.

Am 4. und 5. bringen Pariser Zeitungen aufreizende Artikel und am 6. erfolgt die erwähnte Kundgebung des Herzogs von Gramont im gesetzgebenden Körper.

Aus der vorstehenden Darstellung ergiebt sich, daß Bismarck die Anfang April gegen sein Votum erledigte spanische

[1]) Rundschreiben vom 18. Juli 1870; s. Hahn II, S. 47.

Thronfrage wieder aufgenommen und durch fortgesetzte indirekte Einwirkungen den Erbprinzen schließlich zu einer Erklärung bewogen hat, ohne welche der Krieg im Juli 1870 nicht ausgebrochen sein würde. Er hat in diesem Falle, wie in vielen anderen, für seine Schuldigkeit gehalten, ein als gut erkanntes Ziel nicht aufzugeben, wenn sich Hindernisse entgegenstellten, sondern unentwegt danach zu streben.

Es ist ihm aber, und nicht bloß im Auslande sondern oft auch bei uns, die Absicht unterstellt worden, durch Betreiben der spanisch-hohenzollernschen Angelegenheit den französischen Krieg und das deutsche Kaisertum herbeizuführen; daß diese Vermutung unbegründet ist, will ich nachzuweisen versuchen.

Bismarcks Gegner behaupten, er habe sich schon im Jahre 1869 bemüht, auf die spanischen Gewalthaber Einfluß zu gewinnen, um die Königswahl auf einen hohenzollernschen Prinzen zu lenken[1]). Für diese aus dem Auslande importierte Behauptung wird sich nie ein Beweis erbringen lassen. Ich erinnere mich zwar, daß unser Gesandter in München, Freiherr von Werthern, der früher als Gesandter in Madrid mit Salazar bekannt geworden war, im Frühjahr

[1]) So meint Justus von Gruner (Rückblick auf mein Leben, Deutsche Revue vom September 1901, S. 311), Bucher sei zu diesem Zweck nach Spanien gesandt worden und habe die Sache so weit gefördert, daß sie im März 1870 in einer kleinen Versammlung von Staatsmännern und Generalen ernstlich beraten werden konnte. Bucher aber ist während des ganzen Jahres 1869 und bis zum April 1870 täglich mit mir zusammen oder in Varzin gewesen; er hätte nicht nach Spanien reisen können, ohne daß ich es erfuhr. Erst nach der dritten Ablehnung des spanischen Anerbietens, im April 1870, erhielt er den oben erwähnten Auftrag.

1869 vertraulich berichtete, er habe diesen Träger des Anerbietens der spanischen Krone auf der Weinburg (dem Lieblingsaufenthalte des Fürsten Karl Anton) vorgestellt. Es ist ihm jedoch hierauf irgend ein Interesse des Chefs für diese Angelegenheit nicht zu erkennen gegeben worden. Nach meinen bei täglichem Verkehr gemachten Wahrnehmungen hat Bismarck die Sache im Jahre 1869 noch nicht ernst genommen. Am 11. Mai beantwortete er eine Anfrage Benedettis dahin, daß wegen der völligen Unsicherheit der spanischen Verhältnisse und bei der ihm bekannten Auffassung des Fürsten Karl Anton die spanische Krone voraussichtlich würde abgelehnt werden, wenn die Cortes sie wirklich anbieten sollten. Prim strebe aber vielleicht selbst nach der höchsten Gewalt.

Erst Ende Februar 1870 wurde Bismarck anderen Sinnes, als Prim seine Hilfe zur Errettung Spaniens aus der Gefahr der Anarchie anrief und die Wahl des Erbprinzen durch wenigstens drei Viertel der Cortes zusagte. Da stellten sich ihm die Lichtseiten des Projektes dar, und er fixierte seine Gedanken durch das oben mitgeteilte Diktat. Beim Lesen desselben kann es auffallen, daß Bismarck darlegt, wie durch die Herrschaft eines Hohenzollern in Spanien die Kriegsstärke Frankreichs Deutschland gegenüber um wenigstens ein Armeecorps verringert werden würde, daß er aber daran nicht die nahe liegende Vermutung knüpft, man würde Krieg führen, um solchen Nachteil abzuwenden, sondern im Gegenteil annimmt, diese voraussichtliche Wirkung der hohenzollernschen Herrschaft in Spanien würde dem Frieden dienen. Anscheinend hat er gedacht, daß der Kaiser Napoleon, dessen seit 1865 mit jedem Jahre verschlimmerte physische Leiden

seine Willenskraft geschwächt hatten, zu einem raschen Entschluß für den Krieg in der Erhebung eines ihm verwandten Herrschers auf den spanischen Thron keinen Anlaß finden würde. Diese Annahme mochte noch mehr Wahrscheinlichkeit gewinnen, als durch das Plebiszit vom 8. Mai 1870 Napoleons Dynastie neu befestigt zu sein schien.

Nie ist dem Kanzler der Gedanke nahe gebracht worden, daß aus den spanischen Wirren eine Kriegsgefahr für uns erwachsen könnte. Im Mai 1869 hat zwar der Kaiser Napoleon zu Benedetti[1]) gesagt, die Erhebung Montpensiers wäre antidynastisch und nur gegen ihn gerichtet, er könne sie also zulassen; die Kandidatur Hohenzollern aber wäre wesentlich antinational; das Land würde sie nicht ertragen, man müsse sie daher verhindern. Benedetti jedoch, der zu besonders vorsichtigem Auftreten in dieser Angelegenheit angewiesen war, hat die Meinungsäußerung des Kaisers Bismarck gegenüber nicht erwähnt; und auf die im Herbst 1869 durch den Fürsten Karl Anton gemachte vertrauliche Mitteilung von Salazars zweitem Anerbieten hat der Kaiser geschwiegen. Bismarck konnte daher im Frühjahr 1870 in gutem Glauben annehmen, daß es für Napoleon von besonderem Wert sei, wenn — wie es in dem Diktat heißt — eine orleanistische oder republikanische Entwicklung der spanischen Frage vermieden würde[2]).

---

[1]) Benedetti „Ma mission en Prusse" p. 307.

[2]) Denselben Gedanken äußerte der Kanzler in der Bundesratssitzung vom 16. Juli 1870 (Hahn II S. 54) mit den Worten: „Das Bundespräsidium konnte nicht darauf gefaßt sein zu erfahren, daß die französische Regierung, deren Interesse an der spanischen Frage ihm

Nun wird freilich mitunter gesagt, Bismarck müsse gewußt haben, daß das französische Nationalgefühl in Bezug auf alles, was mit der Erhaltung des in Madrid vorwiegenden französischen Einflusses zusammenhing, im höchsten Grade empfindlich war, und daß deshalb die Wahl eines hohenzollernschen Prinzen voraussichtlich einen kriegerischen Ausbruch herbeiführen würde[1]).

Darauf kann ich nur erwidern: Nein! Das hat er nicht gewußt. Nach meinen am 8. Juli erhaltenen Eindrücken ist er durch das Auftauchen der französischen Kriegsgefahr vollständig überrascht worden.

Es ist merkwürdig, daß unter den erlauchten und den vielerfahrenen Herren, welche am 15. März um den König versammelt waren, sich niemand befand, der auch nur die Möglichkeit angedeutet hätte, aus der Annahme der spanischen Krone könne für uns ein Krieg entstehen. Keiner dieser Herren hatte lange genug in Frankreich gelebt, um jene überaus empfindliche Stelle des Nationalgefühls kennen zu lernen. Auch in den erwähnten Mitteilungen aus dem Leben des

---

auf die Verhütung einer republikanischen oder orleanistischen Entwicklung sich zu begrenzen schien, in der Annahme der Thronkandidatur durch den Prinzen von Hohenzollern eine ihr zugefügte Kränkung erblicke."

[1]) Der damalige deutsche Konsul in Paris, Dr. Felix Bamberg, ein auf der Pariser Universität ausgebildeter Mann, der sich durch verschiedene historische Arbeiten bekannt gemacht hat, äußerte im März 1871, man sei in Frankreich seit mehr als 100 Jahren gewöhnt gewesen, den spanischen Thron gleichsam als eine französische Sekundogenitur zu betrachten, und würde nie ertragen haben, daß ein deutscher Fürst denselben einnehme; der Kanzler habe daher die Kandidatur des Erbprinzen von Hohenzollern wahrscheinlich in kriegerischer Absicht befürwortet. Bamberg ließ sich jedoch belehren, daß diese Vermutung unbegründet war.

Königs Karl von Rumänien findet ſich keine Spur einer Beſorgnis, daß in der ſpaniſch-hohenzollernſchen Frage der Keim eines Krieges liegen könnte.

Bei Bismarcks Denkweiſe war es abſolut ausgeſchloſſen, einen großen Krieg — und zwar nach ſeiner damaligen Auffaſſung den erſten einer Reihe von Raſſenkriegen — herbeiführen zu wollen, um vielleicht einige Jahre früher die Frucht des Eintritts der Süddeutſchen in den Nordbund zu pflücken, eine Frucht, deren natürliches Heranreifen geduldig und gern abwarten zu wollen, er oft genug erklärt hat. Einen ſolchen willkürlichen Eingriff in die Geſchicke zweier großen Völker würde er für ein vor Gott nicht zu verantwortendes Verbrechen gehalten haben.

Es kommt vor, daß das Unwahrſcheinliche die wirkliche Wahrheit iſt; ſo verhielt es ſich in dieſem Falle.

* * *

In Varzin waren am 8. Juli die Poſtpferde zu meiner Rückreiſe ſchon beſtellt; aber nach der Ueberraſchung durch die Gramontſche Rede ſagte der Chef: „Nun bleiben Sie wohl hier, bis man abſehen kann, was aus der Sache wird.“

Das Erſcheinen Benedettis in Ems beunruhigte ihn ſo ſehr, daß, obwohl die Karlsbader Brunnenkur noch nicht beendigt war, er dem König telegraphiſch anzeigte, ſein Geſundheitszuſtand erlaube ihm zu reiſen, er ſtehe zur Verfügung. Am 11. abends erfuhr er den Wunſch des Königs, ihn zu ſehen; am 12. früh ſaß er im offnen Reiſewagen. Mir war der Platz zu ſeiner Linken angewieſen. Er war ungewöhnlich ſchweigſam, ſah aber heiter aus. Die Inſtruktionen, die in

den letzten Tagen an unſere Agenten ergangen waren, lauteten dahin, wir würden wegen der franzöſiſchen Drohungen keine Händel ſuchen, aber uns zu wehren wiſſen, wenn man uns angreifen wollte.

Am Abend fand er in Berlin die Nachricht, daß der Fürſt von Hohenzollern im Namen ſeines Sohnes entſagt hatte.

Er meldete dem König, daß, da er unwohl ſei, der Miniſter Graf Eulenburg ſtatt ſeiner in Ems erſcheinen werde.

Er hatte eine ſchlafloſe Nacht; am 13. aber wurden zwei neue franzöſiſche Forderungen bekannt.

Es ging ein Bericht unſeres Pariſer Botſchafters, Baron Werther, vom 12. ein, wonach die Miniſter Gramont und Ollivier wünſchten, der König möge an den Kaiſer Napoleon einen für die Oeffentlichkeit geeigneten Entſchuldigungsbrief richten, in welchem jedoch die verwandtſchaftlichen Beziehungen des Fürſten von Hohenzollern zum Kaiſer nicht zu erwähnen wären.

Dieſer Bericht hatte keine anderen Folgen, als daß der Botſchafter unter ſtrengem Tadel ſeiner Bereitwilligkeit, ſich zum Träger einer ſo beleidigenden Zumutung zu machen, ſofort beurlaubt wurde. Von franzöſiſcher Seite iſt man auf dieſen Gegenſtand uns gegenüber nicht zurückgekommen.

Die zweite Forderung war das von dem Grafen Benedetti auf der Brunnenpromenade in Ems — wo keiner unſerer Miniſter gegenwärtig war — an den König geſtellte Anſinnen eines Verſprechens, niemals in Zukunft der Erhebung eines hohenzollernſchen Prinzen auf den ſpaniſchen Thron zuzuſtimmen.

Die Ablehnung dieſer Zumutung durch den König iſt in der am 19. Juli in Berlin übergebenen franzöſiſchen Kriegserklärung als die Urſache des Krieges bezeichnet worden.

Beide Forderungen konnten nur aufgefaßt werden als Beweiſe eines leidenſchaftlichen Verlangens, uns zu demütigen, und mußten zum Kriege führen, da verſchiedene Kundgebungen von Führern der franzöſiſchen Abgeordneten erkennen ließen, daß die die Miniſter beherrſchende Leidenſchaft auch die Majorität des geſetzgebenden Körpers erfaßt hatte. Dadurch war jede Ausſicht auf Erhaltung des Friedens geſchwunden.

Es kam alſo darauf an, den diplomatiſchen Bruch ſo zu beſchleunigen, daß wir den Vorſprung der franzöſiſchen Rüſtungen einholen konnten; bei uns war noch kein Reſerviſt einberufen, kein Pferd gekauft worden. Dieſem Zweck diente das vielbeſprochene kurze Telegramm über die Emſer Vorgänge, welches Bismarck am Abend des 13. an die Zeitungen und an unſere Geſandten abgehen ließ; an die Geſandten zu ihrer Information, nicht aber — wie von franzöſiſcher Seite irrtümlich behauptet worden iſt — zur Mitteilung an fremde Regierungen.

Anſcheinend hat dieſes Telegramm, deſſen Wirkung durch unrichtige Meldungen darüber verſtärkt wurde, verurſacht, daß am 15. die franzöſiſchen Miniſter in den Kammern erklärten, wegen des von Preußen gewollten Krieges müßten jetzt alle Reſerven einberufen werden.

An demſelben Tage kehrte der König von Ems nach Berlin zurück, auf allen Stationen der Eiſenbahn wie in Berlin von jubelnden Huldigungen begrüßt. Auf die Meldung von den Pariſer Vorgängen befahl er am Abend die Mobilmachung der ganzen Armee.

Für Deutschland war es eine Gunst des Geschicks, daß der edle Fürst von Hohenzollern entsagt hatte; denn nicht nur in England und Oesterreich, sondern in vielen Kreisen auch bei uns war man der Meinung, daß französische Interessen durch die Erhebung eines deutschen Prinzen zum König Spaniens beeinträchtigt werden könnten und daß daher Frankreichs Einspruch sachlich einige Berechtigung gehabt hätte, wenn auch die Form der ministeriellen Aeußerungen zu mißbilligen gewesen sei. Ein Krieg wegen des spanischen Thronkandidaten wäre äußerst unpopulär gewesen. Als aber bekannt wurde, daß Frankreich, nicht befriedigt durch das Opfer wertvoller fürstlicher Anrechte, neue nur auf unsere Demütigung berechnete Forderungen gestellt hatte, da brauste der furor teutonicus wie ein Sturm durch das ganze Land von den Alpen bis zu den Meeren.

Glücklich, wer jene Wochen freudigen Opfermutes und begeisterter Siegeshoffnung erlebt hat.

In der von Miquel entworfenen Adresse des Reichstages an den König hieß es:

„Wir vertrauen auf den unerschütterlichen Entschluß des deutschen Volkes, alle Güter dieser Erde daran zu setzen und nicht zu dulden, daß der Fremde dem deutschen Mann den Nacken beuge."

Auf der Straße, „Unter den Linden", begegnete mir Graf Eberhard Stolberg und rief:

„Hoch in der Luft schwebt eine Kaiserkrone! Will's Gott, so wird sie sich hernieder senken auf das geheiligte Haupt unseres Kriegsherrn."

XII.

In Frankreich. Deutſches Kaiſertum. Frieden. Reichstag. Varzin, Gaſtein und Salzburg. Schluß. Auguſt 1870 bis Oktober 1872.

Am ſonnigen Nachmittage des 31. Juli ging von Berlin der lange Extrazug ab, der den König und ſein Gefolge nach dem Rhein führte. An allen Halteſtellen ſtanden dicht gedrängte Menſchenmaſſen, die Seine Majeſtät mit Hurra begrüßten und dann das Lied „Die Wacht am Rhein" anſtimmten. Dieſes bis dahin unbekannte Marſchlied war wunderbar ſchnell in der Armee und im Lande verbreitet worden, da es der in allen Geiſtern lebendigen frohen Zuverſicht ſiegreicher Verteidigung des Rheinlandes kräftigen und ſchönen Ausdruck gab.

Der Aufmarſch der deutſchen Heere am Rhein vollendete ſich ſo ſchnell, daß der noch um Mitte Juli vermutete franzöſiſche Vorſtoß auf Baden zu Ende des Monats unmöglich war und unſer Einrücken in Frankreich bevorſtand.

Der Kanzler hatte zu ſeiner Begleitung außer Abeken,

wächst aus derselben Wurzel wie die Demut, aus der Gottesfurcht."

Am 14. nachmittags hörten wir aus unserem Quartier in dem Dorfe Herny Kanonendonner in der Richtung von Metz. Am 15. stieg auch der Kanzler zu Pferde, um im Gefolge des Königs die beiden Armeecorps zu besuchen, welche am Tage vorher bei Courcelles im Feuer gewesen waren. Wir anderen blieben in einiger Entfernung zurück, da der König nur kleines Gefolge befohlen hatte, und kamen nicht bis an das Schlachtfeld. Doch ritten wir nahe genug an das Moselthal, um auf den jenseitigen Höhen die gelblichen Türme und Mauern des Forts St. Quentin über Metz leuchten zu sehen, während Morgennebel noch die in der Tiefe liegende Stadt bedeckten. Dort war jedoch keinerlei Bewegung sichtbar; es fiel kein Schuß.

Am 16. nachmittags erreichten wir das etwa 25 km südlich von Metz auf dem linken Moselufer gelegene Städtchen Pont-a-Mousson. Dorthin gelangten häufige Meldungen über den Gang der blutigen Schlacht, die bis in die Nacht hinein bei Mars-la-Tour gekämpft wurde. Man vermutete, daß die Schlacht am 17. wieder beginnen könnte; der König und die Generale fuhren daher schon früh um $3\frac{1}{2}$ Uhr hinaus.

In später Abendstunde des 16. befand sich der Kanzler noch beim Könige zusammen mit Moltke. Da tritt ein Ordonnanzoffizier ein und macht in leisem Tone dem General eine Meldung, die ihn zu erschrecken scheint. Bismarck versteht seinen Blick und fragt: „Geht es mich an?" Darauf meldet der Offizier laut: „Bei der letzten Attacke des 1. Garde-Dragoner-Regiments ist Graf Herbert Bismarck gefallen,

Graf Bill tödlich verwundet worden.“ Und auf Befragen giebt er an, die Nachricht komme von dem kommandierenden General des X. Corps von Voigts-Rhetz, deſſen augenblicklicher Aufenthalt nicht bekannt ſei, da der General umherreite, um alle Lazarette zu beſichtigen.

Bismarck läßt ſofort ſatteln; und ohne ein Wort zu ſagen reitet er in die Nacht hinaus. Kein Reitknecht darf ihm folgen. Beim erſten Morgengrauen kommt er in das Dorf Tronville und trifft auf der Straße den ihm aus dem Reichstage bekannten Profeſſor Aegidi, welcher als Krankenpfleger thätig iſt und melden kann, daß der General von Voigts-Rhetz ſoeben vorbeigeritten ſei nach dem Johanniter-Hoſpital am andern Ende des Dorfes. Dort findet ihn der Kanzler und erhält Geleit nach einem Gehöfte in Mariaville, wo mehrere Verwundete liegen. Beim Eintreten in das Haus kommt ihm ſein jüngſter Sohn unverletzt entgegen, Herbert aber liegt verwundet auf einem Strohlager. Er war von einer Kugel an der Bruſt geſtreift worden, eine zweite hatte ſeine Uhr zerſchmettert, die dritte aber war in das Fleiſch des Oberſchenkels eingedrungen. Graf Bill war bei der Attacke in der Dunkelheit über ein totes Pferd geſtürzt, hatte aber ſein Pferd feſthalten und, nachdem er einen Verwundeten in den Sattel gehoben, zurückführen können.

In dem improviſierten Feldlazarett fehlte es an Waſſer; der Kanzler ließ es von einem entfernten Brunnen in Fäſſern heranſchaffen. Im Hofe liefen viele Hühner und Puten herum; er veranlaßte den dirigierenden Arzt, darüber für die Kranken zu verfügen, was dieſer nicht gewagt hatte. Nach mehrſtündigem Aufenthalte bei ſeinen Söhnen ritt er auf das

Schlachtfeld vom 16. und schloß sich dem Gefolge des Königs an[1]).

Einige Tage später wurde Graf Herbert in unser Quartier und von Pont-a-Mousson über Frankfurt nach Nauheim transportiert, wo er längere Zeit unter mütterlicher Pflege verblieb.

Am Morgen des 17. hörten wir nur, daß der Chef nicht mehr im Schlafzimmer sei, und vermuteten, er wäre mit dem König weggefahren. Da im Bureau augenblicklich nichts zu thun war, ritten wir alle in früher Stunde nach der Richtung von Mars-la-Tour etwa 20 km weit und fanden den Chef bei den Offizieren des königlichen Gefolges.

Auf dem Rückwege konnte ich in dem Städtchen Gorze meinen Vetter Zieten begrüßen, welcher an der Spitze des Zieten-Husaren-Regiments eine tödliche Wunde erhalten hatte.

Es war befohlen, den Angriff auf die französischen Stellungen westlich von Metz erst am 19. zu beginnen, da das sächsische Armeecorps nicht vor dem 18. abends die ihm angewiesene Stellung erreichen konnte. Ein Angriff von französischer Seite aber war zu jeder Zeit möglich. Der König

---

[1]) Daß er am 16. morgens bei den Söhnen gewesen und was er im Feldlazarett angeordnet, erzählte der Kanzler uns am Abend beim Essen; von seinem nächtlichen Ritt aber hat er damals nicht gesprochen. Ich erfuhr diesen Vorgang erst in Berlin durch Professor Aegidi, welchem er im Sommer 1871 bei Erwähnung des Zusammentreffens in Tronville die oben erzählte Mitteilung gemacht hat. Abeken sagt in einem Briefe vom 18. August, der Chef habe am Morgen des 17. vom Schlachtfelde aus mit seinem Vetter Bohlen die Söhne besucht. Das war also der zweite Besuch. Karl hat dabei vermutlich vom ersten gehört, uns andern aber nichts darüber mitgeteilt. (S. H. Abeken, Ein schlichtes Leben. Berlin 1898 S. 397.)

fuhr daher am 18. früh um 4 Uhr ab nach Gorze und ſtieg dort zu Pferde. Der Kanzler und ſein Vetter Karl ſchloſſen ſich dem Gefolge an; Abeken aber, Hatzfeldt und ich blieben zurück, um zu arbeiten.

Im Laufe des Tages hieß es, daß eine große Schlacht geſchlagen würde; abends, daß der König und der Kanzler auf dem Schlachtfelde übernachten würden. Am 19. früh fuhren wir daher hinaus, mit Nahrungsmitteln reichlich verſehen, und fanden den Kanzler in der Nähe des Dorfes Rezonville. Er war bereits vollkommen geſättigt durch die von einem Stabsoffizier geſpendete Erbswurſtſuppe. Am Tage vorher hatte er nur Kommißbrod gehabt und einige Eier, die er am Degengriff zerſchlug. Er meinte aber, ſich nie wohler wie jetzt gefühlt, und ſelten ſo gut geſchlafen zu haben wie in Rezonville; der Krieg ſei doch vielleicht der dem Menſchen natürliche und geſunde Zuſtand.

Mit dem amerikaniſchen General Sheridan, einem ſehr angenehmen Manne, ritten wir ſo nahe als thunlich an die Forts von Metz heran, erreichten aber keinen Punkt, von welchem die Stadt ſichtbar geweſen wäre. Wir traten in verſchiedene Feldlazarete ein; überall große Not. Bismarck verteilte die für ihn und für uns mitgebrachten Nahrungsmittel an die Verwundeten und gab eigenhändig allen zu trinken.

Der König unterließ den anfänglich beabſichtigten Ritt zu den verſchiedenen ſiegreichen Corps. Es hieß, er ſei zu tief erſchüttert durch die eingegangenen Meldungen über unſere ungeheuren Verluſte. Das Gardecorps allein ſollte etwa 8000 Mann verloren haben.

Die drei folgenden Tage brachten in Pont-a-Mousson viele Arbeit und manchen Kummer. Trotz des großen Erfolges — der Einschließung der Armee Bazaines durch einen eisernen Ring — konnte Bismarck über die nach seiner Meinung am 18. gemachten Fehler sich nicht beruhigen. Er schalt bitter auf den Mißbrauch der ungeheuren Bravour der Leute durch den General Steinmetz, welcher gegen des Königs Befehl die Schlacht einleiten zu sollen gemeint hatte, weil „das Vorpostengefecht so gut gegangen" wäre. Und dann, daß der Generalstab des Gardecorps, ohne die Sachsen abzuwarten, die Sache allein hatte abmachen wollen, und daß er gegen die Schützengräben von St. Privat die auserlesensten Truppen, die Garde-Schützen und -Jäger, nicht etwa ausgeschwärmt, sondern in Colonnen vorgeschickt hatte, das verdammte er als verbrecherisch.

Moltke jedoch war mit dem erreichten großen Ergebnis zufrieden und meinte, daß dagegen die gemachten Fehler völlig zurückträten; es könne im „großen Kriege" sogar vorkommen, daß ein ganzes Armeecorps völlig aufgerieben würde, und auch das müßte man dann verschmerzen, wenn der erhoffte Zweck erreicht wäre. Steinmetz freilich dürfe wegen Ungehorsams sein Kommando nicht behalten; beim Gardecorps aber halte er irgend eine Personalveränderung nicht für angezeigt, da zur Entschuldigung der begangenen Fehler manches gesagt werden könne.

Diese Verschiedenheit der Auffassungen war, wie mir schien, die erste Ursache einer gewissen Verstimmung Bismarcks gegen Moltke und andere Generale, einer Verstimmung, welche, bald durch andere Umstände vertieft, während des

ganzen Feldzuges bis zur Uebergabe von Paris fortgedauert hat und nur in dem gemeinſamen Handeln bei der Kapitulation von Sedan augenblicklich zurücktrat.

Bekanntlich erhielt Prinz Friedrich Karl die Aufgabe, die Armee Bazaines im Metz feſtzuhalten, während der Kronprinz mit ſeiner Armee gegen Paris marſchierte.

Nicht früher, als am 24. Auguſt — im Hauptquartier Bar le Duc — erhielt das Militärkabinet vollſtändige Berichte über die Verluſte vom 18. Da erſt erfuhr ich, daß unter den etwa 500 gefallenen Offizieren ſich auch mein geliebter — und als Sänger berühmter — Freund Fabeck befand, welcher vor St. Privat die Gardeſchützen kommandiert hatte. Auch Bismarck ſchien von dieſer Nachricht ſchmerzlich ergriffen. Man durfte aber nicht rückwärts ſehen. Unſere Ulanen hatten als ſicher gemeldet, daß Mac Mahon, ſtatt die Richtung auf Paris einzuhalten, nach Norden abgeſchwenkt war, offenbar um nach Metz zu ſtreben. Es galt alſo, ihn vorher zu faſſen. Der Marſch der ganzen Armee des Kronprinzen wurde ſofort nach Norden gerichtet.

Am 30. Auguſt ritt man von dem Schloſſe Buſancy nach einem bei dem Dorfe Sommauthe gelegenen Hügel, von deſſen Gipfel das breite teilweiſe bewaldete Thal der Maas, und die dort angeblich zu erwartende Schlacht, gut zu überſehen war. Bismarck äußerte zu mir: „Als Bundeskanzler bin ich eigentlich für die Koſten eines jeden Schuſſes, der abgefeuert wird, verantwortlich; aber von dem, was heute vorgehen ſoll, weiß ich nicht mehr als jeder Reitknecht.“

Bald darauf kam die Meldung, daß der Regierungspräſident Graf Villers in Buſancy angekommen ſei, welcher

designiert war, die Aufsicht über die deutschen Verwaltungen mehrerer Präfecturen zu übernehmen. Da die Einrichtung und Leitung dieser Verwaltungen zu meinem Geschäftsbereich gehörte, mußte ich sofort nach Busancy zurückreiten. Erst am Abend erfuhr ich den glücklichen Ausgang der Schlacht bei Beaumont.

Eine Hauptursache, weswegen der Kanzler von den Verfügungen der Armeeleitung nicht regelmäßig Kenntnis erhielt, lag wohl in seiner damaligen Zeiteinteilung. In dem kurzen böhmischen Feldzuge hatte er den Vorträgen der Generale, welche vor dem Könige an Ruhetagen der Regel nach um 10 Uhr stattfanden, fast immer beigewohnt; in den folgenden Jahren verschlimmerte sich sein Leiden häufiger Schlaflosigkeit. Er pflegte nach der ersten Stunde des Nachtschlafs zu erwachen und dann bis gegen Morgen durch Nachdenken über verantwortungsvolle Entscheidungen wachgehalten zu werden. Gewöhnlich fand er erst bei Tagesanbruch den Schlummer wieder, von dem er dann selten vor zehn oder elf Uhr erwachte. Dieser Morgenschlaf schien ihm unentbehrlich und niemand wagte, ihn zu wecken. Wenn außergewöhnliche Ereignisse vorherzusehen waren, verzichtete er auf diese Erquickung; der Regel nach aber war er vormittags nicht sichtbar. Von seiner Teilnahme an den morgens stattfindenden Militärvorträgen konnte daher nicht die Rede sein. Es wurde stillschweigend vorausgesetzt, daß er alles Wichtige erführe, und keine Einrichtung getroffen, ihn von den ergangenen Befehlen fortlaufend zu unterrichten. Niemand mochte diese Frage anrühren. Oberst Albedyll, mit dem ich darüber sprach, sagte, es sei da nach seiner Meinung nichts zu ändern.

Die Militärvorträge auf den Nachmittag zu verlegen, sei aus verschiedenen Gründen unmöglich. Wahrscheinlich sei es auch den Herren Generalen ganz bequem, daß der Kanzler ihren Vorträgen nicht beiwohne und über alles mitspreche. Auf jede Frage aber würde er natürlich vollständige Auskunft erhalten.

Ich bemühte mich nun während des ganzen Feldzuges, mit den Adjutanten und Abteilungschefs der Armeeleitung Fühlung zu halten und fand bei all diesen Herren jederzeit kameradschaftliches und offenherziges Entgegenkommen; es gelang mir aber nicht, durch gelegentliche Meldung über militärische Verfügungen die Verstimmung des Kanzlers wegen des Mangels regelmäßiger dienstlicher Informationen zu mildern.

Am 1. September waren Abeken und ich im Hauptquartier Vendresse den ganzen Tag an den Schreibtisch gefesselt; nur Hatzfeldt und Graf Karl hatten das Glück, den Chef zu begleiten und vom Gipfel eines breiten Hügels die Entwickelung der Katastrophe von Sedan zu beobachten.

Abends wurden wir vom Chef nach dem Städtchen Donchery gerufen. Am 2. ritten wir alle nach dem Schloß Fresnois, wo der König mit dem Kaiser Napoleon eine Unterredung ohne Zeugen hatte. Ueber den Inhalt dieses Gespräches erzählte der Kanzler vertraulich folgende Einzelheiten.

Der Kaiser Napoleon äußerte, die deutschen Heere seien immer von so dichten Netzen der Kavallerie umgeben gewesen, daß man sichere Nachrichten über ihre Bewegungen nicht erhalten konnte. Doch habe er gehört, daß Prinz Friedrich Karl die vor Sedan stehende Armee kommandiere.

„Das ist ein Mißverständnis," entgegnete der König, „hier steht die Armee meines Sohnes; mein Neffe Friedrich Karl hält mit seinen Corps den Marschall Bazaine in Metz eingeschlossen." Da ließ Napoleon beide Arme sinken und sagte: „Dann ist in der That Alles verloren!"

Nachmittags gegen 2½ Uhr begann der König mit großem Gefolge über das weit ausgedehnte, hügelige Schlachtfeld zu reiten, um möglichst viele Regimenter zu begrüßen.

Ich trennte mich einige Zeit vom Gefolge, um nach einem am Tage vorher im Garde-Dragonerregiment gefallenen Neffen zu fragen. Dadurch kam ich in die Lage, den Offizieren der Gardes du Corps und der Garde-Kürassiere das Ergebnis der Schlacht mitzuteilen, für dessen Bekanntmachung an die von Sedan entfernt stehenden Truppen binnen 24 Stunden nichts geschehen war.

Dem Kanzler schien die Anstrengung dieses achtstündigen Rittes gut zu bekommen, da er sich in erhöhter Stimmung befand, wenngleich die an den Sedantag geknüpfte Friedenshoffnung getäuscht hatte.

Am 5. September erreichten wir Reims. Am 6. abends 10 Uhr wollte der Chef auf die Straße gehen, um Luft zu schöpfen und nahm mich mit. Er fragte nach meiner Kindheit, ließ sich manches Erfreuliche davon erzählen und sagte dann: „Meine Kindheit hat man mir in bester Absicht verdorben. Die damals berühmte Plamannsche Anstalt, in der ich sechs Jahre aushalten mußte, war eine Art Zuchthaus." Und nach einer kurzen Pause: „Wir werden nun bald daran denken müssen, die Mächte darauf vorzubereiten, daß wir ohne Straßburg und Metz nicht Frieden machen

können. Nicht um Elsaß und Lothringen wieder an Deutschland zu bringen, sondern nur, um den Franzosen einen neuen Angriffskrieg zu erschweren, müssen wir die beiden Festungen besitzen. Man hat uns schon Sadowa nicht verziehen und wird unsere jetzigen Siege noch weniger verzeihen, mögen wir beim Frieden noch so großmütig sein. Es ist ja schon in Pont-a-Mousson davon mehrmals die Rede gewesen. Der König hat auch schon vor der Schlacht von Beaumont aus Busancy in diesem Sinne an den Kaiser Alexander geschrieben, um ihn vertraulich vorzubereiten; wir werden aber bald auch amtlich an Rußland und die anderen Mächte herangehen müssen. Mir ist zwar die Erwerbung von Lothringen politisch unerwünscht; aber die Generale halten Metz für unerläßlich, da es den Wert von wenigstens 120000 Mann repräsentiert."

Während der zehn Tage des Aufenthalts in Reims gab es so viel zu thun, daß Abeken und ich nicht einen Moment aus der Stadt ins Freie gelangen konnten. Dort, und dann im Hauptquartier Meaux, wurden über die unerläßlichen Basen des Friedens zwei ausführliche Rundschreiben von Abeken entworfen und vom Chef mit Bleistift vielfach umgeändert. Beide gingen zu mechanischer Vervielfältigung nach Berlin. Die Vorschrift, daß Bleistiftzüge des Chefs in der Kanzlei mit Tinte nachgezogen werden sollen, war in diesen Fällen beim Vorhandensein metallographischer Exemplare nicht ausgeführt worden. Im Hauptquartier Ferrieres aber bemerkte der Kanzler diesen Mangel in den Akten, ließ Abeken und mich rufen und sagte zu uns beiden: „Sie halten das Bureau nicht in Ordnung. Wir machen keine Vergnügungsreise.

Wenn Sie mich alle im Stich lassen und krank ärgern, so ist der Moment schlecht gewählt, da ich jetzt sehr schwer zu zu ersetzen bin."

Derartige Aeußerungen tiefer Verstimmung sind im Laufe der folgenden Monate mehrmals vorgekommen. Wir waren alle der Meinung, jeden, auch scheinbar unbegründeten, Tadel schweigend anhören zu sollen, um nicht durch irgend eine Entgegnung die Schmerzen des nervenleidenden Chefs zu steigern.

In Ferrieres erkrankte am 27. September Abeken in bedenklicher Weise, nach Ansicht des Generalarztes Dr. von Lauer infolge von Ueberanstrengung. Einige Syptome ließen auf eine Störung der Centralorgane, eine leichte Schlagberührung, schließen. Der Chef verfügte sofort Buchers Einberufung zu geschäftlicher Aushilfe. Abeken erholte sich nach mehreren Tagen wieder, übernahm seine früheren Arbeiten und zeigte sich allen Anforderungen gewachsen; aber sein sonst kindlich frohes Wesen hatte öfters einen elegischen Zug, welcher mich um ihn besorgt machte.

* * *

Am 5. Oktober wurde das Hauptquartier nach Versailles verlegt.

Ein weiter Ring um Paris war von unseren Truppen am 19. September geschlossen worden. Nur 163000 Mann standen auf der ungefähr 140 km langen Umfassungslinie verteilt. Die Zahl konnte später etwas erhöht werden, soll aber nie mehr als 200000 Mann betragen haben. Es war vorgesorgt, daß, sobald Vorbereitungen zu einem Ausfall aus

Paris erkennbar wurden, an jedem bedrohten Punkte starke Truppenmassen zusammenströmen konnten.

Moltke äußerte damals gelegentlich, daß wohl sechs Wochen der Einschließung genügen würden, um die Uebergabe durch Hunger zu erzwingen; Bismarck hatte von den wirtschaftlichen Hilfsmitteln der Millionenstadt eine weniger ungenaue Vorstellung und meinte, daß baldige Beschießung durch schwere Geschütze notwendig sein würde, wenn man nicht einige Monate vor Paris verlieren wollte. Er machte sich von Hause aus auf einen längeren Aufenthalt in Versailles gefaßt, wenn er auch dessen fünfmonatliche Dauer nicht voraussah.

Sein Quartier waren zwei Zimmer im ersten Stock eines netten Häuschens, dessen Fenster nach drei Seiten auf einen ziemlich großen, hübschen Garten hinausgingen. Im Erdgeschoß war ein längliches Speisezimmer und ein geräumiger Salon auf der Gartenseite; nach der Straße zu lag ein großes Billardzimmer, in dem die Kanzlei eingerichtet wurde. Dort pflegten Hatzfeldt, Bucher und ich, sowie die Chiffrierbeamten den ganzen Tag über und abends oft bis gegen Mitternacht zu arbeiten. Im ersten und zweiten Stock wohnten Abeken, Graf Karl, Dr. Busch[1]) und der Vorsteher der Kanzlei, Hofrat Wollmann. Die anderen Räte und fünf Chiffrierbeamte waren in der Nachbarschaft untergebracht. Zu den Hauptmahlzeiten aber — dem warmen Frühstück um

[1]) Abeken erwähnt (a. a. O. S. 432) in einem Briefe vom 5. Oktober, auch ich sei dort einquartiert gewesen. Ich trat aber das mir zugedachte Zimmer an Dr. Busch ab, da derselbe häufiger als ich zum Chef gerufen zu werden pflegte, um an deutsche und englische Zeitungen zu telegraphieren.

Mittag und dem Abendessen um 6 Uhr — pflegten sich alle zusammenzufinden. Zum Frühstück kam der Chef sehr selten herunter, abends aber fast immer, wenn er nicht unwohl war. Die Einladungen zur königlichen Tafel ergingen an ihn, wie auch an die Räte, immer unter der ausdrücklichen Bedingung, daß eilige Geschäfte dadurch nicht gestört würden, und wurden vom Chef der Regel nach abgelehnt. Die schmalen Seiten des langen Eßtisches waren abgerundet; an der einen pflegte der Chef in der Mitte zu sitzen, rechts und links neben ihm fast täglich einige Gäste, dann an beiden Langseiten die Räte und nach ihnen die Kanzleibeamten. Die Tafel war durch Karls Fürsorge immer reichlich ausgestattet. Das Tischgerät war aus Zinn. Zur Beleuchtung dienten Kerzen, welche in Flaschenhälse gesteckt waren.

Außer den bereits genannten Beamten war in Versailles mehrmals auf Tage oder Wochen Herr Delbrück anwesend und vom Dezember ab dauernd der erste Rat des Staatministeriums, Wagener; im Januar kamen dazu der Legationssekretär von Holstein und auf kurze Zeit der Attachee Graf Wartensleben.

Nach dem Essen pflegten die Kanzleibeamten zu verschwinden, die anderen aber in den Salon zu gehen und etwas zu rauchen. Am 16. Oktober ließ ich dort ein Möbel aufstellen, das im Hause gefehlt hatte, ein Pianino. „Selten", sagte der Chef, „hat das Auswärtige Amt einen so guten Gedanken gehabt." Fast an jedem Abend ließ er sich rauchend etwas vorspielen, wenn nicht gerade politische Beratungen drängten.

Am Weihnachtsabend wurden auch die Chiffrierbeamten

in den Salon eingeladen. Ich hatte einen Baum mit Lichtern beschafft, und für alle Anwesenden waren Cigarren, Pfefferkuchen, und wertlose kleine Geschenke von Hause eingegangen. Der Chef schien ein kindliches Vergnügen an diesen Veranstaltungen zu haben und dankte herzlich dafür.

Selten nur nahm er sich die Zeit, einen Spazierritt zu unternehmen; seine einzige Erholung bestand, wenn die Füße nicht schmerzten, in einsamen nächtlichen Spaziergängen durch den Garten, der von hohen Mauern umgeben war. Abeken mußte gewöhnlich statt seiner in den Morgenstunden, öfters auch am Abend, die Vorträge beim König halten, dessen Residenz in der Präfektur vom Auswärtigen Amte ziemlich weit entfernt lag. Nur ausnahmsweise hielt der Kanzler selbst den Immediatvortrag; oft war er durch Unwohlsein daran verhindert, oft auch durch ein Uebermaß eiliger Geschäfte.

Man wußte, daß unseren vor Paris stehenden Truppen schwere Kämpfe bevorstanden gegen die von Gambetta mit staunenswerter Energie im Norden, im Westen und im Süden geschaffenen Massen gut bewaffneter Streiter; und der vom Mont Valerien nach Versailles herüber dröhnende Geschützdonner mahnte täglich an die von der Einschließungsarmee zu bestehenden Gefechte.

In so schwüler Gewitterluft verhandelte Bismarck über den Ausbau der Verfassung, welche die deutschen Stämme vereinigen sollte. Nachdem er laut genug erklärt hatte, daß für uns ein Frieden ohne die Abtretung von Straßburg und Metz nicht annehmbar sein würde, machte sich in Süddeutschland die Erkenntnis geltend, daß ein Reich geschaffen werden müsse, welches diese Schutzwehren des Südens in Besitz nehmen könnte.

Im Laufe des September schon brachte die Bayerische Regierung den Wunsch einer Annäherung der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund amtlich zum Ausdruck. Der Staatsminister Delbrück wurde beauftragt, in München die Vorschläge Bayerns anzuhören, dabei aber nichts zu äußern, was auch nur den Schein eines beabsichtigten Druckes auf die freien Entschließungen der treuen Verbündeten hervorrufen könnte. An diesen Besprechungen nahm in München auch ein Vertreter Württembergs teil. Dann wurde von Stuttgart aus der Wunsch kund gegeben, die eingeleiteten Verhandlungen in Versailles fortzusetzen. Gleichzeitig ersuchte Baden, und bald darauf auch Südhessen um Aufnahme in den Norddeutschen Bund. Vor Ende Oktober kamen Bevollmächtigte aller süddeutschen Staaten nach Versailles und verhandelten mit Bismarck, Delbrück und teilweise mit Roon.

Die bayerischen Minister traten einstweilen zurück, um die Verhandlungen mit Baden und Hessen nicht zu erschweren, welche auch Mitte November zum Abschlusse kamen. Dann erst begannen die entscheidenden Besprechungen mit den Vertretern Bayerns. Sie kosteten den Kanzler drei fast schlaflose Nächte, wurden aber am 23. durch Unterzeichnung des Vertrages abgeschlossen. Bald darauf, am späten Abend, kam er noch in das Eßzimmer, in welchem zufällig Hatzfeldt und Karl beim Thee saßen. Letzterer erzählte mir noch in der Nacht, der Chef sei sehr heiter gewesen und habe mit sichtlicher Befriedigung von der nunmehrigen Vollendung der Einigung Deutschlands gesprochen. Er habe bemerkt, es wäre vielleicht nicht notwendig gewesen, den Bayern so viel, wie geschehen, zu konzedieren; er hätte aber gewünscht, daß sie

den Vertrag gern unterschrieben. Unter Verbündeten erzwungene Verträge hätten auf die Dauer wenig Wert.

Unmittelbar darauf wurde auch mit Württemberg in Berlin abgeschlossen. Alle mit den süddeutschen Staaten getroffenen Vereinbarungen schlossen sich an die Verfassung des Norddeutschen Bundes an, ließen jedoch durch gewisse Reservatrechte zweier Staaten den föderativen Charakter dieser Verfassung noch stärker hervortreten. Eine gemeinsame staatsrechtliche Urkunde war hergestellt, es fehlten aber noch die dem politischen Bedürfnis entsprechenden Benennungen für den Bund und für dessen Oberhaupt. Auch dazu kam die erste leise Anregung, wie später der entscheidende Antrag, von bayerischer Seite.

Prinz Luitpold von Bayern, der jetzige Prinzregent, hatte sich dem großen Hauptquartier angeschlossen. Sein Adjutant, der Hauptmann Graf Berchem[1]) besuchte mich am 13. Oktober und legte mir vertraulich die Frage vor, ob es nach meiner Auffassung der Lage opportun sein würde, wenn eine Anregung dazu käme, daß das Bundespräsidium den Schmuck der Kaiserkrone erhielte. Ich erwiderte, der Kanzler habe sich über eine solche Möglichkeit meines Wissens nie geäußert, doch sei ich fest überzeugt, daß eine bezügliche Anregung ihm höchst willkommen sein würde.

Der Chef billigte die von mir gegebene Antwort. Es vergingen nun mehrere Wochen, ohne daß der Gegenstand

[1]) Graf Berchem, ein als Verwaltungsbeamter durchgebildeter Großgrundbesitzer, trat später in den auswärtigen Dienst des Reiches, bekleidete einige Jahre die Stellung des Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amte, zog sich aber nach dem Rücktritte des Fürsten Bismarck leider in das Privatleben zurück.

berührt wurde. Bei den Besprechungen mit den bayerischen Bevollmächtigten aber machte der Kanzler geltend, daß es für ihren König leichter sein müsse, gewisse Rechte dem Deutschen Kaiser einzuräumen als dem benachbarten Könige von Preußen. Bindende Instruktionen waren über diesen Punkt noch nicht ergangen, und so blieb im Vertrage das Wort Bundespräsidium stehen.

Bekannt ist, wie dann Prinz Luitpold in die Lage kam, am 4. Dezember in Versailles dem Bundesfeldherrn einen Brief zu überreichen, in welchem König Ludwig dem Wunsche nach „Wiederherstellung eines Deutschen Reiches und der Deutschen Kaiserwürde" Ausdruck gab; bekannt auch, daß König Ludwig dazu die Mitwirkung aller Bundesmitglieder nachsuchte und erhielt.

Dem Reichstage des Norddeutschen Bundes, welcher zu einer außerordentlichen Sitzung auf den 24. November einberufen war, wurden die vier Verfassungsverträge und bald darauf ein Antrag des Bundesrates vorgelegt, nach welchem im Eingange der Verfassung an Stelle der Worte Deutscher Bund die Worte Deutsches Reich zu setzen wären und folgende Bestimmung Aufnahme finden sollte:

„Das Präsidium des Bundes steht dem Könige von Preußen zu, welcher den Namen Deutscher Kaiser führt."

Dieser Antrag wurde, ebenso wie die Verträge, welche am 1. Januar 1871 in Kraft treten sollten, mit allen gegen die 6 sozialdemokratischen Stimmen genehmigt, welchen nur beim bayerischen Vertrage noch 26 ablehnende Stimmen hinzutraten.

Dann wurde eine Adresse beschlossen, um dem Wunsche

Ausdruck zu geben, der König möge das Einigungswerk weihen durch Annahme der deutschen Kaiserkrone.

Diese Adresse überreichte am 18. Dezember in Versailles der Präsident Simson an der Spitze einer Reichstagsdeputation. Der König erwiderte dankend, er könne eine endgültige Erklärung nicht eher geben, als bis die Zustimmung aller Bundesglieder amtlich mitgeteilt sein würde.

Abends waren die Vertreter des Reichstags zur königlichen Tafel geladen. Als der Kanzler von dort zurückkehrte, traf er mich zufällig allein im Salon und sagte, indem er rauchend auf und ab ging: „Der Verkehr mit Simson hat mir wirklich Vergnügen gemacht. Er war ja schon 1849 Präsident der Frankfurter Nationalversammlung und brachte als solcher das Anerbieten der Kaiserkrone nach Berlin; damals kannte ich ihn noch nicht. 1850 präsidierte er wieder im Erfurter Parlament, und ich war unter ihm Schriftführer. Er zeigte großes Geschick in der Leitung der Geschäfte, hatte aber in seinem Wesen etwas Feierliches, was meine Kritik reizte. In der Konfliktszeit hat er mich einmal in unschöner Weise angegriffen. Als Präsident des Norddeutschen Reichstages aber war er sehr achtbar und förderte rasche Abwickelung der Geschäfte. Es ist ein „reizendes Spiel des Geschickes", daß derselbe Mann ausersehen war, 1849 die Kaiserkrone namens der Nationalversammlung anzubieten und jetzt die Annahme der von den Fürsten dargebotenen Krone zu erbitten. Simson ist ein recht geistvoller Mann. Als er mich hier besuchte, war er wirklich unterhaltend, was ich von den meisten Leuten, die zu mir kommen, nicht behaupten kann."

Die Verfassung des Deutschen Reiches trat am 1. Januar

1871 in Kraft; der König aber hatte die ihm von allen Seiten angetragene Kaiserwürde noch nicht übernommen. Es fehlte nicht an Stimmen, welche den Aufschub dieser feierlichen Handlung bis nach dem Frieden befürworteten. So hörte ich Moltke einmal sagen, wir müßten doch Elsaß und Lothringen erst sicher haben, damit der König bei Uebernahme der Kaiserwürde diese Provinzen dem Reiche „als Morgengabe" darbringen könne. Aber es überwogen die Gründe für baldige Erfüllung der einmütigen Wünsche aller Verbündeten und der Volksvertreter. Der preußische Festtag des 18. Januar wurde zu der feierlichen Kundgebung gewählt, obwohl der militärische Horizont noch nicht völlig geklärt schien. Nach Norden, Westen und Süden waren zwar unsere Truppen siegreich vorgedrungen, aber im Südosten, bei Belfort, war die Entscheidung noch nicht gefallen. Auch konnte ein Ausfall aus Paris, wie er am 19. Januar stattgefunden hat, die Feier des 18. stören. Indes die sichere Ueberlegenheit unserer technisch durchgebildeten Truppen über viel zahlreichere Massen tapferer und gut bewaffneter, aber ungeübter Streiter hatte sich seit Monaten in solchem Maße bewährt, daß man die Lage vollkommen zu beherrschen glaubte. Es konnten daher in der ersten Kundgebung Seiner Majestät des Kaisers — der Proklamation vom 18. — dem deutschen Volke Grenzen verheißen werden, „welche die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherung gegen erneute Angriffe gewähren würden".

Im Spiegelsaale des Versailler Schlosses verlief die erhebende Feier, wie bekannt, in würdigster Weise. Betrübend war mir nur das ungewöhnlich bleiche Aussehen des Kanzlers, der sich offenbar in leidendem Zustande befand und dabei für

die nächsten Wochen den schwierigsten Aufgaben entgegensehen mußte.

* * *

Zum Frieden zu gelangen, war schwer, weil im feindlichen Lande eine anerkannte Regierung fehlte und die augenblicklichen Machthaber annehmbare Bedingungen nicht gewähren wollten. Im September zeigten die ersten Besprechungen mit Jules Favre, daß man jede Landabtretung grundsätzlich ausschloß. Anfangs November verhandelte Herr Thiers in Versailles wegen eines mehrwöchentlichen Waffenstillstandes, den wir auf der für uns offenbar nachteiligen Basis des militärischen status quo zu gewähren bereit waren, um Wahlen zu einer Nationalvertretung zu erleichtern, ohne deren Bestätigung die Autorität der gegenwärtigen Regierung zweifelhaft blieb. Solche Wahlen schienen aber in Paris nicht gewünscht zu werden, da man den Waffenstillstand an die unannehmbare Bedingung knüpfte, daß die Zufuhr von Lebensmitteln nach Paris während desselben gestattet sein müsse. Auch diese Verhandlung blieb daher ergebnislos.

Am 9. Oktober schiffte Herr Gambetta durch die Luft von Paris nach Tours und entfaltete dann zur Organisierung der Landesverteidigung eine Thätigkeit, welcher unsere Generalstabsoffiziere aufrichtige Bewunderung zollten. Dank der vollendeten Maschinerie der Präfekturverwaltungen wurden mit unerhörter Schnelligkeit bedeutende Streitkräfte zusammengebracht, welche von verschiedenen Seiten in der Richtung auf Paris marschieren sollten, um die Einschließungslinie zu durchbrechen.

Bismarck hatte schon in Ferrieres die Ansicht vertreten, daß Paris bombardiert werden müsse, um die Uebergabe der Stadt zu beschleunigen; seine Ungeduld wurde durch die Meldungen über neue französische Rüstungen natürlich gesteigert.

Moltke aber, sowie der Generalstabschef der Belagerungsarmee, General (nachmals Feldmarschall) von Blumenthal, hielten die Bombardierung der Stadt vor Einnahme einiger Forts für wirkungslos.

Am 12. Oktober war ich im Hauptquartiere des Kronprinzen zur Tafel geladen. Blumenthal hatte mich als Kind in Pommern gesehen und mir ein freundliches Wohlwollen bewahrt. Er nahm mich beiseite und sagte vertraulich: „In den nächsten Wochen wird es viel Streit geben über Schießen oder Nichtschießen. Ich habe in dieser Beziehung einige Erfahrung und behaupte, es wäre eine ganz erfolglose Kraftverschwendung, wenn man eine so ungeheuer ausgedehnte Stadt wie Paris beschießen wollte. Ohne einige Forts zu haben, könnten wir mit den weittragendsten Geschützen nur einige Häuser in den Vorstädten beschädigen; die Forts zu nehmen, aber würde ungeheure Opfer kosten, auch wenn sie vorher mit schweren Geschützen bearbeitet wären. Die Franzosen haben aus den Hafenstädten unglaublich viele Marinegeschütze in die Forts und in die Wälle der Stadt gebracht, für uns aber ist es nicht möglich, einige hundert Geschütze und die nötige Munition schnell heranzuschaffen. Die einzige verfügbare Eisenbahnlinie endigt in Nanteuil, etwa hundert Kilometer von hier. Die Landwege sind schlecht, und eine ausreichende Zahl geeigneter Transportwagen ist jetzt in diesen Gegenden nicht aufzutreiben."

Was ich im Großen Generalſtabe erfuhr, lautete ähnlich: Die Beſchießung der Stadt würde unwirkſam ſein, wenn nicht zunächſt gegen die Forts mehrere hundert Geſchütze gerichtet werden könnten; ſolche aber heranzuſchaffen, ſei zur Zeit unmöglich.

Am 18. Oktober kamen Roon und Moltke zum Kanzler. Bald nach der Konferenz ſtellte ſich bei dieſem ein mehrtägiges Fußleiden ein. Ich ſchloß daraus, daß der Widerſtand Moltkes gegen baldige Beſchießung nicht zu überwinden geweſen war, obwohl notoriſch auch Roon ſolche wünſchte.

Es wurden nun zwar, wie ich hörte, einige Geſpanne von Munitionskolonnen der Belagerungsarmee dazu verwendet, ſchwere Geſchütze von Nanteuil nach Villacoublay heranzuſchaffen, wo der Geſchützpark zuſammengeſtellt werden ſollte; das mußte aber aufhören, als im November die Möglichkeit in Erwägung kam, daß neuformierte franzöſiſche Streitkräfte früher, als die infolge der Kapitulation von Metz verfügbar gewordene Armee des Prinzen Friedrich Karl, herankommen und die Belagerungsarmee angreifen könnten.

Bismarck verlor auch in dieſen kritiſchen Tagen keinen Augenblick ſeinen unbeugſamen Mut. Er ſagte mehrmals: „Wenn wir wirklich etwas zurückgehen müßten, was ich noch nicht glaube, ſo würden wir nachher deſto nachdrücklicher wieder vorgehen.“

In der letzten Woche des November berichtete er ſchriftlich an den König über die Eindrücke, welche die fortgeſetzte Unterlaſſung des Bombardements in Deutſchland und in England gemacht habe, und wie dadurch die Neigung der Neutralen zur Intervention gefördert werden müſſe.

Moltke, vom Könige schriftlich befragt, äußerte sich, im Einverständnis mit Blumenthal, anfangs Dezember dahin, daß die Heranschaffung schwerer Geschütze in hinreichender Zahl mit den verfügbaren Transportmitteln bisher nicht möglich gewesen sei. Wenn aber der Kriegsminister durch Requisition geeigneter Fahrzeuge in Deutschland für Vervollständigung des Geschützparkes und der Munition sorgen wolle, so würden einige Forts anzugreifen sein.

Roon bewirkte nun auf Befehl des Königs den Transport der Angriffsmittel durch Requisition von ungefähr tausend deutschen Fahrzeugen. Es vergingen aber noch drei Wochen, ehe alles Nötige zur Stelle war.

Das im Osten vorgeschobene Fort des Mont Avron wurde am 28. Dezember angegriffen und am 29. mit unerwartet geringen Verlusten genommen. Die Beschießung der Südforts konnte am 5. Januar beginnen, und die schweren Batterien kamen allmählich der Stadt etwas näher, so daß manche Bomben bis über die Seine flogen. Es wurde auch im Norden ein Angriff auf St. Denis vorbereitet, um dann von dort aus zu bombardieren. Aber ehe diese Absichten zur Ausführung kommen konnten, zwang der Hunger die Belagerten, zu kapitulieren.

Wer die Schilderung liest, die Jules Favre in seinem Rundschreiben vom 12. Januar[1]) von den Wirkungen der erst kürzlich begonnenen Beschießung gegeben hat, wird den Gedanken nicht abweisen können, daß, wenn veranstaltet worden wäre, den Angriff mit denselben Mitteln früher auszuführen und von Norden her zu verstärken, daß dann

[1]) Hahn, Fürst Bismarck, II S. 212.

wahrscheinlich eine frühere Uebergabe der Stadt erfolgt sein würde [1]).

Am 23. Januar kam der französische Minister nach Versailles.

Die vorher mit ihm geführte Korrespondenz ist zwar mehrfach abgedruckt; ich erlaube mir jedoch deren Hauptinhalt hier zu wiederholen, um eine Aeußerung Bismarcks über Favres Charakter daran zu knüpfen.

Im November 1870 war eine Erklärung Rußlands erschienen, wonach es die seine Aktionsfreiheit im Schwarzen Meere beschränkenden Bestimmungen des Pariser Friedens von 1856 nicht mehr als bindend anerkennen wollte. Darüber erregte sich die öffentliche Meinung in England. Sir Odo Russel kam nach Versailles, um deshalb zu verhandeln, und acceptierte Bismarcks Vorschlag, die Frage durch eine Konferenz der Mächte in London regeln zu lassen. Auch die faktische Regierung Frankreichs in Tours wurde von englischer Seite dazu eingeladen und beauftragte Herrn Jules Favre mit der Vertretung Frankreichs in der Konferenz. Am 12. Januar erließ derselbe ein Rundschreiben, worin er ankündigte, vor den Repräsentanten Europas seine Stimme erheben zu wollen, „um die Prinzipien zu verteidigen, welche die Unabhängigkeit und Würde Frankreichs sicher stellen". Dieses Dokument wurde am 15. in Versailles bekannt.

Am 13. richtete Herr Jules Favre an den Kanzler das Ersuchen um einen Geleitschein, welcher für den Bevollmächtigten Frankreichs zur Londoner Konferenz nötig sei, um

[1]) Diese Vermutung wird unterstützt durch die Autorität des General von Blume (Die Beschießung von Paris 1870/71 und die Ursachen ihrer Verzögerung; Berlin, Mittler, 1899, S. 37).

die preußischen Linien zu passieren. Bismarck antwortete am 16., daß das Kommando der Belagerungsarmee auf Ersuchen einen Geleitschein vermutlich würde erteilt haben; er selbst aber dürfe nicht amtlich dazu mitwirken, daß eine Regierung, welche noch nicht von der französischen Nation anerkannt sei, von den europäischen Mächten zur völkerrechtlichen Vertretung Frankreichs zugelassen würde. Ueberdies erlaube er sich die Frage, ob es für den Minister ratsam sei, im gegenwärtigen Augenblicke Paris zu verlassen, um an Beratungen über das Schwarze Meer teilzunehmen. Der Schluß des Briefes lautete:

„Ich kann daher kaum annehmen, daß Eure Excellenz in der kritischen Lage, an deren Herbeiführung Sie einen so wesentlichen Anteil hatten, sich der Möglichkeit werden berauben wollen, zu einer Lösung mitzuwirken, deren Verantwortlichkeit zum Theil auf Ihnen ruht."

Vor Abgang dieses Schriftstückes, bei dessen Abfassung ich nicht beteiligt gewesen war, fand ich zufällig Gelegenheit, den Kanzler zu fragen, ob es nicht nachteilige Folgen haben könne, bei Ablehnung des Gesuches dem fremden Minister eine Belehrung zu erteilen. Der Kanzler erwiderte: „Nein; ich halte Jules Favre für eine grundehrliche, liebenswürdige Natur. Ich glaube, er wird selbst finden, daß es für ihn nicht schicklich wäre, Paris jetzt zu verlassen, und er wird meine Andeutung nicht übelnehmen."

Diese Voraussicht hat sich als richtig erwiesen. Als Herr Jules Favre nach Versailles kam, um über die Lage von Paris zu verhandeln, dankte er dem Kanzler in loyalster Weise für jene Hinweisung auf seine Pflicht.

Wegen Formulierung der militärischen Bedingungen der

Kapitulation befragte der Kanzler die gerade in Verſailles anweſenden Generale von Kameke und von Stoſch; ſpäter konferierte er darüber mit Moltke und dann erſt kam der Entwurf zum Vortrag bei Seiner Majeſtät.

Die Kapitulation wurde unterzeichnet am 28. Januar. Am folgenden Tage rückten unſere Truppen in ſämtliche Forts ein, und die Ablieferung der Waffen der kriegsgefangenen Beſatzung von Paris begann. Nur die Nationalgarde und 12 000 Mann Linientruppen blieben bewaffnet zur Verwendung im inneren Dienſt. Die Zufuhr von Lebensmitteln nach der Stadt wurde freigegeben.

Nach dem 26. Januar ſchwieg die ſeit vier Monaten bei Tag und Nacht gehörte Stimme des Herrn Baldrian — ſo wurde der Mont Valerien von unſeren Leuten genannt. Dieſe Stille war den Nerven des Chefs zwar zuträglich, doch blieb ſein Geſundheitszuſtand ein unbefriedigender.

Während des Waffenſtillſtandes hatten die Wahlen zu einer Nationalverſammlung ſtattzufinden, welche in Bordeaux über Annahme drückender Friedensbedingungen oder Fortſetzung des Krieges entſcheiden ſollte. Gambetta verfügte die Ausſchließung aller früheren Anhänger des Kaiſerreiches von der Wahl. Dagegen proteſtierte Bismarck; auch die Pariſer Regierung verbot jede Beſchränkung der Wahlfreiheit. Gambetta demiſſionierte und Thiers trat an die Spitze der Regierung Frankreichs.

Er kam am 22. Februar nach Verſailles. Die viertägigen Verhandlungen mit ihm waren für den Kanzler, der fortwährend über Unwohlſein klagte, ſehr anſtrengend und ermüdend. Anfangs drohte Thiers mit Europa, das

gegen so harte Bedingungen intervenieren würde; Bismarck aber stellte bei fortgesetztem Widerstande gegen seine Forderungen die Rückkehr Napoleons in Aussicht, dessen Herrschaft doch erst im Mai 1870 durch ein Plebiszit des ganzen Landes neu befestigt worden war, und der auf die Anhänglichkeit der Garden unbedingt rechnen, sowie aus den übrigen gefangenen Truppen eine ihm ergebene Armee zusammenstellen konnte. Am 23. genehmigte Thiers die Abtretung von Straßburg und Metz. Als die Forderung einer Kriegskostenentschädigung von 5 Milliarden Francs zur Sprache kam, rief er aus: „mais c'est une indignité.“ Da fing Bismarck an deutsch zu sprechen und stellte die Zuziehung eines Dolmetschers anheim, da er ermüdet sei. Nach einer Pause sagte er, seine Kenntnis der französischen Sprache habe nicht ausgereicht, um die letzten Worte des Herrn Thiers zu verstehen. Dieser wiederholte sie nicht, und die Verhandlung wurde fortgesetzt.

Etwa 8 Tage vorher hatte der Kanzler den mit großen Pariser Bankhäusern bekannten Grafen Guido Henckel von Donnersmark, welcher die Präfektur von Metz verwaltete, sowie Herrn Bleichröder nach Versailles berufen, um einige Spitzen der Finanzwelt auf die Forderung der 5 Milliarden vorzubereiten. Beide waren der Meinung, daß diese Summe in einigen Jahren aufzubringen sehr wohl möglich sein würde.

Endlich kam der Präliminarfrieden in der gewollten Weise zustande. Am Abend des 25. stenographierte Bucher den Vertrag, welchen der Chef diktierte; Hatzfeld übersetzte ihn sofort ins Französische. Am 26. früh wurde die Urkunde vom König genehmigt und nachmittags gegen 5 Uhr von Thiers und Favre unterzeichnet, deutscherseits auch von den

Miniſtern Bayerns, Württembergs und Badens. Abeken fuhr ſofort zum König, dann zum Kronprinzen, um die Unterzeichnung zu melden; ich hatte die Freude, alle bezüglichen Telegramme des Chefs auszufertigen.

Zum Abendeſſen kamen der bayeriſche Miniſter Graf Bray, Graf Henckel und Herr Bleichröder. Als nach Tiſch die Gäſte ſich entfernt hatten (um 8½ Uhr), ließ der Chef mich zuerſt den Hohenfriedberger Marſch[1]) ſpielen und dann vieles andere. Um zu gratulieren kamen die Flügeladjutanten Graf Lehndorff und Fürſt Radziwill; ſpäter auch Moltke, mit dem der Chef ſeit der Kapitulation von Paris über alle ſchwebenden Fragen einig geweſen war.

Die Beſtätigung des Friedensvertrages durch die Nationalverſammlung in Bordeaux erfolgte unerwartet ſchnell, ſchon am 1. März.

An demſelben Tage gab der Chef den Miniſtern der ſüddeutſchen Staaten ein Diner in St. Germain auf der Terraſſe, von welcher man das ſchöne Thal der unteren Seine überſieht. Auf der Hin- und Rückfahrt ſaß ich neben ihm; er war ſehr heiter geſtimmt und ſchien durch das Gelingen des Friedenswerkes von den Neuralgien befreit zu ſein, an denen er während der mehrtägigen Verhandlungen mit Thiers und Favre ſchwer gelitten hatte.

Es war mir immer merkwürdig, daß weder ſein Urteil

---

[1]) Dieſen Marſch ſchenkte König Friedrich dem Regiment Bayreuth-Dragoner in Anerkennung der ungewöhnlichen Leiſtungen des Regiments bei Hohenfriedberg. Erbe desſelben wurde das Pommerſche Küraſſier-Regiment Nr. 2, welches noch heute allein berechtigt iſt, dieſen Marſch blaſen zu laſſen.

noch seine Willenskraft jemals von körperlichen Schmerzen beeinflußt worden ist.

Am 9. März traf er wieder in Berlin ein, mit ihm alle Räte des Auswärtigen Amtes mit Ausnahme von Abeken, welcher im Gefolge des Königs erst am 17. zurückkehrte.

* * *

Auf der Heimreise erhielt ich die telegraphische Nachricht, daß ich zum Abgeordneten für den Reichstag im Kreise Königsberg Neumark gewählt sei. Dort besaß meine Frau ein Landgut, dessen Verwaltung mein Schwiegervater Patow leitete. Derselbe hatte dadurch Einfluß gewonnen auf einige Wahlmänner, welche zu den Altliberalen gehörten, aber bei der Landtagswahl von 1867 aus persönlichen Gründen gegen den konservativen Kandidaten gestimmt und dadurch die Wahl eines Führers der Fortschrittspartei verursacht hatten. Man vermutete, daß diese Wahlmänner gegen mich nicht stimmen würden, und ersuchte mich, für die im November 1870 stattfindende Landtagswahl zu kandidieren. Ich reiste von Versailles aus auf einige Tage nach dem Kreise Königsberg Nm. und wurde von einer kleinen, aus Konservativen und Altliberalen gebildeten Majorität in den Landtag gewählt. Die Folge davon war, daß man mich Anfangs März auch für den Reichstag wählte.

Der Kanzler hatte meine Wahl gewünscht. Als ich sie ihm meldete, sagte er: „Zu welcher Fraktion Sie gehen, ist mir gleichgültig: ich weiß, daß Sie, wenn Sie können, für mich stimmen werden." Ich schloß mich den Freikonservativen an.

Der erste Deutsche Reichstag wurde am 21. März er-

öffnet. Ergreifend war der Eindruck der von Seiner Majestät dem Kaiser verlesenen Thronrede.

Am Tage der Reichstagseröffnung erhob der Kaiser den Grafen Bismarck in den Fürstenstand; etwa drei Monate später schenkte er demselben eine in dem lauenburgischen Amt Schwarzenbeck belegene herzogliche Domäne, welche unter dem Namen Friedrichsruh bekannt geworden ist.

In den ersten Wochen der Reichstagssession war der Kanzler hauptsächlich durch die Regelung der deutsch-französischen Beziehungen in Anspruch genommen, die der am 18. März ausgebrochene Aufstand der Pariser Kommune nicht wenig erschwerte. Als er endlich nach Abschluß des definitiven Friedensvertrages, aus Frankfurt zurückgekehrt, am 12. Mai im Reichstage erschien, erhob sich unwillkürlich das ganze Haus, wie um zur glücklichen Vollendung des großen Werkes zu gratulieren.

In den Osterferien des Reichstages ließ er mich einmal rufen und sagte:

„Busch ist ein guter Kerl, aber was er schreibt, ist zu „hausbacken" für die Vertretung des neuen Reiches in der Presse. Er weiß auch lange nicht genug. Schaffen Sie mir jemand, der im Staats- und Kirchenrecht bewandert ist und mit der Tagespresse einige Fühlung hat."

Darauf ich: „Nur einen Menschen kenne ich, der diese Anforderungen erfüllt, das ist mein Schulkamerad Aegidi, jetzt ordentlicher Professor in Bonn; Sie haben ihn vielleicht als Abgeordneten im Norddeutschen Reichstage bemerkt."

„Jawohl," sagte der Fürst, „ich habe ihn auch in Frankreich gesehen. Fragen Sie ihn, ob er zu haben ist."

Als ich nach einigen Tagen diese Frage bejahen konnte, bat ich den Fürsten, zunächst in Varzin meinen Schulfreund unter die Lupe zu nehmen, ehe er einberufen würde. So geschah es. Im Juni war Aegidi einige Tage in Varzin und trat bald darauf als erster Preßreferent in den Dienst des Auswärtigen Amtes[1]).

Während der ersten Session des Reichstages, welche am 12. Juni geschlossen wurde, führten fünf parlamentarische Abende in der früher dargestellten Weise die Abgeordneten in die gastlichen Räume des Auswärtigen Amtes.

Im Mai schrieb der Fürst an Oscar von Redwitz, welcher sein „Lied vom Neuen Deutschen Reich" eingesandt hatte, folgende Worte, welche zwar bereits veröffentlicht sind, aber auch hier Platz finden mögen:

„. . . . Ich reiche Ihnen freudig die Hand als einem Mitarbeiter an dem Aufbaue des Reiches. Sie sind das schon länger gewesen: denn jedes echte Dichterwort, in

[1]) Herrn Dr. Busch wurde freigestellt, als zweiter Preßreferent im Auswärtigen Amte zu verbleiben oder mit der ihm im Februar 1870 zugesicherten Pension, welche $^3/_5$ seines Gehalts betrug, eine andere Stellung zu suchen. Er zog ersteres vor und blieb noch etwa zwei Jahre im Auswärtigen Amt. In seinen nach dem Ableben des Fürsten erschienenen Tagebuchblättern hat er gegen mich, als den vermeintlichen Urheber seiner Zurücksetzung gegen Aegidi, einige sonderbare Verleumdungen, meistens unter Bezugnahme auf angebliche Aeußerungen des damals schon verstorbenen Bucher, zu Markte gebracht. Ich habe von diesen Dingen erst nach seinem Tode Kenntnis erhalten und ihn daher nicht zur Rechenschaft ziehen können.

Seine Behauptungen zu widerlegen ist hier nicht der Ort; ich würde sie ganz unerwähnt gelassen haben, wenn daran nicht die Bemerkung zu knüpfen wäre, daß die erstaunliche Frivolität seiner mich betreffenden Angaben auch die Glaubwürdigkeit seiner Mitteilungen über den Fürsten Bismarck in meinen Augen erheblich vermindert.

Nord und Süd gleich erklingend, fördert das Gemeingefühl des Deutschen Volkes. Jetzt aber klingt aus dem Liede, das der süddeutsche Sänger dem alten norddeutschen Freiheitskämpfer in den Mund legt, die Stimme der ganzen Nation voll und kräftig mir entgegen; und, wie es des Dichters doppelte Aufgabe ist, der Mund seines Volkes zu sein und seine eigene Begeisterung ihm zu leihen, so sehe ich in dem „Liede vom Neuen Deutschen Reich“ nicht nur ein schönes Zeugnis von der in Nord und Süd gleich tief empfundenen Einheit dieses Reiches, sondern zugleich eine frische und kräftige Geistesthat, um die lebendige Einheit in der reichen Mannigfaltigkeit des deutschen Geisteslebens verwirklichen zu helfen. Die Nation wird die Worte des Dichters, der ihren Schmerzen wie ihrer Begeisterung, und vor allem ihrer deutschen Pietät für Kaiser und Reich so lebenswahren Ausdruck leiht, freudig vernehmen und sich daran erbauen; und sie wird das, was in Ihrem Liede noch prophetisch ist, zur Erfüllung bringen. Daran lassen Sie uns, jeder an seiner Stelle, mitarbeiten und nicht müde werden im Dienste des Vaterlandes.“

* * *

Anfangs August wurde ich aus geschäftlichem Anlaß nach Varzin gerufen und verlebte dort eine politisch ruhige Woche. Der Fürst, obwohl durch eine Karlsbader Kur in Anspruch genommen, befand sich verhältnismäßig wohl. Er sprach öfters von seiner großen Freude am Park und an den Forsten. In dem einige hundert Morgen bedeckenden Parke hatte er Wege angelegt, welche an den bestentwickelten alten Bäumen und an

versteckten kleinen Wiesen vorbeiführten; auch hatte er einen Pfad, welcher den Park mit dem nahen Walde verband, mit mehreren Reihen von Tannen umpflanzen lassen, welche Windschutz gewährten. Beim Vorbeireiten an einer neu angelegten Schonung sagte er: „Wenn meine politischen Thaten längst vergessen sind, wird diese Pflanzung beweisen, daß ich gelebt habe.“ Ich meinte, das Gegenteil werde eintreten. „In hundert Jahren,“ sagte ich, „wenn diese Bäume nicht mehr stehen, wird Ihr politisches Wirken den Menschen größer erscheinen als heute.“

Es fiel mir wieder einmal auf, wie konsequent er verschmähte, sich in der Weise der Stadtbewohner gegen die Nässe zu schützen. Einen Regenschirm aufzuspannen oder Ueberschuhe anzulegen, ist ihm meines Wissens nie in den Sinn gekommen. Auch fuhr er nie in anderen als offenen Wagen.

Musik mochte er damals nicht mehr hören, weil dann nachklingende Melodien seinen Schlaf störten.

In die Varziner Idylle fiel störend ein Bericht des inzwischen als Feldherr berühmt gewordenen Generals von Manteuffel, welcher meldete, daß er mit dem französischen Finanzminister Pouyer-Quertier ein Abkommen von erheblicher Tragweite geschlossen habe. Darin erkannte der Kanzler eine Kompetenzüberschreitung des Generals. Er hielt für nötig, möglichst bald dem Kaiser, welcher sich zur Kur in Gastein befand, darüber Vortrag zu halten, auch für ratsam, den Pariser Botschafterposten zu besetzen. Die Fürstin hatte die Absicht, mit Gräfin Marie eine Kur in Reichenhall zu gebrauchen, und so kam es am 12. August zu einer gemein-

ſchaftlichen Abreiſe nach Berlin. Am 13. hatten meine Frau und ich die Freude, den Kanzler und die Damen zum Mittageſſen bei uns zu ſehen; am 14. abends war die Abfahrt nach München. Die fürſtliche Familie benützte den Salonwagen, welchen der „Deutſche Eiſenbahnverein“ kürzlich dem Kanzler verehrt hatte; ich ſetzte mich in den nächſten Wagen, ebenſo ein Chiffrierbeamter.

Um Mitternacht wurde auf dem Bahnhof in Leipzig dem Reichskanzler eine Ovation dargebracht. Er dankte dem Sprecher, erwähnte, daß auch in ſeinen Adern ein Tropfen Leipziger Profeſſorenblut*) fließe, und brachte ein Hoch aus auf den König von Sachſen.

Als am folgenden Nachmittag der Zug in München einfuhr, war der dem Fürſten aus Verſailles wohlbekannte Oberſtallmeiſter Graf Holnſtein auf dem Bahnhofe und bot uns einige Hofwagen an, um nach dem Hotel „Zu den vier Jahreszeiten“ zu fahren. Auf dem Platze vor dem Bahnhof ſtanden zufällig viele Menſchen, die, ſowie ſie den Fürſten erkannten, Hochrufe erhoben. Zu dem bei Graf Holnſtein ſtattfindenden Diner erſchienen die Miniſter von Pfretſchner und von Lutz, ſowie der Staatsrat von Daxenberger. Abends erhielt ich geſchäftliche Aufträge.

Am andern Morgen, vor der Abreiſe, frage ich nach der Rechnung; da kommt der Beſitzer des Gaſthofs in Frack und weißem Halstuch und ſagt, „bei den ungeheuren Verdienſten des Fürſten um Deutſchland, und namentlich um Süddeutſchland,“ ſei es unmöglich, von ihm und ſeiner Begleitung irgend eine Bezahlung anzunehmen; nur eigenhändiges Ein-

*) Profeſſor Friedrich Otto Mencke war der Großvater ſeiner Mutter.

schreiben in das Fremdenbuch werde erbeten. Dieser Wunsch war leicht zu erfüllen. Im Auftrage des Fürsten übergab ich dann dem liebenswürdigen Wirte 25 Thaler zur Verteilung an seine Leute.

Zur Abfahrt standen drei Salonwagen bereit; dem Salonwagen des Fürsten waren zu seiner Verfügung zwei andere angeschlossen, durch deren Glaswände man die herrlichen Landschaften zwischen München und Salzburg gut überschauen konnte. Auf allen bayerischen Stationen war das Hochrufen ein so herzliches, und die Leute sahen so froh und freundlich dabei aus, daß der Fürst wirkliche Freude daran hatte.

Im Salzburger Gasthofe „Zum Erzherzog Karl" gab man uns — zu seiner Zufriedenheit — dieselben Zimmer, in denen wir 1864 und 65 mehrmals gewohnt hatten.

Am 17. fuhren die Damen nach Reichenhall, der Chef mit mir nach Gastein, wo wieder „im Straubinger" Quartier bestellt war. Abends um neun kamen wir an, der Kanzler meldete sich sogleich beim Kaiser.

Am anderen Morgen kam Freund Abeken, der zum Gefolge des Kaisers gehörte, um mich zu gewohntem frühem Spaziergehen abzuholen.

Der österreichische Reichskanzler Graf Beust brauchte eine Badekur, welche nach wenigen Tagen enden sollte. Der Chef verständigte sich schnell und vollständig mit ihm über die politische Lage.

Der 18. August war der Geburtstag des Landesherrn; es erschienen daher an der kaiserlichen Tafel (im sogenannten Badeschloß) Graf Beust und Baron Hofmann.

Der erwähnte Vertrag Manteuffels mit Pouyer-Quertier

wurde vom Kaiser nicht bestätigt; Graf Harry Arnim aber kam auf zwei Tage nach Gastein um für den Pariser Botschafterposten instruiert zu werden.

Das Gefolge des Kaisers bestand nur aus Personen, welche schon im Kriege dazu gehört hatten, und von denen die meisten auch schon in den Jahren 1864 und 65 die Gasteiner Wochen miterlebt hatten. Ich nenne die Generale von Podbielski und von Tresckow, Oberst von Albedyll, die Flügeladjutanten Graf Lehndorff und von Alten, den Kabinettsrat von Wilmowski und den Leibarzt Dr. von Lauer. Alle diese Herren waren, jeder in seiner Weise, durch Liebenswürdigkeit des Charakters ausgezeichnet.

Der Chef brauchte die warmen Bäder und befand sich leidlich wohl. Fast täglich erschien er an der kaiserlichen Mittagstafel. Er wurde, wie auch ich, als zum kaiserlichen Gefolge gehörig angesehen. Mehrmals, bei schönem Wetter, speiste der Kaiser im Freien, nahe bei dem Schweizerhäuschen, welches, über Hofgastein gelegen, einen weiten Ueberblick des grünen von der Ache durchströmten Thales gewährt. Die Ereignisse des letzten Feldzuges wurden oft von Seiner Majestät und den Offizieren in einfacher, ja bescheidener Weise besprochen, wobei man der großen Bravour der minderzähligen und unglücklich geführten französischen Truppen, mitunter auch der staunenswerten Leistungen Gambettas und der Volksbewaffnung, zu gedenken pflegte. Der Kanzler hörte gern zu und sprach wenig mit. Jeder der Anwesenden fühlte sich gehoben durch den Gedanken, zu dieser Tafelrunde zu gehören und den schlichten Worten des ohnegleichen siegreichen Herrschers lauschen zu können.

Am 1. September fragte der Kaiser mich vor der Tafel: „Sind Sie eigentlich am Sedantage auch dabei gewesen?“ Ich berichtete, Abeken und ich hätten in Vendresse festgenagelt am Schreibtische gesessen und wären erst abends nach Donchery gekommen. Vor Ende der Tafel erhob sich der Kaiser mit einem vollen Glase und rief: „Auf das Wohl der Armee, die vor einem Jahre so großes geleistet, und aller, die dazu beigetragen haben mit dem Schwerte und mit der Feder!“

Von der Fürstin kamen aus Reichenhall öfters gute Nachrichten. Dort verkehrte sie täglich mit Graf Hermann Keyserling, dem aus der Studentenzeit der Name „Flesch“ anhaftete, und seiner Tochter. Darauf beziehen sich die folgenden Worte eines Briefes vom 28. August:

„Die Herzinnigkeit mit Flesch's ist groß und jetzt noch verklärt durch Bill's Dasein (seit vorgestern), welches wir wohl acht Tage genießen werden — in größter Glückseligkeit. Er ist zwar mein Junge — aber ich kann's doch nicht unterdrücken: er ist wirklich ein reizend liebenswürdiger Kerl.“

Am 6. September reiste der Kaiser, von uns allen gefolgt, nach Salzburg, wo Kaiser Franz Joseph ihn begrüßte. Abends Diner im Schlosse, wobei Graf Beust, Graf Andrassy, der Minister des Innern Graf Hohenwart, Baron Hofmann und unser Botschafter in Wien, General von Schweinitz, erschienen. Am folgenden Tage war das Diner schon um 4½ Uhr. Nach der Tafel wurde nach dem im Westen von Salzburg gelegenen erzherzoglichen Schlosse Klessheim gefahren. Bei eintretender Dämmerung sah man dort von einer breiten Terrasse Freudenfeuer auf den Bergen, im Westen wie im Osten, aufleuchten. Auf dem dominierenden Untersberg brannten,

bis zur höchsten Spitze hinauf, etwa 30 Feuer; rechts davon trugen auch der Hohenstaufen und zwei andere Berge leuchtende Massen; auf dem Gaisberg (im Osten von Salzburg) waren besonders zahlreiche Feuer von der höchsten Spitze bis in die ganze Breite des Berges verteilt. Mächtige Holzstöße mußten überall brennen, sonst hätte das Licht auf meilenweite Entfernungen nicht so stark wirken können. Dieses überaus großartige Schauspiel, für das es mir an irgend einem bekannten Maßstabe fehlte, genossen wir in der sternklaren Nacht während der ganzen Rückfahrt nach dem kaiserlichen Schlosse.

Das weite Gelände der Thäler lag in tiefem Dunkel; die hoch darüber schwebenden Freudenfeuer kündeten großherziges Vergessen des seit mehr als hundert Jahren aus natürlichen Ursachen gehegten Grolls, sie kündeten frohe Willkommensgrüße des mächtigen Donaureiches. So begann die Verwirklichung der Zukunftsbilder, die in den schweren Nikolsburger Tagen Bismarcks Seherauge erschaut hatte: über den dunklen Wirren der Gegenwart in ferner Höhe lichten Glanz von Freundschaft und gesegneten Friedensjahren.

Am 8. reiste Kaiser Wilhelm über Berlin nach Baden, in seinem Gefolge verblieb Abeken. Der Chef fuhr mit Beust im offenen Wagen nach Reichenhall; ich folgte auf der Eisenbahn.

Vor dem Hotel Burkert, wo auch die Fürstin wohnte, wurde abends ein Orchestermusikständchen gebracht und ein guter Redner begrüßte den Fürsten in herzlicher Weise. In seiner Antwort erwähnte dieser, daß nach seinen in den letzten Wochen in Oesterreich gemachten Erfahrungen unsere Beziehungen zu dem Nachbarreiche künftig die allerbesten sein würden, und

schloß mit einem Hoch auf den König von Bayern. Dann folgte ein Feuerwerk.

Von den Gasteiner Bädern und von den Salzburger Festen fühlte der Chef sich so ermüdet, daß er während acht Tagen niemanden sehen wollte. Ich kam daher wieder einmal in die Lage, Personen, welche, um ihn zu sprechen, weite Reisen gemacht hatten, anzuhören und nach Möglichkeit zu beruhigen.

Am 19. ging er nach Berlin zurück. Mit dieser Reise endete für mich die Möglichkeit, von ihm mehr zu erzählen, als jedem Zeitungsleser bekannt war. Denn mein Verkehr in seinem Hause hatte natürlich durch meine Verheiratung wesentliche Einschränkungen erlitten. Ich meinte, fortan auf einem auswärtigen Posten mehr nützen zu können, als in Berlin.

In diesem Gedanken wurde ich bestärkt, als der Kanzler mich am 10. Mai 1872 durch die Mitteilung überraschte, daß er beabsichtige, mich als Gesandten beim heiligen Stuhle nach Rom zu schicken. Ich war natürlich gern bereit zu dem Versuche, die damals zwischen Berlin und Rom bestehende Spannung durch persönliche Einwirkungen wo möglich zu mildern. Es traten jedoch politische Hindernisse ein; der Posten blieb etwa 10 Jahre unbesetzt.

Am 18. Mai ging der Fürst wegen Unwohlseins nach Varzin und blieb dort den ganzen Sommer. Den Dienst bei ihm versahen Bucher und Graf Karl; ich hatte nur am 16. und 17. Juli in Varzin zu thun.

Am 28. Juli feierte das fürstliche Ehepaar in aller Stille die silberne Hochzeit. Aus diesem Anlaß schickten meine Frau und ich einen Strauß von silbernen Myrten und Rosen

nach Varzin. Die Fürstin dankte dafür in einem Briefe, welcher mit den Worten schloß:

„Haben Sie nochmals den allerherzlichsten Dank für Rosen und Myrthen und Briefe, grüßen Sie Ihre Hedwig viel tausend Mal und bleiben Sie uns immer, was Sie uns 25 Jahre lieb und treu gewesen. Gott befohlen!"

Am 8. August erlag Abeken einem wiederholten Anfall der Krankheit, die ihn schon im September 1870 infolge seiner unbegrenzten Hingebung an den Dienst heimgesucht hatte. Es wird unvergessen bleiben, daß während der Jahre, welche über Deutschlands Zukunft entscheiden sollten, Abeken die feinen Gewebe der damals zahllosen Depeschen und Erlasse nach den Anweisungen des Meisters musterhaft hergestellt, und daß er in diesem Wirken den Soldatentod fürs Vaterland gefunden hat.

Im September wurde ich auf Vorschlag des Kanzlers zum Gesandten in Konstantinopel ernannt. Nach Varzin gerufen, um für den Orient mündliche Instruktionen zu empfangen, verweilte ich dort vom 5. bis zum 7. Oktober. Es waren sonnige, warme Herbsttage; kein Fremder anwesend. In längeren Gesprächen wurde mancher mit mir gemeinsam durchlebter Zeiten gedacht.

Thatsächlich hatte ich nur der Fürstin meine Einführung in das Haus und alles mir daraus erwachsene Lebensglück zu danken; man lehnte aber das Hervorheben dieser Erinnerung freundlichst ab, da, wie der Fürst sagte, einer so langjährigen und ereignisreichen „Freundschafts-Entwickelung" gegenüber die zufälligen Umstände der ersten Bekanntschaft in den Hintergrund träten.

Auf einer weiten Fahrt durch die Wälder berührte er alle Hauptabschnitte seiner politischen Erlebnisse:

„Stockpreußentum“ vor 1851;

Lehrjahre, in Frankfurt für die deutsche, in Petersburg und Paris für die europäische Politik;

Kampf gegen den Landtag für das königliche Regiment;

Entwickelung der schleswig-holsteinischen und zugleich der deutschen Frage;

Krieg in Böhmen und Deutschland;

Schnelle Friedensschlüsse in Nikolsburg und im Inneren — vielleicht seine verdienstlichsten Leistungen;

Norddeutscher Bund, Zollparlament;

Krieg in Frankreich; Vollendung der deutschen Einheit, Kaisertum, Gewinnung gesicherter Westgrenzen;

Hoffnungsreiche Freundschaft Oesterreich-Ungarns.“

Als wir in den Hof einfuhren, sagte er: „Nach Gottes Willen ist ja für Deutschland das Notwendige erreicht worden. Aber es treten immer neue Gefahren und Schäden hervor, Schäden, die zu heilen man versuchen muß, wenn man auch nicht wissen kann, ob die Heilung gelingen wird. Ich sehne mich oft nach Ruhe; aber für mich kann es keine Ruhe geben.“

Ich schied, erfüllt von unbegrenzter Dankbarkeit und Verehrung für den Wohlthäter des Vaterlandes.

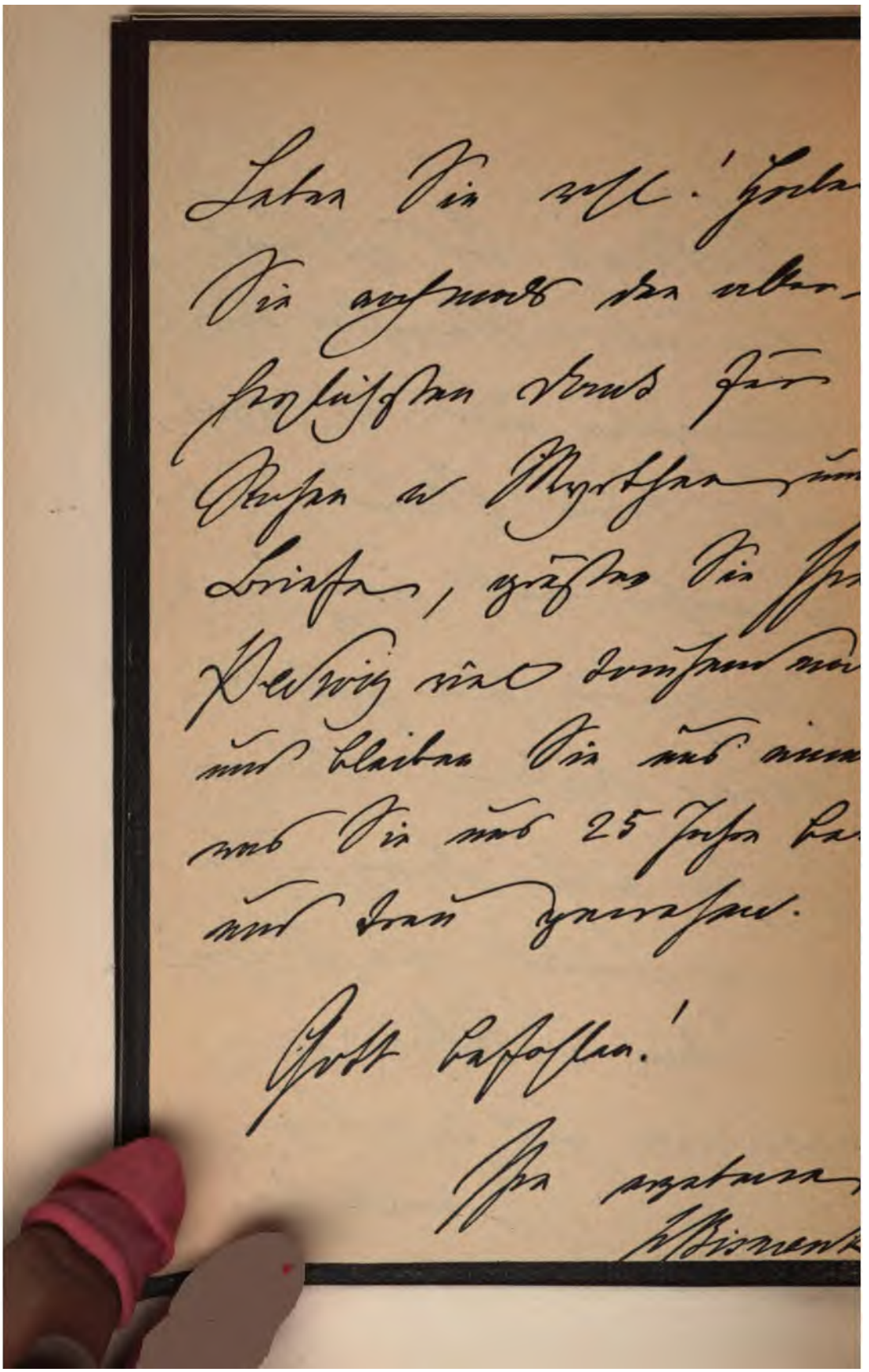
Venezia. 26/8.92

Mein liebes gutes Annchen!

Ich bitte Dich sehr um Verzeihung
ein Versehen so vergessen
[illegible] wie auch
wie ein Wunder erscheint auch
gewonnen hast a treuer
[illegible] Freund
[illegible], Deinen ich immer Deine
Freude nennen, in dem ich
den schönsten Verbindung Ihnen
wollte

nichts übrig bleibt, als Ihnen
zu Ihrer Retten herzlich Leid
Ihnen entgegen zu strecken
um Ihnen mit wenigsten Worten
einen ganz einfachen, aber herzli-
chen Trost einiges Wort und
der Liebe meines Herzens
zu sagen und Gott zu
bitten, daß er Ihnen Leiden
Ihre wegen verwundeten
Herzens Schmerzen Ihnen
lassen wolle mit inniger Standhaftig-
und Fröhlichkeit Ihrer in der Tat

nichts übrig bleibt, als Ihnen
zu Ihrer Ruhe herzlich Glück
Ihnen anzuraten zu schreiben
und Ihnen mit wünschen Ihnen
einen ganz einfachen, aber herzli-
chen Brief mit einigen Worten
der Liebe meines Herzens
zu Ihnen und Gott zu
bitten, daß er Ihnen Leiden
Ihrer wegen abnehmen
Trauerfälle Ihnen Ihre
Lasten wenig mit irdischer Geduld
und himmlischem Frieden in der Liebe



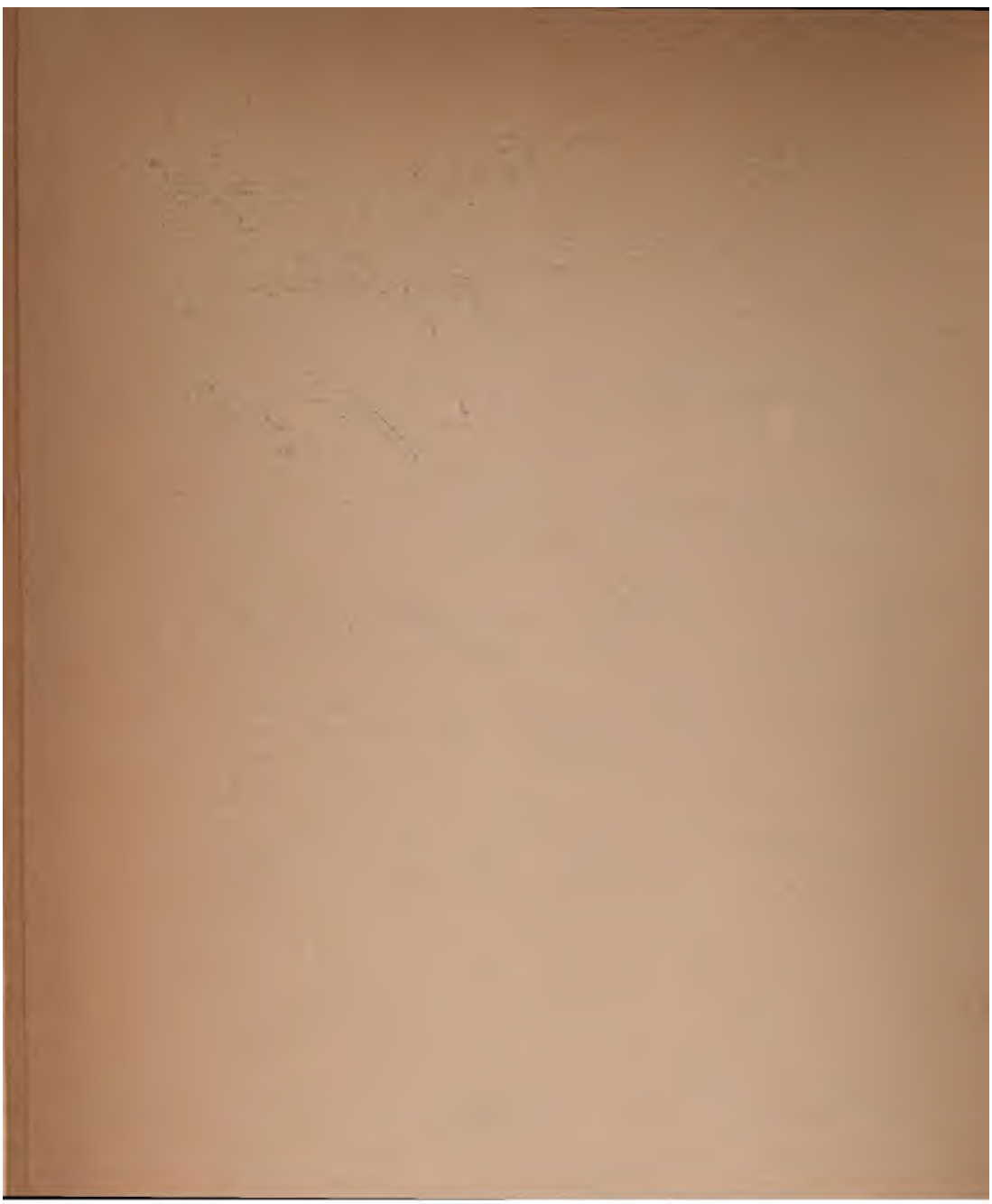
wie mich 8 Tage gewünscht
wurden — wie glücklich
Glück selbst wird. So ist
denn mein Junge — aber
ich bin's doch nicht ganz
glaube: So ist wirklich
ein wirkliches Kind da

Karl.

Adrian — wenn
Sie die Feder

Ihr

L. B.



Namenregiſter.

A.

Abeken, Wirkl. Geheimer Legationsrat 131. 162. 163. 164. 165. 167. 172. 177. 184. 185. 213. 214. 220. 221. 254. 279. 280. 282. 294. 299. 369. 413. 445. 446. 447. 450. 455. 457. 458. 459. 475. 476. 482. 484. 485. 487.

Aegidi, Prof. 449. 450. 477. 478.

Albedyll, Oberſt v. 283. 284. 446. 454. 483.

Albrecht, Prinz von Preußen 266.

Alexander, Kaiſer 74. 79. 83. 90. 94. 121. 156. 301. 302. 365. 371. 457.

Alten, v., Flügeladj. 483.

Alvensleben, Guſtav v., General 120. 247. 277. 285. 286. 291.

Andraſſy, Graf 484.

Antonelli, Kardinal 267.

Arnim, Graf Harry v. 267. 482.

— -Kröchlendorff, v. 119. 132. 133. 140. 345. 359.

— — Frau v. 119. 132. 345. 359.

Aſſeburg-Meisdorf, Graf v., Oberjägermeiſter 344.

Aßmann, Abgeordneter 145.

Auguſtenburg, Chriſtian, Herzog von Schleswig-Holſtein-Sonderburg- 137. 140. 149. 218.

— Erbprinz 139. 140. 141. 142. 144. 156. 157. 158. 159. 174. 181. 182. 188. 190. 212. 214. 215. 227. 239. 240. 246. 259. 273. 274.

Auerswald, Rudolph v. 59. 81. 104.

B.

Bach 63. 64.

Bamberg, Dr. Felix 440.

Bancroft, Geſandter der Vereinigten Staaten in Berlin 401.

Barral, Graf, ital. Geſandter 252.

Baudiſſin, Graf Adalbert v. 191.

Bazaine, Marſchall 55. 452. 453. 456.

Becker, Profeſſor 46. 51. 52. 53. 54. 60. 428.

— Frau 46. 51. 52. 53. 54. 60. 428.

Beckerath, v., Abgeordneter 30. 32.

Beethoven 2. 63. 65. 66. 96. 260.

Belcredi, Graf, öſterr. Min. des Innern 217.

Below-Hohendorf, v., Mitglied des Herrenhauſes 74.
Benedek, Feldzeugmeiſter 286. 291.
Benedetti, Graf, Kaiſerlich franzöſiſcher Botſchafter in Berlin 296. 304. 305. 338. 355. 356. 357. 438. 439. 441. 442.
Bennigſen, v., Abgeordneter 264. 308. 318. 356. 358. 412.
Berger, Ludwig 62.
Berchem, Graf 463.
Bernhardi, Schriftſteller 264. 311.
Bernſtorff, Graf v., Staatsminiſter 107. 123. 351.
— -Gyldenſteen, Graf 236.
Bertheau, Frau 87. 93.
Beuſt, Freiherr v., ſpäter Graf 182. 215. 219. 220. 250. 251. 318. 372. 482. 484. 485.
Biegeleben, Freiherr v. 180. 184. 216. 217. 218. 243.
Bismarck, Graf Herbert v. 34. 91. 160. 291. 320. 413. 420. 448. 449. 450.
— Graf Wilhelm v. 91. 317. 345. 413. 449. 462. 484.
— Gräfin Marie v. 221. 229. 232. 233. 234. 235. 238. 324. 329. 393. 394. 396. 413. 414. 417. 426. 480.
— Graf Auguſt v. 345.
— -Bohlen, Graf Carl v., Rittmeiſter a. D. 114. 127. 278. 280. 281. 282. 283. 299. 309. 313. 328. 329. 332. 333. 334. 338. 365. 367. 370. 391. 392. 394. 396. 400. 418. 446. 447. 450. 455. 459. 460. 486.
— — Graf Friedrich v., General 313.
Blanckenburg, Moritz v. 1. 9. 16. 18. 19. 86. 132. 239. 383. 395. 410. 418.
— Frau v. 2. 3. 16. 18.
Bleichröder 194. 195. 264. 367. 419. 474. 475.
Blome, Graf v. 218. 219. 220.
Bloomfield, Lord 258.
Blum, Hans, Abgeordneter 411.
Blume, General v. 471.
Blumenthal, General v. 274. 468. 470.
— Anna v. 3.
Bockum-Dolffs, v., Abgeordneter 206. 311.
Bodelſchwingh, v., Staatsminiſter 210. 247. 268.
Böhn, Frau v. 415.
Bonin, General v. 102.
Borcke, Rittmeiſter v. 285.
Brahms 67.
Brandenburg, Graf v., Staatsminiſter 11. 28. 29. 30.
Braß, Zeitungs-Redakteur 320. 324. 325. 330. 331.
Bratianu, Joan, rumäniſcher Miniſter 403. 404. 405.
Braun-Wiesbaden, Abgeordneter 318. 379.
Braune, Predigtamtskandidat 91. 132. 400.
Bray, Graf v., bayer. Miniſter 475.
Brevern, v., ruſſiſcher Staatsrat 91.
Brünneck, Oberburggraf v. 25.
Bucher, Lothar 175. 176. 177. 178. 253. 254. 326. 332. 343. 394. 413. 415. 417. 429. 435. 437. 458. 459. 474. 478. 486.
Bülow-Gudow, v. 229.
Bülow-Kummerow, v. 9.

Buol-Schauenſtein, Graf v. 42.
Burg, Oberſt v. 371.
Buſch, Moritz, Dr. 229. 447. 459. 477. 478.

C.

Camphauſen, Otto v., Finanzminiſter 337.
Caprivi, v., Reichskanzler 197.
Chopin 63. 67.
Chriſtian IX., König von Dänemark 134. 155. 165. 181.
Cialdini, General 295.
Clam-Gallas, Graf, General 165.
Coburg, Ernſt, Herzog von 158. 271. 274.
Cohen-Blind 262. 332.

D.

Dazenberger, v., bayeriſcher Staatsrat 481.
Dechend, v., Bank-Präſident 337. 390.
Dehn, heſſiſcher Miniſter 122.
Delbrück, Staatsminiſter 172. 178. 337. 342. 364. 374. 377. 379. 391. 418. 434. 460. 462.
Dentu, Verleger 221.
Dewitz-Milzow, v. 132. 193.
Dieſt, Guſtav v. 54. 55.
Dietze-Barby, Amtsrat 344.
Dirichlet, Profeſſor 25.
Dönhoff, Graf Auguſt v. 416.
Dörnberg, Freiherr v. 43.
Drouyn de Lhuys 222. 229. 241. 268. 295. 304. 305.
Duncker, Max 264. 326.

E.

Edelsheim, Baron v., öſterreichiſcher General 280.
Eichmann, v., Geſandter 408.
Eiſendecher, v., preußiſcher Geſandter in Karlsruhe 132. 400. 418.
— Frau v. 46. 47. 52. 418.
Eliſabeth, Kaiſerin von Oeſterreich 221.
Elliot, Sir Henry 258.
Elwanger, Oberbürgermeiſter 119.
Erckert, v., ruſſiſcher Oberſt 91.
d'Eſter, Abgeordneter 24.
Eſterhazy, Graf Moritz 216. 217. 239. 251.
L'Eſtocq, v., Oberſtleutnant 447.
Eugenie, Kaiſerin der Franzoſen 230. 234. 295. 365.
Eulenburg, Graf Botho zu 428.
— Graf Friedrich zu 127. 131. 196. 197. 198. 309. 352. 400. 418. 442.
— Graf Wendt zu 416.

F.

Fabeck, v., Major 385. 453.
Fabrice, v., ſächſiſcher Kriegsminiſter 322. 408.
Fatio, Jenny 319.
Favre, Jules 467. 470. 471. 472. 474. 475.
Finckenſtein, Graf v., Oberſtleutnant, Flügeladjutant 285.
Fiſcher, Hannibal 199. 203. 205.
Flemming, Graf v. 171. 221. 222. 385.
Flottwell, v., Staatsminiſter 27. 127.

Forckenbeck, v., Abgeordneter 205. 353.
Franſecki, v., Generalleutnant 286. 293.
Franz Joſeph, Kaiſer 161. 168. 181. 184. 221. 372. 484.
Freydorf, v., badiſcher Miniſter 325.
Friedjung, Schriftſteller 159. 170. 185. 253. 258.
Friedrich VII., König von Dänemark 134.
Friedrich Karl, Prinz von Preußen 277. 282. 284. 285. 453. 455. 456. 469.
Friedrich Wilhelm, Kronprinz 143. 229. 247. 277. 284. 285. 286. 292. 294. 299. 344. 374. 434. 435. 453. 456. 468. 475.
Friedrich Wilhelm I., König 151.
— III., König 5.
— IV., „ 6. 36. 56. 59. 106.
Fries, Abgeordneter 353.
Frieſen, Freiherr v. 408.
Fürſtenberg, Graf v. 50.

G.

Gablenz, Freiherr v., Feldmarſchalleutnant 221. 239. 240. 241. 273. 274. 275.
— Freiherr Anton v. 266. 267.
Gaede, Regierungsrat 225.
Gagern, Freiherr Max v. 180.
Gambetta 461. 467. 473. 483.
Garibaldi 81. 258.
Georg, König von Hannover 276. 319. 358.
Gerlach, v., Generaladjutant 29. 55. 56.
Glücksburg, Prinz von 138. 140.
Gneiſt 56. 205. 255.
Goltz, Graf v. d., Botſchafter in Paris 215. 219. 221. 229. 230. 234. 235. 247. 248. 249. 257. 267. 296. 301. 305. 369. 371. 372.
Gortſchakoff, Fürſt 79. 90. 92. 365. 398. 399.
— Prinz Michael 398. 399.
Govone, italieniſcher General 249. 250. 252. 393.
Grabow, Bürgermeiſter, Präſident des Abgeordnetenhauſes 205. 244.
Gramont, Herzog v. 170. 429. 436. 441. 442.
Gruner, Juſtus v. 437.
Günther, 1866 Direktor im Finanzminiſterium 337.

H.

Halbhuber, Freiherr v. 189. 190. 216. 223. 242.
Haldy, Grundbeſitzer in Saarbrücken 447.
Hanſemann, v., Vorſitzender der Diskonto-Geſellſchaft 269.
Hanſemann, Finanzminiſter 20.
Hardenberg, Freiherr v. 278.
Haſſenpflug, v. 36.
Hatzfeldt, Graf 446. 447. 451. 455. 459. 462. 474.
Hegel, vortragender Rat 127.
Helene, ruſſiſche Großfürſtin 84. 92. 94. 164.
Henckel von Donnersmarck, Graf Guido 474. 475.
Hennig, v., Abgeordneter 205. 206.
Henſel, Frau Fanny, geb. Mendelsſohn 63.

Henſelt, Adolph v. 91.
Hepke, Geh. Legationsrat 326.
Herwarth von Bittenfeld, General 190. 277. 288.
Heſſen, Kurfürſt von 122.
Heydt, Freiherr von der, Finanzminiſter 107. 108. 268. 269. 302. 343. 375. 378. 397. 400. 401.
— Karl von der 269.
Hobrecht, Oberbürgermeiſter 119. 120. 121. 122. 127.
Hofmann, Baron v., öſterreichiſcher Civilkommiſſar in Holſtein 240. 482. 484.
Hohenthal, Graf v., ſächſiſcher Geſandter in Berlin 250.
— Gräfin von 250.
Hohenwart, Graf, öſterreichiſcher Miniſter des Innern 484.
Hohenzollern, Fürſt Karl Anton 59. 264. 429. 434. 435. 438. 442.
— Erbprinz Leopold 429. 430. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440.
— Prinz Friedrich 435.
Holnſtein, Graf v., bayeriſcher Oberſtallmeiſter 481.
Holſtein, v., Legations-Sekretär 91. 155. 460.
Hoverbeck, Freiherr v., Abgeordneter 106.

I.

Jachmann, Admiral 337.
Joachim, Profeſſor 222.
Johann, König von Sachſen 407.

K.

Kahlden-Iden, v., Rittmeiſter 285.
Kameke, v., General 446. 473.
Kardorff, v., Abgeordneter 382.
Karolyi, Graf 124. 181. 189. 251. 259. 296. 300.
Katte-Roskow, v., Rittergutsbeſitzer 125.
Keyſerling, Graf Alexander 2. 63. 83. 92. 93. 373. 395.
— Graf Heinrich 155. 396. 405.
— Graf Hermann 46. 484.
— Gräfin Fanny 221.
Kiſting, Pianofortefabrikant 1. 4. 20.
Kleiſt-Retzow, v. 19. 22. 308.
Klincke, Pionier 152.
Kohl, Horſt 142. 170. 186. 279.
Konſtantin, ruſſiſche Großfürſtin 94.
Kupferberg 446.

L.

Laſſalle, Ferdinand 177. 178. 179. 180.
Lauer, Dr. v., Generalarzt 458.
Lavalette, Marquis 295.
Lefebvre de Behaine 296.
Lehndorff, Graf v., Flügeladjutant 288. 475. 483.
Limburg-Stirum, Graf v., Groß-Peterwitz (Vater) 124. 155.
— Graf v., Legations-Sekretär 155.
Loë, Freiherr v., Flügeladjutant 371.
Loën, Freiherr v., General 290.
Loeper, Guſtav v. 125. 193. 238. 373. 414.
Loewe, Dr., Abgeordneter 200.
Lottum, Graf v. 324.
Lucius, Fabrikbeſitzer 428.
Ludwig, Prinz von Bayern 464.

Luitpold, Prinz von Bayern 463. 464.
Lutz, v., bayeriſcher Miniſter 481.
Luxburg, Graf 388.
Lynar, Fürſt, Legations-Sekretär 232. 233.

M.

Mac Mahon 453.
Mallinckrodt, v., Abgeordneter 361.
Manteuffel, Otto, Freiherr v., Staatsminiſter 10. 11. 29. 35. 36. 55.
— Edwin, Freiherr v., General 102. 152. 153. 221. 223. 227. 235. 237. 239. 240. 241. 247. 273. 274. 301. 314. 480. 482.
Marie, ruſſiſche Großfürſtin 94.
La Marmora, General 218. 248. 249. 259. 393. 406.
Marwitz-Rützenow, v., Landrat 12. 14. 15. 16.
Mathy, badiſcher Abgeordneter 244.
Maximilian, Kaiſer von Mexiko 372.
May, Zeitungs-Redakteur 215. 216.
Mazzini 113.
Mecklenburg, Großherzog von 292.
— Herzog von 289.
Meiſter, Fabrikbeſitzer 47. 428.
— Frau Marie 47. 428.
Menabrea, General 306.
Mencke, Profeſſor 481.
Mendelsſohn-Bartholdy, Felix 40. 46. 53. 66. 84. 96.
— Paul 211.
Mensdorff-Pouilly, Graf v. 180. 183. 184. 188. 190. 211. 215 216. 228. 251. 258. 266. 267. 269. 296.
Mercier, Baron v. 436.
Metternich, Fürſt v. 43. 231. 241.
Meyſenbug, Freiherr v. 180.
Michaelis, Abgeordneter 310.
Miquel, Abgeordneter 303. 444.
Mittelſtädt, v. 3.
Möller, v., Regierungs-Präſident, Civilkommiſſar in Kurheſſen 278.
Moltke, General v. 188. 247. 270. 276. 277. 280. 283. 284. 285. 286. 288. 310. 359. 434. 448. 452. 459. 466. 468. 469. 470. 473. 475.
Mommſen, Theodor 244.
Montebello, Graf v. 81.
Montpenſier, Herzog von 439.
Mouſtier, Marquis 365.
Mozart 64.
Müller, Gebrüder 40.
Münſter, Graf, Abgeordneter 408.

N.

Napoleon, Kaiſer der Franzoſen 51. 53. 54. 55. 81. 95. 111. 112. 151. 161. 174. 187. 194. 223. 229. 230. 231. 234. 241. 248. 249. 252. 267. 268. 294. 295. 296. 299. 301. 304. 305. 356. 365. 368. 372. 373. 403. 419. 429. 434. 438. 439. 442. 455. 456. 474.
— Prinz 295.
Neſſelrode, Graf v., ruſſiſcher Altreichskanzler 79.
Neumann, v., Rittergutsbeſitzer 359.
Neumann, Profeſſor 123.
Niederlande, König der 356. 357.
Niel, franzöſiſcher Marſchall 249. 358.
Nigra 218.
Nikolaus, Kaiſer 25. 35. 38.

O.

Obernitz, v., Poſtrat 193. 316. 345.
Obolenski, Fürſt 80.
Oetker, heſſiſcher Abgeordneter 303.
Oldenburg, Großherzog von 156. 159. 212.
Olivier, franzöſiſcher Miniſter 420. 442.
Oppenheim, Abraham 263. 264.
Orloff, Fürſt 237.
— Fürſtin Kathy 96.
Oſten-Sacken, Baron v. 89.
Oubril, Baron v. 258.

P.

Patow, Freiherr v., Staatsminiſter 102. 103. 104. 476.
— Frl. Hedwig v. 418.
Pauly, Profeſſor 333.
Perponcher, Graf v., Hofmarſchall 281.
Pfordten, Frhr. v. d., bayeriſcher Miniſterpräſident 188. 215. 221. 272. 300.
Pfretſchner, v., bayeriſcher Miniſter 481.
Philippsborn, Generalpoſtdirektor 343.
Podbielski, v., General 483.
Pourtales, Graf Albert 80.
— Gräfin 385.
Pouyer-Quertier, franzöſiſcher Finanzminiſter 480. 482.
Prim, ſpaniſcher Marſchall 430. 434. 435. 436. 438.
Prinz von Preußen 36. 59. 99.
Prinz-Regent 73. 74. 81. 99. 100. 105.
Prokeſch-Oſten, Freiherr v. 42.
Putbus, Fürſt 315. 316. 318. 321. 323. 324. 331. 333. 334.
— Fürſtin 316. 318. 320. 321. 323. 324. 331. 334.
Puttkamer, v., Hauptmann 205.
Puttkamer-Reinfeld, Fräulein Johanna v. 1. 2. 3. 4. 16.
— Frau v. 34. 41. 52. 126.

R.

Radowitz, v., General 27. 28. 29. 30. 31. 32. 35. 36. 37.
— v., Legations-Sekretär 230. 235.
Radziwill, Fürſt, Flügeladjutant 475.
Rahden, Frl. v., Hofdame 92.
Rechberg, Graf v. 141. 142. 143. 144. 156. 158. 159. 161. 162. 165. 166. 169. 170. 172. 173. 174. 180. 181. 217.
Reck, v. d., Miniſterialdirektor 342.
Redwitz, Oskar v. 478. 479.
Reichensperger, Abgeordneter 30. 115.
Rekow, Frl. v. 45.
Reuß, Prinz Heinrich VII. 292. 295.
Roon, Graf v., Kriegsminiſter 81. 100. 102. 103. 104. 105. 107. 108. 131. 173. 196. 277. 285. 286. 291. 310. 343. 375. 392. 404. 484. 462. 469. 470.
Rothſchild, Baron James 194.
Rouher, franzöſiſcher Staatsmann 229. 295. 365.
Rubinſtein 84.
Rumänien, Karl, König von 403. 434. 441.
Ruſſel, Sir Odo 471.

S.

Salazar, ſpaniſcher Staatsrat 429. 430. 436. 437. 439.
Saldern, v., Referendar 385.
Saucken-Tarputſchen, v., Abgeordneter 7.
Savigny, v., Bundestagsgeſandter 183. 234. 235. 237. 253. 256. 257. 275. 306. 319. 322. 323. 326. 328. 334. 344. 345. 360. 361. 362. 363. 374.
Scheel-Pleſſen, Freiherr v., Oberpräſident in Schleswig-Holſtein 191. 275.
Schenck, Frau v., geb. v. Luck 234. 238. 329.
Schleinitz, Freiherr v., Miniſter der auswärtigen Angelegenheiten 123. 143. 434.
— Baronin v. 385.
Schloezer, v., Legationsrat 91.
Schmerling, v., öſterreichiſcher Miniſter des Innern 216. 217.
Schmidt, Julian, Schriftſteller 112. 113.
Schramm, Rudolf 175.
Schrenck, Freiherr v., bayeriſcher Miniſter 171.
— Frau v. 87. 93.
Schubert, Franz 40. 65. 66. 96.
Schulz, Rechtsanwalt 154.
Schulze-Delitzſch, Abgeordneter 106. 150. 151. 178. 207.
Schumann, Robert 63. 66.
Schwarzenberg, Fürſt v. 36. 111. 180. 216.
Schweinitz, v., Militär-Bevollmächtigter in Petersburg 301. 434. 484.
Schwerin, Graf v., Staatsminiſter 81. 104. 119. 121. 146. 312.
Sheridan, amerikaniſcher General 451.
Simſon, Dr. Eduard, Abgeordneter 117. 410. 465.
Solms-Sonnewalde, Graf v., Botſchaftsrat 232.
Stavenhagen, Abgeordneter 81. 100. 206. 304.
Steinäcker, Freiherr v., Flügeladjutant 292.
Steinmetz, v., General 452.
Stieglitz, Baron v. 88.
Stifter, Adalbert, Schriftſteller 232. 233.
Stolberg, Graf Eberhard 132. 345. 366. 384. 444.
— Gräfin 132. 345.
— Graf Theodor 44.
Stöphaſius, Hauptmann 154.
Stoſch, v., General 473.
Struck, Dr., Sanitätsrat 58. 73. 314. 340. 392. 427.
Sybel, Heinrich v. 112. 117. 189. 186. 241.

T.

Talleyrand, Graf v., Leutnant 324.
Thadden-Trieglaff, v. 16. 19.
Thiers 467. 473. 474. 475.
Thile, v., Unterſtaatsſekretär 130. 177. 237. 238. 314. 328. 329. 334. 340. 343. 363. 369. 393. 394. 399. 400. 415. 434. 436.
Treskow, v., General 277. 283. 483.
Tümpling, v., General 280.
Tweſten, Abgeordneter 117. 205. 244. 307. 347. 408.

U.

Unger, v., Major 284.
Ungern-Sternberg, Baron v., Schriftsteller 192.
Usedom, Graf v. 39. 44. 45. 69. 218. 247. 248. 372. 393. 405.

V.

Vaillant, französischer Marschall 366.
Varnbüler, Freiherr v., württembergischer Minister 221.
Versen, v., Major 435.
Victor Emanuel, König 248. 295.
Villers, Graf, Reg.-Präsident 453.
Vincke, Frhr. Georg v., Abgeordneter 26. 27. 36. 81. 100. 103. 104. 106. 108. 342.
Virchow, Abgeordneter 146. 202. 203. 205. 206. 244.
Visconti Venosta 267.
Voigts-Rhetz, v., Oberst, dann General 284. 285. 337. 342. 345. 448.
Vrints, Baronin v. 42. 52.

W.

Wagener, Hermann, Abgeordneter und vortragender Rat im Staatsministerium 179. 311. 319. 460.
Wagner, Richard 67.
Waldeck, Abgeordneter 24. 106. 205.
Wangemann, Pfarrer 3.
Wartensleben, Graf, Attachee 460.
Werther, Baron v. 165. 184. 215. 242. 270. 442.
Werthern, Freih. v., Gesandter 437.
Wesdehlen, Graf 155.
Westarp, Graf v. 392.
Wieniawski 84.
Wildenbruch, General v., Gesandter a. D. 197.
Wilhelm, König 83. 106. 110. 121. 123. 139. 142. 144. 152. 154. 160. 161. 162. 164. 168. 169. 170. 173. 174. 178. 181. 182. 189. 196. 197. 198. 209. 210. 211. 212. 213. 214. 215. 218. 219. 221. 224. 228. 229. 241. 242. 245. 247. 248. 249. 251. 253. 255. 256. 261. 264. 265. 269. 270. 273. 274. 275. 277. 279. 280. 281. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 294. 295. 296. 297. 301. 302. 303. 305. 310. 314. 322. 332. 342. 344. 355. 356. 358. 361. 362. 365. 366. 369. 377. 378. 379. 382. 384. 403. 404. 406. 413. 417. 425. 429. 430. 434. 435. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 448. 450. 451. 454. 455. 456. 457. 465. 466.
Wilhelm, Kaiser und König 469. 470. 474. 475. 476. 477. 480. 482. 483. 484. 485.
Wilmowski, v., Kabinettsrat 483.
Windthorst, Abgeordneter 353. 361.
Wydenbruck, v. 158.
Wolff, v. 238.
Wollmann, Hofrat 459.
Wurmb, v., Landrat 278.

Z.

Zabel, Dr., Zeitungsredakteur 112. 113.
Zedlitz-Neukirch, Freiherr v., Regierungspräsident 164. 189. 190. 192. 223. 224. 235.
Zieten, v., Oberst 450.
Zitelmann, Reg.-Rat 127. 319. 334.
Zitzewitz, Frau v. 414.

F.22/69.05

01.

DD 218 .K4 C.1
Furst und Furstin Bismarck
Stanford University Libraries
3 6105 034 290 010

DD
218
K4

Stanford University Libraries
Stanford, California

Return this book on or before date due.